

Bahro und der Baum der faulen Früchte S. 33

C 21734 E

Arbeiterkampf

ZEITUNG DES KOMMUNISTISCHEN BUNDES

Jg. 13 Nr. 230 7.2.83

4 DM
Förderpr. DM 5

Die Folgen des Libanonkrieges S.28

Keine Chance für den Andropow-Plan

Zu Anfang ihrer Amtszeit fiel die Reagan-Regierung durch ihre lockeren Sprüche über den Atomkrieg auf. Diese hatten jeweils eine beträchtliche Zündwirkung in der Stimmung der Bevölkerung in Europa und in den USA selbst.

Inzwischen wird Reagan und seinen Verantwortlichen täglich zum Frühstück ein Pfund Kreide serviert und die Pfote regelmäßig weiß angestrichen. Nachdem Andropow im Dezember '82 öffentlich einen weitgehenden Abrüstungsvorschlag gemacht hatte, der auch die Verschrottung von einem Teil der SS-20-Raketen vorsieht, wurden in Washington die morgendlichen Kreiderationen noch einmal kräftig erhöht.

Inzwischen kann man den Eindruck gewinnen, als würde die NATO auch andere Verhandlungsangbote als die „Nullösung" in Erwägung ziehen. Die „Nullösung" wurde im Oktober 1981 von Reagan präsentiert; Helmut Schmidt beanspruchte die geistige Urheberschaft. Die Rechtspresse jubelte damals, nun habe Reagan den Ball in Breschnews Hof geworfen (FAZ) — selbst Strauß bezeichnet diese „Nullösung" heute als „unsinnig", „illusionär" und „unerreichbar" (siehe Spiegel, 31.1.83). Denn die „Nullösung" besagte ja, daß die USA überhaupt nur bereit seien, über l a n d g e s t ü t z t e Atomraketen zu verhandeln, und dabei auch nicht über die von Frankreich, sondern ausschließlich über die einseitige vollständige Verschrottung der sowjetischen Raketen.

Bislang hatte die Sowjetunion darauf beharrt, daß die SS-20 nur eine Modernisierung der veralteten SS-4 und SS-5 Mittelstreckenraketen darstelle. Breschnew hatte einen Vorschlag unterbreitet, beiderseitig a l l e Mittelstreckensysteme schrittweise auf 300 zu reduzieren.

„Die Sowjetunion zählt neben den Raketen auch einige Bombertypen und die auf US-Flugzeugträgern im Mittelmeer stationierten Jagdbomber mit nuklearem Auftrag zusammen. Dabei gelangt Moskau zu einem ungefähren Gleichgewicht (NATO: 986; SU: 975), wobei die französischen und britischen Atomwaffen in das NATO-Potential einbezogen werden. Der sowjetische Vertragsentwurf schlägt eine beiderseitige Abrüstung auf je 300 Stück vor. Nachdem aber die an den Verhandlungen nicht beteiligten Franzosen und Engländer bereits 263 Atomwaffen mittlerer Reichweite besitzen, blieben für die USA nur mehr 37 Stück übrig, die Sowjets hingegen dürften ihre bisher aufgestellten rund 300 SS-20 behalten ...". (FR, 1.10.82).

„Das Moskauer Füllhorn"

Als Ende '82 Andropow öffentlich neue Abrüstungsvorschläge unterbreitete, taten die bürgerlichen Medien und Politiker überrascht. In seiner Rede zum 60. Jahrestag der Gründung der Sowjetunion kündigte er an, die Sowjetunion wolle nur noch genausoviele Raketen (nicht Sprengköpfe) behalten wie Frankreich und Großbritannien, also etwa 160 SS-20. Falls diese beiden Länder ihre Systeme reduzieren, würde die SU umgehend folgen. Die NATO müsse ihrerseits auf die „Nachrüstung" verzichten. Konkret bedeutet dies auch den Abzug von „mehreren Dutzend SS-20" sowie aller SS-4 und SS-5 Systeme. Darüberhinaus strebe die SU ein Abkommen über die Reduzierung der Trägerflugzeuge mittlerer Reichweite sowie ein allgemeines Gewaltverzichtsabkommen an.

Ein weiterer Teil von Andropows Rede beschäftigte sich mit den Genfer START-Verhandlungen über strategische Atomwaffen. Hier schlug Andropow die Reduzierung auf je 1.800 Abschußvorrichtungen für die SU und die USA vor; bis 1990 bot er eine Reduzierung der strategischen Waffen um 25% an.

Fortsetzung auf Seite 6

Die Grünen in den Bundestag!

Nach vielem Hin und Her darf das regierte Volk nun doch am 6. März in Ausübung seiner staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten in die Wahllokale schreiten. Die Auswahl ist wieder einmal verwirrend groß und von verführerischer Vielfalt:

— Wer die Kleinen liebt und am 6. März nichts Besseres zu tun hat, kann an einem bunten Büffet von Splitterparteien seine Wahl treffen. Star unter den Minis ist diesmal die FDP, die sich am 6. März mit allergrößter Wahrscheinlichkeit aus der Bonner Politik verabschieden wird. Wer auch immer dann in Bonn regieren will, er wird es ohne den Sachsen mit den erstaunlichen Ohren und seinen Grafen Drakula tun müssen.

— Die CDU/CSU will die absolute Mehrheit, um dann unter Berufung auf Volkes Willen richtig loslegen zu können. Angestrebt wird innenpolitisch ein Kurs, der nach dem Vorbild von Reagan und Thatcher alle Folgen der kapitalistischen Krise auf die arbeitende Bevölkerung abwälzt. Um den Preis von anhaltender Massenarbeitslosigkeit und zunehmendem sozialen Elend sollen gigantische Finanzmittel für Rationalisierungsinvestitionen und die Kriegsrüstung freigemacht werden. Außenpolitisch hängt sich die CDU/CSU an das strategische Ziel der USA an, innerhalb dieses Jahrzehnts die Sowjetunion in die Knie zu zwingen, wobei das Risiko eines Krieges in Mitteleuropa bewußt einkalkuliert wird.

— Die SPD verfolgt im Prinzip dieselben Ziele wie die CDU/CSU. Mit dem Ausbau des Polizeistaats, mit unsozialen Maßnahmen und mit ihrer Mitwirkung an der NATO-Kriegsrüstung hat die SPD gute Vorarbeit für die CDU/CSU geleistet. Daß sie für die verschärfte Fortschreibung ihrer eigenen Politik nun nicht mehr direkt in der Verantwortung steht, ist der SPD sehr willkommen. Denn nur so hat sie eine Chance, in der Rolle einer demagogischen Schein-Opposition wieder Kräfte an sich zu ziehen und zu binden, die vom Block der staats- und kapitaltreuen Bonner Parteien weggedriftet sind.

— Die Grünen sind die einzige Partei, die im Bundestag in d e r entscheidenden Frage der kommenden Jahre, in der Rüstung zum Krieg und in dessen politischer Vorbereitung, die Rolle einer konsequenten Opposition spielen könnte. Auf der anderen Seite ist ihre Haltung zur Arbeiterklasse und zu den sozialen Kämpfen von Unfähigkeit und Zerrissenheit gekennzeichnet. Ohnehin wird kein vernünftiger Mensch Garantien auf das Verhalten künftiger grüner Bundestagsabgeordnete abgeben. Es ist sehr wohl möglich, daß dann manche von ihnen schrägen „Kompromissen" mit der SPD nachjagen, während andere durch Bußpredigten gegen die ausschweifende Konsumsucht der arbeitenden Bevölkerung für Aufmerksamkeit sorgen werden.

Manche Sozialisten betrachten den desolaten Zustand der Grünen mit klammheimlicher Freude, weil er sie darin bestärkt, wieder einmal — mit beruhigtem Gewissen — für die SPD zu mobilisieren. Diese Linken vergessen nur allzu gern, daß auf sozialem und gewerkschaftlichem Gebiet die SPD durch ihre T a t e n weitaus mehr Schaden angerichtet hat als manche grünen Bußpropheten durch ihre Reden und Schriften es je vermögen. Nicht Figuren wie Bahro, sondern SPD-Politiker tragen reale Mitverantwortung für Massenentlassungen und Arbeitslosigkeit, für massenfeindliche „Einsparungen" in Bereichen wie Gesundheit und Bildung. Und entscheidend kommt hinzu: Wer am 6. März für die SPD stimmt, der gibt sein Votum — ob er das nun wirklich will oder nicht — für die Durchführung der NATO-„Nachrüstung", für die Stationierung von Pershing II und Cruise Missile auf dem Gebiet der BRD. Alles, was sich dazu zur Zeit an Theaterdonner zwischen der SPD und der CDU/CSU abspielt, kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß man sich in der Sache selbst absolut einig ist: Entweder die Sowjetunion vollzieht unter dem Druck der NATO-Erpressung eine gigantische einseitige Abrüstung — was jedoch kein Politiker ernsthaft glaubt — oder es wird Ende dieses Jahres offiziell mit der Aufstellung der neuen Mittelstreckenraketen begonnen. Daß die SPD der Aufstellung dann nur unter Vorbehalten und Bekundungen von Sorge, Nachdenklichkeit etc. zustimmen wird, nimmt den Raketen nichts von ihrer militärischen Bedeutung.

Allein der Kampf gegen die NATO-„Nachrüstung" ist Grund genug, am 6. März für die Grünen zu stimmen. Wer immer heute von der Gefahr eines 3. Weltkriegs ausgeht und in dieser Hinsicht die „Nachrüstung" für einen Meilenstein ansieht, sollte diese Frage auch zur entscheidenden in dieser Wahl machen. Sowenig im Parlament dieser Kampf auch entschieden wird, sollte doch alles getan werden, diesen Kampf auch in den Bundestag hinein zu vermitteln. Und dazu sind derzeit nun einmal einzig die Grünen in der Lage. Sie werden jede einzelne Stimme brauchen, um überhaupt die 5-%-Hürde zu bewältigen und ihren Einzug ins Hohe Haus sicherzustellen. Entsprechend wichtig ist es, daß Sozialisten ihre Stimme nicht an die etwas nachdenklichere Raketen-Partei SPD

Fortsetzung nächste Seite



‚Konventionelle Nachrüstung' soll Krieg in Europa möglich machen

Während die Vorbereitungen für die Raketen-„Nachrüstung" der NATO schon angelaufen sind, steht bereits die nächste „Nachrüstungs"runde ins Haus. Diesmal geht es um sogenannte konventionelle, also nicht-atomare Waffen. Der US-General Bernhard W. Rogers hat diesen Planungen seinen Namen gegeben. Das Ziel ist sehr einfach zu erklären: Die NATO will sich innerhalb der allernächsten Jahre die Mittel verschaffen, um in einen „Blitzkrieg" die Hauptverbände des Warschauer Paktes im Vorfeld der Sowjetunion vernichtend zu schlagen. Angriffsobjekte sind Militäransammlungen, Verkehrswege, Brücken, Flughäfen, militärische Leitungsstellen u.a.m., vor allem in der DDR und in Polen. Die entscheidenden Kriegshandlungen würden sich auf wenige Stunden konzentrieren. Benötigt werden dafür vor allem supergenaue Lenkwaffen. Die Kriege um die Malvinas/Falklands und im Libanon haben die NATO-Militärs in der Einschätzung bestärkt, daß der Westen auf diesem Gebiet jetzt und in den kommenden Jahren über einenausreichend großen Vorsprung vor der Sowjetunion und ihren Verbündeten verfügt. Psychologisch-propagandistisch wird man unverschämt genug sein, uns diese unmittelbare Kriegsrüstung als „Anhebung der Nuklearschwelle" schmackhaft machen zu wollen. Bisher, so wird argumentiert, wäre die NATO im Falle eines sowjetischen Angriffs wegen der angeblichen östlichen konventionellen Überlegenheit gezwungen, zu einem sehr frühen Zeitpunkt Atomwaffen einzusetzen, um den Gegner zu stoppen. Eine konventionelle „Nachrüstung" würde demnach geeignet sein, „den Frieden sicherer zu machen". — Das genaue Gegenteil wird zweifellos der Fall sein: Der Rogers-Plan bringt einen begrenzten Krieg in Europa weiter in den Bereich des Möglichen, bewirkt also eine enorme Senkung der „Kriegsschwelle".

Fortsetzung auf Seite 7

Aschu verurteilt!

„Demokratie und Anmaßung"

Am 19. Januar wurde Alexander Schubart wegen versuchter Nötigung der hessischen Landesregieung zu zwei Jahren Gefängnis mit Bewährung verurteilt. Die Person Aschu muß unter Linken nicht erst vorgestellt werden. Mit seinem Eintreten gegen den Abbau demokratischer Rechte (Anti-Repressionskongreß des SB, Russell-Tribunal über die Situation der Menschenrechte in der BRD), seinem Engagement in der Wahlbewegung (Gründung der ersten Grün-Alternativen Liste in Hessen, der GLH) und zuletzt mit der Initiierung eines Volksbegehrens über die Startbahn West am Frankfurter Flughafen ist er nicht nur weithin bekannt geworden; er ist beinahe schon eine Symbolfigur für radikaldemokratische Politik. Das Urteil des Staatsschutzsenats am Oberlandesgericht Frankfurt ist der schwerste Schlag, den er im Laufe seines politischen Kampfes je hinnehmen mußte. Gleichzeitig spricht das Gericht ihm und der Bewegung, für die er steht, das größte "Kompliment" aus: Seit Bestehen der BRD ist der § 105 StGB, "Nötigung von Verfassungsorganen", noch nie so richtig zur Anwendung gekommen.

Fortsetzung auf Seite 18

Machen die Grünen Vogel zum Kanzler?

Was passiert, wenn es am 6. März zu „Hamburger Verhältnissen" im Bundestag kommt? Wenn also eine rechnerische Sitzmehrheit von SPD und GRÜNEN zustande kommt? Die schreckliche grün-rote Koalition, die unsere heimischen Kapitalisten voll Panik ins Ausland flüchten läßt und die Reagan dazu treiben wird, sich eine Kugel in den Kopf zu schießen?!...

Die GRÜNEN haben es auf ihrem Sindelfinger Parteitag im Januar „aus Zeitgründen" nicht mehr geschafft, eine klare Aussage für den Fall der Fälle zu beraten und zu beschließen. Das ist angesichts einer neunstündigen Programmdebatte ein schlechter Witz und demonstriert die geringe Bedeutung, die bei den GRÜNEN dieser Frage immer noch gegeben wird. Vorgelegen hatte ein Antrag aus Hamburg, der unter bestimmten Bedingungen die Zustimmung zur Wahl Vogels als Kanzler vorsieht. Diese Bedingungen sind: **Keine Raketen-„Nachrüstung"; sofortiger Beginn des Ausstiegs aus der Kernenergie; ein Beschäftigungsprogramm mit sozial und ökologisch sinnvollen Investitionen; Rücknahme der BAFÖG-Kürzungen und der Mietrechtsänderungen.** Auch ohne Beschlußfassung in Sindelfingen dürfte dieser Vorschlag aus Hamburg in seiner Stoßrichtung wohl mehrheitsfähig bei den GRÜNEN sein.

Aber wie würde es dann in Bonn weitergehen? Vogel hat für den Fall der Fälle mit klaren Worten angekündigt: Die GRÜNEN müßten sich dann entscheiden, ob sie ihn oder Kohl als Kanzler haben wollen. Zugeständnisse seitens der SPD werde es dafür keinesfalls geben. Zugleich deutete Vogel die Möglichkeit an, daß bei „unklaren Mehrheitsverhältnissen" im Bundestag eine konstruktive Tolerierung der Regierung Kohl durch die SPD möglich wäre.

Bei diesen recht schroffen Worten Vogels braucht es n a c h der Wahl selbstverständlich nicht zu bleiben. Sogar ein Holger Börner hat seine Dachlatte unter die Bank geschoben und verteilt Streicheleinheiten an GRÜNE. Die Frage wäre also: **Wieviel Verhandlungsspielraum läge in den von den Hamburger GRÜNEN skizzierten Tolerierungsbedingungen? Könnte es darüber zu einer Einigung mit der SPD kommen?**

Analysieren wir die Tolerierungsforderungen im Einzelnen, so ergibt sich: 1. Die Rücknahme der von der Kohl-Regierung zu verantwortenden unsozialen Maßnahmen (BAFÖG, Mietrecht) ist voraussichtlich unproblematisch, da die SPD diesen Schritt schon angekündigt hat. 2. Über Beschäftigungsprogramme kann man mit der SPD selbstverständlich reden; die SPD hat ein Beschäftigungsprogramm bereits von sich aus angekündigt. Es sind auf diesem Feld sogar einzelne Arrangements möglich, die als Erfolg grüner „Realpolitik" verkauft werden könnten. (siehe Hessen) 3. Für den Ausstieg aus dem Atomprogramm ist außer der „Überprüfung" von ohnehin schon fragwürdigen Zukunftsprojekten und folgenlosem Gelaber bei der SPD nichts zu holen. 4. In der „Nachrüstung" hat sich die SPD an die NATO-Beschlüsse und die Genfer Verhandlungen, somit also an die Strategie der Reagan—Regierung fest gebunden. Alleingänge sind deshalb absolut ausgeschlossen. Möglich wären aber Tricks im Rahmen der NATO-Politik, beispielsweise Verzögerungen bei der Aufstellung der Raketen — zumal sowieso noch nicht ganz klar ist, ob die USA überhaupt technisch in der Lage sein werden, den Zeitplan für die Aufstellung der Pershing II und Cruise Missile voll einzuhalten.

Es ergäben sich somit —„Hamburger Verhältnisse" in Bonn vorausgesetzt — zwei denkbare Varianten:

a) Die SPD könnte streng nach Vogels Ankündigung kategorisch alle Vorbedingungen ablehnen und den Grünen den Schwarzen Peter zuzuschieben versuchen, falls diese unter derartigen Umständen nicht zur Wahl Vogels bereit sind.

b) Die SPD könnte aus ohnehin schon angekündigten Absichten (BAFÖG, Beschäftigungsprogramm) und flotten Sprüchen ein hübsches Paket zusammenschnüren, das es den GRÜNEN ermöglicht, Vogel mitzuwählen, ohne total das Gesicht zu verlieren.

Keinesfalls jedoch besteht die Möglichkeit, daß die SPD den GRÜNEN in den zentralen Punkten „Nachrüstung" und Atomprogramm wirklich ein Stück entgegenkommt. Wer das trotz der klaren Verhandlungsergebnisse in Hamburg und Hessen immer noch glaubt, kann in der Politik nur Schaden anrichten.

Fortsetzung auf Seite 13

entgegenkommt. Wer das trotz der klaren Verhandlungsergebnisse in Hamburg und Hessen immer noch glaubt, kann in der Politik nur Schaden anrichten.

Fortsetzung auf Seite 13



Erfolgreicher Streik der Zivildienstleistenden

11.000 bis 12.000 Zivildienstleistende haben am 27.1. im ganzen Bundesgebiet gegen das neue Zivildienstgesetz gestreikt. Dies war damit der größte Zivi-Streik bisher, mehr als ein Drittel aller 34.000 Zivildienstleistenden haben sich daran beteiligt. Allein in Hamburg streikten über 1000 (von 1.500) Zivis. In Staffelstein traten 51 Zivis in einen mehrtägigen Hungerstreik.

Geißler, als zuständiger Minister, versuchte hingegen die Zahl auf 2.000 zu drücken, offenbar auf die Zahl der Streikenden, die ihm namentlich gemeldet wurde. Auf der anderen Seite hatten zahlreiche Zivildienststellen ausdrücklich ihre Unterstützung des Streiks bekundet; Terre des hommes hatte sogar dazu ausdrücklich aufgefordert, sich an Aktionen der Zivis zu beteiligen. Als Antwort will Geißler 4.600 solcher Zivildienstplätze im kommenden Jahr abschaffen, obwohl die Gesamtzahl sogar erhöht werden soll. Wie nach der Streikaktion 1978, als das Bundesverfassungsgericht das alte Gesetz aufgehoben hatte („Postkartennovelle"), drohen auch diesmal den Zivis harte Strafmaßnahmen. Geldbußen bis zur vierfachen Höhe des Monatssoldes" können erhoben werden, bei „demonstrativer" Widersetzung gegen die Aufforderung, den Dienst aufzunehmen, können Freiheitsstrafen bis zu drei Jahren verhängt werden. Streikende Zivis werden gesetzlich genauso wie „Fahnenflüchtige" behandelt. 1978 waren nach der Streikaktion zahlreiche Geldstrafen zwischen 200 und 300 Mark verhängt worden, die hinterher vom Bundesdisziplinargericht reduziert wurden.

Inzwischen haben SPD-Bundesländer eine Verfassungsschutzklage gegen das neue Gesetz angekündigt, weil die Verlängerung der Zivildienstzeit weit über den Wehrdienst hinaus gegen die Gleichbehandlung von Kriegsdienstverweigerern und Wehrpflichtigen verstoße, zumal die Gewissensprüfung nicht aufgehoben sei. Laut CDU/CSU habe eine solche Klage von vornherein keine Chance.

Die „Zentralstelle für Recht und Schutz der Kriegsdienstverweigerer" hatte in einem Brief an die Länder aufgefordert, einem solchen Gesetz, „das so viele, so schwere Verfassungsverstöße" vorsehe, nicht zuzustimmen. Sie wies darauf hin, daß schon das damalige BVG-Urteil im Grunde hinfällig sei, weil es sich auf falsche Angaben der damaligen Bundesregierung (SPD/FDP-Koalition) gestützt habe.

Die „Zentralstelle für Recht und Schutz der Kriegsdienstverweigerer" hatte in einem Brief an die Länder aufgefordert, einem solchen Gesetz, „das so viele, so schwere Verfassungsverstöße" vorsehe, nicht zuzustimmen. Sie wies darauf hin, daß schon das damalige BVG-Urteil im Grunde hinfällig sei, weil es sich auf falsche Angaben der damaligen Bundesregierung (SPD/FDP-Koalition) gestützt habe.

Die Grünen in den Bundestag

Forts. von vorhergehender Seite

verplempern. Und selbst Sozialisten, die von der SPD immer noch nicht lassen mögen, sollten sich fragen, ob sie denn wirklich glauben, die SPD könne am 6. März die absolute Mehrheit gewinnen, wie Altbundeskanzler Schmidt kürzlich launig schwadronierte. Wenn überhaupt eine Chance besteht, den Birnenkanzler in den Ruhestand zu schicken, dann liegt sie in einer parlamentarischen Zusammenarbeit von SPD und Grünen. Dazu müssen die Grünen aber erst einmal in den Bundestag hineingeschafft werden. Nur so macht der Gang ins Wahllokal am 6. März überhaupt einen Sinn.

Mensch muß die Grünen nicht lieben, wird aber in keinem Fall darum herum kommen, daß dies die einzige Partei ist, über die die Forderungen der außerparlamentarischen Opposition in den Bundestag hineingetragen werden könnten. Spekulationen darüber, ob die Grünen ihre Versprechungen halten, sollten nicht entscheidend für das Votum sein, denn darüber vermag niemand sichere Aussagen zu machen. Aber mit einem Votum für die SPD hätte mensch die Sicherheit, daß Versprechungen n i c h t eingehalten werden.

Und wem sich beim Gedanken an grüne Inkompetenz und Selbstherrlichkeit der Magen umdreht, der mag sich an den Gedanken halten, daß die Bühne Bundestag das allerbeste Forum ist, um zweifellos notwendige politische Klärungsprozesse im Spektrum links von der SPD voranzutreiben. Gönnen wir den Grünen die Gelegenheit, sich in Bonn zu bewähren oder zu blamieren!

„Viererbande": Todesurteile aufgehoben

„Viererbande": Todesurteile aufgehoben

Vor zwei Jahren, vom November 1980 bis zum Januar 1981, beschäftigte der Pekinger Super-Prozess gegen die sogenannte „Viererbande" die internationale Öffentlichkeit. Chinas „Reformer" und „Pragmatiker" saßen zu Gericht über die Repräsentanten des linken Parteiflügels, die für die Kulturrevolution (1966 bis 1969) verantwortlich gemacht werden. Der Prozeß endete mit langjährigen Gefängnisstrafen. Zwei der Angeklagten, Jiang Qing (Maos Witwe) und Zhang Chunqiao, wurden zum Tode verurteilt — mit dem nach chinesischen Recht möglichen Vorbehalt, daß die Vollstreckung zwei Jahre lang ausgesetzt wird und das Todesurteil dann „bei guter Führung" in lebenslange Haft umgewandelt werden kann.



Jiang Qing hatte während des Prozesses am mutigsten und kräftigsten dem Gericht und den herrschenden Politikern „Kontra" gegeben. Das Todesurteil war denn auch ausdrücklich damit begründet worden, sie und Zhang hätten im Prozeß „keine Reue gezeigt". Alles, was an spärlichen Informationen während der letzten zwei Jahre aus China durchsickerte, läßt darauf schließen, daß Jiang Qing auch seither die geforderte „Reue" und „Buße" nicht geleistet hat. Trotzdem sind, wie kürzlich bekanntgegeben wurde, beide Todesurteile in lebenslange Haft umgewandelt worden. Offenbar hat die Pekinger Regierung den politischen Effekt, den eine Hinrichtung von Jiang und Zhang in der internationalen Öffentlichkeit gemacht hätte, als sehr negativ eingeschätzt.

Impressum

Herausgeber, Druck und Verlag: Hamburger Satz- und Verlags-Kooperative GmbH, Lindenallee 4, Postfach 7685, 2000 Hamburg 19; ☎: Redaktion/Verlag 040/435320, Aboverwaltung 040/435346; V.i.S.d.P.: Heinrich Eckhoff, Verlagsanschrift; Abonnementspreis jährlich DM 60,-, halbjährlich DM 33,- (als Förderabo jährlich DM 100,-. halbjährlich DM 50,-); Bezahlung im Abruf, sonst PSchA Hamburg 27175-203 oder Dresdner Bank Hamburg, BLZ 200 800 00, Kt. 4 810 685 00.
Einzelpreis DM 4,-; erscheint vierwöchentlich. Bei Nichterscheinen durch höhere Gewalt keine Entschädigung.
Auflage dieser Ausgabe: 6000
Eigentumsvorbehalt: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift so lange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist.

Ein bißchen Frieden ...
— Bielefelder Trauerstück —

Prolog

In mehreren Stadträten und Kreistagen der BRD wurden bereits Anträge über atomwaffenfreie Zonen diskutiert und verabschiedet. In Bielefeld ist es noch nicht so weit. Das Thema „Frieden" wurde „erst einmal auf Eis gelegt" (NW, 26.1.) und auf nach der Bundestagswahl verschoben. Das Bielefelder Beispiel könnte ein Lehrstück werden, wie eine solche Unterschriftensammlung völlig verpufft, wenn man nicht wagt, damit der SPD auf die Füße zu treten.

1. Akt

Die Bielefelder Friedensinitiative, ein Zusammenschluß stark DKP-orientierter Initiativen unter Einschluß von Jusos und anderen Gruppen, sammelt seit Monaten Unterschriften für atomwaffenfreie Hauseingänge, Straßen usw. Ziel soll sein, die Stadt Zug um Zug atomwaffenfrei zu erklären, um dann im Stadtrat einen entsprechenden Antrag einzubringen. Nach dem Text der Unterschriftensammlung soll der Rat *„sein politisches Gewicht... einsetzen, um die Stationierung der Pershing-2-Raketen und Marschflugkörper .. zu verhindern"*.

2. Akt

Die SPD wartet das Ende dieser Aktion nicht ab, sondern bringt am 9.12. einen Entschließungsentwurf für den Rat ein, in dem der Vorschlag der Palme-Kommission begrüßt wird, eine 150 km breite atomwaffenfreie Zone zu beiden Seiten der Paktgrenzen zu schaffen. Da Bielefeld innerhalb dieser Zone liegen würde, würden mit einer solchen Ratsentschließung die „Lebensinteressen der Bielefelder Bürger" wahrgenommen, so der SPD-Antrag, der für die Ratssitzung am 27.1. vorgesehen ist.

3. Akt

Die Bunte Liste Bielefeld bringt einen mit der Friedensinitiative abgesprochenen Gegenantrag ein, der Bielefeld „symbolisch" zur atomwaffenfreien Stadt erklären soll. „Symbolisch", denn der Antrag ist, wie in Kreisen kommunaler „Realpolitiker" üblich, juristisch wasserdicht; fordert er doch lediglich, der Stadtrat solle sich *„im R a h m e n seiner kommunalen Zuständigkeit"*, die nicht existiert, dafür einsetzen, Produktion, Lagerung und Transport von Atomwaffen in Bielefeld zu verhindern.
Der Stadtrat solle an die Bundesregierung appellieren, der Mittelstreckenraketenstationierung die Zustimmung zu verweigern. Es fehlt auch nicht die allseits beliebte Formulierung der Ablehnung „jeglicher Rüstungspolitik in Ost und West".

4. Akt

NRW-Innenminister Schnoor (SPD) teilt seinen Bielefelder Genossen die rechtliche Bedenklichkeit ihres „Palme-Antrags" mit, worauf die SPD-Ratsfraktion einen neuen Entwurf als Gegenantrag zum BuLi-Antrag vorlegt, der unter vielen herzzerreißenden Worten „in tiefer Sorge" um den Frieden usw. die Nato-Linie der sog. „Null-Lösung" verficht. Die SU soll durch unverzüglichen Abbau ihrer SS-20-Raketen die Stationierung amerikanischer Mittelstreckenraketen überflüssig machen. Das ist der Kern des zwei Seiten langen Antrages.

5. Akt

Erneuter Auftritt der Bielefelder Friedensinitiative: In einem Schreiben an alle Fraktionen begrüßt sie, daß SPD und BuLi über die Atomwaffen im Rat „diskutieren und darüber auch Erklärungen verabschieden" wollen. SPD und BuLi sollten aber die Behandlung ihrer Anträge verschieben. Es hätten sich zwar schon „über 5000 Bürger" — wie wär's mit „w e i t über 5000 — mit ihrer Unterschrift für den Antrag der Friedensinitiative eingesetzt, *„darunter beispielsweise die Mehrheit der Anwohner aus 6 Straßen"* es müßten aber *„noch mehr Bürger an der Meinungsbildung direkt beteiligt werden"*. Die Friedensinitiative schlägt deshalb eine gemeinsame Beratung im April (!) 83 vor, auf der Text und Inhalt einer Ratserklärung abgesprochen werden sollen. Mit diesem Vorgehen „hofft" sie auf eine Mehrheit im Stadtrat für ihre Forderungen.

Vorläufiger Schlußakt

Die BuLi entspricht dem Vorschlag der Friedensinitiative und zieht ihren Antrag zurück. Die SPD ist vorläufig aus dem Schneider und „begrüßt" diesen Schritt. Auch die Friedensinitiative ist zufrieden: *„Sie möchte in der Zeit noch mehr Bürger ansprechen"* (NW, 26.1.83).

Volkszählung 1983:
»Politiker fragen — Bürger antworten nicht!«

Aufruf zum Volkszählungsboykott für Ökologie und Frieden

Es ist mal wieder soweit: 13 Jahre nach der letzten Volkszählung von 1970 machen sich unsere Politiker erneut daran, „ihr Volk" zu zählen. 1983, ausgerechnet im Jahr der geplanten Stationierung von neuen Atomraketen in der Bundesrepublik wollen sie in einer gigantischen Befragungsaktion herausfinden, wen oder was sie eigentlich regieren.

Diese Information ist der Regierung so wichtig, daß sie nicht nur eine Menge Geld dafür ausgibt (über 370 Mill. DM), sondern auch jeden Bürger mit Strafe bedroht, der bei der Volkszählung die Auskunft verweigert. Welch ein Kontrast: die Regierung will den Bürger zur Auskunft zwingen, während sie selbst dem Bürger lebenswichtige Informationen vorenthält — z. B. über die Standorte der neuen Atomraketen. Anfragen nach etwaigen Stationierungsvorbereitungen beantwortet sie so: „Über Sonderwaffen, zum Beispiel Cruise Missiles, und deren Lagerung werden keine Auskünfte erteilt." („Stern" 37/9.9.82)

Wir sind nicht bereit, uns mit dieser Geheimhaltung abzufinden. Wir lassen nicht zu, daß Generäle und Politiker über unsere Köpfe hinweg eine „Verteidigungspolitik" betreiben, die — statt Leben zu schützen — tausendfachen Tod und Vernichtung einkalkuliert. Wir wollen leben! Wir haben ein Recht darauf, zu erfahren, wann, wo und wie welche Waffen in unserem Land, in unserer Region, in unserer Nachbarschaft stationiert werden sollen. Wir erheben Anspruch auf Auskunft von der Regierung, so wie die Regierung Anspruch auf Auskunft von uns erhebt. Die Regierung fragt uns nach Namen, Wohnort, Beruf und Einkommen; wir fragen die Regierung nach Namen, Standort, Zahl und Zweck ihrer alten und neuen „Sonderwaffen".

Die Regierung sagt, sie brauche die Informationen von uns, um besser regieren zu können. Wir sagen, wir brauchen die Informationen von ihr, um uns besser wehren zu können. Kommt die Regierung ihrer Auskunftspflicht nicht nach, so werden wir das auch nicht tun. WENN DIE REGIERUNG FÜR ATOMRAKETEN SCHWEIGT, SCHWEIGEN WIR FÜR DEN FRIEDEN! — POLITIKER FRAGEN — BÜRGER ANTWORTEN NICHT!

Wir haben uns entschlossen, die Volkszählung 1983 zu boykottieren und rufen alle Bürger unseres Landes auf, sich diesem Boykott anzuschließen — als Zeichen des Widerstands gegen eine Politik der Selbstvernichtung: Wenn weiterhin aufgerüstet wird, Atomraketen stationiert, Atomanlagen errichtet und unsere Lebensgruhdlagen vernichtet werden, könnte es bald dahin kommen, daß kein Volk mehr da ist, das gezählt werden könnte.

Wir wissen, daß mit einem Boykott der Volkszählung allein die Nachrüstung nicht verhindert und kein Atomkraftwerk gestoppt werden kann. Aber auch Protestieren allein wird uns nicht zum Ziel bringen: trotz riesiger Demonstrationen und massenhafter Appelle gehen die Vorbereitungen zur Stationierung der Atomraketen weiter. Es ist jetzt notwendig, daß sehr viele von uns den Schritt vom Protest zum Widerstand tun: wir müssen jede sich uns bietende Gelegenheit nutzen, den Verursachern und Betreibern des Rüstungswahnsinns die Gefolgschaft und den Gehorsam zu verweigern. Kriegsdienstverweigerung, Stromzahlungsboykott, Steuerverweigerung, Blockaden und viele andere Formen des zivilen Ungehorsams gehören dazu. Ein Volkszählungsboykott bietet den Vorteil, daß jede/r Einzelne, jede Familie, jeder Haushalt und jeder Betrieb sich daran beteiligen kann (siehe auch Rückseite). Machen wir den 27. April 1983, den Tag der Volkszählung, zu einem Tag des zivilen Ungehorsams!

Initiative Volkszählungsboykott

Die Initiative Volkszählungsboykott wurde Ende September 1982 von Leuten aus der „Internationale der Kriegsdienstgegner" (IDK) Berlin ins Leben gerufen. Wir hoffen, daß sich möglichst bald auch in anderen Orten ähnliche Initiativen bilden, damit der Volkszählungsboykott bundesweit koordiniert werden kann. Dieses Flugblatt kann bei uns in höherer Auflage bestellt werden (Preis: 5 Pfg. pro Stück). Bestellung durch Überweisung auf Postscheckkonto Berlin 1607 76—105 (IDK Berlin), BLZ 100 100 10.

Das Volkszählungsgesetz

Rechtlichte Grundlage der Volkszählung ist das „Volkszählungsgesetz 1983", das der Bundestag mit Zustimmung des Bundesrates am 25. März 1982 beschlossen hat (veröffentlicht im Bundesgesetzblatt Nr. 13 vom 31.3.82). Danach soll mit dem Stand vom 27. April 1983 eine „Volks- und Berufszählung mit gebäude- und wohnungsstatistischen Fragen sowie eine Zählung der nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstätten und Unternehmen (Arbeitsstättenzählung)" durchgeführt werden.

Wonach wird gefragt?

Bei der Volks- und Berufszählung wird u. a. gefragt nach: Namen, Anschrift, Telefonanschluß, Geschlecht, Geburtstag, Familienstand, rechtliche Zugehörigkeit oder Nichtzugehörigkeit zu einer Religionsgesellschaft, Staatsangehörigkeit, Ausbildung und Beruf.

Die gebäude- und wohnungsstatistischen Fragen erfassen u. a. Anschrift, Art und Baujahr der Häuser, Eigentümer, Größe, Verwendungszweck und Monatsmiete.

Die Arbeitsstättenzählung erfaßt u. a. Namen, Bezeichnung, Aufgabengebiet, Beschäftigtenzahl, Summe der Bruttolöhne etc.

Was kostet die Volkszählung?

Die ursprünglich veranschlagten Gesamtkosten von fast einer halben Milliarde DM wurde durch eine Reduzierung des Fragenkatalogs (z. B. wehrten sich die Unternehmerverbände mit Erfolg dagegen, daß nach der Höhe des Gesamtumsatzes ihrer Unternehmen gefragt wird) auf 371 Mill. DM gesenkt. Der Bund beteiligt sich an den Kosten mit einem „Kopfgeld" von 2,50 DM pro Einwohner.

Wie wird gezählt?

Durchführung und Auswertung der Volkszählung obliegen dem Statistischen Bundesamt in Wiesbaden. Für die eigentliche Zählung werden etwa 600.000 ehrenamtliche Zähler benötigt, die in den Tagen vor und nach dem 27.4.83 an jeden Haushalt, jeden Wohnungseigentümer und jede Arbeitsstätte Fragebögen verteilen (und später wieder abholen). Diese Fragebögen sind so angelegt, daß die Antworten mit Computer-Klarschriftleser entschlüsselt werden können: zur Beantwortung der einzelnen Fragen genügt meist ein sanfter Bleistiftstrich.



Wer ist „auskunftspflichtig?

Wer ist „auskunftspflichtig?

Nach dem Volkszählungsgesetz sind bei der Volks- und Berufszählung „alle Volljährigen oder einen eigenen Haushalt führenden minderjährigen Personen, auch für minderjährige oder behinderte Haushaltsmitglieder", auskunftspflichtig. Bei den gebäude- und wohnungsstatistischen Fragen sind die Eigentümer bzw. Hausverwaltungen, bei der Arbeitsstättenzählung die Inhaber oder Geschäftsführer zur Auskunft verpflichtet.

Was passiert bei einem Verstoß gegen das Volkszählungsgesetz?

Wer bei der Volkszählung seiner „Auskunftspflicht" nicht nachkommt, begeht eine Ordnungswidrigkeit, die nach dem Bundesstatistikgesetz mit einer Geldbuße geahndet werden kann. Die Höhe des Bußgeldes richtet sich nach der Schwere der Ordnungswidrigkeit: mindestens 5 DM, höchstens 10.000 DM. Bei Nichtzahlung der Geldbuße kann eine sogenannte „Erzwingungshaft" angedroht und vollstreckt werden, deren Dauer sich nach der Höhe des nicht gezahlten Bußgelds richtet. **Aber natürlich gilt hier wie für jede Aktion des zivilen Ungehorsams: je mehr Leute mitmachen, desto geringer wird das Risiko für den einzelnen. Vor die Wahl gestellt, entweder hunderte, gar tausende unbeugsamer Bürger ins Gefängnis schicken zu müssen oder aber seinen Strafanspruch aufzugeben, wird dem Staat seine Entscheidung nicht schwerfallen.**

Welche Möglichkeiten des zivilen Ungehorsams gibt es?

Jede/r Auskunftspflichtige kann sich am zivilen Ungehorsam gegen das Volkszählungsgesetz beteiligen. Also: jede/r volljährige Bundesbürger/in, jede/r Wohnungseigentümer/in und jede/r Firmeninhaber/in bzw. Geschäftsführer/in.

1. Man/frau kann sich weigern, den Fragebogen überhaupt entgegenzunehmen und/oder auszufüllen.
2. Man/frau kann den Fragebogen, wenn er nun schon mal im Briefkasten liegt, postwendend an den Innenminister zurückschicken. Oder man/frau kann mit dem Papierchen ein Feuerchen machen, zusammen mit anderen volkszählungsunwilligen Mitbürgern. Oder Flugzeuge draus basteln. Oder für's WC benutzen. Oder . . .
3. Man/frau kann den Fragebogen unvollständig ausfüllen. Zwar sind nach § 6 des Volkszählungsgesetzes die Zähler berechtigt und verpflichtet, Eintragungen selbst vorzunehmen, aber nur „soweit dies zur Erfüllung des Zwecks der Zählung erforderlich ist und" (man beachte das *„und"* „die Auskunftspflichtigen einverstandeq sind."
4. Eine legale Möglichkeit, aber auch ganz nett, wenn's viele tun: man/frau kann Widerspruch und Anfechtungsklage gegen die Aufforderung zur Auskunftserteilung erheben. Dies hat jedoch nach § 5 des Volkszählungsgesetzes „keine aufschiebende Wirkung".
5. Der Bund beteiligt sich mit 2,50 DM pro Einwohner an der Finanzierung der Volkszählung. Als flankierende Maßnahme zum Volkszählungsboykott kann man/frau die Bundesregierung auffordern, dieses „Kopfgeld" sinnvoll anzulegen. Man/frau kann dies dem Bundesfinanzminister aber auch abnehmen — bei der nächsten Steuerverweigerung . . .
6. Wie erwähnt, werden für die Volkszählung an die 600.000 „ehrenamtliche Zähler" benötigt. Hier eröffnet sich für besonders Risikobereite ein weites Feld für Widerstand:
   * man/frau kann die Übernahme der Zählertätigkeit verweigern, zu der nach § 6 des Volkszählungsgesetzes „jeder Deutsche vom vollendeten 18. bis zum vollendeten 65. Lebensjahr verpflichtet" ist.
   * man/frau kann sich freiwillig als Zähler melden, aber kurz vor dem 27.4.83 verweigern.
   * man/frau kann sich freiwillig als Zähler melden, aber die Fragebögen unausgefüllt wieder abliefern.

Wer organisiert den Boykott?

Die Berliner Initiative Volkszählungsboykott hofft, daß die Idee zu dieser direkten Aktion von vielen Menschen in der Ökologie- und Friedensbewegung für sinnvoll gehalten und aufgegriffen wird. Gerade in den von Atomanlagen besonders bedrohten Regionen und Orten könnte ein Volkszählungsboykott als Demonstration des Widerstandswillens großer Teile der Bevölkerung genutzt werden. Wir stellen uns vor, daß in den verbleibenden Monaten bis zum Termin der Volkszählung Unterschriften boykottbereiter Bürger gesammelt und bei einem Notar hinterlegt werden. Zu einem geeigneten Zeitpunkt kurz vor der Volkszählung könnte man dann damit an die Öffentlichkeit gehen, um den Eindruck einer geschlossenen Verweigerung zu unterstreichen.

Kontakt und verantwortl. im Sinne des Pressegesetzes: J. Michael Schroeren, Saarstr. 13, 1000 Berlin 41, Tel. 030/852 02 47

27. April 1983 — Tag des zivilen Ungehorsams
Volkszählungsboykott: Alles macht mit

»Mich kostet es in jeder Hinsicht weniger, die Strafe für Ungehorsam gegen den Staat anzunehmen, als wenn ich gehorchen würde. Im zweiten Fall käme ich mir ärmer vor.«
(Henry David Thoreau, Über die Pflicht zum Ungehorsam gegen den Staat, 1849)

Anmerkung eines aufmerksamen Lesers zum Punkt „Möglichkeiten des zivilen Ungehorsams":

Als Punkt 7 haben die Initiatoren vergessen zu erwähnen, daß mensch sich im Bereich der Personalangaben leicht verschreiben kann. In diesem Falle muß seitens der computerbetriebenen Erfassung eine Fehleranalyse in Gang gesetzt werden, die technisch recht aufwendig ist. Beispielsweise heißt einer Meier und schreibt aus Versehen Meyer — man stelle sich vor, wieviel Abgleichungen der Computer in diesem Fall vornehmen muß. Sollte so etwas gar massenhaft geschehen, könnte dies zu ernsthaften Störungen der technischen Erfassung führen. Ein Computer „denkt" eben nicht — er stoppt notwendigerweise bei Fehlern den Vorgang. Das sind die Segnungen der Technik...

Doppelstrategie à la DGB

Vom NEUE HEIMAT-Skandal eben erst mit einem blauen Auge davongekommen, demonstriert der DGB eindrucksvoll und in alter Frische die bekannte Nummer Tanz auf zwei Hochzeiten aufs neue.

Da finden wir den DGB zunächst in vorbildlicher Manier in der Front derer, die gegen die Wohnungspolitik der Kohl-Lambsdorff Regierung Sturm laufen. Warum auch nicht. Schließlich sind es die neuen Mietgesetze, die wieder mal in aller Deutlichkeit daran erinnern, daß wir (immer noch) in einer Klassengesellschaft leben: 40 Millionen Mieter finanzieren dem Rest der Bevölkerung ein Leben in Saus und Braus. Klar, daß hier der DGB nicht schweigen kann.



In der öffentlichen Debatte über die Mieterhöhungsgesetze sind weitere wohnungsbaupolitische Maßnahmen der neuen Regierung sehr im Hintergrund geblieben. Sie tragen aber mindestens ebenso den Stempel des 'Umverteilens von unten nach oben': die zu Lasten des sozialen Mietwohnungbaus bezweckte Eigentumsförderung, die mit gigantischen Steuererleichterungen und mit verbilligten Krediten erreicht werden soll.

Und was sagt der DGB dazu? Mit großen Zeitungsinseraten (siehe Ab-

Und was sagt der DGB dazu? Mit großen Zeitungsinseraten (siehe Abdruck) betreibt der DGB, bzw. seine Bank, die BfG, Propaganda für die Kohl-Lambsdorff-Regierung.

Doppelstrategie, Schizophrenie oder einfach typisch DGB?

Wohnungskommission

Rückenwind für Bauherren.

Bauen wird wieder interessant: Die Zinsen sind gefallen. Aber es gibt weitere Gründe.

Noch hat die Bauwirtschaft freie Kapazitäten, was sich vorteilhaft auf die Baupreise auswirkt.

Mit einem Sonderprogramm für öffentlich gefördertes und steuerbegünstigtes Wohnungs- und Hauseigentum tut Bonn etwas:

Um 2,5 % verbilligte Darlehen bis DM 80.000 plus DM 15.000 je Kind.

Bei uns gibt es die offiziellen Antragsformulare für das Sonderprogramm „Bauspar-Zwischenfinanzierung". Wir beraten Sie ausführlich und helfen beim Ausfüllen.

Fordern Sie uns.

BfG·Die Bank für Gemeinwirtschaft.

aus: FR vom 15.12.82

Antifaschismus oder Antikommunismus?

Rückblick auf den 50. Jahrestag

Antifaschismus oder Antikommunismus? — auf diese kurze Formel kann die Art und Weise gebracht werden, wie in der BRD am 29./30.1. des 50. Jahrestages der Machtübergabe an die Nazis „gedacht" wurde.
Da waren zum einen die weit über 100.000 Menschen, die in über 200 Städten der BRD ihrem Willen Ausdruck verliehen, daß sich der Faschismus nie wiederholen dürfe. Die größten Demonstrationen fanden in Hamburg (25.000), Frankfurt (20.000 bis 25.000), Köln, München und Mössingen statt. Auf diesen Veranstaltungen demonstrierten Antifaschisten, Kommunisten, Sozialdemokraten, Christen, Schwule, Ausländer, die Alten, die den Faschismus noch erlebt (und erlitten) haben, neben den Jungen, die ihn nie erleben wollen. Diese Demonstrationen dokumentierten, daß unter vielen Menschen die wohl wichtigste Lehre aus dem Faschismus lebendig ist: „Gemeinsam gegen rechts" aktiv zu werden.
Konsequenterweise blieben diese Demonstrationen nicht stehen bei einer Ablehnung der Vergangenheit, sondern brachten konkrete, heutige Forderungen zum Ausdruck: Gegen die Rüstungspolitik, gegen Neofaschismus und Rassismus, gegen Arbeitslosigkeit, Sozialabbau u. a. m.
Veranstaltet wurde der überwiegende Teil der Demonstrationen von dem Unterzeichnerkreis des Aufrufs „Nie wieder Faschismus — Nie wieder Krieg", mit dem sich schon Mitte 1982 Gewerkschafter, Nazi-Verfolgte, Kommunisten (anfangs wesentlich aus der DKP), progressive Christen und andere Demokraten zusammengefunden hatten.
In den meisten Reden, die auf den Demonstrationen im Umfeld des Aufruferkreises gehalten wurden, wurde die Verantwortung des Kapitals für den Faschismus in den Vordergrund gestellt; es wurden in der heutigen herrschenden Politik Anzeichen eines verschärften Rechtskurses angeklagt; es wurde vor allem die Gemeinsamkeit aller Demokraten, unter ausdrücklicher Einbeziehung der Kommunisten, im Kampf gegen den Faschismus herausgestellt. Trotz erheblicher Angriffe auf den Aufruferkreis und insbesondere prominente DGB-Funktionäre wie Hensche, Mahlein, Götz und Pommerenke betonten diese Kundgebungsredner, daß es in der Weimarer Republik Fehler von b e i d e n Seiten (SPD/ADGB und KPD) gegeben habe, die heute nicht mehr gemacht werden dürften.
Lediglich in Hamburg, wo der DGB dem Aufruferkreis die Demonstration völlig aus der Hand genommen hatte, überwog auf der offiziellen Abschlußkundgebung die Abgrenzung vom kommunistischen Widerstand.



Vor dem Hamburger Justizgebäude Foto: H.W/AK

Nicht gerade mit Ruhm bekleckert hat sich bei diesen Aktionen das gesamte Spektrum der nicht-revisionistischen Linken, die kaum organisiert in Erscheinung getreten ist. Wo sie allerdings versucht hat, mit dem Aufruferkreis zusammenzuarbeiten, hat es überwiegend positive Erfahrungen gegeben, die ausgebaut werden sollten.

Die „offizielle" BRD auf der anderen Seite entledigte sich dieses Tages auf eine Art und Weise, die von schlichten Peinlichkeiten bis hin zu offenem und militantem Antikommunismus reichte.

Es sollte sich niemand durch die Anzahl der neu enthüllten Gedenktafeln und der Kranzniederlegungen täuschen lassen: Das war ja wohl das mindeste, was von der „offiziellen" BRD hatte erwartet werden müssen. An diesem Datum konnte die „offizielle" BRD nicht vorbei, doch sie nutzte diesen Tag — vor allem von Seiten der CSU/CDU und ihrer Regierung — in penetranter Weise zur antikommunistischen Propaganda. Den Gipfel der Unverschämtheiten leistete sich dabei der ehemalige Alterspräsident der Hamburger Bürgerschaft, Dau (SPD), der auf einer Feierstunde die (immerhin) eingeladenen Widerstandskämpfer und ausländischen Delegationen dadurch beleidigte, daß er den Kommunisten in einem Atemzug mit den Nationalsozialisten die Schuld am Untergang der Weima-
rer Republik zuwies. Über 100 Wider-
te, daß er den Kommunisten in einem Atemzug mit den Nationalsozialisten die Schuld am Untergang der Weima-
rer Republik zuwies. Über 100 Widerstandskämpfer und die meisten ausländischen Delegationen verließen auf diese Provokation hin das Rathaus (nach Intonation der „Moorsoldaten" auf den Rathausfluren).

Es wäre falsch, diesen Vorfall als typisch für d i e SPD-Mitglieder an diesem Tage zu werten, sprachen doch andere anerkennend vom „hohen Blutzoll der Kommunisten". Die offizielle Propaganda aber war beherrscht von den schrillen antikommunistischen Tönen insbesondere bei der CSU/CDU. So schob — beliebig herausgegriffen — der MdB Olaf von Wrangel (CDU) nicht nur der KPD die Schuld am Faschismus, sondern der Kommunistischen Internationale und insbesondere Stalin auch die Schuld am zweiten Weltkrieg in die Schuhe. Kanzler Kohl sprach im Berliner Reichstag von einer „unheiligen Allianz" zwischen „Leninisten und Nationalsozialisten" und dem fehlenden „Wertkonsens" der Weimarer Republik. Und wenn sich F. J. Strauß für eine „Zusammenarbeit ohne Rücksicht auf parteipolitische Zugehörigkeit zur Festigung der Demokratie" als Lehre aus Weimar aussprach, so ist damit sicher alles andere gemeint als die antifaschistische Einheit.

Alle Demokraten und Antifaschisten werden sich da noch auf einiges gefaßt machen. Die Methode, den Antikommunismus als Antifaschismus verkaufen zu wollen, ist nicht nur plumpe Geschichtsfälschung, sondern höchst aktuell: Die jüngsten Angriffe auf die Grünen zeigen auch aktuell die Stoßrichtung dieser Art Vergangenheitsbewältigung.

So erfreulich die Beteiligung vieler fortschrittlicher Gewerkschafter, einzelner DGB-Kreise und örtlicher Einzelgewerkschaften an den verschiedenen Aktionen zum 50. Jahrestag auch ist, so darf doch nicht verschwiegen werden, daß im DGB interessierte Kreise alles versucht haben, jede antifaschi-
nen Aktionen zum 50. Jahrestag auch
ist, so darf doch nicht verschwiegen werden, daß im DGB interessierte Kreise alles versucht haben, jede antifaschi-
stische Aktivität zu denunzieren. Federführend waren dabei insbesondere die Zeitung der IG Bergbau und Energie, „einheit", und der Vorsitzende der IG Chemie, Rappe. Mit ihren Artikeln und Interviews waren sie es, die den reaktionären Medien als Kronzeugen für die „kommunistische Unterwanderung" von Teilen des DGB dienten. Man/frau darf gespannt sein, zu welchem Ergebnis der DGB-Hauptvorstand anläßlich dieser Fronten innerhalb des DGB kommen wird. Diese Auseinandersetzung soll auf einer seiner nächsten Sitzungen zum Thema gemacht werden.

Hamburg

Mit 25.000 Menschen war die Hamburger Demonstration die größte am 29.1. Vermutlich wären es noch mehr gewesen, wenn nicht der DGB durch seine in Hamburg sattsam bekannte arrogante Machtpolitik die Demo an sich gerissen und damit effektiv verhindert hätte, daß die Hamburger Demo zu d e r zentralen in Norddeutschland geworden wäre. So fanden (aufgrund der Hamburger Unsicherheit bis Anfang Januar) weitere Demonstrationen in Neumünster, Lübeck und Hannover statt, von welchen Orten aus ursprünglich auch nach Hamburg mobilisiert werden sollte.

Der Hamburger Aufruferkreis, der sich auf der DGB-Abschlußkundgebung nicht repräsentiert sah, weil dort der kommunistische Widerstand in keiner Weise zu Wort kam, veranstaltete eine eigene Auftaktkundgebung, zu der ca. 6.000 Menschen vorher zum Sammelpunkt gekommen waren. Dort sprachen Käthe Jakob (Widerstandskämpferin), ein Sprecher des Landesjugendringes, ein Vertreter der Kirche sowie ein türkischer Kollege, den das Deutsch-Ausländische Aktionsbündnis benannt hatte. Die Demonstration selbst verlief nur wenig kämpferisch. Die VVN hatte an historischen Stellen Mahnwachen eingerichtet; von einer „linken Block-
hatte. Die Demonstration selbst verlief
nur wenig kämpferisch. Die VVN hatte an historischen Stellen Mahnwachen eingerichtet; von einer „linken Block-
bildung" war wenig zu sehen. Auf der offiziellen Abschlußkundgebung ernteten Bürgermeister v. Dohnanyi und der Vorsitzende der Gewerkschaft NGG, Döding, Pfiffe für ihre antikommunistischen Ausfälle.. Akzeptiert war der Beitrag von Axel Eggebrecht, der nicht in diese Töne einstimmte.

Trotz einiger Auseinandersetzung innerhalb des Hamburger Aufruferkreises — insbesondere durch wiederholte Querschüsse der Jusos — und einer fast schon komödiantischen Unfähigkeit der VVN, irgendwann einmal korrekt die Hamburger Unterzeichner auf ein Flugblatt zu setzen (d. h. insbesondere die GAL und den KB öffentlich als Unterstützer zu benennen), war die Zusammenarbeit insgesamt recht produktiv. Das zeigte sich auch am 30.1. in der „Fabrik", wo 500 bis 600 Besucher zu einer von der GAL initiierten und von den auftretenden Künstlern getragenen antifaschistischen Kulturveranstaltung erschienen waren. Neben Redebeiträgen von Zeitzeugen des Faschismus wie Herbert Baade (VVN-Vorsitzender Hamburg) und Arie Goral traten dort auf: Ester Bejerano und die Stadtmusikanten (antifaschistische und jiddische Lieder), das Duo Z (Sinti und Roma), der antimilitaristische Chor „Untertöne", die chilenische Gruppe „Resistenzia", die Tanzgruppe „Direnis" (Kurden und Türken), die palästinensische Gruppe „Tira", der Kabarettist Achim Konejung (Eddi Elendt) sowie das Blaserorchester „Tuten und Blasen" (in etwa in der Eissler-Tradition einzuordnen). Die Veranstaltung zeigte, daß es durchaus möglich ist, dieses ernste Thema „50. Jahrestag" auch in einer politischen Kulturveranstaltung aufzugreifen, ohne dabei zur Konzertagentur oder andererseits zu reinem Traditionalismus oder „Vergangenheitsbewältigung" zu verkommen.

Hannover

Hannover

Hier demonstrierten etwa 2.000 Menschen; die Mobilisierung zu der Demonstration war durch die gleichzeitig stattfindende Demo zu Dragahn behindert. Erfreulich war, daß nach Abschluß der Dragahn-Demo doch noch sehr viele Menschen zur Abschlußkundgebung kamen und so dokumentierten, daß sie beide Demonstrationen nicht alternativ angesehen haben.

Diese Demonstration war erst zustandegekommen, nachdem der DGB-Hamburg Unsicherheit durch seine merkwürdige Vorbereitungspolitik für die Hamburger Demo geschürt hatte. Der Unterstützerkreis reichte von linken Gewerkschaftern (u. a. mehrere Ortsverwaltungen der HBV) über das DKP/VVN-Spektrum bis hin zu den Grünen, der Antifaschistischen Initiative Hannover, AStA, Jusos etc. bis hin zu einzelnen KBlern. Sehr merkwürdig verhielt sich die GABL, die sich zu einer Unterstützung der Demo nicht hatte durchringen können. Hier waren wohl persönliche Differenzen zur VVN und Altersstarrsinn (bei wem! — der Redakteur) ausschlaggebend; immerhin sprach dann doch noch Ratsfrau Ulla Henscher (GABL) auf der Kundgebung neben dem VVN-Vorsitzenden Fritz Maiwald, Walter Timpe (Ortsverwaltung HBV), Chr. Strässer (Krefelder Initiative) und Kurt Baumgarte (antifaschistischer Widerstandskämpfer).

Lübeck

Ungefähr 700 Antifaschisten demonstrierten am 30.1. in der Lübecker Altstadt. Konkreter Anlaß für diesen Zeitpunkt der Demonstration war das Treffen des Rassistenvereins „Arbeitsgemeinschaft der Vaterländer". Nachdem die Hamburger Demonstration durch die Politik des Hamburger DGB nicht zu dem zentralen „Ereignis" in Norddeutschland geworden war, war die Bereitschaft, etwas in Lübeck zu machen, sehr groß. Das Bündnis wurde von einer Vielzahl von Gruppen und Organisationen getragen, darunter Antifa-Arbeitskreis, KPD, SDAJ, DKP, Punx against Fascism, verschiedene Ausländergruppen (Kurden und Türken), DFG-VK, einer jüdischen Studentengruppe, den Demokratischen Sozialisten, VVN und viele andere. Für Lübeck ein voller Erfolg. Bei der Demo selbst kam es zu einem Zwischenfall, als ein vorgesehener autonomer Redner für die Abschlußkundgebung von den Bullen festgenommen wurde und später nach ED-Behandlung wieder auf freien Fuß gesetzt wurde. Er wird wegen Verstoßes gegen die Demo-Auflagen wohl mit einem Verfahren zu rechnen haben.

Frankfurt

Mit 20.000 bis 25.000 Teilnehmern war die Frankfurter Demonstration erfreulich gut besucht. Getragen wurde die Demonstration insbesondere aus der Friedensbewegung und von den linken Organisationen die DKP und die MLDP (300 bis 500 Leute); stattlich auch die Zahl der Demokratischen Sozialisten. Enttäuschend war dagegen die Beteiligung der Grünen und Spontis.

Auf der Kundgebung sprach zuerst
die Beteiligung der Grünen und Spontis.
Auf der Kundgebung sprach zuerst
eine türkische Kollegin (zur Ausländerfeindlichkeit); danach Coppik, der den Andropow-Vorschlag zur Rüstungsbegrenzung begrüßte und sich gegen den Antikommunismus wehrte. Nach dem Beitrag einer Lehrerin und Berufsverbotsopfers aus Hannoversch-Münden (wo zwei Lehrer trotz neofaschistischer Propagandaarbeit gerade wieder unterrichten dürfen) folgten die Beiträge der beiden DGB-Linken Detlev Hensche (DruPa) und Georg Benz (IG Metall), die beide eindeutig antikapitalistisch Stellung bezogen (das Kapital war schuld, nicht die Arbeiterbewegung) und die beide — auch deutlich an die Adresse der Rechten im DGB gerichtet — sich für ein Zusammengehen aller Antifaschisten gegen Rechts aussprachen. Beide bezeichneten die Arbeiterklasse als eine wesentliche Bedingung für den Sieg des Faschismus, weigerten sich aber vehement, einseitig „Schuld" zu verteilen.

Neben einigen offiziellen Saalveranstaltungen der SPD und des DGB muß leider negativ eine Veranstaltung der Spontis in der „Batschkapp" erwähnt werden, zu der knapp 100 Leute kamen. Die Veranstaltung beschäftigte sich vor allem mit dem (linken?) Nationalismus — provoziert durch den SDS-Renegaten und „FAZ"-Mitarbeiter Günter Maschke. Tenor: Nur eine nationale Politik könne verhindern, daß Deutschland zum Schießplatz der Supermächte werde. Der „ewige Auschwitz-Vorwurf" sei erpresserisch gegen jede nationale Politik gerichtet. (Das trifft sich gut mit F. J. Strauß, der ja auch meint, daß das deutsche Volk ein Recht habe, von Auschwitz nichts mehr hören zu müssen). RA Barabas vertrat dann eher die „linke" Variante des Themas: Die „nationale Frage" müsse zur Frage der Linken werden, bevor die Rechten sie okkupieren. Ein englischer Pazifist brachte es endlich kritisch auf den Punkt: Nationalismus

Fortsetzung nächste Seite



Die Hamburger Sanigruppe Foto: H.W/AK

„Erst alles zusammenschießen, dann auseinandersortieren!"

Gummi-Geschosse in Baden-Württemberg vor der Einführung

Nach über zweieinhalb Jahren politischer Diskussion und langjährigen Tests ist eine Entscheidung gefallen: Als erstes Bundesland beabsichtigt Baden-Württemberg, seine Polizei mit Gummigeschossen auszurüsten. Mutmaßlicher Hintergrund: Das südwestdeutsche Bundesland gilt als Stationierungsgebiet für die amerikanischen Pershing-Raketen, deren Rampen noch in diesem Herbst bestückt werden sollen.

Wenig weihnachtlich klang es Ende Dezember aus dem Stuttgarter Innenministerium: *„Für uns war die Frage zu klären, wie die Polizei eine vernünftige Distanz zwischen sich und jenen Personen oder Gruppen herstellen kann, die jenseits des Demonstrationsrechtes versuchen, politische oder gesellschaftliche Themen mit gewaltsamen Mitteln voranzutreiben, oder konkret, wie Distanz zu jenen Personen hergestellt werden soll, die mit Steinen oder Molotow-Cocktails werfen"*, lautete die offizielle Erklärung zur Einführung von Gummigeschossen, die ebenso in Zürich oder London formuliert worden sein könnte; Distanzlücken, wohin das Polizeiauge schaut...

Auf Distanz gehen sollen Baden-Württembergs Polizeitruppen zukünftig mit der Mehrzweckpistole ‚MZP 1', ein umgebauter Granatwerfer der weltbekannten Waffenfirma Heckler & Koch, dessen 44mm-Kaliber nicht nur Tränengasgranaten und Leuchtmunition sondern auch eine Schrotladung von 16 Gummipfropfen verschießen kann. Die einzelnen Hartgummigeschosse sind 26 mm lang, sechskantig und an den Spitzen abgerundet. Auf eine Distanz zwischen 10 und 25 Meter soll die Treffgenauigkeit für polizeiliche Abschußerfolge ausreichen, obwohl die Schrotladung fächerförmig in die Gegend streut. *„Eine vorübergehende körperliche Beeinträchtigung"* getroffener Demonstranten will Polizeiminister Roman Herzog (CDU) *„im Rahmen der Fürsorgepflicht für seine Beamten"* durchaus in Kauf nehmen.

Gummigeschosse dieser Art sind aus dem Nachbarland Schweiz bekannt. In einer Dokumentation der Zürcher ‚Initiative betroffener Eltern' werden die Folgen der „harmlosen Polizeiwaffe" genannt: Über 100 Demonstranten und Passanten mußten sich 1980/81 während der Zürcher Jugendunruhen mit Rißquetschwunden, schweren Blutergüssen, Finger- und Nasenbeinbrüchen sowie komplizierten Augenverletzungen in ärztliche Behandlung begeben. Vier Opfer verloren ein Auge, andere leiden unter zunehmender Erblindung.

Die bundesdeutsche Einführung hat eine fast zehnjährige Vorgeschichte. Unter der Devise *„Erst alles zusammenschießen, dann Gangster, Geisel und Gendarmen auseinandersortieren"* hatte die westdeutsche Polizeiführungsakademie bereits 1973 umfangreiche Versuche mit britischen und amerikanischen Gummi- und Holzprojektilen durchgeführt (PFA—Schriftenreihe 1/74). Die Ergebnise — unkontrollierbare Streuung und ernsthafte Gefährdung der Getroffenen — wurden damals als unbefriedigend und technisch unausgereift bewertet. Erst der Aufschwung der westdeutschen Friedensbewegung brachte die Wuchtgeschosse 1980 nach der Bremer Rekrutenvereidigung wieder in die Polizeidebatte. Nachdem im letzten Jahr in den christdemokratisch regierten Bundesländern aber bereits der Kampfstoff CS eingeführt wurde (die Bewaffnung der Polizei untersteht in der BRD den einzelnen Landesregierungen und bedarf keiner parlamentarischen Zustimmung) galt die Aufrüstung mit Distanzwaffen als vorläufig abgeschlossen. Schon jetzt bewirken Nahkampfwaffen wie lange Holzknüppel, Hochdruck-Wasserkanonen oder das ganze Arsenal von Kampfstofftechnologien lebensbedrohende Verletzungen bei zahlreichen gewaltfreien wie militanten Protestaktionen. Die zusätzliche Ausrüstung der Polizei mit Gummigeschossen richtet sich direkt gegen die geplanten Blockadeaktionen amerikanischer Raketenbasen in Baden-Württemberg und dreht die Repressionsschraube in der Bundesrepublik noch ein Stück weiter.

Beamten" durchaus in Kauf nehmen.

Gummigeschosse dieser Art sind aus

sen in Baden-Württemberg und dreht die Repressionsschraube in der Bundesrepublik noch ein Stück weiter.

Bremen:

Praktische Solidarität gegen ausländerfeindliche Sozialpolitk

Im September letzten Jahres wurden vom Bremer Senat mehrere Maßnahmen (Kürzung des Sozialhilfesatzes, Einführung von Wertmarken, Zwangsarbeit) gegen Asylanten und Asylbewerber verfügt, die jedes Gerede über eine „ausländerfreundlichere Politik" der SPD Lügen straft. Gegen die Senatspolitik hat sich ein breiter werdender Widerstand entwickelt, der vom Arbeitskreis Türkei/Ausländerfragen (AKT) ausging. Diese erfreuliche p r a k t i s c h e Solidarität soll der Artikel beispielhaft bekannter machen.

Senator Scherf: „...da passen die Ausländer hinein wie einst die Juden"

Das Bremer Sozialamt verfügte unter Anwendung eines Senatsbeschlusses zum 1.9.1982:

„daß
a) für Asylbewerber andere — um 10% herabgesetzte — Regelsätze anzuwenden sind und
b) die Leistungen der Sozialhilfe möglichst als Sachleistungen gewährt werden sollen. ... Bei Asylbewerbern (soll) nur noch ein Betrag von rund DM 70,- (monatlich) in bar" gezahlt werden *„und der Rest in Form von Wertmarken"*. Außerdem sollten die Asylbewerber *„auf freiwilliger Grundlage Gelegenheit zu gemeinnütziger und zusätzlicher Arbeit ... für die gewährte Sozialhilfe ... (und) einer Arbeitsprämie von bis zu DM 8,- täglich"* (davon DM 4,- in Wertmarken) erhalten. Diese Verfügung betrifft rund 1360 der 2000 in Bremen lebenden Asylbewerber, weil *„knapp ein Drittel auf Grund einer früheren Arbeitserlaubnis oder nach Ablauf der Wartefrist (zwei Jahre) in Lohn und Brot"* stehen sollen („Weser-Kurier", 20.8.82).

Es blieb Sozialsenator Scherf vorbehalten, die zynischen Formulierungen des Sozialamtsbeschlusses noch zu übertreffen. Der Verzicht Bremens auf die Einrichtung von Sammellagern und die teilweise schärferen Kürzungen in unionsregierten Bundesländern übten einen „wirtschaftlichen Zuzugsreiz" auf Asylbewerber aus, dessen „Sogwirkung" nicht ausgedehnt werden düfte. In die Krisenstimmung der Bevölkerung paßten die „Ausländer hinein wie einst die Juden". Neben der Einsparung von 360.000 Mark hätten die senatorischen Maßnahmen deshalb auch eine „ausländerfreundliche" Note angestrebt: *„Wenn die Bürger sehen, daß die Leute ganz brav und bescheiden Hecken schneiden, Müll wegräumen oder in einem Altenheim helfen, wird vielleicht manches Vorurteil bald der Vergangenheit angehören"* (ebenda).

Umtausch der Wertmarken in Geld

Nach der Untersuchung der Senatsbeschlüsse kam der Arbeitskreis

Umtausch der Wertmarken in Geld

Nach der Untersuchung der Senatsbeschlüsse kam der Arbeitskreis

Türkei/Ausländerfragen zu dem Ergebnis, *„daß wir dieser Politik nicht durch Resolutionen gegen Ausländerfeindlichkeit begegnen können. Es ist klar, daß in dieser Situation die Verteidigung des Asylrechts vor allem bedeuten muß, die s o z i a l e M i s e r e der Asylbewerber zu b e k ä m p f e n , mit der ja das Asylrecht faktisch abgeschafft wird"*. Als besten Hebel, „Solidarität zu praktizieren" und „dem Kampf gegen die Ausländerfeindlichkeit eine konkrete Wende zu geben", sah der AKT den Umtausch von Wert- oder Essenmarken in Geld an — wodurch übrigens in Westberlin eine ähnliche Regelung zurückgekämpft werden konnte! — *„wobei die Asylbewerber für ihre Essenmarken von Deutschen Bargeld bekommen"*, die mit den Marken einkaufen können. Bis Dezember 82 konnten bereits Marken im Werte von 25.000 Mark wieder zu Bargeld für die Asylbewerber gemacht werden und mehrere Initiativen unterstützten die Umtauschaktion (u.a. Naturfreundejugend und Bund Deutscher Pfadfinder).

Die erreichte Pressewirkung baute der AKT dadurch noch aus, daß der Bürgerschaftsabgeordnete Peter Willers (inzwischen Bundesgrüne) einen Antrag des AKT am 10.12.82 („Tag des politischen Gefangenen") in der Bürgerschaft einbrachte, der, neben der Rücknahme der Verschärfungen, vom Senat forderte, im Bundesrat gegen das zweijährige Arbeitsverbot für Asylbewerber zu wirken. In seiner Rede stellte Willers die angestrebte Einsparung von 360.000 Mark der Hilfe für die faschistische Türkei von 530 Millionen Mark gegenüber und wies auf das Schüren der Ausländerfeindlichkeit („Schmarotzer" u.ä.) durch das zweijährige Arbeitsverbot hin, das die eigentliche Grundlage für die Einführung der „freiwilligen" Zwangsarbeit liefere.

Mit zutiefst unmenschlichen „Argumenten" verteidigten die etablierten Parteien die Repression:
- deutsche Asylanten hätten nach 1933 nicht um die Beibehaltung von Regelsätzen, sondern um ihr Überleben gekämpft (Lenz, SPD);
- die Reduzierung des Regelsatzes um 10% sei gerechtfertigt, weil Asylbewerber nicht am kulturellen Leben teilnähmen (Erfurth, CDU);
- durch die Hilfekürzungen werde verhindert, daß Gelder an die Angehörigen oder Schlepperorganisationen bezahlt werden könnten (Hüller, FDP).

Die Solidarität wird größer

Inzwischen hat die Umtauschaktion ein Gesamtausmaß von ca. DM 50.000, bei einer wöchentlichen Umtauschquote von rund 8000 Mark erreicht. Darin spiegelt sich die gewachsene Solidarität

Inzwischen hat die Umtauschaktion ein Gesamtausmaß von ca. DM 50.000, bei einer wöchentlichen Umtauschquote von rund 8000 Mark erreicht. Darin spiegelt sich die gewachsene Solidarität

und die Einbeziehung neuer Kräfte in die Aktion wider. In mehreren Bremer Kirchen beider Konfessionen wurde zu Weihnachten von der Kanzel zur Unterstützung der Umtauschaktion aufgerufen und im Rundschreiben der evangelischen Kirche auch schriftlich dazu aufgefordert.

Daneben konnte mit dem im Übersee-Museum beheimateten „Bremer Informationszentrum für Menschenrechte und Entwicklung" (BIZ) eine kommunale Einrichtung für die Beteiligung an dem Wertmarkenumtausch gewonnen werden.

Die Praxis des AKT reicht weit über die Umtauschaktion hinaus. Bereits vor anderthalb Jahren hat der AKT, der nach dem Militärputsch in der Türkei aufgebaut wurde, damit begonnen, Deutsche, die im Stadtteil die türkischen Mitbewohner kennenlernen wollten und/oder mit ihnen gemeinsam politisch arbeiten wollten, in türkischer Sprache zu unterrichten. Die bündnispolitischen Kontakte des AKT wurden ausgeweitet sowie Mitarbeiter/innen einbezogen. Inzwischen werden auch Deutsch-Kurse für Asylbewerber durchgeführt, weil die Kurse den Sparmaßnahmen des Senats zum Opfer fielen, der die „fortschrittliche" Begründung fand, bei einem schwebenden Verfahren solle der Bewerber nicht durch Sprachunterricht seiner kulturellen Identität beraubt werden.

Die Solidarität der Asylanten untereinander wird durch die Einrichtung einer wöchentlichen Asylanten-Vollversammlung mit 60 bis zu 100 Teilnehmenden gestärkt. Ein wichtiger Punkt ist die Vorbereitung der Asylgerichtsprozesse, bei denen seit 1980 alle rund 1.400 Asylanträge als unbegründet verworfen wurden. Im schlimmsten Falle wurde ein Türke unmittelbar nach seiner Abschiebung in die Türkei dort ermordet.

Die erfolgreiche Massenarbeit des AKT hat aktuell zu zwei Reaktionen geführt. Ein Sozialpädagoge beim Jugendamt, der engagiert im AKT mitarbeitet, soll unter dem Vorwand pädagogisch unzulänglicher Arbeit entlassen werden, doch ist durchgesickert, daß insbesondere ein Interview bei Radio Bremen mit kritischen Worten gegen den Senat die eigentliche Hauptrolle spielt, ist doch der zitierte Senator Scherf der oberste Arbeitgeber des Sozialpädagogen.

Bisher hat der SPD-Senat sich jeder Stellungnahme zu der Umtauschaktion enthalten, die formell illegal ist, weil die Wertmarken „nicht übertragbar" sind. Nun wird eine Anfrage der CDU für die nächste Bürgerschaftssitzung diesen Zustand wohl beenden; insbesondere legt die CDU-Anfrage den Finger in die Wunde, daß das Sozialamt die Wertmarken ausgibt, die in der kommunalen Einrichtung Übersee-Museum wieder getauscht werden.

die Wertmarken ausgibt, die in der kommunalen Einrichtung Übersee-Museum wieder getauscht werden.

KB/Gruppe Bremen

Forts. von vorhergehender Seite

und Friedensbewegung schließen sich eindeutig aus. Gerade im Zeitalter des Atomkriegs dürfe es keinen Nationalismus mehr geben. — Auch der Kandidat der Grünen für den Bundestag, J. Fischer, äußerte sich ziemlich klar antifaschistisch.

München

Etwa 15.000 Antifaschisten/innen hatten sich am 31.1. in München getroffen, um am 50. Jahrestag der Machtergreifung der Faschisten auch in der „Hauptstadt der Bewegung" zu zeigen, daß es in der BRD noch Menschen gib, die an einem solchen Tag nicht bereit sind, zur Tagesordnung überzugehen. Die VVN/BdA plus Spektrum hatten zu der Demonstration aufgerufen, die unter der Losung „Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg, keine neuen Atomraketen" stand. Die Teilnehmer/innen trafen sich am Geschwister-Scholl-Platz zu einer Auftaktkundgebung. Auf ihr sprach die Frau eines vor einigen Jahren von Grauen Wölfen ermordeten türkischen Gewerkschaftlers, die in ihrer Rede vor allem auf die wachsende Ausländerfeindlichkeit hinwies. Weiterhin sprach ein Betriebsrat von AEG-Kanis aus Nürnberg, der auf die Gefahren der „Nachrüstung" hinwies und die meines Erachtens gefährliche Position vertrat, daß die Ostermärsche 1983 wohl mit das endgültige Aus für die Stationierung der neuen Raketen bedeuten werden.

Nach der Auftaktkundgebung setzte sich der trotz der allgemein schlechten Mobilisierung recht groß gewordene Zug in Bewegung. Leider hatte die Demo über weite Strecken eher den Charakter eines Schweigemarsches. Umso erfrischender waren die ausländischen Demonstranten/innen, die sich mit antifaschistischen und internationalistischen Sprechchören lautstark bemerkbar machten.

Auf der Abschlußkundgebung sprach zuerst der General a. D. Bastian. Er plädierte für die Abschaffung aller Nuklearwaffen in Ost und West und rief dazu auf, am 6. März nur eine Partei wie die Grünen zu wählen, die sich konsequent gegen die „Nachrüstung" einsetze. Werner Koch, ein Theologe der „Bekennenden Kirche", verglich in seinem Beitrag den Faschismus und seine Folgen mit einer „Religion des Wahnsinns". Emil Carlebach vom Vorstand der VVN hob als letzter Redner darauf ab, daß es ein historischer Fehler war, daß es nicht zu einem gemeinsamen Kampf von Christen, Sozialdemokraten und Kommunisten gegen die Nazis kam; er mahnte die jüngeren Antifaschisten/innen, aus diesem Fehler zu lernen.

Einen üblen Beigeschmack bekam die Kundgebung zum Schluß, als von Demonstranten über Megaphon bekanntgegeben wurde, daß während der Demo Leute von den Bullen abgegriffen worden waren. Die Veranstaltungsleitung, die über diese „unschöne Störung" der Kundgebung sichtlich verärgert war, wiegelte damit ab, man wisse nichts und könne deshalb nichts sagen bzw. tun. Dazu bleibt meines Erachtens nur zu sagen, daß antifaschistischer Kampf mehr ist als mahnen und erinnern.

Ro., Bamberg

Deutsch-Ausländische Solidaritätswoche in Hamburg



„Für ein friedliches und gleichberechtigtes Zusammenleben! Wir fordern Arbeitsplätze — wir wollen keine Ausländerhetze!"

Unter diesem Motto wird in Hamburg vom 10.-17. März eine „deutsch-ausländische Solidaritätswoche" stattfinden. Initiator dieser Woche ist das „Deutsch-Ausländische-Aktionsbündnis" (DAAB), ein Zusammenschluß von zahlreichen Initiativen und Organisationen, der seit ca. einem Jahr existiert und seither alle zentralen Aktivitäten gegen Ausländerdiskriminierung und Rassismus in Hamburg organisiert oder maßgeblich unterstützt hat.

Anlaß der bevorstehenden Solidaritätswoche sind die bereits laufenden bzw. kurzfristig anstehenden Maßnahmen der Bundesregierung zur Unterdrückung und Vertreibung von Ausländern (siehe hierzu unseren ausführlichen Artikel in AK 228). In dem Aufruf zur „deutsch-ausländischen Solidaritätswoche" wird insbesondere protestiert
- gegen die geplante Herabsetzung des Alters für den Familiennachzug von Ausländern in die BRD auf 6 Jahre;
- gegen das Betrugsmanöver mit den sogenannten „Rückkehrprämien";
- gegen Asylunrecht und Abschiebungsterror, insbesondere gegen den in Hamburg von SPD-Innensenator Pawelczyk praktizierten Kurs;
- gegen die ausländerfeindliche und rassistische Hetze, die gerade von führenden Politikern der CDU/CSU in immer aggressiverer Weise betrieben wird.

Die Solidaritätswoche soll sich allerdings nicht auf Information und Protest zu diesen Maßnahmen beschränken. Gedacht ist vielmehr an ein internationales, kulturelles Ereignis im weitesten Sinn, zu dessen Realisierung und Unterstützung alle denkbaren Kräfte angesprochen sind. Der nationalistischen Spaltung soll durch eine möglichst bunte Palette an gemeinsam organisierten Aktivitäten und Veranstaltungen ganz praktisch entgegengewirkt werden. Geben wird es, soweit dies heute bereits absehbar ist: Literatur- und Filmabende, Ausstellungen, Theater, deutsch-ausländische Fußballturniere, politische Informationen und Diskussion, öffentliche Umzüge und andere Aktionen . . .

Zentral ist die Herausgabe eines mehrsprachigen Informationsblattes sowie eine Großveranstaltung am 16.3. im Audimax in Vorbereitung. Die meisten Aktivitäten werden allerdings auf Stadtteilebene stattfinden. Vorbereitungsgruppen hierzu gibt es bisher in Altona, Eimsbüttel, St. Pauli, im Karolinenviertel, St. Georg, Winterhude und Harburg.

Der Aufruf zur „deutsch-ausländischen Solidaritätswoche" wurde mittlerweile von 30 bis 40 Gruppen unterzeichnet. Es ist zu erwarten, daß sich diese Zahl noch verdoppeln oder verdreifachen wird. Dennoch sind weitere Unterstützer, insbesondere wenn sie eigene Ideen einbringen und selbst mit anpacken wollen, dringend erwünscht!

Kontaktadressen für die „deutsch-ausländische Solidaritätswoche":

DAAB, Wallgraben 37, 2100 HH 90
Tel.: 770873
H.C. Schulz, St. Georgstr. 8, 2 HH 1
Tel.: 2803501
Spendenkonto:
H.C. Schulz, Haspa Kto. 1037/763610,
Stichwort: „dtsch.-ausländ.Solidaritätswoche"

Keine Chance für den Andropow-Plan

Fortsetzung von Seite 1

So neu wie die Presse tat, ist der Vorschlag zur Reduzierung der Mittelstreckenwaffen allerdings nicht. Bereits im Oktober lag den USA ein derartiges ,,inoffizielles Angebot'' der SU vor, demzufolge sie *,,unter Umständen bereit wäre, ihre auf Ziele in Westeuropa gerichteten 600 Mittelstreckenraketen der Typen SS-20, SS-4 und SS-5 um etwa die Hälfte zu reduzieren. Sie erwarte dafür, daß die USA auf die geplante Stationierung von Pershing-Raketen und Cruise missile verzichteten''* (FR, 13.12.). Die ,,New York Times'' stellte eine etwas andere Variante der sowjetischen Vorschläge vor, derzufolge die SU bereit sei, als Preis für den Verzicht der NATO auf die ,,Nachrüstung'' *,,die rund 600 Mittelstreckenraketen, von denen nach NATO-Angaben jetzt 333 SS-20 mit je drei Sprengköpfen sind, auf etwa 250 zu reduzieren. Von diesen sollten 150 auf Westeuropa gerichtet bleiben, die übrigen auf Ziele in Asien''* (zit. nach FR, 14.12.). Dieser Vorschlag, der weitgehend dem von Andropow gemachten entspricht, wurde — soweit er überhaupt Beachtung fand — rundweg abgelehnt. Erst nachdem Andropow die Angebote öffentlich wiederholt hatte, begann eine breitere Diskussion.

Was bringt der Andropow-Plan?

Auffallend ist zunächst, daß ein Punkt in der Berichterstattung über Andropows Vorschläge systematisch unter den Tisch geschwiegen wird, nämlich die Tatsache, daß sich die Sowjetunion sehr weitgehend auf die amerikanische Zählweise eingelassen hat.

Bei ihren neuen Berechnungen lassen sich die Sowjets erstmals in aller Offenheit darauf ein, die SS-20 direkt gegen die Cruisse missiles und Pershing II aufzurechnen. Die bisherige Argumentation faßten Gert Bastian und G. Schröder — zustimmend! — so zusammen: *,,Aus der Sicht der Sowjetunion ergab sich schon zu einem frühenZeitpunkt die Notwendigkeit, neben dem auf die andere Supermacht gerichteten strategischen Nuklearpotential auch ein die europäischen NATO-Staaten, vor allem aber die europäischen Nuklearmächte Frankreich und Großbritannien abdeckendes eurostrategisches Nuklearpotential aufzubauen. ... Dieses Potential* (Frankreich, Großbritannien und die US-U-Boote, d. Verf.) *ist in der Vergangenheit mehrfach so entscheidend verbessert worden, daß demgegenüber die mit dem Backfire-Bomber und mit der SS-20-Rakete eingeleitete Kampfwertsteigerung auf sowjetischer Seite eher als überfällige denn sensationelle Modernisierung gewertet werden muß''* (Bastian, Schröder: Wider den NATO-Nachrüstungsbeschluß, Seite 24).

In seinem Buch ,,Tod in der Grauzone'' kommt A.A. Guha zu folgenden Berechnungen des eurostrategischen Kräfteverhältnisses: *,,Beschränken wir uns nur auf die Raketensysteme, so zeigt sich, daß die Sowjetunion Anfang 1980 über maximal 848 eurostrategische Sprengköpfe verfügte (rein numerisch 968, aber da die SS-20 die SS-4 und SS-5 ersetzen, werden 120 Sprengköpfe abgezogen). Berücksichtigt man, daß etwa ein Drittel des Potentials in Mittel- und Fernost stationiert ist, vermindert sich diese Zahl auf etwa 570 Sprengköpfe.*

Die NATO hingegen hält einschließlich der französischen Waffensysteme 754 Sprengköpfe bereit, die von Mittelstreckenraketen bis hinter den Ural verschossen werden könnten, eine ,Überlegenheit' also von 184 Sprengköpfen. Das Bild ändert sich auch keineswegs zuungunsten des westlichen Verteidigungsbündnisses, wenn die Mittelstreckenbomber in den Vergleich mit einbezogen werden. Wenn aus den angegebenen Statistiken die für die NATO ungünstigen und für die Sowjetunion optimalen Zahlen an zuladefähigen Nuklearwaffen angeführt werden, ergibt sich, daß die sowjetischen Bomber insgesamt 2277 Stück auf einmal transportieren können; abzüglich des in Fernost stationierten Drittels wären es 1518 Atomwaffen. Werden die niedrigeren Zahlen der transportfähigen Nuklearwaffen zugrundegelegt, ergeben sich 1426 insgesamt oder 950 für den europäischen Einsatz. Die NATO hingegen könnte, wiederum inklusive Frankreich, mindestens 1775 Atombomben mit ihren Flugzeugen in Ziele auf sowjetischem Territorium tragen. Es besteht also auch hier eine klare numerische Überlegenheit'' (S. 87).

In dem Andropow-Plan fehlen erstmals die amerikanischen ,,forward based systems'', d.h. die der NATO zugeordnetenUS-U-Boote, die ständig in westeuropäischen Gewässern kreuzen. Diese U-Boote wurden in den vergangenen Jahren ebenfalls erheblich modernisiert und ,,kampfwertgesteigert'', ohne daß die SU ihrerseits ,,Nachrüstungs''-Maßnahmen ergriff: *,,Allein bei den Saceur unterstellten amerikanischen U-Booten, deren Zahl von General a.D. Schulze — bis Herbst '79 Befehlshaber des NATO-Bereichs Europa Mitte — im ÖTV-Magazin 6/81 mit sechs angegeben wird, ist mit der Umrüstung von der Polaris-Rakete mit je drei Gefechtsköpfen auf das Poseidon-System mit je 10 bis 14 Gefechtsköpfen eine Vervielfachung der Wirkung eingetreten. Mit der bevorstehenden Umrüstung dieser Boote und der noch mit Polaris-Raketen bestückten britischen U-Boote auf das Trident-System setzt sich diese Tendenz fort''* (Bastian, Schröder, Seite 21). Die Zahl der Sprengköpfe allein auf den US-U-Booten wird mit mindestens 480 angegeben — die Quellen gehen hier weit auseinander. Für die SU zählten diese U-Boote, da sie quasi in Europa stationiert sind, zu den Mittelstreckensystemen.

Mit dem Verzicht der SU, diese Systeme bei den Verhandlungen über Mittelstreckenwaffen weiterhin in Rechnung zu stellen, ist die SU einen großen Schritt auf die amerikanische Forderung zugegangen, nur über l a n d gestützte Mittelstreckenraketensysteme zu verhandeln (Ausgenommen sind nur noch die englischen und französischen U-Boote, auf denen das Hauptkontingent der jeweiligen Nuklearkapazität postiert ist).

Man kann es drehen und wenden, wie man will: die sowjetischen Vorschläge beinhalten nicht weniger als die **vertragliche Zementierung eines nicht zu knappen Vorsprungs auf dem Gebiet der Mittelstreckenwaffen zugunsten der NATO!** Daß die sowjetische Führung dies hinter der — eigene Stärke vortäuschenden — Formulierung vom existierenden Gleichgewicht, das auf niedrigerer Stufe erhalten bleiben müsse, zu verkaufen sucht, ändert an diesen Tatsachen jedenfalls nichts.

Die westliche Antwort: NEIN!

Die sehr weitgehende und sachlich kaum zu vertuschende sowjetische Kompromißbereitschaft machte den westlichen ,,Nachrüstern'' anfangs offensichtlich das Leben schwer: einen so gut propagandistisch plazierten, weitgehenden und sinnvoll erscheinenden Vorschlag als reine Propaganda abzutun, ist in der Tat kaum möglich und erfordert — will man nicht plötzlich selbst als zu unnachgiebig dastehen — zumindest einige Hilfskonstruktionen. Der Versuch der NATO-Staaten ihr vereinheitlichtes NEIN zu j e d e m sowjetischenVorschlag plausibel zu machen, brachte zunächst ein breites Spektrum unterschiedlichster Begründungen zustande: Die USA stünden weiterhin zur Reaganschen Null-Lösung; ein Angebot, das nur der SU landgestützte Raketen zubillige, sei nicht akzeptabel; so der damalige US-Unterhändler in Genf, Rostow. Mit der Zuversicht eines Mannes, der genau weiß, daß die US-Taktik der nuklearen Epressung noch längst nicht ausgereizt ist, ergänzte er: *,,Wir können nicht glauben, daß dies ihr letztes Wort ist.''* (FR, 16.10.).

Die erste NATO-Stellungnahme fand ein anderes ,,faules Ei'': *,,Die Sowjets hätten sich aber nicht bereit erklärt, auch nur eine einzige SS-20 Rakete zu verschrotten''* (FR, 14.12.82). Dieses Argument mußte umgehend wieder aus dem Verkehr gezogen werden, nachdem Andropow öffentlich versichert hatte, daß die SU bereit sei, abzurüstende SS-20-Raketen auch zu verschrotten.

Daß die Sowjetunion einen Teil ihrer SS-20-Raketen nach Asien verschieben will, war ebenfalls Anlaß für die NATO, aufzuheulen: Washington könne es nicht zulassen, daß *,,seine asiatischen Freunde ... weiterhin einer nuklearen Drohung ausgesetzt seien''*. Von einer Berücksichtigung der chinesischen Atomraketen, bzw. der US-Atomwaffen in Japan und ihrer Atom-U-Boote in den asiatischen Gewässern ist selbstverständlich nicht die Rede.

Weiter hieß es: *,,Wir können es nicht hinnehmen, daß die USA den Sowjets eine Überlegenheit zugestehen, denn die Briten und Franzosen bleiben bei ihren eigenen nationalen atomaren Abschreckungskräften''*, verkündete ein Sprecher des US-State-Departement(FR, 23.12.82). Wörner erklärte, es *,,wäre absurd, anzunehmen Frankreich und Großbritannien könnten mit diesen Waffen die Sowjetunion angreifen''* (Presseerklärung des Verteidigungsministeriums, 28.12.). Wen denn sonst, wenn man fragen darf? Nach dieser NATO-Logik müßte die ,,Nachrüstung'' lediglich unter formaler BRD-Zuständigkeit laufen — und schon dürfte die SU dagegen nichts mehr unternehmen. D.h. sie könnte natürlich auch der DDR ihre SS-20-Raketen vermachen, das wären dann ,,eigene, nationale Atomwaffen'', die offenbar nicht zählen. Die ,,Frankfurter Allgemeine'' (7.1.) bezeichnete die sowjetischen Vorschläge rundheraus als *,,Stalinorgelladung von Friedensvorschlägen''*.

Nach diesem Treffer legte sich die NATO eine neue Sprachweise zurecht. Der Andropow-Plan wurde als ,,Schritt in die richtige Richtung'', aber völlig unzureichend bezeichnet.

,,Reagan ließ jedoch keinen Zweifel daran, daß die SU Beweise ihrer Ernsthaftigkeit durch eine Mäßigung ihres Verhaltens noch erbringen müsse. Worte allein genügten nicht, diese müßten durch Taten untermauert werden. Es verwies in diesem Zusammenhang erneut auf Afghanistan, auf Polen, auf die Lage im Nahen Osten, auf den ungeheuren Aufbau des militärischen Arsenals der Sowjetunion und die fortgesetzte Stationierung der SS-20-Raketen. In allen diesen Bereichen könne die SU Beweise für ihren Friedens- und Entspannungswillen erbringen, sagte Reagan'' (FR, 10.1.83).

Schon vorher war der bisherige Leiter der ,,Agentur für Rüstungskontrolle und Abrüstung'', Eugene Rostow, ebenso wie der Chefunterhändler bei den Wiener MBFR-Verhandlungen vor die Tür gesetzt worden. Rostow hatte bei den Genfer Verhandlungen Planspiele in Richtung des Andropow-Planes mitgespielt. Der Ultra-Rechte vom ,,Komitee für gegenwärtige Gefahr'' wurde von dem noch weiter rechts stehenden K. Adelmann ersetzt.

Ende Januar erfolgte die Reise von Vize-Präsident Bush, um die Europäer zu beruhigen. Mit großem Brimborium wurde am 1.2. im Rathaus Schöneberg (Westberlin) die zum Frieden ,,ausgestreckte Hand'' Reagans serviert. Er wolle mit Andropow auf einem Gipfeltreffen ein Abkommen untezeichnen, um die l a n d gestützten Mittelstreckenwaffen, ,,eine der gefährlichsten Waffenkategorien'', gänzlich von der Erde zu verbannen. *,,Treffliche Gegenzüge''*, kommentierte die FAZ (2.2.); das wäre ein *,,großartiger Durchbruch zum Frieden''*, schwärmte Kohl. Kanzlerkandidat Vogel von der SPD bezog kräftige Prügel, als er das eine Wiederholung der bisherigen Reagenschen Vorschläge nannte. Doch schon einen Tag später bestätigte Reagan, daß er gar kein neues Signal für die SU habe geben wollen: *,,Nein, offen gestanden, ich habe lediglich auf ihre Propagandabemühungen reagiert, mit denen sie versuchen, unseren echten Abrüstungsvorschlag abzuwerten''* (siehe FR, 3.2.83).

Die,,Zwischenlösung''

Doch inzwischen ist klar, daß die USA ein neues Angebot zumindest ins Auge fassen müssen. Nitze, derChefunterhändler in Genf, erklärte vor der neuen Verhandlungsrunde, daß die USA *,,sicher nicht auf die Null-Lösung festgelegt''* seien (SZ, 27.1.). Die CDU/CSU-FDP-Regierung mußte einen Purzelbaum schlagen, nachdem sie bis zuletzt standhaft und verbissen an der Nullösung festgehalten hatte. Worum es bei einer solchen Zwischenlösung gehen soll, ist aber inzwischen klar umrissen. Bei einseitiger Abrüstung der Sowjetunion sei *,,auch eine Reduzierung der westlichen Nachrüstung''* möglich, erklärte Genscher inzwischen; einen *,,völligen Verzicht der NATO auf die Nachrüstung''* schloß er aus; die Sowjetunion dürfe kein ,,Monopol'' der landgestützten Raketen erhalten (FR, 4.2.83). Rostow hatte sogar überprüfen lassen, ob bei der ,,Nachrüstung'' auf die Pershing II militärisch verzichtet werden könne — ein Plan, der schon früher einmal aufgetaucht war, nämlich die Pershing lediglich durch eine verbesserte I B-Version zu ersetzen und zu ergänzen, zumal die jetzt geplante Rakete auf keinen Fall vor 1985 einsatzbereit sein wird. Denn erst der 4. Test der Pershing II brachte überhaupt einen Flug, der nicht völlig daneben ging. 15 erfolgreiche Testschüsse werden noch als erforderlich angesehen.

Aber auch hier wurde Rostow zurückgepfiffen. 9 Raketen sollen schon 1983 in die BRD, schrieb der ,Spiegel' (31.1.). In einem vertraulichen Arbeitspapier schrieb Genschers Abrüstungsbeauftragter Friedrich Ruth (CDU-Mitglied): *,,Die Stationierung der Pershing-Raketen und Marschflugkörper ist allemal wichtiger als das Bemühen, in Genf zu Lösungen zu kommen, die solche Waffen überflüssig machen'' ('Spiegel', 1/83). ,,Gerade in Zeiten wirtschaftlicher Krisen müssen die westlichen Regierungen, wenn sie von der Bevölkerung Opfer für die Aufrechterhaltung von Verteidigungsfähigkeit und Abschreckung fordern, den Nachweis führen können, daß die Bemühungen um den Abbau der Konfrontation nicht an ihnen scheitern''* (ebenda). Es geht also weiter um Spiegelfechtereien. Colin S. Gray, Reagans Kriegsberater (zuständig für Abrüstungsfragen), hatte bereits im März letzten Jahres festgestellt, es werde auf jeden Fall *,,eine beträchtliche Anzahl''* von Pershing II und Cruise missiles in Europa stationiert, *,,gleichgültig, ob die sowjetische SS-20-Stationierung auf Null reduziert wird oder nicht''* (aus ,,Air Force Magazin'', 3/82).

Damit bleibt die NATO in ihrer Logik: Denn bereits im Frühjahr 1975, als überhaupt noch keine SS-20 in Sicht war, hatte die Nukleare Planungsgruppe der NATO auf einer Sitzung in Monterey beschlossen, die neuen Mittelstreckenraketen anzuschaffen (siehe FAZ, 28.1.83). Der sogenannte Doppelbeschluß Ende '79 und der Vorschlag der Nullösung im Oktober 1981 dienten lediglich dazu, diese Stationierung mit vorgeblichen ,,Abrüstungsverhandlungen'' zu rechtfertigen.

Antimilkommission KB
Gruppe Göttingen und Hamburg

Vogel: Ein Kandidat Andropows?

Mit wohlplazierten Reisen nach Washington und Moskau, Anfang dieses Jahres, hat der SPD-Kanzlerkandidat Vogel versucht, sich als Friedensstifter zwischen den Großmächten aufzubauen. Vogel habe die Position Helmut Schmidts verlassen, konterte die CDU/CSU; er sei eben als ,,Kandidat Andropows'' anzusehen, heißt es dazu. Hat die SPD-Spitze tatsächlich etwas Neues in dieser Frage zu bieten?

Zum einen haben Vogel und die SPD-Spitze (einschließlich Helmut Schmidt) darauf beharrt, daß dem Andropow-Vorschlag ein Gegenangebot der USA folgen müsse. Vogel hat auch nach dem Busch-Vorschlag in Westberlin, am 1.2., erklärt, daß es kein neuer Vorschlag sei, wenn jetzt Reagan eine ,,weltweite Nullösung'' für landgestützte Mittelstreckenraketen anbietet. Allem Gezeter der CDU/CSU zum Trotz hatte er da einfach recht. Es ist inzwischen auch unumstritten, daß ein solches (Schein)Angebot der USA folgen wird, und nur weil Kohl eben der letzte (Provinz-)Politiker war, der es gemerkt hat, muß dieser Vorschlag bis nach dem 6.3. verschoben werden, um ihm nicht im Wahlkampf zu schaden. Sensationell ist der Vogel-Vorschlag überhaupt nicht. Schmidt, der als ,,Vater der Nullösung'' gilt, hatte schon 1981 öffentlich zu der Frage erklärt, ob es auch andere Verhandlungslösungen geben könne: *,,Kein Zweifel, die Russen werden sicher den Abbau einer Reihe von Systemen erwägen, aber ob sie an die Nullösung denken, ist eine andere Frage. Versetzen sie sich mal in die Lage der Sowjets. Dann müßten Sie auch daran denken, daß die anderen Atommächte, Großbritannien und Frankreich, ihre Mittelstreckenwaffen abbauen, die sowjetisches Territorium erreichen können''* (siehe ,,Spiegel'', 5/83). Die SPD-Spitze erklärte es weiterhin für möglich, daß es zu einem Verzicht auf die ,,Nachrüstung'' kommen könne, und zwar nicht nur auf der Basis der Nullösung. Vogel erklärt nach seiner Moskau-Reise, er beurteile jetzt die Chancen für eine Genfer Einigung ,,optimistischer''. *,,Das Resultat sollte sein, daß möglichst wenige sowjetische Raketen auf Westeuropa zielen und der NATO eine Nachrüstung erspart bleibe. Das sei vor allem im deutschen Interesse''* (FAZ, 13.1.). Strauß nannte das prompt den *,,größten politischen Lügenschwindel''*, wenn man die *,,Hitler- und Goebbelszeit''* ausnehme.

Nun hat niemand von der SPD-Spitze gesagt, es gebe auf der Basis der jetzigen (einseitigen) Abrüstungsvorschläge der SU keine Stationierung. Vogel und Ehmke propagieren einen Verzicht auf die Pershing II. Bahr, der als der schlimmste prosowjetische Politiker in der Runde gilt, verlangte für einen Verzicht auf die ,,Nachrüstung'' von der SU, daß diese *,,deulich unter die französischen und britischen Bestände von 162 hauptsächlich seegestützten Raketen''* reduzieren müsse (auf der Washington-Reise, siehe FAZ, 8.1.83). Vogel erklärte: *,,Eine Stationierung neuer Mittelstreckenwaffen sei dann nicht auszuschließen, wenn sich die SU nicht bewege (Anm. AK: Und das wohlgemerkt n a c h den Andropow-Vorschlägen) und trotz ,größter Anstrengungen der amerikanischen Freunde' in Genf kein Ergebnis erzielt werde''* (FAZ, 10.1.83). Damit hat sich Vogel eindeutig hinter die jeweilige Verhandlungsposition der USA in Genf gestellt und es ausdrücklich ausgeschlossen, daß er daran denke, g e g e n die USA die Zustimmung zur ,,Nachrüstung'' als eventueller Kanzler zurückzuziehen.

,,Lieber würden er und seine Parteifreunde es jedoch sehen, wenn selbst im Falle nicht befriedigender Verhandlungsergebnisse im Herbst dieses Jahres weiterverhandelt und auf eine Stationierung bis auf weiteres verzichtet würde'' (ebenda).

Dies ist leider auch alles andere als sensationell. Bereits seit 1979 fordern regelmäßig SPD-Parteitage genau dies, nämlich unter Umständen Moratorien während der Verhandlungen in Genf abzuschließen.

Da es der NATO zwar technologisch gesehen entgegenkäme, ein Moratorium abzuschließen, weil weder die Cruise missiles, noch die Pershing II Ende '83 tatsächlich einsatzbereit sind, aber dies politisch gesehen weiter die Hoffnung schüren würde, die ,,Nachrüstung'' könne eventuell doch ausfallen, ist allenfalls an Moratoriumsangebote zu denken, die die Sowjetunion auf keinen Fall annehmen könnte. Ein solches Moratoriumsangebot schlägt z.B. Carsten Voigt in der taz (vom 14.1.) vor (die Idee stammt vom hessischen Institut für Friedens- und Konfliktforschung): danach soll ein Moratorium vorgeschlagen werden, **bei dem die Sowjetunion schon mal mit der einseitigen Verschrottung beginnt;** die NATO könnte dann später noch stationieren, wenn die SU in weiteren Abrüstungsverhandlungen nicht entsprechendes Wohlverhalten zeigt. Eine wundervolle Idee zugunsten der NATO!

Da selbstverständlich die Sowjetunion ihre einseitigen Verschrottungsangebote nur unter der Prämisse gemacht hat, daß es zu keiner Aufstellung neuer amerikanischer Mittelstreckenraketen kommt, läßt sich jetzt schon sagen: **Die SPD-Spitze ist derzeit nur dazu bereit, die aufzustellenden Raketen mit ihren Krokodilstränen zu übergießen (in der Kirche nennt man das ,,weihen'') und gleichzeitig mit Friedensschalmeien durch die Lande zu ziehen. Für die Friedensbewgung sind das lediglich Sirenen-Gesänge.**

Fortsetzung von Seite 1

Konventio-nelle Nachrüstung soll Krieg in Europa möglich machen

Die bundesdeutsche Friedensbewegung, den Blick fest und ausschließlich auf die neuen Mittelstreckenraketen gerichtet, wird umdenken müssen: Gefahr droht nicht allein von der Raketen-„Nachrüstung", sondern mindestens ebenso von der beabsichtigten, z.T. schon angelaufenen konventionellen Kriegsrüstung. Zumindest für die Politiker und Militärs der BRD ist ein k o n v e n t i o n e l l e r Krieg in Europa sehr viel interessanter als ein atomarer Schlagabtausch — eben darum ist ein solcher „herkömmlicher" Krieg auch wahrscheinlicher.

Wir dokumentieren in diesem AK im Wortlaut einen Text von Donald R. Cotter aus der Zeitschrift „Wehrkunde" (Nr. 1/83). Es handelt sich dabei um die gekürzte Fassung einer Rede, die Cotter auf einer Tagung der *Deutschen Gesellschaft für Wehrtechnik* am 4. und 5. Oktober hielt. Cotters Text enhält in beachtlicher Offenheit, Nüchternheit und Präzision so ziemlich alles, was man über die „konventionelle Nachrüstung" wissen sollte. Daß er sein Planspiel konsequent als Verteidigung gegen einen Angriff aus dem Osten aufgebaut hat, sollte unsere Leserinnen und Leser nicht stören. Selbstverständlich funktioniert alles, was Cotter vorträgt, ebenso gut und besser — wegen des Überrasschungseffekts! — wenn mensch es sich als schlichten Überfall denkt. Wichtig ist in jedem Fall, was Cotter über das „zeitkritische" Element seiner Überlegungen sagt. Konkret: Die vernichtenden „Blitzschläge" müssen innerhalb von wenigen Stunden durchgeführt wer-

sche" Element seiner Überlegungen sagt. Konkret: Die vernichtenden „Blitzschläge" müssen innerhalb von wenigen Stunden durchgeführt wer-

den. Für einen wesentlichen Teil der Ziele gilt sogar, daß sie **„innerhalb von M i n u t e n nach der Feststellung, daß ein massiver Angriff des Paktes auf die NATO vorliegt, angegriffen werden"** müssen (Cotter). Also in Zeitbereichen, die von vornherein jede parlamentarisch-politische Alibi-Kontrolle unmöglich machen und die die gesamte Entscheidungsgewalt direkt in die Hände der NATO-Generäle legen. Von hier ist nur noch ein winziger Schritt zur offenen und direkten Legitimierung eines „v o r b e u g e n d e n Blitzschlags", sobald „gesichterte nachrichtendienstliche Erkenntnisse" vorliegen, daß ein Angriff des Warschauer Paktes „b e v o r s t e h t". Da macht es doch wieder Spaß, Bundeswehrgeneral zu sein! Herr Strauß, Ihr Stahlbad ist eingelassen!...

Meinungsverschiedenheiten gegenüber Cotter's Referat beziehen sich, wie Lothar Domröse, Generalleutnant der Bundeswehr, schreibt („Wehrkunde 1/83), besonders auf die von Cotter geschätzten Kosten des Projekts und wohl auch auf den von ihm angegebenen Zeitplan: Mit insgesamt zehn Milliarden Dollar setzt Cotter die Kosten der „konventionellen Nachrüstung" sicher zu niedrig an; seine These, daß das geplante Arsenal im Wesentlichen bereits 1986 zur Verfügung stehen könne, ist anzuzweifeln. Hinzu kommt ein bereits begonnener Streit um die kommerzielle Seite der „konventionellen Nachrüstung": Die Rüstungsindustrie der USA möchte gern den Löwenanteil der Aufträge übernehmen; die europäischen Rüstungskonzerne und die von ihnen ausgehaltenen Politikdarsteller haben darüber selbstverständlich entgegengesetzte Ansichten und Erwartungen. Aber an diesem Streit zwischen Aasgeiern und Hyänen wird der Rogers-Plan bestimmt nicht scheitern. Gefordert ist die Friedensbewegung.

Eine moderne integrierte Konzeption für die Vorneverteidigung Westeuropas

von Donald R. Cotter

In der Bedrohung der Sicherheit Westeuropas und anderer Bereiche des NATO-Bündnisses waren im Verlauf des letzten Jah rungen zu verzeichnen. Die konventionelle Bedrohung – ein hochmodernes Boden- und Luftangriffspotential des Warschauer Pakts um die Sowjetunion – ist hinreichend dokumentiert und ist allen, die auf dem Verteidigungssektor arbeiten, bekannt. Darüber hinaus haben die Sowjets eine völlig neuartige Reihe nuklearer ballistischer Flugkörper in der Form der SS-20, 21, 22 und 23 und ein Arsenal moderner kernwaffenbestückter Angriffsflugzeuge entwickelt und disloziert. Hierbei handelt es sich um Hochleistungsflugzeuge, von denen einige (BACKFIRE) die entsprechenden Einsatzmittel der NATO an Reichweite und Nutzlast-Tragfähigkeit übertreffen. Außerdem hat der Warschauer Pakt rund drei- oder viermal so viele Erdkampfflugzeuge wie die NATO im Bereich Mitte.

Neue Wege müssen gefunden werden, um der NATO ein konventionelles „Äquivalenz"-Potential zur *Abschreckung* großangelegter nicht-nuklearer Angriffe auf ihr Territorium an die Hand zu geben. Daher ist der Zweck dieses Seminars:

- Herausstellen wichtiger Verbesserungen bei den nicht-nuklearen Kräften, die zusätzlich konventionelle *Abschreckungsoptionen* bieten und die nukleare Schwelle anheben könnten;
- Definition unterstützender Technologien auf den Gebieten:
  - Überwachungs-/Informationsverarbeitungs-/Zielzuweisungssysteme;
  - Einsatzsysteme; und
  - fortschrittliche Munitionsarten;
- Definition der Kosten und der Wirksamkeit verschiedener Lösungswege;
- Definition von Programmen, die seitens der Regierungen und der Industrie erforderlich sind.

Um die Diskussion zu vereinfachen, indem wir uns auf drei wichtige Aufgaben beschränken, durch die die NATO eine konventionelle „Äquivalenz" mit dem dem Bereich Mitte gegenüberstehenden konventionellen Potential des Warschauer Pakts bzw. der Sowjetunion erreichen könnte.

Vom militärischen Gesichtspunkt aus müssen wir so bald wie möglich ein *nicht-nukleares* Potential für die Durchführung bestimmter militärischer Operationen zur Verfügung haben, für die gegenwärtig der frühzeitige Einsatz nuklearer Waffen zwingend wäre. Dieses Potential könnte bis 1986 aufgebaut werden. Hierbei handelt es sich um:

- *Die Aufgabe der Bekämpfung der feindlichen Luftstreitkräfte (Counter Air)* Diese Aufgabe soll der Offensive des Paktes gegen das Luftwaffen- und Kernwaffenpotential der NATO den Schwung nehmen. Denn der sich abzeichnende Verlust dieses Potentials würde die NATO veranlassen, *frühzeitig den Ersteinsatz* nuklearer Waffen ins Auge zu fassen. Diese Aufgabe beinhaltet die Ausschaltung der Flugplätze und Luftverteidigungseinrichtungen des Paktes.
- *Abriegelung* an Brücken, Eisenbahnknotenpunkten, Straßenkreuzungen und anderen Engpaßstellen. Die Zerstörung dieser Ziele dient der Unterstützung der Vorneverteidigung der NATO, da sie den Angriff der Landstreitkräfte des Paktes verzögert und zersplittert. Zur Zeit verlassen wir uns auf Nuklearwaffen zur Durchführung des größeren Teils des Abriegelungsauftrags.

Wir stellen uns vor, daß diese zeitkritischen Aufträge mit Boden-Boden-Flugkörpern mit präzisionsgelenkten nicht-nuklearen Einsatzmitteln durchgeführt würden. Flugzeuge mit vergleichbaren Nutzlasten in neuartigen Streubehältern für Submunition oder – in einem späteren Zeitpunkt – mit Abstands- (Stand-off) Waffen würden dann zur Bekämpfung von Flugzeugen auf Ausweichflugplätzen eingesetzt werden. Flugzeuge würden außerdem gegen Landstreitkräfte zum Einsatz gelangen, die sich an den abgeriegelten „Engpaßstellen" massiert haben. Letztere wären die lohnendsten Ziele für den Luftangriff in einer Abwehrkampfsituation.

Die vorstehend geschilderten Aufträge umfassen den Angriff auf *feste* Ziele, und sie sind, wie ich ausführte, zeitkritisch. Die NATO muß den „Counter-Air"-Auftrag unverzüglich nach Beginn der Feindseligkeiten durchführen. Ohne westliche Luftüberlegenheit kann sich die NATO nur zwei oder höchstens drei Tage verteidigen. Dieser Auftrag *muß* innerhalb von Stunden durchgeführt werden. Daher muß man hierfür Quick-reaction alert-

unverzüglich nach Beginn der Feindseligkeiten durchführen. Ohne westliche Luftüberlegenheit kann sich die NATO nur zwei oder höchstens drei Tage verteidigen. Dieser Auftrag *muß* innerhalb von Stunden durchgeführt werden. Daher muß man hierfür Quick-reaction alert-

Kräfte (Alarmkräfte zum sofortigen Gegenschlag) mit nicht-nuklearen Flugkörpern einsetzen. Ich behaupte, daß der Einsatz nicht-nuklearer Flugkörper zur Durchführung dieser frühen Bekämpfungsaktionen ein zuverlässigeres und billigeres Verfahren ist als zur Zeit in Aussicht genommener *nuklearen* Bekämpfungsoptionen der NATO. Und dieser konventionelle Einsatz bewirkt natürlich keine nukleare Eskalation.

Die andere durchzuführende Aufgabe besteht darin, ein erheblich verbessertes Potential für die Bekämpfung *beweglicher* gestaffelter Landstreitkräfte des Paktes und ihrer Luftabwehrsysteme aufzubauen. Hierbei handelt es sich um eine schwierige Aufgabe, da es um die Ortung, Verfolgung und Zuweisung einer großen, wenn auch bestimmbaren Zahl von Zielen geht.

Die *Konzeption* sieht vor, Ziele jenseits des Horizonts, die sich ausschließlich auf dem Territorium des Paktes befinden, zu bekämpfen. Dies ist ein wesentliches Element in der militärischen und politischen Argumentation für eine starke Vorneverteidigung. Dies gilt insbesondere für die Bundesrepublik Deutschland, die damit Streitkräfte auf *gegnerischem* Territorium statt auf dem eigenen abschrecken oder, falls die Abschreckung versagen sollte, zersplittern, ihren Vormarsch verzögern oder sie vernichten könnte. Wir sind der Auffassung, daß dieses Potential der NATO bis 1988 zur Verfügung stehen könnte . . .

Bei der Behandlung der „festen" Abriegelungsziele, die die Haupteinsatz- und Ausweichflugplätze sowie andere feste Ziele umfassen, wie Brücken, Eisenbahnknotenpunkte, Straßenkreuzungen ect. werden mögliche Einsatzsysteme, vor allem Flugkörper beschrieben. Neuartige Munitionsarten, die Start- und Landebahnen, Rollbahnen, Brücken und andere Ziele zerstören können, werden besprochen. Die zweite Gruppe von Zielen, die beweglichen, gestaffelten Landstreitkräfte und ihre Luftabwehrsysteme werden im Zusammenhang mit den Zielarten besprochen, die durch Kampfverbände und auf dem Marsche befindliche Truppen gebildet werden. Die Fähigkeit der NATO, diese Ziele zu erfassen, zu verfolgen und Zielzuweisungsinformationen weiterzugeben, die die Vernichtung dieser Kräfte gestattet, wird unter dem Aspekt neuer militärischer Forderungen erörtert. So werden Sie eine technische Beschreibung von Überwachungssystemen, Zielerfassungs- und -ortungssystemen und von Informationsverknüpfungsverfahren erhalten, die eine Echtzeitzielzuweisung auf bewegliche Truppen gestatten. Außerdem erhalten Sie technische Beschreibungen neuartiger Munitionsarten und Einsatzverfahren unter Verwendung von Flugkörpern und Flugzeugen, die mit Abstandswaffensystemen ausgerüstet sind.

Die Gesamtsumme all dieser modernen nicht-nuklearen Einsatzmittel führt zu der Schlußfolgerung, daß die *NATO mit einem Vorneverteidigungspotential unter Verwendung moderner nicht-nuklearer Systeme ausgestattet werden kann, das der Wirksamkeit von Kernwaffen mit niedrigem KT-Wert entspricht.*

Die Beschaffungskosten für dieses neue Potential werden angesprochen, sowie auch spezifische Vergleiche zwischen diesen neuen Systemen und den verfügbaren traditionellen nicht-nuklearen Angriffsverfahren.

Ein Hauptpunkt, der im einzelnen erläutert wird, ist die Durchführbarkeit der Erreichung der konventionellen „Äquivalenz" innerhalb der *derzeitigen Truppenstärken.* Eine kurze Erörterung der Probleme der derzeitigen und künftigen Nuklearstreitkräfte unter der Prämisse dieses verbesserten nicht-nuklearen Potentials wird sich anschließen.

In der Diskussion und den Empfehlungen werden die abschließende Entwicklung und die Beschaffung der nachstehenden Systeme behandelt werden:

- Neue Boden/Boden-Flugkörper mit neuartigen nicht-nuklearen Gefechtsköpfen, von denen jeder die Wirksamkeit einer Kernwaffe mit niedrigem KT-Wert gegen bestimmte Ziele hat.
- Neuartige Nutzlasten in Streubehältern und Abstandswaffen für moderne Eindringflugzeuge (TORNADO, F-111).
- Überwachungs- sowie Zielerfassungs- und -bekämpfungssysteme, die eine Entfernung von 100–200 km überbrücken können, darunter elektro-optische Bilddarstellungssysteme, Funksender-Ortungssysteme, Allwetter-Ortungs- und Lenksysteme.
- Bodengestützte Radarsysteme, die Truppen innerhalb von 20 km in der Bekämpfungszone orten und die entsprechenden Zielzuweisungen vornehmen können.
- Preiswerte Zielplanungs-, -bekämpfungs- und Informationsverknüpfungssysteme werden beschrieben.

Eine moderne Konzeption für die Vorneverteidigung Europas

Lassen Sie uns eingangs betonen, daß eine *integrierte* konventionelle/nukleare Vorneverteidigung Europas, eine an die strategischen Nuklearkräfte der USA gekoppelte Verteidigung vorgeschlagen wird. Deshalb werden wir diejenigen Elemente der konventionellen und der nuklearen Kräfte der NATO behandeln, die *gleichzeitig* verbessert werden müssen. Während wir die nuklearen Aspekte der Modernisierung nicht im Detail behandeln, ist doch festzuhalten, daß das derzeitige Nachrüstungsprogramm in der Form, in der es von den NATO-Ministern 1979 gebilligt wurde, durchgeführt werden muß. D.h., die 108 US PERSHING-II-Mittelstreckenflugkörper und die 464 bodengestützten Mittelstrecken-Marschflugkörper müssen als ein wesentliches Element einer nuklearen „Überwachungs"-Streitkraft für die verbesserten konventionellen NATO-Streitkräfte disloziert werden. Ohne diese nukleare „Überwachung" gibt es keine Hoffnung auf irgendein denkbares Niveau konventioneller Verbesserung, das wirtschaftlich, politisch oder gesellschaftlich für die Verteidigung Westeuropas durchführbar wäre.

Ein starkes Abstützen auf konventionelle Verbesserung bedarf der modernen Technologie. Diese Technologien liegen auf den Gebieten:

- Überwachung/Aufklärung
- Informationsgewinnung/-verarbeitung und Bekämpfungssysteme
- Neuartige nicht-nukleare Munition und Einsatzsysteme.

Die Schlüsselrolle fällt der modernen nicht-nuklearen Technologie bei den neuartigen Munitionsarten und den Einsatzverfahren zu.

Die Hauptauswirkungen dieser Technologie sind darin zu sehen, daß moderne präzisionsgelenkte Flächenwaffen gegen bestimmte militärische Ziele in ihrer Wirkung praktisch Kernwaffen mit niedrigem KT-Wert gleichkommen. Diese Ziele sind:

- Sowjetische/WP-Panzerverbände,
- Haupteinsatzflughäfen – insbesondere diejenigen, die der Unterstützung offensiver Luftoperationen der UdSSR/des WP gegen die NATO dienen und
- Logistische Versorgungspunkte für die beweglichen Kräfte des Paktes.

Mit Hilfe der modernen Technologie, die Ihnen vorgestellt werden wird, könnte die Mehrzahl dieser Aufträge durch moderne nicht-nukleare Kräfte der NATO durchgeführt werden. Hiermit wären der NATO glaubhafte Abschreckungsoptionen auf der konventionellen Ebene an die Hand gegeben, *und ein wichtiger Punkt: Es wäre die Möglichkeit gegeben, die Nuklearschwelle anzuheben.*

Anhebung der Nuklearschwelle

Das nukleare Modernisierungssystem der NATO wurde 1974 von Verteidigungsminister James R. Schlesinger vorgeschlagen. Die entscheidende Frage beim Modernisierungsprogramm war: Wie kann die NATO in einer Ära sowjetischer Überlegenheit auf den Gebieten der schauplatzgebundenen Nuklearkräfte und der konventionellen Kräfte eine Abschreckung gegen eine sowjetische/WP-Aggression aufrechterhalten und gleichzeitig die Nuklearschwelle anheben? Kurz gefaßt gelangte man zu folgenden Antworten:

- Durch umfangreiche Verbesserung des nicht-nuklearen Potentials in bestimmten kritischen Aufgabenbereichen und

gelangte man zu folgenden Antworten:
- Durch umfangreiche Verbesserung des nicht-nuklearen Potentials in bestimmten kritischen Aufgabenbereichen und

- durch Verbesserung der Überlebensfähigkeit und der Wirksamkeit der Nuklearkräfte der NATO bei einem massierten sowjetischen/WP Angriff.

Was die Nuklearkräfte angeht, so fand man heraus, daß die Überlebensfähigkeit und die Wirksamkeit am besten dadurch erreicht werden könnten, daß die NATO mit einem größeren Anteil an weitreichenden atomaren Einsatz-Systemen ausgestattet würde, wobei diese Kräfte ein hohes Maß an Beweglichkeit und Redundanz, zusammen mit verbesserten Führungs- und Fernmeldesystemen aufweisen müßten. Das Modernisierungsprogramm zielte darauf ab, die Zusammensetzung der Nuklearkräfte der NATO von einer großen Zahl an Kurzstrecken-Gefechtsfeldwaffen in Richtung auf einen höheren Prozentsatz überlebensfähiger Einsatzsysteme des Mittel- und Langstreckenbereichs zu verändern. Dies wäre durchführbar und – aus guten Gründen – auf einer zählenmäßig insgesamt niedrigeren Kernwaffenebene in Europa.

Diese Nuklearprobleme werden später im einzelnen erörtert.

Die Hauptaspekte der Verbesserung der nicht-nuklearen Kräfte der NATO bilden den Schwerpunkt der nachstehenden Ausführungen.

Konventionelle Verbesserung – wichtige militärische Aufgaben

Wenn es uns gelingt, ein Potential für die Durchführung der oben erwähnten drei wichtigen und zeitkritischen militärischen Aufgaben mit nicht-nuklearen Kräften aufzubauen, so könnten wir die Nuklearschwelle erheblich anheben. Zwei Komplexe der Kampfaufträge – Bekämpfung der gegnerischen Luftwaffe und Abriegelung – bieten relativ einfache Zielzuweisungsprobleme, da es sich in allen Fällen um stationäre Anlagen mit gut bekannten Merkmalen handelt. Dies ermöglicht eine Optimierung der Schadensmechanismen im Hinblick auf Niederhaltung und Zerstörung. Die erste wichtige Gruppe von Zielen sind diejenigen Haupteinsatzflugplätze (MOB – Main Operating Bases), von denen die offensiven Luftoperationen des Paktes gegen die rückwärtigen Gebiete der NATO ausgehen. Die zweite Gruppe umfaßt diejenigen Brücken und Engpaßstellen, die Brennpunkte der Versorgungslinien des Paktes für die Heranführung von gestaffelten Reserveverbänden und für die logistische Unterstützung der eingesetzten Kampfverbände darstellen. Beide Gruppen von Zielen sind extrem zeitkritisch und müssen innerhalb von Minuten nach der Feststellung, daß ein massiver Angriff des Paktes auf die NATO vorliegt, angegriffen werden. Die Flugplätze und die Abriegelungspunkte müssen am ersten Tage zerstört werden, wenn die NATO überleben soll."

Übungen im Einsatzraum Europa haben gezeigt, daß das Unvermögen, die Luftoffensive des Paktes zu zerschlagen, die NATO *als erstes* dazu führt, den Einsatz von Kernwaffen auf Flugplätze, Luftverteidigungsnetze und logistische Unterstützungseinrichtungen (Brükken, Eisenbahnknotenpunkte, Straßenkreuzungen etc.) die der Aufrechterhaltung der Schwungkraft eines Angriffs des Paktes dienen, ins Auge zu fassen. Benötigt wird eine Allwetter- und Nacht-Einsatzfähigkeit, um diese Einrichtungen erfolgreich angreifen zu können.

Das Modernisierungskonzept sieht den Einsatz von präzisionsgelenkten Flugkörpern mit Nutzlasten vor, die ausreichen, um Start- und Landebahnen, Rollbahnen, Brücken und andere Engpaßstellen zu zerstören. Flugkörper sind deshalb erforderlich, weil mit ihnen eine Sofortreaktion möglich ist und weil bei ihnen das Durchdringen dieser stationären gutverteidigten und gehärteten Ziele gewährleistet ist. Konventionell bewaffnete Flugzeuge sind für diese Aufgabe nicht so gut geeignet, und die hohe Ausfallquote würde andere Erfordernisse des nicht-nuklearen Angriffs gefährden. (Einige Schätzungen gehen bis zu einer Verlustquote von 50 % bei Angriffen auf diese stark verteidigten Ziele).

Die verschiedenen verfügbaren Optionen für den Angriff auf diese stationären Ziele werden später näher beschrieben.

Den ersten Flugkörperangriffen müssen weitere folgen, um die Luft- und Landstreitkräfte, die jetzt auseinandergerissen sind und äußerst lohnende Ziele bieten, zu zerschlagen. So ist z.B. durch einen Angriff auf die Haupteinsatzflugplätze die erste Welle der Pakt-Flugzeuge, die die NATO angreift, von der Rückkehr zu diesen MOB's „ausgeschlossen" und muß auf Ausweichflugplätze (Dispersed Operating Bases – DOBs) ausweichen, die weniger gut verteidigt sind und nur über eine begrenzte Verbunkerung verfügen. Das gleiche gilt für die zweite und dritte Welle der Luftangriffe des Paktes. Auch die hierfür eingesetzten Flugzeuge werden „ausgeschlossen" und müssen die nunmehr überlasteten DOBs benutzen.

Erdkampfflugzeuge der NATO, die mit modernen Flächenwaffen wie mit dem TORNADO-MW-1 ausgerüstet sind, können eingesetzt werden, um Pakt-Flugzeuge am Boden auf den DOBs zu vernichten und die „aufgelaufenen" Bodentruppen anzugreifen, die an den abgeriegelten Brücken und Engpaßstellen aufgehalten werden. Es wird also ein „1-2-Schlag" vorgeschlagen: Flugkörper für den Angriff auf die Haupteinsatzflughäfen und andere feste Ziele und konventionell bewaffnete Flugzeuge zur Vernichtung der Pakt-Flugzeuge und -Bodentruppen in ihrer auseinandergerissenen Kräfteverteilung. Angesichts der Verfügbarkeit erprobter präzisionsgelenkter Systeme mit nachgewiesener Leistungsfähigkeit und moderner nicht-nuklearer Flächenwaffen könnte ein solches Potential für die NATO im Jahr 1986 zur Verfügung stehen.

Es wird geschätzt, daß für diese Aufgabe rund 1000 Flugkörper erforderlich wären. Die Kosten werden später erläutert. Ihre Schätzung beläuft sich auf rund 2,5 Mrd. Dollar. Hierin sind die Betriebs- und Stationierungskosten für 10 Jahre eingeschlossen.

Bewegliche Ziele

Die technisch anspruchsvollere und teurere Verbesserung liegt auf dem Gebiet der Beschaffung eines Potentials für die Bekämpfung und Vernichtung beweglicher Ziele. Bei den beweglichen Zielen geht es vor allem darum, Überwachungs-, Zielverfolgungs- und Zielzuweisungs- sowie Bekämpfungssysteme zur Verfügung zu haben, die uns den Angriff auf bewegliche Bodentruppen ermöglichen.

Die Hauptforderungen, die an Überwachungs- und Zielzuweisungssysteme zu stellen sind, umfassen:

- Im Frieden die Ausschaltung von Überraschung und Täuschung,
- Unter Gefechtsbedingungen die rechtzeitige Lieferung von Zielinformation.

Der Ausdruck „bewegliche Ziele" ist etwas irreführend, denn während der Pakt über sehr viel Beweglichkeit verfügt, zeigt eine Analyse, daß diese massiven konventionellen Verbände doch auf gut bekannte Vormarschrouten angewiesen sind und viele „Engpaßstellen" durchlaufen müssen. Sie werden über einen großen Zeitabschnitt hinweg zu stationären Zielen. Wie weiterhin noch ausgeführt werden wird, befinden sich diese Kräfte normalerweise zu etwa 20 % der Zeit „im Stand" an bekannten Orten. Infolgedessen ist es für eine erfolgreiche Zielerfassung erforderlich, eine große Anzahl von Zielen gleichzeitig zu verarbeiten. Dieses Problem ist aber, wie noch ausgeführt werden wird, lösbar mit modernen Überwachungs-, Datenverarbeitungs- und Zielzuweisungsverfahren . . .

Die Erreichung der konventionellen „Äquivalenz"

Vor dem Hintergrund der sowjetischen/WP-Streitkräfte muß man sich darüber im klaren sein, daß wir bei diesem vorgeschlagenen modernen Konzept für die Verteidigung Europas von einer *konventionellen Verbesserung* und nicht von einer *konventionellen Aufstokkung* sprechen . . .

Im Jahre 1952 wurden die sogenannten „Lissaboner Streitkräfteziele" für eine konventionelle Verteidigung der NATO von den militärischen Planern mit 96 Divisionen und 9000 Flugzeugen aufgestellt. Diese Stärke wurde zur Abwehr der übermächtigen sowjetischen

Streitkräfteziele" für eine konventionelle Verteidigung der NATO von den militärischen Planern mit 96 Divisionen und 9000 Flugzeugen aufgestellt. Diese Stärke wurde zur Abwehr der übermächtigen sowjetischen

Landstreitkräfte mit ihren 150 bis 200 Divisionen als erforderlich angesehen. Im Nachkriegseuropa war dieses Kräfteniveau wegen der Wirtschafts- und Personalprobleme unerreichbar. Die NATO billigte dann ein Kompromißziel, das 50 Divisionen und 4000 Flugzeuge vorsah. Dieses Ziel wurde nicht erreicht. Es führte die NATO in die erste ihrer vielen Krisen.

Die Entscheidung, zu der man 1956 gelangte, war, daß sich die NATO auf „taktische Nuklearwaffen" abstützen solle, um ein Abschreckungspotential für ihre begrenzten konventionellen Kräfte zur Verfügung zu haben. Das Dokument 14/2 des Militärausschusses (das eine Erweiterung der amerikanischen „massiven Vergeltungs-/Stolperdraht"-Strategie darstellte) stützte sich auf 26 Divisionen – 12 davon von der neuaufgestellten Bundeswehr – und 1400 Flugzeuge ab. Für die nuklearen Kräfte war die Dislozierung von 15000 taktischen Nuklearwaffen die Planungsbasis. Diese nuklearen Waffen wurden als eine Art *Ausweitung* der konventionellen Feuerkraft angesehen. Das Gesamtkonzept bestand darin, daß die Vereinigten Staaten mit ihrer strategischen Überlegenheit einen „Nuklearschirm" und eine ausgedehnte Abschreckung für Europa bieten würden. Während den Sowjets die konventionelle Überlegenheit belassen wurde, hätten die USA und ihre auf dem Nuklear-Sektor mitarbeitenden Alliierten die nukleare Überlegenheit auf dem Kriegsschauplatz, gegründet auf eine große Zahl von Gefechtsfeldwaffen, Artillerie und Kurzstrecken-Flugkörper.

Die geplante Stärke der Nuklearkräfte wurde unter Verteidigungsminister McNamara beschnitten, die Dislozierung in Europa auf rund 7000 Waffen begrenzt. Im Jahre 1967 billigte die NATO auf Bestreben McNamaras eine neue Strategie mit der Bezeichnung „flexible Reaktion" (MC 14/3), die stark verbesserte konventionelle Kräfte erforderlich machte. Diese Strategie von 1967 wurde niemals durch verbesserte konventionelle Kräfte abgestützt. In der Zwischenzeit haben die Sowjets die strategische nukleare Parität mit den USA erreicht (einige sprechen auch von Überlegenheit) und haben unbestreitbar ihre konventionelle Überlegenheit beibehalten. Mit dem Anwachsen ihrer schauplatzgebundenen nuklearen Kräfte muß man nunmehr den Sowjets eine TNF-Überlegenheit in qualitativer und quantitativer Hinsicht zubilligen.

Das moderne Konzept, das vorgeschlagen wird, benötigt keine Kräfteverstärkung, die an die „Lissaboner Streitkräfteziele" oder auch an die frühen NATO-Ziele heranreichen und die eine Verdoppelung der konventionellen Kräfte erforderlich machen würde. Dies ist vom wirtschaftlichen, politischen oder sozialen Gesichtspunkt aus einfach nicht durchführbar. Was hier vorgeschlagen wird, ist, daß wir versuchen sollten, eine konventionelle „Äquivalenz" durch Abstützung auf eine neue nicht-nukleare Technologie zu erreichen, die einen Großteil der Vorteile der Sowjets bei ihren nicht-nuklearen Kräften zunichte machen kann.

Wesentliche Voraussetzungen für eine integrierte Vorneverteidigung der NATO

Ein, wesentliches Element der Abschreckung der Sowjetunion/des WP auf konventioneller Ebene ist die Fähigkeit, offensive konventionelle Operationen, der Sowjets abzuschlagen. Hierzu bedarf es einer genauen Kenntnis ihrer Einsatzkonzeptionen und ihrer Fähigkeit, diese Operationen durchzuführen. Es wird gezeigt werden, daß wir viel über diese Operationen wissen und eine Anzahl verwundbarer Punkte aufgelistet haben, die von den vorgeschlagenen verbesserten konventionellen Kräften bekämpft werden könnten.

Die Voraussetzungen und die Kosten für die Durchführung der Abriegelung fester Ziele und die Voraussetzungen für die Abriegelung der beweglichen Kräfte werden wir erläutern. Wie schon erwähnt, bedarf die Bekämpfung der beweglichen Kräfte eines Echtzeit-Überwachungs- und Zielzuweisungspotentials. Auch diese Systeme werden im einzelnen beschrieben.

Bevor wir uns der Beschreibung der Offensivoperationen der Sowjets zuwenden, müssen wir noch einmal das entscheidend wichtige Erfordernis überlebensfähiger schauplatzgebundener nuklearer Kräfte hoher Qualität unterstreichen. Das dieser Forderung zugrundeliegende Prinzip ist die Erkenntnis, *daß die realistische Drohung mit dem Einsatz nuklearer Waffen gegen sowjetische Bodentruppen die konventionelle Verteidigung stärkt.* Der Grund hierfür ist, daß die sowjetischen/WP-Streitkräfte es zur Erreichung nuklearer Sicherheit gegenüber einem möglichen Nuklearangriff der NATO als notwendig angesehen haben, ihre Dislozierungen aufzulockern, um so zu vermeiden, daß eine einzige Kernwaffe den Großteil einer Division vernichtet. Kurz gesagt: Vor der Einführung der Kernwaffen bei der NATO boten die sowjetischen Divisionsdichten Ziele, bei denen die Truppenkonzentrationen etwa 500 Mann pro Quadratkilometer betrugen. (In dieser Zeit belegte eine Division einen Raum von rund 10 Quadratkilometern.) Heute belegt eine Division rund 600 Quadratkilometer, und obwohl die Personalstärken um 250 % gestiegen sind, liegt die durchschnittliche Truppenbelegungsdichte bei jetzt rd. 20 Mann pro Quadratkilometer. Diese Auflockerung stellte die Sowjets vor eine Reihe komplizierter Staffelungsprobleme, die von unserer Seite mit den modernen konventionellen Einsatzmitteln ausgenutzt werden könnten. Dies wird noch im einzelnen dargestellt unter Darlegung der Gelegenheiten, die eine Verwendbarkeit der Sowjets und Möglichkeiten für die NATO bewirken.

Wenn die NATO tatsächlich eine wirkungsvolle konventionelle Verbesserung erreichen soll, muß die durch überlebensfähige nukleare Einsatzverbände größerer Reichweite und hoher Qualität dargestellte Bedrohung aufrechterhalten werden. Abschließend weise ich darauf hin, daß wir, bevor wir uns der Analyse der Bedrohung und der Analyse der für die vorgeschlagene konventionelle Verbesserung erforderlichen Maßnahmen zuwenden, noch einmal betonen müssen, daß die entscheidende Voraussetzung die Überlebensfähigkeit dieser modernisierten Kräfte ist. Die Überlebensfähigkeit der Truppe muß auf alle Elemente ausgedehnt werden, darunter:

- die Überwachungs- und Zielzuweisungsverfahren,
- die Einsatzmittel und deren Stationierung,
- die Führungs- und Fernmeldesysteme und
- die politische und militärische Führungsstruktur.

Hierfür brauchen wir Kräfte, die auf Beweglichkeit und Auflockerungsfähigkeit ausgelegt sind, ein hohes Maß an Redundanz, Planung der Zielzuweisungsoptionen im Frieden und Pläne für das Fortbestehen der Führungsstruktur in Krisen und im Kriege.

Nukleare Fragen

Die Konzeption und die moderne Technologie, die wir beschrieben haben, können eine tragfähige politische und haushaltsmäßige Argumentationsbasis für die Verbesserung des konventionellen Potentials bilden. Hiermit wird die NATO in die Lage versetzt, eine angemessene Streitkräftestruktur aufzubauen, die Abschrekkung gegen jede Art von Angriff – konventionell oder nuklear – den die Sowjets gegen die NATO richten könnte, zu verstärken.

Wenn dieses verbesserte konventionelle Potential zur Verfügung steht, stehen der NATO einige neue Optionen für die Rationalisierung ihrer Nuklearplanung und die Umstrukturierung ihrer Nuklearkräfte offen. Man könnte dann in Betracht ziehen, der NATO eine hochwertige „Überwachungs"-Streitmacht zur Verfügung zu stellen, die eine realistische und glaubhafte Abschreckung gegen das sowjetische/WP-Konzept für offensive Operationen darstellen würde. Wir sind der Auffassung, daß die entsprechenden NATO-Kräfte modernisiert und gleichzeitig umfangmäßig verkleinert werden könnten, indem bestimmte Waffenkategorien gestrichen, verringert oder weniger wichtig würden.

Die derzeitigen politischen und militärischen Probleme der NATO

Die derzeitigen politischen und militärischen Probleme der NATO

Die derzeitige NATO-Strategie wird von dem „Kater" über die MC 14/3-Strategie beherrscht, der auf die Abhängigkeit von Kernwaffen und auf die Aussicht auf einen frühzeitigen Einsatz von Kernwaffen in oder auf Westeuropa zurückzuführen ist. Wie bereits ausgeführt, besteht der Großteil des derzeitigen NATO-Arsenals aus Kurzstrecken-Kernwaffen (Artillerie, Kurzstrecken-Flugkörper, Luftverteidigungs- und Sperrmittel), die den Einsatz auf oder über eigenem Territorium implizieren.

Wir schlagen vor, die militärische Strategie auf ein Arsenal abzustützen, das die Überlebensfähigkeit steigert und ein Einsatzpotential größerer Reichweite bietet, das in der Lage wäre, bewegliche gestaffelte und nachgeführte sowjetische Verbände sowie viele nuklear einsatzfähige Kräfte des Warschauer Paktes zu zerschlagen. Allgemein gesprochen sollte die NATO eine Streitmacht mit Langstreckenwaffen haben, die den oben erwähnten Zielkomplex bedrohen und ihm das Risiko, das er eingehen würde, vor Augen führen könnte. Mittelstreckenkräfte sollten ebenfalls Bestandteil dieses Waffenverbundes sein. Mit ihnen hätten wir die Möglichkeit, die Divisionen der ersten und zweiten Welle und die in der Nähe des vorderen Randes der Verteidigung in der direkten Feuerzone liegenden Kräfte zu bedrohen.

Die Beweglichkeit dieser NATO-Kräfte muß gewährleistet sein, um Überlebensfähigkeit durch Ungewißheit über ihren jeweiligen Standort zu erreichen. Diese Kräfte müssen auf schnelle Verlegung ausgelegt und mit effektiven Führungsmitteln ausgestattet sein. Auch Tarnung und Täuschung müssen im Bedarfsfall möglich sein.

Eine neue NATO-Strategie ist nicht notwendig. Die derzeitige Strategie der „flexiblen Reaktion" (MC 14/3) ist für das vorgeschlagene integrierte konventionelle und nukleare Modernisierungsprogramm ausreichend. Die NATO braucht keine kostbare Zeit auf langwierige Debatten über die Strategie zu verschwenden.

Eine verringerte Anzahl an Kernwaffen ist möglich und in einigen Fällen wünschenswert. Hier befinden wir uns im Einklang mit dem Bericht von Senator Nunn, wenn wir den Kurzstrecken-Gefechtsfeldsystemen geringen Wert beimessen und eine größere Sicherheit für die Kräfte fordern und dabei einen beträchtlichen Anteil an Personal sparen, das zur Zeit für diese Waffensysteme vorgesehen ist.

Der vielleicht nutzbringendste Aspekt der Modernisierung auf niedrigerer Kräfteebene: Sie könnte die Grundlage für eine sinnvolle Rüstungskontrollinitiative seitens der USA und der NATO darstellen, wobei man versuchen sollte, mit den Sowjets eine Übereinkunft über die Anzahl der dislozierten Kernwaffen zu erzielen.

Ein letzter Punkt: Es ist festzuhalten, daß die Kosten für die Modernisierung der nuklearen Kräfte primär von den Vereinigten Staaten getragen werden. Die derzeitigen Schätzungen für die nuklearen INF-Kräfte, die ggf. 1983 disloziert werden sollen, belaufen sich auf rund 7 Milliarden Dollar, die jetzt haushaltsmäßig abgesichert und programmiert werden. Somit würde das gesamte Modernisierungsprogramm, konventionell und nuklear, etwa 17 Milliarden Dollar kosten. Es wird erwartet, daß die teilnehmenden NATO-Verbündeten den ihnen angemessenen Anteil an den 10 Milliarden Dollar für die konventionelle Verbesserung tragen würden.

EUROPÄISCHE WEHRKUNDE WWR 1/83

SPD und C-Waffen:

Geheimhaltung der Giftgaslager geht auf Willy Brandt zurück

Das paßt aber gar nicht ins Konzept: Der Protest gegen die chemischen Kampfstoff-Depots in der BRD wächst, die SPD dient sich der Friedensbewegung an — und da gibt das Verteidigungsministerium bekannt, daß ausgerechnet Willy Brandt mit dem damaligen US-Präsidenten Nixon die Geheimhaltung der Giftgaslager vereinbart hat. Ein interessantes Lehrstück für die Friedensbewegung, denn bereits damals gab es eine Protestbewegung gegen diese Massenvernichtungsmittel und Willy Brandt hatte sich öffentlich für ihren Abzug ausgesprochen ...

Auf eine Anfrage des Bundestagsabgeordneten Hansen antwortete der parlamentarische Staatssekretär im Verteidigungsministerium: „*Die Verpflichtung zur Geheimhaltung von Informationen über die Lagerung chemischer Kampfstoffe der US-Streitkräfte in der Bundesrepublik Deutschland ist damals zwischen dem damaligen Bundeskanzler Brandt und dem damaligen Präsidenten der Vereinigten Staaten, Nixon, schriftlich festgelegt worden.*" (Bundestagsdrucksache 9/2356 15.12.82)

Diese interessante Information wurde, soweit uns bekannt ist, von allen sonst über Rüstungsfragen berichtenden Medien wie „Frankfurter Rundschau", „UZ" etc. totgeschwiegen — sie paßt ja auch gar nicht zum neuen Kleid der Oppositions-SPD, deren scheinbare Öffnung gegenüber der Friedensbewegung speziell von Integrationsfiguren wie Willy Branbdt vertreten wird. Verblüfft über die Information aus dem Verteidigungsministerium dürfte auch der rheinland-pfälzische SPD-Abgeordnete Horst Sielaff gewesen sein: Er hat nämlich angekündigt,

dürfte auch der rheinland-pfälzische SPD-Abgeordnete Horst Sielaff gewesen sein: Er hat nämlich angekündigt,

dem Beispiel des DGB-Landesvorsitzenden von Rheinland-Pfalz zu folgen und gegen die Geheimhaltung der C-Waffenlagerstätten vor dem Bundesverfassungsgericht zu klagen. Die Klage würde sich natürlich jetzt gegen die CDU-Regierung richten, aber die ist jetzt fein raus, da sie auf die Verantwortlichkeit von Horst Sielaffs Parteivorsitzenden verweisen kann.

Nach den Recherchen eines Bonner Journalisten stellt sich die SPD-Parteizentrale auf Anfrage ganz dumm: Die Akten aus Brandts Kanzlerzeit seien im Bundeskanzleramt verblieben, da könne man also gar nichts zu sagen ...

Zur Veranschaulichung der SPD-Politik ein kurzer Rückblick auf die Zeit der ersten Giftgas-Proteste Ende der sechziger Jahre: Auslösend war damals zum einen die Nachricht von Nervengas-Tests in den USA, die 1968 ein Massensterben von Schafen im Staate Utah verursachten. Zum zweiten zogen die USA 1969 ihre Giftgas-Bestände von der Insel Okinawa ab nach Protesten der japanischen Bevölkerung. In diesm Zusammenhang erwähnten britische Zeitungen auch westdeutsche Giftgaslager. Der hellhörig gewordenen Öffentlichkeit präsentierte ein „Spiegel"-Artikel im Juli 69 erstmals Berichte über vier Kampfstoff-Depots in der BRD. Der Protest richtete sich in der folgenden Zeit gegen die vermuteten Kampststoff-Lager bei Maßweiler, Viernheim, Mannheim und Hanau.

Die Bundesregierungg (Große Koalition) bestätigte die Existenz von Artilleriegranaten und Bomben mit Nervengas, deren räumliche Verteilung der Bundesregierung selber aber angeblich erst im gleichen Monat, also Juli 69, mitgeteilt worden sei. Die US-Botschaft behauptete im September 69, die Depots in Hanau und Mannheim seien bereits vor Jahren aufgelöst worden. Die oppositionelle FDP forderte die Bundesregierung auf, das Giftgas „von deutschem Boden entfernen zu lassen". Außenminister Willy Brandt ging auf dem Gewerkschaftstag der IG Chemie im September 69 so weit zu sagen, ein Abzug der B- und C-Waffen würde die Sicherheit der BRD nicht beeinträchtigen; er gebe sich mit dem ewigen Argument der Überlegenheit des Ostens nicht mehr zufrieden. Die neue Koalitionsregierung Brandt/Scheel bekundete dann auch öffentlich ihren Wunsch, mit den Amerikanern überr den Abzug der C-Waffen zu verhandeln.

Doch in Wirklickeit einigten sich Brandt und Nixon statt über den Abzug auf die strikte Geheimhaltung der

Doch in Wirklickeit einigten sich Brandt und Nixon statt über den Abzug auf die strikte Geheimhaltung der

Giftgaslager. Auf eine Anfrage des deutschen Zweigs der Sekte „Scientology Church", in der von der US-Regierung eine Freigabe der Geheimdokumente über Kampfstoff-Lagerung in der BRD erbeten wurde, teilte das Pentagon im April 81 mit, daß es einen Brief Nixons an Brandt vom 9.Februar 71 zu dieser Frage gebe; seine Freigabe sei aus Sicherheitsgründen jedoch nicht möglich. Der Inhalt dieses Briefes war bisher unbekannt; doch heute liegt es nahe zu vermuten, daß er Bestandteil der jetzt bekannt gewordenen schriftlichen Vereinbarungen Brandt-Nixon über die Geheimhaltung ist.

Nach einer gemeinsamen Sprachregelung der Bundesregierung und der amerikanischen Regierung werden seit 1969 die in der Presse genannten Lagerungsorte weder bestätigt noch dementiert. Heute wie vor 13 Jahren konzentrieren sich die Anti-Giftgas-Ermittlungen auf die Regionen Mannheim, Pirmasens und Hanau; für das Lager Fischbach bei Pirmasens wurden bereits Foto-Dokumente vorgelegt und dort ist auch der regionale Widerstand am stärksten entwickelt. In Presse- und wissenschaftlichen Veröffentlichungen wurden insgesamt als vermutete Standorte genannt: in Hessen Hanau-Wolfgang, Viernheim, Hailer, Bernbach, Reinheim, Mörfelden; in Baden-Württemberg Mannheim und Siegelsbach bei Bad Rappenau; in Rheinland-Pfalz Maßweiler, Fischbach, Pirmasens, Miesau, Weilebach, Kriegsfeld, Siegelbach; in Bayern Nürnberg, Bad Tölz, Bad Kissingen, Oberammergau und Grafenwöhr. (1) An wahrscheinlich vier Standorten sollen 6000 - 10 000 Tonnen der Nervengaskampfstoffe GB und VX lagern, so schätzt der amerikanische Experte Perry Robinson.

Die Protestbewegung gegen das Giftgas Ende der sechziger/Anfang der siebziger Jahre ist wieder versandet, nicht zuletzt aufgrund der offiziellen Politik von Hinhaltungen und scheinbartem Verständnis für die Ängste der Bevölkerung. Heute werden die Proteste zwar von einem breiteren Spektrum getragen, doch die insgesamt auf die atomare „Nachrüstung" fixierte Friedensbewegung überläßt den Widerstand weitgehend den regionalen Kräften. Die jetzt bekannt gewordene Verantwortlichkeit Brandts für das Geheimhalteabkommen zeigt nicht nur, was von dieser „Friedenspartei" zu halten ist, sondern sollte auch Anlaß sein, von der SPD-Spitze Aufklärung zu fordern - immerhin wurde auf dem Münchner Parteitag im April 82 ein klarer Beschluß gefaßt: „*Die SPD lehnt die Produktion und Lagerung bakteriologischer und chemischer Waffen in der BRD ab. Sie fordert die Bun-*

lehnt die Produktion und Lagerung bakteriologischer und chemischer Waffen in der BRD ab. Sie fordert die Bun-

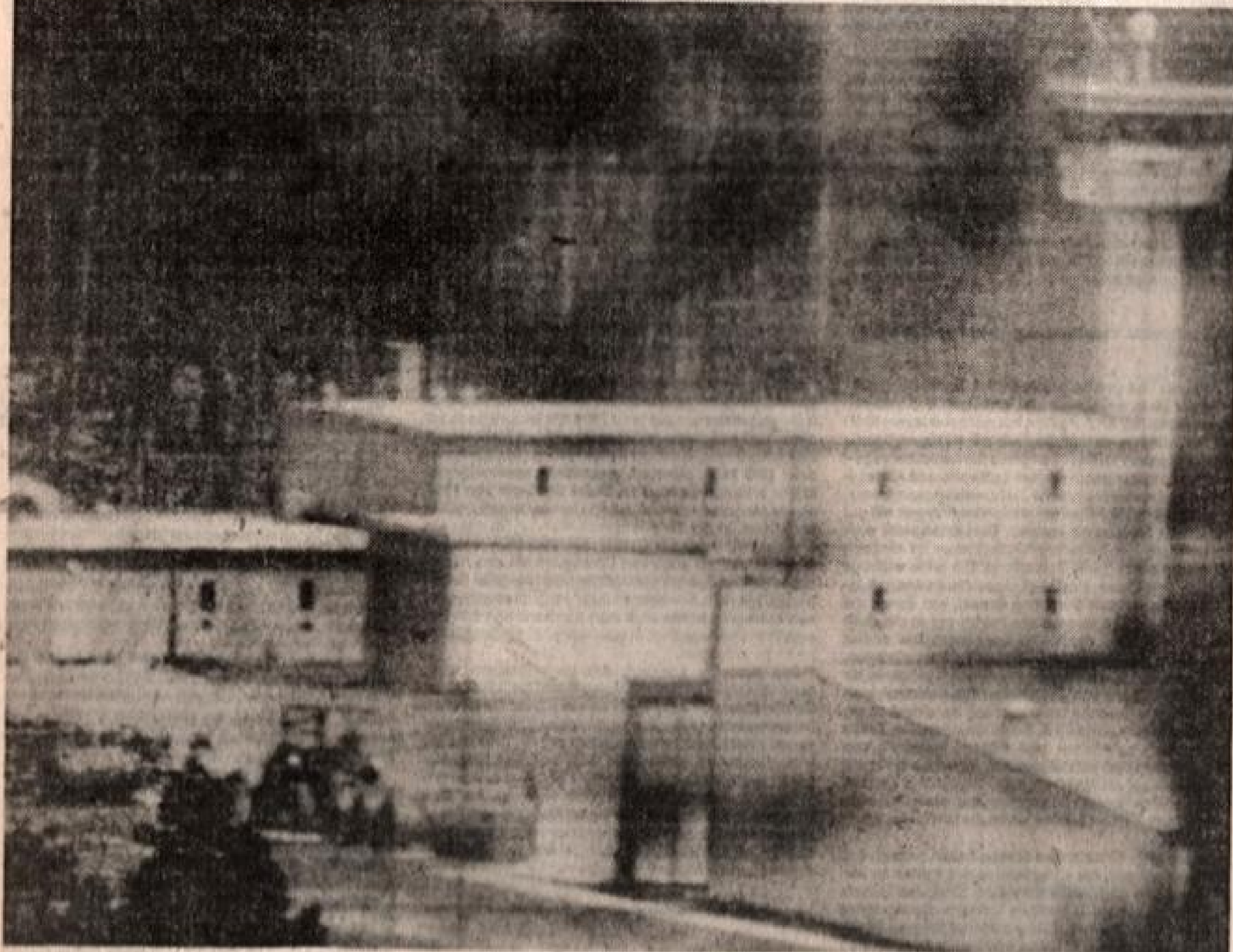
desregierung auf, als Beitrag zu einer beiderseitigen Abschaffung solcher Waffen in Europa darauf hinzuwirken, daß die Giftgasbestände in der BRD entfernt werden und einer künftigen Lagerung solcher Kampfstoffe die Zustimmung verweigert wird."

Dem hat sicher auch Friedens-Willy zugestimmt ...

Anmerkung:

(1) Diese Angaben sind dem sehr empfehlenswerten Buch entnommen: Hans Günther Brauch/Alfred Schrempf, Giftgas in der Bundesrepublik. Fischer Taschenbuch 4243 (1982).

Im Vergleich mit anderen neuen Veröffentlichungen zu C-Waffen, z.B. dem von H.G. Brauch allein herausgegebenen Band, gibt dieses Buch die genauesten Informationen.



Geheime Aufnahme vom Giftgaslager Fischbach/Pfalz

Fortsetzung von Seite 1

Atom-Satellit: „Russisches Roulett mit der Welt"

„Kosmos 1402" wurde von den Sowjets gesprengt, rast in drei Teilen mit 28 800 km/h um die Erde. Sie sind nur noch 200 km entfernt.

Normalerweise müssen Satelliten zwischen 800 und 1000 km hoch um die Erde kreisen, dort können sie Jahrtausende bleiben, ihre Radioaktivität zerfällt.

„Krimineller Akt"

Professor Kaminski aus Bochum sagt: „Die Sprengung war ein krimineller Akt."

Denn: „150 km über der Erde verglüht der Satellit mit dem Reaktor in der Erdatmosphäre. Dann ist möglich:

1. Ein riesiger Strahlenteppich – bis 10 000 km lang, 50 km breit – bedeckt einen großen Teil der Erde. 2000 Jahre würde sich das Uran halten – in der Luft, in den Pflanzen. Übelkeit, Hautrötungen sind denkbar.

2. Der Reaktor zerfällt in wenige Metallteile (bis 100 kg), die mit 2000 km/h auf die Erde prallen. Dann wäre vielleicht nur ein Land, eine Stadt betroffen, die Folgen könnten so verheerend wie im Zweiten Weltkrieg die Atombombe in Hiroshima sein."

Die angesehene „New York Times" über den Satelliten: „Die Sowjetunion spielt russisches Roulette mit der Welt."

Gehe in den Keller

Viele Deutsche machen sich Sorgen, die wahrscheinlich unberechtigt sind:

● Der Stuttgarter Rentner Alexander Dietrich (71): „Wenn der Satellit kommt, flüchte ich in meinen Keller. Dort habe ich schon Dosengemüse, Leinsamenbrot, Wein und Saft gelagert." Hausfrau Baier (52) läßt das Radio ständig laufen: „Letzte Nacht habe ich schon von der Katastrophe geträumt."

● Maschinenvertreter Egon Lodl (49) fliegt am 16. Januar mit seiner Frau Elfi zwei Wochen nach Ceylon für 5580 Mark. „Wir wollen weit weg sein, wenn's passiert."

● Disc-Jockey Uwe Ostermann (28) aus dem Rheinland: „Freunde von mir haben einen Luftschutzbunker. Ich hab' mich angemeldet."

● Autohändler Gerd W. (54) aus Regensburg hatte vor zwei Jahren einen Herzinfarkt: „Jetzt kann ich vor Angst nicht schlafen, habe Herzstechen. Ich zeige den Kreml wegen Körperverletzung an."

Der Hamburger Anwalt Dr. Dr. Klaus-Sojka will den Kreml vor dem Europäischen Gerichtshof anklagen.

Jodtabletten?

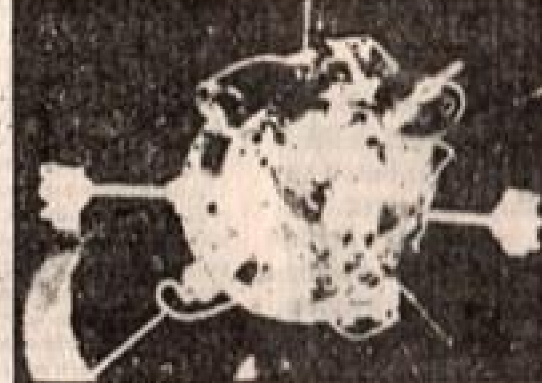
● Was geschieht im Ernstfall?

Feuerwehrmotorarzt Dr. Hans-Leo Martens (48) aus Dortmund empfiehlt Jodtabletten.

Karl-Heinz Ruland (55), Chef des Münchner Katastrophenschutzes: „Notfalls müssen wir die Bevölkerung evakuieren."

Der Parlamentarische Staatssekretär im Innenministerium, Spranger (CSU) zu BILD: „Es ist schon die zweite atomare Bedrohung der Sowjets aus dem All". Es ist ein Unding, daß auf diese Weise erhebliche Gefahren für die gesamte Menschheit entstehen. Das Lagezentrum des Bundesinnenministeriums ist inzwischen eingeschaltet. Über das Kanzleramt besteht eine ständige Verbindung zur NASA."

● 1978 stürzte „Kosmos 954" auf ein riesiges Gebiet in Kanada. 5000 Trümmerteile wurden gefunden – einige mit lebensgefährlicher radioaktiver Strahlung.



Der silbern glänzende Spionage-Satellit „Kosmos 1402" – er ist 4 Tonnen schwer – fotografierte aus 950 km Höhe NATO-U-Boote und Marine-Stützpunkte. Der 450-kg-Reaktor spaltete Uran 235 in Plutonium.

Bild vom 10.1.83

Der schleichende Tod in der Umlaufbahn

Rund 4.700 Raumfahrttrümmer kreisen um die Erde, 200 Satelliten kommen hinzu. Hunderttausende von Bruchstücken mit ihren 28.000 Stundenkilometern gefährden allerdings hauptsächlich andere Raumobjekte.

7.000 solcher Objekte sind in den vergangenen 26 Jahren zur Erde gestürzt. 1961 erschlug ein Klumpen eines US-Satelliten eine Kuh in Kuba, 1962 schlug ein Klumpen von Sputnik 4 auf eine Straßenkreuzung in den USA, in Südafrika schlug ein Splitter einer Atlasrakete der USA in einen Bauernhof ein.

1978 gab es vor dem 24.1. Großalarm; Kosmos 954 mit Atomreaktor an Bord war außer Kontrolle geraten. Teile des Satelliten einschließlich Reaktorteilen gingen in der Gegend von Uranium City in Kanada nieder, die SU zahlte 7 Mio. DM Schadensersatz.

1979 fielen Teile einer US-Raumstation Space Shuttle in Australien nieder. 1964 bereits verglühte ein US-Satellit vom Typ Transit mit einer Atombatterie an Bord (vom Typ SNAP 9 A). Ein Kilogramm Plutonium wurde dabei über den Indischen Ozean verstreut (Plutonium ist nicht nur radioaktiv, sondern auch chemisch höchst giftig; Bruchteile eines Gramms sind bereits tödlich). Bis 1970 sind 95% des Plutoniums auf die Erde niedergeregnet.

1968 stürzte ein Wettersatellit (Nimbus) mit Reaktor an Bord vor der Küste Kaliforniens ab.

Die atomare Verwendung im Weltenraum

Bereits 1964 stellte die Sowjetunion den Reaktor ‚Romaschka' vor, der Satelliten zur Radarüberwachung mit 700 Watt Strom, allerdings nur wenige Monate, versorgen kann. Allein 4 solcher Kosmos-Satelliten mit inzwischen verbesserter Reaktor-Version wurden 1982 gestartet.

In den USA sind Nuklearbatterien für Mondfahrten und für Mars- und ähnliche Sonden gebräuchlich. 1965 starteten die USA einen Atomreaktor in den Weltenraum; SNAP 10 A lieferte 45 Tage lang 580 Watt Strom, dann fiel er aus. Er soll dort noch 3500 Jahre kreisen. Inzwischen haben die USA Sonnenkollektoren entwickeln können, die billiger und risikoloser den Strom für übliche Satelliten liefern.

1962-72 steckten die USA 1,4 Mrd. Dollar in die Entwicklung einer Rakete mit Atomantrieb, das Projekt wurde aufgegeben. Ab 1970 haben die USA und die SU Killersatelliten getestet; wieviel davon heimlich im Weltenraum geparkt sind, ist unbekannt. Beim heutigen Stand dürften solche Satelliten am ehesten mit einer Atomwaffe ausgerüstet sein.

Inzwischen entwickeln die USA einen 100 Kilo-Watt-Reaktor, der 7 Jahre lang ohne Wartung im Weltraum arbeiten kann. Der Typ SP-100 wird derzeit in Los Alamos entwickelt, er soll ab 1990 zur Verfügung stehen. Dies ist eine der Voraussetzungen, um Laserkanonen im Weltraum gegen Satelliten und Interkontinental-Raketen einsetzen zu können. Das US-Magazin „Science" (17.12.82) berichtete von einem Symposium in Washington, wo schon 100 MW-Reaktoren im Weltenraum für riesige Raumstationen zur Abwehr von Interkontinentalraketen in Planung sind.

Im vergangenen Jahr kam eine US-Fachkommission auf die „glänzende" Idee, den hochradioaktiven Müll aus AKWs mit Raketenhilfe unwiederbringlich in den Weltenraum zu verfrachten. Peinlich bloß, wenn eine Rakete mal auf halber Strecke oder beim Start versagen oder gar explodieren sollte!

Gladius Dei super Terram

Nato-Hysterie um Kosmos-Satelliten



aus: TAZ vom 21.1.83

Mitten in der Hysteriekampagne um den vom Himmel stürzenden Kosmos-Satelliten der Sowjetunion ereignete sich in den USA ein Atomunfall. Am 11.1.83 stürzte ein Flugzeug mit 9,5 kg 'Americium 241' ab und brannte aus. Das war der Sensationspresse überhaupt keine Zeile wert, nur wenige Zeitungen brachten eine Kurzmeldung. Bei Americium 241 reichen aber schon einige hundert Gramm aus, um eine Atombombenexplosion auszulösen (bei Uran und Plutonium sind es mehr als 5 kg), deshalb dient Americium als Zünder für Neutronenwaffen. Kurz nach dem Unfall war sogar gemeldet worden, daß Radioaktivität freigesetzt worden sei, wenig später wurde dies dementiert.

Die Presse dieser Tage war ganz dem Satellitenfieber um Kosmos 1402 gewidmet. Wochenlang vor dem 23.1. wurde eine Atomkatastrophe und Weltuntergangsstimmung an die Wand gemalt, die nahezu überall drohen würde, wenn die 50 kg Uran bzw. anderes Spaltmaterial aus dem atomaren Kosmos-Reaktor herniedergehen würden. *''Die Sowjetunion spielt russisches Roulette mit der Welt''*, kreischte die 'New York Times', die im allgemeinen als seriöse Zeitung gilt. *''Mehrere Quadratkilometer wären dann von höchster Radioaktivität, Bränden und giftigen Gasen bedroht... Fällt der Satellit auseinander, verteilen sich die radioaktiven Trümmer auf einem Gebiet von der Größe der Schweiz... Verglüht der Satellit vollständig in großer Höhe, zieht monatelang eine radioaktive Atomwolke um die Erde''*, schrieb BILD zwei Tage vor dem Absturz (am 21.1.). In einer Großstadt hätte der Atomsatellit *''Auswirkungen wie in Hiroshima''*, ließ BILD einen ‚Ingenieur' fabulieren, *''unzählige Menschen würden sofort sterben, Tausende würden erst nach Jahren an Leukämie und Knochenkrebs sterben''*. In etwas 'seriöser' aufgemachten Berichten konnte man erfahren, daß eine Gefährdung in 200 Meter Umkreis von einer Absturzstelle bestünde.

Moskaus Psycho-Kämpfer:

Gegner durch Fern-Hypnose ausschalten

Ganz geheim bildet die Sowjetunion 800 Psycho-Kämpfer aus – Männer, die ihre Gegner mit Hypnose und Telepathie ausschalten. Dr. Wladimir Raikow, führender Hypnose-Experte, Gehirn-Forscher und KGB-Major, leitet das Training. Eine US-Zeitschrift enthüllt: Aus zwei Kilometer Entfernung können Psycho-Kämpfer durch die Gewalt ihrer Gedanken Männer, die sich in einem Raum aufhalten, „in babbelnde. Babys verwandeln".

Birne Opfer des KGB?
aus: Bild vom 21.1.83

Ein solches Hysteriefieber konnte nicht ohne entsprechende Folgen bleiben: 26% aller 'Erwachsenen' in der BRD und 30% aller Frauen würden sich durch Kosmos bedroht fühlen, ließ das Wickert-Institut per Umfrage ermitteln. In Österreich sah Tage vorher ein Polizeibeamter Kosmos-Teile als Feuerball in einen Wald stürzen. Nach einem Waldbrand (der selbst verlöschte) fanden die NASA-Experten dort ''winzige Metallsplitter''; BILD's ''Raumfahrtexperten'' vermuteten Reste des 1,5 Tonnen schweren Kosmos-Tanks (am 22.1.). In der FAZ war zu lesen, daß der Waldbrand von einer Zigarette ausgelöst worden sei (am 24.1.). In Brasilien fiel bereits am 14.1. ein ''Metallzylinder'' in der Küstenstadt Macae vom Himmel; die einen hielten es für ein Kosmos-Teil, die anderen ließen sich nicht davon abbringen, daß es ein UFO war (FR, 16.1.). In London verbrannten 68 Quadratmeter Gras. Ein Metallstück des ''roten Satelliten'' sollte die Ursache sein. Die US-Stadt Bakersfield ließ sich gegen Satelliten-Absturz versichern (Bild, 18.1.83). Am 22.1. fiel in Sri Lanka ein ''Objekt'' in der Größe eines Tennisballes vom Himmel ... (FAZ, 24.1.).

Das erzeugte Klima war ideal, um überall auf der Welt eine riesige Notstandsübung abzuhalten. Schon zwei Wochen zu früh, am 7.1., bildete Japan einen Krisenstab. Schließlich sei Japan doch d a s Land, *''das Bombardierungen durch Atombomben ausgesetzt''* war, schrieb verständnisvoll die liberale FR (8.1.). In Italien waren schon Anfang Januar Militär, Polizei und Feuerwehr in Alarmbereitschaft versetzt worden (Welt, 7.1.). In Belgien verzog sich der Krisenstab in einen sicheren Atombunker. In Kuweit sollte die Bevölkerung überall auf ''herabfallende Trümmerstücke'' achten, in Oman ordnete der Sultan Hausarrest an. Auf den Marianeninseln soll der Hausarrest auf Südseeart genossen worden sein, ein Parlamentarier sagte schon jetzt einen Babyboom in neun Monaten voraus. In den USA standen 200 Mann vom ''Nuclear Emergency Research Team'' auf dem Flughafen von Las Vegas. BILD nannte die Truppe zündend: *''Spezialeinheit gegen atomaren Terrorismus''* (24.1.). Die USA hatten allen Ländern ihren Einsatz angeboten.

Als vor genau fünf Jahren (am 24.1.78, 12.54 Uhr MEZ) der Atomsatellit ''Kosmos 954'' runterging und seine Reste nahe ''Uranium City'' (!) bei den kanadischen Queen-Charlotte-Inseln landeten, war die US-Truppe schon einmal in Marsch gesetzt worden. Auch in der BRD hatten damals Krisenstäbe getagt, um die 82.500 Sirenen in Gang zu setzen und Strahlentrupps mit Geigerzählern auf Suche zu schicken (s. AK 122, 6.2.78).

Auch diesmal standen überall, in Bonn, den Bundesländern und Landkreisen Krisenstäbe zusammen. Am 10.1. ordnete Innenminister Zimmermann (CSU) an, *''alle ABC-Abwehrzüge, Strahlenmeß- und Spürtrupps von Bundeswehr, Grenzschutz und Katastrophenschutz einsatzbereit zu machen''* (BILD, 21.1.). Bis zum 20.Januar wurde sogar erwogen, den Großen Krisenstab mit Kohl oder Zimmermann an der Spitze nach Bonn zu holen. Zivilschutz-Präsident Kolb meldete die Bereitschaft von 10.000 Helfern seiner Truppe. In Hamburg war BILD exklusiv beim Krisenstab aus Militär und Behörden dabei. **''Atom-Soldaten mit Hubschraubern bewachen Hamburg''**, hieß es dazu am nächsten Tag (BILD, 24.1.). Ein ganzes Bundeswehrbataillon war neben 52 ''Suchtrupps'' der Polizei aufgeboten. Das Innenministerium Zimmermanns hatte großspurig angekündigt, daß man *''die Kosten für Vorsichtsmaßnahmen der Sowjetunion in Rechnung''* stellen wolle (HA, 22.1.). 1978 hatte die SU zwar 7 Mio. DM für die Suche nach abgestürzten Satellitenteilen, aber nichts für Notstandsübungen bezahlt. Tatsächlich fiel am 23.1. kurz vor Mitternacht der Restsatellit (nicht das radioaktive Material) wenig mehr als 100 Meilen von der von der Sowjetunion vorher angegebenen Stelle in den Indischen Ozean. Suchtrupps fanden weder Satelliten-Teile noch radioaktive Spuren („Bild'', 25.1.).

Ohne die große Gefahr solcher Atomsatelliten herunterspielen zu wollen, war vorher bekannt, daß zumindest am 23.1. voraussichtlich gar nichts passieren würde und daß der radioaktive Teil, der Reaktor, erst im Februar runterkommen würde. Rein statistisch gesehen, war die Gefahr 1000fach geringer als die, von runterfallenden Flugzeugteilen getroffen zu werden; demnach müßte also ein solcher Krisenstab permanent tagen. Die SU hatte vorher einen konkreten Absturzort angegeben, der durch die Tatsachen als richtig bestätigt wurde. Während die USA und andere Länder 1978, als ein Kosmos-Satellit herunterkam, zwar voll ihre Notstandsübungen durchführten, aber öffentlich die damit verbundenen Gefahren herunterspielten (nicht zuletzt, weil die USA ja größtes Interesse haben, daß an ihren Satelliten nicht herumkritisiert wird), wurde diesmal der Hahn für eine Hysteriekampagne kräftig aufgedreht und offensichtlich dabei blindlings gelogen. Oder sollten wir annehmen, die USA seien technologisch derart rückständig, daß sie es nicht besser wußten?

Das Operationszentrum der Europäischen Weltraumorganisation (EECC) in Darmstadt hatte zumindest mitgeteilt, daß für die BRD keine Gefahr bestehe. Das Bonner Innenministerium bestätigte das nicht (s. „FAZ'', 20.1.). In der BRD war ausgerechnet auch das Forschungsinistitut für Hochfrequenzphysik in Werthoven bei Bonn dem Krisenstab als Berater beigeordnet, ein Institut, das exakt wußte, daß die Hysterie für den 23.1. vollkommener Quatsch war, wie später herauskam. Im Institut wurde die Beobachtung des Kosmos-Satelliten aufgenommen, nachdem der US-Geheimdienst Ende Dezember gemeldet hatte, Kosmos sei außer Kontrolle geraten. Das Institut stellte fest, daß der Satellit tatsächlich trudelte, allerdings noch auf der alten Bahn. Am 6.1. meldete sich Prof. Kotenikow von der sowjetischen Akademie der Wissenschaften zu Wort: *„Kosmos 1402 arbeitet normal. Er befindet sich in sicherer Lage''* („Bild'', 25.1.). Nur die DKP blies in der UZ gleich auf völlige „Entwarnung'' und beschwerte sich über den Sterneguсker Kaminski, der den Satelliten gern von Space Shuttle herunterholen lassen wollte. Kaminski solle lieber dem *„seriösen Kollegen aus Moskau''* statt dem *„Geheimdienstgeschnatter aus den USA''* trauen („UZ'', 8.1.). Am 14.1. hatte die „UZ'' ihre Ohrfeige aus Moskau: Da meldete die sowjetische Nachrichtenagentur TASS „Schwierigkeiten'' mit dem Satelliten, der am 28.12. auf ein Funkkommando hin seine Mission (die Radarbeobachtung der Meere nach Kriegsschiffen der Nato-Flotte) ordnungsgemäß beendet habe. Normalerweise werden dann diese Satelliten von einer 240 km entfernten Erdumlaufbahn in eine Parkbahn von über 1000 km Abstand geschossen, von wo der Satellit erst nach ca. 500 Jahren herunterkommt. (Der Verursacher kann dann genauso wenig wie heute etwa Luther für seine Schandtaten noch belangt werden.)

Dieses Park-Manöver hatte nicht geklappt. TASS meldete aber, daß es gelungen sei, den Reaktor in 3 Teile zu zerlegen; das erste davon sei bereits am 30. Dezember verglüht, die nichtradioaktive Hülle des Sateliten werde Ende Januar (am 23.1.), der radioaktive Reaktor erst im Februar in die Atmosphäre eindringen. Der größte Teil des Reaktors werde verbrennen; es blieben nur *„feinste Partikel''* übrig, deren Radioaktivität *„innerhalb der Grenzen''* der Internationalen Strahlenschutzkommission bleiben werde (nach „FR'', 16.1.).

1978 war dieses Trennmanöver beim Kosmos 954 auch noch daneben gegangen, und das war der Grund, warum er dann unkontrolliert herabstürzte und Einzelteile auf den Erdboden einschlugen.

Unmittelbar nach der sowjetischen Mitteilung entdeckte das BRD-Institut die beiden Kosmos-Teile 13000 km voneinander entfernt auf der Umlaufbahn. Daran, daß das kleine Teil (Durchmesser 40-50 cm) sich der Erde langsamer näherte, wurde auch klar, daß es sich um den Reaktor handelte. Es konnte ebenfalls (aufgrund der Abmaße) festgestellt werden, daß es sich dabei nicht um den Reaktortyp ‚Romaschka' handelte, der im Kosmos 954 eingesetzt war, sondern um eine neuere Miniatur-Version. Bekannt war dem Institut ebenfalls aus bereits vorher gemachten Angaben der SU, daß in einem solchen Falle der Reaktor durch Säuren aufgelöst würde und selbst ohne Säureauflösung nicht kompakt auf die Erde fallen würde. Und dies aller lärmenden Propaganda zum Trotz, daß ein massiver Berillium-Mantel eine Auflösung verhindern würde.

All diese Erkenntnisse des Instituts sind in der „FAZ'' unmittelbar n a c h dem Absturz dargestellt worden (24.1.). Geschrieben ist das noch vor dem Absturz (am 23.1. um 23.21 Uhr). Wieso allerdings dann das Institut nicht den von der Sowjetunion angegebenen Absturzort hatte nachvollziehen können (oder wollen), verschweigt auch der „FAZ''-Bericht.

Nach dem völlig undramatischen Absturz am 23.1. war die aufgebauschte Kampagne in den Medien erst einmal nicht mehr auf der gleichen Schiene weiterzufahren, obwohl der eigentlich gefährliche Teil (der Reaktor) ja erst etwas später (5.-15.2.) niedergehen soll. „Bild'' versuchte es allerdings am 25.1. noch einmal, ins Geschäft zu steigen: **„Atomtonne kommt noch runter''** hieß es. Die Atomtonne, die mehrmals täglich „über Deutschland hinwegrast'' werde nach Weltraumforscher Kaminski „nicht verglühen'', also: **„Menschen können verseucht werden''**. Adalbert Bärwolf fabulierte im anderen Springer-Blatt, der „Welt'', daß ein Reaktorteil unbeschadet des Absturzes im Wasser oder Eis erneut eine atomare Kettenreaktion auslösen könne; er gab aber offen zu, daß die Kampagne, an der er selbst kräftig mitgestrickt hatte, falsch getimed war: *„Obwohl man genau wußte, daß der von dem Hauptsatelliten abgesprengte hochvergiftete Reaktor ... erst im Februar abstürzen würde, schien der Weltuntergang schon für Montag festzustehen''* („Welt'', 25.1.). Die *„Überreaktion der Massenmedien lenkt von der wirklichen Gefahr ab''*, heißt es weiter.

Die „Welt'' bestätigte dem Bonner Krisenstab, eine „Fahrkarte'' geschossen zu haben; auch die weiteren Voraussagen der SU könnten durchaus eintreffen.

Dies dürfte nicht das letzte Beispiel einer Kampagne der Brunnenvergiftung von seiten der NATO gewesen sein — im Gegenteil. Für uns sollte es deshalb ein Lehrstück werden.

Friedens-Arbeitstreffen und bundesweite Koordination

Ende dieses Jahres werden in der Bundesrepublik die neuen Mittelstreckenraketen stationiert. Ausschließlich die Bundesrepublik erhält die Pershing II, die in wenigen Minuten ihre einprogrammierten Ziele in der Sowjetunion erreichen und somit einen ersten Schlag gegen die Sowjetunion führen kann. So jedenfalls plant es die NATO.

Verständlich, daß mit dem Näherrücken dieses Zeitpunktes die Diskussion um die Verhinderung der Stationierung intensiver geführt und der Wunsch nach Planung und Durchführung gemeinsamer Aktivitäten größer wird.

Das gilt wohl insbesondere für den Teil der Friedensbewegung, der u.a. mit dem Verlauf der letzten Aktionskonferenz in Köln als ,,hochkarätiger Informationsbörse'' unzufrieden war und der angesichts einer befürchteten Neuauflage im April dieses Jahres eine bessere Vorbereitung untereinander erreichen wollte.

Vor diesem Hintergrund ist eine Initiative des BAF (Bundeskongreß autonomer Friedensinitiativen) zu sehen, der verschiedene Gruppen, die nicht dem BAF-Spektrum angehören, zu einer Diskussion um den Widerstand in diesem Jahr eingeladen hatte. Das Ergebnis ist an dem nebenstehend publizierten Aufruf abzulesen, der von den namentlich Unterzeichnenden unterstützt wird. Die Diskussion hatte deutlich gemacht, daß sich diverse Gruppen für das (Stationierungs-)Jahr 1983 auf ein Konzept der ,,direkten gewaltfreien Aktionen'' festgelegt hatten. Dieses Konzept sieht im wesentlichen Blockadeaktionen an Atomwaffen-Standorten vor, wobei die Frage der ,,Gewaltfreiheit'' in Theorie und Praxis recht unterschiedlich definiert wird. Jedenfalls soll das Arbeitstreffen Ende Februar der Stärkung dieses Ansatzes dienen. Positiv an diesem Konzept ist, daß es eine Radikalisierung des Widerstandes über die Demonstrationen in Bonn und das Unterschriftensammeln hinaus versucht, indem es die Friedensbewegten, die Antimilitaristen, direkt vor die Stützpunkte ruft. Nicht zu akzeptieren ist es aber, wenn hier ein Teil der Friedensbewegung meint, den Widerstand in diesem gesamten Jahr auf ,,direkte gewaltfreie Aktionen'' festschreiben zu wollen. Dieser Versuch der Festschreibung ist schon deshalb nicht angebracht, weil auch verschiedenste Verfechter dieses Konzeptes der Festschreibung ist schon deshalb nicht angebracht, weil auch verschiedenste Verfechter dieses Konzeptes nach den bisherigen Blockade-Erfahrungen selbst von einem härteren Eingreifen der Polizei ausgehen. Hier heißt es eine flexible Antwort zu geben, was nicht heißen soll, daß der Charakter von größeren Aktionen offen gehalten werden soll. Im Gegenteil. Attraktiv dürfte dieses Konzept momentan wohl vor allem deshalb sein, weil es — verbunden mit einer moralisch integren Position — verspricht, ein ganz wichtiger Beitrag zur Verhinderung der ,,Nach''rüstung zu sein. Die Verhinderung der ,,Nach''rüstung hängt aber nicht davon ab, ob wir ein besonders ausgefeiltes, moralisch einwandfreies Konzept haben. Außerdem birgt die Festlegung auf ,,gewaltfreie Aktionen'' immer die Gefahr der Ausgrenzung, ja der Spaltung in sich.

Diese oder ähnliche generelle Kritik an dem Konzept wurde nur von einer Minderheit in der Diskussion vertreten (eine Kritik aus dem BAF-Spektrum drucken wir nebenstehend ab). Ungeachtet dessen ist das Arbeitstreffen für die weitere antimilitaristische Arbeit in diesem Jahr wichtig. Wichtig, weil es ermöglichen soll, über die weiteren Aktivitäten in diesem Jahr überregional, bundesweit zu diskutieren. Das ist insbesondere für den Beginn der Stationierungsmaßnahmen, der von Seiten der NATO auf den Herbst 1983 datiert ist, wichtig. Zweitens soll auf dem Arbeitstreffen eine bundesweite Koordination geschaffen werden. Zwar gab es auch in der vorbereitenden Diskussion völlig unterschiedliche Aufgabenbestimmungen für diese Koordination, Einigkeit dürfte aber in dem Grundkonsens (Festlegung auf ,,direkte gewaltfreie Aktionen'') bestanden haben.

Die Teilnahme an dem Treffen hat der Bundesvorstand der Grünen zugesagt, eine finanzielle Unterstützung von 3.000 DM ebenfalls. Die Beteiligung an der geplanten Koordination ist allerdings bei den Grünen noch offen, ebenso wie bei der ,,Kirche von unten'', es geht ihnen dabei um die Frage der ,,Gewaltfreiheit'', die umgekehrt im BAF-Spektrum umstritten ist.

Das Komitee für Grundrechte wird diese Aktivitäten nicht mittragen, sich aber an der Organisierung der Solidaritätsmaßnahmen aktiv beteiligen. Gerade die notwendige gemeinsame Solidaritätsarbeit sollte nicht an ideologischen Schranken der ,,Gewaltfreiheit'' halt machen.

Wir werden im kommenden AK über die Ergebnisse und Auseinandersetzungen dieses Arbeitstreffens berichten.

halt machen.

Wir werden im kommenden AK über die Ergebnisse und Auseinandersetzun-

Abrüstung jetzt! — Widerstand '83

Einladung zum Arbeitstreffen unabhängiger Friedensgruppen

am 26./27. Februar '83 in Frankfurt
Bürgerzentrum Nord-West-Stadt
Beginn: Samstag 13 Uhr



Liebe Freundinnen und Freunde,

1983 ist für die Friedensbewegung ein entscheidendes Jahr. Wir denken, daß eine gründliche Diskussion und gemeinsame Planung unserer Arbeit in der kommenden Zeit dringend notwendig ist und laden Euch deshalb zu einem bundesweiten Arbeitstreffen ein.

Die bisherigen Aktivitäten der Friedensbewegung haben in der Öffentlichkeit breite Zustimmung und Sympathie für die Forderung nach sofortiger Abrüstung hervorgerufen. Dennoch konnten wir nicht verhindern, daß die Regierenden ihre Politik der Aufrüstung und Militarisierung auf allen Ebenen mit unverminderter Zielstrebigkeit und Geschwindigkeit fortsetzen. Die Vorbereitungen zur Stationierung neuer Mittelstreckenraketen in Westeuropa haben konkrete Formen angenommen; der Zeitpunkt der geplanten Stationierung rückt langsam aber sicher näher. Proteste und Appelle, selbst wenn sie von 500.000 Menschen nach Bonn getragen werden, konnten nicht ausreichen, um die Kriege gegen die Völker der dritten Welt und die Vorbereitungen für einen neuen Weltkrieg zu beeinträchtigen oder gar zu stoppen.

Für viele Friedensinitiativen stand wohl nach dem Bonner Regierungswechsel die Furcht vor einer Verschlechterung ihrer Handlungsmöglichkeiten im Vordergrund. Doch wurde in den letzten Wochen deutlich, daß diese Verschlechterung nicht zwangsläufig resignative Auswirkungen hervorbringen muß. Wie der Stimmungsumschwung zu Ungunsten der CDU/FDP-Regierung, so deuten z.B. auch die Aktionen gegen die „Nach"rüstung und vorhandene Atomwaffen am 12.12.82 daraufhin, daß die Verhinderung einer Rechtsentwicklung möglich ist, wenn die sozialen und demokratischen Bewegungen ihren Handlungsspielraum offensiv nutzen.

Für die Friedensbewegung bietet unter den gegenwärtigen Bedingungen vor allem **die Entwicklung direkter gewaltfreier Widerstandsaktionen** die Möglichkeit, diesen Spielraum weitestgehend zu nutzen. Die Friedensbewegung hat ihre Stärke gerade durch die Vielfalt ihrer Aktivitäten gewonnen; sie wird auch weiterhin mit vielfältigen Mitteln für ihre Ziel arbeiten und kämpfen müssen. In diesem Rahmen allerdings sollten direkte gewaltfreie Aktionen, wird auch weiterhin mit vielfältigen Mitteln für ihre Ziel arbeiten und kämpfen müssen. In diesem Rahmen allerdings sollten direkte gewaltfreie Aktionen, Handlungen des zivilen Ungehorsams für die kommenden Monate ein größeres Gewicht beigemessen werden. Denn hierin liegt u.E. die Chance, über den bloß protestierenden, in keiner Weise zwingenden Charakter unserer bisherigen Aktionen hinauszugehen, ohne eine Isolierung des radikaleren Widerstandes zu bewirken. Selten hat es in der Bundesrepublik eine so positive bzw. sachliche Resonanz auf die illegalen Aktionen des zivilen Ungehorsams gegeben wie am 3. Jahrestag des „Nach"rüstunsbeschlusses.

Wir, Vertreterinnen und Vertreter aus unabhängigen, regionalen und überregionalen Gruppen, haben uns Anfang Januar in Frankfurt getroffen, um über die Möglichkeiten einer Verbindung der zahllosen Aktivitäten zu beraten. Das Arbeitstreffen Ende Februar soll ein erster Schritt in diese Richtung sein. Wir möchten dort über folgende Fragen diskutieren:

- *Auswertung der Aktionen vom 12.12.82*
- *Letzte Absprachen für die Aktivitäten am 8. März (Internationaler Frauentag)*
- *Diskussion über die laufenden Vorbereitungen für direkte Aktionen zu Ostern 1983*
- *Frauenfriedenscamps / Friedenscamps im Sommer*
- *Planung von Aktivitäten im Herbst*
- *Solidarität mit internationalen Aktivitäten an Atomwaffenstandorten (Greenham Common, Comiso etc.)*
- *Alltäglicher Widerstand, z.B. Verweigerung und Volkszählungsboykott*
- *Solitarität mit kriminalisierten Friedensbewegten (Rechtshilfefond, Amnestie)*
- *Möglichkeiten und Schwierigkeiten der Bewußtseinsbildung in der Bevölkerung.*

Den anstehenden Aufgaben können wir nur gerecht werden, wenn wir über die Diskussion auf dem Arbeitstreffen hinaus Möglichkeiten einer kontinuierlichen Zusammenarbeit schaffen. Wir denken deshalb an die Bildung einer bundesweiten „Koordination". Es muß vorsichtshalber betont werden, daß wir keineswegs vorhaben, der Friedensbewegung einen „Vorstand" vorzusetzen. Vielmehr geht es um eine Koordination, die aus dem praktischen Widerstand vor Ort erwächst und ihn unterstützt, indem sie einen Zusam- zusetzen. Vielmehr geht es um eine Koordination, die aus dem praktischen Widerstand vor Ort erwächst und ihn unterstützt, indem sie einen Zusam- menhalt auch zwischen (nur selten möglichen) großen Treffen schafft und Aufgaben übernimmt, die von einzelnen Gruppen und regionalen Bündnissen allein nicht wahrgenommen werden können.

Der beigelegte **Aufruf zu direkten gewaltfreien Osteraktionen** soll nicht nur unsere Vorstellungen anhand eines konkreten, bestehenden Vorschlags verdeutlichen. Er ist darüberhinaus eine Bitte, diesen Vorschlag zu diskutieren und in Eurer Umgebung nach Euren Möglichkeiten in die Praxis umzusetzen und regional mit anderen Gruppen zu einer Zusammenarbeit zu kommen.

Wir bitten alle, die an dem bundesweiten Arbeitstreffen teilnehmen möchten, weitere Diskussionspaiere und nähere Vorschläge zur Gestaltung des Treffens bei uns zu bestellen (und dabei das Rückporto nicht zu vergessen ...).

Bis dahin erstelnmal ungehorsame, aber dennoch liebe Grüße von:

Eva Quistorp (Ansiftung der Frauen zum Frieden), Gaby Bayer (BI Lüchow-Dannenberg), Jo Leinen, Wolfgang Sternstein, Manfred Kühle (BBU), Gerhard Keller (Friedensprojekt der ESG), Hajo Karbach, Wilhelm Meinberg (Föderation Gewaltfreier Aktionsgruppen), Bernd Kruse, Mohssen Massarat, Sabine Stamer (BAF), Karin Kirsch (BAF-Info), Manfred Mohl, Dietrich Schulze-Marmeling, Jürgen Schirmer (BI Startbahn West), Heinz Suhr (BBU/AK Medien), Werner Rätz, Lisa Müller (Bundeskongreß Entwicklungspolitischer Aktionsgruppen), Gabi Nickstadt (OFRI), Joan Gonzales, Jens Warburg (DFG-VK Offenbach), Hans Hettler (Die Grünen Frankfurt), Manfred Sack (Antikriegsgruppe Belg. Viertel Köln)

Anfragen, Vorschläge, Anmeldung:
Graswurzelwerkstatt
Rote Str. 40
3400 Göttingen
tel. (0551) 43 345

Dietrich Schulze Marmeling
Wilhelm-Leuschner Str. 13
6000 Frankfurt/M
tel. (0611) 25 14 96

Spenden-(dringend notwendig!) Konto:
Dietrich Schulze Marmeling
Stadtsparkasse Frankfurt
BLZ 500 50102, Kt. Nr. 133-026260
Stichwort: Arbeitstreffen

Dietrich Schulze Marmeling
Stadtsparkasse Frankfurt
BLZ 500 50102, Kt. Nr. 133-026260
Stichwort: Arbeitstreffen

Plädoyer gegen die »Gewaltfreiheit«

Stellungnahme zum »Aufruf zu Osteraktionen« der BAF und der Koordination »Gewaltfreier Widerstand 83«

Zunächst möchte ich betonen, daß ich die Initiative der Hamburger Friedenskoordination begrüße, der Friedensbewegung einen Vorschlag für eine »Radikalisierung der Ostermärsche« zur Diskussion vorzulegen.

Ich teile die Auffassung, daß es notwendig ist, die Konfrontation mit dem Staatsapperat einzugehen und ihr nicht, wie es die Friedensbewegung bisher weitgehend getan hat, auszuweichen., bzw. sich ihr nur verbal zu stellen. Die Großdemonstrationen in Bonn und anderswo, die breite Öffentlichkeitsarbeit der vielen Friedensinitiativen sind wichtig und notwendig, reichen aber nicht mehr aus.

Die Konfrontation mit dem Staatsapperat brauchen wir als Kriegsgegner nicht zu suchen, sie existiert! Der Staat, welche Regierung auch an seiner Spitze steht, betreibt die Kriegspoltik der Nato. Und überall da, wo versucht wurde, diese Kriegspläne zu stören oder zu behindern, wie in Großengstingen oder Berlin anläßlich des Reagan-Besuches ist der Staatsapperat in Form seiner Polizei auch mehr oder weniger massiv zur Stelle gewesen.

Protest allein reicht auch in der Friedensbewegung nicht mehr aus. Es ist notwendig, auf zwei Gleisen zu fahren: Öffentlichkeitsarbeit, Massenproteste, Verbreiterung der Friedensbewegung auf der einen Seite, direkte Widerstands- und Behinderungsaktionen auf der anderen Seite. Bei der Großdemonstration in Bonn am 10.6. hatte ich schon verdammt das Gefühl, daß diese Form des Protestes, so eindrucksvoll die unübersehbaren Massen auf den Rheinauen auch waren, nicht die passende Antwort auf das Ereignis Reagan-Besuch und Nato-Gipfel waren. So hart die Worte, die gegen Reagan gerichtet waren, auch gewesen sein mögen, es entstand insgesamt nicht ein Klima der Unversöhnlichkeit und des Hasses, was zumindestens meinen Gefühlen besser Ausdruck verliehen hätte.

Was in der Friedensbewegung nottut, ist eine wirkliche Kampfansage, kein Nebeneinander, sondern Gegeneinander. In welcher Form, das muß stärker als bisher diskutiert werden! Der Aufruf zu den Ostermärschen kann hierzu ein erster Schritt sein.





Soweit also Zustimmung zu dem Papier der Frieko. Nun zur Kritik:

Ursprünglich hieß die Überschrift des Papiers: »Aufruf zu gewaltfreien Aktionen an Atomwaffenstandorten anläßlich des Ostermarsches 83«. Und im weiteren Text ist auch nur von gewaltfreien Aktionen die Rede. Als Vorbilder für diese Aktionen werden die Großengstingen-Blockade genannt, sowie die Blockade des Atomkraftwerkes Brokdorf und die Errichtung der Freien Republik Wendland, ..., nicht die anderen Aktionen gegen das AKW Brokdorf, nicht die vielen anderen Blockaden in Gorleben oder an der Startbahn-West.

An diesen »gewaltfreien Aktionen« entzündete sich eine rege Diskussion auf dem BAF-Treffen, über die ich zumindest sehr erstaunt war. Ich war bisher nicht davon ausgegangen, daß es sich bei dem BAF-Spektrum um einen Zusammenschluß von mehr oder weniger gewaltfreien Gruppen handelt, sondern um einen Zusammenschluß von allen autonomen Friedens- und Anti-Kriegsgruppen, die, was die Gewaltfreiheit angeht, sehr unterschiedliche Auffassungen haben und sich deshalb auch, was die Ostermärsche angeht, nicht auf ein gewaltfreies Konzept werden einigen können.

Im Laufe der Diskussion habe ich gegen die »Gewaltfreien Aktionen« argumentiert und bin stattdessen dafür eingetreten, zu beschreiben und nicht zu titulieren, welchen Charakter die Aktionen im Rahmen der Ostermärsche haben sollen. Man einigte sich schließlich auf die folgende Kompromißformulierung, in der zwar das Wort »gewaltfrei« vorkommt, aber gleichzeitig eine Aufzählung folgt, was darunter zu verstehen ist:

»Deshalb rufen wir dazu auf, im Rahmen des Ostermarsches 83 zu direkten gewaltfreien Widerstandsaktionen zu kommen, die geeignet sind, den reibungslosen Ablauf der Atomwaffenlager zu stören. Behinderungen des militärischen Verkehrs zum Lager durch mehrtätige Menschen- oder Sachblockaden, Störungen der Infrastruktur seien hier nur als Beispiele aufgeführt ...«

Auch ich habe dieser Formulierung zugestimmt, was ich nachträglich kritisiere. Es geht hierbei nicht um Haarspalterei, was macht es schon aus, wenn die Aktion gewaltfrei genannt wird oder nicht. Hauptsache ist, man tut überhaupt etwas. Ich fin-

Fortsetzung nächste Seite

Forts. von vorhergehender Seite

de, es macht sehr wohl etwas aus. Es geht nicht an, daß sich eine Bewegung nach der anderen auf das Glaubensbekenntnis der Gewaltfreiheit festlegen läßt. In jeder Diskussion um ein Flugblatt, einen Aufruf, eine Aktion taucht die Gretchenfrage der Gewaltfreiheit auf, selbst in den unsinnigsten Zusammenhängen. Ich bin dagegen, daß dies nun auch im BAF-Spektrum geschieht. (Auf dem Gründungskongreß der BAF im März 82 wurde dieser Versuch noch mit überwältigender Mehrheit abgewehrt).

Vorweg zur Klärung: Ich bin durchaus nicht der Meinung, daß eine Widerstandsaktion erst dann erfolgreich genannt werden kann, wenn eine Polizeisperre aus dem Weg geräumt wurde, ein Mast gefallen ist, ein Zaun zerschnitten oder ein Stein geworfen wurde. Ich bin sehr wohl der Meinung, daß eine Aktion - wenn die vorbereitenden Gruppen dies so für sinnvoll halten - so geplant werden kann, daß Auseinandersetzungen mit der Polizei aus dem Wege gegangen werden soll.
Gründe dafür gibt es viele, z.B. daß man sich nicht stark genug fühlt, daß man zunächst andere Ziele verfolgt, wie z.B. die Verbreiterung der Bewegung, Einbeziehung der örtlichen Bevölkerung in den Widerstand, die vor einer Auseinandersetzung zunächst zurückschreckt, daß man die Kriminalisierung fürchtet, daß man den Zeitpunkt für falsch etc.
Ich bin auch dafür, daß der Charakter jeder Aktion vorher klar sein muß, sodaß jeder einschätzen kann, ob er zu dieser Aktion gehen will oder nicht. Das muß geschehen über eine Beschreibung der Aktion und dessen, was man vor hat. Ich bin aber strikt dagegen, daß diese Beschreibung über Attribute wie »gewaltfrei« erfolgt.
Dies aus verschiedenen Gründen:

1. Es ist vollkommen beliebig, was jeder einzelne unter dem Begriff »gewaltfrei« versteht. Ich unterstelle, daß der Großteil, der diesen Begriff gebraucht, darunter friedlich und legal versteht. Wenn z.B. eine Demonstration von der genehmigten Route abweicht, oder einen nicht genehmigten Lautsprecherwagen mitführen will, geraten viele schon in Panik, weil das nicht mehr gewaltfrei sei. Als einige Gruppen für den 10.6. forderten, daß die ~~Demonstration~~ auf der rechten Rheinseite - also dort, wo der Nato-Gipfel tagt -, stattfinden soll und dies, falls es nicht genehmigt werde, mit den anströmenden Massen eben durchzusetzen, wurde dies abgelehnt, weil es nicht mehr dem gewaltfreien Charakter der Aktion entspräche usw. Insbesondere der Bevölkerung gegenüber - in sogenannten

setzen, wurde dies abgelehnt, weil es nicht mehr dem gewaltfreien Charakter der Aktion entspräche usw. Insbesondere der Bevölkerung gegenüber - in sogenannten

»Bevölkerungsflugblättern« -wird mit Vorliebe der Begriff gewaltfreien Aktion gebraucht, weil er von dem Mann auf der Straße in jedem Fall als legal, ungefährlich, friedlich verstanden wird.
Hiervon distanzieren sich nun zu Recht die Gewaltfreien Aktionsgruppen, die unter gewaltfrei nicht legal verstehen, sondern ... nur Gewalt gegen Sachen, wieder andere nur die Gewalt gegen Menschen ausschließen wollen. Auch das ist nicht unproblematisch:
Ist Drücken mit Körpern gegen eine Polizeikette schon Gewalt gegen Personen? Oder Anketten? Oder sich wehren, wenn man weggetragen oder festgenommen werden soll? Darf man Gasgranaten, die von der Polizei geworfen wurden, zurückschmeißen, ist es Gewalt gegen Personen, wenn eine in Ritterrüstung und vorgehaltenen Schilden geschützte Polizeikette am Vorrücken gehindert werden soll, indem man mit Steinen schmeißt? Unterscheidet man noch, ob die Personen, gegen die Gewalt ausgeschlossen werden soll, selber aggressiv und gewaltsam sind, ob sie selber geschützt oder ungeschützt sind? Ist es überhaupt noch möglich, nicht legale Aktionen oder Gewalt gegen Sachen zu propagieren, wenn man Gewalt gegen Menschen kategorisch ablehnt?
Schließlich wird das Gesetz und das Privateigentum hierzulande von eigens dafür ausgebildeten Menschen = Polizisten geschützt, und zwar nicht zimperlich. Es ist in der Vergangenheit jedenfalls in den meisten Fällen nicht möglich gewesen, eine nicht genehmigte Demonstration oder einen nicht genehmigten Lautsprecherwagen ohne jegliche Auseinandersetzung mit der Polizei durchzusetzen, erst Recht natürlich keine Bauplatzbesetzung oder ähnliche Aktionen.

2. Das Gegenteil von gewaltfrei ist gewaltsam. Wenn wir also zu einer gewaltfreien Aktion aufrufen, distanzieren wir uns gleichzeitig von den »gewaltsamen«. Was aber ist gewaltsam? Bisher bin ich davon ausgegangen, daß die Gewalt nicht von uns ausgeht, sondern von den Herrschenden, von den Raketen, von den Atomkraftwerken, von den Sparbeschlüssen, daß es unser Recht und unsere Pflicht ist, dagegen vorzugehen. Wenn die Massenvernichtung von Menschen Gewalt ist, ist dann ein Steinwurf gegen ein Bankgebäude auch Gewalt? Oder die versuchte Bauplatzbesetzung? Oder das Vorrücken gegen eine Polizeikette? Die Massenmedien und Regierenden behaupten das. Sie nennen uns gewaltsame und militante Chaoten, um so nur von ihrer eigenen, tatsächlichen Gewalt abzulenken. Der Staat hat im wahrsten Sinne des Wortes das Gewaltmonopol. Wer den Begriff Gewalt oder Gewaltfreiheit im Zusammenhang mit unserem Widerstand gebraucht, stellt die Gewalt der Herrschenden auf eine Stufe mit dem entschlossenen Widerstand von unserer Seite.

3. Wer eine Aktion gewaltfrei nennt, betreibt damit unvermeidlich die Spaltung der Bewegung. Gewaltfreiheit ist keine taktische Frage, wie oft behauptet wird, sondern sie ist ein ideologisches Prinzip. Man kann nicht mal gewaltfrei sein, und dann irgendwann plötzlich nicht mehr. Der Begriff der Gewaltfreiheit wird bei uns von niemandem taktisch verstanden - auch wenn die Verfasser des BAF-Aufrufes das so gemeint haben. Wenn eine Aktion unter dem Banner der Gewaltfreiheit abläuft, so wird damit die Ablehnung von Gewalt in jedem Fall eingeschlossen. Und damit sind all diejenigen ausgeschlossen, die die sogenannte Gewaltfrage anders beurteilen, als die Gewaltfreien.
Dazu muß ich etwas ausscheifen. Ich bin kein »Gewaltfreier«. Trotzdem lehne auch ich es ab, ein rein taktisches Verhältnis zur »Gewalt gegen Menschen« zu haben. Wir dürfen uns von den Herrschenden nicht einfach nur dadurch unterscheiden, daß sie Gewalt für eine schlechte Sache anwenden und wir Gewalt zur Erreichung einer guten Sache, genausowenig wie wir die Diktatur der Schlechten durch eine Diktatur der Guten ersetzen wollen. Wir müssen ein moralisch ethisches Verhältnis zur Frage der Gewalt gegen Menschen oder besser zum Problem der Verletzung von Menschen haben.
Wir lehnen Gewalt gegen Unschuldige oder Wehrlose ab, der Gedanke der Rache muß uns fremd sein, »Gewalt gegen Menschen« ist nur dann erlaubt, wenn wir angegriffen werden und uns nicht anders wehren können, oder wenn es zur Erreichung eines Ziels notwendig oder sinnvoll ist (natürlich nur mit den dem Ziel angemessenen Mitteln und die sehen in der Dritten Welt bestimmt anders aus, als bei uns jetzt).

Der Staat stützt seine Macht auf Menschen. Wenn wir den Staat angreifen wollen, haben wir es dabei auch mit Menschen zu tun, die wir angreifen. Die Verletzung dieser Menschen ist dabei aber nie unser Ziel. Ich weiß, daß diese Formulierung der Interpretation freien Raum läßt, es liegt an uns, diese Diskussion zu führen an jedem Punkt und immer wieder!
Mit dem Diktat der Gewaltfreiheit läßt sich diese Frage jedenfalls nicht lösen.

4. Ist die Großengstingen-Blockade wirklich ein Vorbild für unsere Oster-Aktionen?
Die Großengstingen-Blockade lief unter

diese Frage jedenfalls nicht lösen.
4. Ist die Großengstingen-Blockade wirklich ein Vorbild für unsere Oster-Aktionen?
Die Großengstingen-Blockade lief unter

dem streng gewaltfreien Prinzip: Teilnehmen darf nur, wer vorher in Bezugsgruppen am gewaltfreien Training teilgenommen hat, in dem man übt, wie man sich gewaltfrei von der Polizei wegtragen läßt, wie man »Störer« zur Ruhe bringt usw. Es bestand ein Vetorecht jedes einzelnen Bezugsgruppenmitgliedes, d.h. war einer dagegen, wirds nicht gemacht. Ein Prinzip, was unter anderem dazu führte, daß sich einer nicht einmal anketten durfte. Eine Massenaktion oder eine Vielfalt der Aktionen ist mit diesem gewaltfreien Konzept jedenfalls nicht möglich.
Sicher: Die Aktion hat viel Wirbel gemacht und Zustimmung in der Öffentlichkeit gefunden. Trotzdem bleibt mir die Aktion fragwürdig: Die vorherigen Absprachen mit der Polizei, die den Einsatzleiter dazu hinreißen ließen, in einer Fernsehsendung zu behaupten, »Das Konzept der Räumung hat von beiden Seiten tadellos geklappt«, die Angabe der Personalien und schließlich die Strafverfolgung.
Es muß diskutiert werden, ob solche Aktionen nicht eher schaden als nützen.

Überhaupt müssen wir uns fragen, ob die Sprache, die wir sprechen überhaupt noch den realen Verhältnissen entspricht. Auf der einen Seite haben wir es mit Regierungen zu tun, die die Massenvernichtung planen und auch entschlossen sind, diesen Vernichtungskrieg zu führen, die tagtäglich für den Mord zahlloser unschuldiger Menschen verantwortlich sind. Und was tun wir? Wir veteilen Blumen, weben die Tore von Atomwaffenlagern zu, blockieren für kurze Zeit Zufahrtswege ... Ich will hiermit nicht sagen, daß diese Aktionen lächerlich sind. Ich will aber sagen, daß die völlig absurde Beteuerung unserer »Gewaltlosigkeit« angesichts dieser Gewalt, die uns begegnet, lächerlich ist.

5. Spätestens dann, wenn unser Protest oder Widerstand von den Regierenden in die Schublade: »Spielwiese der Demokratie« gepackt werden kann, von der keine weitere Bedrohung ihrer Pläne ausgeht, ist es notwendig, sich über weitergehendere Aktionsformen des entschlossenen Widerstandes Gedanken zu machen.
Welche Widerstandsform die erfolgversprechendere ist, läßt sich pauschal nicht beantworten. Es kommt vor allem auf den Zeitpunkt an, an dem man sich für eine bestimmte Aktionsform entscheidet. Großdemonstrationen, Massenproteste, Blockadeaktionen, Unterschriftensammlungen haben zu einem bestimmten Zeitpunkt genauso ihre Berechtigung, wie Bauplatzbesetzungen, Sabotage, Angriffe auf die Infrastruktur und Zerstörungen von Einrichtungen der Herrschenden. Falsch ist in jedem Fall die Festlegung auf eine Widerstandsform.

Aus diesen Gründen sind wir dagegen, daß sich die BAF auf ein gewaltfreies Konzept des Widerstandes festlegen läßt. Der Beschluß des letzten Treffens Anfang Januar in Frankfurt für den 26./27.Februar zu einem Kongress »Gewaltfreier Widerstand 83« aufzurufen, wird von uns in diesem Zusammenhang scharf kritisiert. Unserer Meinung nach müssen auf diesem Treffen, wie auch auf der Aktionskonferenz im März weitergehendere Aktionen diskutiert werden. Eine ausschließliche Orientierung der Friedensbewegung unter dem Banner der Gewaltfreiheit werden wir nicht mittragen, im Gegenteil, wir werden offensiv dagegen auftreten.
Auf der anderen Seite trifft uns die Kritik natürlich selbst, weil wir auf dem letzten Treffen nicht anwesend waren und so unsere Kritik nicht einbringen konnten. Insgesamt finden wir es aber bedenklich, daß die Kräfte, die ursprünglich aktiv in der BAF mitgearbeitet haben, wie z.B. Krieg dem Krieg Bremen, ausgestiegen sind und sich die Kräfteverhältnisse innerhalb der BAF - zumindest auf den bundesweiten Treffen - zuungunsten der, radikaleren Gruppen verschoben haben. Denn wo anders, als in der BAF sollen die notwendigen Auseinandersetzungen um den weiteren Weg des Widerstandes gegen Nachrüstung und Kriegspolitik geführt werden?

Claudia
(Antikriegsgruppe im Göttinger Arbeitskreis gegen Atomenergie)

Plädoyer für eine Konfrontation im Herbst 1983

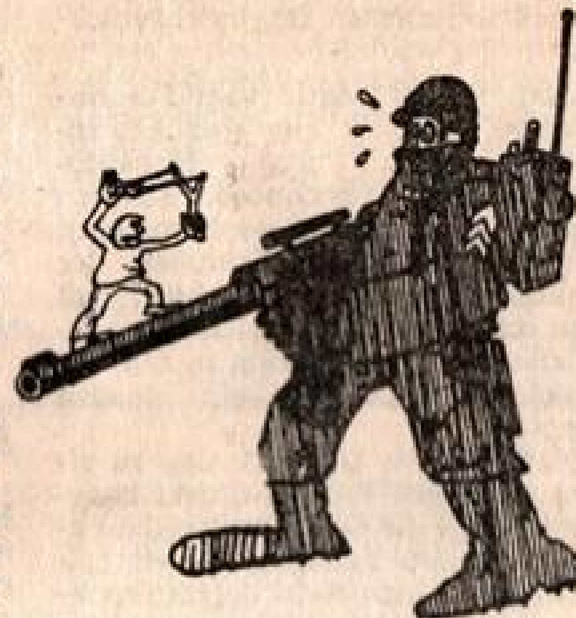
Vorschlag zu einer Großaktion an der Frankfurter US Air-Base

Für die neue Friedensbewegung wird das Jahr 1983 die bislang größte Bewährungsprobe bringen. Alles deutet darauf hin, daß Ende 83 wie geplant mit der Stationierung der ersten Nachrüstungsraketen begonnen wird. Daran zweifelt niemand mehr, obwohl manch einer eher geneigt zu schein scheint, sich irrationalen Hoffnungen hinzugeben, als sich der nackten Wahrheit mit ihren Konsequenzen im Denken und Handeln zu stellen.
Die politischen Weichen in den USA, der Nato insgesamt und der BRD sind unwiderruflich gestellt. Die Reaktion der Nato auf die jüngsten Abrüstungsvorschläge der Sowjetunion und die Ablösung des US-Chefverhandlers Rostow bei den Genfer Abrüstungsverhandlungen, weil dieser zu »eilig« verhandle, lassen keinen Zweifel zu. Selbst eine grüne Sperrrminorität - Hessener Verhältnisse - bei der nächsten Bundestagswahl können keine Wende erbringen, höchstens eine große Koalition der Nato-Parteien CDU und SPD in dieser Frage erzwingen - vielleicht mit der einen oder

destagswahl können keine Wende erbringen, höchstens eine große Koalition der Nato-Parteien CDU und SPD in dieser Frage erzwingen - vielleicht mit der einen oder

anderen später aufgestellten Rakete.
Das ist die Ausgangslage. Der Friedensbewegung, so breit sie sich auch entwickelt hat, ist es nicht gelungen, den grundsätzlichen Charakter der Nachrüstung als Angriffspolitik der Nato gegen den Warschauer Pakt und die Staaten der dritten Welt in der breiten Öffentlichkeit zu verankern und in ausreichendem Druck umzusetzen. Zu tief sitzt Nato-Logik und Politik im Bewußtsein der Bevölkerung, ja sogar in großen Teilen der Friedensbewegung.
Wir müssen also weiterhin aus einer Minderheiten-Position heraus arbeiten und dennoch soviel Druck wie möglich durch Politik, Aktion und Zeichen des entschlossenen Widerstandes entwickeln. Diese Ausgangssituation ähnelt in vielen Punkten den Anfängen der Anti-AKW-Bewegung. Auch damals war zwar ein großer Teil der Bevölkerung gegen den Ausbau der Atomenergie, genauso wie heute der Großteil gegen die Nachrüstung ist. In den politischen Entscheidungsgremien gab und gibt es jedoch einen Block von Atom- und Nato-Parteien. Die Bewegung antwortete damals mit dem Versuch, auf der Straße und an den Bauplätzen den Stop des Atomprogramms zu erzwingen, das Land ein Stück unregierbar zu machen. Und dieser Versuch hat immerhin zu einigen Teilerfolgen geführt.
Es vermehren sich drastisch die Anzeichen, daß auch die Friednesbewegung bereit sein muß, sich in ihren Aktionsformen zu radikalisieren, wenn sie überhaupt noch etwas ver- oder besser behindern will.
Die Friedensbewegung steht dieser Aufgabe in einem Zustand der Zerrissenheit gegenüber. DKP und ihre Bündnispartner bis weit hinein in der SPD und Gewerkschaften versuchen verbissen, jede Radikalisierung in Wort und Tat zu verhindern, reden gebetsmühlenhaft immer wieder von Verbreitung, Krefelder Appeell und den Genfer Verhandlungen. Demgegenüber wird immer klarer, daß Verbreiterung allein, sofern sie über die gängigen Mittel überhaupt noch zu erreichen ist, nichts mehr verhindern kann.
Andere Gruppen verdrängen das Problem, indem sie die Perspektive im langfristigen Kampf gegen Blockkonfrontation zu entdecken suchen und meinen, es sei nun dringend an der Zeit, das Jahr 1983 zum Jahr der großen friedensphilosophischen Kongresse zu machen, auf denen die Friedensbewegung aller Welt vereinigt werden könne. Nur spärlich sind die Gruppen zu entdecken, die sich zur Aufgabe stellen, die Umsetzung des Nachrüstungsbeschlusses zu verhindern, zu behindern, zu erschweren oder wenigstens den politischen Preis dafür so hoch wie möglich zu schrauben.

Ja, über eine möglichst große Großdemonstration im Herbst 83, am besten zum SPD-Sonderparteitag, oder gar als internationales Spektakel in Brüssel, wird seit dem 10.6. fleißig nachgedacht in den Chefetagen der Friedensbewegten. Hauptsache ist dabei nach wie vor, daß Frieden herrscht auf einer solchen Aktion. Der Konfrontation - in welcher Form auch immer - will man nach wie vor aus dem Wege gehen. Zur Zeit wird noch gemauschelt, keiner wagt, im Moment eine Friede-Freude-Eierkuchen Aktion für den Herbst 83 vorzuschlagen. Man muß noch einen günstigen Zeitpunkt abwarten, um die Katze aus dem Sack zu lassen. Und als nächstes stehen ja erst mal die Ostermärsche ins Haus.



Worauf es ankommt in den nächsten Monaten, ist doch etwas anders. In einer Situation, wo Unterschriften, Resolutionen und verbaler Protest nicht ausreichen, um die Nachrüstung auf den gängigen politischen Ebenen zu verhindern, bzw. zu verhindern, müssen wir mehr und mehr Aktionen machen, die sie ein Stück nicht durchsetzbar machen. Eine Orientierung auf Blockadeaktionen zu Ostern 83 geht zwar in die richtige Richtung. Ihr Konfrontationscharakter wird jedoch durch die Gefahr einer völlig unnötigen Ideologisierung auf die allgemeine Gewaltfreiheit stark abgeschwächt. Und ohnehin steht in Frage, ob die Atomwaffenlager im Widerstand gegen die Nachrüstung eine ähnliche Kristallisationsfunktion haben können, wie die AKW-Bauplätze für die Anti-AKW-Bewegung. An den Atomwaffenlagern selber sind die Aktionsmöglichkeiten sehr eingeschränkt und in ihrer Schärfe über symbolische Blockaden hinaus kaum radikalisierbar.
Spätestens im Herbst 1983 muß die Friedensbewegung jedoch Aktionsformen umsetzen, die dem System von Nachrüstung, Nato und Kriegstreiberei mehr entgegensetzen, als bloße Massenaufmärsche oder Sitzblockaden einiger Hundert Unverdrossener an Atomwaffenlagern. Unserer Einschätzung nach ist spätestens mit dem Stationierungsherbst der Zeitpunkt gekommen, wo die Friedensbewegung stärker als bislang ihren Widerstandswillen unter Beweis stellen sollte. Darüber sollten wir rechtzeitig anfangen zu diskutieren.
Wir schlagen eine bundesweite Großaktion an der Frankfurter US Air-Base vor und zwar aus folgenden Gründen:

1. Die Frankfurter US Air-Base ist Standort und Symbol zugleich für Nato-Politik, US Truppenpräsenz, Umschlagplatz für Pershing und Chruise missile. Sie ist einer der zentralen strategischen Punkte der US-Militärpolitik in Europa und für die dritte Welt. Über die Air-Base werden im Krisenfall die zusätzlichen US-Divisionen eingeflogen, über die Air-Base wird die Schnelle Eingreiftruppe zu ihrem Einsatzort im Nahen Osten oder in Afrika gebracht werden.

2. Mit einer Großaktion an der US Air-Base können wir an einer der entwickelsten Widerstandsbewegungen in der BRD anknüpfen, an die Bewegung gegen die Startbahn-West, die ja gleichzeitig Starbahn für die Air-Base Bomber und Truppentranporter sein wird.

3. Die Infrastruktur der Air-Base und des ganzen Umfeldes (Autobahnknotenpunkt)

Air-Base Bomber und Truppentranporter sein wird.
3. Die Infrastruktur der Air-Base und des ganzen Umfeldes (Autobahnknotenpunkt)

ist ungeheuer empfindlich und anfällig. Allein das Zustandekommen einer Großaktion wird den Auto, Güter und vielleicht sogar den Luftverkehr der Region vollständig blockieren.

4. Der Haupteingang der Air-Base liegt direkt an der Autobahn, das Air-Base Gelände grenzt auf einer Länge von mehreren Kilometern unmittelbar an die Nord-Süd-Autobahn, die an diesem zentralen Punkt 8-spurig ausgebaut ist.

5. Vom ganzen Gelände her eignet sich die Air-Base wie kaum ein anderer Ort für die verschiedenstartigen Aktionsvorstellungen.

6. Die Frankfurter US-Air-Base ist zentral in der Mitte der BRD gelegen.

Ein möglicher Zeitpunkt zu einer solche Aktion wäre z.B. die Herbsttagung der Nato 1983, auf der die endgültigen Beschlüsse in Hinsicht auf die genaue Durchführung der Nachrüstung beschlossen werden.

Wir wollen mit diesem Vorschlag nicht auf eine Aktionsform oder gar nur auf eine Aktion für dieses so wichtige Jahr 1983 orientieren. Wir meinen allerdings, daß neben den Ostermärschen/Blockaden und den vielfältigen regionalen Aktionsmöglichkeiten (Verhinderung von Vereidigungen, Militärmessen, Blockaden von Atomwaffenlagern, Karsernen, Munitionstransporten usw., Störung und Sabotage der Nato-Maschinerie) eine solche zentrale Großaktion der Friedensbewegung an der US-Air-Base ein wichtiger Kristallisationspunkt sein wird. Eine solche Aktion würde die Auseinandersetzung um die Nachrüstung und die Nato-Politik insgesamt polarisieren und zuspitzen. Die unvermeidliche und notwendige Konfrontation zwischen Friedensbewegung und Staat bzw. Regierung, sowie den USA, gilt es dann in größtmöglichen politischen Druck gegen die Nachrüstung umzusetzen.

Der grundsätzliche Beschluß zu einer solchen Großaktion an der Frankfurter US Air-base sollte zumindestens als Vorschlag bereits auf dem Treffen »Widerstand 83« Ende Februar in Frankfurt und Mitte März auf der Aktionskonferenz in Köln fallen. Für die Diskussion und Festlegung der näheren Einzelheiten sollte unmittelbar nach den Ostermärschen eine eigene Konferenz stattfinden.

Bernd
(Göttinger Arbeitskreis gegen Atomenergie/ Koordinierungsausschuß)

Streit um die Osterblockade in Kellinghusen

Seit Mitte Oktober bereitet in Hamburg ein regelmäßiges „Ostermarschplenum" und eine Reihe von Arbeitsgruppen eine mehrtägige Osterblockade an einem A-Waffen-Standort in der Umgebung Hamburgs vor. Die Initiative dazu war von der Hamburger Friedenskoordination gestartet worden. Inzwischen kommen regelmäßig 100 Leute und mehr zu diesen Sitzungen, über 50 Gruppen, Initiativen und Organisationen sind vertreten.

Es ist festgelegt worden, vom Karfreitag bis Ostersonntag eine Blockade am A-Waffen-Standort Kellinghusen (nahe Itzehoe in Schleswig-Holstein) durchzuführen. Die örtliche Friedensinitiative beteiligt sich aktiv an der Vorbereitung. Ein Friedenscamp ist mitten in der Stadt angemeldet worden, weitere in der Umgebung sind geplant. Das ermöglicht es, gemeinsam örtlich die Aktion mit einer größeren Flugblattaktion vorher bekannt zu machen, bzw. um Verständnis in der Bevölkerung, bei Rekruten etc. zu werben.

In Hamburg reicht die Unterstützung der Aktion in sämtliche Friedensinitiativen Hamburgs hinein. So konnte es dann nicht ausbleiben, daß auch im Hamburger Forum, ein Bündnis gegen die „Nachrüstung", das sich politisch vor allem an SPD- und DKP-Kräften orientiert, darüber diskutiert wurde, ob diese Aktion unterstützt und mitgetragen werden soll, nachdem vorher lange Zeit darüber nicht einmal Infos bekannt gemacht worden waren. Das Ostermarschplenum beschloß, die vom Forum in Hamburg am Ostermontag geplante Demonstration zu unterstützen und die Blockade deshalb am Ostersonntag zu beenden. Allerdings wurde erwartet, daß dann auch ein/e Blockadesprecher/in dort zu Wort kommen könnte. Zudem wurde erwartet, daß das Forum am Ostersonntag nicht wie ursprünglich geplant von Kellinghusen von den Blockierern wegmarschiere, sondern dann dort mit einer gemeinsamen Aktion abschließe.

Auf dem Forumsplenum gab es dann ein stundenlanges Hickhack um die Frage der Unterstützung der Blockade. Von einem Teil wurde eine ganze Reihe phantastischer technisch-organisatorischer Hürden herbeigeredet und das angesichts einer Situation, wo aus nahezu allen Initiativen berichtet wurde, daß sich rund die Hälfte der Aktiven sowieso an der Blockade beteiligen würden.

Zudem wurde das Gespenst drohender Auseinandersetzungen aufgeführt, aber nicht weil man von der Polizei

Zudem wurde das Gespenst drohender Auseinandersetzungen aufgeführt, aber nicht weil man von der Polizei Übergriffe erwartete, sondern die Gefahr lauert offenbar an anderen Stellen. Ein Soldat aus der Kaserne war gekommen, um seine Befürchtung vorzutragen, daß die Soldaten kein Verständnis für die Aktion haben könnten (dem konnte mit Hinweis auf vorbereitende Flugblätter begegnet werden). Es folgte ein Vortrag über drohende Gefahren scharf geladener Bundeswehrwaffen, der gleich mehrfach von „erfahrenen Soldaten" „untermauert" wurde. Dem wurde von einem fachkundigen TAZ-Redakteur entgegnet, der ausführte, wie die verschiedenen Befehlsarten darüber aussehen, daß auf keinen Fall Soldaten einfach mit scharf durchgeladenen Waffen herumlaufen dürfen und daß einer solchen Aktion nicht bewaffnete Bundeswehr sondern die Polizei gegenübergestellt wird. Es wurde auch das Beispiel dargestellt, was passierte, nachdem ein Stern-Redakteur mit seinem PKW in eine Alarmstellung der US-Streitkräfte geraten war, und erst der örtliche Polizist für die Ausweiskontrolle herbeigeschafft werden mußte. Als zweites wurde die „Gewaltfreiheit" der Blockierer angezweifelt. Ein DFG/VK-Sprecher, gleichzeitig Mitglied des zentralen Vorbereitungskreises des Forums und Spezialist für solche Einlagen, ging ins Eingemachte: Eine Genossin des KB und offenbar überaus wichtige Person in der Hamburger Friedenskoordination und im Ostermarschplenum (es folgte die Ausmalung) habe

folgendes Papier reingegeben, und daran könne man sehen, wie dort mit der herausgestellten Gewaltfreiheit umgegangen werde, denn in dem Papier ... es folgt die Ausmalung.

Sie hatte z.B. „unerhörterweise" die Frage angesprochen, daß es passieren könne, daß die Polizei keine Rückzugsmöglichkeiten offen lasse, sondern trotz aller Ankündigung der „Gewaltfreiheit" die Demonstranten überrenne. Sie hatte z.B. dafür plädiert, in diesem Falle einen Minimal k o n s e n s von Schutzmaßnahmen zu diskutieren, zudem wurde dafür plädiert, wenn man unterhalb einer bestimmten Schwelle der Auseinandersetzungen bleiben wolle, dann realistische Ziele anzustreben und nicht gerade die „vollständige Behinderung" des Stützpunktes, wie es in einem Vorschlag einer gewaltfreien Gruppe hieß. Das sollte dann im Hamburger Forum zu einem unwahrscheinlichen Horrorbild ausgemalt werden. Dieselbe Aufführung ist dann später noch einmal in Flensburg bei der dortigen Blockade-Diskussion aufgeführt worden. Kennzeichnend für die Lage war dabei auch, daß diesem DFG/VK-Typ einerseits kräftig auf die Füße getreten wurde, auf der anderen Seite sich aber auch Blockierer bemüßigt sahen, schnell von solchen Dingen abzurücken.

Zum Schluß wurde vom Forums-Träger-Kreis nicht nur eine Abstimmung über die Blockade-Unterstützung verschoben, sondern auch ein Meinungsbild wurde mit allen Mitteln zerredet. Als Schlußakt der Diskussion durfte nicht fehlen, daß man befürchte, daß eine derartige Mitunterstützung dem Forum in den Ge-

man befürchte, daß eine derartige Mitunterstützung dem Forum in den Ge-

werkschaften ja nun sehr schaden könnte ...

Nachdem die Unterstützung zu einem derartigen Prestige-Objekt hochstilisiert und die DKP sowieso die Parole ausgegeben hat, möglichst von solchen Blockadeaktionen wegzuorientieren, ohne sich völlig dagegen zu stellen, ist eine Unterstützung des Forums insgesamt nicht zu erwarten, so schlecht das bei der „Basis" ankommen mag. In den organisatorischen Fragen wird soweit eine Einigung möglich sein, daß das Forum den Geruch meidet, sich direkt gegen die Blockade zu stellen. Der Wegmarsch am Sonntag von der Blockadeaktion wird nicht stattfinden.



Demonstration in Hamburg anläßlich des 50. Jahrestages der Machtübergabe an Hitler Foto: H.W./AK

Freiheit für Juri!

„... Von daher verweigere ich nicht nur den Dienst mit der Waffe, sondern jegliches Bütteldasein, d.h. auch den Ersatzdienst. Der Ersatzdienst (von jenen Wesen schon seit längerem „Zivildienst" genannt, um seinen Charakter zu verschleiern) ist nun mal Dienst für den Staat und damit Dienst für den nächsten Krieg" (Juri Hertel im „Hildesheimer Stadtmagazin", HIZ 10/81).

Solcher Art Gewissensentscheidung *„mangele es an sittlicher Orientierung"*, befand am 19.1.83 das Landgericht Hildesheim im Berufungsprozeß gegen den 21jährigen Juri Hertel und bestätigte das erstinstanzliche Urteil von 18 Monaten Knast ohne Bewährung wegen fortgesetzter Gehorsamsverweigerung und Fahnenflucht (Juri hatte von vornherein keinen KDV-Antrag gestellt; siehe auch Bericht in AK 228). Zustande gekommen war dieser Prozeß auf Intervention der Staatsanwaltschaft: „Aus erzieherischen Gründen" seien Bundeswehrarrest (65 Tage) sowie Untersuchungshaft (inzwischen bereits mehr als 6 Monate) nicht auf das Strafmaß anzurechnen — Juri sollte also zu über zwei Jahren Knast verurteilt werden!

In entsprechender Atmosphäre fand die Gerichtsverhandlung statt: Nachdem zunächst drei Anträge der Verteidigung (Verlegung in den größten Saal, Entpflichtgung des Pflichtverteidigers und Aushändigung einer Vorbereitungsbroschüre an Juri im Knast) genehmigt worden waren, ließ der Richter im vollbesetzten Saal vor ca. 80 Leuten bereits während der Verlesung des erstinstanzlichen Urteils keine Zweifel daran aufkommen, daß er den Saal schon bei der kleinsten Unmutsäußerung aus den Reihen des Publikums räumen lassen werde: Er habe ja nichts gegen eine Öffentlichkeit, könne sich aber bei wiederholten Vorfällen nicht des Eindrucks erwehren, dieses Publikum sei nur gekommen, um Krawall zu machen.

So kam es denn auch kurz darauf zu einem ersten brutalen Einsatz einer staatlichen Schlägerbande (sprich „Polizeibeamte"), als von Zuhörern eine Prozeßerklärung verlesen wurde, die unter Verweis auf die Ermordung Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs am 15.1.1919 feststellte, daß es *„hier in Deutschland eine ungebrochene Tradition antiimperialistischen Widerstands zu bekämpfen und mit allen Mitteln zu zerschlagen"* gäbe. Weiter heißt es in der Erklärung u.a.: *„Unter der Parole ‚Krieg dem imperialistischen Krieg' sammelten sich die revolutionären Kräfte, um die Bedingungen zu schaffen, weltweit und für immer Kriege abzuschaffen, nämlich Revolution zu machen. Diese Parole hat nichts von ihrer Gültigkeit und Dringlichkeit verloren."*

Als bei Abschluß der Beweisaufnahme vier Zuschauer auf Stühlen stehend lautstark und mit bemalten T-Shirts „Freiheit für Juri" forderten, kam es zu erneuten Übergriffen gegen die Prozeßteilnehmer. In beiden Fällen wurden die Personalien der Herausgegriffenen festgestellt. Am Nachmittag wurde die Öffentlichkeit dann endgültig ausgeschlossen, da zwischenzeitlich Knallkörper und Stinkbomben gefunden worden seien und ständig Zwi-

ausgeschlossen, da zwischenzeitlich Knallkörper und Stinkbomben gefunden worden seien und ständig Zwi-

schenrufe die Verhandlungsführung beeinträchtigt hätten.

Ein Gesinnungsurteil

Um dieses Urteil richtig einschätzen zu können, sei auf die Behandlung Juris im Knast hingewiesen: Er hat bereits lange Zeit in Einzelhaft sitzen müssen, und ihm wurde die Teilnahme an einem Gesprächskreis in der Jugendhaftanstalt verweigert, da zu befürchten sei, daß er die anderen Häftlinge politisch beeinflussen würde. Darüberhinaus erklärte seine Mutter gegenüber Journalisten, der zuständige Amtsrichter habe die Aushändigung von Büchern mit der Begründung untersagt, es handele sich um „Terroristenliteratur": Heinrich Heine, Heinrich Mann, Alfred Döblin . . . (nach „FR", 21.1.83).

Über Juris weiteres Schicksal, wenn er seine noch ausstehenden 10 Monate Knast abgesessen hat, könnten dabei die Äußerungen von Juris ehemaligem Kompaniechef und einem Vertreter der Hildesheimer Staatsanwaltschaft Aufschluß geben: Eine Entlassung aus der Bundeswehr ist nicht vorgesehen (vgl. den Fall Th. Hansen!). Und: *„... allein im Land-Gerichtsbezirk Hildesheim fielen jährlich im Durchschnitt 200 Strafverfahren wegen Fahnenflucht an. Dabei seien 18 Monate Haft ein mittleres Strafmaß"* (der zuständige Dezernent der Staatsanwaltschaft Hildesheim gegenüber der „FR", 21.1.83). Ein weiterer Fall von Mehrfachbestrafung?

Freiheit für Juri!

Seine Anschrift:
Armin Juri Hertel
JVA Hameln-Tündern
3250 Hameln

Antimil-Kommission
KB/Göttingen

Rekrut erhängte sich

Heide (taz) - In der „Dieselbrandt-Kaserne" in Heide/Holstein hat sich der am 3.1. zur Bundeswehr eingezogene Rekrut Hartmut Mau am Sonntagabend die Pulsadern aufgeschnitten und danach mit der Koppel an seinem Bett aufgehängt. Über das Motiv wollte der zuständige Bataillonskommandeur der taz keine Auskunft geben. Ein Bekannter von Hartmut Mau, der z.Zt. wegen Totalverweigerung im Knast sitzt, gab gegenüber der taz an, Hartmut habe einen Antrag auf Anerkennung als Kriegsdienstverweigerer gestellt. Hartmut Mau sei nach der Einteilung zum Reviereinigen am Wochenende so verzweifelt gewesen, daß er sich die Pulsadern aufgeschnitten habe. Die zuständige Kriminalpolizei in Heide verweigerte der taz jegliche Auskunft. Hartmut Maus Eltern wußten von einem Antrag auf Kriegsdienstverweigerung nichts. Er sei seit dem 3.1. nur einmal zu Hause gewesen und habe wenig erzählt, erklärte sein Vater gegenüber der taz. (taz)

BVG zum Fall Hansen:
Mehrfachbestrafung von Verweigerern ist rechtmäßig

Nicht genug, daß Kriegsdienstverweigerer bereits durch Gewissens-TÜV und „Zivildienst" für die Wahrnehmung eines Grundrechtes bestraft werden: Bleiben sie in ihrer Entscheidung trotz staatlich aberkannten Gewissens konsequent, so sollen sie dafür sogar beliebig oft verknackt werden können: *"Nach Auffassung des Karlsruher Ausschusses (Vorprüfungsausschuß des 2. Senats beim Bundesverfassungsgericht (BVG), Anm.) ... trifft der Grund der Verfassungsbeschwerde - ein Verstoß gegen Artikel 103 des Grundgesetzes, wonach niemand wegen derselben Tat mehrmals bestraft werden darf - im Fall Hansen nicht zu. Die wiederholte Gehorsamsverweigerung Hansens bei der Bundeswehr sei keine „einheitliche Tat" gegenüber einer gleichbleibenden Forderung des Staates, sondern „nur die Weigerung, einzelnen Weisungen" wie dem Uniformtragen oder dem Haareschneiden Folge zu leisten."* (FR, 7.1.83)

Mit dieser Entscheidung des BVG wird Thomas Hansen seine zehnmonatige Haftstrafe nun im März dieses Jahres endgültig antreten müssen, nachdem ihm trotz der Ablehnung eines Revisionsantrages durch das Oberlandesgericht Oldenburg auf massive öffentliche Proteste hin bis zur BVG-Entscheidung Haftaufschub gewährt worden war. Sie ist das vorläufige Ende (Rechtsanwalt Werner will die Europäische Kommission für Menschenrechte anrufen) eines seit 4 1/2 Jahren andauernden Spießrutenlaufs durch die Institutionen der Gewissensinquisition (vgl. AK 220 und 228): In drei Verhandlungen (Prüfungsausschuß und -kammer, Verwaltungsgericht) war Thomas KDV-Antrag bereits abgelehnt worden, als er im Juli 1981 zur Bundeswehr einberufen wurde. Dort mußte er wegen fortgesetzter Befehlsverweigerung 63 Tage Arrest absitzen und wurde zunächst vom Amtsgericht in Oldenburg zu zwei Monaten Knast auf Bewährung verurteilt sowie, da er sich nach wie vor dem Wehrdienst widersetzte, in einer weiteren Verhandlung zu sechs Monaten ohne Bewährung, die jedoch in der Berufungsverhandlung vor dem Landgericht auf zehn Monate erhöht wurden. Dieses hatte ihm noch bescheinigt, daß seine Weigerung jeweils die Folge einer von ihm „ein für allemal getroffenen Gewissensentscheidung" sei.

Mit dieser Begründung war bereits 1968 durch das BVG festgestellt worden, daß Zeugen Jehovas bei wiederholter Verweigerung des zivilen Ersatzdienstes nicht mehrfach bestraft werden dürften. Neben der „Begründung", es handele sich im Fall Hansen nur um *„die Weigerung, einzelnen Weisungen Folge zu leisten"*, wiesen die prüfenden Verfassungsrichter eine Vergleichbarkeit der Fälle mit dem „Argument" zurück, daß *„dem Beschwerdeführer die Anerkennung als Kriegsdienstverweiger versagt geblieben ist: Ohne die Anerkennung kann die Gewissensentscheidung aber nicht zum beherrschenden Tatbestandsmerkmal werden und nicht Bindeglied der mehreren äußeren Handlungen zu einer einheitlichen Handlung sein."* (Wortlaut des Beschlusses, zitiert nch FR, 7.1.83)

Was nicht sein darf, das nicht sein kann. Und was nicht sein darf, darüber entscheiden in solchen Fällen allemal Kriegsvorbereiter!

Antimil-Komm./ KB Göttingen

Machen die Grünen Vogel zum Kanzler?

Fortsetzung von Seite 2

Wie werden sich, immer noch unter der Voraussetzung von „Hamburger Verhältnissen" in Bonn, die GRÜNEN verhalten? In diesem Fall würde von der Alternative „Entweder Vogel wählen oder Kohl ertragen" ein enormer moralischer und politischer Druck ausgehen. Die GRÜNEN und Alternativen haben bisher die Frage der Tolerierung eigentlich noch gar nicht praktisch gestellt. Was in Hamburg und Hessen dazu bisher gelaufen ist, war unter d i e s e m Aspekt nur eine Farce. Denn Dohnanyi wurde de facto von der GAL so toleriert wie jetzt seit einigen Monaten Börner in Hessen durch die Grünen. Dohnanyi hätte mit wechselnden Mehrheiten und stillschweigender Tolerierung der GAL auch noch die nächsten drei Jahre weiterwurschteln können, falls die SPD es nicht selbst für günstiger gehalten hätte, das Glücksspiel Neuwahlen zu wagen. In Bonn würde aber das Problem bestehen, daß man nicht damit auskäme, stillschweigend einen schon amtierenden Politiker zu tolerieren. Sondern man müßte deutlich Farbe bekennen und die Hand für einen Kanzler Vogel heben. Von diesem Punkt an wären die GRÜNEN jedoch in ihren Entscheidungen nicht mehr frei: Theoretisch betrachtet hätten sie selbstverständlich die Freiheit, in jedem konkreten Einzelfall zu entscheiden, ob sie der Regierungspolitik zustimmen oder nicht. Praktisch würde es aber so aussehen, daß jede halbwegs wichtige Streitfrage den Bestand einer auf die GRÜNEN gestützten Regierung Vogel in Gefahr bringen würde. Die GRÜNEN hätten dann in zentralen Fragen wie etwa der Verabschiedung des Haushalts nur noch die Wahl, den Vorgaben der SPD im Wesentlichen zuzustimmen oder andernfalls für das Scheitern der Regierung Vogel verantwortlich gemacht zu werden. Das heißt, die GRÜNEN stünden dann, ähnlich wie jetzt die FDP, als Verräterpartei da, die der SPD in den Rücken gefallen ist. Das hätte vermutlich katastrophale Auswirkungen für das gesamte Spektrum links von der SPD. **Die GRÜNEN könnten in einer solchen Situation zudem kaum deutlich machen, warum sie plötzlich für Vogels Sturz sorgen, nachdem sie ihn doch zuvor mehr oder weniger b e d i n g s l o s mitgewählt haben.** Alle Anzeichen sprechen trotzdem dafür, daß die Dinge genau diesen Verlauf nehmen würden, falls die Wahl am 6. März „Hamburger Verhältnisse" ergibt. Zwei unterschiedliche Arten von Motivation und Argumentation spielen dabei eine Rolle:

1. Die SPD würde selbstverständlich erklären, daß es in einer solchen Situation ausschließlich Schuld der GRÜNEN sei, wenn Kohl Weiterregieren gestattet würde.

Das deckt sich überdies mit den Erwartungen eines relevanten Teils der GRÜNEN-Wähler/innen. Falls die SPD es dann auch noch versteht, ein inhaltliches Zugehen auf die GRÜNEN zu simulieren (Beschäftigungsprogramm, BAFÖG u.a.), stünden die GRÜNEN unter einem enormen Druck, ohne sich in den zentralen Fragen, vor allem der „Nachrüstung", etwas erhoffen zu dürfen. In einer solchen Situation würde das Argument mancher GRÜNEN (Umkreis der Zeitschrift „Moderne Zeiten", Landesverband Baden-Württemberg u.a.), man m ü s s e (wohl oder übel) Vogel mitwählen, sehr viel Gewicht haben.

2. Bei einem großen Teil der GRÜNEN gewinnt die spielerische, lustbetonte Freude an „Realpolitik" an Boden. Diese Strömung hat in den Frankfurter Altspontis um Cohn-Bendit ihren Vorposten. Dieser Teil der GRÜNEN bildet sich ein, man stehe kurz vor einer „Machtbeteiligung" und bräuchte eigentlich nur noch beherzt zuzugreifen. Man will nicht länger abseits stehen, man träumt von machbaren Reformen und sogar vom Zugang zu Ämtern und Posten des Staates. Im Gegensatz zum Lager der rational kalkulierenden linken GRÜNEN und zu den offen opportunistischen Baden-Württembergern dominieren bei den „Machtbeteiligern" naive und romantische Vorstellungen von Politik und Macht.

Ein Liftboy, dem ein Scheich einen 20-Dollar-Schein zusteckt, wird kaum so töricht sein, sich deswegen für einen Geschäftspartner des Scheichs zu halten. Und mehr als Trinkgeld ist es nicht, was — prozentual zur Gesamtsumme der Ausgaben! — günstigenfalls von der SPD an „Zugeständnissen" zu holen ist. Man kann sich ja ruhig überlegen, ob man nicht wirklich konsequent alles an „Zugeständnissen" mitnehmen sollte, was zu kriegen ist — **aber eine Machtbeteiligung wird daraus nie und nimmer!** Immerhin hat es in diesem Land jahrelang eine entfaltete linke Kultur gegeben, die bei allen Irrtümern und Dummheiten doch begriffen zu haben schien, worin in Wahrheit MACHT besteht: In der Verfügung über Produktionsanlagen, Polizeikräfte, Banken, Militär usw. — und keinesfalls in ein paar Abgeordneten, mit denen man bei günstiger Witterung einige Monate lang das aufregende Spiel „Zünglein an der Waage" treiben kann.

Es gibt trotzdem genügend konkrete Indizien, die im Falle entsprechender Mehrheitsverhältnisse eine de facto bedingungslose Wahl Vogels durch grüne Bundestagsabgeordnete wahrscheinlich machen. Das stärkste Indiz für eine solche Entwicklung ist der klägliche Zusammenbruch der „Fundamentalopposition" in Hessen. Hier hat die frisch entdeckte Begeisterung für „Realpolitik" die Gralshüter des wahren Ökologismus um die GRÜNEN-Fraktion im Frankfurter Stadtparlament einfach weggefegt. Noch vor wenigen Monaten war es in Hessen nicht einmal möglich, eine eindeutige Option für Verhandlungen mit der SPD zu verabschieden. Und jetzt tragen Hessens GRÜNE plötzlich gemeinsam mit der SPD haushaltspolitische Entscheidungen mit, die in der Hamburger GAL wahrscheinlich nicht mehrheitsfähig gewesen wären.

Ein weiteres Indiz ist die neueste Entwicklung im Landesverband Schleswig-Holstein: Feste Forderungen an die SPD im Sinne eines Tolerierungskatalogs wurden zu den Landtagswahlen im März gar nicht erst aufgestellt. Die entsprechende Resolution ist so schwammig formuliert, daß sie bei entsprechenden Mehrheitsverhältnissen ohne weiteres die Wahl Engholms (SPD) zum Ministerpräsidenten zuläßt. Ein Antrag von Links (!), der explizit die bedingungslose Wahl Enholms forderte, scheiterte nur knapp. Die Besonderheit in Schleswig-Holstein ist, daß es dort nach der Fusion mit der GLSH einen starken rechten Flügel gibt, der eigentlich eher einer „fundamentalökologischen" Anti-Haltung gegen die SPD im Sinne des Bußpredigers Bahro zuneigt. Daran gemessen muß wohl von einem vollen Durchmarsch der Tolerierungslinie in Schleswig-Holstein gesprochen werden.

Es ist eine spezielle Tragödie, daß Widerstand gegen eine Tolerierung Vogels zum Nulltarif fast ausschließlich vom „fundamentalökologischen" Flügel der GRÜNEN zu erwarten sein würde. Dieser Flügel steht, soweit er überhaupt politikfähig ist und nicht einfach nur Heilslehren verkündet, in wichtigen Fragen r e c h t s vom linken Teil der SPD und der Gewerkschaften. Entsprechend würde er sich durch seine Kritik am Verhalten der GRÜNEN gegenüber der SPD selbst diskreditieren und es noch ein bißchen schwerer machen, politisch sinnvoll gegen den Trend zu argumentieren. Vielleicht wäre angesichts des objektiven Drucks und angesichts der voraussichtlichen Entscheidung der GRÜNEN für Vogel schon viel erreicht, wenn es im Fall der Fälle wenigstens nicht zu einer a b s o l u t bedingungslosen Wahl Vogels durch die grünen Abgeordneten käme, sondern z u m i n d e s t eine eindeutige Verbindung zum „Nachrüstungsbeschluß" hergestellt würde. Das könnte ungefähr so aussehen: Die GRÜNEN erklären ihre Absicht, Vogel zum Kanzler zu wählen, **unter dem Vorbehalt, daß sie von ihm einen unbedingten und vollständigen Verzicht auf die „Nachrüstung" erwarten.** Das wäre sicher ein ziemlich populärer Vorbehalt. Die GRÜNEN müßten dann allerdings auch den Mut und die Konsequenz aufbringen, **Vogel s o f o r t und eindeutig ihre Unterstützung zu entziehen, sobald die erste US-Mittelstreckenrakete in der BRD stationiert wird.** Das heißt, die GRÜNEN müßten dann auch tatsächlich bereit sein, durch öffentlich erklärtes Mißtrauen, Abstimmungsverhalten usw. das Scheitern der Regierung Vogel und Neuwahlen zu erzwingen. Ob das von den GRÜNEN durchgehalten würde ist allerdings sehr fraglich.

Kt., Hamburg

Was ist los in der Hamburger Alternativen Liste?

Knartsch in der Hamburger GAL. Die Diskussion um die Bundestagswahlbeteiligung brachte es an den Tag: Was nahezu neun Monate lang kaum eine Rolle spielte, ist in starkem Maße innerhalb der Alternativen Liste (AL) nach wie vor vorhanden: das starke Mißtrauen in die Entwicklung der Bundes-Grünen Partei und das Festhalten an autonomen alternativen Strukturen.

Bezogen auf die Hamburger GAL sieht die Entwicklung so aus, daß es zunehmend weniger eigene Strukturen und Arbeitszusammenhänge der beiden Organisationen Die Grünen und Alternative Liste gibt. Die erreichte praktische Zusammenarbeit drängt danach, e i n e Organisation GAL in Hamburg und entsprechende demokratische Entscheidungswege zu finden. Wäre dies nur ein Problem für Hamburg, wäre eine Lösung schnell gefunden. Doch da ist noch die Frage des Verhältnisses zur Bundespartei Die Grünen zu klären und dies macht eine Hamburger Entscheidung für viele in der AL erheblich schwerer.

Deutlich hat dies die Diskussion um die Beteiligung der AL an den Bundestagswahlen und die Beurteilung des Wirtschaftssofortprogramms sowie des Sindelfinger Kongresses der Grünen zutage gefördert. Während eine große Mehrheit in der AL andere bündnispolitische Vorstellungen vertritt, als die Bundes-Grünen sie praktizieren (sogenannte „Offene Liste"), und bei der Wertung des Sindelfinger Kongresses und seiner Ergebnisse Skepsis und in Teilen Ablehnung bekundet, vertritt eine Minderheit die Position, die Sindelfinger Beschlüsse als Fortschritt bei der Entwicklung der Grünen Partei zu werten. Darüber ließe sich entlang von Inhalten trefflich streiten, wenn tatsächlich nachvollziehbare politische Positionen da wären. Für die erste Position sind es nicht nur die Grünen-Beschlüsse zur Wirtschaftspolitik, zur Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit „allen" Parteien (CDU,SPD und FDP), die die Distanz ausmachen, sondern auch die vorangegangene grüne Entwicklung etwa in der Position zur Friedenspolitik oder dem praktischen Wirken in der Friedensbewegung und die katastrophale Position zur 'Gewaltfreiheit', wie sie im Bundestagswahlaufruf exemplarisch zum Ausdruck gebracht wird. In allen diesen Bereichen entspricht eine Fülle von grünen Grundpositionen nicht der politischen Praxis der GAL.

Die Gegenposition kommt sowohl aus der Ecke der ehemaligen — nicht ökologisch begründeten — „Fundamentalopposition", für die ein Redner mit Sindelfingen die Durchsetzung linker Positionen und die Anerkennung von Kommunisten bei den Grünen konstatierte, wie auch aus Richtung derjenigen, die schon in AL-Gründungszeiten ihre Abgrenzung von den Grünen weniger inhaltlich und mehr strukturkritisch begründet hatten.

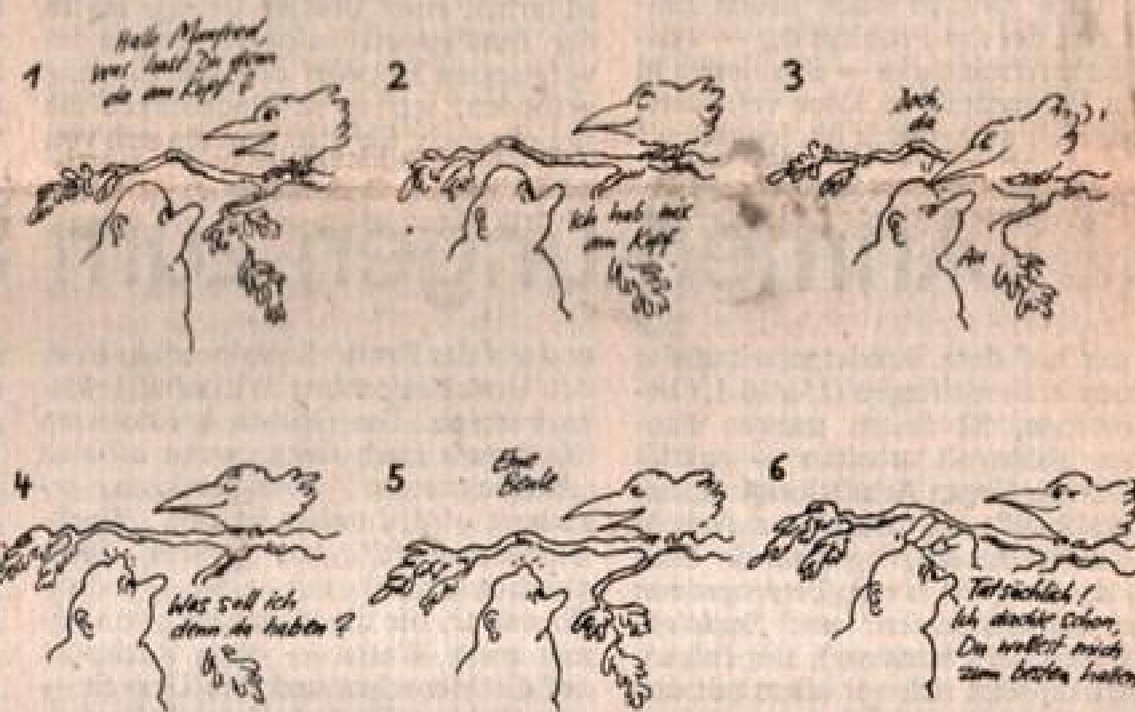
Diese Strömung vermißt in der AL eine stärkere ökologische Orientierung. Falsch ist allerdings die Behauptung, die ein Vertreter dieser Strömung in der Hamburger „taz" aufstellte: daß die Kontroverse an der Frage *„Verbindung von Gewerkschafts- und Ökologiebewegung"* verlaufe in dem Sinne: die einen dafür (die ökologische Strömung), die anderen dagegen *(„die in der Sozial- und Lohnpolitik mit der SPD konkurrierende Linke")*. Diese Behauptung kann nur dann gelten, wenn man, wie der Schreiber in der „taz" vom 27.1., Willi Hoss zum Bezugspunkt einer solchen Verbindung erklärt und alle anderen Überlegungen, damit auch die in der GAL praktizierten, in die sozialdemokratisch orientierte „Sozialpolitik"-Ecke stellt.

Krach bei der Kandidatenaufstellung

Der Konflikt brach allerdings weniger inhaltlich nachvollziehbar offen aus, sondern bei der Kandidatenaufstellung zur Bundestagswahl. Und er konzentrierte sich für einige in der AL auf ein schon fast vergessenes Feindbild: Die „Majorisierung" durch den KB. Angeheizt wurde dies schon vorher von der Hamburger „taz", die aus „gewöhnlich gut informierten Kreisen" erfahren hatte, daß der KB sich den AL Spitzenkandidaten unter den Nagel reißen wollte, was Springers „Welt" am 20.1., nach dessen Nicht-Kandidatur, dann schöpferisch so weiterentwickelte, daß *„der Kommunistische Bund ... seinen Kandidaten ... zurückgezogen"* habe, *„weil sich eine Abstimmungsniederlage anbahnte"*. Da ein KBler so etwas nicht frei entscheidet, war für einige klar, daß auch alles Folgende Manöver des KB waren. Der Versammlung von fast 300 ALern am 22.1. stand auf einmal nur noch ein Kandidat zur Wahl: Mit Heinz Spilker ein Vertreter jener stärker ökologisch orientierten Strömung (die beiden anderen Vorgeschlagenen, Henning Venske und Christian Schmidt, hatten die Kandidatur nicht angenommen). In der folgenden Abstimmung über Spilker gab es eine Reihe von Gegenstimmen und vor allem eine mehrheitliche Enthaltung. Statt dieses Votum nun als Folge des vorher auf zwei AL-Mitgliederversammlungen gelaufenen Streits um die Art der AL-Beteiligung an den Bundestagswahlen und die Wertung grüner Kongreßergebnisse zu interpretieren, war plötzlich der KB schuld. Er habe dieses Ergebnis bewußt herbeigeführt. Heftige antikommunistische Stimmungsmache drohte die AL-MV völlig zum Eklat zu bringen.

F.-K. Waechter

Spaß muß sein!



Angeheizt wurde dies durch Vertreter der Gruppe Z in den Günen, die schon seit einiger Zeit die Chance gekommen sahen, mit dem Anheizen dieser Stimmungsmache dem KB eins auszuwischen. Sie forderten die Alleinvertretung der GAL durch die Grünen. Allein die folgende Bereitschaft zur Kandidatur von Christian Schmidt, die von vielen mit Erleichterung und großer Zustimmung aufgenommen wurde, rettete insofern die Situation, daß der Eklat nicht im totalen Stimmungsclinch endete.

Zugegebenermaßen waren KBler, der Schreiber dieser Zeilen inklusive, selbst daran beteiligt, den stimmungsmäßigen Boden für einige mit vorzubereiten. Ein kurzes Intermezzo im beschriebenen Prozeß gab eine Diskussion im Geschäftsführenden Ausschuß (GA) der AL: Ein Vorschlag von Christian Schmidt, die Tolerierungsfrage auf Bundesebene so anzugehen, daß man — „Hamburger Mehrheitsverhältnisse" im Bund vorausgesetzt — den SPD-Vogel ohne Vorbedingungen an die Regierung bringt, um die SPD über diesen Weg in eine Lage hineinzumanövrieren, daß eine Druckmöglichkeit für Tolerierungsverhandlungen entsteht, erregte in zweierlei Hinsicht die Gemüter: Zum einen blieb dabei offen, wie ein solcher Vorschlag bis zum Sindelfinger Parteitag innerhalb der GAL überhaupt noch verabschiedbar wäre, und ob der GA der AL damit eine Anmaßung von Kompetenzen beging, die ihm nicht zustehen. Zum anderen läuft dieser Vorschlag inhaltlich kaum auf das gewünschte Vorhaben, Herstellung einer Drucksituation für die SPD hinaus, sondern würde eher das Gegenteil bewirken (siehe dazu auch Christian Schmidt in der MOZ 1/83 und die taz vom 4.2.83, Gespräch C.Schmidt und H.Möller über dieses Thema). Da ein großer Teil der beteiligten ALer diesen Fehler sehr schnell einsah, wäre dies daher kaum die nachfolgende Aufregung wert gewesen, wenn nicht „von interessierter Seite" dieser Vorgang in die Hamburger „taz" lanciert worden wäre, die daraus in ihrer Ausgabe vom 14.1. ein Gemisch aus Halb- und Unwahrheiten produzierte. Unter der sensationsheischenden Überschrift *„AL'er in der Tolerierungsfrage für Null-Lösung"* zerschlug sie nicht nur Diskussions-Überlegungen, sondern transportierte gleichzeitig noch Stimmungsmache gegen den Übels-Urheber KB. Nahegelegt werden sollte als Hintergrund der Ausverkauf politischer Positionen, daß diesmal SPD zu wählen sei und alles nur ein Problem der „Demokratisierung der derzeitigen GAL-Strukturen" sei. Da war all das bereits angelegt, was sich auf der AL-MV austobte.

Wenig hilfreich ist es nun, wenn nach der MV ein Vertreter der „Gruppe 'Herzensbildung' (AL + Grüne)" in der „taz" vom 27.1. erstmals für viele nachvollziehbar zwar politische Position bezieht, andererseits aber seine Bilder der Schuldigen für die aktuelle Situation in abgewandelter Weise gegenüber seinem Auftreten auf der MV wiederholt. Schuld ist zwar nicht der KB als alles bewußt steuernder Manipulierer, schuld ist aber „das Büro" (womit eigentlich nach Lage der Dinge nur eine Person gemeint sein kann), der Geschäftsführende Ausschuß der AL und die „Tatsache", daß *„die meisten politischen Repräsentanten"* der AL *„niemals gewählt wurden"* (was schlichtweg nicht stimmt). Dem Verfasser des Artikels ist nicht vorzuwerfen, daß er eine Abneigung gegen die u.a. von KBlern repräsentierten Positionen in der GAL hat. Sein Artikel, der „undogmatisch" auf einen *„pluralistischen Block"* orientiert, riecht aber stark nach gar nicht so undogmatischer Ausgrenzung dieser abgelehnten Position. Statt Verdächtigungen in die Welt zu setzen, wäre eine ernsthafte politische Auseinandersetzung, Erkennbarmachen eigener politischer Positionen und Schlußfolgerungen für die Politik der GAL sinnvoller. Dabei könnte auch selbstkritisches Beurteilen des eigenen Wirkens in der GAL helfen. Neben der notwendigen Weiterentwicklung der inhaltlichen Kontroversen steht auch an, die Frage der Struktur und Demokratisierung in einer GAL ernsthaft und ohne die als überwunden angesehene Ausgrenzungsdiskussion so zu führen, daß in Hamburg eine gemeinsame Organisation GAL gegründet werden kann, die die Besonderheit dieser pluralistischen Organisation berücksichtigt. Und das heißt auch zu erkennen, daß es in der GAL viele gibt, die Ökologie ernst nehmen und trotzdem keine Grünen sind. Dies ist der Kern der Widersprüche im Verhältnis zu den Bundes-Grünen.

Hr.

Grüne Bundesversammlung in Sindelfingen:

Arbeiterpolitik unerwünscht

Die am 15./16. Januar in Sindelfingen abgehaltene Bundesversammlung beschloß ein wirtschaftliches „Sofortprogramm" der Grünen, eine Wahlplattform und traf Regelungen zu Rotationen und Diäten der grünen Bundestagsabgeordneten in spe.

Die Einleitungsrede von Rainer Trampert, im Dezember 1982 in den engeren Bundesvorstand gewählt, wurde mit großem Beifall aufgenommen, insbesondere die Passagen, die sich ausführlich mit der aktuellen Politik der SPD auseinandersetzen. Es war deutlich, daß sich — über alle tiefgehenden Differenzen hinweg — sämtliche Strömungen der Grünen derzeit darin einig sind, daß im Wahlkampf die SPD ihr größter ideologischer Gegner ist.

Umso deutlicher wurden die Widersprüche anläßlich der rund neunstündigen Debatte um das „Sofortprogramm". Vorausgegangen waren im vergangenen Dezember die scharfen Auseinandersetzungen auf der Bundesversammlung in Hagen, wo Bahro einen Frontal-Angriff gegen den damals vorliegenden Entwurf der Bundeswirtschafts-AG vorgetragen hatte. Seiner Meinung nach waren die dort aufgestellten Forderungen und Thesen durchweg sozialdemokratisch, wachstumsorientiert, unökologisch, „sozialstaatlich" (inzwischen ein Schimpfwort bei den Grünen), kurz: nicht-grün.Er forderte dagegen eine Art „ökologisches Manifest", einen neuen Gesellschaftsentwurf, in dem „Ausstieg aus der Industriegesellschaft", „Chancen der Arbeitslosigkeit" u.ä. vorrangig vor sozialen Problemen behandelt werden sollten. In Hagen wurde vereinbart, eine neue Wirtschafts-AG einzurichten, unter ausdrücklicher Beteiligung der „Bremer" (Bahro-Flügel). Für Sindelfingen legte diese Gruppe einen neuen Entwurf vor, der das Problem der — weitgehend unvereinbaren — Positionen in einem Kompromiß zu lösen versuchte, indem die „authentisch ökologischen" Positionen in einem Teil I (Präambel) dargestellt wurden, während sich der tagespolitische Forderungskomplex in Teil II wiederfinden ließ. Der weitgehend unumstrittene Teil III bildete mit „Strategien zur Durchsetzung" den Schluß. Alle Teile waren in sich aber auch von den Gegensätzen geprägt und stellten einen Kompromiß zwischen den beiden Flügeln dar.

Die erste wichtige Entscheidung: Für oder gegen die NRW-Präambel

Von Anfang an war für den Alternativ-Entwurf der Landeswirtschafts-AG NRW zum 3. Absatz der Präambel („Perspektiven grüner Wirtschaftspolitik") als die „ökologischere" Fassung geworben worden. Sie zeichnete sich tatsächlich gegenüber dem Entwurf der Bundeswirtschafts-AG durch eine stärkere Betonung bestimmter Verzichtsmomente („überhöhter Fleischgenuß") aus, allerdings war ein qualitativer Unterschied zwischen beiden Entwürfen kaum auszumachen. Wesentlich fiel ins Auge die Länge des NRW-Entwurfes, die wohl ihre Bedeutung hatte, denn sie solltedie Gewichtung des ideologischen, allgemeinen Teils gegenüber dem konkreten Forderungsteil vergrößern. Jedenfalls stellte die Abstimmung über die Annahme der NRW-Alternative eine erste Machtprobe der beiden Parteiflügel dar — und zwar mit eindeutigem Ausgang: Der NRW-Entwurf ersetzt die ursprüngliche Fassung der Bundeswirtschafts-AG.

Diskussion und Ausgang dieser Debatte sind ein typisches Beispiel für die Art von Kompromissen, die derzeit bei den Grünen üblich sind: Hatten die „ökologischen" Positionen durch die Mitarbeit eines Bremer Delegierten in der Bundeswirtschafts-AG bereits im vorgelegten Entwurf deutlich Eingang gefunden, setzten in Sindelfingen die Bremer nach. Sie distanzierten sich von ihrem eigenen Delegierten und erklärten ihre volle Unterstützung für den NRW-Entwurf.

Die Gretchenfrage des Parteitages: Wie hältst du's mit dem Lohnausgleich?

Auch im Teil II des Wirtschaftsprogramms („Sofortmaßnahmen"), sozusagen der Domäne des linken Flügels, versuchten die „Ökologen" gravierende Änderungen durchzusetzen. Als einer unter vielen wurde der Antrag gestellt, den ursprünglich geforderten Lohnausgleich für untere und mittlere Einkommen (bei 35-Stunden-Woche) auf die unteren zu beschränken. Nach Begründung durch Hasenclever ging der Antrag mit eindeutiger Mehrheit durch. Der sofortige Versuch einiger Linker, den Punkt neu zu diskutieren, schlug fehl. Stunden später wurde ein zweiter Versuch unternommen: Ein Sprecher der Bundeswirtschafts-AG appellierte im Namen der gesamten AG an die Versammlung, die „mittleren" Einkommen wieder mit aufzunehmen. Es ginge ihm gar nicht darum, den Punkt neu zu debattieren, aber hier sei offenbar „der Versammlung ein Irrtum unterlaufen", den man ohne größere Probleme ausräumen könne, indem man den Punkt neu abstimme. Jedem im Saal war klar, daß es sich keineswegs um einen „Irrtum" gehandelt hatte, die Reaktion war entsprechend: Abgelehnt mit klarer Mehrheit, also keine neue Abstimmung zu diesem Punkt.

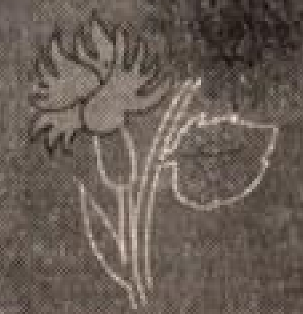
Während im Plenum weiter über die zwei- oder vierjährige Rotation gestritten wurde, sammelten Hamburger Delegierte Unterschriften für die Neubehandlung der Lohnausgleichsfrage. Über 300 Unterschriften überzeugten schließlich die Versammlungsleitung von der Dringlichkeit des Anliegens: Sie ließ eine Rede von Thomas Ebermann zu. Er begründete ausführlich, warum für ihn und die anderen Hamburger Delegierten der gefaßte Beschluß untragbar sei, und daß sie alle — mühsam erkämpften — Sympathien, die die GAL inzwischen auch in Arbeiterkreisen genieße, verlören, wenn es bei dem Lohnausgleich ausschließlich für niedrige Einkommen bliebe. Er wies kritisch auf die Entwicklung der Grünen seit Saarbrücken (1980) hin, wo noch der „volle Lohnausgleich" gefordert worden war, über die Dortmunder Bundesversammlung, die bereits die Reduzierung auf niedrige und mittlere Einkommen beschloß, bis hin zu Sindelfingen, wo nicht einmal dieser Kompromiß akzeptiert würde. Die Möglichkeit eines Bündnisses mit der Arbeiterklasse werde auf diesem Wege völlig verbaut. Ebermann erhielt für seine Rede viel Beifall, und trotz aller Versuche der Gegenseite — so hielt ausgerechnet Willi Hoss als profilierter Gewerkschafter die Gegenrede — konnte sich seine Position durchsetzen. Die Delegierten nahmen mit der gleichen klaren Mehrheit, mit der sie noch wenige Stunden zuvor die „mittleren Einkommen" gestrichen hatten, selbige wieder in die Forderung auf. Offensichtlich ist ein großer Teil der Delegierten — und damit wohl auch der Grünen insgesamt — in seiner Haltung selbst zu grundsätzlichen Fragen nicht festgelegt, sondern stark momentanen Launen und Sympathien unterworfen. Erst in dem Moment, wo die Linken ihre vorsichtige, taktizistische Haltung aufgaben, konnte es ihnen gelingen, den Vorstoß des rechten Flügels zurückzuweisen.

Längere Debatten gab es in Sindelfingen noch zu den Punkten Rotation und Diäten. Die Rotationsfrage wurde mit einem Kompromiß beschlossen: Rotiert wird zwar nach zwei Jahren; allerdings besteht von Seiten der Landesverbände die Möglichkeit, mit 70% Zustimmung einen Abgeordneten nach Ablauf der zwei Jahre weiter im Bundestag zu lassen.

Den Schluß bildete die höchst unerfreuliche Abstimmung über einen Wahlaufruf. Es gab drei Vorlagen: Einen recht langen Entwurf von Bahro, eine Kurzfassung von der Bundesvorsitzenden Manon-Griesbach und einen alternativen Kurzaufruf des KV Göttingen, der im Gegensatz zu den beiden anderen sehr konkret auf die derzeitige Lage, den Regierungswechsel usw. einging. Obwohl nur noch etwa 260 (von über 700) Delegierten anwesend waren (ganze Landesverbände wie Hamburg, NRW waren schon abgereist), wurde der Manon-Griesbach-Entwurf verabschiedet. Zwar wurden die schlimmsten Stellen noch etwas hingebogen. So hieß z.B. eine Forderung: „Keine Produktion und Stationierung von NATO-Mittelstreckenraketen und Abschaffung der Warschauer-Pakt-Mittelstreckenraketen", was exakt der Reaganschen „Null-Lösung" entspricht (peinlich, peinlich!). Aber auch die Endfassung ist so wenig überzeugend, daß z.B. Grüne und AL Hamburg beschlossen haben, den Aufruf nicht für ihren Wahlkampf zu verwenden.

KB/Gruppe Nürnberg

Sinnvoll arbeiten-
solidarisch leben



DIE GRÜNEN

Anmerkungen zum Sofortprogramm der Grünen

Bei der auf dem Bundesparteitag der Grünen in Sindelfingen (15./16.1.) beschlossenen, 32 Seiten starken Broschüre „Sinnvoll arbeiten — solidarisch leben. Gegen Arbeitslosigkeit und Sozialabbau" „*... handelt es sich nicht um das Wirtschaftsprogramm der Grünen, sondern um ein Sofortprogramm gegen Arbeitslosigkeit und Sozialabbau*" (aus der Einleitung). Der folgende Artikel setzt sich vor allem mit den in der Präambel zusammengefaßten „*grundsätzlichen politischen Positionen ..., wie sie bei den Grünen diskutiert werden*" (Einleitung), auseinander. Aus dem zweiten Teil (Sofortmaßnahmen; untergliedert in die Abschnitte Arbeitsumverteilung, Ökologische und soziale Investitionen, Betriebliche Produktionsumstellungen, Alternative Projekte und Selbstorganisation der Arbeitslosen, Sicherung der Sozialeinkommen, Jugendarbeitslosigkeit und Bildung, Finanzierung) wird nur auf den Abschnitt „Alternative Projekte" gesondert eingegangen: Dieser Teil ist ebenfalls sehr grundsätzlich abgefaßt und gibt Einblicke in die grünen Ideale einer „neuen sozial und ökologisch verantwortlichen Gesellschaft". Ganz vernachlässigt wird hier der Teil 3 — „Strategie zur politischen Durchsetzung" —, der wenig Bemerkenswertes enthält; abgesehen von einer naiven Überschätzung parlamentarischer Möglichkeiten, wie die sich in der Formulierung ausdrückt, der grüne „Konkurrenzdruck" auf die „etablierten Parteien" führe dazu, daß **„neue Ideen und Initiativen bei Gesetzen und Haushalten auch ohne Koalitionsbeteiligung und Mehrheiten durchgesetzt werden"** könnten.

„Wachstum" — Ursache allen Übels

Während das Saarbrücker Bundesprogramm der Grünen noch „qualitatives" und „soziales" Wachstum forderte, wird der Begriff „Wachstum" inzwischen ausschließlich als Schimpfwort gebraucht. Genau definiert ist er nirgendwo, auch nicht im Sindelfinger Sofortprogramm. Er wird auch nicht im Sinne der „fünf Weisen" oder sonstiger bürgerlicher Wirtschaftswissenschaftler verstanden und auf das Brutto-Sozialprodukt bzw. den Umsatz einzelner Wirtschaftszweige bezogen. Die Grünen konstatieren Wachstum auch dann, wenn offiziell „Nullwachstum" oder Rückgang errechnet wird. In etwa ist eine „Wachstumwirtschaft" aus grüner Sicht gleichbedeutend mit einer Produktionsweise, die die Herstellung von immer mehr Waren — ohne Rücksicht auf die Menschen und ihre Umwelt — zum Ziel hat. Die naheliegende Vermutung, „Wachstumswirtschaft" sei eine Umschreibung des — für den modernen Ökologen zu vorbelasteten oder zu altmodischen — marxistischen Begriffs Kapitalismus, ist allerdings nicht zutreffend. Nicht nur, daß die Grünen den „zentralistisch-bürokratischen Wirtschaften des Ostens" (S. 4) die gleichen Antriebe unterstellen wie den kapitalistischen, eine „ökologische und soziale Wirtschaft" (S. 6) ist für sie nur ohne Wachstum vorstellbar. Denn die Ursache für sauren Regen, für Verseuchung der Meere, die „Krise der zwischenmenschlichen Beziehungen" (S. 4), die Perspektivlosigkeit der Jugend, die drängender werdende „Frage nach dem Sinn des Lebens" (S. 4), die „weltweite Politik-Krise" (S. 3) und viele andere Krisen und Bedrückungen des modernen Menschen — ist das Wachstum.

Religiös-Weltanschauliches

Ähnlich nebulös bleibt das Prinzip der angestrebten ökologischen Wirtschaftweise, die „*sich vom industriellen Wachstum als wirtschaftlichem Leitwerk ab(wendet)*" (S. 6): „*Eine ökologische Wirtschaftsweise erkennt gesellschaftlichen Reichtum darin, die Natur als Lebenselement der Menschen zu erhalten und wiederzugewinnen*" (S. 6). Wie schräg das bei den Grünen vorherrschende Naturverständnis ist, wurde in AK 229 hinlänglich gezeigt („Das grüne Gebot", S. 37) und soll hier nicht wiederholt werden. Daß — wie in so vielen grünen Proklamationen — auch im Sofortprogramm gegen Arbeitslosigkeit und Sozialabbau wieder von „Partnerschaft mit der Natur" (S. 6), „Natur als Lebenselement" u. ä. die Rede ist, wenn es schlicht um Umweltschutz geht, trägt in erster Linie dem in dieser Partei verbreiteten Bedürfnis nach spezieller grüner Ethik und Religion Rechnung. Was im Anschluß an den oben zitierten, im Sofortprogramm fettgedruckten Lehrsatz zum Thema „gesellschaftlicher Reichtum" folgt, ist auch nicht viel konkreter: „*In einer ökologischen Gesellschaft sind die Wirtschaftsweise, der Lebensstil und die Konsumgewohnheiten geprägt von Rücksicht auf Umwelt und Gesundheit, von Ehrfurcht vor dem Leben der Pflanzen und Tiere.*" (...) „ ... *An die Stelle standardisierten Konsums wird eine Qualität des menschlichen Lebens treten, die sich in freier Zeit und selbstbestimmter Tätigkeit entfaltet. Wir Grünen begrüßen alle Ansätze, die einen solchen neuen Lebensstil praktizieren helfen*" (S. 6). Die Formulierung aus der ursprünglichen, vom Landesverband NRW beantragten Fassung, daß zum alten auf „Ersatzbefriedigung" (S. 6) basierenden Lebensstil auch „überhöhter Fleischgenuß" gehöre, wurde gestrichen. Aber auch in dieser entschärften Variante wird der „Ersatzbefriedigung" Konsum der Kampf angesagt — in einer Zeit sinkender Realeinkommen — und darauf gehofft, die Grünen könnten durch beispielhaft praktizierten „neuen Lebensstil" nach und nach die Mehrheit der Bevölkerung gewinnen.

Zuviel Produktion

Aus der vom Hagener Parteitag beschlossenen kurzen wirtschaftspolitischen Erklärung (vergl. AK 228, S. 22) ist — leicht abgewandelt — eine Passage übernommen worden, die schon damals wegen ihrer beliebigen Interpretierbarkeit Gegenstand von allerhand Erörterungen gewesen war: „*Die Grünen sind überzeugt, daß es in der Bundesrepublik Deutschland genauso wie in den anderen Industrienationen nicht zu wenig industrielle Produktion gibt, sondern zuviel: zuviel rohstoff- und energieverbrauchende Massenproduktionen, zuviel Schadstoffproduktion, zuviel Kunststoff und Beton und viel zu viel das Leben im Ganzen ruinierende Rüstungs- und Atomproduktion*" (S. 3). Die von linken Grünen nach dem Hagener Parteitag vorgetragene Argumentation, diese Passage sei weder unklar noch kritikwürdig, da das „Zuviel" an Produktion nach dem Doppelpunkt ja konkretisiert werde, ist auf Grundlage des in Sindelfingen verabschiedeten Gesamttextes nicht mehr haltbar. Zusätzlich zu allgemein gehaltenen Zielen wie „Abkehr von der Großindustrie" oder Produktion in „überschaubaren dezentralen Einheiten" enthält das Sofortprogramm im Abschnitt „Betriebliche Produktionsumstellungen" konkrete Angaben über die aus grüner Sicht zu demontierenden Industrien: „*Die Kritik der Grünen an dem, was produziert wird, geht aber über die Kriegsproduktion weit hinaus. Wir wenden uns gegen den anhaltenden staatlich subventionierten Aufbau von Überkapazitäten wie im Bereich der Stahl- und Schiffbauindustrie*" (S. 21). Die klägliche Rolle, die die Grünen in NRW am Rande der Kämpfe der Dortmunder Stahlarbeiter spielten, ist damit zum Programm erhoben: statt Unterstützung der Arbeiter neunmalkluge Belehrungen über „künstliche Überkapazitäten" und zeitlos richtige Ausführungen zu den Möglichkeiten der Produktionsumstellung. Als Thomas Ebermann wenige Tage vor der Hamburger Bürgerschaftsneuwahl zusammen mit Dohnanyi und Kiep vor 2.500 um ihre Arbeitsplätze besorgten HDW-Kollegen auftrat, hat er selbstverständlich auch auf die Notwendigkeit von Produktionsumstellungen hingewiesen. **Was ihm und der GAL aber vor allem Sympathien einbrachte und den einen oder anderen Kollegen darüber hat nachdenken lassen, ob die Arbeiterinteressen wirklich bei der Sozialdemokratie am besten aufgehoben sind, war seine eindeutige Forderung nach erheblichen staatlichen Subventionen zum Erhalt des Schiffsneubaus. Eine Rede auf der Linie „gegen staatlich subventionierte Überkapazitäten" hätte er dagegen wohl kaum zu Ende führen können.** Es muß davon ausgegangen werden, daß die überwiegende Mehrheit der Grünen mit einer solchen Politik, die nicht nur in allgemeinen Floskeln die Gemeinsamkeiten von Ökologie- und Arbeiterbewegung beschwört, sondern die die konkreten — und im einzelnen vielleicht „unökologischen" — Interessen der Arbeiter aufgreift und unterstützt, nichts im Sinn hat. Darüber können auch Formulierungen nicht hinwegtäuschen, daß „*nicht von heute auf morgen jede schädliche und überflüssige Produktion eingestellt werden*" könne (S. 21).

Das Ökodorf als „Keimzelle der neuen Gesellschaft"

Zum Thema „alternative Projekte" (Abschnit II, 4, S. 22 bis 24) ist es den Linken lediglich gelungen, einige kritische Anmerkungen unterzubringen, die die „begrenzten Existenz- und Entwicklungsmöglichkeiten" dieser Projekte zum Gegenstand haben. Nach diesen einschränkenden Vorreden folgt Bahroismus total. „*Um die Existenz- und Arbeits- und Entwicklungsbedingungen von alternativen und Selbsthilfegruppen zu fördern*", treten die Grünen ein für den „*Aufbau ganzheitlicher Gemeinschaftsprojekte, die alle Lebenszusammenhänge umfassen. Die Überwindung der entfremdenden Trennung von Theorie und Praxis, von Kopf- und Handarbeit, von Wohnen und Arbeiten, von Arbeitszeit und Freizeit, kann letztlich nur in Gemeinschaften gelingen, in denen sich ganzheitliche Lebensbezüge herstellen lassen*". Durch „*Selbstversorgung*" könne „*ein Höchstmaß an Unabhängigkeit von herkömmlichen, fremdbestimmten Wirtschafts- und Gesellschaftssystemen*" erreicht werden. Diese „ganzheitlichen Großgemeinschaften" (...) „*sollen somit zu Keimzellen einer neuen sozial und ökologisch verantwortlichen Gesellschaft werden. Die Grünen fördern daher alle Bemühungen, die darauf gerichtet sind, ein erstes, in dieser Weise integriertes Ökodorf in der Bundesrepublik zu errichten*".

„Partnerschaft mit der Dritten Welt"

Ausgangspunkt grüner „alternativer Dritte-Welt-Politik" (Präambel, Abschnitt 4, S. 8 bis 10) ist die Erkenntnis, daß der relative Wohlstand in den Industrieländern auf der Ausbeutung der Dritten Welt beruht. Eine Reihe von Begleiterscheinungen dieses von den Imperialisten beschönigend „internationale Arbeitsteilung" genannten Ausbeutungsverhältnisses werden im Sofortprogramm gebrandmarkt: in der Dritten Welt Hunger und Armut, Auslandsverschuldung, Umweltzerstörung, von den Industriestaaten im Amt gehaltene parasitäre Machteliten. Das

Fortsetzung nächste Seite

Abgeordnetenstreik gegen „dogmatische Spießbürger"

Holger Heimann, grüner Landtagsabgeordneter in Baden-Württemberg und neben Hasenclever, Kretschmann und Marie-Luise Beck-Oberdorf einer der prominentesten Befürworter einer Koalition mit der SPD, hat erheblichen Ärger mit seiner Basis, dem Heidelberger Kreisverband der Grünen. Als erster grüner Mandatsträger in der Geschichte ist er in den „Abgeordnetenstreik" getreten. Dieser Streik bezieht sich nicht auf seine Parlamentstätigkeit; er bestreikt die Mitgliederversammlungen seines Kreisverbandes und weigert sich, weiter im Namen der Heidelberger Grünen zu sprechen, auch die Diäten führt er nicht mehr ab. Wie die Dinge liegen, scheinen die allerdings auch keinen Wert mehr darauf zu legen. Denn bei den Heidelberger Grünen herrschen „*Packeisklima*", der „*unfreiheitliche Geist des versammelten dogmatischen Spießbürgertums*" und die „*Lust am Chaotisieren*" (Zitate — wie alle weiteren — aus dem Rundschreiben von Heimann an die Heidelberger Grünen, dokumentiert in der „Heidelberger Rundschau" Nr. 1/83). Der gesamte grüne Landesverband in Baden-Württemberg ist nach Ansicht von Heimann geprägt von „Doppelmoral" und „Selbstkasteiung" der Funktionäre, die einer Basis nach dem Munde reden, welche mittels Rotationsprinzip, imperativen Mandats und Begrenzung der Abgeordnetendiäten dabei ist, „*mit deutscher Gründlichkeit die Basisdemokratie zu höheren Formen der Basisbürokratie zu entwickeln*". Statt die Zeit mit solchen Nebensächlichkeiten zu vergeuden, sollten lieber eindeutige Beschlüsse zu der Frage, die dem Gemetzel zugrundeliegt, gefaßt werden: der Frage der politischen Strategie der Grünen und insbesondere ihres Verhältnisses zur Sozialdemokratie. Bisher seien dazu nur faule Kompromisse beschlossen worden, in Hamburg ebenso wie in Hessen und auf dem Hagener Bundesparteitag der Grünen. Mit Blick auf die Hamburger Gespräche zwischen GAL und SPD schreibt Heimann: „*Die institutionalisierte Unfähigkeit zur Realpolitik* (d.h. in diesem Fall die Verhandlungsführung durch die GAL; Anm. AK) *ist sinnlos, sofern sie nicht Teil einer Dialektik der Revolution sein soll*" — womit er nicht ganz falsch liegt. Da er selbst aber „keine revolutionäre Situation in unserer Republik" sieht und zudem befürchtet, in einer „Revolution der Kleinbürger und Fundamentalisten" an einem Laternenpfahl zu enden, fordert er die Hinwendung zur „Realpoltik". In einem Ultimatum hat er den Heidelberger Grünen seine Streikforderungen genannt: „*Bedingung für eine Schlichtung ist der Einstieg der Heidelberger Grünen in die Realpolitik und die Beendigung der rigoristischen, von Sachkenntnis unberührten, arroganten Antiparlamentarismusdebatte* (Rotation, Diäten usw.). *Voraussetzung zur Schlichtung ist weiter, daß die Heidelberger Grünen in ihre Satzung aufnehmen: Mandatsträger des Heidelberger Kreisverbandes sollen zur Durchsetzung grüner Ziele eine Regierungsbeteiligung anstreben. Für Mandatsträger des Heidelberger Kreisverbandes gilt das Abgeordnetengesetz* (die Sache mit der „Gewissensfreiheit" usw.; Anm. AK). *Mandatsträger können gemäß den allgemein gültigen demokratischen Gepflogenheiten* (d.h. nach vier bzw. fünf Jahren; Anm. AK) *wiedergewählt oder abgewählt werden*".

In einer Resolution zum 11.12.82 hatte Heimann noch deutlicher formuliert: „*Gegenüber den Supermachtsinteressen braucht die BRD eine starke Regierung. Die BRD riskiert, ein Vasallenstaat der westlichen Supermacht zu werden. Nur wenn die Friedensbewegung in einer zukünftigen Regierung vertreten ist, besteht die Chance für eine wahrhafte Friedenspolitik und damit auch die Chance für eine neue, unabhängige Deutschland- und Europapolitik. Besser Gerd Bastian als Verteidigungsminister als ein grüner Hinterbänkler, der Apel toleriert*" (aus Grüner Rundbrief, Dez.82). Bereits im November hat Heimann öffentlich auf einer Veranstaltung dem Staat das Gewaltmonopol zuerkannt. In Stuttgart wies er Startbahngegner, die ein DPA-Büro besetzt hatten, zurecht, weil derartige „Gewalttätigkeiten" nur der grünen Idee schadeten. Ob das wohl als Voraussetzung für den Ministerposten ausreicht? Nicht unter dem Motto „Träumerei von der großen Macht" sondern unter dem Stichwort „Realpolitik" soll das verkauft werden.

Liberale Demokraten — nur eine bessere FDP?

Die Entwicklung der FDP von der Wende in Bonn bis zur Gründung der Liberalen Demokraten war für die linken Jungdemokraten ein Weg voller Enttäuschungen. Die Neugründung als „bessere FDP" und mit dem zum Teil ziemlich selbstherrlichen Anspruch der Kandidatur zu den Bundestagswahlen stößt bei vielen von ihnen auf Kritik. Die weitere Perspektive der Jungdemokraten als unabhängiger Jugendverband ist noch weitgehend offen.

Angespornt von den heftigen Auseinandersetzungen um den Koalitionswechsel innerhalb der FDP waren die Jungdemokraten eine vorantreibende Kraft bei der Gründung von Liberalen Vereinigungen und Karl-Hermann-Flach-Arbeitskreisen. Nach einem früheren Beschluß der Judos sollte die Trennung von der FDP vollzogen werden, wenn diese eine Koalition mit der CDU/CSU eingehen würde. Dies wurde nun konsequent in die Tat umgesetzt. Es bestand die Hoffnung, angesichts der Polarisierung der Meinungen nun eine neue Organisation mit basisdemokratischen Strukturen und einem klaren fortschrittlichen Programm bilden zu können. Wichtiges Anliegen war der endgültige Bruch mit Karrieredenken und der berüchtigten „liberalen" Wankelmütigkeit.

So wurden z.B. im Grundsatzpapier des Bremer Karl-Hermann-Flach-

des Bremer Karl-Hermann-Flach-

Arbeitskreises basisdemokratische Strukturen und Rotationsprinzip für Funktionsträger festgelegt. Inhaltlich wurde von den Judos das Freiburger Programm als Minimalkonsens vorausgesetzt, das, abgesehen vom Wirtschaftsteil, in den Fragen Rechtsstaat und Umwelt sehr weitgehende Forderungen enthält, z.B. das Verursacherprinzip bei Umweltschäden. Weiter wurde vom Arbeitskreis festgelegt: „*Für selbstbestimmte Arbeit auch während der wirtschaftlichen Krise, für Menschwürde am Arbeitsplatz, für einen wirklich freiheitlichen Rechtsstaat, für die Sicherung der Ökologie in der Ökonomie und für die Sicherung des Friedens bei intensiver Abrüstung*".

Die Perspektive einer neuen Organisation war dennoch auch innerhalb der Judos umstritten. Während die Linken darauf abzielten, daß sich ein neuer Verband in ein Bündnis mit Alternativen, Demokratischen Sozialisten und evt. Grünen einbringt, setzte sich als Beschluß durch, erstmal die Gründung der Liberalen Demokraten in Bochum abzuwarten und sich vorher nicht festzulegen. Der weitere Gang der Dinge verlief nicht nur zögerlich und mit zuviel Schielen auf die Entscheidungen der prominenten FDP-Linken, sondern auch ohne inhaltlichen Klärungsprozeß. Die ehemalige Bremer Judo-Vorsitzende Dorothea Hasbargen-Wilke (1969 in die FDP eingetreten, ausgetreten bei Verabschiedung der restriktiven Sozialgesetze im Dezember 1981) formuliert ihre Kritik folgendermaßen: „*Für undenkbar habe ich gehalten, daß man etwa neugründen könne,* o h n e *vorher über die inhaltliche Ausrichtung sich im Klaren zu sein oder etwa zu diskutieren, welchen Stellenwert — insbesondere bündnispolitisch — die Liberalen Demokraten im bundesdeutschen Parteienspektrum hätten; den Jublern in Bochum genügte das Motto ‚Kampf der FDP', zumindest auf Bundesebene; im kommunalen Bereich, hörte man von einigen Wisperern, könne man ja mit der FDP durchaus Listenverbindungen eingehen, denn ‚die Leute kenne ich ja schließlich . . .'.*

Ja, dieses bei Jungdemokraten vorher Undenkbare w a r *da eben so, und als einige Jungdemokraten sich mit der Forderung, Inhalte zu diskutieren, unbeliebt machten, antwortete man ihnen: ‚Nun laßt uns erstmal gründen, dann diskutieren wir'; das bedeutete also klar: man gründete die neue Partei mit all den Konservativen, die ‚Art&Weise'-Kritiker sind, mit den Karrieregeilen, für die moderat formulierte Inhalte unerläßlich sind; oder es wurden die Jungdemokraten verwiesen auf ‚das Papier in der grünen Mappe, da steht ja alles drin'. Natürlich undiskutiert. Das war der Einstieg in die lauthals geforderte Basisdemokratie.*

‚Das Papier': 3 1/3 Seiten an ‚Programmatik' zusammengestoppelt: eine klare Absage an jene, die gedacht hatten, es würde auf ‚linker' FDP-Grundlage diskutiert. Aber es ließen sich einige ‚Knackpunkte' aus den Freiburger Thesen und den ‚links' als Erfolg gefeierten Nachfolgepapieren in dem Gründungspapier durchaus nicht wiederfinden. So ist zwar z.B. der Satz ‚Wir lehnen in jedem Fall die Stationierung neuer Mittelstreckenraketen in unserem Land ab' zu finden, aber weiter geht es mit ‚Neue Kernwaffenträger sind entbehrlich; sollten sie aber gleichwohl angeschafft werden, sind sie auf See zu stationieren'; andere Aussagen könnten so auch bei der CDU stehen. Die sogar bei der FDP recht unstrittigen Punkte Datenschutz und Abschaffung der sog. Anti-Terror-Gesetze werden der Einfachheit halber erst gar nicht erwähnt. Das im Freiburger Programm festgeschriebene Verursacherprinzip für Umweltschäden fiel unter den Tisch. Aus der Atomenergie soll vielleicht später mal und wenn man 'n Ersatzenergieträger hat unter Umständen so peu à peu mal 'n bißchen ausgestiegen werden. Zum Sozialabbau wird gleich gar nichts gesagt (ist für die Damen & Herren Akademiker & Selbständige & Beamte ja auch kein Problem). Und so weiter; es ist kein Wunder, daß sich unter dem Papier viele von denen versammelten, mit denen die Jungdemokraten schon bei der FDP immer Ärger hatten."

Und angesichts der Erfahrungen mit

Und angesichts der Erfahrungen mit

der Rechtskoalition in Bonn schreibt sie weiter: „*Von daher scheint für alle klarköpfigen Linken und ‚Linken'* e i n e *Strategie die offensichtlich richtige zu sein:* D a s *bundesweit zu schaffen, was einige für hoffnungsträchtige Monate ‚Hamburger Verhältnisse' hieß. Und unzweifelhaft gibt es nur eines, was Liberale Demokraten sinnvoll tun könnten: Die Stimmen, die sie aus der FDP rausbrechen, in ein Bündnis einzubringen, das die neue ‚dritte Kraft' auf Bundesebene wird. Denn meiner Einschätzung nach gibt es viele Wähler, die natürlich nicht CDU, also auch nicht FDP, aber wegen der genannten Gründe kaum oder nur mit Unbehagen SPD wählen werden und noch zögern, ihr Kreuzchen bei den Grün/Alternativen zu machen; unfreiwillige Vielleicht-diesmal-nicht-Wähler sozusagen, denen man, mit einem genuin liberalen Block innerhalb des alternativen/grünen Spektrums einen Ausweg böte, vielleicht sogar eine Chance für Engagement ... so könnte man diese Stimmen sinnvoll gegen Genscherstraußkohl und Vogel einsetzen.*

Dazu gehört aber neben den akzeptablen Inhalten auch die Bereitschaft, sich in ein solches Bündnis einzubringen. Die Stimmung in Bochum war jedoch getragen von hemmungsloser Selbstüberschätzung: man träte jetzt das FDP-Erbe an; 5%-Hürde? kein Hindernis für eine so tolle Truppe — und schließlich schafften es die Grünen ja auch überall, warum also nicht die Liberalen Demokraten?

Die so argumentieren, übersehen freilich, daß sich die Grünen auf eine breitere Basis in der Bevölkerung stützen können; daß sie für aktuelle Probleme sensibilisieren und daß die Menschen, die dort mitarbeiten, von ihren Anliegen wirklich überzeugt sind (zumeist; es gibt ja auch innerhalb der Grünen ganz schöne Unterschiede). Daß die Liberalen Demokraten meinen, sie könnten es damit aufnehmen, zeugt von gefährlicher Arroganz und weil so wenig dahintersteckt, ist sie noch schwerer erträglich als die Arroganz der Grünen, die nicht allerorts in Erwägung ziehen mögen, die Alternativbewegung oder Teile der Friedensbewegung zu integrieren, wenn sie dafür selbst ein Zugeständnischen machen müßten. Gefährlich nenne ich die Liberalen Demokraten, weil die 0,5%, die sie ahnungslosen evt. Grün- oder — wer weiß — Grün/Alternativ-Wählern abjagen könnten, vielleicht gerade d i e *0,5% sind, die für die ‚Hamburger Verhältnisse' fehlen*".

Für Bremen selbst ist die Neugründung der Liberalen Demokraten sehr flau verlaufen: Ganze 7 Mitglieder traten ein, von den Judos niemand — kaum genug, um einen ordentlichen Vorstand zu bilden. Das Gerücht einer Eigenkandidatur zu den im Herbst 83 anstehenden Bremer Bürgerschaftswahlen beruht jedenfalls n i c h t auf einem basisdemokratischen Beschluß.

Am Rande des Wahlkampfs

Unter dem Titel „Wahlbündnis revolutionärer Sozialisten" treten die KPD/ML und der BWK (KBW-Abspaltung) zur Bundestagswahl an. Da die herrschenden Gesetze ein solches Wahlbündnis nicht zulassen, kandidieren beide Gruppen jeweils nur in bestimmten Bundesländern, und zwar mit offenen Listen, auf denen auch Mitglieder des Partners plaziert worden sind. Der Wahlkampf wird in der Hauptsache „gegen die Reaktion" und gegen die CDU/CSU geführt.

Die MLPD (vormals KABD) hatte anfangs mit KPD/ML und BWK über eine Beteiligung am Wahlbündnis verhandelt, aber den Rahmen letztlich doch als zu eng und sektiererisch befunden. Anschließend stampfte sie mit schwieliger Faust in Rekordtempo örtliche „Initiativen für eine Vereinigte Arbeiterlinke" (VAL) aus dem Boden. Offen gelassen wurde zunächst die Frage, ob die VAL zur Bundestagswahl antreten wurde oder ob sie nur der Belebung der MLPD-Massenpolitik dienen sollte. Am 2.1. fand in Dortmund ein erstes Bundestreffen der VAL statt, zu dem nach offiziellen Angaben 74 „Kolleginnen und Kollegen" aus 26 Städten und Initiativen erschienen. Dort war man sich einig, daß „*die Bewegung bis heute nicht die Breite erlangt*" habe, um sinnvoll an der Bundestagswahl teilzunehmen. Offen blieb bei diesem Treffen aber eine endgültige Wahlaussage der VAL, über die laut Beschluß erst auf einem Delegiertenkongreß der VAL im Februar entschieden werden soll. Angedeutet würde auf dem Treffen am 2.1. eine mögliche kritische Unterstützung der Grünen, falls diese „*keine arbeiterfeindlichen Forderungen vertreten werden*".

Die MLPD als guter Geist der in der VAL zusammengeschlossenen breiten Massen mochte jedoch den entscheidenden VAL-Kongreß im Februar nicht mehr abwarten: **„Für aktiven Wahlboykott!"**, platzte sie in ihrer Parteizeitung „Rote Fahne" (29.1.) vorlaut heraus. Damit ist die MLPD wieder glücklich bei d e r Haltung angelangt, die der KABD seit seinen Anfängen konsequent durchgehalten hatte und die die MLPD eigentlich schon selbst als Kinderei erkannt zu haben schien. Was die MLPD-Zentrale zur öffentlichen Bekanntgabe ihrer Direktive noch vor dem VAL-Kongreß bewogen hat, ist freilich wohl nicht die Angst vor pro-grünen Sympathien unter ihren Schäfchen. Befürchtet wird vielmehr — wie in der „Roten Fahne" offen ausgesprochen wird — daß KPD/ML und BWK auf dem VAL-Kongreß versuchen könnten, eine Wahlaussage zugunsten ihres Bündnisses zu erreichen. Das will die MLPD-Zentrale keinesfalls dulden „*weil dadurch die hoffnungsvollen Keime für eine breite Aktionseinheit zerstört würden*".

Die trotzkistische GIM ruft wie üblich zur Wahl der SPD auf: „*Wegen ihrer unklaren Haltung zur Arbeiterbewegung halten wir es nicht für vertretbar, am 6. März zur Wahl der Grünen aufzurufen*" („was tun", 27.1.). Daraus folgt logisch: Wegen der klaren Haltung der SPD zur Arbeiterbewegung, hält die GIM einen Wahlaufruf zugunsten der SPD für vertretbar.

Richtig nachgedacht haben die führenden GIM-Köpfe über ihren Wahlaufruf aber wohl doch nicht. Denn sie selbst gehen davon aus, daß die SPD a l l e i n nicht die absolute Mehrheit erhalten wird. Die SPD wäre, wie die GIM zugibt, auf Unterstützung der Grünen angewiesen, um eine regierungsfähige Mehrheit zusammenzubekommen. Die Kalkulation kann aber überhaupt nur aufgehen, wenn die Grünen tatsächlich im Bundestag vertreten sind. Das jedoch ist alles andere als schon gesichert. Das heißt, auch aus der Perspektive der GIM, die die Parole **„Für eine SPD-Regierung"** in den Mittelpunkt ihrer Wahlaktivitäten stellt, wäre es eigentlich vernünftig, zur Wahl der Grünen aufzurufen und zu mobilisieren, weil nur so der Wunschtraum der GIM (Vogel als Bundeskanzler) vielleicht in Erfüllung gehen könnte.

Forts. von vorhergehender Seite

grüne Rezept für ein partnerschaftliches Verhältnis von Industriestaaten und Dritter Welt sieht so aus: In den Industrieländern muß „*eine entschlossene Besinnung auf heimischen Bedarf und eigene Ressourcen*" stattfinden; das „*verringert die Notwendigkeit von Importen aus der Dritten Welt und richtet sich gegen die Macht multinationaler Konzerne*". (...) „*Unsere binnenwirtschaftliche Orientierung ist Grundlage für solidarische Austauschverhältnisse mit den wirtschaftlich schwachen Ländern der Dritten Welt*". Profitieren würden beide Seiten. Die Menschen in den Industrieländern: „*Der Verzicht auf den Arbeitsplatzexport und die Ausbeutung billigster Arbeitskraft in der Dritten Welt wird in erheblichem Maße zur Schaffung bzw. Sicherung von Arbeitsplätzen in der Bundesrepublik beitragen*". Und die Dritte-Welt-Länder könnten sich an eine „grundlegende Landreform" heranmachen, die „*gegen lokale Eliten und Großgrundbesitzer sowie gegen die ökologisch und sozial parasitäre Plantagen- und Viehwirtschaft von Agrobusiness und Multis*" (...) „*kleinbäuerliche Subsistenzwirtschaft und Agrarkooperativen stärken*" müßte. Die den Ländern der Dritten Welt von den Grünen empfohlenen Technologien sollen „arbeitsintensiv" sein, „wenig Fixkosten bringen" und „kontrollierbar durch die unmittelbaren Produzenten" sein (**„keine Abhängigkeit von Ersatzteilimport und fremden Experten"**).

Die „Partnerschaft mit der Dritten Welt" ist sicher herzensgut gemeint. Unter der Hand gerät sie aber zur unverschämtesten Bevormundung. So etwa, wenn es im „Sofortprogramm" bezogen auf die Länder der Dritten Welt heißt: „ ... **Im Sinne einer konsequenten Strategie der Grundbedürfnisse ist der entwicklungspolitische Schwerpunkt nicht auf Industrialisierung bzw. Exportförderung zu legen, sondern auf Erhöhung des Selbstversorgungsgrades**" (S. 9). Das hat den Völkern der Dritten Welt sicher noch gefehlt, daß nicht bloß imperialistische Politiker, sondern auch noch die guten, weil grünen Menschen der kapitalistischen Großmächte am besten wissen, was der Dritten Welt not tut. Derartige Vorschriften überhaupt zum Programmpunkt einer d e u t s c h e n Partei zu machen, ist ein Wahnwitz, der nur vor dem Hintergrund von mehreren Jahrhunderten Kolonialismus zu begreifen ist. Wer hätte je davon gehört, daß eine Befreiungsbewegung in Nikaragua oder Simbabwe in ihrem Programm Vorschriften für die Wirtschaftsform in der BRD erteilt?! Im übrigen wird man wohl fragen müssen, wieso Industrialisierung und Erhöhung des Selbstversorgungsgrades eigentlich Gegensätze sein müssen?! Steht dahinter nicht vielleicht auch eine ziemlich menschenfeindliche oder zumindest nicht gut durchdachte Glorifizierung der vorkapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsformen in der Dritten Welt?

Man kann es ja noch so herzensgut meinen, aber es kommt im Leben immer auf die wirklichen Auswirkungen an. So kann beispielsweise inzwischen schon jedermann/jedefrau verfolgen, wie das auch von den Grünen eifrig propagierte „Energiesparen" direkt dazu führt, daß das Erdölkartell der Dritten Welt total zusammenbricht, also die Abhängigkeit dieser Länder von imperialistischen Konzernen und Regierungen z u n i m m t , und daß einzelnde Länder wie Nigeria oder Mexiko ins totale Elend gestürzt werden. Aber man muß es sich schließlich etwas kosten lassen, ein guter Mensch zu sein.

Enttäuschung über Hessen-Grüne

„Hamburger und hessische Verhältnisse" beschreiben eine Situation, in der Grün / Alternative und SPD zusammen eine numerische Mehrheit gegenüber der CDU bilden. Diese parlamentarische Konstellation sollte den Grün / Alternativen eigentlich optimale Wirkungsmöglichkeiten bieten.

Die „Hamburger Verhältnisse" sind nicht mehr, in Hessen ist es eher so, daß eine geschickt agierende SPD die Grünen vorführt. Von einem sich entschieden „fundamental" gebärdenden Landesverband ist ein hilflos-windelweiches Erscheinungsbild übrig geblieben.

Die hessische Landesliste der Grünen zur Bundestagswahl kann ebenfalls nicht begeistern: Alexander Schubart, wohl bekanntester Exponent ökologischer Politik in Hessen, wegen seines Startbahn-Engagements gerade eben zu zwei Jahren Haft (auf Bewährung) verurteilt, fehlt auf der Liste. Die Grünen brachten nicht die Solidarität auf, ihn zu plazieren. Die ansonsten eher blasse Liste weist dafür eine bisher bei den Grünen einmalige Besonderheit auf: Von Platz 1 bis zum Ende ist keine Frau auf ihr zu finden. Von einer „offenen Liste" kann ebenfalls keine Rede sein.

Nominierung der Bundestagskandidaten

Der Parteitag zur Aufstellung der Landesliste fand in Kassel statt. Das bedeutete Heimvorteil für die „Realpolitiker" gegenüber den „Fundamentalisten", deren Wortgewaltige vor allem in der Frankfurter Römerfraktion angesiedelt sind. Von hier aus hatte man die Landespartei in den vergangenen drei Jahren nahezu unbestritten dominiert. Was sich am vorletzten Januarwochenende in Kassel abspielte, war daher eine Art Abrechnung: Mit unverhohlener Schadenfreude ließen die Anwesenden den Frankfurter Ur-Grünen Milan Horacek vom sicher geglaubten Platz eins Wahlgang um Wahlgang bis auf Platz vier durchfallen, sodaß er nun mit Glück noch als Nachrücker in die Bürogemeinschaft der Bundestagsabgeordneten eintreten kann. Nur mit dem Ziel der grünen Mitgliederbasis, Horacek und seine Freunde zu demütigen, läßt sich die Reihenfolge der Landesliste erklären: Der 53-jährige „Spitzenkandidat" Klaus Hecker aus dem Hochtaunus ist Insidern als grüner Basis-Aktivist bekannt, der es ablehnt, in ein Auto zu steigen. Platz zwei belegte Hubert Kleinert aus Marburg, gelegentlicher MOZ-Autor, ebenfalls eine Zumutung in den Augen der Römer-Grünen. Im ersten Wahlgang um Platz drei deplacierte der Frankfurter Sponti Joschka Fischer ein weiteres Mal Milan Horacek; auch er profilierte sich als „Realpolitiker". Auf Platz fünf findet sich Heinz Suhr, Mitglied des BBU-Bundesvorstandes aus Wiesbaden, auf Platz sechs Herbert Rusche, derzeit Landesgeschäftsführer, ein bekennender Schwuler.

Von Platz eins an bewarben sich auch Frauen um Listenplätze, die keineswegs weniger an ökologischem Werdegang aufzubieten hatten als ihre männlichen Mitbewerber. Sie hatten allerdings einen Fehler: sie waren Frauen. Manche waren auch noch so vermessen, dieses zu betonen. Und daß sie Fraueninteressen besser durch Frauen vertreten sähen. Doch damit kamen diese unbescheidenen Weiber schlecht an. Denn bei Hessens Grünen geht es „ausschließlich um Qualifikation". Diese wird beim männlichen Geschlecht offensichtlich vorausgesetzt, da die Herren Bewerber nicht weiter nach einem Nachweis gefragt wurden. Frauen allerdings müssen sich die Frage gefallen lassen, ob sie neben ihrem Frau-Sein noch Anderes zu bieten hätten. Dieses Vorgehen endete damit, daß auf der ganzen hessischen Landesliste keine einzige Frau zu finden ist.

Was bei der Nominierung der Kandidaten bereits angelegt war, brach gegen Ende des Parteitags als offener Konflikt hervor, der sich seitdem noch verschärft hat. Es geht um die Politik der Landtagsfraktion gegenüber der SPD. Gegen den heftigen Widerstand der „Fundamentalisten" billigten die Grünen mit großer Mehrheit den Vorschlag ihrer Wiesbadener Abgeordneten, einem mit der SPD ausgehandelten Haushalts-Vorschaltgesetz (im voraus eingebrachter Teilhaushalt) im Landtag zuzustimmen. Die Frankfurter Römer-Grünen sehen durch diesen Beschluß die „grüne Identität" gefährdet. Sie gehen inzwischen sogar so weit, mit ihrem Rücktritt zu drohen, falls sich diese Tendenz im Landesverband weiter durchsetze.

Fundamentalismus in Worten ...

Entgegen wohlmeinenden Ratschlägen waren die hessischen Grünen ohne präzisen Forderungskatalog für eine mögliche SPD-Tolerierung in den Landestagswahlkampf '82 gegangen. Der damalige „Fundamentalismus" und die „Äquidistanz" (gleicher Abstand) gegenüber allen etablierten Parteien mußten sogar dafür herhalten, daß in den Wahlzielen der Grünen nicht einmal die Verhinderung einer CDU-Landesregierung auftauchte.

Nachdem überraschend die „hessischen Verhältnisse" hergestellt worden waren, hörte mensch für den nächsten Monat aus dem neueingerichteten Wiesbadener Fraktionszimmer der Grünen und aus dem Landesverband nur noch das ganz große Schweigen, während die SPD sofort offensiv begann, Positionen festzuklopfen und sich öffentlich als kommende Retterin von Arbeitsplätzen darzustellen.

Auf einer grünen Landesversammlung Anfang November 82 in Dornheim verabschiedeten die Grünen einen Beschluß zum weiteren Vorgehen, aus dem deutlich wurde, daß ein Ministerpräsident, wollte er toleriert werden, zuvor zu den Grünen konvertiert sein müßte. Sogenannte Überlebensfragen wie Abschaffung der Atomkraft oder der Rüstung, aber auch der Startbahn-West standen undifferenziert in einem Forderungskatalog, der vom ökologischen Landanbau bis zu wirtschaftlichen Allgemeinplätzen reichte.

Erheblich pragmatischer verfuhr der Dornheimer Beschluß allerdings mit der in Aussicht genommenen Tolerierung eines durch die geschäftsführende Börner-Regierung eingebrachten Haushaltes. Hierin durften de facto nur keine kraß grünenfeindlichen Titel enthalten sein.

Da die geschäfsführende (d.h. nicht neugewählte) Landesregierung, um weiter agieren zu können, in erster Linie einen verabschiedeten Haushalt braucht, hing also trotz des verbalen „Fundamentalismus" der Grünen der Brotkorb für eine faktische Tolerierung einer Börner-SPD-Regierung erheblich tiefer.

Mit diesem unpräzisen Auftrag wurde die Fraktion an die Arbeit geschickt. Auf die von den Grünen angestrebten grundsätzlichen Gespräche über die künftige Landespolitik ließ sich die SPD jedoch gar nicht erst ein. Vordergründiger Anlaß war die Teilnahme der Grünen an einer Demonstration zur Statbahn-West und die anschließende grüne Kritik am brutalen polizeilichen Vorgehen. Sofort setzte die SPD die Gespräche wieder aus und verlangte von den Grünen als einseitige Vorleistung, zunächst „Zeichen ihrer gewaltfreien Haltung" zu setzen.

Parallel schob die SPD-Landtagsfraktion das Vorschaltgesetz nach und rückte dieses publikumswirksam für das kommende Vierteljahr in den Mittelpunkt des öffentlichen Interesses. Statt in einer Auseinandersetzung um wichtige Fragen hessischer Politik gestellt zu werden, stieg die SPD bereits zu diesem Zeitpunkt wieder in den Wahlkampf ein.

Der große Bluff der SPD

Mit dem Vorschaltgesetz sollen nach SPD-Angaben 25.000 Arbeitsplätze geschaffen oder, wie man vorsichtig hinzufügt, gesichert werden. Außerdem sollen 2.000 Ausbildungsstellen zusätzlich bereitgestellt werden, davon 200 beim Land Hessen direkt.

Abgesehen davon, daß der Nutzen staatlicher Investitionsprogramme zur Beseitigung von Arbeitslosigkeit nach bisherigen Erfahrungen höchst skeptisch beurteilt werden muß, kann schon bei der Zielvorgabe von einer wirksamen Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in der SPD-Projektion keine Rede sein: Denn derzeit gibt es in Hessen ca. 170.000 Arbeitslose (= 7,6%), 100.000 Kurzarbeiter und mindestens 25.000 arbeitslose Jugendliche. **Vor allem anderen wäre also die Frage aufzuwerfen, weshalb die SPD von ihrem eigenen Wahlversprechen, nämlich 200.000 (!) neue Arbeitsplätze in Hessen zu schaffen, nunmehr bestenfalls den achten Teil realisieren will.**

Für 1983 sieht das Vorschaltgesetz einen Betrag von 240 Mio DM vor. Insgesamt sollen bis 1986 Investitionen von 1.4 Mrd. ausgelöst werden. Der hessische Landeshaushalt wird in diesem Jahr etwa einen Umfang von 20 Mrd. DM haben, davon 3 Mrd. DM für Investitionen. Gemessen an der tiefgreifenden Krisensituation können also die zusätzlichen 8% an investiven Ausgaben allein vom Umfang her nur ein Tropfen auf den heißen Stein sein, einmal vorausgesetzt, die Arbeitslosigkeit könnte über derartige Investitionsprogramme wirklich ernsthaft bekämpft werden. In der Vergangenheit lastete die SPD ihre Zurückhaltung zu derartigen Maßnahmen immer wieder der FDP an, während Börner sich z.B. auf dem Münchner SPD-Bundesparteitag als Garant für staatliche Wirtschaftsmaßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in Pose zu setzen versuchte. Obwohl der Umfang der Maßnahmen lächerlich bemessen ist, wurde an diesem Aspekt des Vorhabens bisher von keiner Seite Kritik laut.

Bei einem Teil der Gelder handelt es sich zudem gar nicht um Ausgaben, die als öffentliche Ausgaben unmittelbar wirksam werden, sondern um „Anreize" für Gemeinden oder private Investoren, die von diesen dann zu komplettieren wären, wobei offen bleiben muß, ob trotz der in Aussicht gestellten Förderungen derartige Investitionen überhaupt getätigt werden. Dazu fehlt letztlich die Kontrolle, wie weit die damit finanzierten Aufträge tatsächlich Arbeitsplätze schaffen. Die bisher angekündigten Maßnahmen, z.B. im Wohnungsbau, fallen weit hinter DGB-Forderungen zurück. Strukturell gesehen fehlt jedes Eingehen auf das sogenannte „Nord-Süd-Gefälle" in Hessen, d.h. die gezielte Förderung wirtschaftlich schwacher Regionen, in denen die Arbeitslosigkeit besonders hoch ist.

Trotz dieser ins Auge springenden Mängel der Vorlage gelingt es der SPD mit diesem Programm derzeit bundesweit, sich als die eigentliche Wahrerin von Interessen der arbeitenden Bevölkerung aufzuspielen. Die Grünen wurden, auf Grund ihrer Beschlußlage unvorbereitet, mit der harten Realität sozialdemokratischer Taktik und Erpressung konfrontiert und taumelten so in die parlamentarischen Ausschußberatungen.

... Realpolitik in Taten

Ohne das die SPD bereit war, auch nur ein einziges Zugeständnis in Zielperspektiven hessischer Umwelt-, Justiz- oder Sozialpolitik zu machen, ja auch nur ein Wort darüber zu wechseln, erreichten die Sozialdemokraten eine faktische Tolerierung.

— Bei der konstituierenden Sitzung des Landtages am 1. Dezember wird den Grünen von SPD und CDU die parlamentarische Gleichbehandlung verwehrt. Wichtige Gremien bleiben ihnen versperrt: u.a. der Hauptausschuß (Verfassungsausschuß u. „Notparlament" z.B. bei Landtagsauflösung), der G-10-Ausschuß (Geheimdienstkontrolle), Benennung grüner Vertreter für den Rundfunkrat etc. Die SPD bietet den Grünen eine Veränderung der Geschäftsordnung an, nach der sie wenigstens in den Hauptausschuß hätten einziehen können, was die Grünen ohne eine insgesamt gerechte Lösung aus prinzipiellen Gründen ablehnen. In der Öffentlichkeit gelingt es den Grünen allerdings nicht, den Eindruck der Täppigkeit zu vermeiden, nachdem sie zusammen mit der CDU gegen das „Angebot" der SPD stimmten.

— Die Forderung nach einem „Straffreiheitsgesetz" für kriminalisierte Startbahngegner wird von SPD und CDU gemeinsam abgelehnt. Gleichwohl stimmen die Grünen noch während der gleichen Sitzung einer 1,5 Mrd. -Bürgschaft für Kredite durch die Landesregierung zu, die einen Haushalt für ihre Geschäftsführung ja bisher nicht verabschieden konnte. Voll Häme wird diese einseitige Leistung der Grünen in der „Frankfurter Rundschau" vom 18.12.82 kommentiert: *„Die sozialdemokratische Rechnung, wie man möglichst verdeckt, daß man selbst nur noch von einer verfassungsmäßigen Notbremse gehalten in den Rgierungsbänken sitzt, ist vorerst aufgegangen. Mit Hilfe der Grünen brachte die SPD ein Teilhaushaltsgesetz auf den parlamentarischen Weg, und der Finanzminister ist mit bewilligten 1,5 Milliarden flüssig genug, um den Anschein des Regulären aufrechtzuerhalten.*

Den Grünen muß nach den ersten Parlamentstagen dämmern, daß sie konkrete Politik ermöglicht und dafür unverbindliche Absichtserklärungen geerntet haben. Kein Baustopp an der Startbahn-West, keine Amnestie für Startbahnstraftäter — unter dem Strich bleiben den Grünen nur (nichtöffentliche) Ausschußberatungen. Die SPD gewinnt Zeit, die Grünen können nichts vorweisen."

— Während des Januars verhandeln Grüne und SPD in parlamentarischen Ausschüssen über das von der SPD eingebrachte Haushaltsvorschaltgesetz mit dem Ziel der Einigung.

Auf Grund grüner Inititativen wird der Ansatz zur Bekämpfung des „sauren Regens" um 15 Millionen DM erhöht. Die sog. Dorferneuerung soll mit 20 Millionen finanziert werden. Statt Neubausilos und Straßenbau sollen Nahverkehr, Sicherung der dörflichen Infrastruktur mit ökologisch verträglicherer Landbewirtschaftung und Förderung von Direktvermarktungsgenossenschaften finanziert werden. Es wird auf den Erhalt alter Bausubstanz für Wohnzwecke und die Einrichtung sozialer und Selbsthilfeorganisationen verwiesen. Mit 31 Millionen DM werden ca. 5000 Sozialwohnungen erhalten (!) bzw. neugebaut; sie werden im Sinne ökologischer Erkenntnisse wärmegedämmt. 10% davon sollen „behindertenfreundlich" ausgestattet werden.

Entgegen anfänglichen Zusagen der SPD konnten die Grünen kaum etwas für die Förderung sog. „Alternativer Arbeits- und Ausbildungsstätten" herausholen. Insbesondere für die Ausbildung gelten weiter Anerkennungsrichtlinien nach dem Berufsbildungsgesetz. 1,75 Millionen gibt es für die Ausbildungsvergütungen und 300.000 DM für Investitionskosten in diesem Bereich.

Keine Zusage gab es für einen sog. „Ausstieg" aus der Kernenergie, nicht einmal eine endgültige Absage für Biblis C oder Borken, wenngleich lt. SPD die „Genehmigung eines Großkraftwerkes in Hessen in absehbarer Zeit (?) nicht ansteht". 15 Millionen sollen für die Dezentralisierung der Energiegewinnung aufgewendet werden. Keine definitive Zusage der SPD gibt es ebenso zur Einführung der 35-Stunden-Woche im öffentlichen Dienst in Hessen. Darüber soll weiter gesprochen werden.

Eine besondere Linkerei, die die Grünen im Landtag nach eigenen Angaben nicht bemerkt haben, wurde im § 4 II des Gesetzes eingebaut, mit dem der Finanzminister ermächtigt wird, Kredite aufzunehmen, um zweckgebundene Bundesmittel anzunehmen und mit hessischen Beträgen zu komplettieren (480 Millionen), die aber bis dato nicht näher ausgewiesen worden sind. Dies dürfte auf jeden Fall Problemposten wie Straßenbau oder Förderung von Nahverkehrsprojekten (U-Bahnbau) enthalten. Damit würden die Grünen die Finanzierung ökologisch bedenklicher Projekte mit ermöglichen, ein Punkt, der auf der grünen Landesversammlung in Kassel und danach für heiße Diskussionen sorgte.

Geblieben ist vom anfänglichen „fundamentaloppositionellen" Getöse der hessischen Grünen unterm Strich die faktische Tolerierung der Regierung Börner und die Mitverabschiedung eines SPD-Prestigehaushaltes, ohne daß sich in Hessen in einer einzigen Frage Substantielles geändert hätte. Schlimmer noch: Die Grünen wurden von der SPD an die ganz kurze parlamentarische Leine genommen und haben es nicht verstanden, die dringenden Probleme wenigstens verstärkt in die öffentliche Diskussion zu bringen.

Das ist zum einen mit der parlamentarisch-abgehobenen Arbeitsweise der Landtagsfraktion zu erklären, zu der sie sehr schnell gefunden hat. Den Zeitplan diktiert dabei allein die SPD. So fand unter Zeitdruck eine Diskussion um die Verhandlungsinhalte nur in der Landtagsfraktion samt hinzugezogenen Experten und einmal im Landeshauptausschuß der Grünen statt, nicht aber mit der Mitgliederbasis — geschweige denn mit den Wählern oder in einer breiten Öffentlichkeit. Da mag man denn zum Auftakt der Landesversammlung dickleibige Papiere auf die Tische legen — an der Sache ändert das nichts: Parlamentarische „Sachzwänge" besiegen die Basisdemokratie, wenn es so läuft. Nach den bisherigen Diskussionen, in denen dieser Punkt nicht thematisiert wurde, ist nicht abzusehen, daß selbstkritische Änderungen bei der „Rückkoppelung mit der Basis" angestrebt werden. So gewinnen auch die (angenommenen) parlamentarischen Verhältnisse mehr und mehr Gewicht bei der Bestimmung der grünen Politik. Die Grünen im Landtag gehen in ihrer Mehrheit offensichtlich von der Hypothese dreier „Fraktionen in der SPD" aus: Die Linken, die mit den Grünen zusammenarbeiten wollen, die Rechten um Börner, die als „Minderheit" eingeschätzt werden und eine breite Mittelfraktion um den Fraktionsvorsitzenden Winterstein, die es zu gewinnen gelte und die man nicht unnötig vor den Kopf stoßen und Börner in die Arme treiben dürfe. Dieses klassische Juso-Weltbild hat schon mehr als einmal verhindert, daß sozialdemokratische Politik in ihrem Wesen erkannt und öffentlich dargestellt wurde. Es zeugt davon, wieweit das Gerede von der „neuen Mehrheit" bei den Grünen Fuß gefaßt hat. Daß es sich dabei um eine SPD-Taktik, ein Spiel mit verteilten Rollen handelt, ist offenbar schwer zu begreifen.

Der kardinale Fehler aber liegt darin, daß die Grünen in Verhandlungen und Gesprächen mit der SPD in das Bewußtsein einer Interessenvereinigung hineinzustolpern drohen, die im wesentlichen für ihre Klientel, die Öko-Basis, eine möglichst saftige Scheibe aus dem Gesamtfond herausschneiden will. Was bleibt als Eindruck von dieser Verhandlungsphase übrig?

— Die SPD schickt ein „Konjunkturprogramm" auf den Weg.

— Die Grünen akzeptieren das „sozialdemokratische Anliegen", Arbeitsplätze zu schaffen. Sie beschränken ihre Aktivitäten darauf, einige grüne Vorhaben in das Paket hineinzubekommen, die restlichen Posten auf ihre ökologische Verträglichkeit zu testen (dabei setzt dann der Streit innerhalb der Partei an) und für Alternativprojekte etwas herauszuholen.

So laufen die Grünen Gefahr, in die alte Rolle der FDP abgedrängt zu werden: Die Mehrheit zu beschaffen, um dafür im Gegenzug mit kleinen Stücken aus dem Kuchen belohnt zu werden. Wobei der Geschäftssinn der Liberalen offenbar erheblich besser ausgeprägt war als der der Grünen.

Würden die vier grünen Grundsätze „ökologisch, sozial (!), basisdemokratisch und gewaltfrei" wirklich g l e i c h b e r e c h t i g t fungieren, dann hätten diese Verhandlungen nicht so ablaufen dürfen. Dann hätte es die nahezu vollständige Abstinenz der hessischen Grünen zur Frage der Arbeitslosigkeit und das komplette Abtreten dieses Themas an die SPD nicht geben dürfen.

In der grün-internen Kritik am Verhandlungsergebnis ist vor allem auf ökologische Versäumnisse und Schwächen hingewiesen worden. Sicherlich zu recht. Solange jedoch Worte wie Basisdemokratie in Papieren wie dem Dornheimer Beschluß lediglich Leerformeln bleiben, um die sich während der Verhandlungen niemand schert; und solange die Verhandlungsinhalte und -ziele unpräzise und insbesondere ohne Berücksichtigung wirtschaftlicher und arbeitspolitischer Schwerpunkte festgelegt werden; dafür aber der Fundamentalismus in Worten vor sich hergetragen wird, sind ähnliche Ergebnisse bei weiteren Verhandlungen — jetzt um den Haushalt — abzusehen. Auf der Landesversammlung in Kassel mußte mensch leider den Eindruck gewinnen, daß es genau so laufen wird. Zum Nutzen der SPD.

KB/Gruppe Frankfurt

„Negeraufstand" im Landtag

Der CDU gefällt es selbstredend nicht, daß die SPD sich publikumswirksam als Retterin der Arbeitsplätze in Szene setzt. Dafür ist jetzt Blüm zuständig. Gleichzeitig paßt das „konstruktive" Verhalten der grünen Landtagsfraktion nicht ins düstere Gemälde der CDU vom rot-grünen Bündnis.

Der Vorsitzende der CDU-Fraktion, Kanther, griff deshalb während der Gesetzesdiskussion Börner an, wie er, der kürzlich noch den Dachlatteneinsatz gegen die „faschismusähnlichen Gestalten" empfahl, es denn jetzt mit den Grünen halte. Als die Grünen lautstark und empört reagierten, herrschte Kanther sie unter dem beifälligen Gelächter seiner Fraktion an, sie sollten doch „keinen Negeraufstand" veranstalten. Außer einer parlamentarischen Rüge hatte dieser Ausfall Kanthers keine Folgen. Von den Grünen, die mit der Zustimmung der SPD zur Rüge offensichtlich den „Schulterschluß" gekommen sahen, bis heute keine weitere Reaktion.

Bielefeld: Neues Desaster alternativer Realpolitik

Im Dezember '82 hat die Bielefelder SPD zusammen mit der Bunten Liste den Haushalt 1983 verabschiedet.

Die Bunte Liste hatte schon einmal kurz nach ihrem Einzug in den Bielefelder Stadtrat dem Haushalt 1980 zugestimmt und damit überregional Aufsehen erregt. Von 'rot-grünen' Bündnissen war die Rede, erstmals tauchte praktisch die Idee einer "neuen Mehrheit" auf. Das Bielefelder Beispiel diente als Auftakt und erfolgreiches Paradestück der sogenannten "Realpolitik", die das "Machbare" in den Vordergrund stellt. Wurde die Politik zum 80er Haushalt noch nahezu einmütig in der BL unterstützt, so war und ist die diesjährige Entscheidung umstritten.

Frühzeitig gab der damalige und heutige Fraktionsgeschäftsführer der Bunten Liste, M.Winter, die Parole aus, die Parlamentspolitik müsse sich in erster Linie daran orientieren, konkrete Ergebnisse zu erzielen. Gerade damit sah es aber gar nicht gut aus: Die mit der Haushaltsverabschiedung 1980 durchgesetzten 'bunten' Forderungen wurden von der SPD- u.a. aufgrund mangelnder Mobilisierung der betroffenen Bereiche (Kinderinitiativen, Stadtsanierung)-Schritt für Schritt zurechtgestutzt, so daß von den ursprünglichen Forderungen nur noch ein kläglicher Rest übrig blieb.

Da die Haushaltsverabschiedung fast drei Jahre lang das einzige wesentliche Beispiel einer "erfolgreichen Realpolitik" bleiben sollte, wurden die erzielten — jämmerlichen — "konkreten Ergebnisse" vom politikbestimmenden Teil der Bunten Liste bis hart an den Rand der Lüge glorifiziert. Ansonsten stand die Haushaltspolitik in den Augen ihrer Befürworter dafür, "politisch ins Geschäft" und "raus aus der Nein-sager-Ecke" gekommen zu sein. (ausführlich dazu: AK 216)

Da sich aber auf alten Lorbeeren schlecht ausruhen läßt und neue "Erfolge" ausblieben, konnte sich auch die BL-Spitze der Einsicht in das Scheitern ihrer Politik nicht völlig entziehen, wenn auch eine ausdrückliche Selbstkritik und eine nüchterne Bilanz sorgfältig vermieden wurde.

Unter dem Eindruck, daß die SPD eine weitere Zusammenarbeit mit der Bunten Liste knallhart ablehnte, wurde der Akzent der Politik stärker auf außerparlamentarische Aktionen gelegt. Höhepunkt war die Beteiligung der BL-Ratsfraktion an einer Hausbesetzung. (AK 226). In bekannter Manier nahmen alle bürgerlichen Parteien, maßgeblich auch die SPD, die mangelnde Rechtsstaatlichkeit der Bunten Liste aufs Korn.

Die Hetze der bügerlichen Politiker sowie die Tatsache der Hausbesetzung selbst sorgten für ein deutlich linkeres Profil der Bunten Liste.

Dies schien sich zunächst, zusammen mit dem Eindruck der Hamburger GAL-Politik des Tolerierungskatalogs, auch auf die parlamentarischen Aktivitäten der Bunten Liste auszuwirken.

Der "Vorschlag für unser Vorgehen beim Hauhalt"

War unser Vorschlag, Minimalforderungen an die SPD zu richten, im vergangenen Jahr noch ohne große Diskussion in der BL abgelehnt worden, so legten diesmal die Ratsmitglieder der BL Helga Boldt und Reinhard Krämer als "V o r a u s s e t z u n g für jede taktische Verhandlungsposition" gegenüber der SPD folgende "eigene Position der Bunten Liste" den Plenum vor (nach Mitgliederrundbrief 5/82):

1.*"Die BuLi wird keinem Stellenabbau zustimmen..."*.
2.*"Keine Leistungsverminderungen im sozialen Bereich"*.
3.*"Rationale Beendigung bzw. den sofortigen Ausstieg aus den Großprojekten"*. u.a. wurde der Ostwestfalendamm (Stadtautobahn) genannt und der Ausstieg aus den AKW Grohnde und Hamm-Uentrop gefordert.
4.*" Schritte im Umweltschutz, Nahverkehr und Wohnungsbau"*.
5.*"Ein kommunales Beschäftigungsprogramm"*.

In dem Papier von Boldt/Krämer wurde eingeschätzt, die SPD werde von der BL eine Zustimmung zum Haushalt *"gewissermaßen zum Nulltarif"* verlangen. Das zu erwartende Angebot der SPD zur Zusammenarbeit werde *"eine rein taktische Maßnahme"* sein. Die SPD wolle sich als Reformpartei darstellen, die zum Dialog mit Bunten und Grünen bereit sei. Sie spekuliere darauf, daß die BL ihr "Nein" zu einem solchen Vorschlag nicht vermitteln könne und daß der BL ein Scheitern der Zusammenarbeit angelastet würde, um damit bunte-grüne Wähler wieder in die Arme der SPD zu treiben.

Wie raus aus dieser Zwickmühle? Die beiden Ratsmitglieder schlugen die Verabschiedung eines nicht ausgeglichenen Haushalts vor, um einen Sozialabbau zu verhindern. Das sei aber nur dann sinnvoll, wenn *"das heute fehlende Geld in zwei Jahren auch tatsächlich vorhanden ist..."*. Genau hier hofften Boldt/Krämer den Ausstieg aus den Großprojekten (s.o.) unterbringen zu können. Das angeblich fehlende Geld könne nämlich nur dann wieder da sein, wenn die Stadt "Ordnung im eigenen Haus" schaffe, d.h. *"..radikale Umstrukturierungen im Vermögenshaushalt (Großprojekte) schaffen Raum für ökologisch und sozial sinnvolle Investitionen.."*. Da sie davon ausgehen, daß eine Finanzierung nicht möglich ist, meinen sie offensichtlich, daß bei Bestehen auf der Forderung "Kein Sozialabbau" sich die anderen Vorstellungen der BL bezüglich Stadtautobahn usw. wegen der Konsolidierung der Finanzen sozusagen von selbst ergeben.

Der "realpolitische" Restverstand im Vorschlag von Boldt/Krämer besteht darin, daß sie eine solche Wende bei der SPD nicht für wahrscheinlich halten.

Wie sich später auch praktisch zeigen soll, finden die Sozialdemokraten andere Mittel zum Haushaltsausgleich, der insofern eh kein Problem ist, als er nur rechnerisch zu sein braucht. Es ist eben ein Unterschied, ob Sozialdemokraten mit ihren zahlreichen Experten in der Verwaltung wegen der ach so knappen Haushaltskasse ein sorgenvolles Gesicht aufsetzen, oder ob sich alternative "Realpolitiker" den Kopf darüber zerbrechen, daß die Finanznot auch eine Chance darstellen könnte, die Großprojekte zu Fall zu bringen.

Bevor wir uns jetzt an die Ergebnisse der Haushaltsentscheidung machen, schnell noch ein Blick auf den der SPD übersandten Brief der BL-Ratsfraktion, der in Stoßrichtung und Begründung dem dargestellten "Vorschlag..." von Boldt/Krämer entspricht. Mit zwei bemerkenswerten Unterschieden: Statt des sofortigen Ausstiegs ist jetzt nur noch von einer vernünftigen Beendigung die Rede. Auch der Ausstieg aus Grohnde soll nicht mehr sofort stattfinden, sondern *"die schrittweise Verwirklichung einer alternativen Energieversorgung"* soll Bielefeld *"vom teuren Atomstrom unabhängig"* machen. (Das ist allein deshalb Quatsch, weil Bielefeld überhaupt nicht mit Atomstrom versorgt wird. Die Inbetriebnahme der beiden AKW-Projekte wird sich noch ein paar Jahre hinziehen. Darüberhinaus handelt es sich beim THTRHamm-Uentrop um einen relativ kleinen Reaktor, 300 MW, der in erster Linie Forschungszwecken, z.B. der Kohleverflüssigung, dienen soll.

SPD: BL muß zur Mitverantwortung bereit sein

In der Zeitung der Bielefelder SPD "Der rote Leine-weber" hält der UB-Vorsitzende Klima eine bunt-sozialdemokratische Zusammenarbeit nur für möglich, wenn die Bunte Liste sich dazu durchringe, "parlamentarische Verantwortung zu übernehmen". Die BL müsse sich auch bei Kürzungen der städtischen Dienstleistungen und bei den Personalkosten "zur Mitverantwortung bereitfinden". (zit. nach Mitgliederrundbrief).

Bei der Ausgangsposition der BL ("Wir werden keinem Personalabbau zustimmen" usw.) hätte die Sache eigentlich klar sein müssen, aber ...

BL zur Mitverantwortung bereit

Am 20.Dezember war trotzdem alles perfekt: mit den Stimmen der SPD (31) und der Bunten Liste (4) gegen CDU (28) und FDP (4) wurde der Haushalt '83 verabschiedet.

Er basiert auf "Kürzungen der freiwilligen Leistungen und bei den Personalkosten", sowie auf Gebührenerhöhungen und der Anhebung der Gewerbesteuer, wie der SPD-Rats- und Landtagsabgeordnete Heinz Hunger feststellte (NW, 29.12.82). Gegenüber dem CDU-Vorwurf, es sei einseitig zu Lasten des Schul- (270.000 DM) gespart worden, verwies Hunger in der Ratssitzung zu Recht auf Kürzungen von 400.000 DM im Jugendbereich.

Wichtige Gebührenerhöhungen gab es bei den Kindergärten (um 66%), Kindertagesstätten (75%), Volkshochschule, Bäder und Eisenbahnen, Stadtbibliothek (100%) sowie bei der Entwässerung.

Zur Abrundung des Bildes sei noch erwähnt, daß die Bunte Liste einen ganzen Batzen ihrer Anträge (insgesamt 16), darunter auch auf Rücknahme von Kürzungen und Gebührenerhöhungen, zugunsten der gemeinsamen Abstimmung mit der SPD zurückzog. Beeindruckend auch, wie ein Antrag der CDU auf Wiedereinsetzung der gestrichenen Gelder für die Sportförderung — das war einer der ursprünglichen BL-Anträge gewesen — von der SPD und BL in großer Einmütigkeit niedergestimmt wurde.

In dem der Bunten Liste besonders am Herzen liegenden Personalbereich kam es zur Streichung von ca. 90 Stellen per Saldo (nach „StBL" 1/83). Zwar konnten gegenüber dem ursprünglichen Vorhaben der SPD einige Stellen gerettet werden, es gab sogar neue darunter, aber selbst der BL-Vertreter im Personalausschuß, der aus der SPD ausgeschlossene Prof. Klaus Dammann, sagte gegenüber dem Bunte Liste-Plenum:**"Was wir durchgesetzt haben, ist nicht einmal linke SPD—Politik"**.

Auch Helga Boldt, BL-Ratsmitglied, stellte fest:**"Aus der Sicht der Arbeitslosen ist dieser Stellenplan eine Sparschweinerei"**(„StBL." 1/83).

Was hat die BL dazu bewogen?

Mit dieser Frage kommen wir zu den „bunten Tupfern" des auch von der BL öffentlich so bezeichneten „SPD-Haushalts" (R. Krämer in der „NW" vom 21.12.).

Zu nennen ist hier z.B. die Übernahme einer im April auslaufenden ABM-Stelle durch die Stadt (Danke schön!); das macht zusammen mit weiteren Geldern für Initiativen (Umweltzentrum, Altencafe etc.) ca. 111.000 DM.

Die übrigen durchgesetzten Anträge der BL sind nicht unbedingt originär „alternative" Forderungen. Es konnte z.B. die Streichung der L 785 n, ein Teil der geplanten Stadtautobahn, aus der „mittelfristigen Finanzplanung" erreicht werden. Die Finanzierung dieses Teilstücks hält inzwischen auch die SPD nicht mehr für gesichert, was der eigentliche Grund für die Streichung ist. Außerdem ist zu berücksichtigen, daß dieses Autobahnstück nach wie vor gültiges Gesetz ist (im Flächennutzungsplan ausgewiesen) und jederzeit wieder in einen Haushalt eingesetzt werden kann.

Weitere bunte „Erfolge" bestehen in Geldern für ein Faltblatt mit Energiespartips für alle Haushalte sowie in Wärmedämmaßnahmen in städtischen Gebäuden.

Bei solchen Punkten wie Wärmedämmung, aber auch anderen Sachen, die wir hier nicht alle aufführen wollen, ist eh schwer auszumachen, ob es sich eher um bunte oder um sozialdemokratische Anträge handelt. Bei Energiesparen und Wärmedämmung sind aller Erfahrung nach sogar CDU und FDP zur Unterstützung bereit. Man/frau soll uns sowas also nicht als Erfolg linker Politik aufschwatzen.

Diese spärlichen „bunten Tupfer" werden nicht einmal von der Ratsfraktion als Begründung für die Zustimmung zum Haushalt gebracht. Reinhard Krämer stellt stattdessen in seiner Etatrede heraus, *„daß der große Kahlschlag nicht stattgefunden habe. Zwar gebe es zwischen der Bunten Liste und den Sozialdemokraten auf einigen Gebieten keine Übereinstimmung, aber die Alternative der CDU und der FDP hätte in einer dramatischen Verschlechterung gelegen"* („NW", 21.12.).

Zu einer solchen Einschätzung kann man/frau natürlich nur kommen, wenn der verabschiedete Haushalt mit etwas noch Schlechterem verglichen wird. Dieses Schlechtere bestand in der in bunten Kreisen gefürchteten „Denkanstoßliste" der Verwaltung, die drastische Kürzungsvorschläge enthielt. Nur hatte es diese Liste auch im vergangenen Jahr gegeben und sie ist nicht voll umgesetzt worden, ohne daß deshalb irgendein buntes (Rats)mitglied auf die Idee gekommen wäre, zu behaupten, ein Kahlschlag habe nicht stattgefunden. Im Gegenteil: Wenn frau/man den diesjährigen Haushalt bestenfalls als eine Fortsetzung der 81er und 82er Haushalte bezeichnen kann, so gilt eben auch für diesen von der Bunten Liste mitverabschiedeten Haushalt: *„Unsoziale Haushaltspolitik Marke Strauß"* und *„SPD/CDU/FDP verteilen kräftig um"*. So die damalige Kritik der Bunten Liste.

Auch das BuLi-freundliche Stadtblatt kann zur Rechtfertigung der Haushaltszustimmung nichts anderes anbieten als Reinhard Krämers: *„Die Bunten nutzten die Chance, sie verhinderten den CDU-Haushalt und verbesserten den SPD-Haushalt"*. Damit sei eine „Atempause" erreicht worden, in der sich der außerparlamentarische Widerstand erholen könne. Die Erhöhung der Gewerbesteuer habe darüber hinaus ein Zeichen gegeben, „daß die Umverteilung der letzten Jahre gebremst werden kann".

Entscheidung in der BL nicht unumstritten

Den 24 Ja-Stimmen der diesjährigen BL-Haushaltspolitik standen 15 Nein und 6 Enthaltungen gegenüber. Bei wesentlichen Entscheidungen ist eine solch starke Opposition ein Novum für die BL.

Bei der Darstellung der Position der Skeptiker stützen wir uns auf ein Papier von Rainer Schiller-Dickhut (im folgenden abgekürzt als R.S.D.). Neben der Tatsache, daß dies die einzige schriftlich vorliegende Kritik ist, ist seine Position auch deshalb interessant, weil er Mitglied in der Redaktion der „Modernen Zeiten", dem geistigen Zentrum der „Realpolitik", ist. Er bezeichnet den Bielefelder Haushalt 83 als **„Schritt auf dem Weg zu weniger sozialer Gerechtigkeit"**. Das einzige, was die Sozialdemokratie an positiver Ideologie noch anzubieten habe, sei die *„sozial gerechte Verteilung unvermeidbarer Lasten"*.

Wenn sich die Bunte Liste nicht als bessere Sozialdemokratie darstellen wolle, dürfe sie sich diesem Leitbild nicht unterordnen. Leider aber habe der *„Haushaltskompromiß ... im wesentlichen dieses ... Bild: die Finanzen sind im Lot, und daß allen Gruppen Lasten aufgebürdet wurden..."*. *„Ideologisch"* sei das deshalb ein SPD-Haushalt. Dieses Bild in der Öffentlichkeit hält er aber für „vermeidbar". Wohlgemerkt: es geht ihm um das B i l d, denn: *„Materiell hätte sowieso nichts anderes herauskommen können als in SPD-Haushalt mit ‚bunten Tupfern'"*.

Wie dieses Bild wieder aufmöbeln? R.S.D. schlägt vor, daß die Bunte Liste *„eine Identität im außerparlamentarischen Kampf gegen Sozialabbau gewinnen"* müsse. Dann spiele es auch nicht mehr *„die Rolle für unser Bild in der Öffentlichkeit, wenn wir beim parlamentarischen Clinch naturgemäß wenig rausholen"*. Also Profilierung außerparlamentarisch, im Parlament kleineres Übel: **„dann läßt sich auch leichter mit dem Dilemma umgehen, dem kleineren Übel eine Mehrheit zu verschaffen"**.

Wie das in der P r a x i s aussehen soll, müßte uns erstmal jemand vormachen. Die Tatsache, daß die BL gemeinsam mit der SPD gegen Anträge der CDU stimmen mußte, die eigentlich ihren eigenen Zielen und Absichten entsprachen (s.o.), deutet schon darauf hin, daß das allzu raffinierte Spiel — kleineres Übel im Parlament, heftiges Muskelspiel auf der Straße — schwerlich gutgehen kann. Beispielsweise mit der SPD gemeinsam einen Haushalt zu verabschieden, das bedeutet eben, auf sehr vieles zu verzichten, was man eigentlich im Parlament fordern wollte. Man hat ja einer bestimmten Verteilung der vorhandenen Gelder zugestimmt, muß also mit weitergehenden eigenen Wünschen innerhalb des gemeinsam ausgehandelten Rahmens bleiben. Für Basisinitiativen u.ä. wird es dann sehr schnell heißen: „Wir sind natürlich mit euren Forderungen solidarisch, aber im Parlament einbringen können wir sie leider nicht, weil wir uns mit der SPD schon anderweitig geeinigt haben". Daraus entsteht genau betrachtet eine zunehmende Politikunfähigkeit, weil bestimmte Interessen aufgrund von Abkommen mit der SPD nicht mehr parlamentarisch vertreten werden können.

Eine Politik der Minimalforderungen lehnt R.S.D. ausdrücklich als fundamentaloppositionell und überflüssig ab. Die Bunte Liste würde dann *„grundsätzlich durch die SPD taktisch erpreßbar"*. Die SPD könne dann der BL die Schuld zuweisen, *„daß CDU-Vorstellungen in den Haushalt einfließen"*. Er stellt leider nicht die Frage, w o z u denn die SPD die BuLi erpressen könnte. Doch wohl nur zur Zustimmung zum kleineren Übel, die von R.S.D. prinzipiell befürwortet wird.

Interessen der SPD

„Haupthindernis für eine gedeihliche Zusammenarbeit ... war bisher", so der bereits oben zitierte UB-Vorsitzende der SPD, Klima, *„daß es den Bunten oft weniger darauf ankam, mit der SPD zu sachlichen Vereinbarungen zu kommen, als vielmehr darauf, die SPD ... als ‚bürgerliche' Partei zu ‚entlarven' "*.

Schauen wir uns jetzt an, was die SPD mit der diesjährigen Haushaltsverabschiedung erreicht hat. Ein Aspekt, der leider in der gesamten BL-Diskussion und auch bei R.S.D. total unterbelichtet ist.

Boldt/Krämer gingen davon aus, daß die SPD ein bloß taktisches Angebot machen werde, um ihre Lernfähigkeit zu demonstrieren, und ansonsten den Haushalt mit CDU und FDP verabschieden wolle. Tatsächlich hat aber die SPD ihre „Dialogbereitschaft" demonstrieren können, indem die Bunte Liste den SPD-Haushalt für zustimmungswürdig befand. Darüber hinaus hat die SPD von der BL ausdrücklich bestätigt bekommen: „Der Kahlschlag fand nicht statt!".

Besser konnte es die SPD eigentlich nicht haben. Die Bunte Liste kann demgegenüber auf wesentliche Ergebnisse ihrer Politik nicht verweisen.

So wird denn wahrscheinlich in Zukunft nur noch e i n e Begründung für die Haushaltszustimmung übrigbleiben, die schon einmal als Rechtferigung für „Kleinere Übel"-Politik der BL herhalten mußte: daß die Bunte Liste ihre „Politikfähigkeit" unter Beweis gestellt habe.

Einen Anfang hat Helga Boldt gemacht: **„Überdies hätten die Bunten in Bielefeld bewiesen, daß sie keine Traumtänzer seien, sondern Vorstellungen entwickeln könnten, die politisch umsetzbar seien, sagte Frau Boldt mit Hinweis auf den gemeinsam mit der SPD verabschiedeten Haushalt 1983"** („NW", 8.1.83).

„Raus aus der Neinsagerecke" war schon einmal das Hauptargument für die Zustimmung zu einem Haushalt (1980). Die Bunte Liste müsse *„politisch ins Geschäft unter Zuhilfenahme der SPD"* kommen, so damals Winter (BL-Fraktionsgeschäftsführer), Boch und R.S.D. in einem Buch-Beitrag (vergl. AK 216).

Ein unlösbares Dilemma?

Betrachten wir zum Schluß einmal die Ausführungen eines Sozialdemokraten über die Politik der Bunten Liste: Die Erklärungen Helga Boldts (bei ihrer Vorstellung als grüne Bundestagskandidatin) steckten „voller Widersprüche", so der SPD-UB-Vorsitzende Klima („NW" 13.1.). *„Einerseits male Frau Boldt von der SPD ein völlig unglaubwürdiges Schreckensgebilde"* (sie bezeichnete die SPD u.a. als Partei der Nachrüstung und Berufsverbote), *„.... andererseits sei es für Frau Boldt sozusagen ein Beweis für die politische Reife der Grün-Bunten, daß diese mit der schrecklichen SPD zusammenarbeiten können"*.

Die Grünen lebten hauptsächlich *„von der Kritik an den Unvollkommenheiten sozialdemokratischer Reformpolitik und sind doch gleichzeitig auf die SPD angewiesen, um ihre Vorstellungen umsetzen zu können. Arbeiten sie zu eng mit der SPD zusammen, werden sie unweigerlich von Erstickungsängsten befallen. Also erklären sie — wie kürzlich Petra Kelly — die SPD (und nicht etwa die CDU/CSU) zu ihrem Hauptgegner im Wahlkampf. Lehnen sie aber jede Zusammenarbeit mit der SPD ab, verurteilen sie sich zur politischen Wirkungslosigkeit und machen sich so über kurz oder lang selbst überflüssig"*. Hier hat der Sozialdemokrat mit bemerkenswertem Scharfsinn auf die offene Wunde der BL-Politik gezeigt. Völlig unrecht hat er aber damit, wenn er das für ein „u n l ö s b a r e s Dilemma" der alternativen Wahlbewegung insgesamt hält. Das Dilemma ist nämlich nur dann unlösbar, wenn frau/man unter *„politischer Wirkungslosigkeit"* und unter *„Vorstellungen, die politisch umsetzbar sind"* dasselbe versteht wie unser Sozialdemokrat und die offiziellen BL-Politiker/innen. Mit einer solchen Orientierung läßt sich in der Tat nicht viel anderes machen, als die Bunte Liste vorgelegt hat.

Wir verstehen unter Politik die Organisierung der massenhaften Erkenntnis, daß zu einer wirklichen Veränderung der Bruch mit den etablierten Parteien und letztlich mit dem kapitalistischen System notwendig ist. Unter diesem Aspekt sollten die Erfahrungen der Hamburger GAL mit den Minimalforderungen kritisch ausgewertet werden, da sie uns einige positive Ansätze in diese Richtung zu bieten scheinen.

M., Bielefeld

Fortsetzung von Seite 1

Aschu verurteilt — Weil er Recht hatte?

Vieles ist zur Charakterisierung des Urteils bereits gesagt worden. Die "FR" sprach von einer parteilichen pro Startbahn-Justiz, die es auf eine Kraftprobe mit der Bürgerbewegung anlege. Das "Deutsche Allgemeine Sonntagsblatt" fände es ehrlicher, den Artikel 8 des Grundgesetzes gleich abzuschaffen (Versammlungsfreiheit). "konkret" konstatiert eine Rache-Justiz. Eine stattliche Zahl von Verbänden und Organisationen hat sich mit Aschu solidarisiert: die Bürgerinitiative gegen die Flughafenerweiterung Rhein-Main, der BBU, der Bund Umwelt- und Naturschutz/Hessen, Demokratische Sozialisten, Grüne, Jusos, Liberale Demokraten, DKP u.v.a.m. Auch innerhalb der Gewerkschaften, angefangen mit der GEW Frankfurt, beginnt sich Protest zu regen. In ganzseitigen Zeitungsanzeigen ("FR", "Zeit", "TAZ") haben über 10 000 Bürger aus dem gesamten Bundesgebiet einen Freispruch in diesem Prozeß gefordert. Drei Tage nach dem Urteil fand in Frankfurt eine eindrucksvolle Solidaritätsdemonstration mit ca. 10 000 Teilnehmern statt. Diese ersten spontanen Reaktionen demokratischer Kräfte können freilich nicht den Schock vergessen machen oder überwinden, den das Urteil ausgelöst hat. Die Frage, welche politischen Konsequenzen nun zu ziehen sind, ist noch nicht beantwortet. Denn diese Frage wirft eine Menge von Problemen auf, die bisher kaum diskutiert werden.

Es fängt damit an zu prüfen, w a r u m Aschu eigentlich verurteilt wurde. Rein juristisch gesehen macht das Urteil keinen Sinn. Um den Tatbestand einer Nötigung der hessischen Landesregie-

Nötigung der hessischen Landesregie-
rung zu erfüllen, hätte Aschu mit einem "empfindlichen Übel" drohen müssen, falls die Landesregierung eine bestimmte Forderung nicht erfüllt. Dies ist ihm effektiv nicht nachzuweisen. Es kann ihm nur u n t e r s t e l l t werden - womit die bundesdeutsche Staatsschutz-Justiz allerdings keine Probleme hat.

Erinnern wir uns : Am 14.11.81 wurden von 150 000 Demonstranten in Wiesbaden 220 000 bestätigte Unterschriften für die Einleitung eines Volksbegehrens "Keine Startbahn West" dem Landeswahlleiter überreicht.

Die Demonstranten verbanden damit die Forderung nach einem sofortigen Rodungsstop an der Startbahn West, da das Volksbegehren nicht durch Schaffung vollendeter Tatsachen durch die Landesregierung vereitelt werden dürfe. Die Forderung nach einem Moratorium bis zum Abschluß von Volksbegehrens und Volksentscheids war die simpelste und einleuchtendste Sache der Welt : Denn wer würde über die Erhaltung von 3 Millionen Bäumen abstimmen wollen, wenn der Wald längst abgeholzt ist? Als Mindestes forderten die Startbahngegner ein "kleines Moratorium" : Falls die Landesregierung nicht gewillt sei, das Volksbegehren zuzulassen, sollte sie mit der Fortsetzung der Bau- und Rodungsmaßnahmen wenigstens solange warten, bis der hessische Staatsgerichtshof eine Entscheidung über Zulässigkeit des Volksbegehrens fällen würde. Diesen Forderungen ist mit Argumenten der Logik jedenfalls nicht zu begegnen. Wer die Macht hat, ist allerdings nicht auf Logik angewiesen. Nach diesem Motto handelte die Landesregierung in jenem Startbahn-Herbst 1981.

Gerade w e i l sie so handelte und weil es nicht den geringsten Anhaltspunkt gab, daß sie sich von diesem ihrem brutalen Vorgehen abbringen lassen würde, beschloß die Bürgerinitiative, am 15.11. eine spektakuläre Aktion vor dem Frankfurter Flughafen durchzuführen. Dieser Beschluß wurde von Aschu vor den 150 000 Wiesbadener Demonstranten angekündigt. Hätte er nun gesagt : "Wenn die Landesregierung nicht bis morgen mittag auf unsere Moratoriumsforderung eingegangen ist, gibt's Putz am Flughafen, dann proben wir mal den Aufstand"- dann wäre er nach Buchstaben und Sinn des § 105 wohl tatsächlich drangewesen. Er sagte jedoch wörtlich: *"Wir gehen jetzt davon aus, daß wir mit Sicherheit bis morgen ....ein befriedigendes Angebot nicht haben werden. Und deshalb wollen wir morgen eine Inspektion vornehmen, um festzustellen, ob der Frankfurter Flughafen wirklich so klein ist, daß er eine dritte Startbahn braucht. Wir möchten Euch durch eigenen Augenschein davon überzeugen, wie klein oder groß dieser Frankfurter Flughafen schon ist. Das Ziel unserer morgigen Aktion ist: Es muß vollständig gewaltfrei ablaufen, vollständig gewaltfrei!"*

Offensichtlich ist dies nicht eine Drohung mit Gewalt, sondern das Gegenteil. Das Gericht freilich behauptet, der Argumentation der Bundesanwaltschaft folgend, Aschu habe insgeheim damit gerechnet, daß seine dringliche (!) Aufforderung zur Gewaltfreiheit ohnehin nicht befolgt werden würde, und damit doch die Landesregierung "nötigen" wollen. (Tatsächlich wurden die Auseinandersetzungen vor dem Flughafen durch polizeiliche Maßnahmen provoziert). Irgendwo handelt das Gericht mit dieser Konstruktion gar nicht mal inkonsequent : Wer anfängt, nicht über die begangene Tat, sondern über das gesprochene Wort zu richten, der muß damit enden, die allergeheimsten Gedankengänge eines Menschen aufzuspüren und justiziabel zu machen. An diesem Punkt wird Gegenwehr absurd - gegen Willkürjustiz kann man sich juristisch nicht mehr verteidigen. Geradezu grotesk wird das Urteil, wenn man bedenkt, daß der Staatsschutzsenat der Bürgerinitiative im entscheidenden Punkt mehr oder weniger r e c h t gibt. Es sei auch ihnen nicht einsichtig, meinen die Richter, daß die Landesregierung der Moratoriumsforderung nicht nachgab. Diese Ansicht ist selbst in Kreisen der westdeutschen Justiz nicht neu. Auch der damalige Vorsitzende des Staatsgerichtshofes, Nieders, der das Volksbegehren zwar verwarf, hatte die Moratoriumsforderung gleichwohl für legitim erklärt.

Halten wir also fest : Erstens ist das Urteil ein rein politisches. Zweitens kann

teil ein rein politisches. Zweitens kann
nicht bestritten werden, daß Aschu in der Sache selbst - Moratoriumsforderung, um die es damals ging - recht hatte. **Dann drängt sich die Schlußforderung auf, daß er, gerade deshalb verurteilt werden mußte, weil er in der Sache recht hatte.**

Worum es damals im Kern ging, wurde von Aschu in ebenso einfacher wie bestechender Weise vor Gericht dargelegt (nachzulesen in seiner "mündlichen Einlassung", die demnächst bei "buntbuch" erscheint). Die Aufforderung der Bürgerinitiative, den Flughafen zu blockieren, sei in der Tat eine außergewöhnliche Aktion gewesen, argumentiert Aschu. Doch nach geltendem Recht habe es sich auch nicht einfach um den Konflikt zwischen einer Regierung und einem Teil der von ihr Regierten gehandelt. Denn die hessische Verfassung sieht die Möglichkeit vor, daß das Volk selbst auf direktem Wege, durch Volksbegehren und Volksentscheid, Gesetze erlassen kann. Dies bedeutet, daß das Volk als Gesetzgebungsorgan tätig wird. In dem Moment, wo ein Volksbegehren nach den gesetzlichen Vorschriften beantragt ist, wie z.B. am 14.11.81, habe sich demnach das Volk als Verfassungsorgan im Sinne der hessischen Landesverfassung konstituiert. Aufgabe der gewählten Vertrauenspersonen des Volksbegehrens sei es in dieser Situation gewesen, die Rechte des „Verfassungsorgans Volk" im Konflikt mit dem „Verfassungsorgan Regierung" zu schützen. Man sei also geradezu verpflichtet gewesen, zum sofortigen und energischen Protest gegen die anhaltenden Bau- und Rodungsarbeiten aufzurufen. Eine gewaltfreie Flughafenblockade sei in diesem Zusammenhang durchaus kein „unverhältnismäßiges Mittel".

Gegen diese ebenso verblüffende wie überzeugende Ableitung des Rechts auf Widerstand aus der hessischen Landesverfassung hatten Bundesanwaltschaft und Gericht kein Argument. Von ihrer Seite her gesehen kann es dagegen auch gar kein Argument geben, weil dieser Volksentscheid-Paragraph weder in die politische noch in die juristische Landschaft des Modell Deutschlands hineinpaßt. So war denn auch in der mündlichen Urteilsbegründung des Senatsvorsitzenden Adalbert Schäfer viel von der „Anmaßung" und „Überheblichkeit" des Angeklagten die Rede — alles Vorwürfe, für die die Person Aschu wohl die falscheste Adresse ist, die man sich vorstellen kann. Was die Richter meinen, ist eine handfeste Drohung an die sozialen Protestbewegungen und letztlich die Bevölkerung insgesamt: Wehe euch, wenn ihr euch a n m a ß t, gleichberechtigt neben die Regierenden treten zu wollen, und vergeßt, wo oben

Fortsetzung nächste Seite



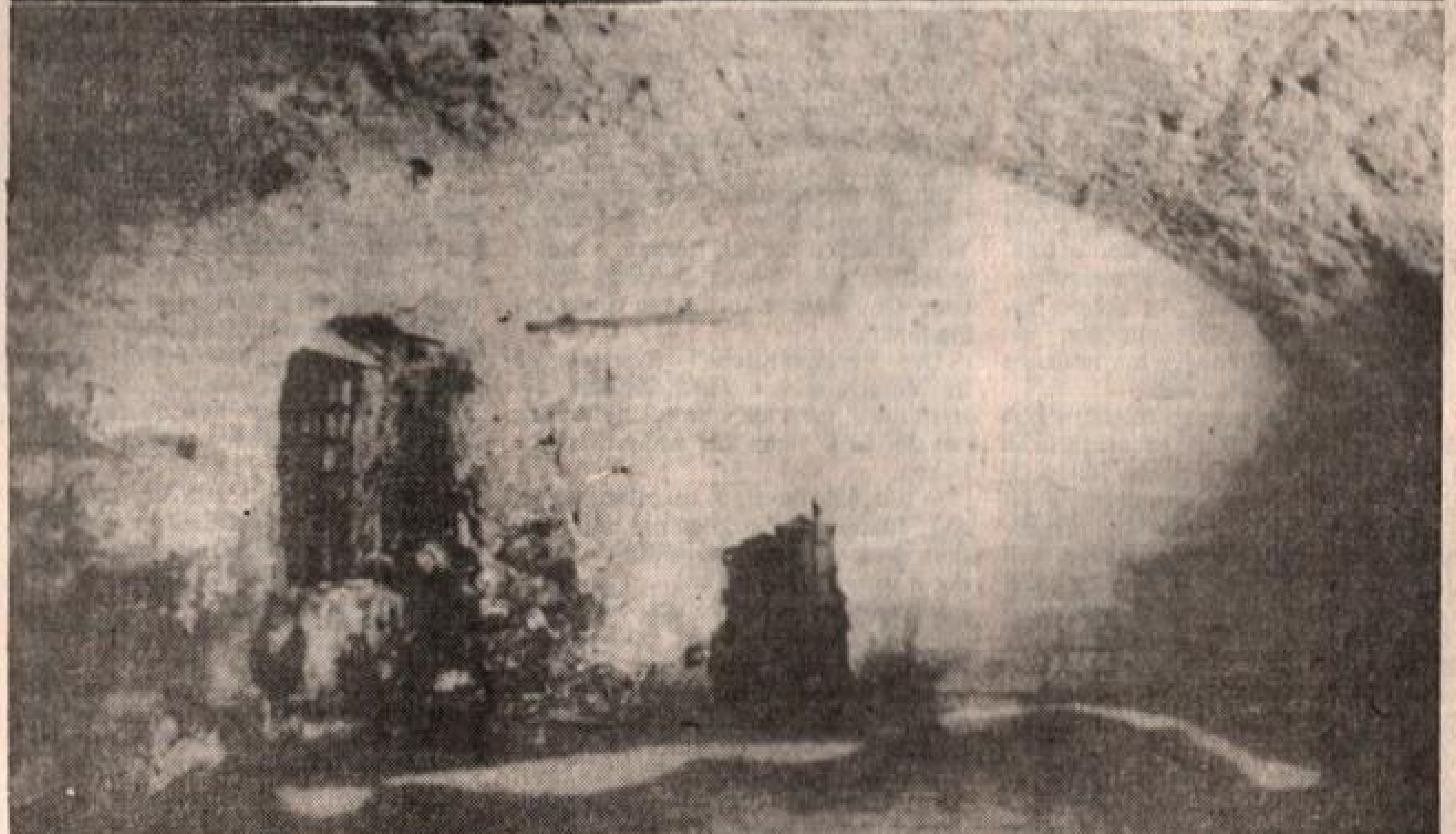


Bild rechts: 19.1.83 Nach der Urteilsverkündung
Bild unten: Gefängnis mit Tradition: In diesem Raum auf dem Hohenasperg bei Ludwigsburg saß zehn Jahre lang der Dichter Chr. Friedrich Schubart, ein Vorfahr von Aschu.

Statement von Alexander Schubart

Liebe Leute!

In diesen Wochen gedenkt man allenthalben des 50. Jahrestages der Machtergreifung des Faschismus in Deutschland. Einen für die politische Strafjustiz in Deutschland wesensgemäßen Beitrag zu diesem Gedenken an jene Machtergreifung hat der Staatsschutzsenat des Frankfurter OLG mit seinem Urteil vom letzten Mittwoch erbracht. In der Tat hat dieses Urteil, so glaube ich, eine Kontinuität der politischen Justiz in diesem Jahrhundert deutlich werden lassen, eine Kontinuität, die von der Justiz im autoritären wilhelminischen Staat und von der Interessenjustiz der politischen Rechten in der Weimarer Republik über die Justiz im dritten Reich bis zur politischen Justiz unserer Tage reicht. Das Übergreifende in dieser Kontinuität stellt eine Staatsfixiertheit dar, derzufolge der Staat als solcher und seine Organe prinzipiell immer im Recht ist, ja geradezu das Recht verkörpert, während alles Unrecht, insbesondere alle unrechtmäßige Gewalt, wie denkgesetzlich nur von unten kommen kann. Das oberste Prinzip lautet: es gilt, diesen Staat und seine Organe vor dem Menschen zu schützen; bezeichnenderweise gibt es ja auch einen Staatschutzsenat und keinen Senat zum Schutze der Menschen. Dem Bürger verbleibt das Recht, alle 4 Jahre zur Wahl zu gehen. Nach der Wahl jedoch hat für ihn der Grundsatz zu gelten: konsumiere und sei still! Die reibungslose Durchsetzung staatlicher Maßnahmen hat absolute Priorität. Keinesfalls darf eine Regierung beim Regieren ernstlich gestört werden. Von einer solchen autoritären Staatsfixiertheit, die ja auch eine wichtige Stütze durch die Justiz für alle Formen autoritärer Machtausübung gewesen ist, ist auch das Urteil des Frankfurter Staatsschutzsenats vom letzten Mittwoch geprägt. Deshalb war dieses Gericht absolut unfähig, die eigentliche Kernfrage bei der Beurteilung des Konflikts im hessischen Herbst von 1981 unter demokratischen Kriterien zutreffend zu beurteilen , nämlich die Frage, ob eine Regierung rechtmäßig handelt, wenn sie die Ausübung von Rechten nach der hessischen Verfasssung, und zwar die Rechte auf eine wirklich offene Entscheidung über die Startbahn West im Rahmen von Volksbegehren und Volksentscheid, durch das Schaffen von vollendeten Tatsachen vereitelt.

Ganz offenbar wollte der Frankfurter Staatsschutzsenat, der ja so ganz in der Tradition deutscher politischer Strafjustiz steht, unter Beweis stellen, daß er die in ihn gesetzten Erwartungen nicht enttäuschen werde. Und dazu gehört eben die Bereitschaft, den Staat unter allen Umständen zu schützen und mit wirklichen oder vermeintlichen staatsfeindlichen Elementen gründlich abzurechnen. Und natürlich müssen diese „staatsfeindlichen Elemente" als moralisch verwerflich und charakterlich verkommen dargestellt werden. So ist denn dieser Alexander Schubart nicht nur ein politischer Gewalttäter, sondern auch ein Individuum, das mit „Rechtsblindheit und Unbelehrbarkeit" geschlagen, von „Fanatismus und Selbstherrlichkeit" getragen ist und das obendrein noch eine breite Bürgerbewegung mit im Kern wünschenswerten Zielen „diskreditiert" hat. Vor solchen Subjekten müssen natürlich Staat und Gesellschaft geschützt werden.

In Anbetracht des Urteils vom letzten Mittwoch frage ich mich auch, wie es eigentlich zu einem sochen Staatsschutzsenat mit seinem vorsintflutlichen Demokratieverständnis gekommen ist. Die Richter eines Staatsschutzsenats fallen ja nicht vom Himmel, sondern werden durch bewußte Maßnahmen der politisch Mächtigen in ihr Amt eingesetzt. Hier in Hessen sind seit 38 Jahren die Sozialdemokraten die führende politische Kraft. Ich frage mich, ob diejenigen Recht haben, die sagen: je länger eine sozialdemokratische Herrschaft etabliert ist, desto reaktionärer die Justiz in ihrem Einflußbereich!

Liebe Leute!

Die Funktion des Urteils vom letzten Mittwoch ist nicht nur deutlich, sondern auch vom Gericht offen und ausdrücklich eingestanden: das Urteil soll ein Signal setzen, ein Signal nicht nur in Richtung der Bürgerbewegung gegen die Startbahn West, sondern in Richtung aller sozialen Bewegungen. Der starke Staat zeigt Flagge und rammt Pflöcke ein gegenüber sozialen Bewegungen: bis hier her und nicht weiter! Jeder, der künftig Widerstand gegen Maßnahmen der Regierenden leisten — und dabei natürlich auch politischen Druck auf eine Regierung ausüben will, was in jeder Demokratie das allernatürlichste ist — muß gewärtigen, der Nötigung von Regierungen angeklagt und verurteilt zu werden. Das geschieht nicht von ungefähr im Zusammenhang mit einer politischen Trendwende nach rechts und auch nicht von ungefähr im Jahre der Raketenstationierung, weshalb das Urteil schon als ein Pershing II-Urteil genannt worden ist. Die Frage ist jetzt, wie die sozialen Bewegungen, vor allem die Friedensbewegung in Anbetracht der Raketenstationierung, auf diesen Tatbestand reagieren wird. Ich sehe zwei Möglichkeiten des Reagierens:

Erste Möglichkeit: Das Signal des Schäfer-Urteils wird befolgt. Das bedeutet letztlich, daß aus Angst vor Kriminalisierung künftig ernsthafte Widerstandsmaßnahmen gegen irgendwelche regierungsamtliche Maßnahmen, seien es nun der Bau von technologischen Großprojekten, sei es die Stationierung von Mittelstreckenraketen, seien es sonstige Dinge, unterbleiben und daß so eine reibungslose Durchsetzung der jeweiligen Regierungspolitik gewährleistet ist. Eine solche Reaktion wäre menschlich verständlich, weil wir alle unsere Ängste haben. Politisch wäre eine solche Reaktion ein Fiasko. Die sozialen Bewegungen müßten nämlich den Anspruch aufgeben, daß außerparlamentarische Kämpfe Priorität gegenüber der Arbeit in Parlamenten haben und daß wesentliche Änderungen in diesem Lande nur dann erreicht werden können, wenn die Betroffenen ihre Geschicke in die eigenen Hände nehmen und für sie buchstäblich „auf die Straße" oder in die Wälder gehen.

Die zweite Möglichkeit, die ich sehe, ist die, daß die sozialen Bewegungen genau das Gegenteil von dem tun, was das Signal des Herrn Schäfer anzeigen soll. Wir müssen nämlich erkennen, daß mit dem Urteil vom letzten Mittwoch eine politische Feinderklärung gegenüber allen sozialen Bewegungen abgegeben worden ist. Jetzt gilt es zu testen, ob dieser Staat ein demokratischer Staat bleibt oder ein autoritärer Maßnahmenstaat, wie ihn der Frankfurter Staatsschutzsenat sich vorstellt, wird.

Folgt man dieser Alternative, so lautet die Devise: die außerparlamentarischen Kämpfe nicht einstellen, sondern fortsetzen und am Konzept vom gewaltfreien und aktiven Widerstand festhalten. Ganz sicherlich wird es dann zu weiteren Versuchen — und vielleicht auch zur Durchsetzung — von Kriminalisierungen kommen und manche werden deshalb meinen, daß dieses Risiko zu groß ist. Nur bitte ich zu bedenken, welche Risiken dagegen stehen: der immer rapidere Abbau von demokratischen Rechten, die immer rücksichtslosere Durchsetzung umweltfeindlicher Großprojekte und vor allem die menschheitsbedrohenden Maßnahmen der Wettrüstungsbetreiber! Und wir müssen erkennen, daß derjenige, der der Repression nur einen Finger gibt, schnell die ganze Hand ab haben wird. **Und wenn man alles bedenkt und gegeneinander abwägt, so kommt man nicht an der Richtigkeit jener Worte von Bertold Brecht vorbei, die da besagen:**

Wer sich nicht in Gefahr begibt, kommt in ihr um.

22. Januar 1983, Abschlußkundgebung der Solidaritätsdemonstration in Frankfurt

Forts. von vorhergehender Seite

und unten ist. Das kann als Paradestück einer autoritären Justiz in einem autoritären Staat in die Geschichte eingehen (falls es in der Revision vor dem BGH Bestand hat).

Zweifellos bedroht das Urteil die Gewerkschaften, wie Detlef Hensche (IG Druck und Papier) auf einer Kundgebung zum 50. Jahrestag der faschistischen Machtergreifung in dankenswerter Klarheit feststellte. Und noch unmittelbarer ist der Zusammenhang zur Friedensbewegung und zu den von ihr in diesem Jahr geplanten Blockadeaktionen. Darüber sollte aber nicht vergessen werden, daß es den Richtern auch und vielleicht sogar in erster Linie darum geht, einen abrupten Schlußstrich mit ausdrücklich erwünschter „Signalwirkung" unter den ersten Versuch eines Volksbegehrens in der BRD zu ziehen.

Lernprozesse, daß Demokratie etwas anderes ist als das System, mit dem in der BRD regiert wird, Versuche, dieses Andere — nämlich „Volksherrschaft" — einmal ansatzweise zu testen, sollen mit der Keule des Strafrechts erschlagen werden. So greift das Gericht auf das mittelalterliche Ritual zurück, einen „Aufrührer" öffentlich als „Verbrecher" an den Pranger zu stellen. Allein mit irrationaler Rachsucht der Herrschenden läßt sich dieses Vorgehen nicht erklären. Zudem ist es an der „Startbahnfront" relativ ruhig geworden (was sich durchaus wieder ändern kann und — hoffentlich — auch wird).

Gelegentlich fragten die Startbahngegner und Volksbegehrensbetreiber in ihren Publikationen: **„Werden wir, die Bürger, eigentlich selbst über Krieg und Frieden entscheiden können?"** Eine interessante Frage. Sie wird öffentlich gestellt und jedesmal — Treffer! — heult die „FAZ" auf. Man liegt wohl nicht falsch, wenn man hinter dem Urteil auch die Absicht vermutet, diesen ebenso einfachen wie explosiven Gedanken schnellstens aus den Köpfen der Menschen zu verbannen. Es ist 1983 — Raketenjahr. In der Linken, einschließlich der Grünen und der Friedensbewegung, wurden zu dieser Frage bisher so gut wie keine Überlegungen angestellt. Hier herrscht — bei der deutschen Vergangenheit kein Wunder! — das ungeschriebene Gesetz: Was wir machen, ist ohnehin nicht mehrheitsfähig.

Die demokratischen Kräfte befinden sich nun in einer schwierigen Situation. Es geht darum, alle Mobilisierungsmöglichkeiten auszuschöpfen gegen die reaktionäre Tendenz, die das Urteil weist, mit einem Wort: gegen den sich abzeichnenden CSU-Staat. Es geht ferner darum, Solidarität mit dem Verurteilten und seiner Familie zu leisten: Wird das Urteil rechtskräftig, scheidet Aschu automatisch aus dem Öffentlichen Dienst aus. Er verliert für fünf Jahre das passive Wahlrecht (kann also weder Abgeordneter noch Stadtrat o.ä. werden). Für 10 Jahre (!) ist ihm sogar eine Zulassung als Anwalt verwehrt. Wird dieser Prozeß schon alles in allem über 100.000 DM kosten, erwarten ihn als nächstes Schadensersatzforderungen der FAG, wahrscheinlich über rund 150.000 DM.

Und es geht nicht zuletzt darum, sich nicht in die Defensive drängen zu lassen, sondern das, was man an dem beschrittenen Weg für richtig erkannt hat, nun erst recht fortzusetzen.

Es ist wohl einsichtig, daß eine lokale Solidaritätsbewegung mit diesen Problemen überfordert ist. So geht denn zum Schluß die Bitte auch an die Nicht-Hessen, Vorschläge zu machen und Initiativen zu ergreifen.

KB/Gruppe Frankfurt

Spenden
für die Prozeßkosten

Sonderkonto Karin Gäßler
Kto.Nr. 3625 45-608
Postscheck Frankfurt

Adresse

Komitee „Solidarität mit Alexander Schubart"
Hamburger Allee 49
6000 Frankfurt 90

Ermittlungsausschüsse:

Rechtsschutz der Bewegung

Interview mit Thomas von der Bunten Hilfe Startbahn West

Im folgenden drucken wir ein Interview mit einem Mitglied der Bunten Hilfe Frankfurt ab. Die immer schärfer werdenden Angriffe auf die Protestbewegungen haben dazu geführt, daß sich in vielen Städten Leute zu Ermittlungsausschüssen/Bunten Hilfen zusammengeschlossen haben, um eine Gegenöffentlichkeit zu schaffen. Die Ermittlungsausschüsse sollten nicht zu einer alternativen Rechtsschutzversicherung verkommen, bei denen mensch sich bedient, wenn es um das Bezahlen von Strafen dient, sondern durch aktive Unterstützung aus den verschiedenen politischen und sozialen Bewegungen zu einer Kraft entwickelt werden, die Gegenöffentlichkeit schaffen kann und der immer mehr um sich greifenden Knüppel- und Verhaftungswillkür durch die Polizei zumindest einen Schritt entgegen treten kann.



Solidaritätsdemonstration am 22.1.83 in Frankfurt

AK: Wann hat sich die Bunte Hilfe gegründet, wer arbeitet mit?

Thomas: Es hat angefangen im November 81. Da war die große Demo in Wiesbaden zur Abgabe der Unterschriftenlisten und es war der 15. November, der Flughafensonntag, also die Besetzung des Flughafens mit dem ganzen Rummel, der danach kam. Da war die Überlegung von anfangs 10, 12 Leuten, die - als sie vom Flughafen zurückkamen und in den Nachrichten hörten, jetzt könne man die Bewegung nicht mehr ernst nehmen, jetzt seien sie kriminell geworden, jetzt sei die Bürgerbewegung, die gute Ziele hatte, die mit den Bürgern zusammengearbeitet hätte und überhaupt nicht militant gewesen sei, völlig umgedreht, jetzt seien die Berufskrawaller da und jetzt sei alles anders nach diesem Sonntag - sich überlegten, daß es eine Stelle geben müßte, die solche Berichte, die in Radio, Fernsehen und Presse kommen, klarzustellen versucht. D.h. eine Stelle, die neben der BI versucht, eine Gegenöffentlichkeit zu schaffen, die zu solchen Aktionen wie der am Flughafen eine Pressekonferenz oder eine Erklärung macht, wie es dann abgelaufen ist und was eigentlich los war, warum kamen denn die Bundesgrenzschutzhubschrauber und haben Blendschockgranaten geworfen und so weiter.

Wir sind ein ganz bunt gewürfelter Haufen, wir haben Lehrer, Hochschullehrer, Mediziner, Juristen also ein breites Spektrum von Leuten, die sich erstmal das Ziel der Gegenöffentlichkeit gestellt haben. Am 15. November gab es ja noch keine Prozesse gegen Startbahngegner , die standen ja erst vor der Tür. Wir wollten den Fehler, der in anderen Bewegungen oft gemacht wurde, nämlich daß Leute dann alleine vor Gericht stehen, wenn sie nicht gerade "bekannt" sind in der Startbahnbewegung, verhindern. Wir hatten es hier besonders oft, daß gerade Jugendliche und Leute die nicht hier aus der Gegend sind, ein Verfahren an den Hals bekommen haben. Damit die nicht etwas für alle ausbaden mußten, wollten wir eine Mobilisierung für die Gerichtsverhandlungen und eine Öffentlichkeitsarbeit zu den Prozessen erreichen. Also ein Ermittlungsausschuß, der auch Zeugenaussagen zu jedem Vorfall sammelt, die man dann den Betroffenen und ihren Anwälten zur Verfügung stellen kann und alles, was halt ein Ermittlungsausschuß so macht.

Wie versucht ihr die verschiedenen Teile der Bewegung in eure Arbeit mit einzubeziehen?

Thomas: Das wichtigste war für uns zu sagen : Wir sind ein ganz bunter Haufen, also Bunte Hilfe, wir können uns nicht auf irgendeine politische Richtung festlegen lassen. Die Bunte Hilfe vertritt auch keine politische Richtung, wir sind keine Ersatzbewegung, sondern wir arbeiten mit der BI zusammen.

Z.B. Sonntags, bei den regelmäßigen Spaziergängen, haben wir Dienst, die BI hat Dienst und wir stehen im Kontakt über das, was passiert ist, wir besorgen Anwälte, kümmern uns um Leute, die festgenommen werden usw: Wir greifen nicht ein und wir geben keine Initiativen, wir regen höchsten mal so Geschichten wie das Straffreiheitsgesetz an und tragen das dann in die Bewegung rein, wo es dann diskutiert wird. Leute von uns sind dann dabei, wenn so ein Gesetzentwurf formuliert wird. Aber wir greifen nicht als Bunte Hilfe ein. Wir werden nie in BI-Debatten sagen: "Die Bunte Hilfe meint.."

Kannst du ein paar Zahlen zu Festnahmen und Verurteilungen sagen und über das Verhältnis von Festnahmen/Verhaftungen und stattfindenden Verfahren?

Thomas: Zahlen über Festnahmen kann ich unmöglich sagen, da jeden Sonntag eine Reihe von Leuten festgenommen wird uns uns zum einen nicht alle Zahlen erreichen und zum anderen viele Startbahngegner nur wegen einer Gasschutzbrille, eines Helmes oder so festgenommen werden und dann nach zwei Stunden wieder frei sind.

Früher folgte auf jede Festnahme auch ein Verfahren. Heute, wo die Leute wegen einer Schwimmbrille o.ä. festgenommen werden, weil sie damit Gewalt in Kauf nähmen, werden seltener Verfahren eröffnet, da ihnen ja auch tatsächlich nichts vorzuwerfen ist. Wir machen zum Teil umgekehrt Anzeige wegen Freiheitsberaubung.

Bis Ende November 82 hatten wir 58 Gerichtsverfahren, von denen 17 eingestellt wurden, 19 mit Freispruch und 22 mit Verurteilungen endeten.

In einer Pressekonferenz veröffentlichten wir die Zahl von 800 anstehenden Verfahren, die Staatsanwaltschaft veröffentlichte später die Information, es seien knapp 2.000 Verfahren am laufen. Das sind zum Großteil Verfahren, in denen noch ermittelt und später dann eventuell Anklage erhoben wird. Wir haben also erst einen Bruchteil von Verfahren hinter uns.

Wie sieht es aus mit Schadensersatzklagen und ähnlichem?

Thomas: Schadensersatzklagen bekamen wir etwa 40, die sich auf bestimmte Tage konzentrieren und das sind Forderungen von 80,- DM bis 33.000,- DM.

Es gibt mehrere Freisprüche im strafrechtlichen Bereich, wo die Betroffenen später trotzdem die Schadensersatzforderungen bekommen haben. Da steht jetzt im Januar der erste Prozeß an.

Wir sagen zwar, daß auf keinen Fall gezahlt werden soll - sollen die doch mal was nachweisen - aber es gibt auch Fälle, wo die Summe widerspruchslos gezahlt wurde und später noch ein strafrechtliches Verfashren nachgeschoben wurde. Und dann mußt du erklären, warum du zwar gar nichts gemacht hast, aber den Schadensersatz für die Mauerstrebe oder sonst was bezahlt hast.

Gab es bei euch irgendwelche hervorstechenden Urteile oder Freisprüche?

Thomas: In Wiesbaden wurden drei Leute zu je sechs Monaten ohne Bewährung verurteilt, die man bereits in Wiesbaden festgenommen hatte, als sie ihr Auto für eine Demo beluden. Aber dieses Urteil wird in der Berufung sicher wieder aufgehoben.

Natürlich ist das Aschu Urteil hervorstechend - zwei Jahre mit Bewährung - und sonst fällt auf, daß es bei den Jugendlichen häufig eine Einstellung des Verfahrens mit Arbeitsauflagen gibt, z.B. vier Wochenenden in einem Altersheim zu arbeiten. Es ist im Jugendstrafrecht so geregelt, daß die Verfahren gegen bestimmte Auflagen eingestellt werden können, wobei hier die Höhe der Auflagen sehr auffällig ist. Und gerade die Gerichte in Rüsselsheim und Groß-Gerau tun sich damit hervor, sehr hohe Auflagen zu verhängen.

Kommt es hier, analog zum Allgemeinen Sicherheits- und Ordnungsgesetz in Westberlin, zur Anwendung des Hessischen SOG (Vorbeugehaft/polizeiliche Verwahrung) in Frankfurt?

Thomas: Es gibt hier die Praxis, die Leute bei den Sonntagsspaziergängen schon auf den Wiesen zu kontrollieren. Und in einer ganzen Reihe von Fällen wurden sie mit ihren Wasserspülflaschen für die Augen, ihren Schutzbrillen und was auch immer durchgelassen, sind in Richtung Mauer gelaufen und wurden an der Mauer ein zweites Mal durchsucht und da hieß es dann plötzlich:"Kommen sie mit!" Sie wurden festgenommen, hinter die Mauer gebracht, wo an bestimmten Sonntagen Richter draußen sind, die sich das ansehen, die sagen: Sie werden Gewaltätigkeiten erwartet und gebilligt haben, ich bestätige ihre Festnahme und setze die Entlassung auf 20 Uhr fest.

Wie wird die Bunte Hilfe in Anspruch genommen, wer kommt in welchen Fällen?

Thomas: In der Regel kommen die von Verfahren Betroffenen zu uns, sobald sie den Ärger am Hals haben. Es gibt natürlich auch Leute, die kommen und sagen: Übermorgen habe ich Prozeß, helft mir! Bei den großen Demos, wie bei der Bauplatzbesetzung,stellen wir uns an die Aufmarschplätze und verteilen unsere Rechtshilfekärtchen mit unserer Adresse und Verhaltensregeln bei Festnahmen und es hat unheimlich gut geklappt, wir haben eine Menge Zeugenaussagen gekriegt, nachdem bekannt war, daß es die Bunte Hilfe gibt.

Sonntag abends haben wir unser Plenum, wir kriegen die Meldungen, was draußen los war, wieviele Festnahmen es gab, setzen uns mit der BI in Verbindung und gucken nach, ob alle Leute wieder frei sind. Diese Zusammenarbeit klappt relativ gut, seit die Bunte Hilfe bekannt ist.

Trotzdem schreiben noch zu wenige Leute auf, was sie gesehen haben, es gibt noch zuwenig Zeugenaussagen.

Macht ihr auch Prozeßbegleitung, wie sieht die aus?

Thomas: Prozeßbegleitung machen wir nur ganz, ganz wenig. Das ist von uns nicht zu leisten. Aber es gibt unabhängig von der Bunten Hilfe Prozeßgruppen, grad in Rüsselsheim und Groß-Gerau, die zu jedem Prozeß in ihren Orten gehen und auch das Prozeß-Info herausgeben, die unabhängig von der BI oder Bunten Hilfe die Prozesse betreut und Prozeßberichte schreibt. Das könnte es noch viel mehr geben, gerade in Frankfurt. Das können wir zwar organisatorisch und auch mal finanziell unterstützen, aber wir können nicht selbst alle Prozesse besuchen.

Findet eine Zusammenarbeit zwischen Bunte Hilfe, Demoleitung und Demosanitätern statt?

Thomas: Bei großenAktionen, wie z.B. der Bauplatzbesetzung, wird mit der BI abgesprochen, welche Standorte die Bunte Hilfe an den Aufmarschwegen und in der Nähe des Bauplatzes hat, wo wir und wo Sanitäter mit Bussen stehen. Das hat sehr gut geklappt, die Leute mußten an unseren Bussen vorbei, sie haben erfahren, was sie erwartet, was besonders für die Auswärtigen wichtig ist und wir haben, als sie wieder zurückkamen, Auskünfte und Zeugenaussagen gekriegt.

Auch bei großen Demos hier in Frankfurt läuft das ganz gut, wir werden vorher angerufen und kriegen gesagt: Dann und dann ist 'ne Demo, macht ihr einen zusätzlichen Dienst!

Was macht die Bunte Hilfe von sich aus an Öffentlichkeitsarbeit, macht sie eigene politische Erklärungen zu Demos oder so?

Thomas: Eigene politische Einschätzungen, darüberhinaus, daß wir sagen: Durch diese brutalen Übergriffe und diese Vielzahl von Verfahren soll die Bewegung kriminalisiert werden, also politische Einschätzungen zur Arbeit der Bewegung, geben wir nicht.

In bestimmten Zeiträumen fassen wir die Verfahren, von denen wir Kenntnis haben, zusammen und geben Dokumentationen raus. Wir haben eine große Dokumentation gemacht, die als Gegenstück zu Presseberichten gedacht ist, wo wir Presseberichten über verschiedene Vorfälle Zeugenaussagen gegenüberstellen.

Heute Abend machen wir eine Veranstaltung zu dieser leidigen Hessenlöwensache, dazu haben wir auch schon zwei Straßenaktionen gemacht, wo wir einen überdimensionalen Hessenlöwen gebaut und Flugblätter verteilt haben, um darauf aufmerksam zu machen, wie unterschiedlich die Gerichte auf diesen Löwen reagieren. Die einen sagen, das ist erlaubt, das ist Sati re und die anderen sagen, das ist Verunglimpfung des Staates und das muß bestraft werden.

Bei der zweiten Aktion wurde der Löwe dann auch einkassiert. Wir wissen von derzeit mehr als hundert Verfahren wegen dieses Hessenaufklebers.

Deshalb machen wir diese Veranstaltung im Volksbildungsheim, wo wir auch kabaretttistisch die Sache mit dem Löwen aufarbeiten wollen, wo wir zeigen wollen, wie verrückt und überdreht der Staat hier auf etwas reagiert, das, wenn er es links liegen lassen würde, keinen berühren würde. Da würde niemand mehr darüber reden, wenn er nicht so panisch reagieren würde.

Forts. von vorhergehender Seite

Wir machen demnächst aber auch ein Treffen mit den von Hessenlöwenverfahren Betroffenen und besprechen da grundsätzliche Sachen mal gemeinsam und versuchen eine Einschätzung von der politischen Bedeutung der Prozesse zu geben.

Gibt es auch noch andere Treffen von Leuten, die z.B. während einer Demo festgenommen wurden?

Thomas: Das gab's und gibt es. Es gab mal diese berühmte Gruppe der hundert Festgenommenen an einem Tag, die haben versucht, eine Selbsthilfegruppe zu bilden, das ging auch eine ganze Zeit lang gut, dann haben sie sich ein bißchen gespalten. So etwas können wir organisatorisch und finanziell unterstützen und können so etwas durch Aufrufe z.B. auch anleiern, aber so etwas passiert viel zu wenig.

Welche Diskussionen führt ihr innerhalb der Bunten Hilfe?

Thomas: Also mit dem Straffreiheitsgesetz haben wir uns sehr lange auseinandergesetzt, ist sowas sinnvoll, ist sowas zu empfehlen, also die alte leidige Diskussion, ist das ein Betteln beim Staat um Gnade, oder verlangen wir einfach, daß jetzt Schluß ist mit diesen Verfahren und daß eben der Rechtsfrieden wieder hergestellt werden soll. Diesew Diskussion haben wir z.B. geführt.
Wenn das BI Plenum eine Bauplatzbesetzung beschließt und ein Anfrage an die Bunte Hilfe macht, wie wir das unterstützen, wie wir die Rechtshilfe machen wollen, dann fragen wir nicht zurück: seid ihr verrückt, eine Bauplatzbesetzung zu machen?! und hängen uns da rein - das kann jeder einzelne von uns, der in einer BI oder auf dem Plenum ist, machen - aber es gibt keine Stellungnahme der Bunten Hilfe dazu: Wir glauben, ihr spinnt! Wir diskutieren auch nicht darüber, sondern für uns ist dann selbstverständlich, wenn es so'ne Aktion gibt, die von BI-Plenum beschlossen ist, daß wir unser Büro aufmachen und zusehen, wo man noch an Ort und Stelle Rechtshilfe machen kann.

Führt ihr die Gewaltdiskussion?

Thomas: Ich kann mich an keine Diskussion über Gewalt erinnern. Das ist auch nicht unsere Sache. Wir haben uns mit den Folgen auseinanderzusetzen, was passiert, was stellen wir richtig, und mit den Verfahren; wir sind meistens erst betroffen, wenn was passiert ist.

Wie finanziert ihr eure Arbeit, wie verteilt ihr Gelder?

Thomas: Hauptsächlich durch Spenden und indem wir unsere Dokumentationen und Bunte Hilfe-Buttons verkaufen oder Feste machen und da den Erlös kriegen, z.B. das Fest zur Hessenwahl.
Es gibt halt einige Stadtteilgruppen, die mal ein Fest zugunsten der Bunten Hilfe machen, oder es gibt eine Spende der Grünen oder von irgendeinem DGB-Kreis in Schleswig-Holstein und ganz auffällig, was uns auch sehr gefreut hat, bei den großen Aktionen, z.B. dieser Bauplatzbesetzung, kamen viele Leute von auswärts, die haben unsere Rechtshilfekarten bekommen, die haben uns gesehen, uns erlebt und nach dieser Besetzung kamen von außerhalb viele 50 und 100 Mark-Spenden. Das war halt kein Spendenaufruf in irgendeiner linken Postille, sondern die Leute haben uns gesehen, haben gemerkt, daß wir was tun und schicken deshalb ihr Geld rüber.
Finanzieren müssen wir damit Büro, Telefon, Porto und Druckerzeugnisse, und dann geben wir halt im Rahmen unserer Möglichkeiten Zuschüsse an Leute, die verurteilt werden oder Rechtsanwaltgebühren nicht bezahlen können. Allerdings könnten wir selbst nicht eine dieser Schadensersatzklagen bezahlen. Wenn sie durchkämen, dann wären wir ruiniert. Also wir können nur in Notfällen was dazugeben.

Wie sieht die Unterstützung für euch durch andere Gruppen und Organisationen aus?

Thomas: Da gibt es z.B. schon mal Veranstaltungen mit der GEW, oder die GEW sammelt auf ihren Veranstaltungen und sagt, die Hälfte ist für die Bunte Hilfe. Mit den Grünen arbeiten wir natürlich zusammen, gerade jetzt, wo es um das Straffreiheitsgesetz ging, das die Grünen dann ja im Landtag eingebracht haben.
Zu uns kommen die unterschiedlichsten Leute, die was wissen wollen, die Veranstaltungen machen wollen, der Stern kommt, der Spiegel kommt ...

Wie läuft eure Zusammenarbeit mit den Rechtsanwälten und Ärzten?

Thomas: Es gibt eine Liste von linken Ärzten und linken Rechtsanwälten, und wenn nun Leute anrufen und fragen, habt ihr Ärzte oder Anwälte, dan können wir Leute vermitteln, die mit der Geschichte auch politisch was am Hut haben. Mit Rechtsanwälten gibt es manchmal Treffen, damit man sich abspricht, wie man sich z.B. bei diesen Hessenlöwenverfahren verhält.

Wie verhält sich die Bewegung zu den Kriminalisierten? Es war und ist ja ungeheuer schwierig, die Problematik der Kriminalisierung in die BI's reinzutragen.

Thomas: Es gibt eine Frau, die so ein Verfahren hat, die kommt aus Kassel und bringt 40 Leute zur Verhandlung mit. Toll. Der Gerichtssaal ist voll, es ist eine "gute" Athmosphäre und die Angeklagte fühlt sich relativ sicher.
Es gibt einen Angeklagten aus Gießen, der e i n m a l an der Startbahn war, sofort festgenommen worden ist, der hier niemanden kennt, der niemanden aus der BI kennt, der ist halt eines Sonntags mal runtergefahren, weil er interessiert ist, der sitzt allein im Gerichtssaal und hinten sitzt nur ein Polizeireporter.
Da können wir auch nicht mehr machen, als den Prozeßtemin bekannt zu geben.
Also das ist halt ganz unterschiedlich. Wenn die Leute eingebettet sind in die BI und gute Kontakte haben, dann läuft es gut. Einzelgänger, die es gibt und die auch oft festgenommen werden, die sind dann auch vor Gericht alleine.

Wann macht ihr Telefoneinsätze, wann eure normalen Bürozeiten?

Thomas: Jeden Tag von vier bis acht ist Bürozeit; ist 'ne Demo, Samstag oder Sonntag was besonderes angekündigt, dann je nach Bedarf.

Gibt es Presse- oder Polizeiangriffe auf die Bunte Hilfe?

Thomas: Natürlich gibt es jede Menge Angriffe seitens der bürgerlichen Presse. Uns wird natürlich Einseitigkeit vorgeworfen - klar dokumentieren wir keine Angriffe auf Polizisten, dies wird ja nun wirklich genug gerade von dieser Presse registriert und gegen die gesamte Bewegung verwendet.
Wegen der Aktion mit dem Hessenlöwen gibt es ein Ermittlungsverfahren gegen Leute von de, Bunten Hilfe, aber sonst gibt es da noch nichts.

Habt ihr in der Gruppe eine große Fluktuaktion und wie geht ihr vor, wenn neue Leute mitmachen wollen?

Thomas: Es gibt einen festen Stamm von etwa 20 Leuten und eine Kartei, mit deren Hilfe wir bei Bedarf noch viel mehr Leute erreichen können. Bei neuen Interessierten machen wir keine Kontrollen oder sonst was, es kommt jemand, der setzt sich ins Plenum und sagt halt, daß er gern mitarbeiten würde und wenn er auch Bürodienst machen will, dann setzt er sich erst mal bei einem anderen dazu und guckt sich das genauer an, weil man sich da schon ein bißchen auskennen muß und so kriegst du halt zu ihm Kontakt und irgendwann macht er auch allein Bürodienst.

Welche Probleme seht ihr in nächster Zeit auf euch zukommen; gibt es irgendwelche Projekte, an denen ihr arbitet?

Thomas: Im Moment werden wir noch lange mit den Verfahren zu tun haben, die werden uns noch einige Zeit beschäftigen. Ich glaube, daß es sowas wie die Bunte Hilfe immer geben wird, auch über die Startbahn hinaus. Das heißt zwar Bunte Hilfe Startbahn West im Moment, aber ich kann mir vorstellen, daß die einmal einfach nur Bunte Hilfe heißt und daß, immer wenn durch soziale Bewegungen Konflikte entstehen, die Bunte Hilfe zur Verfügung steht.
Wir sind keine alternative Rechtsschutzversicherung, wir können nicht bei Konflikten in ganz Hessen aktiv werden, da können wir nur unterstützen, daß sich da auch Bunte Hilfe gründen, aber hier in Frankfurt, glaub ich, gehen die sozialen Konflikte nicht aus, so daß wir uns keine Gedanken machen müssen, ob wir uns mal auflösen müssen.
Wir könnten, wenn wir mehr Leute und mehr Zeit hätten, noch mehr und intensivere Sachen machen, gerade zu den Verfahren, aber das geht im Moment nicht.

Danke für das Gespräch.

Wie der Staat einen Nazi – Führer "beaufsichtigt"

Michael Kühnen auf Rundreise

Kaum aus der Haft entlassen, macht Michael Kühnen, Star der NS-Nazis, wieder von sich reden. Trotz erheblicher Führungsauflagen seitens des Gerichtes reiste Kühnen in den letzten Wochen wieder durch die BRD, um die verschiedenen Gruppen der neuen Nazis zu sammeln. Der bisherige Höhepunkt: Ein Aufmarsch von ca. 100 Nazis im Haus des bekannten Mainzer Nazis, Kurt Müller (NS-Kampfgruppe Mainz). Trotz eindeutiger Verstöße gegen seine Führungsauflagen ist der Staat - wie schon von früher her gewohnt - bisher gegen Kühnen nicht eingeschritten. Man/frau darf gespannt sein,, wie lange es dieses Mal dauert, bis Kühnen und Co. in den Knast kommen.

Seit seiner Haftentlassung am 1.12.1982 wohnt Michael Kühnen bei dem bekannten Hamburger Alt-Nazi Carlus Baagoe, der schon zu Zeiten der alten ,,Aktionsfront Nationaler Sozialisten'' zu den finanziellen Förderern dieses Vereins zählte (2 HH 60, Wesselyring 63). Baagoe gehört zu dem Kreis um Christophersen und Schönborn, mit denen zusammen er schon vor Jahren nazistische Propaganda betrieb. Aktuellste Meldung über Baagoe ist ein Flugblatt vom 10.1.83 in Hamburg, in dem antisemitische Hetze (,,Holocaust''-Lüge) betrieben wird und für das B. verantwortlich zeichnet. Er selbst bezeichnet sich in diesem Flugblatt als ,,förderndes Mitglied der Deutschen Bürgerinitiative gegen Kriegsschuld und Vergasungslüge'' des Edgar Geiss; der Kontakt zu eben diesem Edgar Geiss war Baagoes Untermieter Michael Kühnen in seinen Führungsauflagen untersagt worden.

Doch bei Baagoe ist Kühnen nur selten anzutreffen; er befindet sich auf Rundreisen quer durch die BRD.

Am 18./19.12.82 gaben sich 85 Neonazis in Mainz beim Gärtner Kurt Müller bei einer ,,Sonnwendfeier'' ein Stelldichein. Müllers Anwesen ist nach außen hin verbarrikadiert (mit Ausnahme gelegentlicher antisemitischer Stellwände), im Innern eine Kultstätte der Nazis: Hitlerbilder, Kultsteine, Fahnenmasten, an denen zu jeder denkbaren nazistischen Feierstunde die entsprechenden Fahnen gehißt werden etc. Müller selbst und Familie bilden den Kern der seit 10 Jahren politeibekannten ,,NS-Kampfgruppe Mainz'' und gelten als einer der zentralen Anlaufpunkte für die Aktivisten der NS-Bewegung. Hier wohnte nach seiner Inhaftierung in Italien der NSDAP-Führer Gunnar Pahl; über Müller reisten diverse Nazis in den Libanon; hier wohnte der VSBD-Mordschütze Schubert, der Weihnachten 81 zwei Schweizer Grenzbeamte erschoß, hier hatte der US-amerikanische NSDAP-Führer Gary Rex Lauck seine Anlaufstelle.

Auf der Sonnwendfeier am 18./19.12.82 befand sich auch Michael Kühnen, dem der Kontakt zu Müller ebenfalls in seinen Führungsauflagen streng untersagt ist. U.a. wurde von der Polizei ein LKW voll NS-Propaganda-Material beschlagnahmt.

Nur wenige Tage nach dieser Sonnwendfeier konnte man/frau am 21.12.82 in Panorama (ARD) ein Interview mit Kühnen sehen, in dem dieser auf der Schiene des ,,Antiamerikanismus'' ein Bündnis ,,seiner'' ,,Aktionsfront Nationaler Sozialisten'' mit verschiedenen anderen Nazi-Vereinen ankündigte.

Am 12.1.1983 konnte Kühnen ähnliche Ankündigungen in einer Fernsehsendung des WDR wiederholen und beinahe wäre es am 21.1.1983 im Fernsehprogramm NDR III erneut zu einem Auftritt Kühnens gekommen: Seine Einladung zur Sendung ,,III nach 9'' war nur einen Tag zuvor wieder rückgängig gemacht worden. Kühnen hatte dort sein Erscheinen mit mehreren Kameraden angekündigt.

Am 15.1.1983 wurde Kühnen erneut von der Polizei registriert: Bei einer Versammlung der im Herbst 82 gegründeten ,,Kameradschaft Nationaler Aktivisten'' (KNA) in Frankfurt-Niederrad führte er das große Wort. Mit von der Partie waren Arndt Heinz Marx (Ex-Sturmführer der WSG-Hoffmann in Frankfurt, Ausbildung im Libanon) und Thomas Brehl aus Fulda (Wehrsportgruppe Fulda). Die Versammlung war - so der Bericht eines anwesenden Journalisten - die Gründung einer ,,neuen'' Organisation, der ,,Aktionsfront Nationaler Sozialisten/Nationale Aktivisten'', in der sich Mitglieder der veerbotenen WSG-Hoffmann, der ebenfalls verbotenen Volkssozialistischen Bewegung Deutschlands, der ANS und der WSG-Fulda zusammenschlossen. Zum ,,Führer'' wurde Michael Kühnen gewählt.

Die „Belagerung" von Mainz

Anläßlich der ,,Sonnwendfeier'' der Nazis in Mainz hatte eine Mainzer ,,Initiative Keine Freiheit den Volksverhetzern'' dazu aufgerufen, anläßlich des 50. Jahrestags der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler eine 4-tägige ,,Belagerung'' der Müllerschen Gärtnerei durchzuführen. Die Antifaschisten waren aufgerufen, die Belagerung zu unterstützen, Politiker waren eingeladen, diese 4 Tage für die Mainzer Nazis zu einem unvergeßlichen ,,Erlebnis'' zu machen.

Bald darauf flatterten den Initiatoren die ersten Drohbriefe und Morddrohungen (teilweise telefonisch) aus Westberlin und Freiburg ins Haus. Bundesweit mobilisierten die Nazis zum ,,Schutz der Gärtnerei Müller'' nach Mainz, namentlich: die ANS/KA, die HNG (Hilfsorganisation der Nationalen Gefangenen), der VNSB (V ö l k i s c h - N a t i o n a l e r Solidaritätsbund), die Wikingjugend und andere. Offen wurde dafür geworben, Schäferhunde unöd Waffen mitzubringen, um gegen den ,,roten Pöbel'' gerüstet zu sein.

Während der Belagerung patroullierten die Nazis im Garten, bewaffnet mit Knüppeln (was unter den Kampfanzügen sonst noch war, läßt sich nur vermuten); die Kundgebungen der Antifaschisten wurden von den Nazis mit



Patroullierende Neonazis in der Müllerschen Gärtnerei

Vier Mainzer Antifaschisten vom Tod bedroht!

1.Drohbrief

den 22.12.93 J.d.F

Volksverräter!

Im Namen der NSDAP - AO werden Sie aufgefordert jegliche Aktionen und Demonstrationen gegen friedliche, anständige, deutschbewußte Bürger, namlich der Fam. Kurt Müller, Grasweg 30, Mainz - Gonsenheim zu unterlassen. Wir sind genau informiert.

Falls dies nicht befolgt wird, werden wir Gegenmaßnahmen ergreifen, unter Umständen werden Köpfe rollen.

Deutschland erwache
Judaa verrecke
Rotfront verrecke

Heil Hitler



2.Drohbrief

.1.94 JdF

SIEG HEIL!

LETZTE WARNUNG DER NSDAP - AO

NACHDEM IHR SCHEISSDEMOKRATEN BESCHLOSSEN HABT VOM 29.1.83 - 1.2.83 DIE EHRBAREN, RECHTSCHAFFENEN, FLEISSIGEN DEUTSCHDENKENDEN, DEUTSCHHANDELNDEN FRIEDLICHE FAMILIE KURT MUELLER GRASWEG 30 IN MAINZ ZU BELAGERN WERDEN WIR DIE ERFORDERLICHEN GEGENMASSNAHMEN ERGREIFEN. WIR SCHLAGEN EUCH DEN SCHAEDEL EIN IHR NESTBESUDLER UND DRECKSPATZEN.

DIE NSDAP - AO WIRD EUCH EINZELN ZUR RECHENSCHAFT ZIEHEN UND VON EINEM NS VOLKSTRIBUNAL VERURTEILEN. IM GEGENSATZ ZUR WESTDEUTSCHEN STEIGBUEGELHALTERN VON AMERIKAS UND JUDAEAS GNADEN IN DIESEM LUMPENSTAAT, GIBT ES BEI UNS DIE TODESSTRAFE FÜR SOLCHE VOLKSVERRAETER UND JUEDISCH - BOLSCHEWISTISCHES UNTERMENSCHENTUM.

WENN IHR EUERE HAENDE NICHT VON DEM EIGENTUM DER FAMILIE MUELLER LASST WERDEN WIR EUER ERWORBENES NIEDERBRENNEN.

ROTFRONT VERRECKE

JUDAEA VERRECKE DEUTSCHLAND ERWACHE

HEIL HITLER

STABCHEF DER NSDAP - AO

HIMMLER

FREIHEIT ODER REVOLUTION!
NS-VERBOT AUFHEBEN!
NSDAP-AO
Box 6414, Lincoln, NE 68506 USA

aus: Aufruf der Mainzer Antifaschisten: „Keine Freiheit den Volksverhetzern"

Nazis gegen Neuwahlen

Was versprechen sich die Nazis von einer Regierung Kohl/Genscher und welche Chancen für ihre eigene Politik rechnen sie sich unter den veränderten politischen Bedingungen aus? Seit Herbst 82 wird diese Frage in den einschlägigen Blättern diskutiert. Von einer großen „Wende" ist in dieser Diskussion bislang nichts zu spüren — im Gegenteil: Nahezu einhellig setzt sich dort die Ansicht durch, daß die Übernahme der Regierung durch die konservativ-liberale Koalition allein noch keinen braunen Sommer macht.

Neuwahlen nicht erwünscht

Waren die meisten Nazi-Gruppierungen gleich nach dem Sturz Schmidt's noch eher vorsichtig zurückhaltend gegenüber der Regierung Kohl/Genscher, so änderte sich dies mit der Ankündigung von Neuwahlen und dem Mißtrauensvotum gegen Kohl. Bis zuletzt hatten die Nazis wohl gehofft, daß die Neuwahlen doch noch verhindert werden könnten. So schreibt z.B. die „Deutsche Stimme" der NPD in ihrer Januar-Ausgabe zu Kohls Mißtrauensvotum: *„Das Verhalten des Kanzlers und das Verhalten der Regierungsfraktions-Abgeordneten (verstoßen) gegen den Geist, Sinn und Willen des Grundgesetzes und gegen die Prinzipien der repräsentativen Demokratie".*

Die „Deutsche Wochenzeitung" (herausgegeben von ehemaliger NPD-Prominenz wie Waldemar Schütz und Adolf von Thadden) beruft sich sogar auf Adenauer, der in einer ähnlichen Situation 1952 gesagt haben soll: *„Ich müßte die Vertrauensfrage stellen und zugleich meine eigenen politischen Freunde bitten, gegen mich zu stimmen ... Das wäre eine Verhöhnung der Verfassung, an der der Bundespräsident, ich selbst und meine politischen Freunde beteiligt wären."*

Und ganz offen spricht Freys „Deutscher Anzeiger" (17.12.82) aus, was wohl viele Nazis denken: *„Wenn Helmut Kohl Pech hat — und mit ihm wir alle — dann wird er als Provokateur einer Staatskrise in die bundesdeutsche Geschichte eingehen. Die Absicht, am 6. März kommenden Jahres den Bundestag neu wählen zu lassen, obwohl die normale Legislaturperiode noch längst nicht abgelaufen ist, kann sich in erschreckender Weise als eine der folgenschwersten parlamentarischen Fehlentscheidungen seit 1949 herausstellen".* Denn: ***„Es droht vielmehr eine rot-‚grüne' Majorität".***

Damit ist das entscheidende Stichwort gefallen: Die „Mehrheit links von der CDU" (Brandt), die „völlig überflüssigerweise" vorschnell den rechten Herbst Birnes in einem rot-grünen Frühling enden lassen könnte; oder — weniger blumig ausgedrückt:. Die Zeit bis März ist einfach zu kurz, um eine wie auch immer geartete rechte Partei — rechts von der CDU/CSU — hervorzubringen, in der sich auch die Nazis heimisch fühlen könnten. Darin, daß eine „Verschiebung des Parteienspektrums nach rechts" oder — was ja kaum etwas anderes ist — eine Mobilisierung nennenswerter Bevölkerungsteile für die Kriegs- und Sparpolitik einer Bundesregierung äußerst günstig wäre, sind sich die Nazis mit anderen durchaus einig. So zitiert die NPD-nahe Zeitschrift „Nation Europa" einen Artikel der „FAZ", in dem es heißt: *„Es wäre jetzt eine Chance, sogar eine unabweisbare Notwendigkeit, in der deutschen Parteienlandschaft etwas zum Besseren zu verändern. Künftig müßte dafür gesorgt sein, daß Wahlmöglichkeit links außen, auf der linken und rechten Mitte und auch noch ein Stückchen rechts daneben besteht. Sonst wählt jeder die falsche Partei. Dann verfaulen Parteien"* („NE", 11/12-82).

Doch ganz so einfach, wie sich das schreibt, wird es eben nicht gemacht, und niemand weiß das besser als die Nazis selbst, die mittlerweile seit annähernd 30 Jahren hinter ihrem Wunschbild einer Partei rechts von CDU/CSU hinterherlaufen.

30 Jahre Erfolglosigkeit

Ganze 3 Jahre lang, von 1949 bis 52 hat es eine Nazi-Partei im Bundestag gegeben: Die Sozialistische Reichspartei. Seit ihrem Verbot 1952 und der Einführung der 5%-Klausel ist es den verschiedenen Nachfolgeorganisationen nie mehr gelungen, ins Bonner Parlament einzuziehen. Auch die Blüte der NPD dauerte nur von 67 bis 69, als sie mit 4,3% bei den Bundestagswahlen scheiterte und in politische Bedeutungslosigkeit zurückfiel.

Wohl gab es andere Parteien mit starken rechten und neofaschistischen Flügeln: den Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten, die Deutsche Partei etc., die teilweise an den ersten Adenauer-Regierungen beteiligt waren. Sie zerfielen sämtlich, indem bedeutende Teile der Mandatsträger der CDU beitraten und die jeweiligen Reste allein oder gemeinsam mit der Sozialistischen Reichspartei oder NPD eben kein politischer Faktor werden konnten. Die kurze Blüte des Rechtsradikalismus während der Großen Koalition 67-69 konnte von der CDU/CSU in der Opposition sehr schnell wieder beendet werden. Man hängte ganz einfach „die nationale Fahne wieder höher", wie sich Strauß ausdrückte und holte große Teile der NPD-Wähler zur CDU/CSU zurück.

Seit dieser Zeit (1969) wird in der rechten Parteienlandschaft ein neues Gespenst herumgeführt: das der 4. Partei, der bundesweiten CSU o.ä. Diese Ansätze fußten alle auf der Überlegung, daß es der CSU/CDU allein fast unmöglich sei, die sozialliberale Koalition abzulösen. Die verschiedenen Versuche, eine rechte Sammlungsbewegung zu initiieren (Deutsche Union 1970/71, Aktionsgemeinschaft Vierte Partei 1975) sorgten zwar regelmäßig für Aufsehen, waren aber letzten Endes jeweils nur relativ unbedeutende Wählervereinigungen für Strauß. Die aktuellen Diskussionen innerhalb der Nazi-Szene sind vor diesem Hintergrund zu sehen.

Nazi-Frey: Wählt FDP!

Für Gerhard Frey, Herausgeber der „Deutschen National-Zeitung" und des „Deutschen Anzeiger", ist die Sachlage klar: Die Ablösung der sozialliberalen Bundesregierung war längst überfällig, und er wurde nicht müde, die rechten Regierungsmitglieder seiner geneigten Leserschaft positiv näherzubringen. Ausführlich wird Kohls „Standhaftigkeit" (1976 Kanzlerkandidat, 1980 von Strauß „ausgebootet", jetzt Kanzler) gewürdigt, werden Stoltenberg, Wörner und Zimmermann als loyale Vertreter rechter Interessen in innenpolitischen, verteidigungspolitischen und finanziellen Fragen herausgestellt. Doch an kurzfristige Erfolge im rechten Sinne mochte Frey von Anfang an nicht glauben. Vielmehr komme es darauf an, die Wahlen möglichst lange hinauszuzögern, um den bei der FDP begonnenen Prozeß der Rechtswendung zu konsolidieren und aus der Partei eine „national-liberale Partei" nach Vorbild der Deutschen Volkspartei (rechte bürgerliche Partei der Weimarer Republik) zu machen. Immer wieder propagiert Frey den ehemaligen rechten FDP-Vorsitzenden Erich Mende, die 1969 aus der FDP zur CDU übergetretenen Zoglmann, Lange etc, die nach Freys Ansicht für die von ihm gewünschte FDP stehen: *„Genscher ist zweifellos nicht Stresemann und die FDP ist nicht die DVP. Dennoch ist die Lösung von den Sozialisten der erste Schritt auf dem richtigen Weg ... Hans-Dietrich Genscher könnte als Wegbereiter eines neuen freiheitlichen Liberalismus in die Geschichte eingehen. Dieser Weg wird gewiß nicht einfach sein, und manche Durststrecke ist zu überwinden. Aber langfristig braucht unser Land eine starke nationalliberale Partei".* Daß es in der FDP Tendenzen in die von Frey angedeutete Richtung gibt, ist wahr. So traten jetzt z.B. Leute der FDP wieder bei, die 1975 die Aktionsgemeinschaft Vierte Partei betrieben hatten, wie der Getränkegroßhändler Meyer aus Mühlheim an der Ruhr. Ob dieses Potential aber ausreicht, die FDP am Leben zu erhalten, ist wohl mehr als fraglich.

Von Anfang an hat Frey in dieser Frage (Erhaltung der FDP) sich gegen Strauß gestellt, der die FDP in die Knie zwingen wolle. Das Mißtrauensvotum gegen Kohl wird von ihm als das „Provozieren einer Staatskrise" bezeichnet. Wenn schon Neuwahlen — die Frey ablehnt — dann müßte die Union zumindest Maßnahmen ergreifen, um das drohende „aus" für die FDP zu verhindern: *„So bleibt beispielsweise die Kardinalfrage, warum man — wenn schon Neuwahlen — keine konkreten Schritte zur Rettung der FDP unternommen hat. Eine Herabsetzung der Fünfprozentklausel wäre nicht nur im Eigeninteresse dieser Koalition gewesen; eine solche Reform hätte überhaupt unsere Demokratie gestärkt und Mehrheitsbildungen ... erleichtert. Jetzt ist Schlimmstes nicht mehr auszuschließen."*

Deutsche Wochenzeitung — Warten auf rechtere Zeiten

Noch düsterer als Frey sieht die „Deutsche Wochenzeitung" die politische Landschaft. Jetzt, wo es darauf ankäme, fehle die politische Kraft, die neben der CSU/CDU für eine rechte Mehrheit sorgen könnte. Die FDP — und das ist der wesentliche Unterschied zu Frey — könne diese Kraft nicht sein; sie sei ein „Sicherheitsrisiko" und gehöre auf den „Schrottplatz der neuesten Geschichte".

Seitenlang werden der CDU/CSU ihre Versäumnisse vorgerechnet: Das Verbot der SRP, die Einführung der 5%-Klausel, das „Kesseltreiben" gegen die NPD durch DGB, SPD und CDU 66/69 und nicht zuletzt das Versäumnis, in den 70er Jahren mit einer Strauß-Partei vorsorglich die Konstellation des Parteiengefüges zu verändern.

Jetzt, wo es darauf ankomme, sei niemand zu erblicken, der als Kristallisationspunkt für eine rechte Partei gelten könne.

Der Regierung Kohl/Genscher wird Konzeptionslosigkeit vorgeworfen, die bald zu Handlungsunfähigkeit führen werde. Die CSU/CDU habe sich die Macht nicht erkämpft, sondern sei in den Scherbenhaufen verfehlter sozialliberaler Politik hineingefallen, aus dem ein Ausweg kaum zu finden sei. Vermißt wird bei der Regierung Kohl/Genscher der Mut zur rechten Offensive, die Stärkung des „Nationalen Lagers". Dennoch bleibt der „DWZ" nichts anderes übrig — mangels besserer Alternative — als die Union gegen das Gespenst des grün-roten Bündnisses zu verteidigen, auch wenn sie sich für sich nichts erhofft: *„Daß CDU und CSU im Besitz der Mehrheit aber eine Politik betreiben könnten, die den rechten und konservativen Wählergruppen auf längere Sicht gerecht werden könnte, ist nach den Erfahrungen der letzten 3 Jahrzehnte nicht anzunehmen".*

NPD: Keine Schonzeit für Kohl

Derartige Probleme hat die NPD allerdings nicht. Für die NPD waren der Zerfall der sozialliberalen Koalition und der Regierungswechsel nicht einfach die längst überfällige Ablösung der „roten Regierung"; sie sieht in den Ereignissen vom Herbst 82 vielmehr erste Anzeichen dafür, daß sich die politischen Verhältnisse für die Rechten grundlegend ändern könnten. So erschien die „Deutsche Stimme" im Oktober mit der triumphierenden Überschrift: „Das Bonner Parteienkartell bricht" und formulierte: *„Historische Veränderungen zeichnen sich langsam ab. Die Zeichen in Bonn sind bereits zu erkennen. Ganz gleich — wer in Bonn mit der ‚Dame' FDP ins Bett geht — wer also mit wem in die Pflicht genommen wird, die Entscheidung ist gegen sie gefallen. Für ganz Deutschland ist es auch ohne Interesse, ob Kohl/Strauß oder Brandt/Schmidt mit Genscher & Co. paktieren. Sie allesamt sind — und das haben sie mehrfach öffentlich bekundet — gegen jede politische Veränderung in Deutschland ... Sie fühlen sich der westlichen Besatzungsmacht USA verpflichtet — genauso wie Honnecker der UdSSR ergeben ist ... Ganz gleich, welche Bonner Kartellpartei der Bürger wählt — er wählt immer Korruption (Spendenaffäre) — Kriminalität — Schuldenwirtschaft — Inländerfeindlichkeit — soziale Ungerechtigkeit und Zerstörung der Lebensgrundlagen unseres Volkes".*

Zentraler Ansatzpunkt der NPD sind die „deutsche Frage", die keine von den möglichen Regierungen anpacken könne sowie die „soziale Bewältigung der elektronischen Industrierevolution".

Ganz offenbar will die NPD einen Zahn zulegen, wobei sie die bisher als einzigen Schwerpunkt propagierte „Ausländerfrage" ergänzt um soziale Demagogie, angebliche Rezepte gegen die Arbeitslosigkeit etc.; zu ihren Programmpunkten gehört der Ausbau der Fernwärme ebenso wie der Umweltschutz oder die Beteiligung der Arbeitnehmer an den „Erträgen der Wirtschaft". Nach längerer Zeit wieder veröffentlicht die NPD Zahlen über Parteieneintritte, vermeldet Erfolge.

Die NPD weiß natürlich, daß sie kurzfristig kaum mit spektakulären Erfolgen wird rechnen können. Jedes Wahlergebnis bei den Bundestagswahlen, zu denen sie antritt, das auch nur etwas über 0,3% liegt, wird sie als Erfolg und Anzeichen für einen Aufwärtstrend verkaufen wollen. Sie scheint darauf zu setzen, daß die Erwartungen vieler rechter CDU-Wähler durch die Kohl/Genscher-Regierung bald enttäuscht werden und sie daraus ebenso Gewinne für sich ziehen kann wie in den neu entstehenden sozialen Spannungsgebieten. Immerhin ist sie von den wesentlichen Nazi-Gruppierungen die einzige, die zumindest ein scheinbares politisches Konzept vorzuweisen hat.

Bei den Nazis kommt keine Freude auf

Der Amtsantritt der Regierung Kohl/Genscher hat auf die Nazi-Szene keinesfalls so stimulierend gewirkt, wie dies viele erwartet haben. Die Skepsis in diese Regierung hat — bei aller kritischen Solidarität und Genugtuung über das Ende des „sozialistischen Jochs" — im wesentlichen überwogen. Die für die Nazis notwendige, von ihnen immer erhoffte, von Kohl beschworene „Wende" fand nicht statt. Allgemein wird die Bundestagswahl im März 83 als eine Schwächung des rechten Lagers angesehen, die nicht notwendig gewesen wäre. Jede andere Lösung wäre — so die übereinstimmende Meinung — für die Rechte günstiger gewesen.

Mit Ausnahme der NPD, die anläßlich steigender Arbeitslosigkeit etc. mehr Handlungsmöglichkeiten für sich selbst sieht (wobei offen ist, inwieweit sie dazu in der Lage ist, effektive Politik zu machen), verbreiten die übrigen etablierten Gruppierungen des Neofaschismus eher Resignation. Ganz sicher sind sie bereit, jede sich herausbildende rechte Kraft zu unterstützen. Für sich selbst sehen sie dabei keine Chancen, und wer außer den Nazis käme für eine Offensive rechts von der CDU/CSU noch in Frage?

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Forts. von vorhergehender Seite

Hetzliedern und dem offen zur Schau gebrachten Hitlergruß (der echte, nicht das Zeichen der Aktion Widerstand mit den drei ausgestreckten Fingern) beantwortet.

Die massiv aufgefahrene Polizei, die sogar ständig mit Hubschraubern über der gespenstischen Szenerie hin und her flog, sah allerdings keinen Grund zum Eingreifen: Auf seinem Grundstück könne jeder machen, was er wolle, sie habe nur die öffentliche Sicherheit und Ordnung zu gewährleisten. Angesprochen auf Michael Kühnen, der auch hier anwesend war, erklärte der Einsatzleiter, die Führungsauflagen gingen ihn nichts an, das sei Sache der Staatsanwaltschaften und Gerichte.

Die aber stellten sich tot: Alle bisherigen Aktivitäten Kühnens verstoßen angeblich nicht gegen seine Führungsauflagen, bzw. die Verstöße seien so unbedeutend, daß eine sofortige Inhaftierung Kühnens nicht möglich sei. Allenfalls könne die Führungsaufsichtsstelle seines Wohnortes bekanntgewordene Verstöße an die Staatsanwaltschaft weiterleiten. Und weil Kühnen ja weder Müller bei sich beherbergt oder dessen Gruppe gar ausgebildet hätte, könne man da leider nichts machen. Immerhin hat sich die Hamburger Justizbehörde mittlerweile schon mal gnädigst an das Oberlandesgericht Celle gewandt und um „Weisungen" gebeten, wie im Fall Kühnen weiter zu verfahren sei.

Fragt sich, wie lange die Komödie von den Behörden weiter gespielt werden kann.

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Neue Angriffe der Grauen Wölfe

Die Polizei schaut zu

Ein Mord an einem linken türkischen Genossen, blutige Überfälle auf Demonstrationen von Antifaschisten unter den Augen der Polizei, rechte „Kulturveranstaltungen" in stadteigenen Räumen — das ist die Bilanz der Provokationen und Überfälle der Grauen Wölfe in den letzten Monaten. Wie die folgenden Beispiele zeigen, ist die faschistische Bedrohung durch die Grauen Wölfe weiter aktuell und für unsere türkischen und kurdischen Kollegen oft eine Existenzfrage.

Es bleibt deshalb Aufgabe aller Demokraten und Antifaschisten, gemeinsam gegen die Grauen Wölfe einen Schutz zu organisieren und ihre offenkundige Tolerierung durch den Staat anzuprangern.

Da vor allem die deutsche Presse von den ständigen Überfällen der Grauen Wölfe kaum Notiz nimmt, bitten wir euch, diesen Vorgängen besondere Aufmerksamkeit zu schenken. Schickt bitte Berichte und Informationen über Aktivitäten der Grauen Wölfe an die AG Ausländer (Verlagsadresse).

Frankfurt: Graue Wölfe greifen Gegendemonstration an

Die Türk-Föderation — die Tarnorganisation der Grauen Wölfe — führte am 23.1. in der Stadthalle Bergen in Frankfurt eine zentrale, als Kulturtreffen getarnte Propagandaveranstaltung durch. Den Raum hatte sie von der stadteigenen Saalbau GmbH durch einen Strohmann gemietet. Kurzfristig riefen deutsche und türkische Gewerkschafter, antifaschistische Organisationen und das Frankfurter Türkei-Komitee zu einer Gegenkundgebung an der Stadthalle auf. Der Polizei war spätestens seit dem Freitag bekannt, daß die Grauen Wölfe der Veranstalter waren. Trotz Anfragen bei der Polizei und beim Ordnungsamt wurde dieses Wissen aber der Saalbau GmbH vorenthalten, denn die Saalbau GmbH hätte dann wahrscheinlich — wie schon früher — den Faschisten die Halle gekündigt.

Gegen 12 Uhr griffen Ordner der Türk-Föderation mit Knüppeln, Schlagringen und Ketten die ca. 80 Gegendemonstranten an und schlugen auf sie ein. Der Hausmeister berichtete: *„Die jetzt in der Überzahl befindlichen Veranstaltungsteilnehmer waren nicht mehr zu halten".* Das Ergebnis: Mindestens sechs Antifaschisten wurden verletzt.

Die Frankfurter Polizei hat den Grauen Wölfen bei diesem Überfall entschieden beigestanden. Obwohl ihr sowohl das Graue-Wölfe-Treffen als auch die Gegenkundgebung bekannt war, schickte sie nur einen örtlichen



Auseinandersetzungen zwischen regierungstreuen Türken und Demonstranten gegen die neue Verfassung in der Türkei während der Botschaftsbesetzung in Köln

Streifenwagen. Erst als ihr der Hausmeister telefonisch den blutigen Überfall der Faschisten meldete, wurde eine Hundertschaft in Gang gesetzt. Aber anstatt die Leiter der Veranstaltung und die ,,Ordner'' der Türk-Föderation festzunehmen, riegelte die Polizei die Stadthalle ab und schützte die Veranstaltung der Grauen Wölfe vor den zahlreicher werdenden Antifaschisten.

Die Parteinahme der Polizei für die Grauen Wölfe war so eindeutig, daß selbst die ,,Frankfurter Rundschau'' schrieb:

,,Bei diesem Ablauf drängt sich der Verdacht auf, die Polizei habe Partei für den Kulturverein ergriffen und dessen Ordnungsmacht dazu benutzt, um dem Türk-Komitee einen Denkzettel zu verpassen''. (Anm. 1).

Darmstadt

Auch in Darmstadt konnte die Türk-Föderation am 8.1.83 in städtischen Räumen unter Polizeischutz eine überregionale Veranstaltung unter dem Deckmantel eines kulturellen Treffens durchführen.

Proteste der GEW, des AStA, der Antifaschistischen Arbeitsgruppe und des ,,sozialkritischen Arbeitskreises'' hatten schon vorher für Aufmerksamkeit gesorgt und darauf hingewiesen, daß der Darmstädter türkische ,,Kulturverein'' seit langem Propaganda für die Grauen Wölfe macht und mit Musa Cerdar Celebi zusammenarbeitet, dem

turverein'' seit langem Propaganda für die Grauen Wölfe macht und mit Musa Cerdar Celebi zusammenarbeitet, dem

Vorsitzenden der Türk-Föderation, der am 14.1. an Italien ausgeliefert wurde (Im Zusammenhang mit dem Attentat auf den Papst durch den Grauen Wolf Ali Agca; siehe AK 229). Dennoch bestätigte die Stadtverwaltung den Mietvertrag und machte einer von der GEW angemeldeten Gegendemo die Auflage, sich weit entfernt vom Ort des Geschehens zu bewegen.

Die ca. 250 türkischen und deutschen Antifaschisten hielten sich aber nicht an diese Auflage und demonstrierten am Treffpunkt der Faschisten. Dort schützten wiederum eine Hundertschaft der Polizei und zahlreiche Zivilbeamte die Veranstaltung. Sie nahmen einen Gegendemonstranten fest, der angeblich eine Leuchtrakete abgeschossen haben soll. (Anm. 2).

Köln

Anfang November wurde das türkische Konsulat in Köln von Antifaschisten besetzt, um gegen die Abstimmung über die undemokratische neue Verfassung in der Türkei zu protestieren. Graue Wölfe griffen eine Solidaritätsdemonstration an. (Anm. 3).

Kehl: ,,Wenn etwas passiert, holen wir die Leichen"

Am 10.11.1982 wurde der 19jährige Ahmet Tat in Kehl/Rhein Opfer eines hinterhältigen Anschlages von Faschisten. Zwei weitere Genossen wurden schwer verletzt. Diese Messerstecherei — bei der auch einer der Faschisten sein Leben verlor — war das voraussehbare Ende einer Reihe von Drohungen und Angriffen von Faschisten auf Demokraten.

Angefangen hatte es mit Provokationen der Faschisten gegenüber Demokraten und ihren Familien, wobei einem der Angegriffenen ein Zahn herausgeschlagen worden ist. Die damals gerufenen Polizeibeamten erklärten: *,,Wenn sich Türken schlagen, mischen wir uns nicht ein''.* Sie ließen den Verletzten auf dem Boden liegen. Schon vorher — als Demokraten die Polizei um Schutz vor weiteren Angriffen gebeten hatten — hieß es seitens der Beamten: *,,Wenn etwas passiert, können wir höchstens die Leichen abholen.''*

Auf einer Hochzeit versuchten die Faschisten eine Schlägerei zu provozieren, was ihnen aber nicht gelang. Deshalb überfielen sie später einen Demokraten, der sich ihnen entgegengestellt hatte und vergewaltigten seine Frau. Auch hier die Reaktion der Polizei: *,,Wenn einer stirbt, holen wir die Leiche, wenn einer jemanden ermordet, nehmen wir ihn fest.''*

Nach all diesen Vorfällen forderten die Demokraten mit einer Liste mit 100 Unterschriften die Polizei zum Einschreiten gegen die Faschisten auf.

Aber es passierte immer noch nichts. Noch einen Tag vor dem Mord stellten sich die Faschisten den Demokraten in den Weg und drohten: *,,Wir werden die Roten durchlöchern und zerreißen!''*

Am nächsten Tag versteckten sich die Faschisten Mehmed Baser und seine Söhne Yasin und Eyüb Baser im Eingang des Hauses, in dem sich ein Versammlungslokal der ,,Grünen und Alternativen'' befindet und in dem sich

gang des Hauses, in dem sich ein Versammlungslokal der ,,Grünen und Alternativen'' befindet und in dem sich

seit zwei Monaten auch türkische Demokraten trafen. Als Ahmet Tat die Treppe herunterkam, stürzte sich einer der Faschisten auf ihn. Zwei Genossen wollten ihm helfen, wurden aber von den anderen Faschisten überfallen und niedergestochen. Als der Faschist Mehmet Baser sah, daß auch sein Sohn Yasin leblos dalag, stürzte er sich auf den schwerverletzt am Boden liegenden Ahmet Tat, riß ihm die Kleider vom Leib und stach mehrfach auf ihn ein. Er verletzte ihn mit 20 Messerstichen und schnitt ihm ein armdickes Loch in den Bauch.

Der Vorgang dauerte nur 5 Minuten. Als die Polizei eintraf, wurde der Tod bei Ahmet Tat und Yasin Baser festgestellt. Die Verletzten wurden in Krankenhäuser gebracht — die Polizei konnte **,,die Leichen einsammeln''.**

Sowohl der Vater von Ahmet Tat als auch der des schwerverletzten Baki Gencdemir sagten gegenüber ,,Hürriyet'', daß die Polizei mitschuldig sei. *,,Sie waren schon oft zur Polizei gegangen und hatten alles erklärt. Sie hatten gesagt, daß sie bedroht worden sind. Aber die Polizei zeigte nicht das geringste Interesse.''*

Nach Meinung der Polizei handelte es sich um die ,,üblichen'' Streitigkeiten. Warum die Zurückhaltung der Polizei? Einer der Faschisten in Kehl soll mit einerFrau zusammenleben, deren Tochter mit einem Kehler Stadtverordneten verheiratet ist. (Anm. 4).

AG Ausländer

Anmerkungen
1) FR, 25. und 26.1.1983
2) FR, 7.1.83; Darmstädter Echo, 10.1.83
3) TAZ, 9.11.82
4) Nach ,,türkei-information'' Nr. 15, 10.12.82

Am Beispiel Hamburg:
Was man gegen die Polizei tun kann

,,Bürger kontrollieren die Polizei'' heißt das hoffnungsvolle Motto, unter dem sich in letzter Zeit nach Gründung einer gleichnamigen Initiative in Bremen (siehe AK 227, S. 19) in verschiedenen Städten Widerstand gegen zunehmende Unkontrollierbarkeit und Brutalisierung der Polizei regt. Letztes und nachahmenswertes Beispiel ist Hamburg: dort forderte die GAL einen parlamentarischen Untersuchungsausschuß zum berüchtigten Polizei-Dauer-Skandal und initiierte darüberhinaus den Aufbau einer Bürgerinitiative für öffentliche Polizeikontrolle.

Die etablierten Parteien reagierten wie getroffene Hunde: die SPD nutzte — noch vor der Wahl — die Gelegenheit, alle weiteren Gespräche mit der GAL zu kündigen. Nach der Wahl wurde der GAL-Antrag in einer großen Koalition von SPD und CDU abgelehnt. Mit der gleichzeitigen Entlassung des bisherigen Polizei-Präsidenten Redding versucht man, die öffentliche Kritik aufzufangen.

Der Clinch hat aber erst begonnen: Die GAL erhebt weiterhin ihre Forderung nach Untersuchung des Polizeiskandals; die Initiative hat ihre Gründungsvorbereitungen mit 50 Leuten begonnen. Im folgenden eine kleine Zwischenbilanz.

Die Ausgangslage

Der Hamburger Polizeiskandal ist der größte der bisher in der BRD bekanntgewordenen ist. Er ist gekennzeichnet durch Schlamperei, Korruption bis in die höchsten Etagen und illegale Praktiken. Er findet seit zehn Jahren statt, soll aber nie einer gewesen sein. Acht Jahre lang hieß es stereotyp, in Hamburg existiere kein organisiertes Verbrechen, erst recht gebe es keine Verflechtungen zwischen Unterwelt und Polizei. Höchste Stellen deckten lange erfolgreich den Sumpf: an ihrer Spitze der ehemalige Innensenator und ex-SPD-Landesparteichef Werner Staak, ihm zur Seite Polizeipräsident Günter Redding sowie dessen Vorgänger Jürgen Frenzel, der als späterer Staatsrat mit von der Partie war; außerdem der leitende Kriminaldirektor (heute a.D.) Zühlsdorf, theoretischer Vater des Hamburger V-Leute-Konzepts der Polizei und Aktivist in dieser Szene. Auch Regierungs- und Oppositionsparteien der Bürgerschaft vertuschten mit, allen voran die Fraktionschefs von SPD und CDU, Voscherau und Perschau, die es verstanden, alle Hinweise auf organisierte Kriminalität und Korruption versanden zu lassen. Einen parlamentarischen Untersuchungsausschuß forderte niemand. Im Gegenteil: Kritiker mußten mit disziplinarischen Repressalien rechnen. Mindestens drei Informanten der Polizei oder der Presse fanden den Tod. Peter Klingebiel wurde von einer U-Bahn überrollt, nachdem ihm bereits drei Tage zuvor als deutliche Warnung ein Sarg an die Wohnungstür gestellt worden war. Andere starben ebenfalls unter merkwürdigen Umständen. Klingebiels Obduktionsbefund wurde nicht veröffentlicht. Zu den Opfern müssen auch jene Kritiker aus den Reihen der Polizei gezählt werden, die mit Disziplinar- und Strafverfahren überzogen und kaltgestellt wurden.

1980 erlebte der Skandal eine neue Etappe: Nach nicht mehr unter den Teppich zu kehrenden Enthüllungen sah sich der Senat genötigt, eine Sonderkommission einzurichten. Ihr Ergebnis: Hamburgs Polizei ist sauber; Ansätze organisierter Kriminalität sind zwar vorhanden, von mafiösen Strukturen kann aber keine Rede sein. Als Saubermann in höchster Not berief die SPD ihren Militärexperten Oberst Pawelczyk an die Elbe. Als neuer Innensenator übte er sich in großen Rochaden: Das Fachdezernat für spezielle Einbruchsdelikte (FD 633), das sich jahrelang mehr als Agentur zur Abwicklung von Geschäften zwischen Hehlern und Versicherungsgesellschaften betätigt hatte, wurde aufgelöst; die Beamten wurden auf gleichwertige Posten versetzt. Während einerseits die kriminellen ,,Ausrutscher'' einiger Abteilungen und Beamter (zaghaft) verfolgt wurden, erhob der neue Senator andererseits diese korruptionsfördernden Methoden kriminalpolizeilicher Arbeit zum institutionalisierten Prinzip: Landesfahndungskommando (der lange Arm der Staatsanwaltschaft) und Mobiles Einsatzkommando (die zehn Jahre alte Spezialtruppe mit Untergrundausbildung und dem ursprünglichen Arbeitsgebiet der Terroristenbekämpfung) wurden zu einer Einheit zusammengefaßt und damit faktisch die MEK-,,Elite'' zum Kader der Kriminalpolizei erhoben. Mit der neuen V-Mann-Regelung wurde die Praxis polizeilicher Untergrundarbeit rechtsstaatlich abgesichert — nur das ,,Wildern'' soll aufhören.

An diesem Punkt greift der Hamburger Polizeiskandal weit über einen bloßen Korruptionsskandal und auch über bloßes Lokalkolorit eines hanseatischen Kriminalromans hinaus: mit diesen Strukturveränderungen bzw. Dien-

bloßes Lokalkolorit eines hanseatischen Kriminalromans hinaus: mit diesen Strukturveränderungen bzw. Dien-

stanweisungen für den Umgang mit V-Leuten wird an das Legalitätsprinzip schwer Hand angelegt. Im Mittelpunkt kriminalpolizeilicher Orientierung steht nicht mehr das unbedingte Verhindern oder die Aufklärung von Straftaten, sondern die ,,Täterorientierung''. Um jeden Preis Straftäter dingfest zu machen, bedeutet, auf geheimdienstliche Methoden zurückgreifen zu müssen. Straftaten werden zeitweilig gedeckt oder gar polizeilich angeschoben, Ermittlungsakten frisiert und Gerichte mit Halbwahrheiten beliefert. Auf der Strecke bleiben Bürgerrechte und demokratische Grundsätze. Eine öffentliche Kontrolle der Polizei ist so nicht mehr möglich. Der Apparat hat sich zu einem unkontrollierbaren Machtfaktor entwickelt.

Der sog. Polizeiskandal im Bereich der organisierten Kriminalität ist nur die Spitze der insgesamt ,,skandalösen'' und öffentlicher Kontrolle entzogenen Wucherungen des Hamburger Polizei(un)wesens in anderen sozialen oder in politischen Bereichen: das reicht vom MEK-Einsatz gegen Hausbesetzer und Demonstranten (einschließlich CS und scharfen Hunden) über den Einsatz von Polizei an den Schulen, Willkür gegenüber unliebsamen Jugendlichen, Terror gegen Punks bis zu Übergriffen gegen so unterschiedliche Minderheiten wie Schwule oder Romas und Sintis, ganz zu schweigen vom Dunkel der ausländerpolizeilichen Maßnahmen.

Proteste gegen soziale Probleme werden zunehmend auch im sozialdemokratischen Hamburg zum Objekt polizeilicher Lösungen, in denen der Einzelne polizeilicher Willkür ausgeliefert ist. Andererseits übt die Polizei eine penetrante Zurückhaltung gegenüber rechtsradikalem Bandenwesen, Provokationen und Schlägereinsätzen. Dieser Entwicklung und ihrer offiziellen Rechtfertigung und Beschönigung setzte die GAL — noch vor der Wahl beginnend — ihre Kampagne **,,Ist Hamburgs Polizei sauber? Wir fordern öffentliche Kontrolle!''** entgegen.





1. Akt: Der Senat liefert eigenhändig die Munition

Parlamentarische Anfragen haben selten eine unmittelbare politische Wirkung, allein schon wegen des bürokratischen Wegs der Beantwortung. Auch bringen sie nicht unbedingt Transparenz ins Regierungsgeschäft, weil die Antworten in der Regel so kunstvoll verschlüsselt und aufs notwendigste ,,Ja'' oder ,,Nein'' beschränkt sind, daß der Fragesteller (oder seine/ihre Experten) für die Öffentlichkeit erst eine brauchbare Übersetzung anfertigen müssen. Gezielt gestellt können die Anfragen aber doch interessante Informationen zutage fördern und die staatlichen Organe schon mal in unbequeme Widersprüche verwickeln. In den wenigen Monaten seit der Wahl im Frühjahr 82 deckten verschiedene Fachbereiche der GAL über ihre zuständigen Bürgerschaftsabgeordnet/inn/en den Senat mit Anfragen zu nahezu allen relevanten Themen polizeilichen Wirkens ein, jeweils in (z.T. auch noch durchaus verbesserungswürdiger) Kooperation mit entsprechenden Kräften des außerparlamentarischen Widerstands. Auf diese Weise mußte der Senat u.a. bestätigen:

+ daß Polizei an den Schulen eingesetzt wird;
+ daß für die Punks am Spritzenplatz eine kriminalpolizeiliche ,,Sonderauszählung'' gemacht wird (was nur ein anderer Name für Sonderkartei ist);
+ daß die Zusammenrottung von Neonazis (ANS) und rechten Jugendgruppen und deren Terror gegen Jugendliche und andere zwar bekannt, aber für die Behörden kein Grund zum Einschreiten ist;
+ daß Schwule auch heute noch in Hamburg ,sondererfaßt' werden, auch wenn man den Vorgang nicht als ,,Rosa Liste'' bezeichnet sehen möchte.

Weitere Anfragen betrafen den Datenschutz, den Polizeiskandal, insbesondere auch die organisierte Prostitution, einzelne Polizeiübergriffe im täglichen Einsatz u.a.m. Sicher wurde hier, auch in der Pressearbeit, noch nicht alles ausgeschöpft. Für die anstehende Kampagne aber lieferten die An-

hier, auch in der Pressearbeit, noch nicht alles ausgeschöpft. Für die anstehende Kampagne aber lieferten die An-

fragen reichlich Material.

2. Akt: ,,13 Gründe, Senator Pawelczyk zu lieben"

Anfang Dezember erschien unter diesem Titel eine gallige Agitationsbroschüre der GAL, in der auf 32 Seiten Polizeiwillkür und Einschränkung von Bürgerrechten seitens der Hamburger Innenbehörde an dreizehn Beispielen vorgeführt werden. Die dreizehn Gründe, den Senator zu lieben, waren:

,, ... *weil er das ,Ausländerproblem' seiner endgültigen Lösung zuführt;*
... *weil er die ,Grauen Wölfe' ungeschoren läßt;*
... *weil er den Rassismus wieder wählbar macht* (HLA [,,Hamburger Liste für Ausländerstop] - AK-Red.);
... *weil er den Lehrern beim Unterricht hilft;*
... *weil er für einen sauberen Spritzenplatz sorgt* (Punks - AK-Red.);
... *weil er den Rechtsradikalismus nicht überbewertet;*
... *weil er sich um Minderheiten nachhaltig kümmert;*
... *weil es bei Demonstrationen wieder friedlich zugeht;*
... *weil er der Feuerwehr zu neuen Aufgaben verhilft* (Datenschutz - AK-Red.);
... *weil er Hausbesitzer keine 24 Stunden im Unklaren läßt;*
... *weil er dem MEK neues Sozialprestige gibt;*
... *weil er dafür sorgt, daß die Polizeikorruption in geregelten Bahnen verläuft;*
... *weil er die Polizei vor Gericht nicht allein läßt''.*

Die SPD reagierte prompt: Die Broschüre war kaum im Handel, da hatte Henning Voscherau namens der SPD-

Bürgerschaftsfraktion, des Senats und des SPD-Parteitags in einer Fraktionserklärung bereits jede weitere Zusammenarbeit mit der GAL aufgekündigt. Ohne inhaltliche Antwort auf die Vorwürfe war von „Verunglimpfung" einer Person, von „Brunnenvergiftung" die Rede. Voscherau ließ sich zu dem, wie er meinte, „Sarkasmus" hinreißen, die GAL habe „*offensichtlich mit Recht die Illusion verloren, daß es nach der Wahl noch zu einer Zusammenarbeit mit der SPD kommen könnte. Gerade in Fragen des Parlamentarismus und des Rechtsstaats, so Voscherau, ‚geht nichts zwischen SPD und GAL'. Dies sei durch die GAL wieder einmal in wünschenswerter Brutalität deutlich gemacht worden*".

An den GAL-Büchertischen und in der Wahldiskussion erfreute sich die Broschüre großer Beliebtheit, sodaß der Erstauflage von 1.500 Stück sofort eine zweite nachgeschickt werden mußte.

3. Akt: Der Sumpf blüht

Eine Woche nach der ersten folgte die zweite Broschüre der GAL, eine Dokumentation zum Hamburger Polizeiskandal, unter dem Titel: **„Ist Hamburgs Polizei sauber?"**. Die Dokumentation brachte eine exakte und minutiöse Darstellung der Verfilzung zwischen Polizeibehörden und Unterwelt, der einzelnen Skandale sowie der Methodik des Skandals einschließlich der Methoden seiner Vertuschung und Beschönigung. Parallel dazu eröffnete der „Stern" seine Enthüllungsserie zum Hamburger Polizeiskandal „Der Sumpf", in der der beurlaubte Kriminalbeamte und ehem. Sonderfahnder Peter Reichard aus eigener Erfahrung berichtet, wie bis heute eine Aufdeckung des Skandals mit allen Mitteln behindert wird.

In der Broschüre erhob die GAL die Forderungen erstmals öffentlich:

+ Einsicht in die Ergebnisse der Sonder-Kommissions-Berichte zum Polizeiskandal für die GAL;
+ Veröffentlichung des Obduktionsbefunds des SoKo-Zeugen Klingelbiel;
+ Einrichtung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses zum Polizeiskandal.

Darüberhinaus erklärte die GAL ihre Absicht, jeden außerparlamentarischen Ansatz eines öffentlichen Polizei-Kontrollgremiums zu unterstützen. Auf die „Stern"-Enthüllung und die GAL-Dokumentation folgte eine sichtbare öffentliche Beunruhigung. (Auch diese Broschüre — Anfangsauflage 500 — mußte nachgedruckt werden, obwohl sie in den Behörden, wie man hö-
bare öffentliche Beunruhigung. (Auch diese Broschüre — Anfangsauflage 500 — mußte nachgedruckt werden, obwohl sie in den Behörden, wie man hö-
ren konnte, auf Staatskosten fleißig kopiert wurde). Der Senat dementierte zum x-ten Mal und beteuerte die Sauberkeit der Polizei. Gegen Peter Reichard wurde ein Disziplinarverfahren und ein strafrechtliches Ermittlungsverfahren wegen Verletzung von Dienstgeheimnissen eingeleitet. Die Presse zitierte den empörten Polizeipräsidenten Redding: „GAL beleidigt alle Polizisten" und tobte: „GAL macht Polizei zum Wahlkampfthema".

4. Akt: Veranstaltung — „Wir fordern öffentliche Kontrolle!"

So vorbereitet konnte die GAL vier Tage vor der Wahl zu einer Veranstaltung in die Hamburger ‚Fabrik' laden: **„Ist Hamburgs Polizei sauber? — Wir fordern öffentliche Kontrolle!"**. Auf dem Podium kamen prominente und nicht prominente Kritiker der Polizeientwicklung zusammen, die einem großen Publikum ihre Anklagen gegen die Unkontrollierbarkeit der Polizei vortrugen. Kernpunkt war der Nachweis, daß dieser Polizeiapparat — sowohl was den Polizeiskandal im engeren Sinne als auch was die allgemeine polizeistaatliche Entwicklung angeht — für den einzelnen Bürger und die einzelne Bürgerin immer unüberschaubarer und beängstigender wird, daß jede Hoffnung, dieser Apparat könne und wolle sich selbst kontrollieren, erwiesenermaßen eine böse Illusion sei. Notwendige Polizeikontrolle bedeute daher zweierlei: erstens parlamentarische Kontrolle (vornehmlich des Polizeiskandals) und zweitens darüberhinaus und letztlich als dessen Grundlage und Motor eine außerparlamentarische Beschwerde- und Kontrollstelle, die den von Polizeiübergriffen betroffenen Einzelnen die Möglichkeit gemeinsamen Widerstands bietet. Daß die Veranstaltung einerseits hinter dem Informationsstand der Broschüren zurückblieb, andererseits auf Grund der Informationsfülle eine richtige Diskussion nicht in Gang kam, bleibt kritisch anzumerken. Als Auftakt zur öffentlichen Mobilisierung bzgl. Polizeikontrolle erfüllte sie allerdings voll die in sie gesetzten Erwartungen.

5. Akt: Ein schwarzer Bock wird geschlachtet

Nachdem im Zuge neuester Enthüllungen des Dauer-Skandals der schon fast aus der Schußlinie gebrachte Kriminaldirektor a. D. Zühlsdorf im Fall des Todes des SoKo-Zeugen Klingelbiel schwer belastet wurde, nachdem nun auch der Bund deutscher Kriminalbeamter (ein rechter Polizeiverband) und die CDU signalisierten, daß sie genauere Untersuchungen über den Skandal im Interesse einer effektiveren Polizeiführung befürworten würden, der BdK dafür erneut seine schon früher erhobene Forderung nach Ablösung des „führungsschwachen" Polizeipräsidenten Redding vorbrachte, reichte dieser Anfang des neuen Jahres sein Rücktrittsgesuch „aus Gesundheitsgründen" ein. Der Rücktritt Reddings, der seit 1962 erst im VS, dann mit dem Rücktritt Staaks bei der Polizei den Chef abgab, war schon länger im Gespräch. Die Presse weiß zu berichten, daß ihm — schon früher — „gravierende Mängel in der Dienstaufsicht und Durchsetzungsfähigkeit angelastet" werden. Aus den früheren Vorwürfen wurde keine Konsequenz gezogen; jetzt erscheint es seinem Dienstvorgesetzten Pawelczyk aber offenbar angebracht, das angeschlagene Polizei-Image mit diesem prominenten Opfer wiederherzustellen und gleichzeitig durch Beseitigung Reddings und seine Ersetzung mit einem Mann seiner Wahl seine militärisch geprägten Effektivitätsvorstellungen in der Polizei-Struktur und -Führung durchzusetzen: Sein Favorit unter den Nachfolgern ist offenbar Peter Zumkley, stellvertretender Kommandeur der Panzerbrigade 16 in Hamburg-Wentorf, also ein Militärkopf wie Pawelczyk selbst.

6. Akt: „... schützen wir die Polizei ..."

Parallel zu ihrem einhelligen Beifall zum Rücktrittsgesuch des Polizeipräsidenten machten die Fraktionsvorsitzenden von SPD und CDU Andeutungen über weitere von ihnen beabsichtigte Schritte. Voscherau (SPD) erklärte im WDR, er wolle sich für einen parlamentarischen Untersuchungsausschuß einsetzen. Die CDU ließ verlauten, daß sie beabsichtige, einen entsprechenden Antrag zu stellen. Dann titelte die TAZ: „GAL schneller als die CDU" — Die GAL hatte ihren Antrag auf Einsetzung eines parlamentarischen U-Ausschusses wahrgemacht, und
TAZ: „GAL schneller als die CDU" — Die GAL hatte ihren Antrag auf Einsetzung eines parlamentarischen U-Ausschusses wahrgemacht, und
zwar mit dem Auftrag, Untersuchungen über Verflechtungen zwischen Hamburger Polizei und organisiertem Verbrechen zu führen. Die Reaktion der Etablierten machte klar, wo wir heute (in Hamburg) in Fragen „Innere Sicherheit" stehen: eine große Koalition aus SPD und CDU lehnte den Antrag ab. Nur die Abgeordnete Helga Hoffmann, SPD, brach den Fraktionszwang ihrer Partei und stimmte mit der GAL. Die übrigen SPD-Linken ordneten sich Voscheraus Sprachregelung widerspruchslos unter, man wolle durch einen solchen parlamentarischen Ausschuß nicht die Strafverfolgung behindern ... Auch bei der CDU waren alle vormaligen Antragsabsichten vergessen, „für eine Show-Aktion der GAL solle sich die Bürgerschaft nicht hergeben." Der „polizeifeindlichen" GAL gehe es offensichtlich nur darum, das Ansehen der gesamten Polizei herabzusetzen. Überdies seien die für den Skandal Verantwortlichen alle nicht mehr im Amt — außer Staatsrat Frenzel und Eva Leithäuser (Justizsenatorin), und diese beiden sollten bei der Neuwahl des Senats sowieso abgelöst werden ...

Die GAL bekräftigte nach der Abstimmungsniederlage ihre Antragsforderungen noch einmal gegenüber der Presse, insbesondere auch ihre Bereitschaft, sich an der Gründung einer außerparlamentarischen Initiative zur Kontrolle der Polizei zu beteiligen.

7. Akt: Vorbereitungen zur Initiativen-Gründung

Ende Januar trafen sich, dem Aufruf der Veranstaltung und wiederholten Appellen der GAL folgend, ca. 50 Menschen, die sich an den Aufbau einer Hamburger Initiative „Bürger kontrollieren die Polizei" machen wollen. Über eine gründliche Einarbeitungsphase will man sich das Rüstzeug verschaffen, um in absehbarer Zeit mit einer seriösen öffentlichen Arbeit beginnen zu können, zu der u.a. auch eine weitere Beobachtung des Hamburger Dauer-Skandals gehören wird.

Antifa-Kommission KB-Gruppe Hamburg

Nazi-Bullen:
„Das ist also dieser Untermensch!"

In der Pose eines Großwildjägers und Herrenmenschen stellt ein Polizist den Stiefel auf eine am Boden liegende Demonstrantin (1). — Oder: In Brokdorf werden Festgenommene durch ein Spalier von Beamten geprügelt, Frauen wird gezielt auf die Brust geschlagen, Männern zwischen die Beine (2). Diese polizeiliche Brutalität — von Demonstrationen weitgehend bekannt — ist aber auch bei anderen Polizeieinsätzen, gegen Betrunkene, Jugendliche, Ausländer u.a. bekannt.

In der zutiefst menschenfeindlichen Ideologie, die hinter diesem Verhalten steht, ist es nur ein kleiner Schritt von sadistischen Anmachen bis zu offen faschistischen und rassistischen Äußerungen von Polizisten. Sprüche von Westberliner Polizeischülern zu einem Kollegen wie „Drecksjude" und „In die Gaskammer mit dir" sind nach den Worten des Vorsitzenden der jüdischen Gemeinde in Westberlin, Galinski, „*leider kein Einzelfall*" (3).

Die im Artikel aufgeführten Beispiele sind sicher nur ein bruchstückhafter Einblick in diese Braunzone, deren Bedeutung als wichtiger Teil der polizeilichen Formierung immer offener zutage tritt.

„Euch Schweine bringen wir um"

Bei Polizeieinsätzen gegen Demonstranten und Hausbesetzer ist die Mentalität vieler Beamter besonders erschreckend. In einer Polizeikaserne in Westberlin heißen Hausbesetzer „*Straßenpenner*", „*Vandalen*", „*Rowdies*" und „*Chaoten*". (4) Entsprechend menschenfeindlich geht es bei einem Einsatz gegen eine Hausbesetzer-Demonstration zu.

In einem Einsatzwagen erheitert ein Polizist seine Kollegen mit einem ganz speziellen Humor: „*Nach Auszählung der Eier hat sich ergeben, daß fünfundachtzig Demonstranten kastriert wurden*".

Die Polizisten heizen sich gegenseitig auf, schreien durcheinander: „*Schlagt sie tot, die Schweine*", „*Fahr doch um, die Scheißer! Halt doch druff, Mensch!*" (6) — „*Da gibt's doch bloß: Anhalten, Absitzen — und Ketchup machen!*" (7)

Als eine Wagenbesatzung im Wagen bleiben muß und nicht auf die Demonstranten einprügeln darf, heißt es: „*Wir wollen doch auch bloß unsere Freude haben*". Auch jetzt beweist wieder ein „Kollege" Humor: „*Können wir ja heimlich machen — einen reinholen und dann tot wieder rausschmeißen*". (8)

Aus anderen Äußerungen spricht blanke faschistische Mentalität: So hie-
reinholen und dann tot wieder rausschmeißen''. (8)
Aus anderen Äußerungen spricht blanke faschistische Mentalität: So hie-
ßen die Container, in die die Festgenommenen bei der Demonstration in Brokdorf 1981 gebracht wurden, bei den Beamten „*Konzentrationslager*". (9) Und einer 15jährigen, die nachts nach einer Demonstration in Westberlin festgenommen wurde, drohte ein Polizist: „*So, jetzt kommst Du in die Gaskammer. Das ist das einzige, was man mit so einem Pack wie euch machen kann.*" (10)

Daß faschistische, rassistische Mentalität nicht nur bei Demonstrationseinsätzen zum Repertoire von Polizisten gehört, berichtet ein „weißes Schaf" der Frankfurter Polizei:

Bei der nächtlichen Überprüfung von Ausländern schreit ein Kollege aus dem Streifenwagen: „*Hey, du Kümmeltürke, komm mal rüber*". Als der Beschimpfte zu widersprechen wagt und sagt, er sei ein Grieche, heißt es: „*Scheißegal, du bist ein Kanaker.*" ... „*Was machst Du eigentlich hier, warum bist du hier in Deutschland? Mach, daß du nach Hause kommst, wir haben genug Kanaken hier.*" (11)

Ein ausgestiegener Polizist aus Bremen schildert den Empfang eines jugendlichen Autodiebs bei der Polizei. Der Wachhabende begrüßt ihn mit dem Worten: „*Das ist also dieser Untermensch*". (12)

1933 oder 1982?

Im Januar 1982 wurden die beiden Leiter der Kripo Warendorf (Münster) versetzt und unter Anklage gestellt: wegen Volksverhetzung. Sie hatten in der lokalen Tageszeitung „Die Glocke" u.a. geschrieben: „*Kennt ihr einen Zigeuner, der seinen Lebensunterhalt mit ehrlicher Arbeit bestreitet?*" Der Prozeß endete mit Geldstrafen.

Im Mai 1982 wird der Leiter der Flughafenpolizei, Hauptkommissar Plünder, gleichzeitig Vorsitzender der Polizeigewerkschaft im Beamtenbund, versetzt. Er hätte in der Gewerkschaftszeitung „Blaulicht" geschrieben: „*Die Türken sind von Natur aus brave Fluggäste und im allgemeinen diszipliniert und einordnungsbereit. Das hindert nicht an der Feststellung, daß viele von ihnen unsauber sind und riechen. Der Geruch führt bei einigen auf Knoblauch zurück, der aus Mund, Nase und Haut penetrant riecht*". Bei den Kontrollen müßten seine 'Kollegen' „*viel mitmachen*" — „*Sie müssen wühlen in schmutziger Unterwäsche, die im Handgepäck neben uneingepackten Lebensmitteln verstaut ist, und dabei freundliche Miene machen*". Er verlangt für seine Kollegen, daß sie „*für ihre oft eklige Untersuchungsarbeit bei den Türkenflügen sich eine Schmutzzulage erwünschen, die sie sich auch redlich verdienen*" (FR, 14.5.82)

* * *

Anläßlich der Militärparade am 15. Mai trägt ein Polizist auf seinem Helm das Emblem der Waffen-SS — einen Totenkopf. Der Aufforderung eines Passanten, den Totenkopf zu entfernen und sich durch seine Dienstnummer auszuweisen, kommt er nicht nach, geschweige denn seine Kollegen oder die herumstehenden Vorgesetzten.

* * *

Am 16. Juni 1982 „durchsuchen" Westberliner Polizisten das besetzte Haus in der Winterfeldstr. 38 und randalieren dabei „wie die SA-Truppen". (13) Sie zerstören die gesamte Inneneinrichtung, mit besonderem Eifer Plattenspieler und andere technische Geräte. Als die festgehaltenen Besetzer wieder in ihre Wohnungen dürfen, finden sie an Spiegeln und Wänden Parolen vor wie „*SA — Sieg Heil — bis bald*". (14) Nach den Worten von Studienrat
der in ihre Wohnungen dürfen, finden sie an Spiegeln und Wänden Parolen vor wie „*SA — Sieg Heil — bis bald*". (14) Nach den Worten von Studienrat
Jensen hatten die Polizisten „in pogromstimmungsartiger Raserei" (15) in dem Haus gewütet.

* * *

Am 6. September 1982 dringen 6 Männer in Dortmund in das besetzte Haus Alter Mühlenweg 4 ein, schlagen die Bewohner z.T. bewußtlos und krankenhausreif, während die von Anwohnern herbeigerufenen Funkstreifen die Vorfälle beobachten ohne einzugreifen.

Die Anführer der Schlägerbande sind zwei Dortmunder Polizeihauptmeister: Weist, Leiter der lokalen Einsatzgruppe, und Murawski, Leiter des SEK. Beide waren nicht im Dienst und sind öffentlich hochgelobte Beamte.

* * *

Im November 1982 demolieren 200 Berliner und Münchner Fußballfans nach alter SA-Manier einen türkischen Gemüseladen, verprügeln den Besitzer und seine Familie. Die Polizei schaut untätig zu. Die Aufforderung von Passanten, einzugreifen, wird ignoriert. — Bisher konnte weder einem Jugendlichen noch einem Beamten eine strafbare Handlung nachgewiesen werden, sagt die Staatsanwaltschaft später.

* * *

Im November 1982 kommt an die Öffentlichkeit, daß in der Berliner Polizeikaserne Schulzendorf ein in Israel geborener Polizeischüler seit zwei Jahren von anderen Schülern mit Nazi-Sprüchen schikaniert und geschlagen wird. Die Dienstaufsicht will natürlich nichts bemerkt haben, ist die erste behördliche Stellungnahme. Am 10.12. räumt Innensenator Lummer auf Nachfrage während einer aktuellen Stunde im Abgeordnetenhaus ein, daß der gequälte Polizeischüler sich wohl an seine Vorgesetzten gewandt hatte. Es sei aber nicht sichtbar geworden, daß die Belästigungen auf Antisemitismus beruhten (?!!).

Sechs Bullen-Faschos gehen freiwillig bzw. werden einstweilig aus dem Dienst entlassen, nachdem bei zweien auch noch Waffen und Nazi-Schriften gefunden wurden. CDU-Lummer, SPD-Landesvorsitzender Ulrich und der Vorsitzende der Gewerkschaft der Polizei (GdP) sind sich einig, daß diese Vorfälle nur Ausnahmen und nicht charakteristisch für die Berliner Polizei seien.

Im Dezember werden 35 Wohnungen von Mitgliedern der nazistischen „Deutschen Arbeiterjugend" durchsucht. Alte und neue Nazi-Literatur sowie Waffen werden gefunden. Unter den durchsuchten Wohnungen sind auch die zweier Polizei-Beamter. Der Vorwurf der Staatsanwaltschaft spricht von „kriegsähnlichen Übungen" und „Beleidigung". Die Gruppe hatte einen Steckbrief des Vorsitzenden der Jüdischen Gemeinde, Galinski, herausgegeben mit dem Text: „*Gesucht: Tot oder halbtot*" (Tsp., 8.12.82).

* * *

Ebenfalls im Dezember 1982 werden bei einem Westberliner Polizeihauptmeister neben diversen geklauten Motorradteilen Embleme der SS und neonazistischen Flugblätter aus den USA (NSDAP/AO) sichergestellt.

* * *

Antifa-Kommission
KB-Gruppe Hamburg

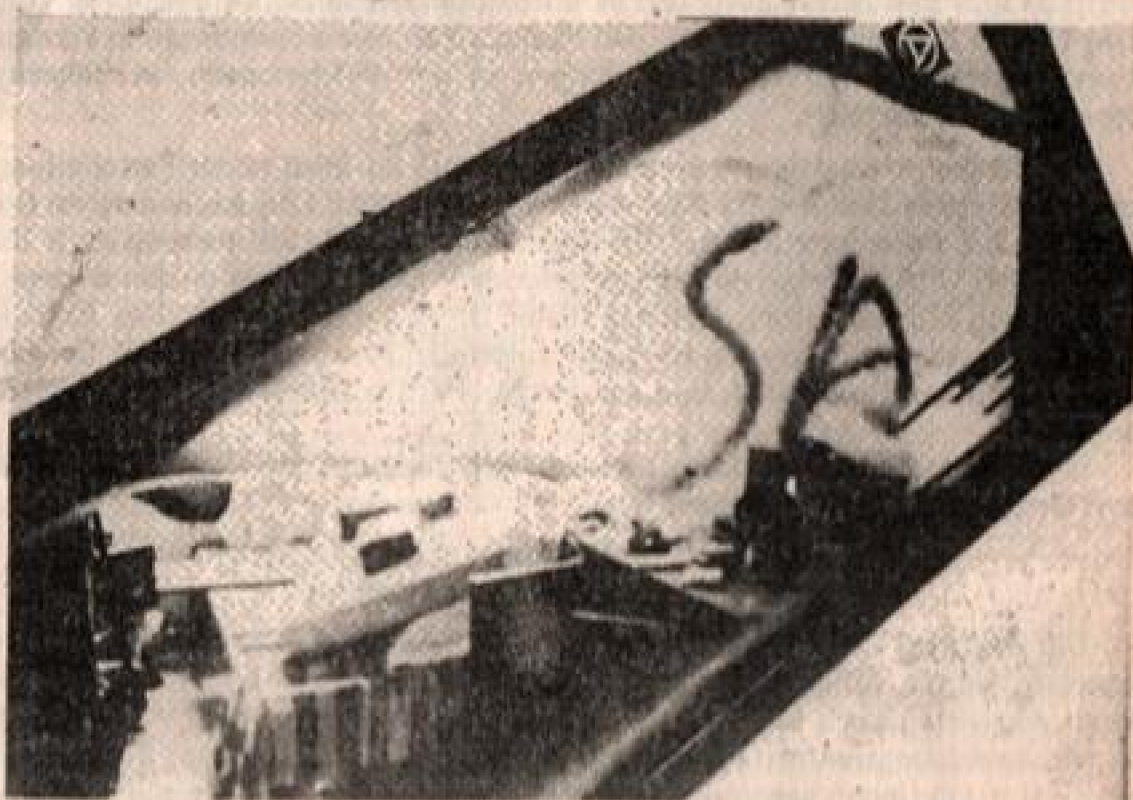
* * *

Antifa-Kommission
KB-Gruppe Hamburg

Anmerkungen

1. Gössner/Herzog: Der Apparat, Köln, 1982 — S. 77
2. Aus Berichten des Ermittlungsausschusses Hamburg 1981
3. Berliner Morgenpost, 8.12.1982
4. Gössner/Herzog, a.a.O., S. 70
5. Ebd., S. 71
6. Ebd., S. 72
7. Ebd., S. 75
8. Ebd.
9. Brokdorf 28.2.1981, BUU Hamburg, 1981 — S. 52
10. Gössner/Herzog, a.a.O., S. 77
11. Ebd., S. 150
12. Ebd., S. 141
13. Aus der Beschwerde des Paten des Hauses Prof. Schulz-Hageleit
14. „Polizei im rechtsfreien Raum" — Bürger beobachten die Polizei, Westberlin, 1982
15. Aus der Dienstaufsichtsbeschwerde von Studienrat Jörn Jensen gegen die Polizei

Da wir dem Aspekt der ideologischen Formierung der Polizei große Bedeutung zumessen, möchten wir alle Leser bitten, uns Erfahrungsberichte und Pressemeldungen über ähnliche Vorfälle zu schicken.



Ein Autogramm der Polizei (Winterfeldstr. 38)

Dokumentation

Eine bulgarische Stimme zum Papst-Attentat

(Nachdruck aus „Neues aus Bulgarien“, Januar '83)

NEUES AUS BULGARIEN
AGENTUR SOFIA-PRESS

WOHIN FÜHRT DIE SPUR: NACH OST ODER NACH WEST?

Dimiter Schischmanow,
BTA-Beobachter, ehemaliger Korrespondent in der Türkei

Der Terrorist, der auf den Papst schoß, ist ein Agent der Geheimdienste eines bestimmten Landes.

Hinter ihm stehen eine politische Organisation und fremde Kräfte, die ihn anleiten.

Diese Organisation und die fremden Kräfte haben ihm Geld und das Versprechen gegeben, ihn im Falle einer Verhaftung und Verurteilung im Zusammenhang mit der Erfüllung der Aufgabe, mit der sie ihn betrauten, aus dem Gefängnis zu befreien.

Die "Spur" all dessen führe "nach Bulgarien" und weiter "nach Osten".

So begann die antibulgarische und antisozialistische Kampagne. Tatsachen und Beweise für diese "Spur"? Keine. Ausgenommen, die willkürlichen "logischen" Vermutungen, die auf tendenziösen Erdichtungen mit einem bestimmten Ziel beruhen, werden für Fakten und Beweise genommen.

Gibt es aber nicht reale Tatsachen und unumstößliche Beweise für eine wirkliche Spur, die gerade in die entgegengesetzte Richtung führt? Wurde die große antibulgarische und antisozialistische Kampagne nicht deshalb eingeleitet, um die Aufmerksamkeit von diesen realen Tatsachen und unumstößlichen Beweisen abzulenken, die in der Mehrheit von niemand anderem als vom türkischen und italienischen Gericht, von der türkischen und italienischen Presse enthüllt oder bestätigt wurden?

Da ich als langjähriger Korrespondent in Istanbul und Ankara die türkische Sprache nicht vergessen habe, habe ich in der türkischen Presse geblättert. Ich las aufschlußreiche offizielle Dokumente, Informationen und Kommentare, die viele dunkle Seiten der "Affäre Agca" beleuchten.

Agent welcher Geheimdienste war der Papstattentäter?

Hier will ich die Aussagen des Angeklagten Hicabi Kocyigit, Angestellter der türkischen Nachrichtendienste, vor dem Gericht in Ankara zitieren, wo den Führern der neofaschistischen Partei der Nationalen Bewegung von Oberst Türkes und seinen terroristischen "Grauen Wölfen" der Prozeß gemacht wird: "Nach dem Mord an Abdi Ipekci habe ich Mehmet Ali Agca im Hause Ferhat Kayas gesehen. Ich war als Amtsperson von den Sicherheitskräften geschickt worden, um Ferhat Kaya eine Mappe, ein mir von Zeki Kaman übergebenes Dossier mit Instruktionen über die zu unternehmenden Aktionen sowie 34 000 türkische Lira zu bringen. Ferhat Kaya gab die Mappe mit den Instruktionen Mehmet Ali Agca weiter. Etwa 15 Tage darauf wurde ich nach Istanbul beordert. In einer Gegend, Küllük genannt, in der Nähe des Cafes "Platin" traf ich mich mit Bekir Kürkcü. Ich beschrieb Mehmet Ali Agca und sagte, er gehöre zu den Abteilungen der Partei der Nationalen Bewegung und ihm müsse die nötige Hilfe geleistet werden, danach kehrte ich zurück. Im Grunde genommen war Mehmet Ali Agca ein Agent der Nationalen Nachrichtendienste...

... 600 000 türkische Lira waren ein Teil des Geldes, das Mehmet Ali Agca zusammen mit dem Geld übergeben werden sollte, das wir von den Angestellten der Sicherheitskräfte und der Nationalen Nachrichtendienste bekommen hatten. Ich übergab Mehmet Ali Agca das Geld in einem Quartier der Nationalen Nachrichtendienste in Ankaras Stadtviertel Cankaya."

Die Aussagen wurden am 10. Februar 1982
in der Zeitung "Milliyet" veröffentlich*

Zitieren wir auch noch aus Seite 497 der Gerichtsprotokolle von den Vernehmungen der angeklagten Führer der Türkes-Partei. Dort figuriert ein Brief, den der Terrorist Agca aus München an Türkes persönlich richtete, als Dokument der Anklage. Der Brief, den "Milliyet" am 25. No-

Die Aussagen wurden am 10. Februar 1982
in der Zeitung "Milliyet" veröffentlich*

Zitieren wir auch noch aus Seite 497 der Gerichtsprotokolle von den Vernehmungen der angeklagten Führer der Türkes-Partei. Dort figuriert ein Brief, den der Terrorist Agca aus München an Türkes persönlich richtete, als Dokument der Anklage. Der Brief, den "Milliyet" am 25. No-

vember 1981 abdruckte, hat folgenden Wortlaut:

Sehr geehrter Hoher Führer!

Indem ich Ihnen hochachtungsvoll die Hand küsse, halte ich es für meine Pflicht, Ihnen vor allem meinen grenzenlosen Dank für Ihre väterliche Fürsorge auszusprechen. Dank meinen Brüdern - Idealisten, die mich warm bei sich aufnahmen, sowie der allseitigen Unterstützung, die sie mir gewähren, habe ich keinerlei Schwierigkeiten. Ich bin zufrieden, daß ich die mir im Namen der großen Sache gestellte Aufgabe ehrenvoll erfüllt habe, und bin stolz darauf, ein Türke zu sein.

Gott beschütze und segne die Türken.

Der Brief wurde vom Staatsanwalt im Zusammenhang mit den Fragen verlesen, die das Gericht an Türkes über seine Beziehungen zu den von seiner neofaschistischen Partei geleiteten Terroristengruppen "Graue Wölfe" in der Türkei und in Westeuropa und zu Agca persönlich stellte, der bereits aus dem Gefängnis Istanbul geflohen und in die BRD eingereist war. Der Anklageschrift zufolge gibt es in den westeuropäischen Ländern, in denen sich türkische Bürger aufhalten, 103 mit der Zentrale Türkes' in Verbindung stehende Vereinigungen, die unter ihrer Leitung und in Zusammenarbeit mit den neofaschistischen Bewegungen in Westeuropa handeln. 86 davon bestehen in der BRD, die übrigen in den Niederlanden, in Belgien, Frankreich, der Schweiz und Osterreich.

Bei Türkes' Verhaftung wurden bei ihm und im Büro seiner Parteileitung Millionen türkischer Lira sowie Dokumente über weitere in türkischen und ausländischen Banken eingezahlte 20 Mill. Lira sichergestellt. Laut "Milliyet" vom 31. Mai 1981 wurden auch 13 Geldüberweisungen aus den USA an folgende Adresse gefunden: Partei der Nationalen Bewegung, Oberst Alparslan Türkes, Zentralleitung, Bahceli Evler 3, Ankara - Türkei. Das Geld kommt von dem USA-Bürger Walter Jacop Fressish mit folgender Anschrift: State of California, West Riggin street, Montrean Park - USA und der Firma "Partito Nazionale Fascisti - Partido Nacional Falanga".

Bekommen die terroristischen Banden von Türkes in der Türkei und in Westeuropa Geld aus dem Osten oder aus dem Westen?

Welche Organisationen und ausländischen Kräfte stehen hinter dem Attentäter?

Die Zeitung "Cumhuriyet" schrieb am 11. Mai 1981, daß die US-Botschaft in Ankara reges Interesse für die Tätigkeit der Jugendgruppen in der Partei der Nationalen Bewegung zeigt, zu deren Aktivisten auch Mehmet Ali Agca gehört. In Malatya hielt Agca gar vor Mitgliedern der Jugendvereinigungen Vorträge über die Strategie dieser Bewegung. Doch vor ihm haben andere instruktive Lektionen gehalten, aus denen er gelernt hat. In der gleichen Nummer der "Cumhuriyet" heißt es, Lektoren aus den USA haben durch Vermittlung der US-Botschaft in Ankara vor den Aktivisten der Jugendvereinigungen der Partei Türkes' Vorträge gehalten.

Die gleiche Zeitung beschrieb am 15. Oktober und 3. Dezember 1982 ausführlich das Wirken des CIA-Agenten und Angestellten der US-Botschaft in Ankara Ruzi Nazar. Am 3. Dezember hieß es in der Zeitung: "Jeder wußte, wer Ruzi Nazar ist und was er tut. In der Türkei schloß er zahlreiche Freundschaften. Er beherrschte das Türkische sehr gut. Auch den Leader der Partei der Nationalen Bewegung, Türkes, gewann er zum Freund. Er war ein guter Freund. Ein naher Freund. Mit seiner Hilfe wurde eine der Töchter Türkes' von einer amerikanischen Luftfahrtgesellschaft eingestellt. Als Nazar die Armee verließ, war das nicht das Ende seiner Freundschaft zu Türkes und den ihm nahestehenden Kreisen. Die Dokumente über die Verbindungen Türkes-Ruzi Nazar befinden sich in den Akten der Partei der Nationalen Bewegung. Wer sich dafür interessiert, kann sie in Akte 106 der Anklageschrift einsehen."

"Cumhuriyet" erläutert, daß Ruzi Nazar sich gegenwärtig in der BRD - in Bonn - aufhält und seine Arbeit in den westeuropäischen Filialen der neofaschistischen Partei von Türkes fortsetzt. Ihre Informationen und Kommentare über diesen CIA-Agenten überschrieb die Zeitung: "Ein USA-Angestellter - Ruzi Nazar - in den Reihen der Ülkücü" (die jugendlichen Anhänger von Türkes). Wiederum laut "Cumhuriyet" vom 15. Oktober 1982 hat Ruzi Nazar in Ankara einen Stellvertreter, ebenfalls CIA-Agent, der im Stadtviertel Bahceli Evler nahe der Haltestelle Karakol wohnt und zu den Aktivisten der extremen Rechten mit dem wichtigsten terroristischen Flügel "Graue Wölfe" gehört.

Am 7. Januar 1982 veröffentlichten viele türkische Zeitungen Informationen über einen weiteren CIA-Agenten, Frank Terpil, der den "Grauen Wölfen" Waffen verkauft habe.

Und Ende September 1982, genau in dem Moment, da Washington das Startsignal für die große antibulgarische und antisozialistische Kampagne gab, traf in der Türkei auch der oberste CIA-Chef William Casey ein ("Cumhuriyet" vom 15. Oktober 1982).

Wo und wann wurde der Anschlag auf den Papst geplant?

Agca wurde am 25. Juni 1979 im Zusammenhang mit dem Mord an Abdi Ipekci, Chefredakteur der "Milliyet", in der Türkei verhaftet, nachdem er etwa 5 Monate im Untergrund gelebt hatte. Ende November 1979 floh er aus dem Militärgefängnis in Istanbul. Seine Flucht war von Türkes-Anhängern organisiert. "Milliyet" und andere türkische Tageszeitungen informierten am 27. November 1979, daß die technischen Helfer bei dieser komplizierten Operation verhaftet worden seien: zwei Offiziere (Hauptmann Cetin Cubuk und Unterleutnant Ali Takim), Sergeant Enver Asir sowie 11 Soldaten. Viele Monate nach seiner Flucht aus dem Gefängnis wurde der Terrorist in der Türkei verborgen. Er wurde mit einem gefälschten Paß auf den Namen des indischen Bürgers Yoginder Singh ausgestattet, einem weiteren, vom Sicherheitsdienst und den Behörden der anatolischen Provinzhauptstadt Nevsehir ausgestellten falschen Paß auf den Namen des türkischen Bürgers Faruk Özgün, sowie einem dritten gefälschten Paß in der BRD, den ihm Polizeikommissar Udo W. für 15 000 DM ausstellte, gezahlt von einer neofaschistischen Organisation ("Hürriyet" vom 1. Oktober 1982). "Cumhurriyet" gab am 20. Dezember 1982 die Nummer des in Nevsehir ausgestellten falschen Passes - Nr. 136635 - und die Namen der Fälscher bekannt: ausnahmslos Anhänger der Türkes-Partei und Aktivisten der "Grauen Wölfe".

Die Filialen der "Grauen Wölfe" in Westeuropa erleichterten Agca seinen Aufenthalt in verschiedenen westeuropäischen Ländern, versorgten ihn mit Geld und Waffen, bis er schließlich am 13. Mai 1981 auf dem Petersplatz in Rom den großen Auftrag zu erfüllen suchte, wie er den Mordauftrag an dem Journalisten Ipekci in der Türkei erfüllt hatte.

Zwei Tage nach seiner Flucht aus dem Militärgefängnis Istanbul ließ Mehmet Ali Agca der Zeitung "Milliyet" einen Brief zukommen, der am 27. November 1979 veröffentlicht wurde und später häufig in der türkischen Presse zu sehen war. "Ich werde den Papst auf jeden Fall ermorden. Das ist der einzige Grund für meine Flucht aus dem Gefängnis", schreibt er. Vor dem römischen Gericht bestätigte der Terrorist, daß der Brief von ihm stammt.

Unter Berufung auf Informationen und Kommentare in der italienischen Presse hieß es in der "Milliyet" vom 19. August 1918: "Die Organisation, die Agca aus dem Militärgefängnis in der Türkei befreite, hatte zuvor Verbindung zu ihm aufgenommen und das Versprechen erhalten, den Papst zu ermorden." (Es ist bekannt, daß Agca selbst in einem Brief an die "Milliyet"

den. Das ist der einzige Grund für meine Flucht aus dem Gefängnis", schreibt er. Vor dem römischen Gericht bestätigte der Terrorist, daß der Brief von ihm stammt.

Unter Berufung auf Informationen und Kommentare in der italienischen Presse hieß es in der "Milliyet" vom 19. August 1918: "Die Organisation, die Agca aus dem Militärgefängnis in der Türkei befreite, hatte zuvor Verbindung zu ihm aufgenommen und das Versprechen erhalten, den Papst zu ermorden." (Es ist bekannt, daß Agca selbst in einem Brief an die "Milliyet"

schrieb, daß er den Papst ermorden würde)

Außerdem schrieb er seinen Komplizen: die Rosen werden in sechs Monaten erblühen. "Es wird behauptet", fährt "Milliyet" fort, "er wollte ihnen auf diese Weise mitteilen, daß in Italien etwas geschehen würde. Diese Anspielung beweist, daß es um den geplanten Überfall geht. Es ist zu spüren, daß die Attentäter von einem rechten Zentrum Anweisung erhalten haben."

Mit einem ausführlichen Zitat aus der italienischen Zeitung "Tempo" bringt die türkische Tageszeitung die Vermutung zum Ausdruck, die Freimaurerloge "P-2" sei an der Verschwörung gegen den Papst beteiligt gewesen und habe wahrscheinlich zu dem Terroristen Kontakt aufgenommen, um ihn als Werkzeug für den Anschlag zu benutzen und damit Staatsstreichen der extremen Rechten sowie der Errichtung profaschistischer diktatorischer Regimes in den wichtigsten westeuropäischen Ländern günstigen Boden zu bereiten." Es wird ein anonymer Brief zitiert.

"In dem Brief", zitiert und kommentiert die türkische Zeitung, "werden jene, die Agca den Befehl zum Attentat gegeben haben, als 'zur Verteidigung gehörig' bezeichnet." (Es ist bekannt, daß im Zusammenhang mit der Affäre "P-2" mehrere hohe italienische Offiziere sowie Generale und Admirale und Führer der militärischen Aufklärung ihrer Posten enthoben würden und gegen sie ein Ermittlungsverfahren eingeleitet wurde.)

"In dem Brief", schreibt "Milliyet", "wird behauptet, in Italien gäbe es Leute, die über die Möglichkeiten verfügen, der italienischen Justiz ein Schnellverfahren zum Attentat auf den Papst 'ohne Zeugen und Verhöre' anzuordnen. (Bekanntlich figurieren in der rechten Organisation "P-2" außer einigen Generalen auch bekannte Richter und Juristen.)" Wie an diesen Zitaten und Kommentaren zu erkennen ist, wurde dem Terroristen eingeredet, in Italien könne genauso wie in der Türkei eine Flucht aus dem Gefängnis organisiert werden.

Zu Beginn meines Artikels habe ich mich auf die Behauptungen der amerikanischen Journalistin Claire Sterling und der amerikanischen Fernsehgesellschaft NBC berufen, die mit Hilfe der CIA Monate, ja Jahre brauchten, um zu der einzigen "Tatsache" und "logischen Schlußfolgerung" zu gelangen: "Sich 50 Tage in Bulgarien aufzuhalten - wie es Agca getan hat, ist an sich schon ausreichend, um Verdacht gegenüber seiner künftigen Tätigkeit zu erwecken."

Um zu dieser "Tatsache" und zu diesem "Schluß" zu gelangen, hat Sterling auch mit Toten Zwiesprache gehalten: Sie dokumentiert ihren Artikel in der Zeitschrift "Reader's Digest" mit einem Foto des lange verstorbenen türkischen Ministers für Auswärtige Angelegenheiten, Turan Günes, doch die Bildunterschrift lautet "Der Minister für Innere Angelegenheiten der Türkei, Hasan Fehmi Günes".

Die amerikanische Journalistin und das NBC-Team, die lange in der Türkei tätig waren, haben die oben zitierten Fakten, Dokumente, Informationen und Kommentare der türkischen Massenmedien nicht gesehen.

Oder sie wollten sie nicht sehen, da sie eine Spur enthüllen, die nicht in die von ihnen gewünschte Richtung weist.

Otetschestwen Front — 3. Januar 1983

§218

Für das Selbstbestimmungsrecht der Frau, weg mit dem §218

Nach 8 Jahren ist der § 218 wieder vor dem BVG.
Diesmal soll darüber entschieden werden, ob die Finanzierung der Abtreibungen durch Krankenkassen verfassungswidrig ist.
Wir fordern:

Abtreibung weiterhin auf Krankenschein!
Streichung des § 218!

26.2. Demo gegen den §218

Karlsruhe · Adenauerring (Uni-Vorplatz) 11.00 Uhr

Was hat die CDU/CSU zum §218 in der Schublade?

Seit dem Regierungswechsel haben die Kräfte, die an der Indikationsregelung des § 218 rütteln wollen, erheblichen Aufschwung bekommen. Hauptangriffspunkt scheint die Finanzierung von Schwangerschaftsabbrüchen durch die gesetzlichen Krankenkassen zu sein. Aber nicht nur auf diesen Punkt beschränken sich derzeit die Überlegungen der Abtreibungsgegner. Im folgenden wollen wir einen kleinen Überblick über die derzeit bekannten Pläne, den § 218 wieder zu verschärfen, geben:

Der christdemokratische Kreuzzug gegen die Notlagenindikation

"Bonn meldet niedrigste Geburtenrate der Welt"(FR,13.10.82) - das erfüllt Kanzler Kohl mit großer Sorge, worauf er auch gleich in seiner Regierungserklärung eingeht.

Daß der § 218 für die CDU/CSU - jetzt endlich an der Macht - zur Disposition steht, daran kann niemand zweifeln, auch kein Heiner Geißler, der bei seinen Parteifreunden einige Irritation auslöste, als er der FR (15.11.) in einem Interview versicherte, daß er an eine Änderung des § 218 nicht denke, solange*"der Staat sich nicht bereit erklärt, die sozialen Ursachen für die Notlage vieler Frauen zu beseitigen"*. Für diese radikalen Töne bekam er gleich von 18 Abgeordneten der CDU/CSU-Fraktion, die ihm öffentlich widersprachen, eins auf den Deckel: 300 Mio. jährlich für Schwangerschaftsabbrüche aus dem Topf der gesetzlichen Krankenkassen seien zuviel, die CDU/CSU werde sich "auf Dauer damit nicht abfinden". Von dem Vorsitzenden der Arbeitsgruppe Jugend, Familie und Gesundheit der Unionsfraktion, Kroll-Schlüter, verlautete es, daß man erstmal die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zur Krankenkassenfinanzierung ("Krankenkassenurteil") abwarten werde, um dann entsprechend politisch zu handeln.

Das Dortmunder "Krankenkassenurteil" vom September 1981 (es ist tatsächlich kein Urteil, sondern ein Vorlagenbeschluß, über den jetzt vom BVG entschieden werden muß) kommt der CDU/CSU wie gerufen: wurde damit doch die ansonsten eher von vereinzelten (und nicht selten als nicht ernst zu nehmend belächelten) Individuen aus der rechtsradikalen Anti-Abtreibungs-Bewegung propagierte Forderung nach Streichung von Abtreibungen aus dem Leistungskatalog der gesetzlichen Krankenkasen endlich gesellschaftsfähig - und damit auch die Diskussion um die angebliche Verfassungswidrigkeit der sozialen Indikation.

Und: wo allgemein schon über Einsparungen im Leistungskatalog der Krankenkassen geredet wird und öffentlich Überlegungen wie erhöhte Krankenkassenbeiträge für Raucher, Alkoholiker, Drogenabhängige u.a. auf den
rungen im Leistungskatalog der Kran-
kenkassen geredet wird und öffentlich Überlegungen wie erhöhte Krankenkassenbeiträge für Raucher, Alkoholiker, Drogenabhängige u.a. auf den
Tisch kommen, kann man sich mit dem Thema Abtreibung auch wieder vorwagen.

Es muß damit gerechnet werden, daß sich in diesem Zusammenhang auch die Krankenkassen selbst zu Wort melden: die BEK (Barmer Ersatzkasse) hatte sich direkt nach Bekanntgabe der Dortmunder Entscheidung eher erfreut darüber gezeigt. "Aus Gründen der Kostendämpfung" will jetzt auch die AOK darauf hinwirken, Abtreibungen nach sozialer Indikation aus ihrem Leistungskatalog zu streichen (FR, 14.1.83).

Wenn nicht das BVG selbst entsprechend entscheidet - was allerdings, je nach Urteilsbegründung, über das Verbot der Finanzierung nicht medizinisch indizierter Abbrüche aus dem Krankenkassentopf hinaus auch eine Abschaffung der sozialen Indikation als verfassungswidrig zur Folge haben könnte -, steht dem Gesetzgeber noch die Möglichkeit offen, die RVO (Reichsversicherungsordnung, die den Leistungskatalog der Krankenkassen gesetzlich festschreibt), auf parlamentarischem Weg zu ändern. Laut Information von Pro Familia Bremen (FR, 14.1.83) soll das längst beschlossene Sache sein. (Nebenbei bemerkt : von einer derartigen Änderung wären ebenso Sterilisation und Verhütungsberatung betroffen...)

Glaubhaft erscheint diese Information schon insofern, als Bundesinnenminister Zimmermann diesen Zustand für Beamtinnen schon ab 1.6.83 per Verwaltungsvorschrift einzuführen angekündigt hat : die Beamtenbeihilfe soll auf "medizinisch notwendige Leistungen" beschränkt werden. **Das heißt, Beamtinnen müssen dann auf jeden Fall für Abtreibungen selbst zahlen!** Das mußten sie übrigens noch bis 1978. Erst dann wurde das Beihilferecht für Beamtinnen dahingehend geändert, daß auch Abbrüche finanziert wurden. Dazu konnte vor einigen Monaten Rechtsanwalt Wolfgang Philipp, der Ursula Zöller in der "Krankenkassenklage" vor dem Dortmunder Sozialgericht vertrat und auch ansonsten einschlägig als "Pro Vita"-Mitstreiter bekannt ist, in einem Kommentar auf der Titelseite der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung" anmerken: *"Die Vorstellung, beamtete Staatsdiener könnten aus sozialen Gründen gezwungen sein, ihre Kinder abzutreiben, anstatt sie aufzuziehen, wird kein vernünftiger Mensch nachvollziehen können."* (28.7.82).

Das die CDU/CSU fest entschlossen ist, den § 218 zu verschärfen, bekräftigte kürzlich für die CDU-Frauenvereinigung auch deren Vorsitzende Helga Wex. Sie gab gleichzeitig an, daß derzeit eine interministerielle Arbeitsgruppe daran arbeitet, entsprechende Vorschläge vorzulegen. Einer davon kann die Anfang November nur flüchtig in der Presse aufgetauchte Überlegung sein, Frauen für eine Abtreibung 80 DM, für jeden Krankenhaustag 20 DM abzuknöpfen.

Der einschlägig bekannten "Bewegung für das Leben" hatte CDU-Generalsekretär Edmund Stoiber noch vor der "Wende" schriftlich *" längerfristige Gesetzesinitiativen zur Verbesserung des geltenden Rechtszustandes in Sachen Paragraph 218"* versprochen, *"sobald die Mehrheitsverhältnisse im Deutschen Bundestag ein solches Vorgehen erfolgversprechend erscheinen lassen"* (FR, 18.8.82).

Da liegt es auf der Hand, daß man die sorgsam ausgearbeiteten Pläne lieber noch ein bißchen in der Schublade läßt, bis sich die neuen Mehrheitsverhältnisse, wenn möglich ohne den Störfaktor FDP, gefestigt haben.

"Wähle das Leben"

Große Hoffnung in die CDU/CSU hat die katholische Kirche, die mit ihrer Kampagne "Wähle das Leben" (am 5.10. als Hirtenwort von allen Kanzeln verkündet) einen neuen Vorstoß in ihrem Kreuzzug "Für das Ungeborene" wagt. In ihrer Erklärung vom 25./26.9.82 forderte die Deutsche Bischofskonferenz "neue Prioritäten in der Familienpolitik": statt "Zwangsfinanzierung" von Abtreibungen Mutterschaftsgeld auch für Nichterwerbstätige.

Auf dem Katholikentag im September letzten Jahres tauchten Aufkleber "Für Abrüstung - gegen Abtreibung" auf, Unterschriften für das "Krankenkassenurteil" wurden gesammelt.

Anfang Dezember wiederholte das Zentralkomitee der Katholiken noch einmal seine Forderung nach Beendigung der Finanzierung von nicht medi-
melt.
Anfang Dezember wiederholte das Zentralkomitee der Katholiken noch einmal seine Forderung nach Beendigung der Finanzierung von nicht medi-
zinisch indizierten Schwangerschaftsabbrüchen.

In Aachen soll am 11./12. Dezember unter dem Stichwort "Wähle das Leben" mit Babykörben in der Kirche für "bedürftige Mütter" gesammelt worden sein.

Und die Sozialliberalen

Dem Koalitionspartner FDP - immerhin laut Programm nach wie vor Verfechter der Fristenlösung - scheint es an einem Koalitionsstreit an dieser Frage derzeit ganz und gar nicht gelegen: ER hält sich aus der öffentlichen Diskussion lieber raus.

Justizminister Engelhardt erklärte in einem Interview lapidar, daß er *"keinerlei Notwendigkeit* (sehe), *am geltenden Paragraphen 218 etwas zu ändern"* (lt.TAZ, 10.1.83).

Für die SPD dagegen scheint das Thema § 218 im Wahlkampf aktuell genug zu sein, um sich (mal wieder) als Vertreterin von Fraueninteressen darzustellen: Auf Wahlplakaten verspricht Kanzlerkandidat Vogel, daß unter seiner Regie am § 218 nichts geändert werden soll. Größeren Widerstand gegen das " Krankenkassenurteil" oder die Pläne der CDU/CSU jedoch hat die SPD noch nicht angekündigt...

Somit ist zur Zeit lediglich von Seiten der Pro Familia Bremen, die Mitte Januar zu einer bundesweiten Kampagne gegen die drohende Verschärfung des §218 aufgerufen hat, und der § 218 Gruppen aus der Frauenbewegung, die eine bundesweite Demonstration organisieren (siehe Aufruf im AK), aktiver Protest laut geworden. Es wird höchste Zeit, daß sich hierzu noch andere gesellschaftliche Kräfte gesellen, um dem Vormarsch der Abtreibungsgegner Einhalt zu gebieten.

Ob Kinder oder keine entscheiden wir alleine!

Frauen müssen wieder auf die Straße gehen! Das Bundesverfassungsgericht ist angerufen worden, darüber zu entscheiden, ob Schwangerschaftsabbrüche auf Krankenschein rechtmäßig sind. CDU/CSU-Abgeordnete haben Initiativen angekündigt, den kostenlosen Schwangerschaftsabbruch zu Fall zu bringen. Die Angriffe der Reaktionäre aus Kirche und Politik gegen Schwangerschaftsabbruch auf Krankenschein zielen darauf ab, daß Frauen, die kein Geld haben, wieder ihr Leben auf Küchentischen von Engelmachern riskieren. Wohlhabende Frauen können sich wie eh und je einen medizinischen Eingriff erkaufen.

Eine Verschärfung des § 218 wird nicht die Zahl der Schwangerschaftsabbrüche senken, sondern das Elend der Frauen vergrößern.

Mit dem § 218, der seit seinem Bestehen als ein Instrument zur Unterdrückung der Frauen benutzt wird, wird auch heute wieder versucht, unsere Rechte auf allen Ebenen anzugreifen. In der Krise sollen die Frauen zurück zu Heim und Herd – am besten mit einer Schwangerschaft. Die Einsparungen in den öffentlichen Haushalten werden vor allem auf die Frauen abgewälzt.

Deshalb fordern wir:

– Ersatzlose Streichung des § 218,
– volle Finanzierung von Schwangerschaftsabbrüchen auf Krankenschein,
– kostenlose und unschädliche Verhütungsmittel für alle.

Kontaktadresse:
Anke Seppelt
Strelitzerstr. 14
1000 Berlin 42

V.i.S.d.P.: Nationale § 218-Koordination

Ernst Albrecht und Dragahn:

„Wir werden Schrammen aus dieser Diskussion mitnehmen!"



Noch ist Lüchow-Dannenberg nicht verloren. Auf breite Gegenwehr stößt der Wortbruch Albrechts und sein ehrgeiziges Ziel, für den Preis der Zerstörung einer ganzen Region zum WAA-Erbauer Nr. 1 zu werden. In immer mehr Dörfern und Ortschaften initiieren die Betroffenen auf eigene Faust Volksabstimmungen gegen die WAA. Auch der Widerstand ganzer Berufsgruppen ebbt nicht ab, im Gegenteil:

- Die in der **Bäuerlichen Notgemeinschaft** zusammengeschlossenen Landwirte haben aus Protest gegen das „neutrale" Verhalten des Landvolk-Vorstands dazu aufgerufen, die Beitragszahlungen an das Landvolk vorläufig einzustellen. Gleichzeitig wurde mit der Gründung eigener Bezirksverbände gedroht. Über 300 Höfe haben bisher ihre Beiträge an das Landvolk storniert.
- Den Albrecht-Ausfällen gegen die Dannenberger **Pastor(inn)en** (diese hatten geschlossen gegen die WAA und den Wortbruch in Hannover Stellung bezogen, vgl. AK 228) folgte eine breite Solidarisierungswelle, die u.a. den Dannenberger Kirchenkreistag, die Mehrheit der Lüchow-Dannenberger Kirchvorsteher, die Lüneburger Pfarrkonferenz und Hannoveraner Kirchenkreise erfasst hat.
- **116 Ärzte** aus den Landkreisen Lüneburg, Uelzen und Lüchow-Dannenberg haben sich in halbseitigen Anzeigen der Tageszeitungen ihrer Region gegen die WAA ausgesprochen. Mit einer in Großanzeigen plazierten V erdummungskampagne („Radioaktivität rettet Menschenleben") und einer scharfmacherischen Hetze gegen die „apokalyptischen Reiter in Weiß" versucht die DWK, verlorenen Boden wettzumachen. Eine Pro-BI hat disziplinarische Schritte der Ärztekammer Niedersachsen gegen die warnenden Berufsvertreter verlangt. Mittlerweile haben sich weitere Ärzte aus Hannover und Westberlin gegen die WAA engagierte.
- Jugendliche und Schüler melden sich in Großanzeigen zu Wort. Lüchow-Dennenbergs GEW-Mitgliederversammlung verabschiedete eine Erklkärung gegen die WAA in der es heißt, *„daß es den Erziehern im Landkreis durch das Vorgehen von Politikern und der Atomindustrie fast unmöglich gemacht wird, den Schülern den Sinn und das Wesen einer lebendigen parlamentarischen Demokratie im Unterricht zu vermitteln."*

Die Bastionen der DWK

Die Bastionen der DWK

In ihrer in Hinblick auf die WAA erstellten und im Oktober 82 in „Energiewirtschaftliche Tagesfragen" veröffentlichten **Studie über „das Wähler-Verhalten im Kreis Lüchow-Dannenberg und die Ergebnisse von Meinungsumfragen"** konstatiert die DWK für Lüchow-Dannenberg ein *„signifikant anderes"* Wählerverhalten als an hessischen WAA-Standorten; in Lüchow-Dannenberg sei die Parteienstruktur *„außerordentlich stabil"*, das Protestpotential übersteige nicht 25% und die eindeutige Befürwortung von Atomanlagen zahle *„sich für die Mandatsträger in Stimmzugewinnen aus"* (vgl. „Atommüllzeitung" Nr. 22).

Tatsächlich konnte die CDU trotz ihrer Pro-Haltung zum Zwischen- und Endlager in Lüchow-Dannenberg bei der Kommunalwahl 81 52,6% und bei der Landtagswahl 82 54,1% der Wählerstimmen einkassieren. Die Unabhängige Wählergemeinschaft (UWG) bzw. die Grünen kamen auf Kreisebene lediglich auf 18 bzw. 14,1 Prozent. Diese Zahlen haben mit einer WAA-Akzeptanz nichts zu tun; ihre Wahlerfolge hatte sich die CDU gerade mit der Parole, keine WAA in Lüchow-Dannenberg zuzulassen, erschlichen. Interessant ist in dieser Studie jedoch, daß für das genannte Wählerverhalten neben den *„tradierten politischen Strukturen"* auch die DWK-Wühlarbeit verantwortlich gemacht wird, die *„mittelfristig (5 Jahre) stabilisierend"* gewirkt habe. Ausschlaggebend hierfür seien *„nicht Großveranstaltungen mit ihrer meist kontraproduktiven Pressebegleitung"* gewesen, sondern erfolgreich gewesen sei *„die Zusammenarbeit mit den politischen Basisorganisationen und in Abstimmung mit den Meinungsbildnern und -führern unter Berücksichtigung personaler Kontinuität"*. Der Landkreis Lüchow-Dannenberg sei somit *„die Bestätigung dafür, daß im Ringen (!) um nukleartechnische Standorte nicht etwa der rasche, spektakuläre Erfolg, die clevere Idee, sondern vielmehr die zähe, oft glanzlose Kleinarbeit Vertrauen schaffen"* könne.

Gemeint ist hiermit die Zahlung von Schmiergeldern jeglicher Art an die örtlichen Kommunalpolitiker über Grundstückseinkäufe, Einmietung in die Häuser von Ratsherren etc.pp. Die so erzielte „Vertrauensgrundlage" macht heute einen Großteil der Kommunalpolitiker zum wichtigsten Verbündeten auch bei der Durchsetzung der WAA. Zusätzlich läuft seit Jahren die Bestechung großen Stils: Insgesamt 6 Millionen DM an Infrastrukturbeihilfen wurden in Verbindung mit dem Zwischenlager mittlerweile in den Landkreis gebuttert — Gelder die zum Teil bereits für Sporthallen, Jugendzeltplätze, Museumsbauten usw. ausgegeben wurden.

Daß zudem neben der CDU-Mittelstandsvereinigung auch eine Mehrheit im Vorstand der Kreishandwerkerschaft für Dragahn die Werbetrommel rührt, liegt auf der Hand: Einige der 11 am Zwischenlagerbau beteiligten örtlichen Firmen sind bereits existenziell von der Atommafia abhängig.

Kreistag Lüchow-Dannenberg votiert für die WAA

Im Vertrauen auf die „Zuverlässigkeit" der Kommunalpolitiker hatte Albrecht angekündigt, die Positionen des Lüchow-Dannenberger Kreistages, des Dannenberger Samtgemeinderats und des Gemeinderats Karwitz (bei Dragahn) in die ihm zufallende Entscheidung über Dragahn einbeziehen zu wollen.

Mehr als eine Legitimationshilfe sollte es nicht werden, da die Kommunalparlamente, so Albrecht, *„hier überfordert"* seien. Aber dennoch: Um eine „Panne" im Entscheidungsprozeß nach Möglichkeit auszuschließen, wurde so einiges auf die Beine gestellt:

- Die maßgebliche Kreistagssitzung wurde um einen Monat auf den 21.1.83 vorverlegt — offenbar sah man angesichts des andauernden Protests die Felle davonschwimmen.
- Den Handaufhebern wurden ausschließlich Referenten der Atommafia vorgeführt, die sprichwörtlich auf Bauernfang gingen: So wurde die Gefährlichkeit der WAA mit dem Genuß einer einzigen Zigarette gleichgesetzt und der Chef-Propagandist der DWK, Göhring (nomen est omen) wußte zu berichten, daß *„die Luft, die aus dem 200 m hohen Schornstein der WAA komme, durch die starke Filterung letztlich reiner sei als die Luft, die man draußen täglich einatme . . ."*.
- Ca. 400 Mandatsträger und „Meinungsbildner" aus dem Landkreis wurde auf Kosten der DWK bzw. der Landesregierung in die heiligen Hallen der Atomindustrie gekarrt: nach La Hague, zur Versuchs-WAA Karlsruhe und in das Plutoniumzentrum Hanau. Daß allein bei der Besichtigung der WAA Karlsruhe 3 Lüchow-Dannenberger unerklärterweise verseucht wurden, nahm man seitens der Reisegruppe — so taz — *„eher humorvoll"* auf.
- Ein geradezu perfektes Timing sorgte dafür, daß der letzte Schub von Mandatsträgern am 19.1. von einer WAA-Butterfahrt zurückkam und noch angedüselt vom Wein aus La Hague am 20.1. anläßlich des CDU-Kreisparteitages seine erste und einen Tag darauf im Kreistag seine zweite Abstimmung über die Bühne bringen konnte.

Weniger Mühe gab man sich mit der Abfassung der 16-seitigen Begründung für die Dragahn-Zustimmung: Hier wurde gleich seitenweise von DWK-Reklameblättern abgepinselt . . . Auch die äußeren Bedingungen machten die Kreistagskonferenz vom 21.1. zu einem „Musterbeispiel vorgelebter Demokratie":

- Zum Sitzungsort wurde der südlichste Zipfel Lüchow-Dannenbergs auserkoren.
- Bereits eine Stunde vor Sitzungsbeginn wurde mit der fadenscheinigen Begründung, der Saal sei voll, die kritische Öffentlichkeit ausgeschlossen (CDU-Mitglieder erhielten per Gesichtskontrolle Zulaß durch den Seiteneingang).
- Vier Hundertschaften hatten das gastgebende „Dörfergemeinschaftshaus" in eine Polizeifestung mit Spezialtrakt für erkennungsdienstliche Behandlungen etc. verwandelt — im Sitzungssaal saßen etwa genausoviel Grünberockte wie Abgeordnete . . .

Daß sich mit der hier praktizierten Kombination von Gehirnwäsche und Polizeischutz für jedes und alles eine „demokratische Mehrheit" finden läßt, liegt auf der Hand.

SPD-Abgeordnete, die öffentlich noch einen Aufschub der Entscheidung gefordert hatten, gaben in geheimer Abstimmung den Ausschlag für das Votum, das mit 22:18:2 Stimmen dennoch knapp ausfiel.

Albrecht bezeichnete noch am selben Tag die Lüchow-Dennenberger Massenproteste gegen Dragahn als *„nur Wind an der Oberfläche"* und ließ Überlegungen laut werden, durch Bildung von „Sonderausschüssen" die Durchsetzung der WAA zu beschleunigen.

Der „Terror" der BI Lüchow-Dannenberg

Die Kreistagssitzung wurde zeitgleich zu den Hannoveraktionen der BI (s.u.) und zudem sehr kurzfristig angesetzt, so daß der BI wenig Zeit blieb für Gegenmaßnahmen. Ohnehin gilt es für die meisten der neu zum Widerstand dazugestoßenen WAA-Gegner als ein Tabu, derartige Abstimmungen be- oder gar verhindern zu wollen. Derartige Schritte gehörten — so die Argumentation — gerade zu den undemokratischen Methoden, die man der Gegenseite vorwerfe. Eine große Rolle bis weit in die BI hinein spielte zudem die Hoffnung, über gutes Zureden und diszipliniertes Verhalten tatsächlich eine ausreichende Anzahl von Kreistagsabgeordneten umstimmen zu können. Besonders stark vertreten wird diese Orientierung von den WAA-Gegnern innerhalb der Unabhängigen Wählergemeinschaft, die mit großem Eifer aber ohne Aussicht auf Erfolg diese parlamentarische Posse bisher mitgespielt haben, ohne zu sehen, daß ihre „konstruktive" Mitwirkung an diesem Entscheidungsprozeß der ganzen Farce erst die höhere und pluralistische Weihe gibt.

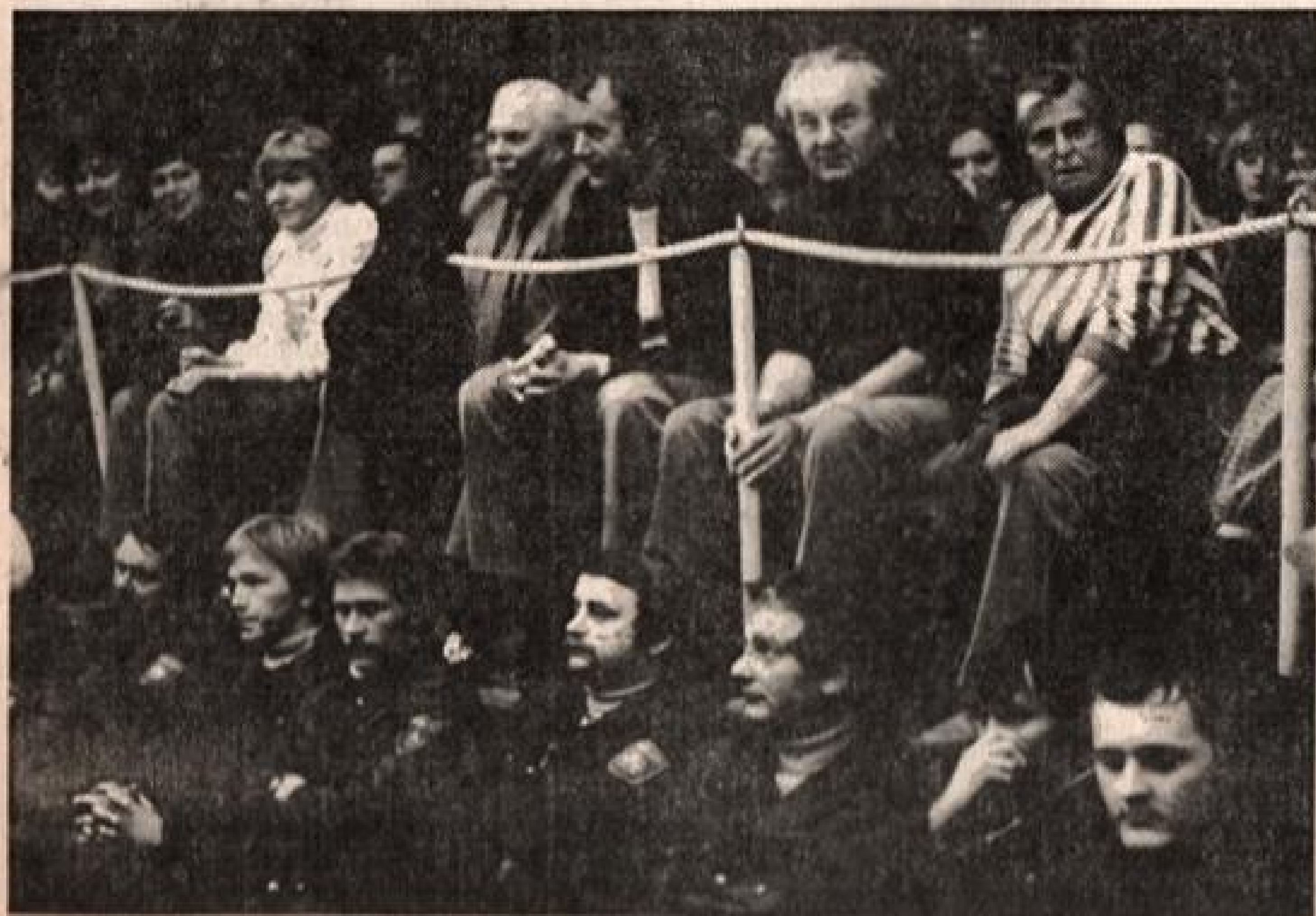
Neben der massiven Polizeipräsenz war diese, die Eigeninitiative lähmende Perspektive mitverantwortlich dafür, daß die Dragahn-Abstimmung bis auf — zu Tumulten hochstilisierten — Einzelaktionen relativ ruhig über die Bühne ging. Daß diese Zurückhaltung die kommunale Mafia nur noch angriffslustiger macht, bewies der Kreisausschuß des Kreistages einige Tage später mittels haarsträubender Attacken gegen die BI: Demnach habe diese im Vorfeld und während der Kreistagssitzung durch „Meinungsterror" u.a. in Form von „Anzeigenaktionen in der EJZ" (Lokalzeitung) versucht, Abgeordnete „unter Druck" zu setzen. Dies aber sei *„ein Eingriff in die Entscheidungsfreiheit der parlamentarischen Gremien und ein Angriff auf unser parlamentarisches System . . ."* („EJZ", 27.1.83). Dieser selbst für Mafiosi erstaunlich offensive Versuch, von den eigenen Untaten abzulenken, hat dadurch an Bedeutung gewonnen, daß die Stellungnahme im vollen Wortlaut unterstützt wurde von — Jörg Janning, dem UWG-Vertreter im Kreisausschuß

Schafft Albrecht den Durchmarsch?

Schafft Albrecht den Durchmarsch?

Die BI Lüchow-Dannenberg hat — der Massenströmung im Wendland folgend — bisher das Hauptgewicht auf die Mobilisierung des regionalen Protestes nach Hannover gelegt. In einer gestaffelten Aktion marschierten im Januar erst 10 Lüchow-Dannenberger zu Fuß nach Hannover, gefolgt von einer 100er und einer auf 1000 Teilnehmer angesetzten Demonstration der unmittelbar Betroffenen aus den Landkreisen Lüneburg, Uelzen und Lüchow-Dannenberg, die aber schließlich mehr als 4000 Teilnehmer in die Landeshauptstadt zog. Trotz vielfältiger Bemühungen blieb das Medienecho auf diese Protestmärsche jedoch denkbar gering, womit bereits ein Faktor genannt wäre, der die Möglichkeiten des Widerstands gegen die WAA im Unterschied zu 1979 erheblich eingeschränkt: Die Ausrichtung der Medien (Radio Niedersachsen, NDR, Stern etc.) auf die Regierungspolitik hat binnen dieser 4 Jahre erheblich zugenommen. Ein weiterer Faktor ist nahezu vorbehaltlose Zustimmung der Führungs- und Landtagsriege der niedersächsischen SPD zu Dragahn. Auch wenn es an der Basis etwas anders aussieht (so hat der SPD-Bezirk Hannover, die mit 57.000 Mitgliedern größte Parteigliederung in Niedersachsen, gegen Dragahn Stellung bezogen) im Landtag jedoch wurde von der SPD ein erstes „Lex Dragahn" vorgeschlagen: Über ein Landesordnungsgesetz bzw. eine Novellierung des Bundesbaugesetzes sei wegen der *„Überforderung der Gemeinden"* auf eine juristische Ausschaltung derselben bei *„langwierigen Genehmi-*

Fortsetzung nächste Seite



Kreistagssitzung über Dragahn

Forts. von vorhergehender Seite

gungsverfahren für Entsorgungsanlagen bei Kernbrennstoffen'' hinzuarbeiten! Last not least wird der Widerstand gegen Dragahn auch dadurch beeinträchtigt, daß durch Wirtschaftskrise und Nachrüstung die AKW-Problematik weitgehend aus dem öffentlichen Bewußtsein verdrängt worden ist.

Neunmal konnte die DWK bisher von bereits anvisierten WAA-Standorten vertrieben werden — je viermal in Niedersachsen und Hessen und einmal in Rheinland-Pfalz. Auf das Gesetz der Serie wird man/frau sich diesmal nicht verlassen können: Mit Dragahn will Albrecht Exempel statuieren: Das Exempel für einen total unnachgiebigen Umgang mit einer Volksbewegung und das Exempel für die Durchsetzbarkeit dieser Atombombenschmiede auch in der BRD!

AKW-Nein-Kommission

Hinweis:
Eine 40-seitiges Sch werpunktheft der „Atommüllzeitung'' über Gorleben/Dragahn ist seit Anfang Februar erhältlich über
Gunther Harms
Sültenweg 57
2120 Lüneburg
Es kostet 3,-DM (ab 10 Ex. 2,20 DM) und dokumentiert, z.T. in Bildberichten, die ersten 3 Monate des Widerstandes gegen die WAA-Pläne für Dragahn.

Gorleben-Prozesse beginnen

''Während der nächsten Wochen werden drei Leute vor dem Landgericht in Lüneburg stehen. Sie sind wegen ihres Widerstandes gegen die Atomanlagen in Lüchow-Dannenberg angeklagt. Alle drei sind bei Aktionen aus einer Menge von mehreren hundert Personen willkürlich herausgegriffen worden bzw. später von Polizeibeamten angeblich wieder erkannt worden, zwei von ihnen beim 'Tanz auf dem Vulkan' im September letzten Jahres.

Die Tatsache, daß diese drei gleich vor dem Landgericht und nicht, wie sonst üblich, vor dem Amts- oder Schöffengericht angeklagt werden und die Vorwürfe unverhältnismäßig hart sind, zeigt, daß hier politische Exempel statuiert werden sollen. Durch diese scharfe Gangart der Justiz sollen alle Gegner von Atomanlagen in Lüchow-Dannenberg eingeschüchtert werden. (...) Die drei jetzt vor dem Landgericht Angeklagten ... haben unsere volle Unterstützung.'' (Resolution der BI Umweltschutz Lüchow-Dannenberg)

Im September '82, bei den Aktionstagen, distanzierte sich die BI noch von den 'Gewalttätern' und schlug damit voll in die Kerbe des staatlichen Bemühens, AKW-Gegner in militante und gewaltfreie zu spalten. Heute macht sie einen Schritt nach vorn und unterstützt die Angeklagten.

Am 31.1. findet der erste Prozeß gegen Karsten statt. Karsten soll bei den nächtlichen Aktionen zum Baubeginn dabei gewesen sein. Er wurde während einer Hausdurchsuchung von einem Bullen 'wiedererkannt'. Die Prozesse gegen Christoph und Richard, die beim 'Tanz auf dem Vulkan' festgenommen wurden und zwei Wochen in U-Haft saßen, sind für den 14.2. und den 16.2. angesetzt. Beginn ist jeweils um 8.30 Uhr, Landgericht Lüneburg, Am Markt 7. Allen dreien wird schwerer Landfriedensbruch, Körperverletzung und Widerstand gegen die Staatsgewalt vorgeworfen.

Wieder einmal wird damit der Versuch gemacht, einige wenige stellvertretend und abschreckend zu verurteilen. Auch gegen die Menschen, die bei der Demonstration gegen das geplante Endlager Schacht Konrad verhaftet wurden, sollen demnächst die Prozesse vor dem Landgericht beginnen.

Prozeß-Infos können bezogen werden über:
B.Matyssek
Hindenburgstr. 101
2120 Lüneburg, Tel. 04131/37707

Eine Genossin aus Lüneburg

Solidaritätsdemonstration
für die Angeklagten aus GORLEBEN/UELZEN vom 4./5.9.82

12.2.83 in Lüneburg

Beginn: 10.30 Uhr vorm Stadttheater, Lindenstr.
bei der Kundgebung werden Wasserwerfer-Verletzte, ein Rechtsanwalt und jemand aus Lüchow-Dan. sprechen



Die große Koalition der „Mietenlügner"

Der Vorgang, der so viel Staub aufwirbelt, ist an sich völlig normal. Regierung A wird durch Regierung B abgelöst. Regierung B regiert mit den von der Ex-Regierung A übernommenen Gesetzen munter drauf los. Plötzlich will Exregierung A mit diesen Gesetzen nichts mehr zu tun gehabt haben und verspricht für den Fall der Wiederwahl sogar die Abschaffung derselben. Regierung B fühlt sich daraufhin von Exregierung A verarscht und bezichtigt diese des Verrats und der Lüge. Regierung B muß dabei, und das fällt ihr aufgrund langjähriger Routine nicht weiter schwer, selber tief in die Lügenkiste greifen, um wenigstens als der konsequentere, erfahrenere und ehrlichere Lügner dazustehen. Dieses kampagnenmäßig aufgezogene Schauspiel, auch Wahlkampf genannt, richtet sich an das große, aus immerhin rund 40 Millionen Mietern bestehende Publikum. Das Stück trägt den Titel „Die Mietenlüge'', in Szene gesetzt von H. Geissler, CDU und ist derzeit einer der am meisten gespielten Wahlkampfhits.

Diese Spitzenposition verdankt es dem für die CDU so erfreulich niederschmetternden, für die SPD so unverdient erfolgreichen Abschneiden bei der Wahl zur Hamburger Bürgerschaft Ende letzten Jahres.

Mit geschickter Demagogie und enormem Propagandaaufwand hatte die hanseatische SPD gegen die einst von eigenen Bonner Genossen ausgeheckten und nun von der CDU in Anwendung gebrachten Mietgesetze mobilisiert und sich so im letzten Augenblick den Weg in die absolute Mehrheit gebahnt. Völlig ausgeklammert wurde in diesem Wahlkampf die von SPD und CDU gemeinsam beschlossene Erhöhung der Hamburger Sozialmieten zum 1.1.1983. Erst am Tag nach der Wahl erfuhren die Betroffenen davon aus der Zeitung.

Auch in der mittlerweile auf Hochtouren laufenden Arie von der Mietenlüge spielt diese Peinlichkeit bezeichnenderweise keine Rolle. Vielmehr wird — wie in Wahlkämpfen üblich — auf das kurze Gedächtnis der Wähler gesetzt. Und daß ganz besonders die SPD auf diese Karte setzen muß, zeigt schon ein Rückblick nur in die letzten beiden Jahre.

Die Lügen der SPD . . .

Man muß der SPD zunächst zugute halten, daß ihr Lügengebäude auf einer sachlich richtigen und bewundernswert kämpferischen Kritik an der neuen Regierung aufbaut. *„Kohl und Genscher vergreifen sich am Mieterschutz''*; *„Das neue Mietgesetz macht Millionen Mieter zum Freiwild der Hausbesitzer''*; *„Das zynischste und unsozialste Weihnachtsgeschenk, das jemals eine Regierung der großen Mehrheit ihrer Bürger verpaßte''* und *„Den Mietern werden Milliardenbeträge abgenommen und in die Taschen der Vermieter gestopft''*. Mit diesen und ähnlichen Sprüchen — wer hätte sie werbewirksamer formulieren können? — gelang es der SPD, zumindest eine ganze Menge Hamburger Mieter zu betören.

Die schärfsten Angriffe unternimmt die SPD gegen die Staffelmiete. Seit mindestens 1980 und zwar unmittelbar nach dem Wahlsieg der damaligen SPD/FDP-Koalition, wurde im Bonner Wohnungsbauministerium an der gesetzlichen Ausarbeitung der Staffelmiete gebastelt. Geistiger Vater dieses Machwerks: Dieter Haack, SPD, Ex-Bundesbauminister. Sein Argument für die Staffelmiete: Der Mieter könne sich besser auf eine langfristige Mietpreisentwicklung einstellen.

Unverblümter formulierte es sein damaliger Vorgesetzter, Ex-Bundeskanzler Schmidt in der Regierungserklärung vom 24. November 1980: *„Um den Wohnungsbau zu beleben, wird die Bundesregierung die Rahmenbedingungen für den freifinanzierten Wohnungsbau verbessern, beispielsweise durch Vereinfachung des Vergleichsmietenverfahrens und Zulassung von Staffelmieten, um die Investitionsbereitschaft privater Anleger zu verstärken.''*.

Die allerersten Pläne sahen die Anwendung der Staffelmiete vorerst für nach dem 1.1.83 fertiggestellte Neubauwohnungen vor. Doch bereits im Oktober 1981 (vg. AK 210) hatte Haack sich den Erpressungsmanövern der FDP — in Mietfragen schon jahrelang auf CDU-Linie — gebeugt und die Zulassung der Staffelmiete auch für Altbauwohnungen voll akzeptiert. Und genau dieses Gesetz ist es, daß jüngst von der neuen Bundesregierung in Kraft gesetzt wurde und das bei der SPD die „helle Empörung'' hervorrief. Meinte die SPD es ernst mit ihrer Kritik und prinzipiellen Ablehnung der Staffelmiete, hätte sie bereits 1981 das Bündnis mit der FDP platzen lassen müssen.

Im Wahlkampf und auch nach der Wahl bei denkbaren „Hamburger Verhältnissen'' in Bonn sollten die Grünen der SPD diesen Widerspruch gewaltig um die Ohren hauen und auf die Verwirklichung der Wahlversprechen dringen.

. . . sind so dumm wie die Lügen der CDU

Das allzu durchsichtige Betrugsunterfangen der SPD erleichterte es der CDU natürlich, die SPD der Lüge zu überführen. Dabei hätte die CDU es bewenden lassen sollen. Aber wohl durch den Klang des Wortes „Lüge'' animiert, wird nun auch ihrerseits kräftig das Blaue vom Himmel heruntergelogen. Wie sollte es auch anders sein. Die billigste Lüge, die für sich selbst spricht, wird gerade in Millionenauflage verbreitet. *„Helmut Kohl: Wir schützen die Mieter''* prangt es auf Werbe‚informationen' zum Bundestagswahlkampf.

Das ernsthaft vorgetragene und arg strapazierte Argument für die gewollten Mieterhöhungen, die Vermieter würden von ihren Mehreinnahmen neue Wohnungen bauen, löst selbst in den eigenen Reihen Kopfschütteln aus. Da fragt Münchens Oberbürgermeister Kiesel von der CSU ganz öffentlich, *„inwiefern eine Anhebung von Mieten im Althausbestand zu Investitionen im Neubau führen wird''* („FR'', 5.1.83). Ähnliche Bedenken häufen sich. Kiesel geht sogar noch einen Schritt weiter und verlangt die Zurücknahme der Staffelmiete für Altbauwohnungen.

Ebenso als Ammenmärchen bzw. Lüge erweist sich das Versprechen von Wohnungsbauminister Schneider, die Mieterhöhungen würden sich im Rahmen der allgemein üblichen Teuerungsrate bewegen. Doch kaum sind die neuen Mietgesetze zu Papier gebracht, ist jetzt schon bei den Mieten ein „starker Ruck nach oben'' zu verzeichnen.

Fazit: Beide sind Mieter-Belügner

Bei der Wortschöpfung „Mietenlüge'' kann es sich eigentlich nur um einen Druckfehler handeln. Weder lügen die Mieten noch werden die Mieten belogen. Korrekt müßte es die „Mieterbelügner'' heißen, denn die einzigen, die hier nach Strich und Faden belogen werden, sind die Mieter. Und zwar von beiden Seiten gleichermaßen. Mit dem Unterschied, daß die SPD sich schön als mieterfreundlich profilieren darf und wegen des blinden Wahlkampfgeholzes der CDU sogar noch einige Mitleidspunkte verbuchen kann. Den unbeirrbaren CDU-Wählern, die zur Miete wohnen, möchte man bis zum 6. März fast noch eine saftige Mieterhöhung ins Haus wünschen.

Wohnungskommission

Mieten im Januar

aus Frankf. Rundschau, 28.1.83

Starker Ruck nach oben

Der erste statistisch abgesicherte Hinweis über die Wirkung des neuen Mietrechts auf die Höhe der Mieten kommt jetzt aus Nordrhein-Westfalen. Wie dem neuen Preisausweis für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte zu entnehmen ist, gab es an Rhein und Ruhr bei den Mieten einen Ruck nach oben. Von Dezember auf Januar beträgt der Anstieg in der Hauptgruppe „Wohnungsmieten" 1,1 Prozent, was für nur einen Monat ein kräftiger Sprung ist. Weit überdurchschnittlich verteuert wurden Mieten in Altbauten ohne Bad, und zwar um 1,5 Prozent sowie in Altbauten mit Bad (plus 1,4 Prozent). Behausungen des sozialen Wohnungsbaus wurden im statistischen Durchschnitt im bevölkerungsreichsten Land der Bundesrepublik um 1,2 Prozent teurer. Dagegen hielten sich die Eigentümer von frei finanzierten Wohnungen mit Mieterhöhungen um 0,6 Prozent bemerkenswert zurück. Gegenüber Januar 1982 beträgt die Erhöhung bei den Mieten 5,1 Prozent. Damit erscheint die Aussage von Wohnungsbauminister Oscar Schneider, derzufolge das neue Mietrecht die Mietpreissteigerungen nicht über das Ausmaß der allgemeinen Teuerung hinaustreibt, wie dies seit Jahren der Fall ist, kaum noch haltbar.

Denn der jetzt zu verzeichnende Auftrieb bei den Mieten fällt in ein Klima stark beruhigter Teuerung. Insgesamt wuchsen die Lebenshaltungskosten an Rhein und Ruhr im laufenden Monat nämlich nur um 0,2 Prozent. Die neue Jahresveränderungsrate beträgt damit 3,8 Prozent, womit sie erstmals seit dem Juni 1979 die Vier-Prozent-Marke unterschritten hat. Den Ausschlag dafür haben die sinkenden Notierungen an den Heizölbörsen und den Zapfsäulen der Tankstellen gegeben.

Auch für die gesamte Bundesrepublik kann nach Lage der Dinge mit einer Teuerung knapp unter oder genau auf der Vier-Prozent-Marke gerechnet werden. Das Statistische Bundesamt in Wiesbaden wird in Kürze sein vorläufiges Ergebnis veröffentlichen, das nach aller Erfahrung dem von Nordrhein-Westfalen vorgezeichneten Trend entspricht. Jk

Erklärung des Frankfurter Mietertreffens

Am 29./30. Januar 1983 trafen sich in Frankfurt/Main Vertreter von Mieterinitiativen und alternativen Mietervereinen aus Frankfurt, München, Hamburg, Freiburg, Wuppertal, West-Berlin, Bochum und Bonn, um die Auswirkungen der Mietrechtsverschärfungen zu diskutieren. Übereinstimmend wurde festgestellt, daß durch die Gesetzesänderung eine bedrohliche Verschlechterung der Lebensverhältnisse der Mieter zu erwarten ist:
— Angleichung der Altbaumieten an die Neubaumieten und sprunghaftes Ansteigen des gesamten Mietniveaus,
— erzwungene Fluktuation auf dem Wohnungsmarkt durch befristete Mietverträge,
— Zerschlagung der Reste sozialer Strukturen in den Altbauquartieren,
— Verdrängung einkommensschwacher Schichten an den Stadtrand.
Bei der sogenannten „Mietenlüge'' geht es den Bonner Parteien ausschließlich um Wählerstimmenfang und nicht um die katastrophale Lage auf dem Wohnungsmarkt. Es ist zwar richtig, wenn jetzt die SPD betont, daß CDU und FDP noch schärfer gegen die Mieter vorgehen — aber ist die SPD schon deshalb eine mieterfreundliche Partei?

Der Kanzlerkandidat Jochen Vogel macht nur sehr vage Versprechungen: Nur die z u s ä t z l i c h von der CDU durchgepeitschten Verschärfungen, wie z.B. die Staffelmiete im Altbau, sollen rückgängig gemacht werden. Offen bleibt jedoch, ob auch die von der SPD noch im Herbst '82 geplanten Verschlechterungen bei einem SPD-Wahlsieg zurückgenommen werden sollen.
Vom Deutschen Mieterbund erwarten wir in diesem Sinne eine konsequente Haltung, die sich auch gegen mieterfeindliche SPD-Vorstellung abgrenzt.
Wir organisierten Mieter fordern eine völlige Rücknahme der Mietrechtsverschärfungen (Staffelmiete, Zeitmietverträge, erleichtertes Mieterhöhungsverfahren, etc.). Darüberhinaus fordern wir ein Verbot der Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen, wirksamen Schutz vor Mieterhöhungen und Maßnahmen zum Erhalt und zur Schaffung billigen Wohnraums.
Die anwesenden Mieterorganisationen wollen nicht nur ihre Beratungstätigkeit verstärken, sondern auch die Mieter mobilisieren — vor und nach der Bundestagswahl. Geplant sind kurzfristig zahlreiche örtliche Aktionen, so zwei Großveranstaltungen in Frankfurt und München, eine Mieterdemonstration in Hamburg, eine Kampagne gegen Umwandlung und Spekulation in West-Berlin.

Die verschiedenen Mieterorganisationen beschlossen, ihren überregionalen Erfahrungsaustausch und die Zusammenarbeit fortzusetzen.

KONTAKTADRESSEN
Badischer Mieterring, Schwarzwaldstr. 19, 7800Freiburg, Tel. 0761—71166

Bergischer Mieterring, Neue Nordstr. 37, 5600 Wuppertal 1, Tel. 0202—440480

Mieterberatung Frankfurt/Main e.V., Petterweilstr. 44, 6000 Frankfurt 60, Tel. 0611—451086

Mieter helfen Mietern, Hamburger Mieterverein e.V., Wohlwillstr. 18, 2000 Hamburg 4, Tel. 040—316868

Mieter helfen Mietern, Münchner Mieterverein e.V., Leonrodstr. 10, 8000 München 19, Tel. 089—1679057

Die Folgen des Libanonkrieges

Die Ziele des mit amerikanischer Unterstützung und Rückendeckung vorgetragenen israelischen Angriffs auf den Libanon waren:
— die Errichtung eines von Israel abhängigen Libanon unter Vorherrschaft der libanesischen Faschisten, was die politische und militärische Schwächung der libanesischen Nationalbewegung (der einzigen bedeutsamen demokratischen Bewegung in den arabischen Ländern) einschließt,
— die politische und militärische Zerschlagung der PLO und der nationalen Identität des palästinensischen Volkes als Voraussetzung für die Verweigerung eines palästinensichen Staates,
— der Abzug der syrischen Truppen aus dem Libanon und die Schwächung des Assad-Regimes, das nicht ohne weiteres bereit ist, sich dem israelisch-amerikanischen Diktat im Nahen Osten zu beugen.
Der Angriff erfolgte mit Duldung fast aller arabischen Staaten. Insbesondere die reaktionären, mit den USA verbundenen Staaten sahen mit dem israelischen Angriff z.T. ihre Interessen mitverfolgt. Der Waffenstillstand und der Abzug der palästinensischen Kämpfer und der syrischen Truppen aus Beirut brachte nur eine Atempause. Trotz der militärischen Niederlage der PLO hatten die Barbarei der israelischen Armee und der heldenhafte Widerstand der Palästinenser und Libanesen deren Ansehen in der Welt gestärkt und der PLO mehr diplomatische Anerkennung eingebracht.

Es wäre jedoch unsinnig zu glauben, daß damit die israelische Regierung oder die USA von der vollständigen Verwirklichung ihrer Ziele in diesem Gebiet abgelassen hätten. Warum sollten sie auch einer geschwächten PLO Zugeständnisse machen? Die Entwicklung seit dem Waffenstillstand hat diese Einschätzung bitter bestätigt. Jeder Ausgleich mit dem Libanon unter dem „gemäßigten" Falangisten Amin Gemayel scheitert an dem israelischen Diktat, das auf die im Munde geführte libanesische Souveränität keinerlei Rücksicht nimmt. Die Handlungsfähigkeit einer Israel wohlgesonnenen libanesischen Regierung wird darüber hinaus durch das Schüren bürgerkriegsähnlicher Auseinandersetzungen und Anschläge systematisch untergraben. Israel richtet sich auf eine lange Besatzung und auf eine vorläufige Teilung des Libanon ein. Den in der Presse hochgespielten Differenzen zwischen Israel und den USA folgt — wie üblich — kein ernsthafter Druck.
Unmittelbar nach Ende des Abzugs der palästinensischen Kämpfer aus Beirut brachte Reagan in einer Fernsehrede seine „neue" Nahost-Initiative auf den Tisch. Der Reagan-Plan erweckt den Eindruck, als würde er — auch bei Ablehnung eines palästinensischen Staates — der völligen Annektion der besetzten Gebiete zumindest in der Siedlungspolitik und in der kommunalen Verwaltung gewisse Schranken setzen. In der jetzigen Situation ist er daher geeignet, in die Reihen der PLO Spaltungen zu tragen.
Auf der arabischen Gipfelkonferenz in Fez haben sich alle arabischen Staaten (außer Ägypten und Libyen) und die PLO auf Beschlüsse geeinigt, die für einen palästinensischen Staat in den besetzten Gebieten die Anerkennung Israels anbieten. Die Konferenz von Fez hat allerdings den Reagan-Plan nicht ausdrücklich abgelehnt, was bedeutet, daß er von der Mehrheit ebenso wie die eigenen Beschlüsse für verhandlungsfähig angesehen wird. Ein palästinensischer Staat ist eben auch von den reaktionären arabischen Staaten nicht geliebt.
In den letzten Monaten hat sich gezeigt, daß von den ausgewählten Verhandlungspartnern der USA, Saudi-Arabien und Jordanien, längst der Weg des Reagan-Planes beschritten wird, wobei Arafat und einige andere PLO-Führer immer mit von der Partie sind. Offiziell wird dies mit der Notwendigkeit erklärt, in der für die Palästinenser schwierigen Situation alle Wege erkunden zu müssen. Dafür scheinen aber die bisherigen Ergebnisse und Vereinbarungen schon recht weit gediehen zu sein.
Kurz vor der Tagung des Palästinensischen Nationalrates haben fünf palästinensische Organisationen in der libyschen Hauptstadt Tripoli den Reagan-Plan und die Beschlüsse von Fez abgelehnt und die diplomatischen Schritte Arafats scharf kritisiert. Befindet sich Arafat, wie aus diesen Kreisen verlautet, auf dem Kapitulationsweg Sadats? Ist damit die Spaltung der PLO vorprogrammiert? Können der Linie Arafats mit dem Kommuniqué von Tripoli Kompromisse abgetrotzt werden?
Sind die Linken innerhalb der PLO, die sich zunächst ja auch hinter die Beschlüsse von Fez gestellt haben und auf dem Minimum beharren: eigener Staat und gegenseitige Anerkennung, die ewigen Neinsager, verantwortungslosen Terroristen und Hintertreiber jeder politischen Lösung? Ist ein Einschwenken auf den Reagan-Plan, was z.B. Syrien konkret befürchtet, selbst für gewisse Zugeständnisse an die Palästinenser, der realistischere und weniger langfristige Weg? Oder wird er — unter der Obhut Jodaniens — ein weiterer Schritt hin zu dem Ziel der USA und Israels sein, der Auslöschung der palästinensischen Nationalität?
Im ersten Teil dieses Artikels wird zunächst auf die Verhandlungen zwischen Libanon, Israel und den USA eingegangen, die nicht etwa in erster Linie zum Abzug der israelischen Truppen aus dem Libanon führen sollen, sondern der Festschreibung der bisher erreichten israelischen Invasionsziele dienen. Anschließend wird noch einmal die amerikanische und israelische Strategie in der Palästinafrage dargestellt.
Im zweiten Teil des Artikels sollen dann die Auswirkungen der „Friedensinitiative" Reagans und der Beschlüsse von Fez auf den palästinensischen Widerstand untersucht werden sowie die Ziele, die die USA, Israel und die reaktionären arabischen Staaten damit hinsichtlich der Palästinenserfrage verfolgen. Gibt es für die PLO überhaupt einen Verhandlungsspielraum, der Ansatzpunkte für erste Schritte zu einem palästinensischen Staat beinhaltet oder gerät die PLO auf diesem Wege zwangsläufig in eine Sackgasse? Welche Rolle spielen dabei Jordanien, Saudi-Arabien und Syrien? Bricht Ägypten aus dem Separatfrieden mit Israel aus oder gruppieren sich wichtige andere Staaten um diesen Ausgleich?

Verhandlungen zwischen Israel, Libanon und den USA

Seit Wochen verhandeln in dem Beiruter Vorort Khalde und im israelischen Grenzort Kiriat Schmoneh Delegationen aus Israel, Libanon und den USA über den Abzug aller fremden Truppen aus dem Libanon, d.h. auch über den Abzug der syrischen Truppen und der palästinensischen Kämpfer aus dem Bekaa-Tal im Osten und aus dem Nordlibanon, ohne daß diese selbst Verhandlungspartner wären.
Nach längerem Hin und Her hat man sich auf Vermittlung der USA — und dies wird besonders von Seiten Israels scharf kritisiert, da die USA angeblich einseitig zugunsten der libanesischen Regierung in die Verhandlungen eingreifen — auf folgende Verhandlungspunkte geeinigt:
— **Beendigung des Krieges** (Seit 1949 besteht zwischen Israel und dem Libanon ein Waffenstillstandsabkommen. Nach Meinung Israels wurde es im Krieg 1967 und 1969 mit dem Kairoer Abkommen vonseiten des Libanon gebrochen, als den Palästinensern bewaffnete Präsenz und Bewegungsfreiheit im Libanon zugesichert wurde. Die Formel „Beendigung des Krieges" könnte das Abschließen eines Friedensvertrages beinhalten, was die libanesische Regierung bisher ausschließt, weil damit die Existenz Israels in gesicherten Grenzen anerkannt wird. Besonders die arabischen Staaten üben im Augenblick Druck gegen einen Friedesnvertrag aus.)
— **Vereinbarungen über die von Israel verlangte Sicherheitszone nördlich der israelisch-libanesischen Grenze** (Israel verlangt „Sicherheitsgarantien", die es sich allerdings nur selbst zutraut. D.h. auch nach einem „Rückzug" der israelischen Truppen will Israel in einer 40 bis 45 km breiten Zone — dem „ersten" Kriegsziel Israels — mindestens ein Überwachungsrecht behalten, damit kein „feindliches Element" dorthin zurückkehren kann. Eine Kontrolle durch multinationale Truppen oder gar durch die UNIFIL-Truppen lehnt Israel ab und besteht auf der Kontrolle durch die Milizen der israelischen Marionette Haddad (1), d.h. durch die israelischen Truppen selbst),
— **Verbindung zwischen den beiden Staaten** (d.h. Diskussionen und Vereinbarungen über eine schrittweise „Normalisierung" gleichbedeutend mit schrittweiser Anerkennung Israels. Die etwas verschwommenen Begriffe dienen dazu, die libanesische und arabische Öffentlichkeit zu täuschen und der libanesischen Regierung Verhandlungserfolge zu geben),
— **Programm über den vollständigen Rückzug Israles und die Bedingungen für die Räumung des Libanon durch die israelischen Streitkräfte im Zusammenhang mit der Evakuierung aller fremden Truppen** (d.h. es wird auch vonseiten der libanesischen Regierung nicht mehr auf dem alleinigen Abzug Israels, des Aggressors, bestanden, sondern es wird über den Abzug der syrischen Truppen — die ja einmal offiziell von der libanesischen Regierung mit Billigung aller arabischen Staaten ins Land gerufen wurden — und der palästinensischen Kämpfer — die sich nach dem bisher nicht revidierten Kairoer Abkommen im Libanon aufhalten dürfen — mitverhandelt, ohne daß diese beiden in die Verhandlungen einbezogen werden),
— **Möglichkeit von Garantien für das Abkommen** (2).

Angesichts des Kräfteverhältnisses haben sowohl die PLO als auch Syrien ihre Bereitschaft bekundet, aus dem Libanon zu Bedingungen abzuziehen, bei denen sie das Gesicht wahren können. In einem Interview mit der Wochenzeitung „Al Moussawar" ließ Arafat verlauten, daß die palästinensischen Kämpfer sich aus der Bekaa-Ebene zurückziehen würden, falls die Libanesen dies forderten, um den Rückzug der Israelis aus dem Land zu erleichtern (3). Auch Gemayels Unterhändler haben in Tunis die Zusicherung vonArafat erhalten, daß die Palästinenser Maßnahmen eingeleitet hätten, die einen Rückzug ihrer Truppen aus dem Libanon zur Folge hätten. Angeblich ist auf diese Zusicherung hin die Freilassung von 300 Palästinensern aus den Flüchtlingslagern Sabra und Schatila erfolgt, die von der libanesischen Armee und den falangistischen Milizen gefangengenommen worden waren (4). Der libanesische Außenminister Salem erklärte, daß die PLO und die Syrer bereit wären, ihre Truppen abzuziehen, sobald eine Einigung über den Abzug der israelischen Truppen und ein entsprechender Zeitplan vorliegen würden (5). Der syrische Staatschef Assad hatte wiederholt erklärt, daß er seine Truppen abziehen würde, wenn die libanesische Regierung dies fordere.
All diese Bereitschft, die ja wiederholt bekundet wurde, wird von den Israelis vollständig ignoriert. Und obwohl die libanesische Regierung durch Taten inzwischen hinreichend bewiesen hat, daß sie eine Politik im Sinne Israels zu machen gedenkt (Vertreibung der Palästinenser, Verhaftungswellen, Massaker, s.u.), obwohl die Verhandlungen im großen und ganzen im Sinne Israels laufen, torpediert die israelische Regierung jeden Versuch, der in nächster Zeit zum Abzug der israelischen Truppen führen könnte.
Das hat verschiedene Gründe: Israel will sicherstellen, daß der Libanon für lange Zeit aus dem arabischen Lager herausgebrochen wird und wirtschaftlich und politisch völlig unter dem Einfluß Israels bleibt. Die Israelis beginnen bereits jetzt mit der wirtschaftlichen Durchdringung des Landes (Exportsteigerung von 4 Mio. Dollar im Juli auf 7 Mio. im August, bis Ende 82 waren es mehr als 100 Mio.). Abgesehen von der Konkurrenz zu den libanesischen Kauf-und Bankleuten, die überwiegend Gemayel unterstützen, muß der libanesische Staat die kommerziellen und finanziellen Verbindungen zu den konservativen arabischen Staaten erneuern, was derzeit schlecht möglich wäre mit Bank Leumi und El Al-Büros in Beirut und Sidon und mit einem Friedensvertrag, wie die israelische Regierung ihn haben will (6). Gemayel kann auch die muslimischen und fortschrittlichen Kräfte nicht völlig verprellen, die ihn aus Gründen der nationalen Einheit unterstützen und dabei sehr weitgehende Kompromisse eingegangen sind.
So unterstützt z.B. Walid Dschumblatt, Vorsitzender der Nationalen Libanesischen Front und Führer der Sozialistischen Partei, Amin Gemayel, den er in einem Interview in Paris als „gemäßigt" bezeichnete und der den Libanon retten könnte, wenn er über die nötigen Garantien verfüge. Dschumblatt erklärte, er sei nicht „*im Prinzip gegen den Frieden mit Israel, aber nicht zum Preis der Freiheit und Unabhängigkeit des Libanon und zu Zugeständnissen, die einer ‚Zugabe zur Aggression' gleichkämen,*" er lehnte es ab, daß Libanon als „*Sprungbrett Israels gegen die arabische Welt*" diene (7).
Auch der Generalsekretär der Kommunistischen Partei Libanons, George Haoui, sieht als Voraussetzung für den Aufbau eines souveränen Staates Libanon die Ausdehnung der Macht der libanesischen Regierung auf das ganze Land (Kritik am neuen Staatspräsidenten wird nicht geleistet, sondern es wird nur erwähnt, daß er wegen seiner Zugehörigkeit zur — faschistischen — Kataeb-Partei nicht vorbehaltlos unterstützt wurde). „*Dazu muß der Existenz der sogenannten Ministaaten — einzelner Gebiete, die von verschiedenen Militärgruppierungen kontrolliert werden — ein Ende gesetzt werden.*" Haoui macht deutlich, daß er damit nicht nur die Milizen Haddads und die falangistischen Milizen meint, sondern daß ebenso die panarabische Friedensmacht (die syrischen Truppen) ihre Funktionen der libanesischen Armee übertragen müssen und daß außerdem die Frage der bewaffneten Präsenz der Palästinenser im Norden Libanons und im Bekaa-Tal auf der Tagesordnung steht (8).

Bei einem Besuch Gemayels in Saudi-Arabien erhielt der libanesische Präsident die volle Unterstützung, die „befriedete Zone" auf den ganzen Libanon auszuweiten. Saudi-Arabien versprach Zusammenarbeit bei dem Rückzug der syrischen Truppen und der palästinensischen Kämpfer aus dem Bekaa-Tal und Nordlibanon und forderte Reagan auf, seinen Druck auf Israel zu verstärken, um Israels gleichzeitigen Rückzug zu erreichen. Im finanziellen Bereich machte Saudi-Arabien

Fortsetzung nächste Seite

Forts. von vorhergehender Seite

weitreichende Zusagen. Gemayel versprach dafür, „*an die arabische Solidarität gebunden zu bleiben und keinen einseitigen Friedensvertrag mit Israel zu schließen*". (Auch er beteuerte seine Unterstützung für den Kampf der PLO für die Rückkehr des palästinensischen Volkes in seine Heimat, bloß dieser Kampf dürfe eben nicht mehr von Libanon aus geführt werden) (9).

Entsprechend hat Gemayel in der Öffentlichkeit verschiedentlich auf einem bedingungslosen Abzug der israelischen Truppen aus dem Libanon beharrt, ohne Rücksicht auf die Räumung des Libanons von syrischen und palästinensischen Kräften. Auch der libanesische Außenminister betonte, daß der Abschluß eines Friedensvertrages mit Israel nicht in Frage komme. Israelische Regierungsmitglieder — besonders Sharon — stimmten nach solchen Äußerungen, die vorwiegend an die arabische Bevölkerung gerichtet sind, regelmäßig großes Geheul an. So drohte Sharon: „*Gemayel wird in der Lage sein, Libanons Präsident zu sein, wenn er einen Friedensvertrag mit Israel unterzeichnet. Andernfalls wird er nur Präsident seines eigenen Palastes sein, wie dies eben mit seinem Vorgänger Sarkis war*". Außerdem beschuldigte er ausgerechnet die USA, den Abschluß eines Friedensvertrages zu hintertreiben (10). In Kiriat Schmoneh äußerte er: „*Wir betteln nicht um einen Friedensvertrag; aber es ist unser Recht und unsere Pflicht, dafür zu sorgen, daß es einen Friedensvertrag geben wird, weil ein Friedensvertrag ein Faktor unserer Sicherheit ist. Wir haben den libanesischen Führern klargemacht, daß Libanon vereint sein wird, wenn ihre Regierung den Frieden unterschreibt.*" (11)

Gegenüber dem Vater des jetzigen Präsidenten und Chef der Kataeb-Partei, Pierre Gemayel, wurde Sharon noch deutlicher: Wenn die gegenwärtigen Verhandlungen erfolglos blieben und die libanesische Regierung weiter Befehle aus Saudi-Arabien von den Syrern und Palästinensern entgegennehme, statt selber zu entscheiden, werde dreierlei geschehen: Israel werde seine Truppen zurückziehen und die Kontrolle in der 45 km tiefen Südzone dem Major Haddad übergeben, die Israelis würden die libanesischen Gemeinschaften einander zerfleischen lassen und auch zulassen, daß die Palästinenser und Syrer die Christen bedrohten, Israel werde die libanesischen Christen nicht mehr unterstützen (12).

Was zunächst als völlig irrwitzige
rael werde die libanesischen Christen nicht mehr unterstützen (12).

Was zunächst als völlig irrwitzige Drohung erscheint, enthält doch ein Gutteil realer Politik. Die libanesischen Faschisten würden ohne die israelische Unterstützung auch heute noch in arge Bedrängnis kommen, die Israelis können also sehr wohl auf die Falangisten erheblichen Druck ausüben, zumal sie sich auf verschiedene Fraktionen innerhalb der Falangisten stützen können (Witwe von Beshir Gemayel, Fady Frem, Oberbefehlshaber der „Libanesischen Streitkräfte", d. h. der zusammengeschlossenen faschistischen Milizen, hat sich offen für einen Friedensvertrag ausgesprochen). In verschiedenen Gegenden Libanons (z. B. im Chouf, dem Einflußgebiet Walid Dschumblatts, und in Tripolis) werden bürgerkriegsähnliche Auseinandersetzungen geschürt.

Die israelische Regierung setzt auf Zeit, sicher, daß sie beim derzeitigen Kräfteverhältnis für sie arbeiten wird. Ein anderer Gesichtspunkt mag sein, daß ein Einstieg Jordaniens und Saudi-Arabiens in Verhandlungen über den Reagan-Plan — der allerdings auf schärfste Ablehnung Israels stößt — erst erfolgen soll, wenn Israel seine Truppen aus dem Libanon abgezogen hat. Bis dahin dürften die Gewinne der PLO durch die israelische Invasion und die Belagerung Beiruts auf diplomatischer Ebene längst in Vergessenheit geraten sein. Der Leiter des Planungsstabes der israelischen Armee, General Barak, hat im übrigen erklärt, daß sich die israelischen Streitkräfte auf eine weitere Stationierung im Libanon für sechs Monate oder ein Jahr einstellen würden (13).

Mit einer weiteren Forderung treibt Israel diesen Poker weiter: Israel beansprucht bei einem Rückzug aus dem Libanon drei Frühwarnstationen, die das Ausmaß von Militärbasen haben sollen, und zwar in Saida, Nabatiyeh und auf dem Baruk-Massiv, von dem aus es die Bekaa-Ebene und Syrien kontrollieren kann. Den Vorschlag des amerikanischen Sonderbotschafters Habib, diese Frühwarnstaionen (entsprechend den Sinai-Vereinbarungen) mit amerikanischen, internationalen oder multinationalen Truppen zu besetzen, wurde von den Israelis, die außerdem die israelische Hoheit über den libanesischen Luft- und Meeresraum beanspruchen, rundweg abgelehnt. Sharon hingegen ging noch einen Schritt weiter: Er bot, wenn es schon nicht anders ginge, auch den Syrern Frühwarnstationen im Bekaa-Tal an — nur auf die eigenen könnte man nicht verzichten (15). Habib hat inzwischen Begin aufgefgordert, einen Teilrückzug um Beirut herum doch spätestens am 12.2. zu beginnen (d. h. zwei Tage vor dem vorgesehenen Beginn der Sitzung des 16. Palästinensischen Nationalrates (16), von dem eine Neuorientierung der PLO gewünscht wird).

Was wird aus den Palästinensern im Libanon?

In diesem Zusammenhang berichtete die Welt, daß sich bisher kein einziges arabisches Land bereit erklärt hat, die 6.000 bis 10.000 palästinensischen Kämpfer aus dem Nordlibanon und dem Bekaa-Tal aufzunehmen. Außerdem wolle der Libanon nur die 230.000 Palästinenser aufnehmen, die von der UNWRA als Flüchtlinge registriert sind, die übrigen 200.000 müßten den Libanon verlassen (17).

Diese Angaben entsprechen auch Planungen der libanesischen Regierung, die die Zahl der im Libanon lebenden Palästinenser drastisch einschränken will. Die Flüchtlingslager sollen aus den Städten heraus verlegt und später ganz abgeschafft werden. Entsprechend sollen auch zerstörte Lager nicht wiederaufgebut und die obdachlosen Palästinenser in Zelten untergebracht werden. Durch strikte Aufenthaltsregelungen soll ihre Zahl von 500.000 auf 300.000 gesenkt werden. Sind die Flüchtlingslager erst einmal aufgelöst, müssen die Palästinenser wie andere Ausländer nachweisen, daß sie ihren Lebensunterhalt selbst bestreiten können, andernfalls werden sie ausgewiesen. Dies würde heute auf 75 % der Palästinenser zutreffen (18).

Die Entmilitarisierung Ost-Beiruts von faschistischen Milizen ist bis heute aufgeschoben. Anfang Oktober, d. h. nach den Massakern in den Palästinenserlagern Sabra und Schatila, hatte die libanesische Regierung erklärt, daß erst die Razzien in Westbeirut abgeschlossen sein müßten (19). Allein in Westbeirut und in den umliegenden Flüchtlingslagern hat die libanesische Armee bis Ende 1982 2.240 Palästinenser unter der Anschuldigung verhaftet, Komplotte gegen die Sicherheit des Staates geschmiedet zu haben (20). Die „taz" gibt an, daß libanesische Armee und faschistische Milizen zusammen 4.000 Libanesen und Palästinenser gefangen halten (21). Hinzu kommen im Lager Ansar im Südlibanon 7.000. Die israelische Zeitung „Maariv" berichtet, daß in den letzten sechs Wochen (zit. nach „Welt" vom 23.11.82) in den Lagern 1.200 Palästinenser umgebracht worden seien, d. h. nach den Massakern in Schatila und Sabra. Es handele sich um systematische Ermordung in kleinen Gruppen und sei der multinationalen Truppe bekannt, die ja nach dem Habib-Abkommen die Sicherheit der Palästinenser in den Lagern gewährleisten soll (22). Außerdem habe die libanesische Armee 60.000 Palästinenser aus den Lagern vertrieben, von den 1.200 verschwunden seien. Die Terroraktionen machen auch vor den linken libanesischen Kräften nicht halt. Nach einem Bombenanschlag auf das Zeitungsbüro der „Unabhängigen Nasseristen" (Murabitun) wurde die Organisation bedroht, sie müsse mit ihren 2.000 Kämpfern den Libanon verlassen (23). Bei einem Bombenanschlag auf das Al Fatah-Sicherheitszentrum in Schtoura (Ort, in dem sich auch das Hauptquartier der syrischen Truppen befindet), kamen mindestens 30 Menschen ums Leben.

Mit all diesen Terroraktionen sollen die Palästinenser aus dem Südlibanon vertrieben werden, Falange-Offiziere sprechen nur 25.000 Palästinensern das Recht zu, im Libanon zu bleiben. Die weitere Zerstreuung der Palästinenser war und ist ein Ziel, das die Israelis mit ihrer Invasion in den Libanon erreichen wollen. Selbst bürgerliche Zeitungen sprechen davon, daß den Palästinensern ein ähnliches Schicksal wie den Armeniern drohen könne. Weitgehend schutzlos sind die Palästinenser dem Terror der faschistischen Milizen und der libanesischen Armee ausgeliefert; Übereinkünfte mit Israel werden daran nichts ändern.

Wohl um die Verantwortung Israels für die Massaker an Palästinensern in Sabra und Schatila herunterzuspielen, brachte der israelische Rundfunk ein Interview mit einem Falange-Offizier, das die Springer-Presse hier dankbar aufgriff: Er hasse die Palästinenser, weil sie sein Land verwüstet haben, er begrüße es, wenn man die Palästinenser erschlage, er sei persönlich in Sabra und Schatila gewesen und habe dort 15 Menschen getötet, er habe gesehen, wie noch mehrere hundert andere getötet worden seien. Er finde nichts Schlimmes an dem Töten von Frauen und Kindern, denn es sei Krieg. Bei den Palästinensern würden schon achtjährige Jungen schießen, also könne man sie nicht Kinder nennen. Er werde auch in Zukunft Palästinenser töten. „*Was die israelische Armee dabei tut, ist belanglos. Sie kann uns nicht am Töten der Palästinenser hindern*" (24).



Opfer des Krieges in Beirut



Demonstration in Israel gegen die Begin/Sharon-Regierung

Im Südlibanon deutet alles darauf hin, daß sich die israelische Armee nicht nur für ein Jahr einzurichten gedenkt. Der Generalsekretär der schiitischen Organisation AMAL, Nabih Berri, beschuldigte Israel zu versuchen, Dorfkomitees nach dem Muster der Dorfligen im Westjordanland zu bilden. „*Die Israelis sagen zu den Bürgermeistern der Dörfer, daß sie die Bildung eines Komitees wollen, das in ihren Augen verantwortlich sein und den Schutz der Bevölkerung des Ortes sichern solle. Wenn der Bürgermeister ablehnt, wählen die Israelis Dorfbewohner aus, die sie beauftragen, am Komitee teilzunehmen. Die, die ablehnen, werden entweder festgenommen oder Verhören unterworfen.*" Zig libanesische Notabeln, die sich den Israelis nicht unterwerfen, seien von den Israelis verhaftet worden und werden im Lager Ansar festgehalten (25).

Amerikanische und israelische Strategie in der Palästinenserfrage

Die Entwicklung im Libanon hat gezeigt, daß die israelische Regierung nicht bereit ist, irgendwelche Zugeständnisse zu machen. Die USA hingegen versuchen — auch in den Verhandlungen über den Truppenabzug im Libanon — den Anschein zu erwecken, als seien sie ehrliche Vermittler zwischen den verschiedenen Konfliktparteien im Nahen Osten, ohne allerdings wirkliche Zugeständnisse zu machen oder gar Israel dazu zu zwingen.

Bevor wir noch einmal auf den Reagan-Plan eingehen, sollen die strategischen Grundlagen der heutigen US-Politik bezüglich der Palästina-Frage noch einmal beleuchtet werden.

Bis 1967 war der Hauptwaffenlieferant Israels Frankreich. Erst nach dem Kriege 1967 entwickelten sich die militärisch-strategischen Beziehungen zwischen den USA und Israel. Die USA schätzten die militärischen Siege Israels gegen die arabischen Staaten als einen schweren Schlag gegen Ansehen und Macht der radikalen Nationalisten und deren sowjetische Hintermänner ein (26), damit war freilich nicht das Jordanien König Husseins, sondern das Ägypten Nassers und das in Syrien regierende Baath-Regime gemeint.

Die Zusammenarbeit der USA und Israels während des Schwarzen Septembers 1970 in Jordanien verbesserte die militärisch-strategischen Beziehungen sprunghaft. Die Unterdrückung der PLO durch das jordanische Regime — die arabischen Regimes wurden vor einem Eingreifen durch die USA gewarnt, was auch mit ihren Interessen bezüglich der PLO übereinstimmte — wurde als Sieg über die Sowjetunion angesehen. Kissinger führte das Anwachsen der Fedayin in Jordanien nicht auf den regionalen Konflikt zurück, sondern betrachtete es als einen Teil der internationalen kommunistischen Bedrohung. „*Der sowjetische militärische Vorstoß in Ägypten und sein Antrieb für radikale Araber heckte die Krise in Jordanien aus ...*", schrieb Kissinger in seinen Memoiren (27).

Aufgrund der Einordnung des Palästinenser-Problems in den globalen Kontext des Konfliktes zwischen

Palästinenser-Problems in den globalen Kontext des Konfliktes zwischen

den USA und der Sowjetunion wurde ein palästinensischer Staat natürlich grundsätzlich abgelehnt, allerdings begann man sich schon in der folgenden Zeit Gedanken zu machen, König Hussein als Ordnungsfaktor für die Palästinenser einzusetzen. Für die US-Politik wurden die US-israelischen Beziehungen zu „*einem Schlüssel für das Zurückdrängen des sowjetischen Einflusses in der arabischen Welt und für die Erreichung der Stabilität*" — und nicht etwa die Lösung der Palästinenserfrage. Israel wurden alle Vergünstigungen für umfangreiche Waffenlieferungen eingeräumt. Seit 1975 betrug die Militär- und Wirtschaftshilfe jährlich mehr als 2 Mrd. Dollar (28), in diesem Jahr gehen Kongreß und Senat über die von Reagan geforderte Hilfe von 2,5 Mrd. Dollar um mindestens eine halbe Mrd. hinaus (29).

Nach 1973 (die arabischen Armeen hatten den Mythos der Unbesiegbarkeit Israels angekratzt) sollte der sowjetische Einfluß mit neuer Strategie zurückgedrängt werden: Arabische legitime Beschwerden sollten mit israelischen Sicherheitsinteressen unter amerikanischem Einfluß in Einklang gebracht werden. Israel sollte nur Gebiete aufgeben, die seine Sicherheit nicht gefährden die USA verstärken ihre Beziehungen zu wichtigen arabischen Staaten und weichen die Sowjetbindungen dieser Staaten auf (28). Bis zum Alleingang Sadats nach Jerusalem hat dieses Konzept auch gegenüber Syrien funktioniert.

Der damalige israelische Ministerpräsident Rabin (Arbeiterpartei) interpretierte dieses Konzept folgendermaßen: Israel würde durch Verhandlungen über die Rückgabe der Sinai-Insel und der Golan-Höhen Zeit gewinnen, in dieser Zeit mit Hilfe der USA seine militärische Stärke aufbauen, die USA und ihre Allierten würden sich in dieser Zeit unabhängiger vom arabischen Erdöl machen, die Sowjetunion aus Kairo und evtl. auch aus Damaskus hinausgedrängt werden. Wegen der Schwäche Jordaniens sollten allerdings im Westjordanland keine Zugeständnisse gemacht werden, entsprechend dem „Allon-Plan" sollte das Westjordanland immer von Israel militärisch kontrolliert werden, die kommunale

Fortsetzung auf Seite 34

Zur Diskussion: Völkermord und Endlösung

Im AK hat sich an der Überschrift **„Die Endlösung der Palästinenserfrage“** (AK 225, S. 1) eine Leserbriefdebatte entzündet (AK 227, S. 29 und AK 228, S. 36). Angegriffen wird dort, daß *„die im weltweiten Vergleich doch nicht einmalige Politik der herrschenden Zionisten in Palästina ... als einzige gerade von der sozialistischen Linken immer wieder mit der NS-Politik auf eine Stufe gestellt wird“*. Dies wird im weiteren als Indiz bzw. gar Beweis für Antisemitismus in der westdeutschen Linken gewertet.

Das ist kein Streit um Worte. Es geht um unterschiedliche Ansichten über den Charakter der Politik der israelischen Regierung gegen die Palästinenser. Für die Kritiker ist das sozusagen **„normaler Terrorismus“**, wie ihn zahlreiche Regimes in aller Welt betreiben, für den AK ist es, wie es schon in einer Überschrift in AK 222 hieß, ein **„Vernichtungskrieg“**.

Der Streit entzündet sich aber an einem Wort — „Endlösung“ (obwohl er sachlich schon nach der Überschrift „Vernichtungskrieg“ fällig gewesen wäre).

„Endlösung“ ist der Begriff, den das deutsche NS-Regime seit 1933 für verschiedene Pläne verwandte, die Juden aus Deutschland zu vertreiben, zu dezimieren und schließlich, nach der berüchtigten Wannseekonferenz Anfang 1942, vollständig zu ermorden. Nach 1945 ist unter „Endlösung“ gemeinhin jener Massenmord der Jahre 1941 - 45 verstanden worden.

Dieser Begriff „Endlösung“ war eine genauso zynische wie bürokratische Formel, die verschleiern sollte, um was es ging: einen V ö l k e r mord in der Form der vollständigen physischen Vernichtung einer Minderheit.

Völkermorde sind nun keine spezifische Erfindung der Nazis. Es gab vor 1933 Völkermorde, z.B. die der schen Eroberer an den Völkern Mittel- und Südamerikas und die des „weißen Mannes“ an den indianischen Völkern Nordamerikas, um nur zwei Beispiele zu nennen. Nach 1945 ist den USA mit sehr viel Berechtigung vorgeworfen worden, in Vietnam den Versuch eines Völkermordes zu unternehmen (1). In Brasilien wird immer noch Völkermord an den Indianern begangen. Das Beispiel des versuchten Völkermordes an den Kurden erwähnt der kritische Leserbrief von Klaus-Peter L. selbst (allerdings nur, um darzutun, daß die
worden, in Vietnam den Versuch eines Völkermordes zu unternehmen (1). In Brasilien wird immer noch Völkermord an den Indianern begangen. Das Beispiel des versuchten Völkermordes an den Kurden erwähnt der kritische Leserbrief von Klaus-Peter L. selbst (allerdings nur, um darzutun, daß die
Kurdenverfolgung etwas ganz anderes sei als die Judenverfolgung der Nazis.)

Formen und Methoden des Völkermordes waren in der Geschichte unterschiedlich. Nach dem 2. Weltkrieg wurde eine internationale Konvention zur Bestrafung von Völkermord verabschiedet, die insgesamt fünf Handlungen als Völkermord unter Strafandrohung stellt (siehe Kasten) (2).

Unterschiedlich waren auch die Namen, die die jeweiligen Täter ihren Handlungen gaben — „Bekehrung zum Christentum“, „Kreuzzug“, „Erschließung des Westens“, „Verteidigung der Freiheit“, „Bekämpfung des Terrorismus“). Die Nazis nannten ihre Völkermord(plän)e „Endlösung der Judenfrage“ oder „Generalplan Ost“.

Der AK-Autor beschuldigte nun die Regierung Begin/Sharon, am palästinensischen Volk einen Völkermord begehen zu wollen, und zwar in der Form, daß führende Teile dieses Volkes umgebracht werden (aber nicht nur die, wie Shabra und Shatila beweisen) und der Rest in alle Winde verstreut wird.

Es ist durchaus allgemein akzeptiert, Begriffe aus der Zeit des Nazi-Regimes auf aktuelle Geschehnisse zu übertragen. „SA“ z.B. für faschistische Schlägertrupps in allen Ländern, „KZ“ für das Stadion in Santiago 1973 oder andere Lager reaktionärer und faschistischer Regimes, „Euthanasie“ für besonders unmenschliche Behandlung von psychisch Kranken und Behinderten, „Volksgerichtshof“ für Terrorjustiz. Ähnliches gilt für ältere historische Begriffe wie z.B. „Kreuzzug“ oder „Inquisition“, jener Einrichtung, die in der Zahl ihrer Opfer wahrscheinlich selbst das Nazi-Reichssicherheitshauptamt übertrifft. Je weiter weg (historisch gesehen) der Begriff ist, umso weniger wird dabei darüber nachgedacht. Giordano Bruno (3) hätte sicher allen Anlaß, sich mit Recht dagegen zu verwehren, daß heute für Anhörungen in Berufsverboteverfahren der Begriff „Inquisition“ verwendet wird.

Insofern wird auch mit Begriffen aus der NS-Zeit achtlos umgegangen und mit unpassenden Parallelen tatsächlich das verharmlost, was unter dem Nazi-Regime geschehen ist.

Man/frau sollte sich solcher Begriffe zur Kennzeichnung aktueller Vorgänge nicht ohne Not bedienen. Im vorliegenden Fall, dem Schicksal des palästinensischen Volkes, scheint mir die Verwendung jedoch vertretbar.

Die Weltöffentlichkeit ist, nachdem sie nach 1945 erfahren hat von dem, was unter dem NS-Regime geschehen war, eigenartig „abgestumpft“, wenn es um Völkermord geht. 90.000 Tote bei der Unterdrückung eines Volksaufstandes in Madagaskar 1947, 200.000 in Kenia 1952; 1954 - 62 die wahllose Dezimierung des algerischen Volkes in zahllosen Massakern (4). Schließlich Mitte der 60er Jahre Vietnam. Das war „ganz etwas anderes“ als Auschwitz und Maidanek. Jean-Paul Sartre wies darauf vorm Russell-Tribunal 1967 hin: *„Der Nürnberger Gerichtshof war eben zusammengetreten, als die Franzosen, um ein Exempel zu statuieren, in Setif siebzigtausend Algerier umbringen ließen. Solche Vorgänge waren damals nichts Außergewöhnliches, und niemand dachte daran, deswegen die Regierung so zu verurteilen, wie man die Nazis gerade verurteilen wollte“* (5).

Diese Verbrechen passierten eben auch nicht mitten in Europa, sondern weit weg in den „Kolonien“. Die Opfer waren nicht — wie die Juden — Menschen, denen man im eigenen Land täglich begegnete, sondern irgendwelche Völker in Afrika und Asien.

So gelang es den Imperialisten vielfach, ihre Massaker und Völkermordaktionen als einfache „Niederschlagung von Rebellionen“ hinzustellen oder — noch besser — zu verkaufen als „Verteidigung der Freiheit“. Nicht zufällig nennen Begin/Sharon ihren Vernichtungskrieg gegen die Palästinenser „Krieg gegen den PLO-Terrorismus“.

Genau das ist die Grundlage dafür, die gegenwärtige Politik der israelischen Regierung mit dem härtesten und deutlichsten Begriff zu belegen, den man nach 1945 für den Vorwurf, Völkermord zu begehen, verwenden kann: „Endlösung“. Der Begriff dient hier nicht dazu, das Nazi-Regime zu verharmlosen, sondern dazu, der weltweit betriebenen Verharmlosung dessen, was mit dem palästinensischen Volk geschieht bzw. nach dem Willen
man nach 1945 für den Vorwurf, Völkermord zu begehen, verwenden kann: „Endlösung“. Der Begriff dient hier nicht dazu, das Nazi-Regime zu verharmlosen, sondern dazu, der weltweit betriebenen Verharmlosung dessen, was mit dem palästinensischen Volk geschieht bzw. nach dem Willen
Begin/Sharons geschehen soll, entgegenzutreten.

Die Verwendung dieses Begriffs erscheint berechtigt, wenn man das gemeinsame von Völkermord(plän)en betrachtet: sie sind äußerste Konsequenz von Expansion und Krieg. Und ihr gemeinsames Ziel ist, ein Volk aus der Geschichte verschwinden zu lassen.

Einwände dagegen können sich aus zwei Blickwinkeln ergeben.

Erstens dadurch, daß man — wie die Leserbriefschreiber es tun — abstellt auf das einmalige und einzigartige der Nazi-„Endlösung“ und die Judenverfolgungen unter dem NS-Regime aus ihrem wesentlichen historischen Kontext reißt — dem Zweiten Weltkrieg des deutschen Imperialismus.

Klaus Peter L.'s zentraler Satz z.B. behauptet, daß die Politik von Begin/Sharon im internationalen Vergleich keinesfalls einmalig ist. Er verwendet dazu den Begriff „terroristisch“. Dagegen grenzt er die NS-Politik ab, die dann ja wohl tatsächlich etwas völlig einzigartiges und einmaliges gewesen sein muß. Kontext dieser Politik ist für ihn nicht Imperialismus, Expansion und Krieg, sondern die 2000jährige Verfolgung der Juden im „christlichen Abendland“, *„deren Kulminationspunkt Auschwitz war“*. Noch deutlicher wird St. St., wenn er von der *„historischen Schuld unseres Kulturkreises / und nicht nur unserer herrschenden Klasse... gegenüber den Juden“* spricht. Dann erscheint die Nazi-„Endlösung“ tatsächlich als einmalige Wahnsinnstat des „christlichen Abendlandes“, „unseres Kulturkreises“ oder praktischer „des deutschen Volkes“. Dann wäre die durch die AK-Überschrift gezogene Parallele tatsächlich falsch, unsinnig und gemein.

Oder man kann zweitens die Angriffe des AK inhaltlich teilen — die Politik Begin/Sharons nicht nur für terroristisch halten, sondern auch für Völkermord — und trotzdem den Begriff „Endlösung“ ablehnen, wenn man meint, dieser sei durch das historische Geschehen auf immer und ewig nur verwendbar für das Schicksal der Juden 1933 - 45, insbesondere den systematischen Massenmord.

Damit ist man bei der Frage nach der historischen Einordnung des deutschen Faschismus. Ist das eine Erscheinung, die vollkommen aus der deutschen Geschichte bzw. der Geschichte des Imperialismus herausgenommen werden sollte (unerklärlicher · Betriebsunfall) oder ist er der Extremfall von Expansion, Kolonialismus und imperialistischem Krieg? Im ersten Fall — Betriebsunfall der Geschichte — verbietet sich tatsächlich das Ziehen von Parallelen.

Es ist vielleicht sinnvoll, dieser Frage durch eine kurze Beschäftigung mit der NS-Politik näher zu kommen.

Judenverfolgung und Völkermord des deutschen Faschismus

Erste Opfer der Verfolgung waren sofort nach der Regierungsübernahme durch die NSDAP am 30. Januar 1933 Kommunisten, Sozialdemokraten und andere politische Gegner des Faschismus. Diese waren selbstverständlich die ersten Opfer, weil es dem Regime darauf ankam, sich schnell und gründlich zu konsolidieren.

Die Juden wurden in diese ersten Verfolgungsmaßnahmen einbezogen, genauso wie andere Minderheiten im deutschen Reich (Homosexuelle z.B.). Kommunisten und Sozialdemokraten wurden in KZs malträtiert, „auf der Flucht erschossen“ oder zu Tode geschunden. Mit Oppositionellen, die gleichzeitig Juden waren — und davon gab es in Deutschland sehr viele — wurde von Anfang an noch viehischer umgegangen.

Ebenso wie die Entlassung aller sozialdemokratischen und kommunistischen Beamten wurde auch die Entlassung der jüdischen Beamten bereits 1933 verfügt. Gleichzeitig begannen die Nazis mit Boykottkampagnen gegen jüdische Geschäfte.

Die „Rassengesetzte“ von 1935 leiteten eine neue Qualität ein. Juden wurden offiziell zu Staatsbürgern zweiter Klasse erklärt, Ehen zwischen Juden und Deutschen verboten usw. Seit 1935/1936 zog ein Stab um Reinhard
Nazis mit Boykottkampagnen gegen jüdische Geschäfte.
Die „Rassengesetzte“ von 1935 leiteten eine neue Qualität ein. Juden wurden offiziell zu Staatsbürgern zweiter Klasse erklärt, Ehen zwischen Juden und Deutschen verboten usw. Seit 1935/1936 zog ein Stab um Reinhard
Heydrich (der 1942 von tschechischen Antifaschisten mit Hilfe einer Bombe hingerichtet wurde) die Bearbeitung der „Judenfrage“ an sich. In diesem Stab saß u.a. Adolf Eichmann.

Dieser Stab leitete 1938 auf dem Experimentierfeld des gerade „angeschlossenen“ Österreichs eine weitere Verschärfung der Judenverfolgung ein. Unzufrieden über die geringe Zahl von seit 1933 vertriebenen Juden, wurde der Kurs deutlich härter: *„Noch erreichten tausende jüdischer Menschen die Grenzen. Noch lebten in Österreichs einstiger Hauptstadt die Verfolgten. E r s t m a l i g aber begannen die Organisatoren der Judenverfolgungen, ihre Opfer unter objektive Bedingungen zu zwingen, denen nicht mehr jeder gewachsen war. Physische Liquidierung war noch nicht das Ziel, störte aber die Faschisten nicht, trug der Tod einiger jüdischer Menschen noch dazu bei, die Vertreibung vieler zu beschleunigen“* (6). Den eingeschüchterten Juden wurden horrende Geldsummen abgenommen als Preis für die legale Ausreise ins Ausland. Eichmanns und Heydrichs Stab entwarf Pläne, Juden zu Zigtausenden an ausländische Staaten bzw. an die Juden in diesen Staaten „zu verkaufen“. (Es gab neben den wenigen reichen Juden auch sehr viele, die selbst gar keine Möglichkeit hatten, sich die legale Ausreise zu erkaufen (7).)

Eichmann hat später im gegen ihn in Israel geführten Prozeß das „Verdienst“ reklamiert, tausende von Juden „gerettet“ zu haben, indem er ihre Vertreibung so sehr forciert hatte (8).

Das in Österreich eingeleitete verschärfte Vertreibungsverfahren wurde sehr bald in Deutschland übernommen. Die „Reichskristallnacht“ im November 1938 sollte den Juden in aller Klarheit deutlich machen, daß sie in Deutschland bzw. dem von Berlin aus beherrschten Gebiet keine Zukunft mehr haben werden.

Insgesamt war die Judenverfolgung in Deutschland bis Kriegsbeginn darauf gerichtet, die Juden aus Deutschland zu vertreiben. Das deutsche Volk sollte vorbereitet werden auf den nächsten Krieg, insbesondere gegen die „Untermenschen“ im Osten. Dafür sollte es lernen, diese fremden Völker zu hassen, zu brutalem Einsatz bereit zu sein usw. Die Judenverfolgung diente diesem Ziel. Die Juden waren das „minderwertige Feindvolk von Untermenschen im eigenen Land“.

Der Schritt von der Verfolgung und Vertreibung zum Völkermord vollzog sich nach Beginn des 2. Weltkriegs in Polen. Im Rahmen der Nazi-„Neuordnung Europas“ sollte Osteuropa erobert und regelrecht kolonialisiert werden. D.h. die osteuropäischen Staaten sollten nicht „nur“ besiegt und in Abhängigkeit gebracht werden; die Völker Osteuropas sollten vertrieben, z.T. vernichtet und irgendwo anders als „Arbeitsvölker“ angesiedelt werden. („Generalplan Ost“).

Im Sinne dieses Konzeptes ging das Nazi-Regime an die „Endlösung der Judenfrage“. Mit dem Einfall in Polen war die Zahl der unter Zugriff von SS und Wehrmacht lebenden Juden erheblich gestiegen; in Polen lebten insbesondere sehr viele arme Juden. Als „Handelsobjekt“ waren sie kaum zu gebrauchen. Selbst konnten sie keine Irrsinnssumme aufbringen, um auszureisen.

Die Juden wurden — da man in Heydrichs Stab noch an den Plänen zur „Endlösung“ saß — zunächst in die größeren Städte Polens deportiert (auch die Juden aus Deutschland). Dort mußten sie unter unmenschlichen Zuständen in Gettos leben. Erste Vorschläge von Heydrich zielten darauf ab, diese Gettos zu behalten bzw. mit fortschreitendem Kriegsverlauf weiter nach Osten zu verlegen. Die „arbeitsfähigen“ Juden — Heydrich dachte an einige hunderttausend Männer — sollten in Arbeitslagern versklavt werden. Dieser Plan wurde als „zu kostspielig“ verworfen; jede Mark floß in die Vorbereitung des Angriffs auf die Sowjetunion. **Gettoisierung der Juden und der Plan zur Errichtung von Arbeitslagern sind selbstverständlich schon Völkermordpläne. Es war eindeutig, daß ein Volk unter diesen Bedingungen dezimiert und eines Tages „verschwinden“ würde.**

Aus der Konvention zur Verhütung und Bestrafung des Verbrechens des Völkermordes vom 9.12.1948

Aus der Konvention zur Verhütung und Bestrafung des Verbrechens des Völkermordes vom 9.12.1948

"In der vorliegenden Konvention wird Völkermord als eine Handlung verstanden, die in der Absicht begangen wird, eine nationale, ethnische, rassische oder religiöse Gruppe als solche teilweise oder vollständig zu vernichten:

a) Mord an Mitgliedern der betreffenden Gruppe

b) Schwerwiegender Übergriff auf die physische oder geistige Integrität der Mitglieder der Gruppe

c) Vorsätzliche Unterwerfung der Gruppe unter Existenzbedingungen, die ihre teilweise oder vollständige physische Vernichtung zur Folge haben müssen

d) Maßnahmen, die auf eine Beschränkung der Geburten innerhalb der Gruppe abzielen

e) Zwangsweise Überführung der Kinder einer Gruppe in eine andere Gruppe."

Nächster Plan, in Zusammenarbeit von Außenministerium und Reichssicherheitshauptamt 1940 entwickelt, war das „Madagaskar-Projekt“. Das besiegte Frankreich sollte diese afrikanische Insel „abtreten“, die dort lebende Bevölkerung sollte „umgesiedelt“ werden. Dann sollte dort unter SS-Regiment ein riesiges Arbeitslager für die Juden entstehen. Nach einer Stellungnahme des Reichssicherheitshauptamtes vom August 1940 sei diese *„Überseelösung insularen Charakters ... jeder anderen vorzuziehen“* (9). Ziel war dabei, *„die Vertriebenen widrigen klimatischen und Witterungsbedingungen, verheerenden Seuchen und auszehrender Arbeitsqual, ständigem Mangel an Nahrungsmitteln und anderen Lebensquellen, geistiger Dumpfheit und dem allgegenwärtigen SS-Terror auszusetzen — Bedingungen also, denen viele der Opfer nicht oder nur kurze Zeit würden standhalten können. Der Madagaskarplan bedeutete folglich mehr als nur eine 'territoriale Endlösung'“* (10).

Die Durchführung dieses Planes hätte Jahre erfordert; zudem war sie während des Krieges schwer zu verwirklichen. Es wurden also weitere „Endlösungspläne“ gemacht. Offenbar aus der Parteikanzlei der NSDAP liegt Anfang 1941 der Plan vor, die lebende Generation der Juden, ebenso wie weitere „Fremdvölker“, massenweise zu sterilisieren. Entsprechende Versuche waren in den deutschen KZs bereits durchgeführt worden und wurden in den folgenden Jahren vorangetrieben. Anfang 1941 war die „Forschung“ offenbar auf dem Stand, Konstruktionsunterlagen für Apparate vorzulegen, mit denen etwa 150 Menschen pro Tag sterilisiert werden könnten. Sicherlich auch ein Völkermordplan.

Von diesen „Endlösungsplänen“ war es dann nur ein kleiner Schritt zu der „Endlösung“, die im Januar 1942 in der Wannsee-Konferenz beschlossen wurde: die systematische Ermordung der lebenden Generation von Juden.

Dieser Entschluß steht — und das bestreiten selbst bürgerliche Historiker nicht (11) in engem Zusammenhang mit dem Überfall Nazi-Deutschlands auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941. Nach diesem Überfall und der Kriegserklärung an die Vereinigten Staaten ging es für das Nazi-Regime um „Alles oder Nichts“. Entweder die Verwirklichung der Weltmachtträume oder vollständige Niederlage. Die ersten Kriegsmonate brachten Erfolge insbesondere in der überfallenen Sowjetunion. Unter diesen Umständen fielen *„auch die letzten politischen und ideologischen Barrieren, die der grausamsten, vollständigen und k u r z f r i s t i g e n 'Endlösung der Judenfrage' im Wege gestanden hatten“* (12). Wie diese „Endlösung“ dann ablief, ist nach 1945 bekannt geworden und braucht hier nicht weiter ausgeführt zu werden (13).

Zum Zeitpunkt der Entscheidung für den industriellen Massenmord befand sich der deutsche Imperialismus im
„Endlösung“ dann ablief, ist nach 1945 bekannt geworden und braucht hier nicht weiter ausgeführt zu werden (13).
Zum Zeitpunkt der Entscheidung für den industriellen Massenmord befand sich der deutsche Imperialismus im
Hochgefühl des vermeintlichen Siegers, der ein Weltreich nach seinem Geschmack zu schaffen sich in der Lage sah, in dem skrupellos über das Schicksal von ganzen Völkern entschieden werden konnte. Juden und Sinti sollten vollständig ermordet werden, dem polnischen Volk und anderen slawischen Völkern sollte jede geistige, politische und kulturelle Führung durch Massenmord genommen werden (14), Sprache und Kultur verboten, und der Rest des Volkes in ein Arbeitslager nach Sibirien deportiert werden.

und die Täter...

Ich habe in den vorhergehenden Abschnitten meist vom „Völkermord des Nazi-Regime“ gesprochen bzw. ähnliche Formeln gebraucht. Wessen Regimes war das, wessen Krieg und wessen „Endlösung“? Die Leserbriefe von K.P.L. und St. St. vermitteln hinsichtlich der Judenverfolgung und „Endlösung“ den Eindruck, als sei dies eine Ausgeburt des *„christlichen Abendlandes“* bzw. *„unseres Kulturkreises“*. St. St. erklärt, wie eingangs schon zitiert, ganz eindeutig, daß hinter dieser „Endlösung“ mehr stand als nur „unsere“ herrschende Klasse. Das *„deutsche Volk“*, das *„christliche Abendland“* oder der *„abendländische Kulturkreis“* als Massenmörder? Aus dieser Bestimmung des Täters der „Endlösung“ ergibt sich der Antisemitismus-Vorwurf gegen den AK und andere westdeutsche Linke.

Es wird wohl im fünfzigsten Jahr nach dem 30. Januar 1933 mancher Schrott darüber geschrieben und geredet werden, wie „die Nazis übers deutsche Volk kamen und dieses und seine Nachbarn in unvorstellbares Elend stießen.“ Da wird dann wieder die Rede sein, von den „demagogisch befähigten

Fortsetzung nächste Seite

Forts. von vorhergehender Seite

Nazi-Führern'', denen ,,das deutsche Volk'' völlig ,,unbegreiflicherweise'' gefolgt ist. Der AK wird sich vielleicht auch ausführlicher damit beschäftigen, wie es tatsächlich zum 30.1.1933 kam und zu dem, was dann folgte.

Ich will mich nicht zurückziehen auf die etwas billige Behauptung, das ,,deutsche Volk'' oder ,,unser Kulturkreis'' habe überhaupt nichts zu tun und am Hut gehabt mit Antisemitismus u.a.

Judendiskriminierung und -verfolgung haben insbesondere im ,,christlich bestimmten Abendland'' eine jahrhundertelange Tradition. Die bürgerliche Revolution hatte zwar programmatisch die ,,Egalité'' auf ihre Fahnen geschrieben, d.h. auch die Emanzipation der in der feudalen Gesellschaft an den Rand und in die Verfolgung gedrängten Juden. Tatsächlich blieb der Antisemitismus aber auch in den kapitalistischen Staaten Europas Programm- und Propagandabestandteil der politischen Rechten. Engels z.B. schrieb 1890: ,,*Der Antisemitismus ist das Merkzeichen einer zurückgebliebenen Kultur und findet sich deshalb auch nur in Preußen und Österreich, resp. Rußland*'' (15). Er irrte: vier Jahre später hatte Frankreich die antisemitische ,,Dreyfuss-Affäre''.

In der Weimarer Republik wurde vom ersten Tag an Haß gegen Juden geschürt, denen neben allen anderen gezüchteten ,,rassischen'' Vorurteilen nun auch noch die Schuld am verlorenen Weltkrieg zugeschoben wurde. Erwähnt sei beispielhaft nur die von Presse und bürgerlichen Politikern geschürte Hetzkampagne gegen den ,,jüdischen Verzichtspolitiker'' Walther Rathenau, der dann 1922 ermordet wurde. Kurt Tucholsky schrieb damals: ,,*So, wie Helfferich intellektuell an der Ermordung Erzbergers schuld ist, so sind die beiden Rechtsparteien — die Deutschnationale und die Deutsche Volkspartei — schuld an der Verbreitung der faustdicken Lügen und Verdrehungen, die Rathenau das Leben gekostet haben. Die Provinzpresse rast seit Monaten gegen den Republikaner, den Steuererfasser, den Juden Rathenau. Denn das ist hier noch immer so gewesen: was der Junker versaut, muß der Jude ausfressen*'' (16).

Der NSDAP gelang es, den Antisemitismus kleinbürgerlicher Gruppen in der Weimarer Republik aufzugreifen, so wie es ihr meisterhaft gelang, die Existenzangst des Volkes in der Wirtschaftskrise, Antikommunismus und die Sehnsucht nach Rückwärts zu mobilisieren. Ihr gelang es als erster Rechtspartei in Deutschland, eine Massenbasis zu gewinnen. Und diese Massenbasis war ein wesentliches Argument für die Großindustrie, diese Partei an die Regierung zu bringen. Hitler und seinen Auftraggebern hat der Antisemitismus in Deutschland ohne Zweifel genutzt; man kann nur rätseln, ob ohne diesen Antisemitismus die NSDAP nicht so groß geworden wäre, wie sie Anfang der 30er Jahre war, und ob es nicht gereicht hätte zur Regierungsübernahme.

Die bürgerliche Geschichtsschreibung stürzt sich auf die Tatsache, daß die NSDAP eine Massenbasis hatte und zur Massenpartei geworden war. Die Jahre 1933 - 45 werden — bis hin zu Historikern, die sich der Linken zuordnen — ausschließlich oder im wesentlichen als Verwirklichung der Ideen und Vorstellungen der Führer der Nazi-Partei, insbesondere der Zentralfigur Hitler, interpretiert. Ziel dieser Interpretation ist meistens ein ,,Freispruch erster Klasse'' für das deutsche Monopolkapital, das den Ereignissen nur hilf- und fassungslos zugesehen habe.

In diesen Interpretationen spielt die Judenverfolgung eine zentrale Rolle. ,,*Die gesamte faschistische Politik und der Zweite Weltkrieg sollen einzig aus der vermeintlich zentralen und höchsten Zielsetzung des Hitlerfaschismus begriffen werden, die 'Juden' zu vernichten; alle Entscheidungen und Maßnahmen des Regimes seien dem zu- und untergeordnet gewesen. Rassismus und Antisemitismus werden schlechthin als Wesen und Hauptcharakteristikum des deutschen Faschismus ausgegeben*'' (17). Das Nazi-Regime — eine ,,antisemitische Volksbewegung'', die für zwölf Jahre Deutschlands Geschicke beherrschte?

Dem kann man immer nur die Tatsache gegenüberstellen, daß die Installation dieses Regimes und insbesondere die von ihm dann verfolgte Politik und der vom Zaun gebrochene Krieg wesentlich von der herrschenden Klasse Deutschlands herbeigeführt und bestimmt worden sind. Dazu nur drei Punkte:

1. Der Regierungsübernahme Hitlers im Januar 1933 gingen, insbesondere in den Jahren 1930 bis 1933, zahlreiche Kontakte zwischen Nazipartei und Großindustrie voraus, in deren Verlauf innerhalb der Monopolbourgeoisie Einigkeit darüber erzielt wurde, daß eine Kanzlerschaft Hitlers und die Aufhebung der Weimarer Republik erreicht werden sollte (18). Der 30. Januar 1933 ist Ergebnis dieses Entscheidungsprozesses in der Großindustrie.

Im Laufe der zahlreichen Zusammentreffen mit Vertretern der Großindustrie hat Hitler insbesondere Widerstände überwinden müssen hinsichtlich der ,,antikapitalistischen Programmpunkte'' im Parteiprogramm der NSDAP (,,Brechung der Zinsknechtschaft'' z.B.). Es ist vor der Einsetzung der Nazi-Regierung, soweit bekannt — und die Chronologie der Machteinsetzung ist sehr detailliert bekannt —, von keinem Großindustriellen überhaupt die Frage aufgeworfen worden nach den antisemitischen Programmpunkten der NSDAP oder gar Hitlers Tiraden in ,,Mein Kampf''. In den Verhandlungen um die Bildung des Kabinetts Hitler/Papen vier Wochen vor Hitlers Ernennung zum Reichskanzler im Haus des Kölner Bankiers Schröder nennt Hitler seinem — wie sich später zeigte kurzfristigen — Partner als eine der ersten Maßnahmen in einem Atemzug die ,,*Entfernung aller Sozialdemokraten, Kommunisten und Juden von führenden Stellungen in Deutschland*'' (19).

2. Die deutsche Großindustrie selbst nahm an Judenverfolgung und Völkermord aktiven Anteil. Zunächst ,,nur'' an der ,,Arisierung'' des jüdischen Kapitals. Das hieß in den ersten Jahren, daß Betriebe von schikanierten und erpreßten Juden für ein Butterbrot und ein Ei aufgekauft wurden, später direkt mit Hilfe des Nazi-Staatsapparates enteignet wurde. **Besonders berüchtigt in dieser Hinsicht ist der Friedrich-Flick-Konzern** (20).

Nach Kriegsbeginn und insbesondere nach Beginn der ,,Endlösung'' in den Konzentrationslagern beteiligten sich deutsche Konzerne direkt am Völkermord. Bekanntestes Beispiel sind die IG Farben, damals mit Abstand größter Konzern Deutschlands. Der lieferte nicht nur über seine Tochterfirmen die Unmengen des Giftes Zyklon B, mit dem der Massenmord durchgeführt wurde (21), sondern unterhielt ein eigenes Zweiglager in Auschwitz (Auschwitz III, Monowitz) mit einem Betrieb zur Erzeugung synthetischen Kautschuks. Dort mußten diejenigen jüdischen Männer, die bei Ankunft in Auschwitz als ,,arbeitsfähig'' aussortiert worden waren, Zwangsarbeit leisten, bis sie an dieser Arbeit starben oder so ausgelaugt waren, daß sie ins benachbarte ,,Vernichtungslager'' Birkenau geschickt wurden. So haben z.B. ,,*von 1.128 holländischen Staatsbürgern, die nachweislich in das IG-Lager Monowitz eingeliefert worden sind, ... 194 lebend ihre Heimat wieder erreicht*'' (22).

Peter Weiss, selbst Jude, der aus Deutschland vertrieben wurde, sieht in solchen ökonomischen Vorteilen sogar eine wesentliche Grundlage des zur Staatsdoktrin des NS-Regimes erhobenen Rassenhasses: ,,*Die Gründe des Rassenhasses werden von den Opinionsmachern immer wieder verdunkelt und in dieser Verdunkelung angefacht, um davon abzulenken, daß es sich um einen ökonomischen Kampf handelt. Es klingt besser, von mystischen Kräften zu sprechen als davon, daß es um den krassen Gewinn geht. Die Gewinne des faschistischen deutschen Staates betrugen Multi-Milliarden nach der Enteignung des jüdischen Besitzes. Die Großunternehmer gewannen am meisten. Und sie gewannen weiter, als ihnen nach Ausbruch des Krieges Sklavenarbeiter aus allen Teilen Europas zur Verfügung gestellt wurden*'' (23).

3. Der Zweite Weltkrieg war, mit teilweise unterschiedlichen Zielen, ein Krieg, den die deutsche Großindustrie um die Herrschaft in Europa bzw. in der Welt führen ließ. Die Großindustrie hat ihn selbst über den Vierjahresplan, der nichts anderes war als ein Plan, die deutsche Wehrmacht ,,kriegsfähig'' zu machen, vorbereitet. Sie formulierte die Kriegsziele mit großen Plänen zur ,,Neuordnung Europas''. Das in Osteuropa durchgeführte Vertreibungs- und Völkermordprogramm ist Konsequenz dieses Kriegsziels (24).

Es soll mit diesen drei Anmerkungen, die notgedrungen Thesen sind (eine detaillierte Beweisführung würde Bücher füllen und hat sie auch gefüllt (25)), nicht behauptet werden, daß alles, was in Nazi-Deutschland 1933 - 45 geschah, Ergebnis direkter Befehle der Großindustrie an Hitler oder seine Komplizen war. Sicher hat nicht im Dezember 1941 Friedrich Flick oder Karl Krauch (IG Farben) Reinhard Heydrich angerufen und ihm Auftrag erteilt, nun als ,,Endlösung der Judenfrage'' den Massenmord zu planen und durchzuführen. Die Nazi-Führer haben ihre Aktionen und Untaten in gewissen Maße ,,eigenständig'' geplant und durchgeführt. Sie konnten dies aber nur, w e i l ihnen 1933 die Großindustrie die Macht in Deutschland übertragen hat. Sie konnten es nur im Rahmen eines Krieges, der von eben dieser Großindustrie vorbereitet war und dessen Richtung von ihr bestimmt wurde.

Aus den hier dargelegten Überlegungen heraus widerspreche ich den im AK veröffentlichten Kritiken ganz deutlich: Die Nazi-Völkermorde sind in allererster Linie Verbrechen des deutschen Imperialismus. Daß dieser sie so ausführen konnte, dazu hat sicherlich einiges beigetragen: Der Antisemitismus, der Antikommunismus, die verfluchte preußische Tradition, nach der man alles tut, wenn's befohlen wird, eben auch Sinti, Kommunisten oder Juden umbringt, diese verdammte Überheblichkeit anderen Völkern gegenüber, die heute in der Bundesrepublik die Ausländer spüren.

Von Maidanek nach Vietnam — von Vietnam nach Beirut

Zweck der Darstellung und Überlegungen in den beiden vorhergehenden Abschnitten war es, deutlich zu machen, daß (neben allen historischen Einmaligkeiten und Besonderheiten), die Nazi-Politik nicht etwas ist, was außerhalb der Geschichte steht. Die Völkermordprogramme des deutschen Imperialismus waren die logische Konsequenz von Krieg, Expansion und Kolonialismus. Dem deutschen Imperialismus ging es nicht ,,nur'' darum, die Nachbarvölker zu besiegen, um ihnen einen ,,Frieden'' diktieren zu können, sondern darum, sie zum Zwecke imperialistischer Neuordnung zu verdrängen, zu dezimieren und, wenn es notwendig erschien, auch zu ermorden. Der Beginn war Vertreibung und einzelne Terrorakte; mit dem Krieg begann der Völkermord.

In diesen Punkten lassen sich Parallelen ziehen vom Zweiten Weltkrieg über die Kolonialkriege der fünfziger Jahre, über Vietnam zu Libanon/Palästina 1982:

1. Die israelischen Regierungen betreiben seit Gründung des Staates Israel eine Vertreibungspolitik gegenüber den Palästinensern.
2. Die gegenwärtige Politik Israels ist expansionistisch und kolonialistisch.
3. Das palästinensische Volk ist der israelischen Expansion im Wege. Es ist genauso dem US-Imperialismus, der bestimmenden Einfluß auf die Politik der israelischen Regierungen hat, und den reaktionären arabischen Regimes im Wege. Das ,,Verschwinden'' dieses Volkes liegt also im gemeinsamen Interesse der herrschenden bzw. beherrschenden Mächte des Nahen Ostens.
4. Mit dem Krieg gegen die Palästinenser im Libanon ist eine neue Dimension der Verfolgung des palästinensischen Volkes erreicht. Die wahllose Bombardierung der palästinensischen Zivilbevölkerung hat eine lange, grauenvolle Geschichte. Bisher wurden diese Völkermordaktionen (26) aber als vereinzelte ,,Vergeltungsmaßnahmen'' etikettiert — vergleichbar der ,,Reichskristallnacht'', die nach außen hin ja auch als ,,Vergeltung'' des deutschen Volkes für die Tötung eines deutschen Diplomaten durch einen Juden dargestellt wurde. Im Libanon wurde erklärtermaßen Krieg ,,gegen die PLO'', tatsächlich aber gegen die Palästinenser als Volk geführt.
5. Die Politik Israels wird - und darauf weist der kritisierte AK-Artikel hin - gegenwärtig von Männern geleitet, die genug Fanatismus für äußerste ''Lösungen'' aufbringen. Genau das zeichnete auch Nazi-Größen, soweit man nicht generell an deren Geisteszustand zweifeln will, oder US-amerikanische Vietnam-Kriegsstrategen aus.

Diese Regierung, selbst unberechenbar, verfügt im Libanon in Form faschistischer Milizen über willfährige Werkzeuge, die, wie Shabra und Shatila zeigen, an Brutalität und Menschenverachtung den SS-Trupps nicht nachstehen. Werkzeuge, denen man — genau wie den SS-Trupps — nicht einmal den direkten Befehl zum Massenmord, sondern nur die Gelegenheit dazu geben muß. Über ähnliche Trupps verfügten die USA in Vietnam z.B. auch in Gestalt von Einheiten der ''regulären'' südvietnamesischen Armee.

6. Die Politik der gegenwärtigen israelischen Regierung kann sich auch ohne Zweifel auf Ideologien, um nicht ''Kulturkreis'' zu sagen, stützen, die ihr die Durchführung ihrer Pläne erleichtern, so wie die Ideologien in den Köpfen vieler Deutschen der Großindustrie und Nazi-Führung die Durchsetzung erleichterten. Die Grundidee des Zionismus impliziert die Vertreibung der Bewohner des für Israel bzw. ''Groß-Israel'' beanspruchten Territoriums. David Ben-Gurion hat bereits vor dem Krieg 1967 erklärt, ''*daß er es für das Beste hielte, wenn alle Araber Israel verließen* ''(27). Daneben steht der israelischen Regierung die Ideologie der ''freien Welt'', d.h. der USA und der Staaten, die sich an ihr orientieren, zur Seite: Daß die ''freie Welt'' an jedem x-beliebigen Ort der Welt aufkreuzen kann, mit Bomben und anderem um sich werfen kann und hier und da auch ein Massaker veranstalten (lassen) kann, um die ''überlegene Lebensordnung der westlichenDemokratien gegen Kommunismus und Terrorismus'' zu verteidigen. ''*JederVölkermord ist ein Ergebnis der historischen Umstände und ist geprägt von den sozialen Verhältnissen, aus denen er entstanden ist*'' (28), heißt es in der Begründung der Verurteilung der USA durch das Vietnam-Tribunal 1967. Die historischen Umstände haben sich geändert. Europa, Schauplatz des Nazi-Krieges und seiner Völkermorde, ist als Schauplatz nur noch denkbar für ein atomares Inferno. Die Kolonialkriege des Imperialismus haben neue Formen des Völkermordes hervorgebracht. Völkermorde, die man auch begehen kann, ohne sich im eigenen Land einer faschistischen Diktatur wie in Nazi-Deutschland bedienen zu müssen. Völkermorde, die sich damit ''zufrieden'' geben, nur einen Teil des Volkes, das verschwinden soll, umzubringen, und den Rest in ''Wehrdörfer'' zu stecken (Vietnam) oder sonstwohin zu vertreiben. Noch einmal Peter Weiss: ''*Seit dem Kampf, der gegen Hitlers Faschismus und um die ökonomische Machtstellung in der Welt geführt wurde, sind jedes Jahr in Europa, Asien, Afrika und Lateinamerika unzählige Menschen, die sich dem System des 'Freien Unternehmertums' und der kolonialistischen Ausbeutung widersetzen, von der Polizei und dem Militär der Machthabenden unschädlich gemacht worden. Die Besitztümer der reichen Nationen sind verpestet von Aasgeruch. Der Fortschritt, von dem ihre Staatsmänner mit tränenerstickter Stimme sprechen, wird mehr und mehr zu einem Fortschritt in der Eliminierung von Menschenleben. Amerika, dieses Land, das so viele wahre Demokraten beherbergt, steht heute vor den Völkern, die nach Freiheit und Unabhängigkeit streben, als Weiterführer der Tradition von Guernica, Lidice und Maidanek*''.

J., Hamburg

Anmerkungen:

(1) Das von Betrand Russell und Jean-Paul Sartre initiierte ''Vietnam-Tribunal'' hat 1967 die USA für schuldig erklärt, in Vietnam Völkermord zu begehen. Die ausführliche Begründung, in der Sartre mehrfach Parallelen zwischen Nazi-Regime und US-Imperialismus in Vietnam zog, ist nachzulesen in: Russell/Sartre, Das Vietnam Tribunal II, Reinbek, 1969, S.221 ff. (rororo 1213-1214).
(2) vergl. Abkommen zur Verhütung und Bestrafung des Verbrechens des Völkermordes vom 9.12.1948.
(3) Italienischer Philosph, von der Inquisition 1600 als Ketzer verbrannt.
(4) Vergl. Frantz Fanon, Die Verdammten dieser Erde, Reinbek, 1969, ro-aktuell 1209, S.60.
(5) Russell-Tribunal II, a.a.O., S.224.
(6) Kurt Pätzold, Von der Vertreibung zum Genozid. Zu den Ursachen, Triebkräften und Bedingungen der antijüdischen Politik des faschistischen deutschen Imperialismus, in: D.Eichholtz u.a., Faschismus in Deutschland — Faschismus der Gegenwart, Köln, 1980 (prv 176), S.217. Ich stütze mich in der konkreten Darstellung der Geschichte 1933-42 auf diesen Aufsatz von Pätzold, der sich in dem zitierten Aufsatz wesentlich mit der These auseinandersetzt, der Judenhaß der Nazis — und nicht die Weltherrschaftspläne des deutschen Imperialismus — sei wesentliche Ursache des Zweiten Weltkrieges gewesen. Eine These, die von bürgerlichen Historikern gern linken Faschismusforschern entgegengehalten wird. M.M.n. schimmert diese bürgerliche These auch in den Leserbriefkritiken durch.
(7) Pätzold verweist auf Pläne, reiche Juden zu verpflichten, wenn sie ausreisen wollten, gleich die Ausreise von neun armen Juden mit zu finanzieren. a.a.O., S.244, Verweis auf ein entsprechendes Schreiben Eichmanns vom 14.9.1938.
(8) Pätzold behauptet, allerdings ohne Literaturhinweis, daß bürgerliche Darstellungen Eichmanns Schutzbehauptung insofern auf

Erklärung von Juden aus der BRD zum Libanonkrieg

Am 28., 29. und 30. Januar 1983 haben sich in der Bildungsstätte Hufeisenhof bei Hanau 60 Juden aus der BRD getroffen. Anlaß der Zusammenkunft waren der Einmarsch in den Libanon und die fortdauernde Okkupationspolitik Israels.

Die Mehrzahl der Teilnehmer/innen gehörte zu den Unterzeichnern von Protestresolutionen gegen den Einmarsch. Dies hatte zu heftigen Auseinandersetzungen in der jüdischen Gemeinschaft geführt, die bishin zu diskriminierenden Reaktionen seitens der offiziellen jüdischen Körperschaften führten.

Das Treffen hatte zum Zweck, ähnlich wie in Frankreich, in der Schweiz, in England und den USA, auch in der BRD Juden zusammenzuführen, die sich weigern, sich zum verlängerten Arm der israelischen Politik machen zu lassen. Damit soll zugleich für eine Erneuerung eines eigenständigen Rechts und einer eigenständigen Kultur der jüdischen Gemeinschaft in der Diaspora eingetreten werden.

Die Teilnehmer/innen stimmten darin überein, daß eine Lösung des Nahost-Konflikts nur auf der Grundlage des nationalen Selbstbestimmungsrechts des jüdisch-israelischen und des arabisch-palästinensischen Volkes auf dem Territorium von Israel/Palästina möglich ist. Die Teilnehmer/innen haben sich die Aufgabe gestellt:

- Erstens die israelische Friedensbewegung in ihrer ganzen Breite zu unterstützen und deren Positionen in der bundesdeutschen Öffentlichkeit Gehör zu verschaffen.
- Zweitens innerhalb der jüdischen Gemeinden offene Diskussionen über alle Probleme und Aspekte des Nahost-Konflikts zu ermöglichen.
- Drittens mit in der Bundesrepublik lebenden Palästinensern und deren Vertretern, insbesondere der PLO in einen Dialog einzutreten.

Ein weiteres Zusammentreffen, das dem Erfahrungsaustausch sowie der Diskussion weiterer Aktivitäten dienen soll, ist für den Frühsommer vorgesehen. Themen dabei sollen u.a. sein: Rassismus, Ausländerfeindlichkeit und Antisemitismus in der Bundesrepublik; Perspektiven einer jüdisch-palästinensischen Zusammenarbeit; die Rolle Israels bei der Unterstützung diktatorischer Regimes in der Dritten Welt.

Zum Abschluß der Tagung sandten die Teilnehmer/innen folgendes Telegramm an den ,,Rat für israelisch-palästinensischen Frieden'' und an die PLO.

Telegramm:

,,*Die Teilnehmer der Tagung jüdischer Oppositioneller in der Bundesrepublik begrüßen das Treffen zwischen den Vertretern des ,Rates für israelisch-palästinensichen Frieden', Uri Avneri, Mattityahu Peled und Jaakov Armon, mit Yassir Arafat, dem Vorsitzenden der PLO, in Tunis.*

In diesem Treffen sehen wir einen mutigen und konstruktiven Schritt in diesem lebenswichtigen Dialog zwischen beiden Völkern''.

Die Teilnehmer/innen

Forts. von vorhergehender Seite

den Leim gegangen sind (bzw. sie aufgriffen), als die damalige Praxis als "mild" bezeichnet wird. Eine Biographie Reinhard Heydrichs, erschienen 1977 in der BRD, versucht gar einen Widerspruch zu konstruieren zwischen wilden nazistischen Antisemiten und deren Widersachern um Heydrich. Pätzold, a.a.O., S.218/19.

(9) Alle Zitate aus: Pätzold, a.a.O., S.235-237.

(10) ebd., S.237

(11) Z.B. Walter Hofer, Der Nationalsozialismus, Dokumente 1933-1945, Frankfurt/Main 1957, S.274. In den 60er Jahren Standardwerk des Geschichtsunterrichtes in Schulen, soweit dieser bis 1933 führte: *"In eine neue, letzte Phase trat die Judenverfolgung mit dem Angriff auf die Sowjetunion"*.

(12) Pätzold, a.a.O., S.242

(13) Vergl. dazu den (im übrigen von mir mitverfaßten) Artikel: "Nie vergessen! Auschwitz — die Völkermord'fabrik' des deutschen Faschismus", in Arbeiterkampf 114 vom 3.Oktober 1977.

(14) Nazi-Generalgouverneur H.Frank (1946 hingerichtet) in einem Interview mit dem "Völkischen Beobachter" am 6.Februar 1940: *"In Prag waren z.B. große rote Plakate angeschlagen, auf denen zu lesen war, daß heute 7 Tschechen erschossen worden sind. Da sagte ich nur, wenn ich für je sieben erschossene Polen ein Plakat aushängen lassen wollte, dann würden die Wälder Polens nicht ausreichen, das Papier herzustellen für solche Plakate"*.

(15) Friedrich Engels, Über den Antisemitismus, in: Marx/Engels, Werke, Bd.22, Berlin/DDR, 1970, S.49

(16) Kurt Tucholsky, Ein Opfer der Republik, in: Tucholsky, Gesammelte Werke, Bd.3, Reinbek 1975, S.209

(17) Pätzold, a.a.O., S.209; im Anschluß an dieses Zitat bringt Pätzold diverse Belege in Form von Zitaten aus Schriften bürgerlicher Historiker wie Hillgruber, Broszat u.a.

(18) Die Literatur zu diesem Komplex ist sehr zahlreich, insbesondere aus der DDR. Erwähnt sei der unter Anm.2 nachgewiesene Sammelband mit einem Beitrag von Wolfgang Ruge. Vom gleichen Verfasser stammt Bd.10 des Lehrbuchs der Deutschen Geschichte, Deutschland 1917-1933, Berlin, 1974 (dort besonders: S.415 ff.). Erwähnenswert weiter: Monopole und Staat in Deutschland 1917-1945, Berlin/DDR, 1973, Protokoll einer Fachtagung der Historiker-Gesellschaft der DDR mit teilweise kontroversen Diskussionsbeiträgen. Unvermeidlich: Eberhard Czichon, Wer verhalf Hitler zur Macht. Zum Anteil der deutschen Industrie an der Zerstörung der Weimarer Republik. Czichon wird, wie dem Oberhaupt der DDR-Historiker, Jürgen Kuczynski, vorgeworfen, er bewerte die unterschiedlichen oder vermeintlich unterschiedlichen Positionen verschiedener Flügel der deutschen Großindustrie über. Das trifft wohl zu. Wenn man aber davon absieht, hat er eine ganz informative Chronologie der "Machtergreifung" geschrieben und insbesondere eine gute Dokumentensammlung angefügt (prv 16).

(19) Eidesstattliche Erklärung des Freiherrn Kurt von Schröder, Köln, vom 21.Juli 1947, Dokument NI 7990 der Nürnberger Prozesse gegen Großindustrielle.

(20) Vergl. u.a. Fall 5, Der Prozeß gegen den Flick-Konzern, Berlin/DDR, 1965; Klaus Drobisch, Flick-Konzern und faschistischer Staat 1933-1939, in: Monopole und Staat (vergl. 14), S.167 ff: *"Noch interessanter ist das staatsmonopolistische Zusammenspiel zwischen Flick, Göring und der Ministerialbürokratie gegen den Ignaz-Petschek-Konzern, der sich gegen den Verkauf sträubte. Die Nazipresse wurde zur Hetze gegen den Braunkohlekonzern ausgenutzt, wirtschaftlicher Boykott wurde verhängt, leitende Mitarbeiter mußten entlassen werden, Sauckel sprach in öffentlichen Versammlungen gegen Petschek, Kunden wurden abspenstig gemacht und vieles andere mehr. Als die Erpressungsaktion ergebnislos verlief, ließ Flick durch seinen Hausjuristen einen Gesetzentwurf zur Enteignung ausarbeiten und überreichte diesen am 22.März 1938 dem Amt des Vierjahresplanes. Aus außenpolitischen Gründen wurde ein solcher Erlaß bis nach der "Kristallnacht" zurückgestellt, dann aber am 3. Dezember 1938, sinngemäß nach dem Flickschen Entwurf, verkündet. Das Ergebnis war für Flick ein Zuwachs von Braunkohlefeldern und Anlagen im Wert von rund 500 Millionen Mark, den er mit Sanktionierung und Hilfe des Nazistaates erzielen konnte"* (S.171).

(21) Das Gift wurde offiziell zur Vernichtung von Ratten u.ä. bestellt. Bei den Unmengen, die in die deutschen KZs geliefert wurden, mußte aber jedem damit befaßten IG-Farben-Chef klar sein, daß damit keine Ratten getötet werden.

(22) Willi Kling, Kleine Geschichte der IG-Farben, Berlin/DDR, 1957, S.46; Dokumente und Darstellungenn dazu auch in: Fall 6, Der Prozeß gegen die IG-Farben, Berlin/DDR, 1965, eine Zusammenfassung über den Prozeß, in dem 1948 neben Größen des IG-Farben-Konzerns (nach 1945 aufgeteilt in BASF, Bayer, Farbwerke Hoechst, Agfa u.a.) der Betriebsleiter des KZ-Betriebes in Auschwitz zu sieben Jahre Zuchthaus verurteilt wurde.

(23) Peter Weiss, Antwort auf eine Kritik zur Stockholmer Aufführung der "Ermittlung"; in: ders., Rapporte 2, Frankfurt/Main, 1971, ed.suhrkamp 444, S.46

(24) Vergl. insbesondere den Dokumentenband "Anatomie des Krieges", Berlin/DDR, 1969

(25) Einige dieser Untersuchungen sind in den vorstehenden Anmerkungen genannt. Es gibt dann dagegen natürlich auch noch eine ganze Legion Bücher, die "beweisen", daß alles und jedes zur Entstehung des NS-Regimes und zum Krieg geführt habe, nur nicht die deutsche Großindustrie.

(26) Völkermord verstanden im Sinn der Konvention von 1948.

(27) zitiert nach: Peter Weiss, Der Sieg, der sich selbst bedroht, in: ders., Rapporte 2, a.a.O., S.71

(28) Russell-Tribunal II, a.a.O., S.221

(29) Peter Weiss, Vietnam!, in: ders., Rapporte 2, a.a.O., S.61

Der Baum mit den faulen Früchten

„Sehet euch vor vor den falschen Propheten, die in Schafskleidern zu euch kommen, inwendig aber sind sie reißende Wölfe"

(Matthäus 7, 15)

Der grüne Ideologe Rudolf Bahro hat in den letzten Monaten an mehreren Stellen die Metapher von dem Baum benutzt, der faule Früchte hervorbringt und deshalb abgehauen werden muß. Beispielsweise: **„Die Leute, die darüber reden, daß mit den Technologien auch was anzufangen ist, die reden darüber, daß an dem Baum Äpfel wachsen, wo einige wurmstichig sind und andere nicht. Sie fangen an zu sortieren. Es geht aber darum, daß der Baum, der faule Früchte trägt, abgehauen werden muß."** (Anm.. 1). Der Baum mit den faulen Früchten ist zumindest das Industriesystem, wenn nicht gar die Zivilisationsentwicklung der letzten 10.000 Jahre.

Da Bahro das Bild von dem Baum mit den faulen Früchten m e h r f a c h verwendet hat, um seine Vorstellungen zu veranschaulichen, darf wohl angenommen werden, daß ihm dieser Vergleich gut gefällt. Der Spruch ist ein wörtliches Bibelzitat und lautet in der Version des Matthäus-Evangeliums: *„Ein jeglicher Baum, der nicht gute Früchte bringt, wird abgehauen und ins Feuer geworfen"* (Matth.7, 18; fast identisch auch Matth. 3, 10). In der Version des Johannes-Evangeliums ist es statt des Baumes ein Weinstock: *„Eine jegliche Rebe an mir, die nicht Frucht bringt, wird er* (Gottvater als Weingärtner - Anm. Kt.) *wegnehmen; und eine jegliche, die da Frucht bringt, wird er reinigen, daß sie mehr Frucht bringe"* (Joh. 15, 2). Im Lukas- Evangelium schließlich ist es ein Feigenbaum, der drei Jahre hintereinander keine Früchte gebracht hat und deshalb gefällt werden soll (Luk. 13, 7-9). Das Grundmotiv stammt von den Propheten des Alten Testaments. So wird von Jesaja das jüdische Volk mit einem schlechten Weinberg verglichen, den Gott wegen seiner Unfruchtbarkeit zerstört und verwildern läßt (Jesaja 5, 1-7). Das spielt in der Epoche des Niedergangs der jüdischen Staaten Israel und Juda (ca. 740 - 580 v. Chr.). Der Untergang wird von den Propheten als Strafgericht Gottes und Mahnung zur Umkehr interpretiert.

Dem Bibel-Kenner Rudolf Bahro wird man zutrauen dürfen, daß ihm diese Zusammenhänge bewußt sind und daß er sich absichtlich in die Tradition der großen prophetischen Warner und Bußprediger zu stellen versucht. Es gehört zum Typ des Propheten, daß er fehlende analytische Schärfe durch bildhafte Übertreibungen und hitzige Aufgeregtheit wettzumachen versucht. Der Prophet beschwört und droht mehr, als daß er zu überzeugen versucht.

Die Bilder vom unfruchtbaren Weinberg, vom Baum mit den schlechten Früchten usw. zielen auf das Verständnis einer überwiegend Landwirtschaft und Gartenbau treibenden Bevölkerung. Als solche sind sie ein sehr anschaulicher Ausdruck des Prinzips „Ökonomie vor Ökologie". Das Kriterium, an dem der Wert oder Unwert der Bäume und Pflanzen gemessen wird, ist ausschließlich ihr Nutzen für den Menschen: Ein Baum, der keine oder nur wenige und schlechte Früchte trägt, beansprucht nutzlos menschliche Arbeitskraft und ein Stück des knappen fruchtbaren Bodens. D e s h a l b wird er entfernt: **„Haue ihn ab, was hindert er das Land?"** (Luk. 13, 7). Also, modern ausgedrückt, Naturvernichtung im Zeichen des Maximalprofits. Kein sehr glückliches Gleichnis für das, was Bahro uns eigentlich mitteilen will!

Überhaupt wird die Unterscheidung zwischen „guten" Früchten und „schlechten" Früchten, die in dem Bild die zentrale Rolle spielt, nur von subjektiven menschlichen Wertungen vorgegeben. Denn nichts im ganzen Weltall ist a n s i c h gut oder schlecht. Was aus menschlicher Sicht ungenießbares faules Obst ist, erscheint einer Vielfalt anderer Lebewesen als reinstes Schlemmerparadies. Selbst ein Krieg ist nicht a n s i c h schlecht, sondern schlecht für manche Lebewesen und gut für andere. — Daß die Saurier ausstarben, war schlecht für die Saurier, aber gut für die Säugetiere, denen so die vorherrschende Rolle auf dem Globus zufiel. Man kann dieses Beispiel auch für ein mögliches Aussterben der Gattung Mensch weiterdenken.

Oft ist „gut" oder „schlecht" auch eine Frage der konkreten Bedingungen. Beispielsweise funktioniert unsere Sonne im Prinzip wie ein gigantisches Fusionskraftwerk. In diesem Fall ist für die Lebewesen der Erde Kernkraft gut, da sie die Voraussetzung ihrer Existenz ist. Die entscheidende Bedingung ist, daß sich dieses natürliche Super-KKW in ausreichend großem Abstand von der Erde befindet und zudem um unseren Planeten sich eine Atmosphäre gebildet hat, die die Wirkungen der Sonne abmildert. Eben das, was für die Erde die Voraussetzung von Leben ist, schließt solches Leben jedoch auf manchen anderen Planeten und natürlich auf der Sonne selbst aus, ist vom Standpunkt des Lebens aus also für diese „schlecht". Bekannt ist, um ein weiteres Beispiel zu geben, daß manche Naturprodukte für Menschen schlecht (= giftig), für andere Lebewesen jedoch durchaus bekömmlich und nahrhaft sind. Mitunter ist es auch bloß die konkrete Menge, die z.B. aus einem Gift bei richtiger Dosierung ein Heilmittel zum menschlichen Nutzen macht.

Gewiß, das sind höchst banale Feststellungen. Aber das Fatale an Bildern und Gleichnissen (wie dem vom Baum mit den faulen Früchten) ist, daß sie oft derart „schön" und an der Wirklichkeit haarscharf vorbei sind, daß man ihnen wohl oder übel zuerst einmal banale Feststellungen entgegenhalten muß.

Bei dem Absolutheitsanspruch, mit dem Bahro über gute und schlecht Früchte der menschlichen Zivilisation urteilt, ist außerdem gänzlich unberücksichtigt, daß viele dieser Früchte ihren Charakter erst durch den praktischen Gebrauch erhalten, den Menschen von ihnen machen. Nehmen wir beispielsweise einen so schlichten, im Prinzip uralten Gegenstand wie das Messer. Ist das eine faule Frucht, weil wir damit anderen Lebewesen Tötungen und Verletzungen zufügen können? Oder ist es eine gute Frucht, weil der Mensch es als nützliches Handwerkszeug benutzen kann? Ist, allgemeiner gesprochen, die Verarbeitung von Eisenerz zu Gebrauchsgegenständen eine faule Frucht oder nicht? Und wie steht es mit dem Gebrauch des Feuers? -

Offensichtlich sind es nicht diese Dinge, die p e r s e das Attribut „gut" oder „schlecht" an sich tragen, sondern es ist menschliche Anwendung und menschliche Wertung, die ihnen diese Attribute zufügt. Man müßte erst noch den Beweis führen, daß das zwar für das Feuer oder auch den Stahl gelten soll, aber nicht für die industrielle Technologie.

Was spricht eigentlich nach Bahros Ansicht dagegen, am Baum unserer Zivilisation die wurmstichigen und faulen Äpfel auszusortieren, aber die essbaren zu behalten? Um Bahro dahin folgen zu können, müssen wir noch einmal in die Bibel blicken: „... *Also ein jeglicher guter Baum bringt gute Früchte; aber ein fauler Baum bringt arge Früchte. Ein guter Baum kann nicht arge Früchte bringen, und ein fauler Baum kann nicht gute Früchte bringen"*. (Matth. 7, 17-18).

So einfach und rigoros, wie der Evangelist es unterstellt, liegen die Verhältnisse aber weder in der freien Natur noch in der menschlichen Zivilisation. Und selbst wenn ein Baum fast nur Abfall hervorbringt, muß das nicht automatisch allein am Baum, sondern kann auch an der fehlenden oder verfehlten Behandlung des Baumes durch den Gärtner liegen.



Vor dem Sündenfall

Will Bahro wirklich behaupten, der Baum unserer modernen Zivilisation bringe n u r „schlechte Früchte" hervor? Dann wäre die logische Konsequenz, daß die Menschen strikt auf a l l e s verzichten müßten, was diese Zivilisation hervorgebracht hat — fliessendes Wasser, Heizungen, zahlreiche medizinische Stoffe, elektrischer Strom, alle Arten von Konservendosen usw. usf. Aber so irrsinnig radikal meint es letztlich auch Bahro nicht. Wie zu erfahren ist, wohnt er in einer normalen Wohnung. Und auch das Fahrrad, das er benutzt, kann zwar das Prädikat „umweltfreundlich" beanspruchen, aber es ist zweifellos ein Produkt der modernen Industriegesellschaft. Selbst der grüne Prophet ist also keineswegs so närrisch, daß er nicht zwischen faulen und essbaren Äpfeln unterscheiden könnte.

Ebenso problematisch wie die Wertung von „guten" und „schlechten" Früchten ist die Frage, was genau nun eigentlich der B a u m sein soll, an den Bahro die Axt legen will. Bekanntermaßen lautet die Hauptparole Bahros **„Ausstieg aus dem Industriesystem"**, so daß man bei oberflächlicher Beobachtung unseres grünen Propheten meinen könnte, daß er lediglich die Zivilisationsentwicklung der letzten 2-300 Jahre liquidieren will. Der Prophet denkt jedoch weitaus radikaler: *„Die industrielle Revolution aber hatte die Renaissance zur Voraussetzung, die Renaissance ihrerseits schon dem Namen nach die griechisch-römische Zivilisation. Und die älteste Kulturschicht, die in die jetzige Krise mit eintritt, ist das 10.000jährige Patriarchat"* (Anm.2).

Nächster Zwischenschritt: **„Ich glaube einfach nicht, daß irgendeines der Ergebnisse der letzten 2000 Jahre für sich genommen als Errungenschaft definierbar ist. Wenn es unserr erster Punkt ist zu sagen: „Es darf aber dies und jenes nicht kaputtgehen dabei, dann verdammen wir uns dazu, weiter mitzuspielen"**. (Anm. 3). Nur am Rande sei angemerkt, daß sowieso kein vernünftiger Mensch auf den Gedanken kommt, irgendein Ding **„für sich genommen"** als positiv zu definieren. Es ist ja gerade der Denkfehler von Bahro s e b s t, die Dinge per se als „gut" oder „schlecht" definieren zu wollen.

Aber die Liquidation der letzten 2000 Jahre Menschheitsentwicklung ist ohnehin nur ein kleiner Zwischenschritt. Es sind, wie Bahro schon in seinem Aufsatz „Wer kann die Apokalypse aufhalten?" (1982 — Anm. 2) angedeutet hatte, die letzten 10.000 Jahre, die Bahro fest im Blick hat, wenn er dazu aufruft, die Axt an den Baum mit den schlechten Früchten zu legen. In einem Interview mit einer Zeitschrift aus dem Dunstkreis der AAO hat Bahro diesen Ansatz vor wenigen Wochen weitergesponnen (Anm. 3). Mehrmals kommt Bahro in diesem Gespräch darauf zurück, daß wir **„die letzten 10.000 Jahre Evolution korrigieren"** müßten, **„daß wir an diesen früheren Punkt der Evolution zurückgehen können"**. Aber schwärmerisch gleitet sein Blick schon weit nach Jenseits dieses Zeitpunkts: Die Sammler- und Jägergesellschaft, wie sie noch früher existierte, *„hat in unserem heutigen Sinn nicht gearbeitet ... Wenn sie günstige Naturbedingungen vorfanden, waren sie 4 Stunden tätig"*, und dabei seien *„Genuß und Arbeit nicht getrennt "* gewesen. Er vergißt nur zu erwähnen, daß bei ungünstiger Naturbedingungen ohne weiteres mal eben die gesamte Horde verhungerte oder an Erkältungskrankheiten starb. Und Gebiete, in denen heute Zigtausende von Menschen leben, deckten damals nur den Nahrungsbedarf von einigen Hunderten.

Die „argrarische Revolution" (Bahro), die sich vor ungefähr 10-11.000

Fortsetzung nächste Seite

Jahren in einigen Regionen der Erde ereignete, bestand grob gesagt in Folgendem: Die Menschen wurden seßhaft, bildeten feste Siedlungen, bauten Pflanzen an, entwickelten die Tierhaltung. Wenn Bahro wirklich konsequent wäre, müßte er die Rückkehr zum Zustand v o r dieser ,,agrarischen Revolution'' fordern, also zu einem nomadisierenden Dasein. Soweit geht sein Radikalismus aber bei weitem nicht. Nicht einmal auf s ä m t l i c h e Produkte des Industriezeitalters und schon gar nicht auf alle Ergebnisse der letzten 2000 Jahre Menschheitsentwicklung scheint Bahros Phantasiesystem k o n s e q u e n t verzichten zu wollen.

Man könnte Bahro sogar vorwerfen, daß sein Aufruf ,,Wir müssen die letzten 10.000 Jahre Evolution korrigieren'' auch bloß ein reformistischer Reparaturbetrieb ist, der auf halbem Wege stehen bleibt. Liegt das Problem nicht sehr viel tiefer, nämlich in der Anwendung des Feuers und der Verfertigung von Werkzeugen durch die Menschen? Liegt es nicht überhaupt in der ,,Natur'' des Menschen, der als einziges Lebewesen dieses Planeten in der Lage ist, seine Umwelt bewußt zu begreifen, zu handhaben und zu verändern? (Anm.4). **Ist der abzuhauende Baum vielleicht die menschliche Gattung selbst?! Ist nicht am Ende jeder Vorschlag halbherzig, der weniger anstrebt als die organisierte und vollständige Ausrottung der Gattung Mensch?**

Eine solche Deutung scheint mir sehr viel schlüssiger als Bahros Versuch, an irgendeinem letztlich beliebig ausgewählten Punkt der menschlichen Entwicklung d e n entscheidenden Sündenfall anzunehmen und die Rückkehr auf diesen Punkt zu fordern, um dort noch einmal neu anzufangen. Entweder liegt in der menschlichen ,,Natur'' auch die Fähigkeit, Fehlentwicklungen zu erkennen und rational mit den eigenen Möglichkeiten umzugehen. Wenn dem so ist, dann braucht man heute nicht künstlich eine gigantische Zerstörung von Technologie, Strukturen usw. zu organisieren, um sich auf das Niveau der späten Steinzeit oder des frühen Mittelalters zurückzubegeben. Sondern dann müßte der Mensch auch die Fähigkeit entwickeln können, die Gesamtheit der Früchte seiner Zivilisation zu sichten, das ganz wenige absolut Schädliche zu verwerfen und vom großen Rest einen zweckmäßigen, der Mehrheit der gesamten Menschheit zugute kommenden Gebrauch zu machen. — Oder aber der Mensch hat diese Fähigkeit n i c h t. Wenn dem so wäre, würde auch der von Bahro gepredigte ,,Ausstieg aus dem Industriesystem'' höchstens einen weltgeschichtlich winzigen Rückschlag bedeuten. Denn dann würden sich die heutigen Verhältnisse wieder naturwüchsig herstellen — ganz genauso, wie schon einmal die moderne Industriegesellschaft

stellen — ganz genauso, wie schon einmal die moderne Industriegesellschaft
aus der Zivilisation der Steinzeit organisch sich herausentwickelt hat.

W e n n man aber dem Menschen die Fähigkeiten zutrauen will, von seinen Fähigkeiten und Produkten einen vernünftigen Gebrauch zu machen, dann bietet dafür die moderne Industriegesellschaft mit ihrem Stand der Wissenschaften und der technischen Umsetzungsmöglichkeiten eigentlich die besten Bedingungen. Jedenfalls sehr viel bessere Bedingungen als eine Gesellschaft, die sich selbst künstlich auf das vorindustrielle Niveau reduziert, sich nach den Vorstellungen Bahros in Klein-Gemeinden atomisiert, und die letzten Endes auch auf wissenschaftlichem und erkenntnistheoretischem Gebiet stagnieren und zurückschreiten würde.

Bahro hat über die k o n k r e t e Gestaltung der von ihm gepredigten ,,Umkehr'' bisher sehr wenig Genaues gesagt und geschrieben. Was in Umrissen an Vorstellungen deutlich wurde, ist Folgendes : Es sollen ,,Basisgemeinden'' von maximal 3000 Menschen gebildet werden. ,,*Sie produzieren ihren Grundbedarf an Nahrung, Kleidung, Wohnung, Bildung und Gesundheitswesen weitgehend in Eigenarbeit, entscheiden sich für einige spezialisierte Produktionen vorwiegend für den Austausch im Nahbereich und tragen entweder durch dafür bestimmte Teilfertigung oder durch Abordnung von Arbeitskraft zur Aufrechterhaltung der allgemeinen Kommunikation (Transportwesen und Informationsaustausch) und Produktionsbedingungen bei*''. (Anm. 5). Die Großstädte sollen aufgelöst werden. Der Welthandel soll praktisch total zum Erliegen kommen.



Öko-Pionier Robinson

Rudolf Bahro ist kein Phantast. In der DDR hat er sich als Funktionär jahrelang mit den industriellen Arbeitsprozessen beschäftigt. Er weiß also, **daß Dezentralisierung und Enttechnologisierung der Produktion zu enorm erhöhtem Aufwand an menschlicher Arbeitskraft führen würden. Die Menschen würden nicht weniger, sondern erheblich m e h r arbeiten müssen, um wenigstens die Grundbedürfnisse zu befriedigen.** Selbst wenn die Menschen auf einen erheblichen Teil ihres heutigen Lebensstandards verzichten würden — in grüner Sprachregelung ,,Luxusbedürnisse'' —, ließe sich trotzdem eine Ausdehnung des Arbeitstages nicht vermeiden. Wer daran zweifelt, möge sich einmal näher mit den Lebensbedingungen unserer Urgroßeltern oder beispielsweise im 18. Jahrhundert befassen.

Nun mag es gerade aus der Lebenssicht von Kopfarbeiterinnen und Kopfarbeitern etwas Faszinierendes haben, wenn mensch sein Brot selbst backt, seine Butter selbst herstellt, sein eigenes Korn mit der Sense erntet usw.usf. Trotzdem sind das ausgesprochen stumpfsinnige Tätigkeiten, sofern sie nicht bloß gelegentlich, aus Freude, sondern ein ganzes Menschenleben lang vom ersten Morgengrauen bis zur Abenddämmerung gezwungenermaßen ausgeübt werden müssen. **Wie soll sich das mit dem programmatischen Anspruch der Grünen Partei vertragen, den Menschen m e h r Zeit und Gelegenheit zur Entfaltung ihrer geistigen Kräfte zu verschaffen? Es ist ein ,,natürliches'' Interesse der Menschen, sich die notwendige Arbeit zu erleichtern und zu reduzieren. Wenn die Triebkraft, sich nicht im Bestehenden zu bescheiden, sondern ständig das Bessere zu suchen, nicht in der ,,Natur'' des Menschen wäre, hätten sich die Wege der Gattung Mensch niemals von denen ihrer Affen-Verwandten getrennt. Diese Triebkraft würde auch in Bahros Primitiv-Gesellschaft wirksam bleiben, ständig in Richtung Fortentwicklung der Produktionsmittel und Sprengung des konstruierten Primitiv-Systems drängen. Und es gibt ja a priori überhaupt keine vernünftigen Argumente, Arbeitsprozesse unbedingt mit der Hand zu erledigen, die durch den Einsatz von Maschinen enorm vereinfacht und verkürzt werden können. Sondern man wird sich schon auf eine außerordentlich präzise, umfassende und intensive Analyse technologischer Möglichkeiten, vorhandener und zukünftiger erschließbarer Ressourcen usw. einlassen müssen. Anderenfalls macht man aus der Frage eine reine Angelegenheit von Glauben und Vermutungen, also letztlich des Irrationalismus. Offensichtlich erfordert eine rationale und umfassende Analyse aber das Denken in überregionalen und sogar globalen Zusammenhängen. Aus der Perspektive isolierter Dorfgemeinden im Sinne Bahros sind überhaupt keine brauchbaren Analysen und Prognosen zu gewinnen. Man müßte dann entweder durch rigorose Denkverbote einen totalen Stillstand aller Produktionsverhältnisse erzwingen oder man müßte irgendeine diktatorische Weltregierung einsetzen, die für den Rest der Menschheit das Weiterdenken besorgt, Rohstoffe und Energien zuteilt, neue Technologien genehmigt oder ablehnt usw. usf. — 1984 auf Grün!**

Es ist überhaupt nicht verwunderlich, daß Bahro mit dem Rationalismus und den Naturwissenschaften von den alten Griechen bis zur Renaissance und Aufklärung auf dem Kriegsfuß steht (Anm. 6), aber dafür dem Christentum ständig schmachtende Blicke und Kußhändchen zuwirft. Denn als mächtige Bremse gegen den Fortschritt der menschlichen Naturerkenntnis und der Produktivkräfte hat das Christentum jahrhundertelang Unvergleichliches geleistet. Daß es dazu eines Hexenwahns bedurfte, dem nach Schätzungen insgesamt mehrere Millionen Menschen (vor allem Frauen) zum Opfer fielen, daß vorwitzigen Naturforschern gelegentlich mit Folter oder auch Scheiterhaufen die Gedanken ausgetrieben wurden, daß immer wieder riesige Juden-Pogrome stattfanden — das alles und weitere Glanzleistungen des Christlichen Abendlandes ignoriert Bahro. Man könnte sich ja sonst an den Spruch von dem Baum mit den schlechten Früchten erinnern, der abgehauen werden soll.

Es ist heute quer durch alle politischen Strömungen des akademisierten Kleinbürgertums sehr modern, sich über den Rationalismus, de Aufklärung und die Naturwissenschaften zu mokieren. Teilweise handelt es sich dabei geradezu um eine Gegen-Aufklärung, um ein Kokettieren mit dem Irrationalismus und der menschlichen Dummheit in allen ihren Spielarten. Der Faschismus, und das sollte doch bitte in der Rührung der 50-Jahre-Gedenkstunden nicht vergessen werden, speiste sich aus ganz ähnlichen Triebkräften.

Verständlich ist es schon, daß viele Menschen in der modernen Industriezivilisation gelegentlich der Horror packt angesichts der katastrophalen Möglichkeiten, zu denen der menschliche Verstand bereits geführt hat. Wenn man aber nicht einfach dem Rückzug in den Aberglauben und der Gehirnabschaltung das Wort reden will, wird man bei diesem Horror nicht stehen bleiben können. Nicht weniger, sondern mehr Erforschung der Natur und ihrer Gesetzmäßigkeiten, sowie deren vernunftsgemäßer Gebrauch sind der einzig mögliche Weg. Die größten Gefahren jedoch drohen der Gattung Mensch, wenn die real vorhandenen technischen Möglichkeiten der Menschheit weiterhin mit irrationalen Ideologien zusammenkommen. Für diese Verbindung von industrieller Perfektion und abgrundtiefer Dummheit und Unmenschlichkeit steht Auschwitz als bleibendes Symbol.

Kt., Hamburg



„Glaubst du wirklich, daß wir mit dieser Abkürzung Zeit gewinnen?"

Anmerkungen

Anmerkungen

1) Interview Bahros in der Zeitschrift „kikeriki", die aus dem Dunstkreis der vor einigen Jahren sehr rührigen Sekte AAO kommt; Dez. 82/Jan. 83. Ähnlich heißt es in Bahros erster Kritik am ursprünglichen Entwurf der Bundeswirtschafts-AG der Grünen: „Jene unter uns, die da glauben, wir hätten zwischen guten und bösen Projekten zu wählen, befassen sich damit, gesunde und madige Äpfel zu sortieren, während es darum geht, daß der Baum, der faule Früchte trägt, abgehauen werden muß." Ansonsten vergleicht Bahro den „Ausstieg aus dem Industriesystem" auch gern mit dem Abbruch des Turmbau's zu Babel (vgl. 1.Mose, 11).

2) „Wer kann die Apokalypse aufhalten", in der Bahro-Textsammlung „Wahnsinn mit Methode", Berlin 1982.

3) Interview mit „kikeriki", vgl. Anm. 1.

4) Alte Mythen bezeugen die Scheu des Menschen vor den Naturwissenschaften und dem gezielten Umgang mit den Naturkräften. So wird in der griechischen Mythologie Prometheus von den Göttern bestraft, weil er den Menschen das Feuer brachte. Dädalus stürzt ab bei dem Versuch, ein Fluggerät zu konstruieren. In der Bibel werden Adam und Eva aus dem Paradies vertrieben, weil sie von den Früchten eines Tabu-Baums gekostet hatten — dem „Baum der Erkenntnis des Guten und des Bösen". d.h. der Erkenntnis aller existierenden Dinge.

5) Bahro, „Grüne Grundpositionen — Für eine ökologische Antwort auf die Wirtschaftskrise".

6) „Von der auf Objektbeherrschung abzielenden Wissenschaft, die wir seit Euklid, Sokrates, Aristoteles, Archimedes betreiben, ist schon allein deshalb an und für sich kein Ausbruch aus dem Zirkel zu erwarten, in dem sich unsere Zivilisation ad exitum dreht, weil sie von Grund auf mit deren Antriebskräften gekoppelt ist. Ihre Objektivität steht jetzt, bezogen auf den sozialen Prozeß, für die Unterwerfung unter Gesetzmäßigkeiten, nach denen unsere Evolution scheitern muß, wenn wir sie nicht überspringen können", (Bahro, „Wer kann die Apokalypse aufhalten", siehe Anm. 2). Daß vom E r k e n n e n der Gesetzmäßigkeiten irgendein logischer und notwendiger Weg zur U n t e r w e r f u n g unter eben diese führen müsse, ist blanker Unfug. Das Gegenteil ist richtig: N u r indem die Menschen die in der Welt wirkenden Gesetzmäßigkeiten durchschauen, öffnen sich ihnen kleine Chancen, diese Gesetzmäßigkeiten in den Griff zu bekommen, ihnen jedenfalls nicht total unterworfen zu sein.

Richtigstellung

Für AK 229, ,,Ein grünes Kreuz für die weiße Taube'', schrieb ich: ,,**Wer heute aus dem Schatten Hitlers heraustreten will, um unbefangen von dieser wirklichen Erblast wieder an kriegerischen Abenteuern teilzunehmen, der muß damit rechnen, daß sein Schatten einmal wie in Hiroshima auf Trümmern eingebrannt wird. Wer CDU/CSU wählt, gibt sein Ja-Wort mindestens zum Spiel mit dem Dritten Weltkrieg. Wenn das die Mehrheit will, dann werden die Deutschen freilich nicht bis ins vierte Glied für den Nationalsozialismus zu büßen haben. Dann werden sie weg sein, bevor das vierte Glied gezeugt ist**''.

Der im AK ausgedruckte Text lautete so (S. 2): ,,*... dann werden die Deutschen freilich nicht bis ins vierte Glied w i e für den Nationalsozialismus zu büßen haben*''. Der Druck- oder Satzfehler, der aus dem zusätzlichen Wörtchen ,,wie'' besteht, ist leider alles andere als Sinn-los. Vielmehr verkehrt er den ursprünglich gemeinten Inhalt geradewegs ins Gegenteil. Die Formulierung ,,*wie für den Nationalsozialismus*'' unterstellt, die Deutschen (oder auch nur die Nazis) seien für die NS-Verbrechen jedenfalls so bestraft worden, daß keine Rechnungen mehr offen stünden. So propagiert es die CDU/CSU (Verlust der deutschen Ostgebiete, der staatlichen Einheit, erzwungener Verzicht auf deutsche Atomwaffen (!) etc.). Mit dieser Propaganda stößt sie auchaußerhalb der eigenen Anhängerschaft auf ausgesprochene und mehr noch stillschweigende Zustimmung.

Umso peinlicher ist dieser Druckfehler im AK. Selbstverständlich unterstelle ich nicht, daß jemand bewußt den Text verfälschen wollte.

de.

Schulungs-info Nr. 12 Ökologie und Sozialis-

Sozialis-

mus

Der Leninismus geht davon aus, daß der Imperialismus heranführt ,,*bis dicht an die allseitige Vergesellschaftung der Produktion, er zieht die Kapitalisten gewissermaßen ohne ihr Wissen und gegen ihren Willen in eine Art neue Gesellschaftsordnung hinein, die den Übergang von der völlig freien Konkurrenz zur vollständigen Vergesellschaftung bildet. Die Produktion wird vergesellschaftet, die Aneignung bleibt privat...*'' (aus ,,Der Imperialismus...'', AW I, S. 784). Ist diese Position haltbar? Ist es ausschließlich die kapitalistische Anwendung von Produktivkräften, die zu den ökologischen Katastrophen führt? Oder hat der ,,technisch-wissenschaftliche Fortschritt'' Technik—Zweige installiert, die unabhängig von ihrer Anwendung als ,,Destruktivkräfte'' wirken und somit auf den ,,Misthaufen der Geschichte'' gehören? Über diese Fragen, die bereits auf dem letzten KB-Kongress kontrovers andiskutiert wurden, hatte die AKW-Nein—Kommission des KB im Mai '82 ein Seminar durchgeführt. Ein weiterer Diskussionspunkt dieses Seminars waren die in der Ökologie—Debatte immer wiederkehrenden Widerspruchspaare ,,Zentralisierung/Dezentralisierung'' und ,,Groß-/Klein-technologie''.

Der Verlauf dieser Diskussionen und die in der Vorbereitung entwickelten Texte liegen inzwischen als 50seitiges Schulungsinfo Nr. 12 vor (Preis: DM 5,--). Da sich die Auflagenhöhe nach den Bestellungen richtet, sollte es u m g e h e n d bei der Hamburger Satz- und Verlagskooperative bestellt werden.

Arbeitsgemeinschaft für

Revolutionäre Hochschulpolitik

gegründet

Am 18./19.12.82 fand in Weinheim ein „Kongreß revolutionärer Studenten" statt (siehe auch die entsprechende Einladung, abgedruckt in AK 225), auf dem von den ca. 80 Anwesenden die Arbeitsgemeinschaft für Revolutionäre Hochschulpolitik gegründet wurde.

Diese Gründung geht zurück auf eine Initiative des BWK (Bund Westdeutscher Kommunisten), der sich an alle verbliebenen kommunistischen Organisationen bzw.. kommunistischen Studentenorganisationen gewandt hatte, mit dem Ziel der Gründung einer Organisation revolutionärer Studenten. Dies war als organisatorischer Zusammenschluß von studentischen Mitgliedern der revolutionären Organisationen gedacht. Das Ziel einer O r g a n i s a t i o n s gründung war dann aber selbst unter den BWK-Studenten umstritten, weshalb schließlich auf das Modell einer Arbeitsgemeinschaft zurückgegriffen wurde. Den Kern der jetzt gegründeten Arbeitsgemeinschaft bilden die Kommunistischen Hochschulgruppen (KHG, Studentenverband des BWK) und die Kommunistischen Studenten (KS, Studentenverband der KPD/ML). Hierin drückt sich die seit einiger Zeit zu beobachtende enger werdende Zusammenarbeit zwischen dem BWK und der KPD/ML aus. Weiterhin beteiligt sich an der Arbeitsgemeinschaft die Freie Arbeiterunion/Studenten (FAU/ST). Die Arbeitsgemeinschaft wird in Zukunft eine vierzehntäglich erscheinende Zeitschrift unter dem Titel *„Arbeitsgemeinschaft für REVOLUTIONÄRE HOCHSCHULPOLITIK — Nachrichten, Analysen, Protokolle"* herausgeben.

An dem Kongreß nahmen auch einige Genossinnen und Genossen des KB teil, allerdings nicht als Delegierte des KB. In Vorgesprächen und auf dem Kongreß wurde von uns das Interesse an einer Zusammenarbeit betont, lehnten aber gleichzeitig den Versuch ab, eine solche Zusammenarbeit sofort in einen organisatorischen Rahmen zu gießen. Im weiteren bezog bzw. bezieht sich unsere Kritik auf den krampfigen Versuch, die Arbeitsgemeinschaft durch eine Plattfrom programmatisch zu vereinheitlichen, da die verabschiedete Plattform notwendigerweise alle strittigen Fragen zwischen den beteiligten Organisationen ausspart. Aber gerade diese strittigen Fragen sind es, die die unterschiedlichen Organsationen hervorgerufen haben. So werden in der Plattform zwar eine Reihe von richtigen Bezugspunkten und Zielsetzungen revolutionärer Politik genannt (wie wir sie auch in der Resolution für den ARBEITERKAMPF festgehalten haben), aber es wird völlig ignorant die Frage umgangen, weshalb trotz dieser (auch bisher) bestehenden Übereinstimmung bisher eine Zusammenarbeit fast vollständig ausgeschlossen war. So ist für den KB eine organisatorische Zusammenarbeit/Verbindung beispielsweise mit der KPD/ML undenkbar, solange diese von ihrer sektenhaften Politik nicht abweicht. Vieles spricht dafür, eine Zusammenarbeit zwischen den Studenten zu suchen, die sich revolutionärer Politik verpflichtet fühlen, alles aber dagegen, dies zum tausendsten Mal auf der Basis einer „revolutionären Minimalplattform" zu versuchen.

Plattform der Arbeitsgemeinschaft

Blickt man auf das vergangene Jahrzehnt zurück, so wird niemand bezeifeln, daß die Kämpfe der Studentenbewegung an den Hochschulen maßgeblich zum Erscheinungsbild und zu den grundlegenden politischen Entwicklungen dieser Zeit beigetragen haben. Hier wurden Kämpfe mit außerordentlicher Wucht und Beteiligung geführt: kaum ein Akt der Hochschulgesetzgebung und -reform, welcher nicht von solchen Kämpfen begleitet gewesen wäre. Hier haben Studenten unterschiedlicher politischer Grundanschauungen — Kommunisten, Demokraten, Sozialisten, Spontaneisten, es ist unmöglich, die Gesamtheit politischer Richtungen auch nur aufzuzählen — von der Zielsetzung her gemeinsam gegen die Reaktion gewirkt. Trotz heftigen Ringens der politischen Richtungen miteinander ist es eine Tatsache, daß der Einsatz aller Beteiligten groß war und jede Richtung, die diese Kämpfe unterstützt hat, dabei auch Opfer brachte.

Obwohl es im Lauf der Studentenbewegung gelungen ist, die Organe der Verfassten Studentenschaft den offenen Reaktionären zu

Obwohl es im Lauf der Studentenbewegung gelungen ist, die Organe der Verfassten Studentenschaft den offenen Reaktionären zu

entreißen, ist dennoch unverkennbar: es ist in diesen Kämpfen nicht gelungen, den Prozeß der Formierung der Reaktion, der gesetzlichen Festschreibung und Ausfeilung sämtlicher Unterdrückungsverhältnisse, der Verschärfung der prüfungsmäßigen und sozialen Selektion, der Auszehrung jeglicher Unterhaltspflichten des bürgerlichen Staates gegenüber den in Hochschulausbildung Befindlichen, des Ausbaus der professoralen Machtbefugnisse und der Reorganisierung der verbindungsstudentischen und der unionsgesteuerten Studentenverbände wirksam zu durchbrechen. Es ist auch nicht gelungen, die Verfasste Studentenschaft so zu stärken und schlagkräftige Organe der Studenten derart aufzubauen, daß es heute leichter wäre, der Unionsregierung den Weg zu verlegen, wenn sie z.B. das BAFÖG vollständig beseitigt, insoweit es eine Leitsungsverpflichtung darstellt. Im Gegenteil: Der Staat geht zur Liquidierung der VDS über.

Wir konnten nur zu oft beobachten, wie politisch aktive Studenten aus den zahlreichen Niederlagen an der Hochschule die Konsequenz gezogen haben, auf anderen Feldern als an der Hochschule — etwa im Kampf gegen Kernkraftwerke, in Häuserbesetzungen, zu versuchen, der Reaktion Paroli zu bieten. Zugleich sind die Grünen und Alternativen in diesen Kämpfen gebildet bworden. Ihr offenkundiger Zweck ist die Artikulierung der in solchen Kämpfen erhobenen Forderungen, und es ist ihnen gelungen, sich hierfür eine Position in den bürgerlichen Parlamenten zu erkämpfen. Der Zweck der Bildung der Grünen und Alternativen ist nicht die Beseitigung des kapitalistischen Privateigeɡtums und die Ablösung des Kapitalismus durch den Sozialismus. Man kann und soll ihnen dieses Ziel auch nicht aufnötigen. Trotz des Fehlens revolutionärer Ziele hat diese Blockbildung positive Bedeutung für den Kampf gegen die Reaktion. Nur wäre es ein fataler Fehler, aus diesem Grunde auf die selbständige Propagierung revolutionärer Ziele zu verzichten oder zu glauben, diese Aufgabe könne irgendjemand jenen Studenten abnehmen, die sich bewußt zu revolutionären Zielen bekennen.

Durch das Erringen parlamenmtarischer Positionen allein kann der politische und ideologische Vormarsch der Reaktion nicht in Schranken gewiesen oder zurückgeworfen werden. Wir halten den außerparlamentarischen Kampf für entscheidend. Alle fortschrittlichen Kräfte, alle Bewegungen, die nicht die Interessen der Bourgeoisie verfolgen, stellen sich — und nicht erst seit heute — die Aufgabe, zur Organisierung des Kampfes gegen die Reaktion beizutragen, sicher durchaus auf verschiedene Weisen. Auch wir stellen uns dieser Aufgabe und suchen aus diesem Grund und zu diesem Zweck die Zusammenarbeit in den Vertretungen der Studenten, in den Fachschaften, Allgemeinen Studentenausschüssen und den VDS, mit allen politischen Kräften, die diesen Kampf wollen.

Wir unterstützen es, wenn Studenten den Kampf gegen die Verschlechterung ihrer materiellen Lage, gegen die völlige Beseitigung der Unterhaltszahlungen durch den Staat oder gegen Studiengebühren führen. Wir unterstützen es, wenn der Kampf gegen verschärfte Selektion durch verschlechterte Stu-

oder gegen Studiengebühren führen. Wir unterstützen es, wenn der Kampf gegen verschärfte Selektion durch verschlechterte Stu-

denbedingungen, durch verschärfte Prüfungsordnungen oder gegen die Streichung von Stellen geführt wird. Wir unterstützen die Auflehnung zahlreicher Studenten und auch anderer Hochschulangehöriger gegen die Reglementierung von Lehrinhalten, gegen die Einschnürung allen wissenschaftlichen Arbeitens in die Zwangsjacke „freiheitlich-demokratischer Grundwerte" und der „f r e i h e i t l i c h - d e m o k r a t i s c h e n Grundordnung", die immer mehr ins Zentrum aller bildungspolitischen Vorstöße der Reaktion rücken. Wir unterstützen den Kampf für politische Freiheiten, für Anerkennung der Vertratungskörperschaften der Studenten und ihrer Souveränität gegenüber den Organen der Hochschulverwaltung, den Kampf gegen Kriminalisierung, gegen politische Disziplinierung.

Wir unterstützen diese Kämpfe, weil und insofern sie der Wahrung der Interessen der großen Mehrzahl der Studenten gegen die Reaktion dienen und sich gegen die Bevormundung durch den bürgerlichen Staat und gegen das Schmieden einer Opfergemeinschaft mit der Kapitalistenklasse richten. Dabei kennt unsere Unterstützung ebenso wie unsere Bereitschaft zum Zusammenwirken mit anderen Organisationen keinen anderen Vorbehalt als den, daß wir entschiedene Gegner von Forderungen sind, die geeignet sind, der Arbeiterklasse im Kampf um ihre soziale Selbstbefreiung, ihre Emanzipation, den Weg zu verstellen und daraus keinen Hehl machen.

Dabei lassen wir uns von Grundsätzen leiten, die wesentlich beinhalten:

—daß die Sozialisten in unversöhnlichem Gegensatz zum bürgerlichen Staat stehen,

—daß dieser bürgerliche Staatsapparat in einer sozialistischen Revolution gewaltsam zerschlagen werden und durch rätedemokratische Strukturen, die in sich bereits den ersten Schritt zu ihrem eigenen völligen Absterben als Herrschaftsform beinhalten, abgelöst werden muß,

—daß eine Verteidigung des imperialistischen „Vaterlandes" absolut abgelehnt werden muß,

—daß die Organisierung der Revolutionäre als vorantreibende Kraft in den politischen und sozialen Bewegungen notwendig ist,

—daß die Revolutionäre sich dabei auf die Arbeiterklasse als Hauptträgerin des revolutionären Prozesses orientieren.

Diese Grundsätze verstehen wir dabei nicht als abschließende Quintessenz revolutionärer Theorie. Wir formulieren sie vielmehr, weil sie notwendig sind und ausreichen, herauszustellen, was uns von solchen politischen Richtungen grundsätzlich unterscheidet, die z.B. auf eine Reform innerhalb des parlamentarischen Systems setzen oder gemeinsame Rüstungsanstrengungen mit der herrschenden Klasse nicht ausschließen. Wir halten etwa auch nichts davon, wenn der geläufigen Vorstellung, der Arbeiterklasse sei doch das eine oder andere Opfer z.B. beim Lohn durchaus zuzumuten, nicht entschieden entgegengetreten wird. Insbesondere sind wir entschlossen, alle jene Kräfte entschieden zu bekämpfen, die solchen Zumutungen im „gemeinsamen Interesse der Nation" an die Arbeiterklasse richten, wie es etwa die Bundesregierung tut, und der Verbreitung von Chauvinismus und groß-deutschem Nationalismus entgegenzuwirken.

Gegenwärtig arbeiten verschiedene Kräfte

regierung tut, und der Verbreitung von Chauvinismus und groß-deutschem Nationalismus entgegenzuwirken.

Gegenwärtig arbeiten verschiedene Kräfte

in verschiedenen Organisationen mit solchen grundsätzlichen gleichen Zielen und es gibt auch außerhalb bestehender Organisationen Studenten, die ein Interesse daran haben, mit solchen Zielen organisierte Politik gegen die Reaktion zu machen. Wir halten es deshalb für erforderlich und möglich, einen Rahmen zu schaffen, in dem diese Kräfte planmäßig in Diskussion und Praxis zusammenwirken können. Dabei verstehen wir diese Grundsätze zugleich auch als Aufgabenstellung an unsere Arbeitsgemeinschaft, an ihnen zu arbeiten, die Diskussion darüber in den eigenen Reihen wie aber auch in der Hochschulöffentlichkeit voranzubringen, das Gespräch womöglich auch Verständigung mit weiteren Organisationen und Gruppen hierüber zu suchen.

Wir erachten es als eine entscheidende Aufgabe der Arbeitsgemeinschaft, die wir bilden, die Tauglichkeit solcher Grundsätze zur Kritik reaktionärer Wissenschaften und zur Kritik des reaktionären Formierungsprozesses, der durch den Typus grundwerteschwitzender Wissenschaft befördert wird, zu erproben und zu erweisen. Wir bilden aber nicht diese Arbeitsgemeinschaft, um solche Grundsätze neben oder über den Bewegungen der Studenten zu deklamieren. Vielmehr ist es für uns klar, daß die theoretische Kritik der Herrschaft der Kapitalistenklasse nicht dort enden darf, wo Studenten selbst im Kampf gegen reaktionäre Maßnahmen die Wirkung dieser Herrschaft kritisieren und sich ihr entgegenstellen, daß es also von großer Wichtigkeit ist, an diesen Kämpfen teilzunehmen und solche wo zweckmäßig und erforderlich zu organisieren und initiieren. Die Arbeitsgemeinschaft sieht es weiterhin als ihre Aufgabe, dahingehend zu wirken, daß Kämpfe der Arbeiterbewegung und anderer fortschrittlicher Bewegungen außerhalb der Hochschule an den Hochschulen unterstützt werden.

Nur wenn sich die revolutionären Studenten diesen Aufgaben stellen, können sie damit rechnen, daß ihre radikale Kritik am bestehenden Gesellschaftssystem und der Kampf der Arbeiterklasse für ihre Befreiung neue Anhänger unter den Studenten findet.

(verabschiedet am 19.12.1982 in Weinheim von 78 Anwesenden bei einer Gegenstimme und zwei Enthaltungen).

Fortsetzung von Seite 29

Verwaltung mit König Hussein koordiniert werden (30). Hussein war damals noch der Vertreter des palästinensischen Volkes. Auf dem Arabischen Gipfel in Rabat 1974 wurde das Alleinvertretungsrecht der Palästinenser auf der ganzen Welt der PLO übertragen. Damit starb die jordanische Option der Arbeiterpartei. Im Rahmen der neuen Verhandlungen (Reagan-Plan, Beschlüsse von Fez) soll dies rückgängig gemacht werden. Unter Carter standen zeitweise andere Vorgehensweisen zur Debatte, die 1977 in der gemeinsamen sowjetisch-amerikanischen Nahost-Erklärung mündeten. Wegen der immanenten Explosionsgefahr wollte die Carter-Administration alle Parteien zum Verhandeln bringen, sie rechnete mit einer positiven Rolle der Sowjetunion. Vorrangig wollten die USA mit den gemäßigten arabischen Staaten, am liebsten unter der Schirmherrschaft Saudi-Arabiens, verhandeln. In Verhandlungen sollte die PLO 1977 dazu gebracht werden, statt eines Staates sich mit einem „homeland" im Westjordanland und dem Gaza-Streifen zu begnügen, das Israels Sicherheit nicht bedroht (kein Staat, sondern Autonomie). Die Ziele waren im Grunde die gleichen, nur sollten sie mit anderen Mitteln erreicht werden.

Begin (seit Mai 1977 an der Macht) umging bekanntlich diese Politik, indem er direkte Beziehungen mit Ägypten aufnahm und das einzige zur Diskussion stellte, über das er verhandeln wollte (und auch die jetzt oppositionelle Arbeiterpartei): die Rückgabe der Sinai-Halbinsel (28).

Mit dem Camp David-Abkommen wurde die Strategie der Nixon-Ära wieder aufgenommen — gerade angesichts des Umsturzes im Iran und der Auflösung des Cento-Paktes: die PLO auszuschalten und die Grundlage für ein neues Zeitalter der US-Hegemonie in der Region zu schaffen, rund um die israelisch-ägyptische Allianz, verbunden mit verstärkter militärischer Macht der USA in der Region (27). Saudi-Arabien ist, unter anderem durch den Ausbau einer militärischen Infrastruktur, die es für die eigene kleine Truppenstärke gar nicht verwenden kann, und durch das AWACS-Geschäft inzwischen fest in die militärische Strategie der USA eingebunden.

Begin blieb es vorbehalten, die von Rabin anvisierte Strategie aus- und weiterzuführen. (Die endgültige Annexion der Golan-Höhen war auch der Rabin-Regierung schon von den USA versprochen worden).

Nach dem Amtsantritt Reagans konnten sich Begin/Sharon der amerikanischen Rückendeckung noch sicherer sein. Anläßlich seines Jerusalem-Besuches im April 1982 erklärte der damalige amerikanische Außenminister Haig vor der israelischen Presse, nachdem er die PLO als „sowjetischen Stellvertreter" bezeichnet hatte, daß sich bei seinem Treffen mit Begin „*...eine übereinstimmende Sicht über eine breite strategische Bedrohung in der Nahost-Region (herausgestellt hat), un-*

sich bei seinem Treffen mit Begin „*...eine übereinstimmende Sicht über eine breite strategische Bedrohung in der Nahost-Region (herausgestellt hat), un-*

ter Einbeziehung der traditionellen militärischen Bedrohungen von feindlichen Supermächten, der Einschätzung von ‚proxy'-Aktivitäten und sehr wichtiger Diskussionen über den internationalen Terrorismus" (31). Begin und Außenminister Shamir hoben nach dem Haig-Besuch vor der Knesset hervor, daß sich vor allem die Haltung der USA gegenüber Syrien gewandelt habe und mit den Israelis übereinstimme. *„Einst haben die USA Syrien als mäßigenden Faktor angesehen, aber sie haben ihre Einschätzung überprüft angesichts der Tatsache, daß heute über 10.000 sowjetische Berater in Syrien sind"* (32).

Sharon wiederum erklärte nach einem Besuch in den USA (Ende Mai 1982) im israelischen Fernsehen am 16.6.82, also zu Beginn der israelischen Invasion: *„Während meines letzten Besuches in den Vereinigten Staaten habe ich vor allem über das Problem des palästinensischen Terrorismus gesprochen und die Amerikaner haben verstanden, daß wir keine andere Wahl haben als zuzuschlagen"* (33). Zu erwähnen wäre, daß die israelische Invasion in der amerikanischen Presse massiv propagandistisch vorbereitet wurde (27).

Kürzlich haben die israelischen Tageszeitungen „Davar" und „Jedioth Achronoth" unter Berufung auf den israelischen Tourismusminister Sharir gemeldet, daß die PLO über amerikanische Kanäle noch vor dem Libanonkrieg Israel einen Nichtangriffspakt angeboten habe. Die israelische Regierung habe jedoch befürchtet, ein Nichtangriffspakt würde der PLO freie Hand für Angriffe auf israelische Einrichtungen in anderen Staaten geben, und habe die militärische Zerschlagung der PLO beschlossen. Das Angebot der PLO sei neben der Sicherung der israelischen Nordgrenze der zweite Grund für den Einmarsch im Libanon gewesen. Sharir dementierte die Meldungen zwar, sie wurden von dem Mitglied des Sicherheits- und Außenpolitischen Ausschußes der Knesset, Schalita, allerdings ausdrücklich bestätigt (34).

Es sei noch einmal daran erinnert, daß „Le Monde diplomatique" schon im Mai 1982 berichtete, daß sich die Begin-Regierung entschlossen zeige, das Palästinenser-Problem auf radikale Weise durch die politische Vernichtung der Palästinenser in Westjordanien und Gaza und durch einen „tödlichen" Schlag gegen ihre Brüder im Libanon zu lösen. General Sharon entwickelte hierfür eine zusammenhängende 4-Punkte-Strategie, die nach den Ereignissen in Libanon geradezu harmlos klingt:

1. Das Problem der begrenzten administrativen Autonomie zu regeln, mit der Israel die besetzten Gebiete Westjordanland und Gaza-Streifen ausstatten will.
2. Die palästinensische Macht im Süden des Libanon und sogar im ganzen Land zu beschränken, mit einem Schlag, wenn es nötig ist, bis Beirut.
3. Die syrische Armee zu schwächen, die fast 30.000 Soldaten im Libanon stationiert hat, und dadurch dem Regime des Präsidenten Assad einen Schlag zu versetzen.
4. Schließlich die Realisierung der „jordanischen Option" zu begünstigen, auf Kosten der Macht von König Hussein. (Sharon geht davon aus, daß in Jordanien wegen der palästinensischen Bevölkerungsmehrheit schon ein palästinensischer Staat bestehe. Aber natürlich meint er mit s e i n e r jordanischen Option nicht, dort einen PLO-Staat zuzulassen. Es handelt sich um Demagogie und eine versteckte Drohung an König Hussein).

Es sieht so aus, als hätte Sharon vieles seiner 4-Punkte-Strategie mit einem Schlag durchgesetzt. Vor diesem Hintergrund — der amerikanischen Strategie in der Palästinenserfrage und der Komplizenschaft der USA mit Israel beim Vernichtungskrieg gegen die Palästinenser — wird die amerikanische Initiative und ihre Auswirkungen auf PLO und die arabischen Staaten beleuchtet werden.

Nahost-Kommission

Anmerkungen:

(1) vgl. „Neue Zürcher Zeitung", „NZZ", 26.1.83, Israel läßt auch schon jetzt die libanesische Armee in dieses Gebiet.
Major Haddad, Chef des ehemaligen Grenzstreifen-Teilstaates „Freier Libanon", der 1977 unter dem Schutz der Israelis gegründet wurde, hat ja hinreichend bewiesen, daß er nur ein Aushängeschild ist, um den israelischen Truppen auf libanesischem Territorium völlige Bewegungsfreiheit zu gewährleisten.
(2) Vereinbarungen nach „Le Monde", „LM", 15.1.83 und „Süddeutsche Zeitung", „SZ", 14.1.83
(3) „LM", 1.1.83. Gleichzeitig warnte Arafat vor der Fortsetzung der „Verfolgungen" gegen die 400.000 Palästinenser, die noch im Li-

15.1.83 und „Süddeutsche Zeitung", „SZ", 14.1.83
(3) „LM", 1.1.83. Gleichzeitig warnte Arafat vor der Fortsetzung der „Verfolgungen" gegen die 400.000 Palästinenser, die noch im Li-

banon leben. „Unsere derzeitige Ruhe ist keine Schwäche. Wir können alle diejenigen treffen, die das Unglück unseres Volkes wollten und unserem Volk noch mehr Unglück zufügen wollen, aber wir wollen keine palästinensischen - libanesischen Streitigkeiten mehr."

(4) „taz", 29.12.82
(5) „NZZ", 21.1.83
(6) Stork, Joi und Jim Paul, The War in Lebanon, MERIP-Reports Nr. 108/109
(7) „LM", 16.12.82
(8) Beitrag von George Haoul, in: "Unsere Zeit", 11.11.82
(9) „LM", 17.11.82
(10) Monitor-Dienst, 13.12.82
(11) „NZZ", 9.9.82
(12) „NZZ", 3.2.82
(13) „taz", 13.12.82
(14) „NZZ", 25.1.83, 26.1.83
(15) „NZZ", 30./31.1.83
(16) „Welt", 15.1.83
(17) „Welt", 18.1.83
(18) „taz", 1.10.82
(19) „Frankfurter Allgemeine Zeitung", „FAZ", 11.10.82
(20) „LM", 8.1.83
(21) „taz", 11.1.83
(22) „LM", 21.8.82
(23) „NZZ", 30./31.1.83
(24) „Hamburger Abendblatt", 4.10.82
(25) „LM", 4.1.83
(26) Joe Stork, Israel as a Strategic Asset, in: MERIP-Reports, Nr. 105, May 82
(27) zit. nach Sheila Ryan, Israel's Invasion of Lebanon, Background to the Crisis, in: Journal of Palestine Studies, Nr. 44/45, S. 24/25
(28) Harvey Sicherman, The United States and Israel: An Strategic Divide? in: Orbis, Summer 1980
(29) „SZ", 6.12.82
(30) vgl. ausführlicher zu diesen Punkten AK 223 und 225
(31) s. Anm. 27, S. 29, zit. nach „Jerusalem Post", 7.4.81
(32) s. Anm. 27, S. 30, zit. nach „Jerusalem Domestic Servis in Hebrew", 14.4.81, „The Jewish Press", 19.4.81
(33) „Le Monde diplomatique", Juli 1982, zit. nach „Antiimperialistisches Informationsbulletin" 9/82
(34) „NZZ", 16./17.1.83



Filmbesprechung

„Zerschlagt die Fensterscheiben, damit die Vögel befreit werden!"

„Yol" von Yilmaz Güney

Yol, ein eigenwilliger Film, geschrieben im Gefängnis, gedreht unter härtesten Bedingungen. Der größte Teil des Filmmaterials wurde in der Türkei direkt gedreht, zum Teil noch nach dem Putsch. Es urde sofort, noch unbelichtet, aus dem Land geschafft. Montiert wurde es nach Güneys Flucht in die Schweiz. Güney ließ den Film über Freunde verwirklichen. Selbst von der Zelle aus hatte er die Dreharbeiten so gut unter Kontrolle, daß er eine Woche nach Drehbeginn den Regisseur auswechseln ließ, weil sich dieser nicht genau an die Vorlagen hielt. Güney selbst sieht seine Rolle so: „Ich habe (...) die Voraussetzungen geschaffen, damit dieser Film gedreht werden konnte, aber ich bin nicht sein Regisseur. Ohne die Treue meiner Freunde — der Mitgefangenen auf der einen, der Filmteams auf der anderen Seite — wäre dieser Film nicht, was er ist." (1)

Yol, der in Cannes ausgezeichnete Film von Yilmaz Güney, im Gefängnis entstanden, für ein Land und über ein Land, das systematisch zum Gefängnis ausgebaut wurde — die Türkei. Durch dieses Land, seine Widersprüche und Traditionen führt uns „Yol" (Der Weg). Er schildert die Verhältnisse voller Leidenschaft, voller Liebe zu seinem Land, aber auch voller Empörung, voller Betroffenheit.

Der lange Weg ...

Der Weg von fünf Gefangenen, auf Ehrenwort für ein paar Tage auf Hafturlaub, hat viele Stationen, von den Städten der Türkei bis in die verschneiten Berge Kurdistans. Alle Fünf träumen von der Freiheit — der Freiheit für ein paar Tage. Was sie draußen erwartet, ist wieder Gefängnis: — Das Militär, das eine Ausgangssperre verhängt, Passagiere in Zügen und Bussen kontrolliert. Für einen der Fünf, für Yusuf, endet die Reise beim ersten Kontakt mit dem Militär. Er hat seinen Urlaubsschein verloren — sein Weg führt zurück in die Zelle. Die anderen Vier erleben eine andere Art von Gefangensein — die Tradition.

... durch Familie,

Mehmet kehrt, nur zögernd zu seiner Familie in Diyarbakir zurück. Ihm wird vorgeworfen, bei einem Diebstahl seinen Schwager im Stich gelassen zu ha- 'Famiue in Diyarbakir zurück. Ihm wird vorgeworfen, bei einem Diebstahl seinen Schwager im Stich gelassen zu ha-ben, so daß dieser durch seine Schuld von der Polizei erschossen wurde. Selbst seine Frau beginnt, an ihm zu zweifeln. Als er zurückkommt, wird er bespuckt und beschimpft. Er gesteht seine Schuld am Tode seines Schwagers. Sein junger Neffe kann nur mit großer Mühe zurückgehalten werden, sonst hätte er Mehmet auf der Stelle umgebracht. Trotz der durch Mehmets „Feigheit" beschmutzten Familienehre geht Emelie — seine Frau — mit ihren zwei Kindern mit ihm. Später im Zug werden sie von dem Neffen ermordet. Die Familienehre ist wieder hergestellt — die zwei Kinder bleiben allein, weinend im Zug zurück.

... Traditionen ...

Ömer, ein junger Kurde, kehrt zurück in sein Heimatdorf an der sonnenverbrannten syrischen Grenze. Er träumt davon, wie früher mit seinem Bruder über die Felder zu reiten — Schüsse reißen ihn aus diesem Traum. Die Bewohner, die schmuggeln um zu überleben, werden vom türkischen Militär terrorisiert — Tote sind an der Tagesordnung. Viele müssen sich versteckt halten, so auch Ömers Bruder Abuzer. Alle Dorfbewohner stehen zusammen gegen den gemeinsamen Feind. So identifiziert am nächsten Morgen auch keiner die Toten, die das Militär ins Dorf bringt. Alles junge Männer, bei Auseinandersetzung mit der Armee gefallen, darunter auch Ömers Bruder. Nach einem alten Gesetz muß er jetzt seine Schwägerin heiraten, und nicht das Mädchen aus der Nachbarschaft, in das er sich verliebt hat. Nach Ende des Hafturlaubs kehrt er nicht in den Knast zurück. Er flieht in die Berge, und schließt sich den Partisanen an.

... und Moral

Melvüt kehrt zurück zu seiner bürgerlichen Verlobten. Er erklärt ihr: „Wenn wir verheiratet sind, bin ich der Herr im Haus! Wenn ich sage, etwas ist schwarz, dann i s t es schwarz, auch wenn es weiß ist!" Er verbietet ihr auch, andere Männer anzuschauen. Die Ehe wird als Gefängnis für die Frau beschrieben. Die Doppelmoral wird deutlich, als Melvüt ins Bordell geht.

Seyit kehrt zurück in ein kleines Dorf in den verschneiten Bergen Kurdistans. Seine Frau Cinde ist dort schon seit acht Monaten in einem Stall angekettet, weil ihre Brüder sie in einem Bordell aufgegriffen haben. Seyit soll, um die Familienehre zu retten, seine Frau töten. Er nimmt sie mit auf den Rückweg durchs Hochgebirge, um sie erfrieren zu lassen. Sie bricht — neben seinem auf dem Hinweg erfrorenen Pferd — zusammen (eines der vielen Bilder dieses Filmes). Zu spät kommt Seyits Mitleid. Er versucht verzweifelt, sie durch Schläge vom Schlaf und damit vom Erfrieren abzuhalten. Er schleppt sie zum Arzt in der nächsten Ortschaft. Zu spät — sie ist erfroren.

Yilmaz Güney möchte mit diesem Film *„kein militantes Kino (...) machen, sondern militante Zuschauer"*. (2)

Um dies zu erreichen, b e s c h r e i b t er in erster Linie — be- (2)

Um dies zu erreichen, b e s c h r e i b t er in erster Linie — beschreibt sehr kraß die Widersprüchlichkeiten: die des Landes und die der Moral und Tradition. Das erreicht er durch zahlreiche Umblendungen, durch die er die fünf Einzelschicksale ineinander verwebt.

Ein Land voller Widersprüche

Allein durch die Auswahl der Handlungsorte zeigt er die zwei Gesichter der Türkei: Die durch den Imperialismus gezüchteten und industrialisierten Großstädte stoßen auf die rauhe, unwirtliche Natur in Kurdistan. Ländliches Leben stößt auf die Stadt. Banken, Hochhäuser stoßen auf die Gecekondoms (Slums). Bordelle, westliche Werbeplakate mit barbusigen Frauen prallen zusammen mit der jahrhunderte alten Tradition.

Genau diese Tradition und diese Moral sind es, die die Gefangenen selbst im Hafturlaub gefangen halten. Der Film zeigt, wie auch die Männer nur schwer aus den patriarchalischen Strukturen ausbrechen können. Von ihnen wird Härte gefordert, ein übertriebener Ehrbegriff läßt keine Schwächen zu. Brechen sie doch aus, verstoßen sie gegen diese Tradition, so bezahlen sie wie im Falle Mehmet mit dem Tod oder verzweifeln wie Seyit. Er bekennt sich zum Schluß zu seiner Frau, die sich prostituiert hat, aber zu spät. Gerade bei Cinde zeigt sich die Doppelmoral der patriarchalischen Strukturen. Sie muß sterben wegen der Prostitution, während ein paar Szenen zuvor Melvüt ins Bordell geht: Prostitution, klar, solange nicht die eigene Frau und Familie von diesem „Fehltritt" betroffen ist. Die sozialen Hintergründe der Prostitution spielen für diese Moralisten keine Rolle. Die gleichen Männer, die die Prostitution benutzen, indem sie gehen, lynchen Mehmet und Emelie beinahe, als sie auf der Flucht vor der Familie in einer Zugtoilette endlich Zeit finden, sich zu umarmen.

Und die Frauen?

In fast allen Beziehungen wird die Frau als willenloses Anhängsel des Mannes gezeigt. Was der Ehemann sagt, geschieht. Der durch die Tradition wesentlich stärker unterdrückten Frau bleibt keine Möglichkeit, sich zu wehren, auszubrechen. Dies wird am Beispiel Cinde's besonders deutlich: Sie verteidigt sich nicht, fügt sich dem Schicksal Tod, da sie als Frau nur die Alternative Mutter, Ehefrau oder Prostituierte hat. Die Frau ist doppelt gefangen. Die Männer sind Täter und Opfer zugleich.

Mit dem Film voller Liebe zur Türkei und Kurdistan und ihren Menschen, voller Wut und Empörung über die Traditionen, schafft Yilmaz Güney „militante Zuschauer", die den „Büttel vernichten, den wir in unseren Köpfen haben" (3).

rei. u. p., Mannheim

PS: Da der Film für ein türkisches Publikum gedreht wurde, ist er oft schwer verständlich. Gerade deshalb ist es sehr wichtig, daß er auch diesem Publikum zugänglich gemacht wird. Dies geschieht in vielen Großstädten, wo er in der Originalfassung läuft. Desweiteren wird der (nach TAZ vom 24.1.83) über eingeschmuggelte Videokopien der Bevölkerung in der Türkei in Cafehäusern usw. zugänglich gemacht.

Anmerkungen

1) „Spiegel", 48/82
2) „Konkret", Dez. 82
3) ebenda

Der „häßliche König" — eine Biographie

Yilmaz Güney wurde am 1. April 1937 als Sohn eines kurdischen Landarbeiters im südlichen Anatolien geboren. Als Kind verkaufte er Limonade und Sesamkuchen in Adana. Später arbeitete er als Baumwollpflücker, Metzgerlehrling und Schreiber. In den Ferien half er seinem Vater auf dem Feld, der sich im Lauf der Zeit zur rechten Hand des Großgrundbesitzers hocharbeitete. Seinen ersten Kontakt zum Film bekam er, als er als kleiner Junge mit einem Projektor durch die Dörfer zog und Filme vorführte. Später ging er nach Ankara, um Rechtswissenschaften und Ökonomie zu studieren. Durch Zufall geriet er an eine Filmfirma, arbeitete zuerst als Distributor und Techniker — 1958 bekam er seine erste Rolle. Binnen kurzer Zeit wurde er zum Belmondo der Türkei. Innerhalb weniger Jahre spielte er in 105 Filmen mit. 1961 geriet er zum ersten Mal an die Justiz, als er ein Gedicht (Ungleichung mit drei Unbekannten) veröffentlichte. Wegen kommunistischer Propaganda mußte er 18 Monate Haft und 6 Monate Verbannung absitzen. Seine Gagen investierte er, um eigene Filme zu drehen. So entstand 1968 „Braut der Erde" und „Hungrige Wölfe"; beide wurden verboten. 1970 folgte „Hoffnung", der teilweise zensiert wurde. Weil Güney mit diesem Film in Cannes an den Filmfestspielen teilnahm, wurde er erneut angeklagt. Aufgrund internationaler Proteste wurde er freigesprochen. 1971 drehte er fünf weitere Filme, unter anderem „Agit". 1972 wurde er erneut verhaftet und zu 7 1/2 Jahren Knast verurteilt, weil er „anarchistische Studenten" beherbergt hatte.

Im Mai 1974 kam er erneut aufgrund internationaler Proteste durch eine Teilamnestie frei. Er drehte noch im selben Jahr „Der Freund" und „Unruhe". Während der Dreharbeiten zu „Unruhe" wurden Güney und seine Frau von einem rechtsradikalen Staatsanwalt beleidigt. Es kam zu einem Handgemenge, Schüsse fielen, der Staatsanwalt wurde tödlich getroffen. Obwohl sich Güney's Neffe mit der Tatwaffe stellte, wurde Güney zu 18 Jahren wegen Mordes verurteilt. Sein Neffe mußte wegen Irreführung der Justiz für 30 Monate hinter Gitter. 1975 erhielt Güney die Preise für die drei besten türkischen Filme beim nationalen türkischen Filmfestival. Dadurch ermutigt begann er, vom Knast aus Filme zu produzieren. So entstand die Triologie: „Sürü" (Die Herde) (1), „Düsman" (Der Feind) und Yol (Der Weg).

Oktober 1981 verließ Yilmaz mit seiner Familie die Türkei. Das Wort „Flucht" hört er nicht gern: *„Ich sage lieber, ich habe mich von meinem Land getrennt, sehr ungern für eine Weile, bis andere Zeiten kommen. (...) Ich liebe mein Land über alles."* (2)

Seither lebt er in verschiedenen westeuropäischen Länder. Die BRD hat ihm bisher die Einreise verweigert. Zum Schluß noch einmal Güney über Güney: *„Nach der Befreiung wird es hundert Yilmaz Güneys geben, die unsere Kultur zu neuer Blüte bringen."* (3)

Anmerkungen

1) Das Drehbuch von „Sürü" ist bei Buntbuch erschienen.
2) „Spiegel" 48/82
3) ebenda

„Yol" kommt

(Mitte Februar/Anfang März) In folgende Städte:

Herne
Braunschweig
Münster
Bielefeld
Gelsenkirchen
Aachen
Darmstadt
Koblenz
Pforzheim
Ludwigsburg
Stuttgart
Ulm



Film-Aufnahmen aus „Yol"

Peter Grohmann alias Peter Meyerholt

Die Geschichte des 6. März

— Ein Rückblick —

Das geheime Testament

Das Treffen der Herren Schmidt und Strauß fand unter absoluter Geheimhaltung statt. Selbst die engsten Freunde wußten nur, daß man ,,verreist'' sei: Aufenthaltsort unbekannt. Herbert Wehner, vom Fieber geschüttelt im Kreiskrankenhaus Bad Honnef, verstand seinen Willen durchzusetzen. Sein ,,*Testament an die Genossen''* gipfelte in dem eindringlichen Appell an die ,,*demokratischen Führer unseres Landes, Trennendes für die nächsten Jahre beiseite zu lassen und sich der weltgeschichtlichen Verantwortung bewußt zu werden''*. In knappen, überzeugenden und in der Analyse fast schockierenden Kapiteln hatte der große alte Mann ein düsteres Zukunftsbild gezeichnet und für alle Seiten strengste Geheimhaltung verfügt. Mit eisernem Willen setzte er durch, daß Helmut Schmidt und Franz-Josef Strauß neben dem behandelnden Arzt, Professor Dr. Ernstjürgen Meyerholt, die einzigen waren, die von seinem ,,letzten Willen'' erfuhren.

Bonn, Beginn 83.
Streng vertraulich. Geheim.
Mein letzter Wille.
Appell an die demokratischen Führer dieses Landes.
Die Wirtschaftskrise ist aufzuhalten. Der Kriminalität ist Einhalt zu gebieten. Die Grundtugenden sind wiederherstellbar. Die Kriegsgefahr ist zu bannen. Europa muß sich auf sich selbst besinnen, auf seine Traditionen, auf seine Geschichte. Es ist eine gemeinsame Geschichte. Vergessen wir die verschiedenen Wege [redacted]*, jeden für sich und vielen für alle, diese Geschichte geführt hat. Vergessen wir die Differenzen und* [redacted]*, den persönlichen Hader, vergessen wir die Angriffe, die Verleumdungen, unter denen wir alle zu leiden hatten. Wenn unser Land, unser Volk und mit ihm Europa, nicht untergehen sollen, dann muß* [redacted] *Der Feind steht überall. Er hat sich in unsere eigenen Reihen eingeschli-*
unsere eigenen Reihen eingeschli-
chen. Er zersetzt die demokratisch gewachsenen Strukturen der Parteien, der Gewerkschaften, er sitzt in Betrieben und Büros, Schulen und Universitäten. Es ibt ur die Möglichkeit des Handelns, die einzige Möglichkeit des sofortigen Handelns. Es gibt in der Geschichte Chancen, die vertan wurden. Diese ist unsere letzte. Es gibt nur diesen Weg. Laßt alles Trennende beiseite. Reicht Euch die Hände. Macht Euch ans Werk.
[redacted] *und anderen* [redacted]

(Teile des Manuskripts fielen der [redacted] zum Opfer. Wir hoffen, das vollständige Testament eines [redacted] Tages veröffentlichen zu können.)

Zum Autor

Peter Grohmann alias Peter Meyerholt, Volksschule, Schriftsetzer, Unterzeichner des Krefelder Appells (434212), Buchdrucker, Journalist und Pressereferent der ESG, Mitglied des Kabaretts ,,Stuttgarter Orgler'', über 37: also Vor-68'er, sonst gesund und munter, vorwiegend heiter.

Schmidts Hände zitterten, als er die letzten Seiten zurücklegte auf die weiße Bettdecke. Herbert Wehner hielt die Augen geschlossen, ließ die Worte, die Sätze, die da geschrieben waren, noch einmal auch auf sich wirken. Franz-Josefs Augen glänzten verräterisch; etwas ungeschickt wischte er die dicke Träne weg, ging dann impulsiv auf den alten Mann im Bett zu und schüttelte ihm die Hand. Wehners Augen blickten ernst, forschend fast, als suche er im Gesicht des Bayern nach der Falschheit, die ihn jahrelang verfolgte. Doch dieses Gesicht war ohne Falsch jetzt, Sorgen durchfurchten die eher ebenmäßigen Züge. Helmut Schmidt hob die Hand, wie bei seinen unzähligen Wortmeldungen, doch der Alte winkte müde ab: ,,Es ist alles gesagt — es steht alles geschrieben. Jetzt handelt.'' Helmut Schmidt, den in solchen Augenblicken die Rührung übermannte, kniff die Mundwinkel zusammen. Entschlossenheit stand nun wieder in seinem Gesicht, Entschlossenheit und ein eiserner Wille, den man an dem früheren Kanzler so gut kannte. Mit zwei raschen Schritten trat er auf das Krankenhausbett zu, an dem Franz-Josef stand, ergriff dessen Rechte — und Strauß schlug ein. Das Bündnis stand, Wehner wußte es. Mit einem kurzen Kopfnicken entließ er die beiden Männer, während Professor Meyerholt, einziger Vertrauter in vielen wachen Stunden der Nacht, nach der Spritze griff.

Bonn
In Bonn wird gegenwärtig eine Verschärfung der Bestimmungen diskutiert, nach denen politische Gruppen und Parteien zur Bundestagswahl zugelassen werden. Ein Sprecher der CDU/CSU bezeichnete es als einen Hohn auf die demokratischen Spielregeln, wenn sich Gruppen zur Wahl stellen dürften, denen es nur darum ginge, unser Land regierungsunfähig zu machen.

Nürnberg
Die Zahl der Arbeitslosen ist nach Angaben des Präsidenten der Bundesanstalt für Arbeit, Stingl, im Februar weiter gestiegen. Die Fair-
desanstalt für Arbeit, Stingl, im Februar weiter gestiegen. Die Fair-
neß gegenüber den Stellensuchenden verbiete es seiner Anstalt allerdings künftig, weiterhin Zahlen in der Öffentlichkeit bekanntzugeben.

Frankfurt
Auf zwei sogenannte ,,terroristische Nester'' stießen Polizei und Staatsanwaltschaft gestern bei überraschend anberaumten Hausdurchsuchungen im Raum Frankfurt. In offenbar subversiv geführten Wohnungen konnten die Beamten eine größere Zahl von Flaschen, wie sie üblicherweise zur Herstellung von Molotowcocktails verwendet werden, sicherstellen.

Hamburg
In einem Interview mit der ,,Welt am Sonntag'' äußerte der Ehrenvorsitzende der SPD, der frühere Bundeskanzler Helmut Schmidt, das Verteufeln Andersdenkender vor allem durch die Jungsozialisten müsse ein Ende haben. Schmidt betonte dabei, daß er die Hintermänner der Jusos sehr wohl kenne. Sie säßen nicht nur in seiner Partei in höchsten Positionen. Helmut Schmidt erinnerte dabei an die Worte Rosa Luxemburgs, daß Freiheit immer die Freiheit des Andersdenkenden sei.
In einer persönlichen Erklärung stellte sich der amtierende Ministerpräsident von Hessen, Holger Börner, hinter die Äußerungen des ehemaligen Kanzlers. Er werde zu gegebener Zeit mit Beweisen aufwarten, meinte Börner in seiner Heimatgemeinde Königstein/T.

„Nee zum AKW"

Im Nebenzimmer des Goldenen Adler in Forchheim saß die Gruppe ,,Nee zum AKW'' und berjet über ihre Auflösung. Die Tendenz war unverkennbar: Der Wirtschaftsingenieur und die beiden Sozialarbeiter, die das heruntergewirtschaftete Haus am Ortsrand erworben hatten, waren nun schon drei Sitzungen hintereinander nicht aufgetaucht: Es gab im neuen Wochenendheim zuviel zu tun. Eine Junglehrerin aus Umkirch wollte vor allem zur Winterszeit den weiten Weg mit dem Fahrrad nicht machen und konnte sich auch nach einigen Gesprächen in ihrer WG nicht dazu durchringen, den gemeinsam gehaltenen VW zu benutzen: ein nicht auflösbarer Widerspruch. Der Pfarrer des Ortes klagte neuerdings immer häufiger über Rheumaschmerzen und überhaupt: Erfahrungen und Analysen anderer Gruppen zeigten nur zu deutlich, daß vor allem die ärmeren Bevölkerungsschichten die formelhaften Selbstbefriedigungsversuche der Gruppe durchschauten. Solange es also nur möglich war, einzelne Individuen aus den Mittel- und Oberschichten in die Arbeit der Initiative einzubeziehen, solange fehlten auch langfristige politische Perspektiven, die griffen. Der Kampf um die 35-Stunden-Woche beispielsweise würde ganz neue Schichten aus der bäuerlichen Bevölkerung erschließen können — doch eben dazu war die Gruppe ,,Nee zum AKW'' nicht angetreten. So beschloß sie mit 2:3 Stimmen (bei einer Enthaltung) ihre Auflösung.

Die Enkel fechten's besser aus...

Im Nebenzimmer des Goldenen Ochsen in Riegel saßen etliche versoffene Gestalten und schwadronierten gegen die Württemberger, die ihren guten Wein tranken, die wichtigsten Regierungsgeschäfte führten und das badische Land bis aufs Blut ausbeuteten (1). Soviel war klar. Und mitten hinein in die rebige Landschaft wollten die Herren da oben das Kraftwerk stellen:
rebige Landschaft wollten die Herren da oben das Kraftwerk stellen:
Lothar Späth, der Erstbeste, hatte allen Instanzen grünes Licht gegeben. Also beschlossen sie, Bauern und Winzer und Häusler und Handwerker und möglicherweise schon leicht benebelt, bei nächstbester Gelegenheit die Scheuer des Bauern Meyerholt anzuzünden, nachts, wenn der Mond nicht schien, und tatsächlich bei nächstbester Gelegenheit. Zweck der Übung: Den Oberkrainachern in der Landeshauptstadt Stuttgart sollte auf diese Weise heimgeleuchtet werden, der lange verdiente Denkzettel mußte verpaßt werden, und alsdann würden schon genügend von ihrer Sorte zusammenstehen, um das Palais in Stuttgart auch noch anzuzünden. Der Plan bot Anlaß, weitere Stunden zusammenzusitzen, um ihn auszufeilen, aber soviel war bereits sicher: Es wäre ein Signal, langerwartet — vorausgesetzt, die Arbeit auf den Feldern und Hängen, in Hof und Heim wäre getan.

In Riegel steht ein altes Haus

Im Büro der ,,Schnellen Radler'' in Freiburg lief alles wie am Schnürchen, vor allem jetzt, da die neuen technischen Geräte eingetroffen waren. Das Büro gehört wegen der prononcierten Lage der Stadt zu den bestausgestatteten kernnahen Stützpunkten des Landesamts für Verfassungsschutz. Säuberlich gestapelt lagen da Pässe vom Amt für öffentliche Ordnung, Führerscheine aus gleichem Hause, einbaubare Autokennzeichen mit vollautomatischen Ziffernwechselautomaten und Feuerwerkskörper aller Art. Auf der Hutablage rechts neben der feuersicheren Haupttür Dutzende von Kopfbedeckungen, daneben Perücke und Schminke, falsche Bärte und Lippenstifte, verdeckt durch einen graugrünen Vorhang mit der dezenten Aufschrift ,,Transporte''.

Meyerholt (BAT IIa) war noch ehrgeizig genug, die Selbständigkeit, die ihm sein Amt als Chef dieses kernnahen Stützpunktes gab, voll auszuschöpfen. ,,Mein Bruder'', so leitete er die heutige Nachmittagsdiskussion ein, ,,mein Bruder hat draußen in Riegel ein altes Bauernhaus. Er ist dort unten bekannt als Befürworter der lebensnotwendigen Kernkraft, wie dieses Arschloch immer formuliert. Aber das steht jetzt nicht zur Debatte. Fakt ist, daß ein Brand in diesem Hause, ein großes oder kleines Feuerchen...'' (Rest der Tonbandmitschrift zu undeutlich, d.V.). undeutlich, d.V.).

In der nachfolgenden Diskussion meldeten sich die vier Beamten der ,,Schnellen Radler'' pflichtschuldig zu Wort — brachten Einwände vor, machten Bedenken geltend, entwickelten stellenweise völlig neue Pläne. Resümee der mittäglichen Runde: Die Scheuer sollte angezündet werden, nicht das Haus, bei nächstbester Gelegenheit und gegen Mitternacht, wenn der Mond nicht schien. Dieser versicherungsmäßig abgesicherte Schwelbrand würde zum Signal werden gegen die potentiellen Gewalttäter landauf, landab, vor allem gegen solche Gruppen wie die Initiative ,,Nee zum AKW'' in Riegel selbst. Es wäre eine Möglichkeit, die Verfassungsfeinde, die klug genug waren, sich durch sogenannte Inaktivität zu tarnen, aus der Reserve zu locken und sie sodann ein für allemal zu zerschlagen.

Kein Brand nach ihrem Herzen

Kein Brand nach ihrem Herzen

Trotz ,,Rudis Tagesshow'' war ganz Riegel auf den Beinen, als die Meyerholt'sche Scheune brannte. Die Feuerwehren der Nachbarorte waren zwar vorsorglich alarmiert, aber hier gab's nichts mehr zu retten, das sah auch eine Blinde. Lustig flackerte das Feuerchen vor sich hin, gierig leckend gelegentlich nach einem neuen Heuballen, funkenstiebend dann in den dunklen Himmel über dem Oberrhein. Brände haben immer etwas Aufregend-abenteuerliches an sich: den Umstehenden bereitete dieser viel Spaß. Doch langsam griffen die Flammen ins Leere. Einige der Älteren wandten sich bereits achselzuckend ab — dies war kein rechter Brand nach ihrem Herzen.

Absolut gewaltfrei

Im Nebenzimmer des Goldenen Ochsen in Riegel hörten die späten Gäste die frohe Botschaft zuerst. Mit gleichgültigen Kuhaugen und verächtlich heruntergezogenen Schultern meinte der Wirt des Goldenen Ochsen auch zu den anderen Gästen: es ginge jetzt los. Die weinschlotzende Runde war etwas überrascht, daß die Sache mit dem Denkzettel, den zu verpassen sie sich fest vorgenommen hatten, nun doch so rasch und reibungslos über die Bühne gegangen war. Vom Schwarzbrennen und Steuernsparen wußten sie aber: Nie lange fragen, wer dumm fragt, kriegt dumme Antworten.

Also ließen sie die Fragerei bleiben, nahmen das Signal als Signal zum Aufbruch, bestellten noch einen Schoppen zum Nachspülen und für die Nacht und machten sich auf den Weg. ,,0.00 Uhr abfahrbereit melden an der Tankstelle.'' ,,Shell oder Aral?'' ,,Säckel.'' Es gab nur eine. Schlag 24 Uhr waren so gut wie alle wehrfähigen Männer an der Tankstelle versammelt, statteten dem gegenüberliegenden Spritzenhaus noch einen Besuch ab und trafen dort zu ihrer Überraschung die Badische Landfrauengruppe, Ortsverein Riegel.

Deren Kassiererin machte sich soeben an dem neuen Unimog zu schaffen. ,,Den Karren nehmen wir'', hieß ihre lakonische Antwort auf die nichtgestellte Frage. Die Fahrzeuge wurden besetzt, bemannt und befraut, und reihten sich in die inzwischen beachtliche Ausmaße annehmende Kolonne von Traktoren und Fahrrädern, PKWs und Mähdreschern ein. ,,Ich gebe die Route bekannt.'' Absolute Stille, große Disziplin. ,,Gegen 1.00 Uhr setzen sich weitere Kolonnen aus Wyhl, Forchheim und Endingen in Bewegung. Die Weisweiler übernehmen die Grenzsperren. Der Kenzinger Treck fährt um 0.30 Uhr. Und ihr zwei'' — die Frau sprach akzentuiert und der Situation angemessen und wandte sich an zwei gerade angekommene Polizisten auf Motorrädern, ,,ihr zwei macht die Kradmelder. Blaulicht an, Verbindung zu den anderen Trecks, Funkverkehr abhören, notfalls stören, Meldung alle halbe Stunde.''

Mehr war offenkundig nicht zu sagen. Allem Anschein nach war dies der Beginn einer Revolution, eines Aufruhrs oder Aufstands oder einer Revolte, wenn auch dringend notwendige Utensilien, wie wir sie aus der Geschichte kennen, fehlten, Fahnen zum Beispiel.

,,Noch was.'' Wieder war es die laute, kräftige Stimme der Frau, die den Motorenlärm und das Stimmengewirr übertönte. ,,Noch
die den Motorenlärm und das Stimmengewirr übertönte. ,,Noch
was. Absolute Gewaltfreiheit, wenn ich bitten darf.'' Wengerter und Bauern, Hausfrauen und Handwerkerinnen, Kaufleute und Pächter steckten daraufhin die bereitliegenden Messer zurück in die Scheiden, wickelten um Sicheln und Sensen Stroh, Papier oder Stoffreste und legten sie zu Mistgabeln, Spaten und Forken auf die Rücksitze — griffbereit.

Ein paar Augenblicke lang noch sinnierte die Frau, ließ nachdenklich die letzten schweren Jahre vorüberziehen, den Verkauf der besseren Grundstücke, die verschissenen Hosen der beiden Jungen, die es jetzt, trotzdem, zu etwas gebracht hatten, vor allem der Trotzkopf, der schwarzhaarige, stiernackige und dennoch tolerante Hansi Meyerholt. Sie sah ihn in Gedanken vor sich, die schmucke kleidsame Uniform umspannte einen muskulösen Körper. Ein Leben lang hatte sie zu Hause den Dingen die Richtung gegeben, entschieden, wo die anderen nicht weiterkamen, zur Zurückhaltung gemahnt, wenn die Lage unübersichtlich war. Eine deutsche Frau. Sie seufzte tief auf, gab kurz Zwischengas, kurbelte im gleichen Augenblick das Seitenfenster herunter, legte den ersten Gang rein und ließ behutsam die Kupplung kommen: ,,Auf, los, marschmarsch, ab geht's.'' Sie fuhren an,

Richtung Nord-Nord-Ost, Stuttgart.

Weg und Ziel und überhaupt

Es waren keine Gefühle des Vormärz, die die reitende und fahrende, wandernde und schwatzende, singende und müde Truppe der Badenser auf dem Weg in die Landeshauptstadt begleiteten. Unterwegs wurde requiriert, was notwendig war: Benzin oder Schnaps oder Heu oder Schinken. Die Polizei war nirgends groß zu sehen, urteilte wohl auch einmal mehr und voreilig, es handle sich bei dem Marsch um ,,einen Aufzug im Sinne des Versammlungsgesetzes'' und hielt sich zurück. Es ging langsam voran, weil sich hier und dort neue Gruppen anschlossen, aber es ging voran. Allerseits herrschte das Gefühl vor, jemand wisse ganz genau, wo es hingehe und weshalb. Die Kradmelder vom Kaiserstuhl nahmen als selbstverständlich an, daß es ,,hinten, in der Etappe'', eine Führung gäbe. Die Marschierer selbst gingen umgekehrt davon aus, daß es die Kradmelder seien, die die Richtung angaben, immerhin waren sie uniformiert, Obrigkeit also. Die Wyhler gingen davon aus, daß es die Forchheimer gewesen seien, die das Signal gegeben hatten, während die Forchheimer auf die Riegeler tippten und die wiederum auf die Landfrauengruppe. Richtig daran war eigentlich nur, wie sich erst viel später herausstellte, daß die Frauen nach einem Diskussionsabend über ,,Technische Norm als Männerherrschaft'' Zucker in den Unimog schütten wollten, sozusagen als Test zum Technikverständnis der Landtypen. Nach ihrem bisherigen Diskussionsstand hieß der Minimalkonsens der LF-Gruppe: ,,Initiative entwickeln und nicht mehr nehmen lassen''. Gedacht, getan, es gab ja hinreichend Gelegenheit, den Herren zu Hause und in Stuttgart in die Suppe zu spucken...

Doch zurück zur fahrenden, singenden, laufenden, reitenden Truppe vom Kaiserstuhl: Nach dem Zweck der Reise fragte niemand, nicht einmal im Stillen. Diesen schönen Aufbruch, diese Stimmung, diesen Zorn, diese Freude wollte sich keiner nehmen lassen.

* * *

In der Gegend von Bebenhausen bei Tübingen regelten Uniformierte, die bislang nicht aufgetaucht waren, den Verkehr für eine andere Gruppe: Etwa 4-500 Weiber, Män-

* * *

In der Gegend von Bebenhausen bei Tübingen regelten Uniformierte, die bislang nicht aufgetaucht waren, den Verkehr für eine andere Gruppe: Etwa 4-500 Weiber, Männer und Kinder, bunt gemischt, mit einem Schilderträger vornweg: ,,Zanker-Belegschaft nebst Angehörigen''. Ursprünglich hatte der Plan bestanden, die Fabrik zu besetzen, doch Rudolf Bahro riet einer Delegation aus dem Pleite-Unternehmen davon ab: Waschmaschinen, meinte er, werden eh zuviele produziert. Nun hatte jedenfalls die Belegschaft eine neue Perspektive. Sie würden die im Lande gesammelten Solidaritätsgroschen kollektiv versaufen, genau 14.232 Mark, so die Information von Franz Steinkühler, einem IG-Metall-Angestellten. Die ersten behutsamen Zeichen des Frühlings auskostend, waren sie zu dieser Wanderung in den Schönbuch gezogen, mit schriftlicher Anmeldung in der Gartenwirtschaft Bürgerhaus Steinenbronn, wo sie gegen 13 Uhr zu Bier und Wurst einzutreffen gedachten. Die Stimmung war gut, wie bei allen anderen vorangegangenen Betriebsausflügen auch.

Die zwei Marschsäulen, durchaus nördlich, müßten sich über kurz oder lang treffen, spätestens nach der nächsten Biegung würde man sehen...

Nichts ahnend, was da auf sie zukam, harrten die Zanker-Waschmaschinen-Bauer nebst Anhang, vom Betriebsrat zur Zurückhaltung gemahnt, am rechten Rand der B 27 aus, als die badische Vorhut um die Ecke bog. Verblüffung beiderseits. Bei einigen Schnelldenkern aus Forchheim fiel der Groschen zuerst: Unbeschreiblicher Jubel, denn es handelte sich offensichtlich um neue Weggenossen. Ganz deutlich war dies die Avantgarde der Arbeiterklasse, von der die Freiburger Studentinnen und Studenten anläßlich ihrer Landagitation immer mit Hochachtung berichtet hatten. Sie gab es also tatsächlich, und deutlich vollemanzipiert, wie man und frau an den mitziehenden Frauen und Kindern sehen konnte. Die Badenser fielen den Südwürttembergern um den Hals, sie küßten sie, sie schlugen ihnen auf die Schultern, ließen sie hochleben, faßten sie an, wie man einen Avantgardisten anfaßt, ließen drei- und vierfache Hurras ertönen, klopften ihnen wieder und wieder auf die Schultern, während die ersten Korken von den Flaschen sprangen. Irgendwo wurde plötzlich das Lied von der Arbeite-

reinheitsfront intoniert, leise zunächst, dann immer lauter. Zwei Frauen, deutlich zum Management der neuen sozialen Bewegungen gehörend, drückten sich kräftig die Hände. Dicke Tränen rollten über ihre Wangen in den Staub der Stra-

reinheitsfront intoniert, leise zunächst, dann immer lauter. Zwei Frauen, deutlich zum Management der neuen sozialen Bewegungen gehörend, drückten sich kräftig die Hände. Dicke Tränen rollten über ihre Wangen in den Staub der Straße, aber sie schämten sich dieser Tränen nicht.

Ähnlich das Gefühl auf der anderen Seite, bei den Tübingern. Da war doch tatsächlich der Plan entstanden, die Solidaritätsgroschen zu vernaschen und den lieben Gott einen guten Mann sein zu lassen — und nun dies! Die Volksmassen, auf deren Unterstützung sie alle in den vergangenen Monaten während der Firmenpleite vergeblich gewartet hatten, waren aufmarschiert, bereit zum Kampf, zum letzten Gefecht, von dem ihnen die Basisgruppe Theologie an der Ernst-Bloch-Universität Tübingen immer mit einem gewissen Schaudern in der Stimme erzählte. Glanz kam in die Augen vor allem der älteren Kollegen, als sie das Volk sahen. So also sah es aus, einfach gekleidet, adrett, Einheit in der Vielfalt. ,,Wunderschön'', meinte ein Motorenschlosser. Und dann setzte sich der Zug in Bewegung, kilometerlang schon.

Ein ganz leises „Mama..."

Kurz vor Steinenbronn war die Straße von Einheiten der Bereitschaftspolizei Göppingen gesperrt worden. Der Verkehr wurde großflächig umgeleitet. Das Oberkommando lag bei Polizeikommissar Hans-Albrecht Meyerholt, den C-Zug leitete sein jüngerer Bruder Otfried, der zugleich stellvertretender Einsatzleiter war. Sprühbereit standen etliche Wagen mit CS-Kampfgas gut getarnt in verschiedenen Baumgruppen. Alles an technischem Gerät war vorhanden, was für einen derart heiklen Einsatz erforderlich war. Beim Verpflegungswagen machten 15 Provokateure Lockerungsübungen, um dann Kaltverpflegung zu fassen. Jeder wußte, was auf diese mutigen Männer zukommen konnte. Meyerholt, wegen seiner Toleranz von den engeren Freunden gern ,,Hansi'' genannt, wollte als Einsatzleiter vor der ersten Gaskanonade ein verbindliches Gespräch mit den Rädelsführern anbieten. Auf diese Weise konnten die ersten Fotos gemacht und später ausgewertet werden. Seine Truppe sollte aber in Schrittnähe hinter ihm bleiben. Hansi Meyerholt stieg aus dem Kommandofahrzeug, strich kurz über seinen Kampfanzug, lockerte seine kräftigen Muskeln. Eine imponierende Gestalt, die da

der die ganze Breite der Straße einnehmenden neuen sozialen Bewegung entgegentrat. Sein freundlicher Blick registrierte mit erstaunlicher Exaktheit die Situation, als er an einer älteren Frau hängen blieb. Heiße Freude durchzuckte ihn, das

der die ganze Breite der Straße einnehmenden neuen sozialen Bewegung entgegentrat. Sein freundlicher Blick registrierte mit erstaunlicher Exaktheit die Situation, als er an einer älteren Frau hängen blieb. Heiße Freude durchzuckte ihn, das Herz hämmerte, seine Augen strahlten. Im gleichen Augenblick, da er seine Mutter erkannte, die da in vorderster Reihe marschierte, erkannte auch sie ihn, den jüngeren Sohn, den stiernackig-toleranten, ihren Hansi.

,,Mama.'' Ein ganz leises ,,Mama''. Mehr zu sagen, war er nicht in der Lage. Jedes weitere Wort wäre auch unnütz gewesen. Er fiel der Mutter, die er so viele Jahre nicht gesehen hatte, in die Arme; ein befreiendes Schluchzen kam aus seiner Brust. ,,Mama''. Mit diesem einfachen Wort war der bisher gefährlichste Augenblick des Marsches gebannt worden. Ein freiendes Lachen nun überall, auf beiden Seiten, das überging in eine nicht zu schildernde Verschwisterung auf der B 27 bei Steinenbronn.

Kein Polizist, der nicht den Bauern oder Arbeitern, den Händlerinnen und Dreherinnen, den Winzern und Maschinenschlossern die Hand schüttelte, kein Polizist, der nicht ein paar freundliche Worte erhielt. Unbegreiflich, aber wahr. Nun also hatten sich, wie es die MLPD ja immer noch fordert, die Soldaten mit den Arbeitern und Bauern solidarisiert — nur die Studenten fehlten noch.

Drauf und dran, hieß es jetzt. Sie wollten die honorige Landeshauptstadt durch die sieben Mühlen drehen, jetzt, da das Arbeiter-Bauern-Soldaten-Bündnis stand. Fraglos stellten die 1.400 Bereitschaftspolizisten, vollmotorisiert, nicht nur eine zahlenmäßige Stabilisierung des Bündnisses dar: sie bildeten in ihrem zarten Grün auch eine mächtig scheinende Kulisse aus Stahl und Eisen, einen Farbtupfer in der schwäbisch-alemannischen Landschaft.

* * *

Kurz vor Echterdingen sahen sie dann alle die ersten Krokusse, die ihre etwas vorwitzigen Köpfchen aus den Schneeresten steckten.

Es war der 5.März 1983. Morgen würden sie wählen, in dieser vertrottelten Stadt, soviel war sicher.



Fotocollage: Peter Grohmann

Es begann in Honnef
Von Eckehart Hülsebusch-Meyerholt, z.Zt.Belgrad

Hier, im naßkalten Belgrader Exil, geben sich in diesen Tagen die Emigranten aus der Bundesrepublik Deutschland die Klinke in die Hand. Glaubt man den plumpvertraulichen Informationen aus dem Außenministerium, dann ist

Hier, im naßkalten Belgrader Exil, geben sich in diesen Tagen die Emigranten aus der Bundesrepublik Deutschland die Klinke in die Hand. Glaubt man den plumpvertraulichen Informationen aus dem Außenministerium, dann ist in Kürze die kritische Zahl von 10.000 Neusiedlern, wie man hier gern sagt, erreicht. Das mehr schlecht als recht beleuchtete Altstadt-Cafe Krupskaja im Belgrader Zentrum ist der Treffpunkt der Autonomen aus Göttingen, Frankfurt, Hamburg und Westberlin, während sich in der ersten Belgrader Wienerwald-Station ,,Mali Tito'' vornehmlich die Anhänger der verschiedenen grünen Bewegungen treffen. Die Einwanderungswelle hat vor allem das Belgrader Außenministerium in arge Bedrängnis gebracht. Zwar ist man geneigt, dem Drängen eines Teils der Emigranten nachzugeben und ihnen leerstehende Höfe für alternativen und biodynamischen Landbau zu überlassen, doch geschieht dies nicht ganz selbstlos. Zu viele Bezugsguppen haben sich inzwischen in der jugoslawischen Metropole gebildet und zu undurchsichtig ist inzwischen die Belgrader Emigrantenszene geworden, daß selbst die jugoslawische Geheimpolizei die Waffen strecken mußte. Nach der Abberufung des deutschen Botschafters aus Belgrad ist vor allem die Ministerin für Leichtindustrie, Frau Ivanca Meyerholt, Jüdin und frühere Partisanenkämpferin, unter Beschuß geraten. Hinter vorgehaltener Hand hört man den Vorwurf, daß sie den emigrierten Vorstand der Jungsozialisten mit Faustfeuerwaffen ausgestattet und ermuntert haben soll, Widerstandsnester in der Bundesrepublik Deutschland mit entsprechendem Nachschub zu versorgen. Dabei bleibt offen, wie wirkungsvoll diese neue soziale Bewegung zu agieren vermag und ob es ihr gelingt, einen nennenswerten Einfluß vor allem bei der deutschen Bundeswehr zu gewinnen. ,,Ein Bastian macht noch keinen Sommer'', heißt es dazu in gewöhnlich gut unterrichteten Kreisen.

Festzuhalten bleibt, daß der Plan Herbert Wehners, des Mannes, der seit Monaten mit dem Leben ringt, noch nicht aufgegangen ist. Zwar hat die Gleichschaltung der bundesdeutschen Presse offenkundig wie im Planspiel funktioniert, doch niemand in der Bundesrepublik liest mehr Zeitungen. Auch das Fernsehen, so berichten Emigrantenkreise, bleibt seit Wochen kalt wie die Radioapparate.

Die Imponderabilien landsmannschaftlicher Ausprägung haben das Modell Deutschland gründlich durcheinandergeschüttelt. — Da begann mit der lokalen Widerstandsaktion der Kaiserstühler Bevölkerung inmitten dieses funktional gedachten Systems ein echter Volksaufstand, der rasch das ganze nordwürttembergische Industriegebiet erfaßte. Ein falsches Timing führte letztlich dazu, daß sich bestausgerüstete Bundesgrenzschutzeinheiten dem inzwischen legendären Marsch auf die schwäbische Metropole anschlossen und endete — vorläufig nur! — mit dem Überlaufen amerikanischer Elitetruppen. Diese Spezialtruppe, getrimmt auf Anti-Terror-Kampf, war frisch aus den gualtemaltekischen Urwaldcamps eingeflogen worden und hatte die Order ,,Immer mit dem Volk — immer gegen den Feind'' völlig falsch verstanden. Kurz vor der Regierungsbildung war denn auch noch zu allem Unglück der designierte Kanzlerkandidat der Sozialdemokraten, Jochen Vogel, versehentlich von einer Einheit der GSG 9 nach Teneriffa entführt worden, ein unverzeihlicher Blattschuß, wie Franz-Josef Strauß formulierte, der dem zweiten Mann der SPD, Holger Börner, sein persönliches Vertrauen aussprach. Aber Börner kann die Fäden offenkundig nicht in der Hand behalten.

14 von 22 Atomkraftwerken sind besetzt worden, teilweise von den dort Arbeitenden, teilweise von der Bevölkerung des Umlands. Die Reaktoren wurden abgestellt; der vorwiegend protestantische Norden der Republik liegt seither im Dunkeln. Die Fraktion der Grünen im Bundestag ist angesichts der düsteren Lage gespalten. Vier ihrer Abgeordneten traten zur SPD über, drei zur CDU. Aus Empörung

über die staatsstreichartige Politik haben sich jedoch 52 SPD-Abgeordnete den Grünen angeschlossen. In einer eilig einberufenen Pressekonferenz räumten sie ein, daß sie zwar die wirtschaftspolitischen Leitsätze der Grünen teil-
... zur CDU. Aus Empörung

über die staatsstreichartige Politik haben sich jedoch 52 SPD-Abgeordnete den Grünen angeschlossen. In einer eilig einberufenen Pressekonferenz räumten sie ein, daß sie zwar die wirtschaftspolitischen Leitsätze der Grünen teilten, jedoch schwerwiegende Bedenken gegen das dort geforderte imperative Mandat hätten. 46 von ihnen konnten glaubhaft machen, daß sie seit Bestehen des Parlaments dort einen Sitz innegehabt hätten.

Angesichts dieser Sachlage wagt die Große Koalition keinerlei Initiativen; die Lage der Nation ist verworren wie nie. Im Bonner Machtapparat traut zudem keiner dem anderen. Vor allem grassiert die Angst vor Spitzeln und führt zu oft kuriosen Erscheinungen. So wurde der Chef des Bundestagsrestaurants überführt, als er große Mengen Psychopharmaka dem Abgeordneten-Essen beimengte. Er hat inzwischen gestanden, dies schon seit gut eineinhalb Jahren getan zu haben. Ein Team des Bundeswehrlazaretts Koblenz ist seither pausenlos im Einsatz, um die Abgeordneten auf ihren Geisteszustand hin zu untersuchen. Juristisch interessant bleibt die Frage, inwieweit Abstimmungen unter Drogeneinfluß verfassungsrechtliche Relevanz erhalten.

Amerika mag sich bisher nicht zum Eingreifen entschließen. Einerseits hat die amerikanische Friedensbewegung inzwischen fast die gesamten Streitkräfte erfaßt, andererseits drückt die USA eine schwere moralische Schuld, seitdem Freischärler im Taunus bislang geheime Atomwaffenlager der US-Army stürmten. Dabei fielen ihnen rund 200 mit Atomsprengköpfen

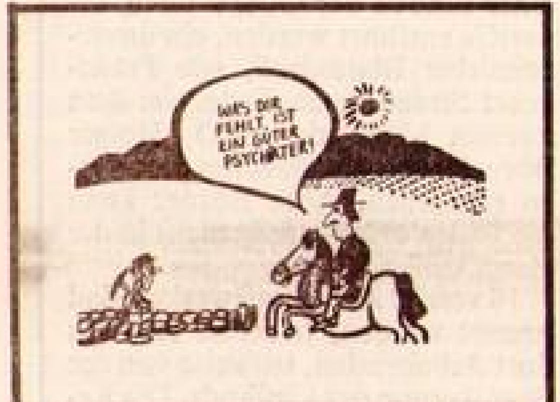
Fortsetzung nächste Seite

Forts. von vorhergehender Seite

bestückte Raketen in die Hände, die sie nach eigenen Angaben jetzt „in Richtung Weißes Haus'' justiert haben, Raketen, die eigentlich erst 1984 stationiert werden sollten. Senator Kennedy hat sofort nach Bekanntwerden dieses Skandals angekündigt, daß er sich um die Präsidentschaft bewerben werde. Nun haben zwar alle politischen und religiösen Gruppen in der BRD und im Exil diesen Handstreich der Freischärler aufs Schärfste mißbilligt — doch die akute Gefahr, in der sich die Welt befindet, ist durch verbalradikale Äußerungen nicht aus der Welt zu schaffen.

Im naßkalten Belgrader Exil haben sich zwischenzeitlich 11 linkssozialistische, zwei sozialdemokratische und vier Grüne Parteien etabliert. Sie repräsentieren eigenen Angaben zufolge rund 7.000 Emigrantinnen und Emigranten. Am 1.Mai werden sie an den gewaltigen Aufmärschen der jugoslawischen Arbeiterklasse teilnehmen. Dies sollte uns, mit Blick nach Norden, auf das westliche Deutschland im Frühjahr, trösten. Denn bislang ist nirgends Blut geflossen. Hoffen und beten wir, daß es dabei bleibt.

(1) Es besteht bis in die heutigen Tage eine historisch begründbare Feindschaft zwischen Badenern und Württembergern: Erstens haben die Württemberger Friedrich Schiller geärgert, weshalb dieser viel schreiben mußte, zweitens haben sich die Württemberger immer in sicheren Abstand von den aufsässigen Badensern gehalten, die mit der Französischen Revolution sympathisierten, während die Württemberger eher auf der Seite der Menschewiken standen.











Chumy Chumez

Words don't come easy...

Mit 29 Thesen verteidigte im AK 229 ein Genosse den Glauben an Gott. Fast möchte man etwas böswillig meinen, daß es ja auch verwunderlich wäre, wenn in der heutigen Konfusion nicht auch die Religion wieder Konjunktur bekäme. Doch die 29 Thesen treiben es dann doch zu arg, sie frönen geradezu der philosophischen Konfusion. *„Im ruhigen Bette des gesunden Menschenverstandes fortfließend, gibt das natürliche Philosophieren eine Rhetorik trivialer Wahrheiten zum besten''* (Hegel). Hantiert es dann mit Teilen der Dialektik, ist alles vorbei.

Der Autor der 29 Thesen behauptet, Marx stamme einerseits aus der „Tradition des bürgerlichen Materialismus'', andererseits aus der „Tradition der Propheten einer Emanzipation''. Und alle 29 Thesen bleiben dieser Verkürzung treu; sie ignorieren geflissentlich, daß Marx aus der Tradition des (meinetwegen bürgerlichen) Materialismus u n d der idealistischen Dialektik kam, seine Anschauungen in der Kritik b e i d e r Denkweisen entwickelte. Der Schlüssel, der die Kritik des bürgerlichen, mechanischen Materialismus vollziehen half, war die Übernahme des Hegelschen Anspruchs, den Gegenstand jeder Wissenschaft *„philosophisch, d.i.* (=d.h.) *in seiner eigenen immanenten Tätigkeit, oder was dasselbe ist, in seiner notwendigen Entwicklung darzustellen''* (PhdG, S.9). Gerade das aber ist überhaupt nur als dialektische Darstellung möglich (siehe unten).

Nimmt man das Bibel-Zitat, wie es der Genosse verwandte: *„Am Anfang war Gott, und das Wort war bei Gott, und das Wort war Gott.''*, entsteht Wort = Gott und das ist Unsinn, denn ein Wort setzt bekanntlich erstens ein formendes Subjekt und zweitens Luft voraus, kann demnach nicht der Anfang sein. Tatsächlich aber dürfte die lutherische Übersetzung von logos mit Wort bereits falsch sein; denn in der griechischen Philosophie ist logos eher als Vernunft zu verstehen und Johannes dürfte es ursprünglich auch so gemeint haben.

Man muß also die Luther-Übersetzung der Bibel in philosophische Termini zurückübersetzen, wenn sie überhaupt Sinn ergeben soll; und man sollte sich an die Entwicklung der idealistischen Philosophie halten, wenn man den Materialismus bekämpfen will, nicht an die abgegriffenen Mythen. Der philosophische Idealismus ist ohnehin viel spannender als die Alltagsreligion, denn die philosophischen Nachlaßverwalter des Christentums, der deutsche Idealismus, haben wenigstens den Anspruch auf Folgerichtigkeit. Unter diesen ist über G.W.F.Hegel niemand hinaus, halten wir uns also an ihn.

Hegel führte 1807 aus:

„Das Bedürfnis, das Absolute als S u b j e k t vorzustellen, bedient sich der Sätze: G o t t ist das Ewige, oder die moralische Weltordnung, oder die Liebe usf. (...) Es wird in einem Satze der Art mit dem Wort „Gott'' angefangen. Dies für sich ist ein sinnloser Laut, ein bloßer Name; erst das Prädikat sagt, w a s e r i s t, ist seine Erfüllung und Bedeutung; der leere Anfang (Gott — d.V.) *wird nur in diesem Ende* (dem Prädikat — d.V.) *ein wirkliches Wissen. Insofern ist nicht abzusehen, warum nicht vom Ewigen, der moralischen Weltordnung usf. oder, wie die Alten* (— die ersten Idealisten — d.V.) *taten, von reinen Begriffen, dem Sein, dem Einen usf., von dem, was die Bedeutung ist, allein gesprochen wird, ohne den s i n n l o s e n Laut noch hinzuzufügen''* (alle Hervorhebungen von Hegel — PhdG, S.27). Und, in der Tat, dieser sinnlose Laut bekommt n u r dann einen Sinn, wenn man nicht nur (wie ein konsequenter Idealismus) die ewige Existenz abstrakter Begriffe behaupten will, sondern ein denkendes und handelndes Subjekt, eben Gott. Nur, gerade das beginnt das Dilemma: Handeln ist, da sind sich alle einig, das zweckgerichtete Tun, man will damit etwas erreichen. Nun muß Gott, sozusagen per definitionem, ewig und vollkommen sein (denn grad das unterscheidet ihn von uns irdischen Würmern, die höchst unvollkommen dem Vergehen anheim gegeben sind). Problem: Etwas Vollkommenes hat keine Notwendigkeit in sich, irgendetwas zu erreichen — denn: hat es sie doch, so ist es nicht vollkommen. Es folgt daraus, daß es niemals gelingen kann, einem göttlichen Handeln irgendeine Notwendigkeit nachzuweisen. Und so kämen wir zu dem ernüchternden Resultat: Gott ist die ewige und vollkommene Willkür. Absolute Willkür — und sonst nichts. Mit diesem Resultat kann sich selbstredend Wissenschaft nicht begnügen, weil sie nach Ursachen forscht und Willkür gerade das Ursachenlose ist. So hat sich unter andren auch Spinoza mit diesem Problem rumschlagen müssen. In seinen „Metaphysischen Gedanken'' (1663) sprach er zugleich von den „ewigen Gesetzen der Natur'' und von der „unbedingen Willensfreiheit'' Gottes. Wenn man nun wie Spinoza beides zugleich behauptet, verstrickt man sich in einen unlösbaren Widerspruch: W e n n Gott 1. die Natur und ihre Gesetze schuf sowie 2. absolute Willensfreiheit und Allmacht besitzen soll, dann k a n n es zwar „ewige'' Naturgesetze geben, m u ß sie aber nicht geben, weil Gott sie von heut auf morgen ändern mag. Man kann dann also nicht behaupten, es gäbe „ewige Gesetze''. Daraus hilft nur noch ein waghalsiges Dogma: „Da in Gott keine Unbeständigkeit und kein Wechsel vorhanden ist...'' (Spinoza) usw usf.

Allgemeiner gesagt: Wenn man als den Anfang der Dinge, die letzte Ursache, etwas allseitig Vollkommenes annimmt, dann läßt sich nie und nimmer erklären, w a r u m dieses Vollkommene aus sich heraus Unvollkommenes entwickelt hat. Man kann sich dann (und hat das auch) zu der Konstruktion flüchten, das Vollkommene (Gott) habe das Unvollkommene (alles Irdische) von Ewigkeit an in sich getragen; aber dann hat er nicht aus freiem Willen die Welt erschaffen usw. Obige Prämissen führen in jedem Fall in einen Teufelskreislauf.

Gut, was hilft denn noch gegen den Materialismus? Was bleibt an philosophischem Streit? Es bleibt die Frage, ob das Materielle dem Denken oder das Denken dem Materiellen entsprang; und danach trennen sich dann Idealismus und Materialismus. Voila, jetzt wird es schwierig. Eines ist klar und Anspruch aller Philosophie: Daß das Sein als Ganzes, als Eine Totalität begriffen werden muß. Nachdem der naive Gott (alter Mann mit weißem Bart usw. usf.) wenigstens aus der Philosophie beseitigt war, und zwar nicht allein vom atheistischen Materialismus, sondern selbst von der idealistischen Philosophie(!), entstand ein neuer Idealismus, viel tiefgehender, wissenschaftlicher, der das reine Denken zum w i r k l i c h e n Sein erhob, und dieser Idealismus ist untrennbar mit Hegel verbunden: *„Das Geistige allein ist das Wirkliche... ist dieses Selbstzeugen, der reine Begriff... Der Geist, der sich so entwickelt als Geist weiß, ist die Wissenschaft''* (PhdG, S.27-28). Hegel ersetzt Gott durch den (Welt-)Geist, den absoluten Begriff, der in seiner Entwicklung die Dinge hervorbringt und zugleich sich selbst erkennt in der Entwicklung der Philosophie:

„Die Logik ist sonach als das System der reinen Vernunft, als das Reich des reinen Gedankens zu fassen. Dieses Reich ist die Wahrheit, wie sie ohne Hülle an und für sich selbst ist. Man kann deswegen ausdrücken, daß dieser Inhalt die Darstellung Gottes ist, wie er in seinem ewigen Wesen vor der Erschaffung der Natur und eines endlichen Geistes ist'' (WdL I, S.31).

Damit ist zwar nicht das Problem gelöst, warum es zur „Erschaffung der Natur'' kam, aber dem Entwicklungsprozess geht bei Hegel die Willkür ab, die Geschichte ist die notwendige dialektische Bewegung des Geistes.

Oder wie Marx es zusammenfaßte: *„Für Hegel ist der Denkprozess, den er sogar unter dem Namen Idee in ein selbständiges Subjekt verwandelt, der Demiurg* (der Schöpfer — d.V.) *des Wirklichen, das nur seine äußere Erscheinung bildet''* (MEW Bd.23).

Mit diesem d i a l e k t i s c h e n Idealismus und nicht, wie der Autor der Thesen im AK meint, mit dem Atheismus des bürgerlichen Materialismus setzte sich Marx in der Erarbeitung der Dialektik auseinander. Der Autor der Thesen argumentiert durchgängig auf der Ebene der Auseinandersetzung zwischen a l t e m Materialismus und a l t e m Idealismus, bleibt rund 100 Jahre hinter Marx zurück, und das bringt einiges arg durcheinander.

Am Anfang war kein Anfang, weil am Ende kein Ende ist

Der Genosse behauptet, auch der Materialismus habe einen „Schöpfungsakt'' konstruieren müssen, *„wo der Materie Geist eingehaucht wird, oder aber Zuflucht nehmen zu einer historischen Dialektik von Geist und Materie: Materie ist von Anbeginn mit ideeller Abbildungsfähigkeit behaftet''*. Ja, das gab's in der Tat. Das war der Materialismus des 18.Jahrhunderts, der die Dinge statisch und mechanisch betrachtete. Dieser Materialismus versuchte, komplexe Dinge wie das Leben zu zerlegen, und verstand nicht, daß das Ganze mehr ist als die Summe seiner Teile, oder konkreter: Ich kann zwar den Menschen in einfache physikalische und chemische Bewegungen/Prozesse zerlegen; aber dennoch ist der Mensch mehr als die bloße Addition dieser einfachen Bestimmungen. Wie gesagt, das war bis ins 18.Jahrhundert hinein. (Da stürmte man die Bastille, wußte noch nichts von Darwin, und die ganze bürgerliche Gesellschaft war noch jung und unschuldig).

Der neue Materialismus von Marx und Engels etwa ab 1840 erarbeitet, entstand aus dem Scheitern dieses einfachen Materialismus u n d der Kritik der dialektischen Philosophie, die nicht ganz zufällig im Gefolge der Französischen Revolution das fortgeschrittene Denken verkörperte. Das Problem des Verhältnisses von Geist, Bewußtsein, Denken und Materie wurde nun völlig neu aufgeworfen. Marx brauchte keinen „Schöpfungs a k t'' mehr — denn d.h. allemal Schöpfung v o n a u ß e n — sondern Selbstschöpfung, Selbstbewegung; die ganze Geschichte der Natur und der Menschheit mußte als Ein Prozeß gedacht und dargestellt werden. Es ist schlicht Schabernack, wenn der Genosse in These 15 behauptet: *„....denn nur in Ruhe ist der Gegenstand der Wissenschaft analysierbar''*. Im Gegenteil, dieses statische Betrachten geriet im 18.Jahrhundert ins Wanken und fiel im 19.Jahrhundert in sich zusammen. 1859 erschien Darwins Evolutionstheorie... Insbesondere Engels hat wiederholt herausgearbeitet, daß die Dialektik in der Philosophie Fortschritte feierte, w e i l die Naturwissenschaft dahin drängte (vergl. z.B. „Feuerbach und der Ausgang der kl.dt. Philosophie'', den „Anti-Dühring'', oder bereits die „Deutsche Ideologie''). Und es ist schlichtweg historisch falsch, wenn These 18 behauptet: **„Gerade im Widerspruch zu allen naturgesetzlichen Denkmodellen hat sich der revolutionäre Marxismus das theoretische Instrumentarium der historischen Dialektik erarbeitet''.**

Das hieße entweder, daß die gesamte Naturwissenschaft Unsinn wäre, oder daß die Dialektik als Erkenntnismethode nicht für die Wissenschaft überhaupt Gültigkeit habe. Tatsächlich hat Marx — und mehr noch Engels — sich stets darum bemüht, aus den Erkenntnissen der Geschichts- u n d der Naturwissenschaft die Dialektik zu entwickeln und zu erhärten. Selbiges gilt für Lenin, der in der Auseinandersetzung mit den sog. Empiriokritizisten sich laufenden Meters auf die Naturwissenschaften berief und gar erklärte, die materialistische Dialektik sei die einzige Philosophie, die mit den Arbeitsweisen der Natur- und Gesellschaftswissenschaften vereinbar sei (vergl. „Materialismus und Empiriokritizismus'').

Ohne hier die philosophischen Auseinandersetzungen in extenso nachzubeten: a l l e wissenschaftliche Erkenntnis spricht für die materialistische These, daß das Leben aus den natürlichen Prozessen der Erdgeschichte selbst entsprang, daß dieses Leben in einem evolutionären Prozess sich weiterentwickelte, die Entwicklung der Sinne schließlich Bewußtsein, Denken, Geist hervorbrachte.

Der philosophische Begriff der Materie unterscheidet sich von dem der Naturwissenschaft; er bezeichnet das Gegenteil des Geistes, das objektive, unabhängig vom Bewußtsein Existierende, gleichgültig gegenüber der F o r m der Materie. Materie im philosophischen Sinne ist ewig, ändert ihre Daseinsweise, ist aber selbst unendlich, sie entsteht nicht, sie vergeht nicht. Das mag schwer vorstellbar sein, aber sicher nicht schwerer als umgekehrt sich den Geist als ewig vorzustellen. Daß die Welt vor dem Menschen dem einzigen nachweisbar existierenden d e n k e n d e n Wesen existierte, ist wissenschaftliche Tatsache. Umgekehrt gibt es nicht den kleinsten wissenschaftlich haltbaren Anhaltspunkt für eine von Materie unabhängige Existenz des Geistes. Wie die Materie in ihrer Entwicklung zu Bewußtsein kam, ist für den Marxismus keine philosophische Frage, sondern ausschließlich eine naturwissenschaftliche. Die materialistische Dialektik schreibt nicht den Wissenschaften ihre Ergebnisse vor, sie beschäftigt sich mit der Bewegung der Erkenntnis, der Methode der Wissenschaften.

„Die sogenannte Welt aber (...) entbehrt darum des Widerspruchs nicht und nirgends, vermag ihn aber nicht zu ertragen und ist darum dem Entstehen und Vergehen preisgegeben.'' (Hegel, WdL I, S.236)

Leider ließ sich der Genosse des AK-Artikels von Mao Tse Tung in der Frage des Widerspruchs verwirren. Maos Metaphern (von der Birne u.ä.), diese scheußliche Eigenart der chinesischen Philosophie, machen es oft zu wahrer Archäologie, überhaupt rauszubekommen, was damit konkret gemeint ist. Was soll das heißen: ein Ding entwickle sich durch und wegen seiner (inneren) Widersprüche, und was soll das Gerede von den inneren und äußeren Widersprüchen? Der Oldenburger Genosse kommt da völlig durcheinander und verbaut sich durch das Postulat *„Denn nur in Ruhe ist der Gegenstand analysierbar''* den Zugang zur Dialektik, die grade d i e s e s Postulat verwarf. Im Gegenteil, nur und allein in seiner Bewegung ist ein Gegenstand wirklich, *„....noch ist das Resultat das wirkliche Ganze, sondern nur zusammen mit seinem Werden...''* (Hegel). Ein ruhender statisch betrachteter Gegenstand zeigt zwar viele Seiten, Momente, Aspekte seines Seins, nur diese widersprechen sich nicht! Widersprechen können sich nur unterschiedliche T e n d e n z e n einer Entwicklung.

Wenn der Genosse z.B. behauptet: *„Niemand drängt ungeduldiger auf die Vermehrung der gesellschaftlichen Klasse der ‚Nicht-Arbeiter' als die Bourgeoisie''*, dann irrt er, obwohl er recht hat, daß der Kapitalismus Arbeitslosigkeit erzeugt. Aber zugleich drängt die Bourgeoisie unbestreitbar danach, möglichst viele Arbeiter auszubeuten. Beide Tendenzen sind wirklich, beide werden vom Kapitalismus hervorgebracht, beide gehören zwangsläufig zu seinen immanenten inneren Gesetzen — und dennoch widersprechen sie sich. Und die Dialektik ist selbst eine wissenschaftliche Methode, die aus diesen widersprüchlichen Tendenzen der Entwicklung e i n e s Wesens/Dinges seine Entwicklung erklärt. Die Entwicklung soll aber in ihrer N o t w e n d i g k e i t analysiert werden, und das erfordert die Abstraktion von allen äußeren, zufälligen Einflüssen. D a r u m sagt Mao, die Wärme sei dem Ei eine äußere Ursache, die wirklichen Ursachen der Entwicklung des Eies zum Küken müßten i n dem Ei selbst, d.h. in seiner inneren Widersprüchlichkeit, gesucht werden. Darum bestehen wir darauf, die Krisen und Kriege des Kapitalismus zuerst und hauptsächlich aus den inneren Gesetzen des Kapitalismus und nicht aus Zufälligkeiten wie der Habgier der Ölscheichs, der Unfähigkeit von Regierungen usf. zu erklären. Diese Konzentration auf die notwendigen, inneren Widersprüche macht nach Marx den revolutionären Kern der Dialektik aus, weil sie so **„in dem positiven Verständnis des Bestehenden zugleich auch das Verständnis seiner Negation, seines notwendigen Untergangs einschließt''** (MEW 23, S.28).

Weil der Genosse die Rolle des Widerspruchs für die Dialektik nicht verstanden hat, kommt er zu der Behauptung: *„Der naturgesetzlich-mechanische Materialismus* (gemeint ist der Marxismus — d.V.) *behauptete den Sieg des Proletariats über die Bourgeoisie — ein vom Standpunkt dialektischer Philosophie gänzlich paradoxes Geschehen: wie kann eine Seite des Widerspruchs ihre Kehrseite besiegen, ohne sich selbst zu besiegen?''*

Fortsetzung nächste Seite

Forts. von vorhergehender Seite

Sie kann. Die E i n h e i t des Gegensatzes zwischen Bourgeoisie und Proletariat sagt nur, daß sie zusammen existieren und zusammen verschwinden müssen, aber nichts, gar nichts!, über das Kräfteverhältnis zwischen ihnen aus. Daß eine zunächst schwächere, unterlegenere Seite eines Widerspruchs zur herrschenden, dominierenden wird, ist ein gesetzmäßiger und alltäglicher Vorgang. Zum Beispiel beinhaltet die Entwicklung des Kapitalismus immer Tendenzen, die zu einer ökonomischen Krise führen, und solche, die zu seinen ‚Booms' führen. Der Kampf der sich widersprechenden Tendenzen führt zu Krisen und zu neuen Aufschwüngen.

Von Seiten der Dialektik spricht wahrlich nichts gegen einen Sieg des Proletariats. ,,Gänzlich paradox'' aber wäre es der Dialektik, wenn nicht der Kampf der widersprüchlichen Seiten zu einem Umschlagen der unterlegenen in die herrschende Seite führen würde. Denn grade darauf beruht das legendäre ,,Umschlagen einer Qualität in eine neue Qualität'', die Entstehung nicht nur quantitativ, sondern qualitativ anderer Dinge aus vorhandenen. Das ist die ,,Selbstzeugung'', die ,,Selbstschöpfung'' der Materie, die keinen göttlichen Willen mehr braucht, weil sie selbst in sich alle Keime der Entwicklung trägt. Ist doch einleuchtend, oder?

Hymne an Gott

Tief in den dunklen Tälern sterben die Hungernden.
Du aber zeigst ihnen Brot und lässest sie sterben.
Du aber thronst ewig und unsichtbar
Strahlend und grausam über dem ewigen Plan.

Ließest die Jungen sterben und die Genießenden
Aber die sterben wollten, ließest du nicht ...
Viele von denen, die jetzt vermodert sind,
Glaubten an dich und starben mit Zuversicht.

Ließest die Armen arm sein manches Jahr
Weil ihre Sehnsucht schöner als dein Himmel war
Starben sie leider, bevor mit dem Lichte du kamst
Starben sie selig doch — und verfaulten sofort

Viele sagen, du bist nicht und das sei besser so.
Viele sagen, du bist nicht und das sei besser so.
Aber wie kann d a s nicht sein, das so betrügen kann?
Wo so viele leben von dir und anders nicht sterben konnten —
Sag mir, was heißt das dagegen — das du nicht bist?

Brecht

Das Elend des Ökologismus — oder vom Scheitern der philosophischen Don-Quichoterie

Das Problem des theoretischen Ökologismus, der sich als grundlegende Alternative zum Marxismus ausgibt, besteht darin, daß er einen gesellschaftlichen Widerspruch verabsolutiert und zum Nabel der Welt erklärt, ohne über eine konsistente Theorie zu verfügen, die diese Behauptung eines neuen Hauptwiderspruchs abstützen könnte. Der Ruf ‚Ökologie statt Ökonomie' bleibt ein moralischer, kraftloser Appell, solange der Beweis fehlt, daß der Widerspruch zwischen der Entwicklung der Produktivkraft im Kapitalismus und den natürlichen Grundlagen der zentrale, der treibende, der die Geschichte bewegende Widerspruch sei. Der Oldenburger Genosse hat sich da anstecken lassen, wenn er schreibt: ,,*Die ökologische Bewegung ist Ausdruck dessen, daß obige Bedingung bereits nicht mehr existiert, daß die quantitative Expansion der Maschinerie nicht mehr bedingungslos rational ist.*'' Der Teufel steckt hier im ,,Nicht-mehr''. Bedingungslos rational war die Maschinerie **für die Arbeiterklasse** nie, weil sie im Kapitalismus zwangsläufig die Sinnentleerung der Arbeit, die Ruinierung des Arbeiters und seiner Lebensverhältnisse bedeutet. Wenn der Genosse allerdings meint, diese Expansion sei **für das Kapital** nicht mehr bedingungslos rational, müßte er das begründen. Rational heißt für das Kapital:
zweckdienlich zur Ausbeutung der Arbeitskraft, zweckdienlich für die Erhaltung und Vermehrung des Profits. D i e s e Rationalität ist aber nach wie vor gegeben (auch wenn das Kapital wie immer in der Krise über Investitionsunlust mault). Aber der Genosse kommt tatsächlich auf die Idee, Bahros ,,Ausstieg aus dem Industriesystem'' proklamiere ,,*nichts anderes als die intimsten Pläne der Bourgeoisie*''. Das hieße, die Bourgeoisie plant ganz intim die eigene Abschaffung. Aber das ist bloße Phantasie. Die Bourgeoisie plant nicht etwa den Ausstieg aus dem Industriesystem, sondern sie leidet an einer ökonomischen Krise, einer Überakkumulation, die durch die ständige A u s w e i t u n g und Intensivierung des Industriesystems hervorgerufen wurde. Und niemanden stören die vielen ,,Nicht-Arbeiter'' mehr als die Bourgeoisie. Nur, sie m u ß diese ja produzieren, sie m u ß Arbeitskraft durch Rationalisierung freisetzen und trotzdem, z u g l e i c h widerspricht dies ihrem eigentlichen Motiv, möglichst viel Arbeitskraft auszubeuten. Wenn es nur profitabel ginge, die Bourgeoisie würd' mit Kußhand alle Nicht-Arbeiter in Arbeiter verwandeln (außer sich selbst, versteht sich). Diese ö k o n o m i s c h e n Widersprüche haben mit der Ökologie nur insoweit zu tun, als die Verknappung von Ressourcen, kostspielige Säuberung von Rohstoffen und dergl. in die Profitraten eingehen und an den Nerven der Bourgeoisie zerren.

Aber der Genosse schreibt nicht von den ökonomischen Widersprüchen, sondern postuliert einfach die ,,*ökologische Umstrukturierung des industriellen Apparates und die Unterordnung ökonomischer Prozesse unter das Gesamtinteresse der Gesellschaft*'' (Welcher überhaupt?). Diese ,,ökologische Umstrukturierung'' ist eine fixe Idee. Ungefähr so, als wolle man die ,,biologische Umstrukturierung der Astronomie'' fordern. Tatsächlich geht es doch ,,nur'' darum, daß man eine Ökonomie fordert, deren Entwicklung nicht zugleich die natürlichen Grundlagen der Menschheit unterminiert. Also entweder, man zwingt der vorhandenen Ökonomie von außen eine Rücksicht auf die Ökologie auf (was offenkundig nur sehr beschränkt möglich ist), oder man schafft eine Ökonomie, deren innere Gesetzmäßigkeiten keine Zerstörung der Natur erfordern. Bloß ist man dann wieder bei Marx und dem gehaßten Primat der Ökonomie, bei der Analyse der kapitalistischen Ökonomie und ihrer Widersprüche usw. usf. Hat sich wieder nichts mit der Überwindung des Marxismus.
dung des Marxismus.

Die Gesellschaft entwickelt sich selbst nur über innere Widersprüche weiter. Nicht der Widerspruch zwischen DER Gesellschaft und DER Natur, sondern zwischen unterschiedlichen gesellschaftlichen Interessen bewegt die Geschichte. Die Bourgeoisie untergräbt die natürlichen Lebensbedingungen zwangsläufig, aufgrund ihrer ökonomischen Interessen. Die Liebe zur Natur und zum Menschen muß sich darum Träger der Veränderung suchen, deren ökonomischen Interessen keine schrittweise Vernichtung der Umwelt erfordern. Wir landen wieder bei gesellschaftlichen Klassen, die sich nach ihrer Stellung in der Produktion unterscheiden, bei diesem schrecklichen Materialismus, der das gesellschaftliche Sein aus den ökonomischen Verhältnissen erklärt. ,,Ohne religiöse Mystik'' bleibt nicht die Flucht ins Christentum, wie der Genosse meint, sondern die ernüchternde Erkenntnis, daß keine grundlegende Veränderung möglich ist ohne ökonomische Umwälzung, und daß diese bedingt ist durch die ökonomischen Widersprüche.

Das hat gar nichts damit zu tun, ob man die umwelterhaltenden Ziele der ökologischen Bewegung gut heißt oder nicht. Es geht um die Analyse der bestehenden Verhältnisse, und daß der Kapitalismus die Umwelt bis zur Unerträglichkeit verdreckt, ist noch lange kein Argument für neue Theorien. Im Gegenteil. W a r u m der Kapitalismus den Arbeiter und seine Lebensverhältnisse ruiniert, hat niemand klarer als Marx ausgearbeitet. Und vor allem hat niemand klarer gezeigt, daß der Kapitalismus nicht nur den moralischen W u n s c h, sondern kraft eigener Entwicklung auch die ökonomische M ö g l i c h k e i t einer dem Menscen zuträglicheren Gesellschaft hervorbringt. Nicht die Verwässerung oder Ersetzung der marxistischen Theorie, sondern einzig ihre in sich konsequente Weiterentwicklung gibt ein brauchbares Instrumentarium für ein Verständnis der heutigen Verhältnisse und eine wissenschaftliche Fundierung revolutionärer Politik.

Der Genosse behauptet, die ,,ökologische Strukturierung'' der Industrie sei ,,*ein historisch notwendig sich vollziehender Prozeß*''. May be, nur beweisen tut er das nicht. Warum sollte dieser Prozeß historisch n o t w e n d i g sein? Weil sonst die Menschheit untergeht, ist die häufigste Begründung der These. Aber, warum nicht? Die Dinosaurier starben schließlich auch aus. (Wenn man Picha glauben darf, machten sie beim ersten Auftritt der Menschheit kollektiven Selbstmord.) Nein, daß dieser Prozeß ,,historisch notwendig'' sei, kann — wenn überhaupt — nur bewiesen werden aus den i n n e r e n Widersprüchen der Historie und d.h. der Gesellschaft. Bloß, wenn man dann gleichzeitig meint, eine Seite des Widerspruchs könne die andere eh nicht ,,besiegen'', tja, dann wird die Zukunft zappenduster, denn wie sonst sollte sich der ,,historisch notwendige Prozeß'' gegen den vorhandenen gesellschaftlichen Prozeß durchsetzen? So nimmt es denn nicht Wunder, daß der Genosse dem Göttlichen nicht abschwören will. E r braucht den Eingriff des göttlichen Willens zur Durchsetzung des für notwendig befundenen Prozesses, weil er die Dialektik nicht verstanden hat. Und so beweist der Genosse eben doch, was seine Thesen gerade bestreiten sollten: daß ,, *a l l e Religionen und Sekten ihren Gottesbegriff gerade in den unerforschten Nischen und toten Winkeln der Wissenschaft unterzubringen versuchen*'' (Kt.).

J. Hamburg

PhdG: Phänomenologie des Geistes (1807), Suhrkamp, Werkausgabe Bd. 3
WdL: Wissenschaft der Logik (1812), F. Meiner (Leipzig)

Sarah Kirsch

Im Kreml noch Licht

Das ist Lenins weiße Katze
Jede Nacht macht sie Patrouille
Ihre ernsten grünen Augen
Sehen pünktlich aus dem Fenster

Sie frißt ungeratnes Schreibwerk
Stößt die Tinte mit der Pfote
Um daß nicht zu lesen ist
Mascha kann durch alle Türen

Und wenn Posten davor stehen
Kneift sie ihre Augen zu
Steuert mit dem Sichelschwanz
Sicher durch die schwarzen Stiefel

Zeigt das Glockenspiel den Tag
an
Führt ihr Weg zur Bibliothek
Sie verkneift ein stolzes Niesen
Sitzt auf ihrem Lieblichsbuch

Und erinnert sich der Zeiten
Wie der eignen Pfotenspuren
Als der Herr sie leis vermahnte
Und ein neues Blatt anfing

W.I. Lenin, 22.4.1870 - 21.1.1924

21.1. — 59. Todestag von Lenin

Nachtrag zum Spinoza-Artikel

(AK 228, S. 42-43)

Im AK 228 war die zweisprachige (deutsch-lateinische) Reclam-Ausgabe der ,,Ethik'' als einziger in der BRD erhältlicher Spinoza-Text in Taschenbuch-Ausgabe genannt worden. Ein Leser hat freundlicherweise darauf aufmerksam gemacht, daß es eine Taschenbuch-Ausgabe der ,,Ethik'' auch im DKP-nahen Röderberg-Verlag gibt. Deshalb hier noch einmal ein Überblick und Vergleich der erhältlichen Ausgaben.

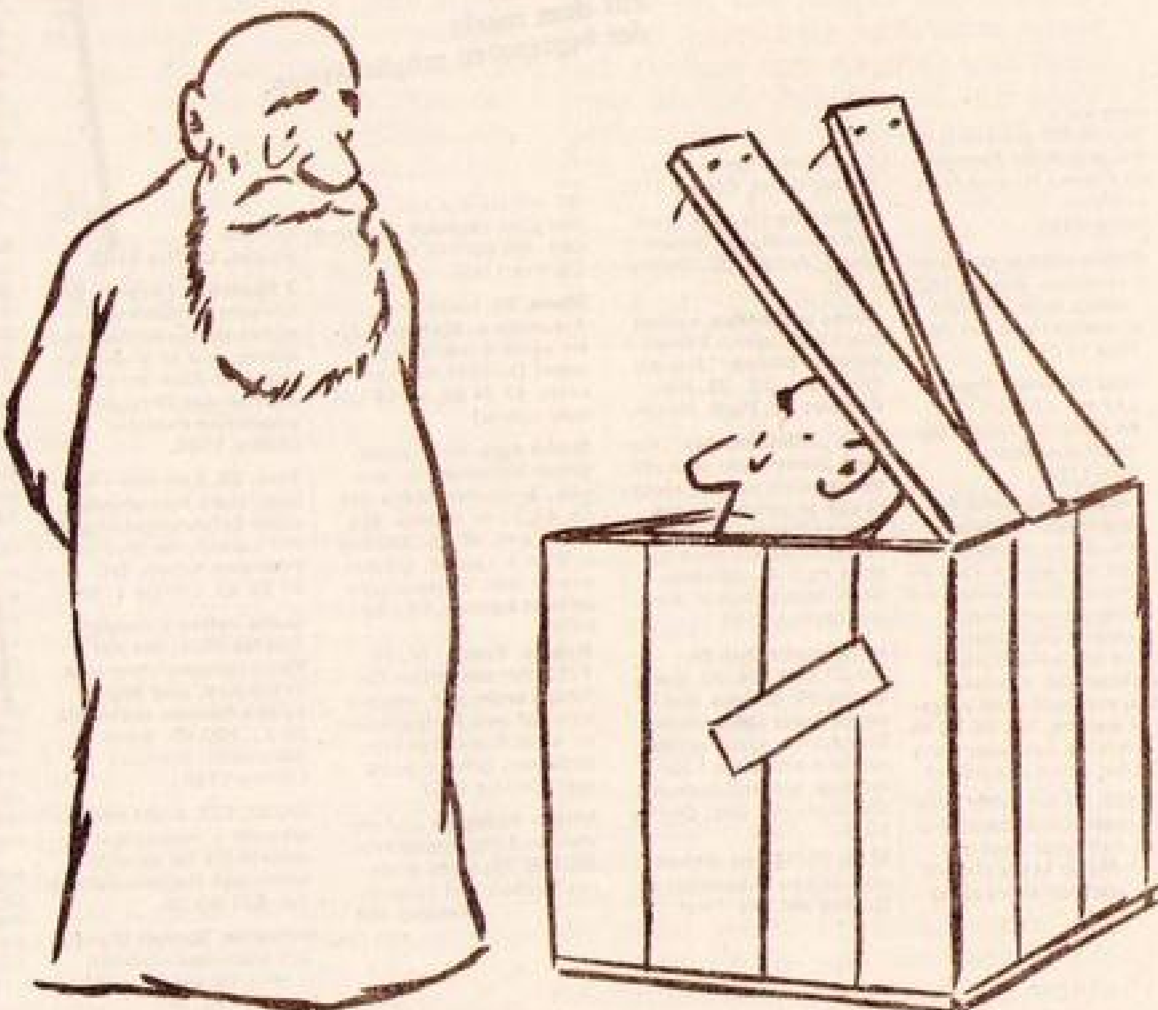
* Röderberg-Verlag, Frankfurt 1982. Mit einem Preis von DM 5 so gut wie geschenkt! Das Buch ist eine Lizensausgabe des DDR-Reclam-Verlags in Leipzig. Die Übersetzung ist die von Jakob Stern (1888). Vorangestellt ist eine philosophische Einleitung. Der spezielle Vorzug dieser Ausgabe liegt neben dem sagenhaften Preis in einem Anhang (28 Seiten), der ergänzende und parallele Stellen zur ,,Ethik'' aus Spinozas Briefen und anderen Schriften enthält.

* Reclam-Verlag (BRD), Stuttgart 1977. Lateinischer Originaltext und Übersetzung von Jakob Stern, allerdings modern überarbeitet. Ergänzt wird die Ausgabe durch ein erklärendes Nachwort (45 Seiten) und eine (knappe) Bibliographie. Der Preis kann mit DM 18,90 als angemessen gelten.

* Felix Meiner Verlag, Hamburg 1976. Der Verlag hat eine Gesamtausgabe Spinozas in 7 Bänden herausgebracht und damit eine sehr verdienstvolle Aufgabe übernommen. (Es scheint sich um die einzige erhältliche deutschsprachige Gesamtausgabe zu handeln.) Die ,,Ethik'' kann als Einzelband bezogen werden, der Preis ist mit DM 24 vergleichsweise hoch. Der Vorzug liegt gegenüber den beiden anderen erwähnten Ausgaben in einer ausführlichen Bibliographie, Anmerkungen des Übersetzers zum Text (die sich allerdings im wesentlichen nur auf den Originaltext und unterschiedliche überlieferte Versionen beziehen) sowie ein Namens- und Sachregister. Außerdem hat das Buch eine Einleitung, die gegenüber den anderen beiden Ausgaben den Vorteil hat, auch etwas über die Entstehungsgeschichte der ,,Ethik'' auszusagen. Die Übersetzung ist von Otto Baensch (1905), unterscheidet sich aber kaum von der von Jakob Stern.

* Außerdem gibt es im Reclam-Verlag der DDR Ausgaben der ,,Ethik'' und des ,,Theologisch-Politischen Traktats''. Preis ist mir nicht bekannt.

Kt.



Gottgesandter, an den Absender zurückgeschickt

liebesträume im kapitalismus

(1)

bindung an einen mann,
lebenslang oder zeitweise,
so unendlich weit weg
dieser gedanke,
und doch
sind nicht alle liebes-träume verflogen.

fliegen jetzt nur
auf anderen bahnen.

träume von menschlichkeit
lose und zart
wind von schwingen des vogels
vorübergleitend
in seinem flug.

(a)

schwebend
in die nähe des geliebten
auf seine offenen arme zu

pralle ich

an die ritterrüstung
des märchenprinzen.
eisenhart
gepanzert
sind seine liebesschwingen
wie archeopterix,
der noch knöcherne flügel hatte.

(b)

mit unerbittlicher notwendigkeit
dringen die
kapitalistischen wertgesetze
in unsere „beziehung".

investieren — wenn auch gefühle —
gewinn?
besitzen
verlustangst.

und schon liege ich im bett unten,
vergifte meinen körper
mit pillen oder spiralen
zu meinem eigenen schutz.
schon schließt sich die gummizelle
des haushalts um mich.
schon ist mein beruf
doch nicht
ganz so wichtig wie seiner,
meine termine, meine politik
nicht so wissenschaftlich,
zu emotional.

aber gefragt
ist meine emotionalität
wenn ER müde ist,
abgekämpft oder traurig.

und für ein paar spärliche
streicheleinheiten,
für ein paar cm² haut am abend,
schutz auf der straße
vor anderen männern
und ein bißchen wärme

gebe ich

meine ganze zuwendung,
fürsorge und liebe.

für eine kurze zeit
— und vielleicht werden's 1,2,3 jahre —
erscheint mir das
erträglicher
als die kälte draußen
und das alleinsein.

(c)

bis meine rebellion
wieder stark genug ist,
die fesseln abzuschütteln
und die kälte auszuhalten.

das alleinsein
ein genuß.
bei-mir-selber-sein.
und andere frauen.

(d)

wo aber ist die lösung?
bei mir?
bei den frauen?
bei einem anderen exemplar: mann?

nur fragen.

exemplar: mann?

nur fragen.

ratlos bin ich, ja.
aber nicht mutlos.

träume
von menschlichkeit
lose und zart
träume von zeiten,
wo frauen und männer
menschen sind.
nicht waren
auf dem markt
der begrenzten möglichkeiten.

(2)

ehe
Zweierbeziehung
Verkauf meines weiblichen Körpers als
Arbeitskraft
Sexobjekt
psychische Aufbaumaschine
Tag und Nacht im Einsatz.
Das alles
für Kost und Logis.
Bei guter Führung
lebenslang.

Ein Herr-Sklavin-Verhältnis.

(a)

In die Ehe
hat der Kapitalismus
noch nicht Einzug gehalten.
Scheinbar.
Kein Kapital-Lohnarbeit-Verhältnis.
Kein Klassenkampf.
Kein Tarifvertrag / 40-Stunden-Woche / Lohn für Hausarbeit
Ein anachronistisches Herrschafts- und Arbeitsverhältnis
im Zeitalter des Kapitals.

EINE Frau
ausgestattet mit Emotionalität,
Wärme, Güte, Einfühlungsvermögen,
vollgepumpt
mit der notwendigen Bildung
in moderner Haushaltsführung,
Kindererziehung, Psychologie,
Kosmetik,
EINE einzige Frau
investiert all ihre Kraft
für EINEN Mann
und die Reproduktion SEINER Arbeitskraft.
Welch ein Luxus.

Aber ein notwendiger Luxus
für die Herrschaft des Kapitals.

Sonst nur Massen.
Supermärkte, Warenmassen,
Arbeitskräftemassen,
alles in Serie, alles vom Fließband.

Die Unmenschlichkeit dieser Produktionsweise
Fließband
Stechuhr
Monotonie in Akkordhetze,
die Unmenschlichkeit dieser Produktionsweise
ist so groß,
daß jeder Arbeiter
EINEN Menschen
zu seiner Reproduktion braucht:
SEINE Frau.

(b)

Und die Frauen?

Die Frauen,
die selbst für Lohn arbeiten
am Fließband,
im Akkord,
an der Schreibmaschine,
im Geschäft ...?
Und die dann noch
zu Hause
den Haushalt machen,
die Kinder versorgen??

Wer baut sie auf?
Wer stellt ihnen das Essen auf den Tisch,
wer streichelt die müde Stirn,
wer sagt: „Pst, sei leis,
Mama ist müde"?

Und die Frauen,
die zu Hau...
Und die Frauen,
die zu Hause sind,
den ganzen Tag,
eingesperrt
in die Gummizelle des Haushalts,
die Kinder versorgen,
kochen, putzen, waschen,
und dabei noch schön sein müssen?
Wer bietet ihnen
„einen interessanten,
gut bezahlten Arbeitsplatz"?

(c)

Schlimmer noch
als im Namen der Sozialpartnerschaft
ausgebeutet zu werden,
ist es,
im Namen der Liebe
ausgebeutet zu werden.

Gegen EINEN Mann
sich zu wehren
ist möglich,
wenn auch oft schwer.

Aber wie ist es mit dem nächsten?

Auch er sucht eine
unbezahlte Arbeitskraft,
vielleicht
— liberaler —
nicht für Kinder und Küche,
aber für seine Psyche bestimmt
und für seinen Schwanz.

(d)

Wie können Frauen sich wehren
gegen die Herrschaft der Männer
UND
die Herrschaft des Kapitals?

Können
Frauen und Männer sich

gemeinsam?

wehren
gegen die Herrschaft des Kapitals?

Gegen
ein ökonomisches System,
das die Privilegien ALLER Männer
— ihre Befreiung
von den persönlichen Diensten an sich selbst,
und die Unterdrückung ALLER Frauen
— durch die Privatheit der Reproduktion

braucht
zur vollen Entfaltung
der Brutalität
seiner Profit...
seiner Profitmaximierung?

Nur Fragen.

Ratlos bin ich, ja.
Aber nicht mutlos.

Träume
von Menschlichkeit
lose und zart.
Kämpfe
für Zeiten,
wo Frauen und Männer
Menschen sind.
Nicht Waren
auf dem Markt
der begrenzten Möglichkeiten.

Helga Flamm, 29.11.82

Mann, 27, gutaussehend, sucht Frau oder Freundin für Sport + Spiele, Leben + Lieben, Arbeit und Pa... Tel. 39 36 34.

Ehep., 29/38, su. nettes Paar, dem menschl. Bezie... wichtig, sind als d. Jagd nach Materiellem. 04154/70210

Drei Dinge braucht die Frau, drei Dinge brauche ich, W, 28! Wein, Musik und Dich. M, 25-40, ab ...

M (27/186) nettes Auss... sucht lieben Freund (18-28) f. stabile Beziehung. Wenn du die sog. „Szene" auch mit einer gewissen Distanz betrachtest, sollten wir ... mal kennenlernen ...

Die Eule (m, 24) sucht das Kätzchen! Du lachst gern, unternimmst ab und zu etwas, hörst Mu... Kunst, bist ...

Asian Boy für zärtl. Stunden gesucht, von liebem Mann, Anfang 30. Chiffre 1168.

Sauna vorhanden, suchen nur noch „sport. Frauen u hübsche Männer" Paare o Single zw. 20 35, HH, Postamt 53, Postl Mirsch.

Kein „Märchenprinz", sondern jemand, der versucht, unmännlich zu sein, möchte sich in selbstbewußte Frau verlieben. Bin 31 J. und interessiere mich für linke Politik, radfahren, lesen, Musik, Natur, Kino, u.a. Chiffre 1167

Ich M suche Dich M. Bin 37 und 176/70. Wenn Du bis 35, schlank und in engen Jeans vielleicht mit Schnautzer, sowie gefühl voll und ein wenig häuslich bist, schreib doch mal Vielleicht mit Bild. Chiffre 1166.

Mann, 35, sucht Frau, Freundin o. Mädchen. Alles weitere telefonisch, wenn Du (Sie) mich anrufst. 47 74 66, ab 19 Uhr oder später

Suche enge, nicht einengende Beziehung zu sensibl., kritischen Mann (bis ca. 43 J.) m. Humor. Bin Frau, schl. 40, m. Anhang u. Sinn f. Unsinn. Möchte wieder lieb. an jemanden denken können. Chiffre 1158

Kopf u. Bauch - M (34, 176), der mit seinen Gefühlen leben will, möchte sich auf eine Partnerschaft m. ernst/fröhlicher Frau einlassen. Schreib doch mal. Chiffre 1157

2 Menschen (Alter u. Geschlecht verraten wir nicht) wollen endlich mal wissen, was an diesen Anzeigen so dran ist. Laßt uns mal was Witziges zusammen machen! Chiffre 1185.

Frau, 39, Lehrerin + Malerin, stark hörbehindert, sucht Erfahrungsaustausch mit Leuten, die ähnliche Probleme haben. Tel. 87 68 40. Chiffre 1186.

Suche netten schwulen Typ bis 20 J., der mit Motorradrennfahrer eine Freundsch. und Begl. zu den Rennen sucht. Bin 29 J., 190/85. Bitte Bildzuschr. (zurück) Chiffre 1189.

Er, 30, 173, sucht nettaussehende u. vielseitig interessierte Sie für zärtlich. schmusige Dauerbeziehung. Tel. 631 56 23.

Krisentheorie im »Kapital«

Der folgende Artikel wurde als Arbeitspapier für unsere Schulung *Politische Ökonomie* erstellt. Der Diskussion um diesen Text voraus ging eine intensive Erarbeitung des Textes »Lohn, Preis und Profit« von Karl Marx (vergl. Schulungsinfo Nr. 10). Wir wollen mit diesem Artikel einen Komplex zur Krisentheorie beginnen und im nächsten AK mit einer Auseinandersetzung um den Keynesianismus fortsetzen.
(Die drei zu dem Schulungszyklus *Politische Ökonomie* gehörenden Schulungsinfos, Nr. 10, 11 und 12, können über den Verlag bestellt werden).
Schulungskommission am LG

Einleitung:

Wir haben uns an unserem ersten Schulungswochenende eine Einführung in die Politische Ökonomie erarbeitet. Wir haben diskutiert über die Zusammenhänge,in denen das Kapital Arbeitskraft ausbeuten kann, wie allein aus ökonomischen, scheinbar repressionslosen, Verhältnissen Kapital sich den gesellschaftlichen Mehrwert aneignen kann. Weiterhin zeigte Marx in »Lohn,Preis und Profit« (LPP) auf, daß das Kapitalverhältnis, einmal zustandegekommen, seine Voraussetzungen zwangsläufig reproduziert, indem es den Arbeiter als Arbeiter und den Kapitalisten als Kapitalisten wieder aus dem Kreislauf entläßt (Anm.1). Wir kamen mit LPP also soweit zu verstehen, daß das Kapital sich durch Aneignung von Mehrwert vergrössert, daß Kapitalismus Mehrwertproduktion ist. Wir wollen jetzt, an diesem zweitem Wochenende, diskutieren, welche Entwicklungstendenzen sich aus dem Kapitalverhältnis ergeben. Im Mittelpunkt steht für uns die Frage, warum die Entwicklung des Kapitals zu ökonomischen Krisen führt und welche Rolle diese Krisen selbst für die Entwicklung des Kapitals haben. Dieser Frage wollen wir sowohl theoretisch als auch historisch nachgehen. Daß wir uns auf die Krisentheorie und -geschichte konzentrieren hat mehrere Gründe:
1.) Wollen wir die Ursachen der heutigen, weltweiten Krise, über die wir im zweiten Teil der Imperialismus- Schulung diskutierten (vergl. Schulungsinfo Nr. 8), von ihrer theoretischen Seite her diskutieren und dabei Begriffe wie Überakkumulation klären.
2.) Wollen wir damit die begonnene Diskussion um die ökonomischen Ursachen imperialistischer Kriege vertiefen und Fragen klären, die aus dem ersten Zyklus entstanden.
3.) Wollen dabei auch die Frage nach der Zusammenbruchstheorie klären, wollen wir prüfen, ob Marx wirklich einen zwangsläufigen Zusammenbruch des Kapitalismus behauptet hat(Anm.2).

Wir haben in dem Einleitungsreferat an dem letzten Wochenende gesagt, daß Marx den wirklichen Inhalt der bürgerlichen Revolution untersuchen wollte, daß er nach einer Antwort auf

Wir haben in dem Einleitungsreferat an dem letzten Wochenende gesagt, daß Marx den wirklichen Inhalt der bürgerlichen Revolution untersuchen wollte, daß er nach einer Antwort auf
die Krise der Revolution suchte, die durch das Bündnis zwischen der Bourgeoisie und den monarchistischen Kräften entstanden war (vergl. Historisches Einleitungsreferat im Internen Schulungsinfo Nr.10). Marx stellte in LPP den Anspruch zu untersuchen, „*inwieweit in diesem unaufhörlichen Ringen zwischen Kapital und Arbeit letztere Aussicht auf Erfolg*" habe (Anm. 2b).

In der Krisentheorie sucht Marx mehr als nur eine Erklärung der Krisen; er sucht die historische Schranke des Kapitalismus, die grundsätzlichen Widersprüche des Kapitals und ihre Perspektive. Marx war damit überhaupt der erste, der eine wirkliche Krisen t h e o r i e erarbeitete. Den Kapitalisten und bürgerlichen Ökonomen genügte eine Theorie, die ihnen Tips zur Überwindung ihrer Krisen gab. Nach den in den Krisen sich ausdrückenden Widersprüchen des Kapitals selbst fragte niemand. Für das Kapital stellten sich die Krisen als durch 1.) Absatzschwierigkeiten und durch 2.) viel zu hohe Löhne und zu kurze Arbeitszeiten verursacht dar. Dementsprechend waren ihre Antworten auf die Krisen: Wir brauchen Kolonien und Schutzzölle, Gesetze gegen Gewerkschaften und gegen Streiks. Wir brauchen Armeen für die Expansion nach außen und Polizei, um Streiks und Aufruhr zu verhindern. Marx stellte in LPP recht anschaulich dar, mit welchen Plattheiten die bürgerliche Ökonomie den Zehnstundentag bekämpfte. Etwas anspruchsvollere Ökonomen machten die Überbevölkerung, die menschliche Gier oder die Unfähigkeit einzelner Kapitalisten oder Regierungen für die Krisen verantwortlich — alles, nur nicht den Kapitalismus selber.

Eine wirkliche Theorie der Krisen konnte erst eine Wissenschaft leisten, die die bürgerliche Gesellschaft nicht mehr als ewig und der Geschichte letzte Weisheit ansah,sondern als eine historische Stufe in der Entwicklung, die nach den Aufgaben und Grenzen des Kapitalismus fragte. Insofern finden sich die Antworten auf die eigentliche Frage der Politischen Ökonomie, die Frage nach dem Klassenverhältnis und seiner Perspektive, in der Krisentheorie und wir wollen an diesem Wochenende die Fragen beantworten, die am Ende von LPP offen blieben.

Für diesen Schulungsteil haben wir uns entschlossen, ein eignes Paper zu erstellen, weil uns die entsprechenden Marx- Texte für eine Textschulung zu schwierig schienen. Wir haben uns bemüht, das Wichtigste herauszuarbeiten und für unsre Zwecke aufzuarbeiten. Selbstredend wollen wir niemanden davon abhalten, die Originaltexte zu lesen. Dabei handelt es sich wesentlich um :
— Karl Marx, »Das Kapital«, Band I, 21. Kapitel: Verwandlung von Mehrwert in Kapital sowie das 24. Kapitel: Die sogenannte ursprüngliche Akkumulation, MEW Bd.23
— »Das Kapital«, Band III, 9.Kapitel: Bildung einer allgemeinen Profitrate, 10.Kapitel: Ausgleichung der allge meinen Profitrate durch die Konkurrenz sowie den Dritten Abschnitt: Das Gesetz vom tendenziellen Fall der Profitrate, MEW Bd.25

Unser Text ist entsprechend der Materie streckenweise etwas trocken. Leider läßt sich das nicht vermeiden, denn wir brauchen für die Krisentheorie einige Begriffe, die wir im Vorweg klären müssen. Der Aufbau des Papers sieht daher so aus:
1. Ursprüngliche Akkumulation — oder: Woher kommt das Kapital?
2. Akkumulation — oder: Wohin geht das Kapital?
3. Durchschnittsprofit und allgemeine Profitrate — oder: der Sinn der Konkurrenz
4. Tendenzieller Fall der Profitrate — oder: Wie geht's dem Kapital?
5. Die Krise und ihre Funkion
6. Krisentheorie und Lenins »Imperialismus...«.

Diese Reihenfolge ist notwendig, weil die ökonomische Krise des Kapitals nur begriffen werden kann, wenn wir uns über die wichtigsten Tendenzen

lismus...«.
Diese Reihenfolge ist notwendig, weil die ökonomische Krise des Kapitals nur begriffen werden kann, wenn wir uns über die wichtigsten Tendenzen
des Kapitals im klaren sind. Wir wollen aufzeigen, daß die Krise ein unvermeidlicher Ausdruck der inneren Widersprüche des Kapitals ist, daß sie aus den Entwicklungstendenzen des Kapitals selbst entspringt. Es geht insgesamt um die „Selbstbewegung des Kapitals", oder wie Marx das auch nennt, um die „Selbstverwertung des Werts" ; d.h. um die notwendigen, inneren, dem Kapital wesentlichen Tendenzen. Dies aber ist nicht irgendein Stück des Marxismus, kein beliebiger Teil seiner Theorie, sondern dies ist die Einlösung des dialektischen Anspruchs Marx': die Bewegung / Entwicklung des Kapitals aus den inneren Widersprüchen des Kapitals selbst herzuleiten und nicht aus irgendwelchen äußeren Einflüssen. Entwicklung ist Kampf der Gegensätze, Kampf sich widersprechender Tendenzen, die aus der Entwicklung eines Dinges resultieren. Dieser Satz ist sozusagen der Kern der Dialektik. Es läßt sich durchaus vertreten, daß die Krisentheorie das Herzstück der Politischen Ökonomie ist und niemand braucht ein schlechtes Gewissen zu haben,wenn wir uns auf diese 'beschränken'.

Wir werden so vorgehen, daß wir die einzelnen Tendenzen erst einmal für sich und isoliert behandeln und danach begründen, warum der Kampf dieser Tendenzen zu Krisen führen muß. Und wir wollen ebenso zeigen, daß Krisen kein Gegensatz zur Weiterentwicklung des Kapitals sind, sondern diese sogar beschleunigen, insofern fortschrittlich sind. Dazu gehört es dann auch zu erklären, warum die Krisen wieder aufhören und der Kapitalismus nicht in einer gigantischen, dauernden, uferlosen Krise untergeht, sondern ein Wechselspiel von Krisen und 'Wirtschaftswundern', ein Zyklus, entsteht. Am Ende wollen wir dann zeigen, wie Lenins »Imperialismus...« an der Marxschen Krisentheorie anknüpfte; allerdings kursorisch und begrenzt auf die Fragen, die wir bei unsrer Lenin- Schulung stellten.
Tja, denn mal los.

Die ursprüngliche Akkumulation (Anm.3).

Wie Marx in LPP ausführte, reproduziert sich das Kapitalverhältnis kraft eigner Entwicklung, wenn es erst einmal entstanden ist. Es muß aber einen Anfang geben, indem zum erstenmal Kapital entsteht. Dieses erste oder ursprüngliche Kapital darf also nicht selbst schon von Kapital erzeugt worden sein, sondern es muß sich um ein Geldvermögen handeln, das „*der Kapitalist durch eigne Arbeit oder sonstwie - nur nicht durch schon vorhandene, vergangene Lohnarbeit*" angeeignet hat (Anm.5). Damit sich Geldvermögen in Kapital verwandeln kann, müssen „doppelt freie Lohnarbeiter" auf dem Markt sein; d.h. Menschen, die keine Produktionsmittel besitzen und die formal frei sind sind, also keine Leibeigenen, Sklaven, Galeerensträflinge (Anm. 6). Beide Prozesse, die Bildung großer Vermögen und der „*Scheidungsprozeß des Arbeiters vom Eigentum an seinen Arbeitsbedingungen*" (Produktionsmitteln), vollzogen sich mit massenhaftem Elend, mit „*Zügen von Blut und Feuer*" (Anm. 7). Die Grundlage der ursprünglichen Akkumulation bildete die Enteignung der Landbevölkerung, Vertreibung und Verelendung. Insbesondere in England wurde seit dem 15.Jahrhundert ganze Landstriche entvölkert. Die „*Verwandlung von Ackerland in Schafweide*" zum Nutzen der Wollmanufakturen setzte große Mengen an Arbeitskraft frei; Menschenmassen, die ins Nichts geschleudert wurden. Auswanderverbote, barbarische Gesetze gegen die Vagabundage (Landstreicherei), gesetzliche Lohnbeschränkungen schufen und disziplinierten das erste große Proletariat. Der eigentliche Durchbruch des Kapitalismus aber begann erst im 15.Jahrhundert mit den großen Entdeckungen und dem dadurch entstehenden Weltmarkt. "*Das durch Wucher und Handel gebildete Geldkapital wurde durch die Feudalverfassung auf dem Lande, durch die Zunftverfassung in den Städten an seiner Verwandlung in industrielles Kapital behindert. Diese Schranken fielen mit der Auflösung der feudalen Gefolgschaften, mit der Expropriation und teilweisen Verjagung des Landvolks. Die neue Manufaktur wurde in See- Exporthäfen errichtet oder auf Punkten des flachen Landes, außerhalb der Kontrolle des alten Städ-*

feudalen Gefolgschaften, mit der Expropriation und teilweisen Verjagung des Landvolks. Die neue Manufaktur wurde in See- Exporthäfen errichtet oder auf Punkten des flachen Landes, außerhalb der Kontrolle des alten Städ-
tewesens und seiner Zunftverfassung. (...) Die Entdeckung der Gold- und Silberländer in Amerika, die Ausrottung, Versklavung, und Vergrabung der eingeborenen Bevölkerung in die Bergwerke, die beginnende Eroberung und Ausplünderung von Ostindien, die Verwandlung von Afrika in ein Geheg zur Handelsjagd auf Schwarzhäute bezeichnen die Morgenröte der kapitalistischen Produktionsära. (...) Alle aber benutzten die Staatsmacht, die konzentrierte und organisierte Gewalt der Gesellschaft, um den Verwandlungsprozeß der feudalen in die kapitalistische Produktionsweise treibhausmäßig zu fördern und die Übergänge abzukürzen. Die Gewalt ist der Geburtshelfer jeder alten Gesellschaft, die mit einer neuen schwanger geht. Sie ist selbst eine ökonomische Potenz."(Anm.8). Die Kolonien wurden zur Schatzgrube, ihre Ausplünderung war von bis dahin beispielloser Dimension. Marx führt ein Beispiel an für das Geschäftsverhalten des zivilisierten Europa: „*Zwischen 1769 und 1770 fabrizierten die Engländer eine Hungersnot (in Indien) durch den Ankauf von allem Reis und durch Weigerung des Wiederverkaufs außer zu fabelhaften Preisen.(...) Den aufschießenden Manufakturen sicherte die Kolonie Absatzmarkt und eine durch das Marktmonopol potenzierte Akkumulation.*"(Anm.11). Der entstehende Kapitalismus brachte sowohl in den Kolonien als auch in den europäischen Staaten ungeahnte Barbarei hervor. In den kapitalistischen Staaten selbst wurde das Proletariat buchstäblich bis auf's Blut ausgebeutet, sank die Lebensdauer, stiegen die Seuchen, Krankheiten, die Kindersterblichkeit ins Astronomische. Der historische Umwandlungsprozeß vom Feudalismus zum Kapitalismus vollzog sich als Bürgerkrieg nach innen und als Eroberungskrieg nach außen. Wenn man diesen ganzen, jahrhundertelangen Prozeß betrachtet und nicht nur die Feiertage der bürgerlichen Revolutionen, dann scheint es eben doch richtig, was Marx als Fazit schrieb:

„*Die Verwandlung des auf eigner Arbeit der Individuen beruhenden, zersplitterten Privateigentums in kapitalistisches ist natürlich ein Porozeß, ungleich mehr langwierig, hart und schwierig als die Verwandlung des tatsächlich bereits auf gesellschaftlichem Produktionsbetrieb beruhenden kapitalistischen Eigentums in gesellschaftliches. Dort handelt es sich um die Expropriation der Volksmasse durch wenige Usurpatoren, hier handelt es sich um die Expropriation weniger Usurpatoren durch die Volksmasse.*" (Anm. 12).

Akkumulation des Kapitals
(Anm. 13)

Nachdem ein erstes (Geld-)Kapital wie auch immer entstanden ist,muß dieses, um wirkliches Kapital zu werden, sich verwerten, indem es zur Produktion von Mehrwert führt. Der Kapitalist kauft erstens Produktionsmittel und zweitens Arbeitskraft, läßt ein Produkt erzeugen, das aus zwei Teilen besteht: Einem Teil, der das ursprüngliche,vorgeschossene Kapital enthält, und einem zweiten, der in der Form des Mehrproduktes den Mehrwert enthält. Am Ende dieses Prozesses besitzt also der Kapitalist erstens sein altes Kapital und zweitens einen zusätzlichen Wert, den er entweder verjubeln oder als Kapital verwerten kann. Akkumulation setzt voraus, daß der Mehrwert nicht oder jedenfalls nicht vollständig verjubelt wird. „*Anwendung von Mehrwert als Kapital oder Rückverwandlung von Mehrwert in Kapital heißt Akkumulation des Kapitals.*"(Anm.14).
Die Akkumulationführt also zu einer Ausweitung der Produktion, zu einem fortwährenden Wachstum.

Angenommen ein Kapital von 1000 setze sich zusammen aus 900 konstantem oder fixen Kapital und 100 variablen Kapital (d.h. in Arbeitskraft investiertes) und die Mehrwertrate sei 100% , dann würde am Ende des ersten Kreislaufs das Kapital betragen: 900 + 100 + 100 (Mehrwert) = 1100. Es wäre um 10% gewachsen und im zweiten Kreislauf wären es bereits 990 + 110 + 110 = 1210 usw.usf. Diesen Vorgang nennt Marx die Reproduktion auf erweiterter Stufenleiter.

Das Wachsen des Kapitals und die daraus folgende Ausdehnung der Produktion führen zu einem grösseren Bedarf an Produktionsmitteln, an Arbeitskraft und an Konsumtionsmitteln.

weiterter Stufenleiter.
Das Wachsen des Kapitals und die daraus folgende Ausdehnung der Produktion führen zu einem grösseren Bedarf an Produktionsmitteln, an Arbeitskraft und an Konsumtionsmitteln.
Sowohl die Produktionsmittel als auch die Konsumtionsmittel sind vorhanden, denn der Mehrwert kommt als Mehrprodukt zur Welt, in Form von Waren. Ebenso ist Arbeitskraft vorhanden, wegen der Proletarisierung der Kleinbesitzer, der Freisetzung von Arbeitskraft durch Rationalisierung und andrer Faktoren. Die wachsende Nachfrage ist soweit kein Problem, weil - wie Marx das ausdrückt - „*der Mehrwert nur deshalb in Kapital verwandelbar ist, weil das Mehrprodukt, dessen Wert er ist, bereits die sachlichen Bestandteile eiones neuen Kapitals enthält*"(Anm. 15). Die Tendenz des Kapitals ist demnach eine fortschreitende Ausdehnung der Produktion, Wachstum ohne Ende. Dabei interessiert es den Kapitalisten überhaupt nicht, w a s er produziert; ihn interessiert allein der Mehrwert, der dabei herausspringt. Der Nutzen seiner Waren interessiert ihn nur insoweit, als seine Waren i r g e n d e i n e n Nutzen/ Gebrauchswert haben müssen, um überhaupt verkauft werden zu können. Ist das Kapitalverhältnis einmal entstanden, so drängt es zwangsläufig, wegen der Akkumulation, zur Durchdringung der ganzen Gesellschaft, reißt es stets weitere Sphären in Lohnarbeit, vernichtet es andre noch bestehende Produktionsweisen, dehnt es sich unaufhaltsam aus. Einmal entfesselt, hält ihm nichts stand. Zugleich erzeugt die Akkumulation wachsende Konkurrenz. Das Kapital vernichtet seine zurückbleibenden Teile ebenso gnadenlos wie seine übrigen Opfer. Ohne die Konkurrenz könnte es keinen Kapitalismus geben. Alles, was wir in LPP über notwendige, gesellschaftliche Arbeitszeit und über die Werte der Waren gelesen und diskutiert haben, funktioniert nur unter den Bedingungen der Konkurrenz. Wie es zu durchschnittlicher Arbeitszeit als Wertmesser, als Maßstab aller Dinge kommt, darum geht es im nächsten Abschnitt.

Durchschnittsprofit und allgemeine Profitrate (Anm. 16)

Tatsächlich ist es so, daß ein einzelnes Kapital seine Waren keineswegs zu ihren individuellen Werten verkauft und verkaufen kann, noch daß ein Kapital den von ihm erzeugten Mehrwert als Profit einheimst. Was für das gesellschaftliche Gesamtkapital gilt, gilt nicht unbedingt auch für das einzelne Kapital. Sondern es bildet sich über die Konkurrenz auf dem Markt eine durchschnittliche oder allgemeine Profitrate (Anm.17);d.h. daß tendenziell jedes Kapital pro Kapitaleinheit den gleichen Profit bekommt. Das Verhältnis von dem eingesetzten Gesamtkapital zu dem Profit, der damit erzielt wird, bildet die Profitrate. Die Ausdrucksweise ist im »Kapital« etwas anders als in LPP. In LPP erklärte Marx zwei Weisen die Profitrate auszudrücken, nämlich einmal als Verhältnis zwischen Mehrwert und variablem Kapital oder zweitens als Verhältnis von Mehrwert zum Gesamtkapital. Im »Kapital« bezeichnet Marx die erste als M e h r w e r trate (Kürzel:m') und nur die zweite als P r o f i trate (Kürzel:p'). In der Schreibweise des »Kapitals« sieht die Profitrate dann so aus:

$$\frac{m}{c + v}$$

Die Profitrate gibt das Verhältnis zwischen dem eingesetzten Gesamtkapital und dem Mehrwert/ Profit an. Die Mehrwertrate dagegen nur das zwischen variablem Kapital und Mehrwert (Anm.18a); und nur diese Rate gibt die wirkliche Ausbeutung an, den Exploitationsgrad der Arbeitskraft, denn sie drückt das Verhältnis zwischen notwendiger, bezahlter Arbeit und unbezahlter Mehrarbeit aus. Für die Ausbeutung ist das konstante Kapital, das in die Profitrate eingeht, uninteressant, weil es erstens selbst bereits Produkt von Ausbeutung ist und zweitens unverändert in die Hand des Kapitalisten zurückkehrt, da sein Wert auf die Produkte übertragen wird. Um die wirkliche Ausbeutung, das Klassenverhältnis zwischen Kapitalisten und Arbeiter anzugeben, darf nur das Verhältnis zwischen bezahlter und unbezahlter Arbeit dargestellt werden, eben die Mehrwertrate (Anm.18b).

Den Kapitalisten allerdings interessiert allein die Profitrate, das Verhältnis zwischen eingesetztem Kapital und Profit. Nun weisen die Einzelkapitale unterschiedliche Profitraten auf, weil sie unterschiedlich zusammengesetzt sind. Unterscheiden tun sich die Kapi-

siert allein die Profitrate, das Verhältnis zwischen eingesetztem Kapital und Profit. Nun weisen die Einzelkapitale unterschiedliche Profitraten auf, weil sie unterschiedlich zusammengesetzt sind. Unterscheiden tun sich die Kapi-
tale in ihrer sog. organischen Zusammensetzung, d.h. dem Verhältnis zwischen konstantem Kapital und Arbeitskraft.

Der Durchschnittsprofit selbst ist ein Produkt ewiger Schwankungen. Um ihn sichtbar zu machen, muß man zunächst alles außer der organischen Zusammensetzung der Kapitale konstant setzen. Wir nehmen darum zunächst einmal an, daß erstens das konstante Kapital vollständig verbraucht werde, daß zweitens sich Angebot und Nachfrage decken, daß drittens die Mehrwertrate für alle Kapitale gleich, nämlich 100%, sei und daß viertens alle Kapitale trotz der unterschiedlichen Zusammensetzung gleich viele Produkte erzeugen (500). Dann bekommen wir drei unterschiedliche Profitraten

$m/(c+v) = p'$
1. $100/(900 + 100) = 10\%$
2. $200/(800 + 200) = 20\%$
3. $300/(700 + 300) = 30\%$

Daraus ergeben sich dann ganz unterschiedliche Produktionspreise. Der Produktionspreis ist das eingesetzte Kapital plus Mehrwert dividiert durch die Anzahl der Produkte. Konkret kommt heraus für unsre Kapitale:
1. 1100: 500 = 2,2
2. 1200: 500 = 2,4
3. 1300: 500 = 2,6

Würden nun die Waren gemäß diesen Gleichungen und d. h. zu ihren individuellen Werten verkauft, dann hätte das rückschrittlichste Kapital (Nr. 3) aufgrund seiner Profitrate auch den höchsten Profit und ein Anreiz zur Modernisierung der Produktion würde nicht bestehen. Der Wert einer Ware aber wird bestimmt durch die durchschnittliche,gesellschaftliche Arbeits-

zeit und nicht durch die im einzelnen Betrieb aufgewandte. Dieses Gesetz verwirklicht sich erst durch die Konkurrenz auf dem Markt, d.h. auch der Kapitalist erfährt erst auf dem Markt, was seine Waren wirklich wert sind. Auf dem Markt stellt sich ein Durchschnittspreis her, in unsrem Fall von 2,4. Die Wirkung ist nun, daß jedes Kapital einen Profit von 200 macht. (500 Produkte x 2,4 = 1200, eingesetztes Kapital bei allen 1000, Profit daher 200). Und dies ganz unabhängig von dem jeweiligen Mehrwert, unabhängig von der jeweils eingesetzten Arbeitskraft. Damit hat sich eine allgemeine Profitrate von 20% hergestellt . Die Konkurrenz hat die unterschiedlichen Profitraten ausgeglichen (Anm.19).

Das bedeutet nun, daß das erste Kapital einen E x t r a profit von 100 einsteckte, denn sein Profit (200) lag über dem von ihm erzeugten Mehrwert (100). Das zweite Kapital bekam einen Profit, der seinem Mehrwert entsprach; und das dritte realisierte einen Profit um 100 unter seinem Mehrwert.

Tatsächlich erzeugen im allgemeinen Kapitale mit höherer organischer Zusammensetzung auch mehr Produkte als die rückschrittlicheren. Nehmen wir an, das erste Kapital erzeuge 600 Produkte, das zweite 500 und das dritte 400. Dann sieht die Sache gleich ganz anders aus und wir bekommen als neue Produktionspreise:

1. 1100: 600 = 1,83
2. 1200: 500 = 2,4
3. 1300: 400 = 3,25

Der Durchschnittspreis wäre nach wie vor 2,4. Nun aber würden nicht mehr alle Kapitale gleich viel Profit machen, sondern das erste Kapital einen Profit von 440, das zweite von 200 und das dritte einen V e r l u s t von 40. Dies Modell entspricht der Realität viel eher und hier wird der Zwang zur dauernden Rationalisierung deutlich. Kapital 3 ist bei Strafe des Untergangs, des Bankrotts zur Rationalisierung gezwungen.

Die Waren wurden zu einem Durchschnittspreis verkauft, d.h. die von Kapital 1 über ihrem (individuellen) Wert, die von 3 unter ihrem (individuellen) Wert und nur die von Kapital 2 genau zu ihrem Wert. Das allgemeine Gesetz von der Übereinstimmung von Wert und Preis setzt sich durch, indem die Waren von ihren individuellen Werten abweichen. Das Gesetz, daß die Waren zu ihrem Wert verkauft werden, gilt nicht für die einzelne Ware, sondern nur allgemein:

,,*Und in dieser Weise ist in der Gesellschaft selbst - die Totalität aller Produktionszweige betrachtet - die Summe der Produktionspreise der produzierten Waren gleich der Summe ihrer Werte.*"(Anm.20).

Von bürgerlichen Marx- Kritikern wurde desöfteren vorgebracht, der Dritte Band des »Kapitals« widerlege den Ersten Band. Denn im Ersten Band sei (wie in LPP) behauptet worden, die Arbeitszeit, die zur Produktion einer Ware nötig sei, bestimme Wert und Preis der Ware; im Dritten dagegen
Arbeitszeit, die zur Produktion einer Ware nötig sei, bestimme Wert und Preis der Ware; im Dritten dagegen
werde nun erwiesen , daß die Waren sogar von ihren Werten abweichen müssen. Diese Kritik ist nur richtig, wenn man Marx falsch versteht. Marx spricht im Ersten Band des »Kapitals«, und in LPP, nicht von einer einzelnen Ware, wenn er von der Ware spricht, und nicht von einem Einzelkapital, wenn er von dem Kapital spricht, sondern von *der Ware überhaupt* bzw.*dem Kapital überhaupt*. Marx spricht von der durchschnittlichen Arbeitszeit, die den Wert bestimme - und diese ermittelt sich erst auf dem Markt. So paradox es scheint: Damit das Wertgesetz gilt, m ü s s e n die Preise der einzelnen Waren von ihren Werten abweichen. In unsrem Beispiel wichen die Preise von Kapital 1 und 3 von ihren (individuellen) Werten ab, und deren Profite von ihren Mehrwerten. Aber insgesamt drückten die Preise exakt den Gesamtwert aus (1500x 2,4 = 3600), und der Gesamtprofit exakt den Gesamtmehrwert (nämlich 600). Nur bei Kapitalen, deren organische Zusammensetzung durchschnittlich ist, stimmen Wert und Preis, Mehrwert und Profit überein; in unsrem Beispiel gilt dies für Kapital 2.

Wenn Marx Gesetzmäßigkeiten des Kapitals darstellt, ist das gesellschaftliche Gesamtkapital gemeint. Wie Marx schreibt ist es,,*bei der ganzen kapitalistischen Produktion immer nur in einer sehr verwickelten und annähernden Weise als nie festzustellender Durchschnitt ewiger Schwankungen, daß sich das allgemeine Gesetz als die beherrschende Tendenz durchsetzt*"(Anm. 21). Die bürgerliche Ökonomie aber geht von dem einzelnen Betrieb aus, ihr Standpunkt ist der des Kapitalisten. Der Standpunkt der Marxschen Kapitalanalyse ist das gesellschaftliche Gesamtkapital, dessen Tendenzen er analysieren will, das Klassenverhältnis.

Wichtig ist für die folgenden Zusammenhänge, daß der Durchschnittsprofit von der Zusammensetzung der verschiedenen Kapitale abhängt und sich verändert, auch wenn nur einige Kapitale ihre Zusammensetzung ändern. Mit dem Durchschnittsprofit ändert sich aber auch die allgemeine Profitrate. Die organische Zusammensetzung des Kapitals verändert sich laufend und dies führt zu gegensätzlichen Tendenzen, die schließlich in die Krise münden. Eine dieser Tendenzen ist

Der Tendenzielle Fall der Profitrate

Im Kapitalismus ist das Verhältnis von konstantem zu variablem Kapital alles andre als konstant. Da fortwährend Arbeitskraft durch Maschinerie ersetzt wird, wächst das konstante Kapital tendenziell gegen das variable; d.h. es wird fortschreitend weniger Arbeitskraft pro Kapitaleinheit benötigt.Der Mehrwert aber entsteht allein aus der Ausbeutung von Arbeitskraft. Die Tendenz, lebendige Arbeit durch Maschinerie zu ersetzen, steht daher im Widerspruch zu der Tendenz, möglichst viel Arbeitskraft möglichst gründlich auszubeuten. Der einzelne Kapitalist kann zwar (vorübergehend) seinen Profit erhöhen durch die Maschinisierung, aber:



›Armut ist ein großer Glanz von innnen‹ (Rilke)

,,*Mit der Verallgemeinerung der Maschinerie im selben Produktionszweig sinkt der gesellschaftliche Wert des Maschinenprodukts auf seinen individuellen Wert und macht sich das Gesetz geltend, daß der Mehrwert nicht aus den Arbeitskräften entspringt, welche der Kapitalist durch die Maschine ersetzt hat, sondern umgekehrt aus den Arbeitskräften, welche er an ihr beschäftigt. (...) Dieser immanente Widerspruch tritt hervor, sobald mit der Verallgemeinerung der Maschinerie in einem Industriezweig der Wert der maschinenmäßig produzierten Ware zum regelnden gesellschaftlichen Wert aller Waren derselben Art wird...*"(Anm. 23). Marx weist nach, daß aus der Abnahme des variablen Kapitals gegenüber dem konstanten ,,*ein gradueller Fall in der allgemeinen Profitrate bei gleichbleibender Rate des Mehrwerts*" folgen muß (Anm. 24). Die Mehrwertrate ist nicht konstant in der Wirklichkeit; aber sie muß konstant gesetzt werden, um zunächst eine bestimmte Tendenz für sich analysieren zu können. Bleiben wir bei dem gehabten Beispiel mit den drei Kapitalen und nehmen an, daß sich die Zusammensetzung von Kapital 3 verändert hätte.Das dritte Kapital sei nun so zusammengesetzt wie das zweite.

m (c + v) = p'
1. 100/ (900 + 100) = 10%
2. 200/ (800 + 200) = 20%
3. 200/ (800 + 200) = 20%

Dann würde sich nicht, wie im ersten Fall die Profitrate auf 20% ausgleichen, sondern auf 16,67%. Daher fielen die Profite für jedes der drei Kapitale von 200 auf 166,7, weil der Gesamtmehrwert von 600 auf 500 gefallen wäre. Und das, obwohl nur e i n Kapital rationalisiert hat. Um den Fall der Profite auszugleichen, müßte die Produktion ausgedehnt werden. Aber nicht nur um die 3,33%, um die die Profitrate sank, sondern fast um 20%! Denn um bei einer Rate von 16,67% einen Profit von 600 zu machen, ist ein Kapital von 3600 nötig. Das wäre in unsrem Beispiel nur möglich, wenn 1. der gesamte Mehrwert akkumuliert würde und 2. die Nachfrage ebenfalls um 20% gewachsen wäre.

Es folgen daher aus der relativen Zunahme des konstanten Kapitals zwei Tendenzen: erstens ein tendenzielles Sinken der Profitrate und zweitens eine tendenzielle Ausweitung der Produktion. Das Kapital k a n n nicht nur akkumulieren, es m u ß akkumulieren, um ein Sinken der Profite zu verhindern. Jede Ersetzung von Arbeit durch Maschinerie führt zu einem Sinken der Profitrate, wenn nicht andre Tendenzen dem entgegenwirken. Und ein Fallen der Profitrate führt zu sinkenden Profiten, wenn nicht durch eine erhebliche Ausdehnung der Produktion das Fallen der Profitrate ausgeglichen werden kann. Das Gesetz vom t e n d e n z i e l l e n Fall der Profit r a t e betrifft nur die Rate, nicht die Profit m a s s e , denn:,,*Das Gesetz ... schließt in keiner Weise aus, daß die absolute Masse der vom gesellschaftlichen Kapital in Bewegung gesetzten und exploitierten Arbeit, daher auch die absolute Masse der von ihm angeeigneten Arbeit wächst.*"(Anm. 25). Das Fallen der Profitrate muß die Profite nicht schmälern, sondern sagt nur etwas aus über den Profit pro Kapitaleinheit.

Würden wir nur von der Tendenz des Fallens der Profitrate ausgehen, dann müßten aufgrund der relativen Zunahme des konstanten Kapitals die Profitrate und die Profite längst so klein geworden sein, daß der ganze Kapitalismus zusammenbricht.Es tritt nun ,,*an die Stelle der Schwierigkeit... den Fall der Profitrate zu erklären, die umgekehrte, nämlich zu erklären, warum dieser Fall nicht größer und rascher ist.*"(Anm. 26). Das Sinken der Profitrate ist nur eine Tendenz des Kapitals. Es gibt mehrere Tendenzen, die dieser einen entgegenwirken, sie bremsen oder sogar aufhalten. Marx nennt diese

Entgegenwirkende Ursachen

Die wichtigste Tendenz, die einem Fallen der Profitrate entgegenwirkt, ist die Erhöhung des Ausbeutungsgrades der Arbeitskraft; d.h. eine Erhöhung der Mehrwertrate. Um diese zu erhöhen, muß entweder der Arbeitstag verlängert werden oder der Wert der Arbeitskraft gesenkt. Der Wert der Arbeitskraft ist bestimmt durch den Wert, der zu ihrer Reproduktion notwendig ist (vergl. LPP). Er sinkt also, wenn aufgrund fortschrittlicherer Produktionsmethoden der Wert der Konsumtionsmittel abnimmt (Anm. 28).

Ebenso wie eine Erhöhung der Mehrwertrate wirkt ein Herabdrücken des Arbeitslohns unter seinen Wert. Marx bezeichnet als dieses eine ,,der bedeutendsten Uraschen" in der Praxis. Erstens fällt der Arbeitslohn »von allein« unter seinen Wert, wenn die Nachfrage nach Arbeit zurückgeht (z.B. wegen Rationalisierung). Abgesehen von rein ökonomischen Gesetzmäßigkeiten kann das Kapital den Lohn aber auch auf politischem Wege drücken, z.B. durch Streik- und Gewerkschaftsverbote, oder durch bewußte Auffüllung des Arbeitsmarktes.

Es verändert sich nicht allein der Wert der Arbeitskraft, sondern auch der des konstanten Kapitals, der Produktionsmittel. Diese sogenannte ,,Verwohlfeilerung der Elemente des konstanten Kapitals", die Abnahme ihres Wertes, meint, daß der Wert des konstanten Kapitals abnimmt, weil zur Produktion seiner Elemente weniger Arbeit als zuvor aufgewendet werden muß. Vestärkend hinzu kommt, daß durch das Sinken der Löhne selbst diese verringerte Arbeit entwertet wird, d.h. die Entwertung des konstanten Kapital noch größer ist als die quantitative Abnahme der zu seiner Produktion notwendigen Arbeit. Die Folge der steigenden Arbeitsproduktivität, der relativen Entwertung des konstanten Kapitals ist, daß das konstante Kapital w e r t m ä ß i g nicht so schnell zunimmt wie dem Umfang nach. Die relative Entwertung wirkt dem Fallen der Profitrate entgegen, bremst ihn ab. Marx schreibt dazu: ,,*Kurz, diesselbe Entwicklung, die die Masse des konstanten Kapitals steigert im Verhältnis zum variablen, vermindert, infolge der gesteigerten Produktivkraft der Arbeit, den Wert seiner Elemente und verhindert daher, daß der Wert des konstanten Kapitals, obgleich beständig wachsend, im selben Verhältnis wachse wie sein materielle Umfang. (...)Es zeigt sich hier wieder, daß* **diesselben** *Ursachen, welche die Tendenz zum Fall der Profitrate erzeugen, auch die Verwirklichung dieser Tendenz mäßigen.*"(Anm. 29). Dieser Punkt ist für die Krisentheorie außerordentlich wichtig, denn in der Krise nimmt die Entwertung des Kapitals dem Umfang nach sprungartig zu.

Schließlich gehört die ,,relative Überbevölkerung" unbedingt zu den wichtigsten Tendenzen in diesem Zusammenhang. Die Freisetzung von Arbeitskraft durch Rationalisierung und andre Faktoren beeinflußt die Profitrate auf zwei Weisen. Erstens führt sie dazu, daß der Preis der Arbeitskraft sinkt, da das Angebot an Arbeitskraft die Nachfrage übersteigt. Zweitens führt der Preisverfall der Arbeitskraft dazu, daß zuvor unrentable Produktionen nun profitabel werden. Das betrifft besonders Produktionen mit relativ hohem Anteil an Arbeitskraft. Dadurch gehen neue Kapitale und zusätzliche Profitraten in die allgemeine Profitrate ein, die aufgrund des relativ hohen Anteils von Arbeitskraft im Verhältnis zum konstanten Kapital hohe Profitraten haben und daher dem Fallen der allgemeinen Profitrate widersprechen. Die in Krisen auftretende Massenarbeitslosigkeit forciert diesen Prozeß erheblich.

Diese und einige andre Tendenzen, auf die wir hier nicht eingehen, halten den Fall der Profitrate auf und bewirken, daß diese nicht gradlinig fällt,
den Fall der Profitrate auf und bewirken, daß diese nicht gradlinig fällt,
sondern nur der Tendenz nach. Wenn Marx vom tendenziellen Fall der Profitarte spricht, dann meint Tendenz eine Seite eines widersprüchlichen Prozesses. Es meint nicht, daß die Profitrate real zu jedem Zeitpunkt fallen müßte. Sie kann fallen, kann stagnieren, oder wachsen. Das konkrete Verhalten der Profitrate hängt ab von der jeweiligen Stärke der gegensätzlichen Tendenzen. (Der Begriff der Tendenz als eine Seite eines Widerspruchs macht es möglich, Lenin genauer zu verstehen, wenn er von ,,Tendenz zum Monopol" oder von ,,Tendenz zu Stagnation und Fäulnis" spricht).

Die Krise und ihre Funktion — „Entfaltung der inneren Widersprüche des Gesetzes" (Anm. 30)

Das Gesetz vom tendenziellen Fall der Profitrate und den entgegenwirkenden Tendenzen erklärt die Entwicklung des Kapitals aus seinen inneren Widersprüchen. Die Krise ist eine besondere Form, ein besondere Phase in der Entwicklung des Kapitals.

Den beiden wichtigsten entgegenwirkenden Tendenzen - der Erhöhung der Mehrwertrate und der Ausweitung der Produktion - sind Grenzen gesetzt; einmal durch den jeweiligen Stand der Produktivkraftentwicklung, zum andren durch die ,,*Konsumtionskraft der Gesellschaft*". Dies sind keine ewigen unveränderlichen Schranken, sondern sich selbst entwickelnde, jeweilige Grenzen. Wenn Marx von Konsumtionskraft der Gesellschaft spricht, meint er keineswegs nur die Konsumtionskraft (Kaufkraft) der Arbeiterklasse, sondern zumindest ebenso die der kapitalistischen Produktion (Verbrauch an Maschinen, Rohstoffen, Arbeitskraft usw.usf.). Die Ausweitung der Produktion stößt an Grenzen, jenseits derer zusätzliche Waren nicht mehr abgesetzt werden können. (Das ist eine Ursache für die Konkurrenz auf dem Weltmarkt, wohin vom nationalem Standpunkt aus überflüssige Waren wandern). Die Waren sind nicht absolut überflüssig, sind nicht überflüssig vom Standpunkt des gesellschaftlichen Bedürfnisses her. Aber es entsteht ein Widerspruch zwischen der Ausdehnung der Produktion und der Konsumtionskraft ,,*auf Basis antagonistischer Distributions(Verteilungs)verhältnisse, welche die Konsumtion der großen Masse der Gesellschaft auf ein nur innerhalb mehr oder minder enger Grenzen veränderliches Minimum reduziert*" (Anm. 31). Konsumtion der großen Masse der Gesellschaft meint nicht nur ihre individuelle, zur bloßen Reproduktion nötige, sondern eben auch ihre Verfügung über Produktionsmittel u.a. Es ist ein Irrglaube, wie die Reformisten zu meinen, daß die kapitalistische Krise sich lösen oder vermeiden ließe durch Lohnerhöhungen, durch Erhöhung der Kaufkraft der Massen. Darauf gehen wir im dritten Teil der Schulung näher ein.

Die kapitalistische Krise kommt unausweichlich. Das Kapital m u ß die Produktion ausdehnen, um dem Fallen der Profitrate entgegenzuwirken; es m u ß akkumulieren. Aber indem es die Produktion ausdehnt, sie weit über die vorhandene Konsumtionskraft wachsen läßt, erzeugt es Überproduktion. Waren können nicht abgesetzt werden, die Preise fallen unter ihre Werte, die Profite sinken oder bleiben ganz aus. Ganze Kapitale gehen bankrott, Produktionsmittel liegen still, Massenarbeitslosigkeit entsteht, die den Lohn unter den Wert der Arbeitskraft fallen läßt (Verelendung). Wie oben gezeigt sind die Produktionspreise umso geringer, je kleiner der Anteil der Arbeitskraft am eingesetzten Kapital ist (vergl: Durchschnittsprofit). Und je geringer die Produktionspreise eines Kapitals sind, je weiter es unter den durchschnittlichen Produktionspreisen produzieren kann, umso größer seine Chancen, die Krise zu überstehen. Der Druck zur Rationalisierung, zur Ersetzung von Arbeit durch Maschinerie nimmt zu. Damit aber fällt die Profitrate. Es scheint aussichtslos. Was das Kapital auch unternimmt gegen die Krise, jede dieser Maßnahmen verschärft zugleich die Krise. Die fallende Profitrate führt zu Überakkumulation, einem Zustand der Stagnation und des Verfalls. Die Überakkumulation ist selbst wieder nur eine Tendenz; aber man muß sie absolut setzen, um sie zu verstehen (Anm. 32). Überakkumulation wäre ein Zustand, wo das vermehrte Kapital nicht mehr oder gar weniger Profit erzeugen könnte als das ursprüngliche, unvermehrte. Dies hieße erstens, daß überflüssiges, brachliegendes Kapital entstanden wäre und zweitens, daß der Verwertungsprozeß des arbeitenden Kapitals ge-
re und zweitens, daß der Verwertungsprozeß des arbeitenden Kapitals ge-
stört wäre.

Akkumuliert das Kapital nicht, sondern legt seinen Mehrwert beiseite, so sinkt der Bedarf an Produktions- und Lebensmitteln, die Überproduktion verschärft sich. Die Krise führt zu Bankrotten, (zeitweiligen) Stillegungen, zu kollossaler Vernichtung von Werten (der Waren, die unter Wert verkauft werden müssen, der Produktionsmittel, die ungenutzt verrotten). Aber die Krise trifft nicht gleichmäßig alle Kapitale: ,,*Der Verlust ist unvermeidlich für die Klasse. Wieviel aber jede einzelne Kapitalist davon zu tragen hat, wieweit er überhaupt daran teilzunehmen hat, wird dann Frage der Macht und der List, und die Konkurrenz verwandelt sich in einen Kampf der feindlichen Brüder.*" (Anm. 33).

Die Krisen entstehen unvermeidlich, aber trotzdem bricht der Kapitalismus daran nicht zusammen. Im Gegenteil, den Krisen folgen Wachstumsphasen (»Booms«) und insgesamt gesehen, hat sich der Kapitalismus durch das Aufundab hindurch stets weiterentwickelt. So paradox es klingen mag und ist: Der Ausbruch der Krise schafft zugleich die Bedingungen zu ihrer Überwindung. Die Krise erzeugt:

1. eine Entwertung der auf dem Markt befindlichen Waren, die aufgrund der Überproduktion unter ihrem Wert verkauft werden müssen;
2. eine Entwertung des konstanten Kapitals, durch die teilweise oder völlige Stillegung von Produktionsmitteln, den Preisrückgang der Rohstoffe und ähnliches;
3. ein Sinken der Löhne aufgrund der Arbeitslosigkeit und daher eine relative Abnahme des variablen Kapitals, eine verstärkte Ausbeutung der Arbeiterklasse;

Fortsetzung nächste Seite

Forts. von vorhergehender Seite

4. die massenhafte Vernichtung rückschrittlicher und insbesondere kleiner Kapitale.
(In diesem Zusammenhang möchte ich daran erinnern, was wir im zweiten Teil der Imperialismus-Schulung über die Wirkung von Faschismus und Krieg in Deutschland diskutiert haben; insbesondere an den Otten-Text - Anm.34).

Diese Wirkungen der Krise führen dazu, daß die Profitrate wieder ansteigt, weil das konstante Kapital wertmäßig abnahm und infolge der gefallenen Löhne die Mehrwertrate anstieg. Aber was bei dem neuen Aufschwung herauskommt, ist kein bloßes Wiederherstellen des alten Zustandes vor der Krise, sondern ein **weiterentwickelter** Kapitalismus. Die durch den Preisverfall der Waren verstärkte Notwendigkeit, durch verbeserte Maschinerie und Produktionsmethoden billiger zu produzieren, förderte durch die Krise die Entwicklung der Produktivkräfte, den Einsatz fortschrittlicherer Technik. Zugleich vernichtete die Krise rückständige Kapitale sowie Kapitale, die dem mörderischen Innovationsdruck nicht standhalten konnten. *Survival of the fittest* ist das Motto der Krise.Die Vernichtung und Entwertung von Kapital schaffen die Voraussetzungen seiner Weiterentwicklung. *„Die eingetretene Stockung der Produktion hätte eine spätere Erweiterung der Produktion - innerhalb der kapitalistischen Grenzen - vorbereitet."*(Anm.35). Aber auch der Krisenzyklus ist kein einfacher Kreislauf, keine ewige Wiederkehr des Gleichen. Je geringer der Anteil der Arbeitskraft, des variablen am Gesamtkapital ist, umso schwieriger wird es, durch verstärkte Ausbeutung der Arbeitskraft das Fallen der Profitrate auszugleichen. Oder anders gesagt: Umso notwendiger werden Extraprofite aus dem Welthandel und Kapitalexport, das Abwälzen der Krise auf die weniger entwickelten Länder, umso heftiger wird die internationale Konkurrenz. Nach außen Kapitalexport, Kampf um Einflußsphären, Marktmonopole; nach innen verstärkte Ausbeutung der Arbeiterklasse noch weit über bloß ökonomische Gesetzmäßigkeiten hinaus - schließlich Weltkrieg und Faschismus. Das waren die Antworten des Kapitals auf seine großen Krisen (»Weltwirtschaftskrise«), das sind die Tendenzen heute.

Die Krise ist kein Gegensatz zur Entwicklung des Kapitals, sondern gleichzeitig ihre Folge und die Voraussetzung der Weiterentwicklung. Sie beschleunigt letztendlich die Entwicklung der Produktivkräfte; sie schändet zwar (fast) alle Kapitale, vernichtet aber nur die rückschrittlichen, schwachen, während sie den fortgeschrittensten Kapitalen die Weiterentwicklung ermöglicht.
Produktivkräfte; sie schändet zwar (fast) alle Kapitale, vernichtet aber nur die rückschrittlichen, schwachen, während sie den fortgeschrittensten Kapitalen die Weiterentwicklung ermöglicht.
Es ist kein Kreislauf, sondern eine Spirale, die die ständige Weiter- und Fortentwicklung des Kapitals einschließt; es handelt sich bei den Krisen um Brüche, aber nicht um den Zusammenbruch; das Kapital kommt durch die ökonomischen Krisen selbst nicht an sein Ende, sondern bereitet in ihnen - wesentlich auf Kosten der Arbeiterklasse - seine weiteren Wachstumsphasen vor. *„Die wahre Schranke der kapitalistischen Produktion ist das Kapital selbst, ist dies: daß das Kapital und seine Selbstverwertung als Ausgangspunkt und Endpunkt, als Motiv und Zweck der Produktion erscheint; daß die Produktion nur um der Produktion für das Kapital ist und nicht umgekehrt die Produktionsmittel bloße Mittel für eine stets sich erweiternde Gestaltung des Lebensprozesses für die Gesellschaft der Prouzenten sind ... Das Mittel - unbedingte Entwicklung der gesellschaftlichen Produktion - gerät in* ***fortwährenden*** *Konflikt mit dem beschränkten Zweck, der Verwertung des vorhandenen Kapitals. Wenn daher die kapitalistische Produktionsweise ein historisches Mittel ist, um die materielle Produktivkraft zu entwickeln und den ihr entsprechenden Weltmarkt zu schaffen,ist sie zugleich der* ***beständige*** *Widerspruch zwischen dieser ihrer historischen Aufgabe und den ihr entsprechenden gesellschaftlichen Produktionsverhältnissen."* (Anm. 36 - Herv. von mir).

Diese Schranke ist bei Marx keine fixe Grenze, jenseits derer das Kapital unmöglich würde, kein Punkt, an dem der Kapitalismus automatisch zusammenbricht. Diese Schranke ist etwas sich selbst entwickelndes; sie ist Ausdruck der Widersprüche des Kapitals. Der Kapitalismus wird an seinen Krise und seinen Antworten auf diese Krisen n u r dann zusammenbrechen, wenn die Arbeiterklasse ihm in der poli tischen Aktion den Garaus macht.

Der Abschnitt über den Tendenziellen Fall der Profitrate im »Kapital« ist ein, oder vielleicht d a s, Musterbeispiel für eine dialektische Darstellung: Die Entwicklung des Kapitals wird aus den inneren Widersprüchen des Kapitals hergeleitet, dargestellt als Kampf gegensätzlicher Tendenzen, die aus der Entwicklung des Kapitals selbst entstehen. Windige Zukunftsprognosen (Dannoderdann wird der Kapitalismus ganz bestimmt zusammenklappen und ähnliches) finden sich bei Marx nicht. O b die ausgebeuteten Klassen die ökonomischen Krisen des Kapitalismus zu seinem Sturz nutzen, ist eine politische Frage, die von der Politischen Ökonomie nicht beantwortet wird und nicht werden kann. Die Politische Ökonomie erklärt die Ursachen der Krisen, zeigt, daß der Kapitalismus gestürzt werden muß, um sie zu beseitigen, sie zeigt, was passiert, wenn der Kapitalismus n i c h t gestürzt wird. Und eines wird heutzutage erschreckend deutlich: Die Menschheit kann sich den Kapitalismus einfach nicht mehr leisten, wenn sie überleben will.

Ich möchte jetzt noch kurz auf einige Fragen eingehen, die wir im ersten Zyklus unsrer Schulung an den Lenin-Text »Der Imperialismus...« stellten.

Weltmarkt und Extraprofit

Extraprofite auf dem Weltmarkt entstehen vom Prinzip her genauso wie in der nationalen Konkurrenz (vergl.:Durchschnittsprofit und allg.Profitrate). Die einzelnen Länder haben unterschiedliche allgemeine Profitraten, unterschiedliche Arbeitsproduktivität. Einunddiesselbe Ware (ein Paar Schuhe, ne Tonne Weizen oder sonstwas) wird in einem hoch entwickelten Land mit weniger Arbeitskraft erzeugt als in einem weniger entwickelten Land. Da sich auch auf dem Weltmarkt Durchschnittspreise herstellen, verkauft ein imperialistisches Land seine Waren über Wert, ein weniger entwickeltes Land unter Wert. Die entwickelten Länder eignen sich schon aus rein ökonomischen Gründen mehr Arbeit an als sie geben, die Ausplünderung der weniger entwickelten Länder funktioniert selbst ohne die politischen Schweinerein des Kapitals, die noch dazukommen. Die Extraprofite aus dem Welthandel fallen umso höher aus je kleiner die Konkurrenz auf dem Weltmarkt ist. Der Kampf um Einflußsphären, „natürliches Hinterland", offne oder verdeckte Kolonien ist die logische Folge. Ebenso liegt es ganz in der Logik des Kapitals den Lebensstandard in den unterentwickelten Ländern möglichst gering zu halten.

Kapitalexport und Extraprofit

„Wird Kapital ins Ausland geschickt, so geschieht dies nicht, weil es absolut nicht im Inland beschäftigt werden könnte.Es geschieht, weil es zu höherer Profitrate im Ausland beschäf-
„Wird Kapital ins Ausland geschickt, so geschieht dies nicht, weil es absolut nicht im Inland beschäftigt werden könnte.Es geschieht, weil es zu höherer Profitrate im Ausland beschäf-
tigt werden kann. Dies Kapital ist aber absolut überflüssiges Kapital für die beschäftigte Arbeiterbevölkerung und für das gegebene Land überhaupt." (Anm.37). Die Profitrate ist bei Kapitalexport wesentlich aus zwei Gründen höher: 1. ist der (historische) Lebensstandard und daher der Arbeitslohn in weniger entwickelten Ländern geringer, so daß die gleiche Menge Arbeitskraft sich in geringerem variablen Kapital ausdrückt, die Mehrwertrate also wesentlich höher ist. 2. ist aufgrund der niedrigeren Entwicklungsstufe die allgemeine Profitrate höher und daher der Durchschnittsprofit. Aufgrund der hohen Durchschnittsprofitrate der einheimischen Kapitale sackt das zugewanderte Kapiatle,das selbst auch in dem »Gastland« eine niedrige Profitrate hat, sehr hohen Extraprofit ein. Wenn Lenin dann davon spricht, daß der Kapitalexport die **kapitalistische** Entwicklung in den Ländern, die ihm zum Opfer fallen, beschleunigt, stimmt dies zumindest in einer Hinsicht: das entwickelte, zugewanderte Kapital senkt in den zurückgebliebenen Ökonomien die allgemeine Profitrate, forciert den Zwang zur Ausweitung der Produktion und zur Anwendung modernerer Technik.

Der Kapitalexport verschärft die ihn verursachende Überakkumulation noch, wenn die im Ausland erzielten Profite »nach hause« geschafft werden. Andrerseits entschärft er die Überakkumulation, weil er zum einen Kapital abzieht und bindet, zum andren durch die billigere Produktion von Rohstoffen und Halbprodukten auch im Heimatland den Wert des konstanten Kapitals mindert und dadurch den Fall der Profitrate aufhält oder bremst. Schließlich ist die Wirkung des Kapitalexports auf die Löhne wichtig: die Auslagerung der »lohnintensiven« Produktion verschärft die Arbeitslosigkeit in den kapitalexportierenden Ländern, senkt dadurch die Löhne, erhöht damit die Profitraten. D.h. im Klartext: der Kapitalexport bringt nicht allein zusätzliche Profite aus dem Ausland, sondern erhöht sie auch im Heimatland. Der Kapitalexport, der aus der Überakkumulation entspringt, verschärft sie selbst wieder, hat also die Tendenz sich auf stets wachsender Stufenleiter zu reproduzieren. Er kann die Krise nicht verhindern, sondern nur aufschieben.

Tendenz zum Monopol und „Tendenz zu Stagnation und Fäulnis"

Die Konzentration des Kapitals ändert an sich nichts an den Gesetzen der Warenproduktion, des Kapitalismus. Allerdings können diese Gesetze eingeschränkt werden, wenn aufgrund der Konzentration des Kapitals eine gewisse Planung statt der Anarchie unzähliger Minikapitale (früher wurde ja jeder Tellerwäscher irgendwann Kapitalist) möglich wird. Durch Preisabsprachen bspw. kann eine Handvoll großer Kapitale, die eine Produktionssparte beherrschen, den Preis ihrer Waren generell über ihren Wert hieven. Sie erzielen damit Extraprofite und der Druck zum technischen Fortschritt wird für sie abgebremst. Aber er v e r s c h w i n d e t nicht, weil die Preis- und Absatzabsprachen nicht die Konkurrenz zwischen den Kapitalen beseitigen, sondern nur mildern oder aufschieben. Gelingt es einigen Kapitalen, ihre Waren generell über Wert zu verkaufen, so realisieren sie einen Profit über den von ihnen erzeugten Mehrwert hinaus, der andren Kapitalisten und der Arbeiterklasse abgezogen wird. Lenin nannte dies einen „Tribut", der der ganzen Gesellschaft auferlegt würde (Anm. 38). Die Abnahme der Konkurrenz und damit des Zwangs zum technischen Fortschritt, die im eignen Land sowie durch Kapitalexport im Ausland erzielten Extraprofite erzeugen nach Lenin eine *„Tendenz zu Stagnation und Fäulnis"* (Anm. 39). Das deckt sich durchaus mit Marx, der da schrieb: ***„Und sobald die Kapitalbildung ausschließlich in die Hände einiger weniger, fertigen Großkapitale fiele, für die Masse des Profits die Rate aufwiegt, wäre überhaupt das belebende Feuer der Produktion erloschen."*** (Anm. 40). Aber Lenin sprach nicht davon, daß der Kapitalismus gradlinig nur noch immer mehr, immer größere Monopole erzeuge, sondern von einer T e n d e n z zum Monopol. Diese Tendenz ist nur eine Seite, denn gleichseitig entstehen ständig neue Kapitale, brechen alte zusammen. Aber wäre der Prozeß der Konzentration gradlinig, würde er *„bald die kapitalistische Produktion zum Zusammenbruch bringen, wenn nicht widerstrebende Tendenzen beständig wieder dezentralisierend neben der zentripetalen* (schönes Wort!) *Kraft wirkten"* (Anm. 4 1).
bende Tendenzen beständig wieder dezentralisierend neben der zentripetalen (schönes Wort!) *Kraft wirkten"* (Anm. 4 1).

Lenin konnte an diesen Ansätzen von Marx anknüpfen und tat das. Lenin selbst hat nirgends behauptet, der moderne Kapitalismus bestünde n u r n o c h aus Monopolen oder es gebe keine Konkurrenz mehr. Er sprach von T e n d e n z e n und stellte die Tatsachen fest. Und Tatsache war uns ist, daß zu Marx' Zeiten Monopole, Kartelle eine verschwindende Ausnahme waren, während sie in diesem Jahrhundert bestimmend wurden. ***„Der Kapitalismus ist so weit entwickelt, daß die Warenproduktion ... bereits untergraben ist und die Hauptprofite den 'Genies' der Finanzmachenschaften zukommen."***(Anm. 42). Durch Marktbeherrschung und Preisdiktate mache sich die Schwerindustrie *„alle übrigen Zweige der Industrie tributpflichtig"* (Anm. 43). Deshalb bezeichnete Lenin den Imperialismus als eine *„M i s c h f o r m von freier Konkurrenz und Monopol"* (Anm. 44).

Lenin hat mit Sicherheit nicht behauptet, daß die von Marx entwickelten Gesetze des Kapitalismus nicht länger gelten würden, sondern daß unter den geänderten Bedingungen die Wirkung dieser Gesetze teilweise eingeschränkt würde. Lenins Argumentation steht nicht im Gegensatz zu Marx, sondern untersucht im Gegenteil die Wirkung der von Marx dargelegten Gesetze. Während Marx streng theoretisch im »Kapital« den Kapitalismus analysiert, und d.h. einen **idealtypischen** Kapitalismus unterstellt, beschreibt Lenin den **wirklichen** Kapitalismus einer bestimmten Epoche.

Lenin schrieb, daß die Tendenz zum Monopol nicht die Krise verhindere, sondern *„eine Reihe besonders krasser und schroffer Widersprüche"* (Anm. 44b) erzeuge. Diese Behauptung ist folgerichtig, weil Monopole und Kartelle die Wirkung der Krise zwar für sich selbst abschwächen oder gar aufheben können, aber nur indem sie die Krise auf den Rest der Gesellschaft abwälzen und damit sowohl für die Arbeiterklasse als auch für die unteren Schichten des Kapitals die Krise v e r s c h ä r f e n. Lenins Argumentation steht nicht im Widerspruch zur Marxschen Krisentheorie, sie entwickelte sie weiter.

Die sogenannte »Bestechungstheorie« Lenins muß für alle möglichen Kritiken am Leninismus herhalten und jeder versteht darunter etwas andres. Lenin schrieb im »Imperialismus...«: *„Der Imperialismus ..., der monopolistisch hohe Profite für eine Handvoll der reichsten Länder bedeutet, schafft die ökonomische Möglichkeit (!) zur Bestechung der O b e r s c h i c h t e n des Proletariats und nährt, formt und festigt dadurch den Opportunismus."* (Anm. 44c). *„Der Imperialismus hat die Tendenz, auch unter den Arbeitern priviligierte K a t e g o r i e n auszusondern und sie von der großen Masse des Proletariats abzuspalten."*(Anm. 44d). Die Rede ist also ausdrücklich von der Bestechung von T e i l e n der Arbeiterklasse, nicht etwa der ganzen (wie die RAF bspw. meint). Bestechung kann man hier durchaus wörtlich nehmen als eine P o l i t i k der Bourgeoisie. An andren Stellen spricht Lenin von der Bestechung eher als von einem Effekt der Entwicklung. In der sehr lesenswerten Rede auf dem II.Kongreß der KOMINTERN 1920 befaßte sich Lenin mit der Verankerung des Reformismus in Europa und führte aus: *„Es ist klar, daß man von dieser hübschen Summe* (der Extraprofite - j.) *unschwer eine halbe Milliarde für milde Gaben an die Arbeiterführer, die Arbeisteraristokratie, für Bestechungen aller Art abzweigen kann. Das Ganze läuft ja tatsächlich auf Bestechung hinaus. Es geschieht auf tausenderlei verschiedenen Wegen: durch Hebung der Kultur in den größten Zentren, durch Gründung von Bildungsanstalten, durch Schaffung von Tausenden warmer Pöstchen für die Führer der Genossenschaften, der Gewerkschaften und der Parlamentsfraktionen*(ja,ja...). *Aber es geschieht überall, wo moderne zivilisierte kapitalistische Verhältnisse bestehen."* (Anm.45).

Im Kern geht es Lenin nicht darum zu behaupten, s t a t t kapitalistischem Lohn herrsche nun allgemeine Bestechung, sondern um die Bestechung der Oberschichten der Arbeiterklasse und vor allem ihrer politischen Führung. Das schließt für Lenin überhaupt nicht aus, daß die große Masse des Proletariats zeitweilig verelendet.

Mit dem Begriff der Velendung wird gern Schindluder getrieben. Die bürgerliche Marx - Kritik gefällt sich seit Urzeiten in der Behauptung, Marx habe eine gradlinige, fortdauernde Verelendung der Arbeiterklasse behauptet und das sei erwiesenermaßen nicht so (Es geht uns ja sooo gut!). In LPP hieß es: *‚daß es folglich die allgemeine Tendenz der kapitalistischen Produktion*
und das sei erwiesenermaßen nicht so (Es geht uns ja sooo gut!). In LPP hieß es: *‚daß es folglich die allgemeine Tendenz der kapitalistischen Produktion*
sei, den durchschnittlichen Lohnstandard nicht zu heben, sondern zu senken oder den Wert der Arbeit *mehr oder* ***weniger bis zu seiner Minimalgrenze zu drücken"*** (Anm. 46). Aus solchen Sätzen wird dann die angebliche Verelen-dungstheorie konstruiert. Marx aber geht es um den W e r t der Arbeitskraft, nicht um die M a s s e an Lebensmitteln, die ein Arbeitslohn ausdrückt. Denn das sind zwei durchaus verschiedene Dinge. Die **sichtbare** Verelendung, die Abnahme des Lebensstandards, ist eine stets wieder auftretende Erscheinung des Kapitalismus (besonders in den Krisen). Sie wird im wirtschaftlichen Aufschwung wieder abgelöst von einer gewissen Steigerung der Löhne usw. - ist also keine gradlinige Entwicklung. Marx geht es in dem oben zitierten Satz aber gar nicht darum, sondern um den Wert der Arbeitskraft, um das Verhältnis von unbezahlter zu bezahlter Arbeitszeit und dieses Verhältnis entwickelt sich zuungunsten der Arbeiter. Diese objektiv steigende Ausbeutung ist aber nicht sichtbar, nicht an der Entwicklung des Lebensstandards zu erkennen. *„Der Preis der Arbeitskraft könnte so bei steigender Produktivkraft beständig fallen mit gleichzeitigem, fortwährenden Wachstum der Lebensmittelmasse des Arbeiters. Relativ aber, d.h. verglichen mit dem Mehrwert, sänke der Wert der Arbeitskraft beständig..."* (Anm. 47). Wir hatten im zweiten Teil der Imperialismus- Schulung die ökonomischen Bedingungen der BRD nach 1945 diskutiert, unter denen eine solche Situation herrschte: wachsende Profite t r o t z steigender Löhne. Diese Situation war die objektive, materielle Grundlage der »Sozialpartnerschafts-Ideologie«, nach der vom wirtschaftlichen Wachstum Unternehmer, Arbeiter und Staat gleichermaßen profitieren sollen. Tatsächlich kommt aber in dem relativ hohen Lebensstandard der Metropolen auch eine hohe Ausbeutung zum Ausdruck, weil aufgrund der hohen Produktivität der Wert der Waren gering ist und das Verhältnis von bezahlter Arbeit zu Mehrarbeit sich zuungunsten ersterer entwickelt. Die w i r k l i c h e Ausbeutung kann man nur durch die Werttheorie erkennen; sie hat nichts damit zu tun, ob sich die Proleten ausgebeutet f ü h l e n; sie nimmt nicht ab, nur weil der Lebensstandard etwas steigt. Der Glaube, die Ausbeutung könne n u r wachsen, wenn der Lebensstandard der Arbeiter sinkt, ist falsch. Umgekehrt ist es aber richtig, daß ein Abbau des Lebensstandards die Ausbeutung erhöht, weil damit der Preis der Arbeitskraft fällt und unter ihren Wert gedrückt wird, was wir heute wieder mal auf breiter Front erleben. Die r e l a t i v e Verelendung der Arbeiterklasse in den Krisen ist eine gesetzmäßige, zwangsläufige Erscheinung des Kapitalismus, bedeutet aber nicht notwendig auch eine gradlinige Verelendung in dem Sinne, daß es den Arbeitern **immer** schlechter, **immer** elender gehe. Eine solche, platte Auslegung widerspricht erstens der Marxschen Theorie und zweitens der wirklichen Geschichte. Weder Marx noch Lenin haben derartiges je behauptet.Was Marx tatsächlich behauptet hat, läßt sich bei klarem Verstand gar nicht bestreiten; nämlich daß das Verhältnis zwischen Löhnen und Profiten sich tendenziell zuungunsten der Löhne, der Arbeiterklasse entwickelt und entwickeln muß. **Diese** Tendenz meinte Marx mit der Aussage in LPP: *„Diese wenigen Andeutungen werden genügen, um zu zeigen, daß die ganze Entwicklung der modernen Industrie die Waagschale immer mehr zugunsten des Kapitalisten und gegen den Arbeiter neigen muß."* (Anm. 48).

Das soll hier genügen, um zu beweisen, daß es keine »Verelendungstheorie« bei Marx und keine »Bestechungstheorie« bei Lenin gibt. Für die einseitigen Interpretationen können die Klassiker nichts. Wichtig ist aber, daß bei der Zurückweisung so skuriler Thesen, die ganze Arbeiterklasse sei bestochen oder die ganze Arbeiterklasse sei seit Jahrhunderten immer mehr am verelenden, nicht das Richtige gleich mit über Bord geworfen wird. Die Bestechung der politischen Führung der Arbeiterklasse und ihrer Oberschichten ist eine T a t s a c h e. Und Tatsache ist auch, daß die Arbeiterklasse die Krisen auszubaden hat, in ihnen verelendet und nur durch harte Kämpfe eine Steigerung des Lebensstandards herbeiführen kann. Jede Theorie, die einzelne Tendenzen verallgemeinert, sie nicht im Wechselspiel mit den gegensätzlichen Tendenzen begreift, sondern eine Tendenz einseitig und gradlinig als das Alpha und Omega der Wirklichkeit darstellt, ist falsch und undialektisch.

J., Schulungskommission

Anmerkungen:

Anmerkungen:

1. vergl.LPP, Ausgew. Schriften Bd.I, S. 400
2. vergl. Historisches Einleitungsreferat, Schulungsinfo V und VII
2b. LPP, S. 418
3. vergl. LPP, S. 397. Außerdem: »Das Kapital«, Band I, Die sogenannte ursprüngliche Akkumulation, S. 741 - 791; und »Grundrisse zur Kritik der Pol. Ökonomie«, S. 363- 374. In den »Grundrissen« hat Marx die Fragestellung deutlicher als im »Kapital« herausgestellt, allerdings recht abstrakt.
4. entfällt
5. »Grundrisse«, S. 363
6. »Das Kapital«, Band I, S. 742
7. »Das Kapital«, Band I, S. 743
8. »Das Kapital«, Band I, S. 778/79
9. entfällt
10. entfällt
11. »Das Kapital«, Band I, S. 781
12. »Das Kapital«, Band I, S. 791
13. »Das Kapital«, Band I, S. 605- 614, Verwandlung von Mehrwert in Kapital; und S. 640 ff.
14. »Das Kapital«, Band I, S. 605
15. »Das Kapital«, Band I, S. 607
16. »Das Kapital«, Band III, 8., 9. und 10.Kapitel
17. »Das Kapital«, Band III, S. 167
18a. vergl. LPP, s. 404/05
18b. vergl. »Das Kapital«, Band I, S. 608- 610
19. »Das Kapital«, Band III, S. 167
20. »Das Kapital«, Band III, S. 169
21. »Das Kapital«, Band III, S. 171
22. »Das Kapital«, Band III, S. 238/39
23. vergl. »Das Kapital«, Band I, S. 429
24. »Das Kapital«, Band III, S. 222
25. »Das Kapital«, Band III, S. 226
26 »Das Kapital«, Band III, S. 242
27. entfällt
28. »Das Kapital«, Band I, S. 338
29. »Das Kapital«, Band III, S. 246
30. »Das Kapital«, Band III, S. 251 - 27o, 15.Kapitel, Entfaltung der inneren Widersprüche des Gesetzes
31. »Das Kapital«, Band III, S. 254
32. »Das Kapital«, Band III, S. 261
33. »Das Kapital«, Band III, S. 263
34. Vergl. Schulungsinfo Nr.8
35. »Das Kapital«, Band III, S. 265
36. »Das Kapital«, Band III, S. 260
37 »Das Kapital«, Band III, S. 266
38. »Der Imperialismus...«, LW, Band 22,S.236
39. ebd. S. 281
40. »Das Kapital«, Band III, S. 269
41. »Das Kapital«, Band III, S. 256
42. LW Bd.22,S. 211
43. ebd. S. 220
44. ebd. S. 223
44b. ebd. S. 27o
44c. ebd. S. 286
44d. ebd. S.288
45. LW Band 31, S. 218/19
46. LPP, S. 416
47. »Das Kapital«, Band I, S. 546; vergl. LPP, S. 407/08
48. LPP, S. 416

Spendenaufruf

30.000 DM für den »Arbeiterkampf«

In AK 228 hatten wir aufgerufen, die Herausgabe des Arbeiterkampf für das nächste halbe Jahr durch einen Spendenbetrag von isgesamt DM 30.000 abzusichern. Das bisherige Ergebnis im folgenden:
Erzieher, Hamburg, 500.-; KB/Gruppe Braunschweig 2100,-; Wahlzelle, Hamburg, 900,-; Antimilzelle, Hamburg, 2300,-; Antiimperialismus-Kommission 200,-; BO Eimsbüttel 740,-; BO Barmbek 260,-; Zelle Gesundheitsbereich 1550,-; Zelle Kinderbereich, HH, 917,-; Heiner, HH, 100,-; Heinz, HH, 200,-; P., Düsseldorf, 20,-; Moni, Hamburg, 500,-; Detlef, Düsseldorf, 120,-; H.C., Hamburg, 3000,-; D., Düsseldorf, 23,30; A.J. 500,-; G., Hannover, 100,-; Gruppe Bamberg, 200,-; Gruppe Freiburg, 200,-; ga., Hamburg, 250,-; Rainer, Hamburg, 300,-; Gruppe Heidelberg, 500,-; Regionalkonferenz Baden-Württemberg, 1000,-; F., Pinneberg, 200,-; E., Eich, 20,-; Gruppe Heidelberg, 1000,-; Gruppe Frankfurt, 1000,-; BO Harburg, 1100,-; Frank, Westberlin, 100,-; K. und A., Steinen, 100,-; Gruppe Nürnberg, 1250,-; G.M., Göttingen, 200,-; Schulung in Nürnberg, 50,-; Ernst, Landesbergen, 100,-;Gruppe Bremen, 1250,-; Ulrich, Westberlin, 200,-; Rolf, Northeim, 100,-; Eva, Marburg, 100,-; A., Hannover, 1000,-; j., Freiburg, 50,-; Jochen, Stade, 100,-; Uschi, Hamburg, 100,-; Uli, Bochum, 200,-; Rüdiger, Baden-Baden, 30,-; E. und F., Bremen, 100,-; M.R., 50,-; Detlef, Bielefeld, 200,-; Weihnachtsschulung BaWü, 250,-; Hermann, Nürnberg, 100,-; Rüdiger, Hamburg, 1000,-; Wolfgang, Hamburg, 200,-; Th., Hamburg, 200,-; Antimilkommission, Göttingen, 1000,-; Frank, Westberlin, 100,-; Gruppe Frankfurt, 315,-;
Das ergibt ein bisheriges Gesamtergebnis von DM 28.245,30.
Damit ist das gesteckte Ziel fast erreicht. Wir danken allen Genossinnen und Genossen und allen Lesern, die hierzu mit ihrer Spende beigetragen haben. Da der AK aber auch weiterhin auf Spenden angewiesen ist, hier noch einmal das Konto:
Heinrich Eckhoff
Dresdner Bank Hamburg
BLZ 200 800 00
Konto-Nr.: 4 806 104 00

In eigener Sache:

Versuch der Enteignung eines linken Verlages

Einige Turbulenzen erschütterten in der Woche vor Erscheinen dieses AK den Arbeiterkampf-Verlag, die Hamburger Satz- und Verlags-Kooperative, wobei eine zeitlang nicht einmal sicher schien, ob diese Ausgabe planmäßig erscheinen könnte. Der Grund lag in einem einseitig eskalierten Streit zwischen vier Angestellten des Verlages und dem KB. Dieser Streit hatte folgendes konkrete Stadium erreicht: Die vier Angestellten forderten ultimativ, entweder mit einer Abfindung in Höhe von DM 100.000 aus dem Betrieb auszuscheiden (um ein eigenes Unternehmen aufzubauen) oder diesen Verlag in eigener Regie weiter zu führen. Um die Brisanz dieser Forderungen begreifen zu können, muß zunächst einiges zur Betriebskonstruktion gesagt werden.

In einem Tendenzbetrieb (Organisationsbetrieb) haben die Angestellten normalerweise eine sehr schwache Stellung. Um die Position der Angestellten zu stärken, wurde in besseren Zeiten für die Hamburger Satz- und Verlags-Kooperative folgendes Organisationsmodell gewählt: Es wurde eine Gesellschaft mit je einem Vertreter des KB und der Belegschaft gebildet. Die Geschäftsführer dieser Gesellschaft wurden von der Belegschaft bestimmt. Dies hat rechtlich die Konsequenz, daß gegen den Willen der Belegschaft bzw. ihrer Vertreter keine Entlassungen möglich sind, gravierende Veränderungen im Betrieb nur mit deren Einverständnis durchgeführt werden können usw. Zum Zeitpunkt der Gründung stand dabei von keiner Seite in Frage, daß der eigentliche Sinn und Zweck dieses Unternehmens war, die Publikationen des
ternehmens war, die Publikationen des
KB, insbesondere den Arbeiterkampf, zu erstellen und zu verbreiten. Unzweifelhaft und völlig unbestritten ist, daß dieser Betrieb in den vergangenen Jahren allein vom KB und von Spendengeldern für der Arbeiterkampf finanziert worden ist. So wurde von uns z.B. 1979 zu einer Spendenkampagne (Ziel: DM 100.000,-) zur Installation einer neuen Satztechnik aufgerufen. Heute steht diese Anlage da, ist aber Eigentum des Verlages. In den ganzen vergangenen Jahren konnte dieser Betrieb trotz vielfälfiger Anstrengungen nicht kostendeckend arbeiten, wobei die auftretenden Verluste ebenfalls vom bzw. von Spendengeldern aufgefangen wurden. So haben wir beispielsweise noch in AK 228 zu einer solchen Spendenkampagne aufgerufen.

Ende 1981 wurde beschlossen, den zur Verfügung stehenden Technikbereich (Satz, Repro und Datenverarbeitung) teilweise zu kommerzialisieren, d.h. Auftragsarbeit hineinzunehmen. Dies geschah, weil nur so längerfristig die Arbeitsplätze im Betrieb zu sichern gewesen sind. Diese Maßnahme hat zur finanziellen Entlastung beigetragen, brachte aber keine Gewinne; der Betrieb war also weiterhin auf finanzielle Unterstützung angewiesen.

Die finanzielle Absicherung des Betriebs durch den KB und die Aufforderung an die Leser des AK, sich durch Spendengeldern hieran zu beteiligen, geschah selbstverständlich unter der Voraussetzung, daß damit ein unmittelbar an den AK und den Arbeiterkampf gekoppeltes Unternehmen gestützt wird.

Diese Übereinstimmung besteht heute nicht mehr. Ein Teil der Belegschaft (vier von acht, darunter allerdings die Gesellschafterin und die beiden Geschäftsführer) strebt an, einen vom KB unabhängigen Betrieb aufzubauen. Nun ist jeder seines Glückes Schmied, somit wäre gegen eine solche Absicht nichts einzuwenden, wenn sie sich nicht gerade in den Kopf gesetzt hätten, diese Pläne ausgerechnet mit den Geldern der KB-Mitglieder und den Spendengeldern für den Arbeiterkampf in die Tat umzusetzen.

Als Bumerang erweist sich nun die einmal eingegangene Betriebskonstruktion. Denn die damals erworbenen Rechte lassen sich nicht nur im Interesse von Angestellten nutzen, sondern mit der Position des Gesellschafters haben sie, rein juristisch gesehen, auch einen Anspruch auf die Hälfte des Betriebs erworben. Diese ,,Rechts"position wird nun weidlich ausgenutzt. Die Forderung, die Besitzverhältnisse in diesem Betrieb eindeutig für den KB zu regeln, wobei die Rechte der Angestellten durch betriebliche Vereinbahrungen abgesichert werden sollten, wurde abgelehnt. Und waren sie früher noch ausdrücklich bereit, in dieser Frage einem Votum einer KB-Versammlung zu folgen, wurde auch dies schließlich abgelehnt. Als die Stunde nahte, in der
über diesen Streitpunkt auf einer Ver-
gelehnt. Als die Stunde nahte, in der
über diesen Streitpunkt auf einer Versammlung des KB entschieden werden sollte, unterbreiteten sie ihr erpresserisches Ultimatum: Unter diesen Umständen wollten und könnten sie nicht mehr in diesem Betrieb arbeiten. Sie boten gleichzeitig ihr Ausscheiden an — allerdings nur bei Zahlung der bescheidenen Abfindungssumme von DM 100.000. Die Alternative wäre, daß sie ihre juristischen Positonen als Gesellschafter und Geschäftsführer ausnutzen würden, den Betrieb übernehmen würden und der KB sich überlegen könne, welche Abfindung er haben wolle. Die Abfindung sollte gezahlt werden in Form von Barmitteln und Übergabe von Maschinen, um einen eigenen Betrieb aufbauen zu können.

Um ihre Forderungen durchzusetzen, pochen sie auf ihre rechtliche Position. Begründet wird die Höhe der Forderung allerdings mit einer ,,Nachzahlung" für jahrelang unterbezahlte und unbezahlte Mehrarbeit. Aber auch von dieser Seite her ist die Forderung politisch und moralisch nicht nur äußerst fragwürdig, sondern nicht akzeptabel. Jedermensch, der in einem linken oder alternativen Betrieb einsteigt, weiß, daß diese nur durch ein hohes Engagement aufrecht zu erhalten sind. Jedermensch weiß auch, daß hier selbst bei allen Anstrengungen nicht die Gehälter gezahlt werden können, die in einem normalen kapitalistischen Betrieb gezahlt werden (wobei nur anzumerken ist, daß in den Betrieben des KB immer über dem Durchschnitt anderer alternativer Betriebe gezahlt wurde). Und schließlich ist auch klar, daß jeder linke und alternative Betrieb bankrott gehen würde, wenn ausscheidende Angestellte im Nachherein die Unterbezahlung und nicht bezahlte Mehrarbeit bezahlt haben wollten. Um dabei einmal die Größenordnung in den Blick zu bekommen, welche Geldsummen notwendig wären, wenn alle Angestellten dieses Betriebes auch nur annähernd die gleichen Forderungen stellen würden, eine kleine Aufstellung: Allein innerhalb der letzten zwei Jahre verließen fünf Angestellte diesen Betrieb (im wesentlichen aufgrund der finanziellen Situation); macht DM 125.000. Vier Angestellte würden gegenwärtig verbleiben, macht noch einmal DM 100.000. Rechnet mensch die ganze Sache einmal auf Betriebsjahre um, denn wenn mit Unterbezahlung und nicht bezahlter Mehrarbeit argumentiert wird, ist dies natürlich eine wichtige Größe, kämen wir teilweise auf Abfindungssummen von DM 50.000 für einzelne Personen. Unbezahlte Mehrarbeit wird in jedem linken und alternativen Betrieb geleistet. Dies ist nicht nur eine ökonomische Notwendigkeit, sondern hängt selbstverständlich auch mit dem Inhalt der Arbeit zusammen. Wer vor hat, dies am Ende einer solchen Tätigkeit einmal aufzurechnen, ist sicherlich in einem solchen Projekt am falschen Platz.

Bei der aufgetretenen Kontroverse handelt es sich um keine politi-
Bei der aufgetretenen Kontroverse handelt es sich um keine p o l i t i s c h e innerhalb des KB. Diejenigen, die jetzt aus dem Betrieb ausscheiden wollen, sind seit geraumer Zeit nicht mehr innerhalb des KB tätig, was jedoch niemals ihren Arbeitsplatz innerhalb des Betriebes infrage gestellt hat.

Mit Politik hat dieser Enteignungsversuch insgesamt n i c h t s zu tun. Die Geschichte linker Organisationen kennt viele Beispiele, wo Fraktionen sich abgespalten haben und damit auch Anspruch auf das Organisationsvermögen angemeldet haben. In unserer eigenen Geschichte trifft dies auf die Gruppe Z zu, die aber immerhin vergleichsweise so bescheiden war, mit einem Viertel der Mitglieder (damals fast 200) lediglich 50.000 Mark zu verlangen. Bisher einmalig ist jedoch dieser Fall, in dem vier Angestellte, die keinerlei Unterstützung in der Organisation haben, die sich auf keine politische Basis innerhalb der Organisation oder Teilen davon berufen können, sondern nur auf ihre Rechtstitel, mit einem großen Teil des Organisationsvermögens über die Berge gehen wollen. Das hat nichts mit Politik, dafür umso mehr mit modernem Raubrittertum zu tun!

AK-Redaktion

